

**Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte**

**1983 · Teil I**

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

*Unter beratender Mitarbeit von*

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

*Redaktionskollegium*

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Reinhard Schumacher (Redakteur), Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

*Arbeitsgruppe Literaturkritik*

Ingrid Kresse (Leiter), Siegfried Epperlein, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jörg Roesler



# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1983 · TEIL I



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1983

Redaktionsschluß: 15. 6. 1982

Anschrift der Redaktion:

DDR-1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1983

Lizenznummer: 202 · 100/95/83

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Bestellnummer: 754 189 1 (2103/83/1) · LSV 0305

Printed in GDR

DDR 18,- M

# Inhalt

## ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- Jürgen Kuczynski                      Marx und Shakespeare
- Walter Telle                              Praktische Erfahrungen bei der Anwendung der Kennziffer Nettoproduktion auf dem Gebiet der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate (Vereinigungen) in europäischen RGW-Ländern
- Karlheinz Schädlich                      Staatsapparat und Kriegswirtschaft in Großbritannien (1914 bis 1918)
- Lutz Werner                                Die Entwicklung des Thünenschen Muster-gutes Tellow (Mecklenburg) in den Jahren 1810 bis 1850. Ein herausragendes Beispiel der kapitalistischen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
- Jochen Richter                              Spätfeudale Bauerngilden in Mecklenburg
- Josef Žemlička                              Das 13. Jahrhundert in der tschechischen Geschichte
- V. N. Andreev                                Zur Kontinuität der Vermögenselite Athens vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.  
Die Entstehung großer Vermögen in Athen im 5./4. Jahrhundert v. u. Z.
- Edith Schönert-Geiß                        Aufgaben und Ziele des "Griechischen Münzwerkes"

## DISKUSSIONEN

- Jörg Roesler                                Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme
- Wolfgang Mühlfriedel/  
Klaus Wießner                                Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema "Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme"

# LITERATURKRITIK

Horst Handke	Ein sozialreformistisches Gesellschaftskonzept zur staatsmonopolistischen Regulierung des Sozialbereichs (Heinz Lampert, Sozialpolitik)	189
Horst Handke	Zwischen kapitalistischer Produktion und feudaler Lebensweise (Erwein H. Eltz, Die Modernisierung einer Standesherrschaft)	193
Jürgen Kuczynski	Feudale Spezialitäten (Precious Metals in the Age of Expansion)	197
Hermann Lehmann	Abstraktionen der Wirtschafts- und Bewußtseinsprozesse als Gegenstand historischer Betrachtung (Rudolf Wolfgang Müller, Geld und Geist)	201
Dorle Zilch	Eine neue regionalgeschichtliche Schriftenreihe (Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt)	205
Annotationen		211
Beiträge zur Sozialismusanalyse III (Jörg Roesler)		
O. W. A. Boonstra, Gecomputeriseerd Historisch Onderzoek (Thomas Kuczynski)		
Gunnar Heinsohn/Rolf Knieper/Otto Steiger, Menschenproduktion (Dieter Vogeley)		
Klaus O. W. Müller, Politische Ökonomie der Linksradikalen (Hermann Lehmann)		
Alfred Bönisch/Jan Iša, Keynes oder Friedman? (Karin Lehmann)		
Martin Breetzmann/Helmut Faulwetter/Joachim Garscha/Peter Stier, Industrie und Industriepanung in Entwicklungsländern (Rolf Theuring)		
Structural Changes in the Economies of the European Socialist Countries after the Second World War (Jörg Roesler)		
Zeitschrift für Sozialforschung (Hermann Lehmann)		
Hansjoachim Henning, Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860; Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland von 1815 bis 1860 (Helga Berndt)		
Čislennost' i klassovyj sostav naselenija Rossii i SSSR (Wolfram Ledenig)		
Wilhelm Abel, Strukturen und Krisen der spätmittelalterlichen Wirtschaft (Rudolf Berthold)		
Artur Attman, The Bullion Flow between Europe and the East 1000 - 1750 (Ernst Werner)		

## BETRIEBSGESCHICHTE

- Gerda Opitz Die Darstellung der Entwicklung der  
Bildung in der Betriebsgeschichte 227
- Hans Otto Gericke Die Darstellung der Produktivkraft-  
entwicklung in der Betriebsgeschichte.  
9. Konferenz der Fachkommission Be-  
triebsgeschichte (27. bis 29. April  
1982 in Leipzig) 245

## BIBLIOGRAPHIE

- Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther) 251
- Autorenverzeichnis 281
- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 282

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Marx und Shakespeare

von Jürgen Kuczynski

Die Thematik "Marx und Shakespeare" mag Verwunderung erregen. Hat sich doch Marx, wenn wir von der Analyse der Rolle des Geldes im "Timon von Athen" absehen, nirgendwo eingehender mit der Interpretation von Shakespeare beschäftigt. Allerdings zieht sich diese Bewunderung für die Einsicht Shakespeares in das Wesen des Geldes durch das ganze Werk. Schon in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" von 1844 zitiert er die berühmte Stelle:

"Gold? Kostbar flimmernd, rotes Gold? Nein, Götter!  
Nicht eitel fleht' ich.  
So viel hievon macht schwarz weiß, häßlich schön;  
Schlecht gut, alt jung, feig tapfer, niedrig edel ...  
Verdammt Metall,  
Gemeine Hure du der Menschen, die  
Die Völker tört."

Marx bemerkt anschließend: "Shakespeare schildert das Wesen des Geldes trefflich."<sup>1</sup>

Etwas gekürzt zitiert Marx die gleiche Stelle in der "Deutschen Ideologie" gegen Stirner und bemerkt: "Wie wenig das Geld, die allgemeinste Form des Eigentums, mit der persönlichen Eigentümlichkeit zu tun hat, wie sehr es ihr geradezu entgegengesetzt ist, wußte bereits Shakespeare besser als unser theoretisierender Kleinbürger."<sup>2</sup>

In den "Grundrissen" bemerkt er wieder: "wie schön Shakespeare das Geld faßt",<sup>3</sup> und in demselben Werk, wieder auf das Zitat aus dem "Timon" zurückgreifend, zeigt Marx, wie das Geld dem einzelnen "die allgemeine Macht als seine Privatmacht" gibt.<sup>4</sup>

Großartig auch im ersten Band des "Kapitals" die Verwendung des "Timon"-Zitats, um die Räubereien der Antike wie auch Heinrichs III. von Frankreich zu erklären, wie auch die Sitte der phönizischen "Jungfrauen, die sich an den Festen der Liebesgöttin den Fremden hingaben, das zum Lohn empfangene Geldstück der Göttin" zu opfern.<sup>5</sup>

Soweit Marx ansonsten Shakespeare in seinen Werken erwähnt, ist es diese oder jene Gestalt aus den Dramen als Illustration, ist es eine Erläuterung die-

1 Marx, Karl, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 (Auszug), in: Marx/Engels, Werke, Ergänzungsbd. 1, Berlin 1968, S. 563 f.

2 Derselbe, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 212.

3 Derselbe, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 80.

4 Ebenda, S. 894 f.

5 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 146.

ses oder jenes Vorganges durch Parallelen bei Shakespeare. Etwa wenn er im "Kapital" zeigt, wie dem Arbeiter "mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand" geschlagen wird, und er dazu in einer Fußnote aus dem "Kaufmann von Venedig" zitiert:

"Ihr nehmt mein Leben,  
Wenn Ihr die Mittel nehmt, wodurch ich lebe."<sup>6</sup>

Oder wenn er in einem "Ein Seufzer aus den Tuilerien" betitelten Artikel für die "New York Daily Tribune" betreffend Napoleon III. die Frage stellt: "Hatte er niemals die Bemerkung des 'göttlichen William' gehört:

'Schwer ruht das Haupt, das eine Krone drückt.'  
(König Heinrich der Vierte)<sup>7</sup>

An diesen beiden Stellen fällt Marx, wie sicherlich so oft auch im Familienleben, nur eine der vielen hundert Shakespeare-Formulierungen, die er auswendig kannte, als so gut illustrierend oder so trefflich formuliert ein, daß er deren Genuß mit dem Leser teilen möchte.

Und dann gibt es allgemeine Einschätzungen von Shakespeare. Der stärkste Ausdruck der Verehrung für ihn findet sich in den wunderbaren Ausführungen über Basis und Kunstüberbau in den "Grundrissen": "Bei der Kunst bekannt, daß bestimmte Blütezeiten derselben keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, also auch der materiellen Grundlage, gleichsam des Knochenbaus ihrer Organisation, stehn. Zum Beispiel die Griechen verglichen mit den Modernen oder auch Shakespeare."<sup>8</sup> Wer um die Bewunderung von Marx und Engels für die Einzigartigkeit der Griechen weiß, wird verstehen, was es bedeutet, wenn Marx nur einen neben ihnen nennt: Shakespeare. Ein Urteil, in das später Gorki einstimmen wird, der Shakespeare den "größten Dramatiker der Welt" nennt.<sup>9</sup>

Doch so allgemein sind die Einschätzungen von Marx, daß über keine große Gestalt aus der Vergangenheit solche Meinungsverschiedenheiten unter Marxisten hinsichtlich ihrer spezifisch gesellschaftlichen Wertung bestehen wie über Shakespeare.

Morton spricht von der "im Grunde noch feudalen (essentially feudal) Haltung Shakespeares".<sup>10</sup> Jackson dagegen meint, Shakespeare begriff, "daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung gekommen war und von niemandem ohne Gefahr seiner Vernichtung abgelehnt werden konnte".<sup>11</sup> Jacksons Auffassung wird geteilt von Kuczynski, der Shakespeare den "Dramatiker des Bürgertums in der Übergangszeit vom Feudalismus zum Kapitalismus" nennt.<sup>12</sup> Lunatscharski schwankt zwischen den Extremen. Einerseits bemerkt er: "Das tragische Weltgefühl Shakespeares wurde dadurch hervorgerufen, daß er ein Wortführer des Feudaladels (sowohl des Hochadels wie des kleineren Rittertums) war, welcher

6 Ebenda, S. 511.

7 In: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 272.

8 Derselbe, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 30.

9 Gorkij, A. M., Sobranie sočinenij (v 30 tomach), Moskau 1948 - 1956, Bd. 24, S. 482.

10 Morton, Arthur Leslie, Shakespeare's idea of history. Our history, pamphlet No. 33, London 1964, S. 17.

11 Jackson, Thomas Alfred, Marx and Shakespeare, in: International Literature, Nr. 2, Moskau 1936, hier zit. nach: Labour Monthly, Bd. 46, Nr. 4, April 1964, S. 170.

12 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 26: Zur politökonomischen Ideologie in England und andere Studien, Berlin 1965, S. 249.



in der Epoche Elisabeths seine früheren Positionen verlor.<sup>13</sup> Andererseits spricht er von "dem gewaltigen bürgerlichen Dichter Shakespeare".<sup>14</sup> Caudwell meint, daß Shakespeare eine bürgerliche Weltauffassung (Illusion), jedoch einen feudalen Status und eine feudale "Perspektive" gehabt habe.<sup>15</sup> Smirnov ist der Auffassung, daß Shakespeare die Welt, wie er sie vorfand, mit dem sterbenden Feudalismus und dem werdenden Kapitalismus, kritisch behandelte, ohne Stellungnahme für und gegen einen von beiden, vielmehr beide abscheulich findend.<sup>16</sup> Alexander Anikst nennt Shakespeare einen Schriftsteller des Volkes und ist der Meinung, daß er für alle fortschrittlichen Elemente der Nation spricht,<sup>17</sup> also doch offenbar Stellung für das Neue nimmt. Eine großartige Shakespeare-Studie hat Grigori Koznitsev geschrieben, betitelt "Unser Zeitgenosse Shakespeare". In dem Kapitel über Lear bemerkt er: "Es ist schwierig, Goneril, Edmund oder Regan mit dem Etikett 'feudal' oder 'kapitalistisch' zu versehen. Diese Charaktere sind von komplizierter Bastard-Rasse."<sup>18</sup> Ich würde sie ganz eindeutig als Vertreter der neuen Gesellschaftsordnung unter Herausarbeitung aller ihrer negativen Erscheinungen bezeichnen. Und damit kommen wir zu einer neuen Problematik, die aus der soeben behandelten herauswächst.

So verschieden nämlich die Einordnung Shakespeares in die Verhältnisse seiner Zeit, so verschieden sind auch die Interpretationen einzelner Stücke und Gestalten. Selbst bei einer von Marx so oft genannten Figur wie Falstaff gibt es so weite Gegensätze der Interpretation wie die von M. Neschkina, die meint, dem Mann der ursprünglichen Akkumulation, Falstaff, gehöre die historische Zukunft,<sup>19</sup> während Jackson<sup>20</sup> schärfstens gegen diese Auffassung polemisiert und Falstaff, genau wie auch ich, als heruntergekommenen Ritter sieht, der als fröhlicher, aber moralisch wahrlich nicht "einwandfreier" Parasit aus der alten feudalen Zeit sich von der neuen Zeit zu nähren sucht und dabei natürlich zugrunde gehen muß.

Bei alledem muß man sich klar darüber sein, daß Shakespeare die sozialen Verhältnisse natürlich nicht als zwei verschiedenen Gesellschaftsordnungen angehörig, als Übergangszeit von einer zur anderen sah, sondern nur als Wandel vom Alten zum Neuen, und mitten in diesem Wandel lebte er, also doch in einer Art von Übergangszeit, die er ganz großartig analysierte und charakterisierte.

Wenn er übrigens beide Gesellschaftsordnungen, wie Smirnov meint, so nimmt, wie sie sind, und beide kritisiert, wenn er, wie Anikst<sup>21</sup> bemerkt, "nicht an der Frage interessiert ist, welcher Charakter theoretisch mehr recht hat", wenn es für Shakespeare "wichtiger ist zu entdecken, was das für Menschen sind", so tut er im Grunde nichts anderes als eine Forderung mancher Sowjetschriftsteller von heute vorauszunehmen. So schrieb R. Anar in der "Literaturnaja Gazeta" vom 20. Februar 1980: "... manchmal bemüht man sich, die Vielfalt der Ereignisse auf eine offensichtliche Wahrheit zu reduzieren, und das Fehlen einer solchen Wahrheit wird gewissermaßen für einen Mangel, einen

13 Lunatscharski, Anatoli, Allgemeine Charakteristik der Persönlichkeit und des Werkes Shakespeares, zit. nach: derselbe, Das Erbe, Dresden 1965, S. 112.

14 Derselbe, Goethe und seine Zeit, zit. nach: derselbe, Das Erbe, a. a. O., S. 178.

15 Caudwell, Christopher, Illusion und Wirklichkeit, Dresden 1966, S. 76 f.

16 Vgl. Smirnov, A. A., Shakespeare, the Renaissance and the Age of Barocco, in: Shakespeare in the Soviet Union, Moskau 1966, S. 58 f.

17 Anikst, Alexander, Shakespeare - a Writer of the People, in: ebenda, S. 115.

18 Koznitsev, Grigori, in: ebenda, S. 249.

19 Neschkina, M., Shakespeare in Karl Marx's "Capital", in: International Literature, Nr. 3, Moskau 1935.

20 Jackson, Thomas Alfred, a. a. O.

21 Anikst, Alexander, a. a. O., S. 118.



Defekt gehalten. Aber die Literatur ist vor allem durch die Fragen interessant, die sie stellt. Daher lehne ich jene kategorischen Forderungen ab, mit denen manche Kritiker einem guten Werk und dem Autor begegnen: "Und was willst Du damit sagen? Welche Ideale hast Du?"

An sich ließe sich also eine Haltung, wie sie Shakespeare nach Smirnov einnimmt, durchaus auch vom Standpunkt einiger sozialistischer Schriftsteller verteidigen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß Smirnov recht hat. Shakespeare nimmt durchaus für das Neue Stellung - wenn er auch, und darauf wird noch eingegangen werden, für das Neue nur ist, wenn es sich humanistisch gibt, wie Edgar im "Lear".<sup>22</sup>

(In Parenthese sei noch bemerkt: So erstaunlich einerseits das Ausmaß der Meinungsverschiedenheiten unter den Marxisten, erscheinen diese Meinungsverschiedenheiten doch andererseits nur als Nuancen im Vergleich zu den unter den bürgerlichen Interpreten herrschenden Gegensätzen. Während zum Beispiel alle Marxisten und nicht wenige bürgerliche Forscher in Shakespeare einen tief in den gesellschaftlichen und speziell politischen Strömungen seiner Zeit verhafteten großen Dichter sehen, gibt es angesehene bürgerliche Gelehrte, die wie Pollard folgende Auffassung vertreten: "Keine Periode der englischen Literatur hat weniger mit Politik zu tun als die, in der sie ihren Höhepunkt erreichte; und keines englischen Schriftstellers Haltung zu rein politischen Fragen ist so unklar oder von so geringer Bedeutung (less important) wie Shakespeares ... Shakespeare ... meidet die Probleme zeitgenössischer Politik."<sup>23</sup> Und Black stellt fest: "Politik und Literatur hatten noch nicht zueinander gefunden, sondern bewegten sich auf gänzlich verschiedenen Bahnen."<sup>24</sup> Noch eigenartiger ist es, wenn Kampmann einerseits durchaus zustimmend R. Schneider zitiert: "Shakespeare stand an der Stelle, wo der große Bruch geschah und Vergangenheit und Zukunft aufklafften",<sup>25</sup> und andererseits gleichzeitig an dieser Beobachtung bei der Behandlung des "Lear" völlig vorbeigeht.<sup>26</sup> Eine ähnliche Haltung nimmt der bekannte westdeutsche Shakespeare-Forscher Wolfgang Clemen ein. Und ganz erstaunlich ist die dichterisch so schöne, doch am Politischen völlig vorbeigehende Ansprache Alexander Blinks an die Schauspieler des Bolschoi-Drama-Theaters in Petrograd vom 31. Juli 1920 über King Lear.<sup>27</sup>)

Wenn aber Shakespeare in den Werken von Marx eine relativ so geringe Rolle gespielt hat, daß wir Marxisten so verschiedene Interpretationen geben können und dabei glauben, den Gedankengängen und Hinweisen von Marx zu folgen - was rechtfertigt eine Abhandlung mit dem Titel "Marx und Shakespeare"?

Die Rechtfertigung liegt in dem innigen Verhältnis von Marx zu Shakespeare. In den Erinnerungen von Lafargue finden wir die folgende Stelle über Marx: "Jedes Jahr las er Äschylos im griechischen Urtext; ihn und Shakespeare verehrte er als die beiden größten dramatischen Genies, welche die Menschheit hervorgebracht. Shakespeare, für den seine Verehrung unbegrenzt war, hatte

22 Vgl. dazu auch Perzowski, W., Der Autorenstandpunkt in Literatur und Kritik, in: Kunst und Literatur, Nr. 3/1982, S. 251 f.

23 Pollard, Albert Frederick, The history of England, 1547 - 1603, London 1910, S. 440.

24 Black, John Bennett, The reign of Elisabeth, Oxford 1936, S. 239 f.

25 Schneider, Reinhold, Verhüllter Tag, Köln 1954, S. 133.

26 Kampmann, Theoderich, Shakespeares Julius Caesar und King Lear, Paderborn 1972, S. 45 ff.

27 Veröffentlicht in Blok, Aleksandr, Sobranie sočinenij v 8 tomach, Bd. 6, Moskau 1962. Vgl. auch Shakespeare in the Soviet Union, a. a. O., S. 17 ff.

er zum Gegenstand eingehendster Studien gemacht; er kannte auch seine geringfügigsten Figuren. In der ganzen Familie wurde mit dem großen englischen Dramatiker ein wahrer Kultus getrieben; seine drei Töchter wußten ihn auswendig."<sup>28</sup> Und Eleanor Marx-Aveling bestätigt: "Shakespeare war unsere Hausbibel; mit sechs Jahren kannte ich schon ganze Szenen aus Shakespeare auswendig."<sup>29</sup> Die Frage, die ich hier stellen möchte, lautet: Warum diese für Marx einzigartige Verehrung eines Dichters? Was zog Marx so an? Was gab, um noch weiter zu gehen, was gab Shakespeare solche Macht über Marx?

Als seine Lieblingsdichter nannte Marx: Shakespeare, Äschylos, Goethe. Liebknecht berichtet, daß er lange Passagen der "Göttlichen Komödie" auswendig vortrug. "Don Quichotte" und Homer gehörten immer wieder zu seiner Lektüre. Über Balzacs "Comédie Humaine" plante Marx eine große Abhandlung. Aber Shakespeare nahm eine Sonderstellung ein. Worin ist diese Sonderstellung begründet?

Häufig wird heute bemerkt, daß Shakespeare in einer Übergangsperiode lebte und als Mensch einer solchen Periode wirkte. Kiernan leitet seine Studie über Human relationship in Shakespeare so ein: "Das Elisabethanische Drama entwickelte sich im Niemandsland zwischen den zwei historischen Epochen, die wir die feudale und die kapitalistische nennen."<sup>30</sup> Weiman schreibt: "Das Zeitalter, in das Shakespeare geboren wurde, war in einem Ausmaß, das nur das 20. Jahrhundert übertreffen kann, eine Epoche des Übergangs."<sup>31</sup> Noch viele solcher Charakterisierungen Shakespeares und seiner Zeit könnten wir anführen. Sollte man nun nicht eine Parallele ziehen dürfen und feststellen: Auch Marx glaubte in einer Übergangsperiode zu leben (wenn auch der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in ganz anderen Formen stattfindet als der vom Feudalismus zum Kapitalismus im England des 16. und 17. Jahrhunderts).

Oder ist eine solche Konstruktion der Affinität falsch? Wissen wir doch, daß Engels und Marx unrecht hatten zu glauben, in einer Periode des Übergangs zu leben. In der Einleitung von 1895 zu den "Klassenkämpfen in Frankreich" bemerkt Engels, daß sie sich damals (1850 und in den Folgejahren) Illusionen gemacht hätten und "daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion".<sup>32</sup> Das heißt, während Shakespeare zweifellos in einer Übergangsperiode lebte - auch ich, der ich wohl mit am weitesten gehe in der Einschätzung des Grades der kapitalistischen Entwicklung Englands zu Shakespeares Zeit, meine, daß wir noch nicht von einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung sprechen können -, vollendete Marx das "Kapital" noch in der Periode, die wir die Aufstiegsperiode der kapitalistischen Gesellschaft nennen. Ich meine, daß es in dem Verhältnis von Marx zu Shakespeare doch vor allem auf die Situation ankommt, in der sich beide glaubten: Shakespeare (mit Recht) in einer Übergangsperiode, die wir heute als vom Feudalismus zum Kapitalismus charakterisieren, Marx (zu Unrecht) in der Niedergangsperiode des Kapitalismus, die aufgrund der Klassenkampftätigkeit der Massen (bis zur zeitweisen Eroberung der Macht führend - die Commune) zugleich den Übergang zum Sozialismus bringen sollte.

Ein weiteres Moment, das Shakespeare Marx so nahe brachte, und natürlich mit dem vorangehenden ganz eng zusammenhängt, ist, daß beide, Shakespeare und Marx, Kündler und Vorkämpfer einer neuen Gesellschaftsordnung waren: Shake-

28 Lafargue, Paul, Erinnerungen an Karl Marx, Berlin 1953, S. 153.

29 Ebenda, S. 225.

30 Shakespeare in a changing world. Essays edited by Kettle, Arnold Charles, (im folgenden: Kettle). London 1964, S. 43.

31 Ebenda, S. 20.

32 Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, Berlin 1951, S. 10, 13.

speare der bürgerlichen, Marx der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Kün-  
der und Vorkämpfer in sehr verschiedener Weise und doch auch mit bedeutsa-  
men Ähnlichkeiten.

Shakespeare war nicht glücklich über die neue Epoche, die er ankündigte, und  
füllte sie darum einerseits mit Gestalten wie Regan und Goneril, andererseits  
mit utopischen Elementen, eine Wandlung der Gesellschaft, deren Werden er  
sah, erhoffend, die faktisch erst in der nachfolgenden Gesellschaftsordnung,  
der sozialistischen, möglich war.

Welch erstaunliche ideologische Dialektik: Shakespeare hatte recht, wenn er  
meinte, in einer Übergangsgesellschaft zu leben - Marx und Engels hatten in-  
sofern unrecht, als der Kapitalismus eben noch nicht verfiel. Doch in der Ein-  
schätzung der Zukunft erwies sich Shakespeare als Illusionär, indem er für den  
Kapitalismus einen Humanismus erhoffte, der erst im Kommunismus möglich ist,  
während Marx den Sozialismus ohne jede Illusionen in seiner großartigen Realit-  
tät, aber natürlich noch zum Beispiel mit einem entscheidenden bürgerlichen  
Element wie der Bezahlung nach der Leistung vor sich sah.

Natürlich bejahte Shakespeare nicht mit zusammengebissenen Zähnen und  
schmerzerfüllt die neue Gesellschaft der Bourgeoisie, die sich in seiner Zeit zu  
formieren begann. Dazu war die Zeit viel zu großartig. Dazu war auch England  
im Weltgeschäft der Zeit viel zu erfolgreich. Dazu lächelte auch ihm persönlich  
das Glück viel zu freundlich. Wenn Kott in seinem so anregenden und so fal-  
schen Shakespeare-Buch<sup>33</sup> zu der Auffassung neigt, daß Shakespeare Macbeth  
recht nahekommt, wenn dieser meint, "life is a tale told by an idiot", so hat ihm  
Lily Campbell schon sehr klar geantwortet, wenn sie bemerkt, daß "das Drama  
Macbeth keineswegs von einer Welt handelt, die von einem Idioten regiert wird".<sup>34</sup>

Während Marx gewissermaßen restlos glücklich in die Zukunft blicken konnte,  
denn die Zukunft, das war die sozialistische Gesellschaft, mischten sich reich-  
lich Wermutstropfen in den Willkommenstrunk, den die neue, vor seinen Augen  
entstehende Gesellschaft ihrem größten Dramatiker reichte.

Wermutstropfen aus ganz verschiedenen Schläuchen.

Wenn Marx auf die kapitalistische Gesellschaft, die ihm dem baldigen Untergang  
geweiht schien, blickte, dann war sein Auge stets offen für ihre großen histo-  
rischen Leistungen ... man denke nur an das Hohe Lied auf diese Leistungen  
im "Kommunistischen Manifest": "Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjäh-  
rigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte ge-  
schaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Na-  
turkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau,  
Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer  
Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte  
Bevölkerungen - welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktivkräf-  
te im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?" Doch was für Leistun-  
gen sind das? Es sind Leistungen in der Entwicklung der Produktivkräfte, es  
sind technische Leistungen. Was jedoch die moralischen Leistungen der Bour-  
geoisie betrifft, so steht die kapitalistische Gesellschaft weit hinter der voran-  
gehenden zurück. Auch hiervon wird ausführlich im "Kommunistischen Mani-  
fest" gehandelt. Nur einige Sätze seien hier zitiert: "Die Bourgeoisie ... hat  
die buttscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vor-  
gesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen  
Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose  
'bare Zahlung'. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der rit-

33 Kott, Jan, Shakespeare heute, München/Wien 1964.

34 Campbell, Lily B., Shakespeare's "Histories" mirrors of Elizabethan policy,  
London 1964, S. 7.

terlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlervorbenen Freiheiten die e i n e gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt."

Wie einfach haben wir Sozialisten es, in die Zukunft zu blicken! Die Produktivkräfte, die Technik des Kapitalismus zu übertreffen, liegt im Zuge der allgemeinen Weltentwicklung seit allem Beginn der Menschheit. Was aber die moralischen Werte betrifft, was die Verwandlung aller gesellschaftlichen Einrichtungen, ja des Menschen selbst aus Tauschwerten, aus Geldwerten in Lebenswerte betrifft, so kann es da keinen Rückblick geben auf praktische (!) Werte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auf denen man aufbaut.

Wie einfach haben wir Sozialisten es ..., und wie schwer war es für Shakespeare, der auf soviel höhere moralische Werte in der feudalen Gesellschaft zurückblicken konnte, als sie ihm die Zeit der ursprünglichen Akkumulation, als sie ihm die werdende kapitalistische Gesellschaft bieten konnte. Ja mehr: Wir sprachen von Wermutstropfen aus zwei Schläuchen, und so mußten sie auch Shakespeare erscheinen: Das Schwinden hoher moralischer Werte der Vergangenheit und das Erscheinen neuer moralischer Unwerte ... das Reich des geläuterten Lear schwindet, und das Reich von Regan und Goneril und Edmund breitet sich aus.

In dieser Schwere des Abschieds von hohen moralischen Werten des Feudalismus unter den Verhältnissen aller Brutalitäten der ursprünglichen Akkumulation liegt eines der Elemente Shakespearescher Tragik. Liegt zugleich auch ein Element der Tragikomik Shakespeares - man denke an die Rolle Falstaffs.

Liegt auch eine Begründung für das Utopische in seinem Werk - man denke an Edgar im "Lear". Das heißt, Shakespeare ersetzt die fehlenden moralischen Werte der Vergangenheit nicht allein durch Werte anderer Art wie Nation, Vernunft, militärische oder wirtschaftliche Kraft, Einsicht in das Geschehen, Staat usw. Er versucht auch eine Zukunft mit neuen, höheren moralischen Idealen zu visieren und schafft darum Gestalten wie Edgar, von dem mit soviel Recht so viele sagen "too good to be true", zu gut, um wahr zu sein.

Und nun stellen wir uns vor, daß ein Denker wie Marx, ein Erforscher der Bewegung der menschlichen Gesellschaft und ihrer Gesetze einem Dichter wie Shakespeare begegnet. Einem Dichter mit so immenser Einsicht in das aktuelle Wesen zweier Gesellschaften, an deren Wende er steht: Wende zur Vollendung des Untergangs der einen, Wende zur Vollendung ihrer Herrschaft der anderen. Mußte Marx - dem zu allem anderen noch eine geradezu überströmende Generösität in der Anerkennung der Leistungen großer Geister der Vergangenheit eignete -, mußte Marx nicht voll tiefster Bewunderung aufsehen zu einem Dramatiker, der so die größte Problematik seiner Zeit, die Wertung einer abgehenden und einer neuentstehenden Gesellschaftsordnung, zu lösen suchte: so voller Einsicht und Verständnis!

Und auch das utopische Element in Shakespeare ... man soll nicht vergessen, daß Utopien auch als Utopien Wirklichkeit sein können wie die Bewegung um Thomas Müntzer, wie die Herrschaft von Robespierre, wie die 100 Tage der Commune. Engels hat dafür die Formulierung: Die Geschichte ist "vorgeprellt" - und dann muß sie sich natürlich wieder zurücknehmen aus der utopischen Realität in die reelle Realität, von Robespierre zu Napoleon Bonaparte, von Edgar zu Cromwell.

So wie die Utopie von Engels und Marx vom Niedergang des Kapitalismus in dem Vierteljahrhundert von 1845 bis 1870 nichts anderes war als die Teleskopierung zweier Perioden der Entwicklung des Kapitalismus, so ist die Gestalt Edgars und so manche Sicht in "The Tempest" wie in "The Winter's Tale" nur eine Teleskopierung zweier Gesellschaftsordnungen, des kapitalistischen Fortschritts und der "human-sozialistischen" Moral.



Von solcher Art der Utopie sind unrealistische Träumereien, rosarote Happy-Ends, historische Albernheiten ganz scharf zu unterscheiden. Mit aller Brutalität, deren man nur fähig ist, lehnten Shakespeare und Marx Lösungen solcher Art ab.

Man denke etwa daran, wie die kleinbürgerlichen Sozialisten im "Kommunistischen Manifest" gekennzeichnet sind: voller Bewunderung für ihre tiefe Kritik am System des Kapitalismus - und wegwerfend letztlich als Maler einer besseren Gesellschaftsordnung, die nichts anderes darstellt als einen Rückschritt in den Feudalismus. "Reaktionär und utopistisch" heißt Marx diese Richtung des Sozialismus, von der er weiterhin bemerkt, daß sie sich "in einen feigen Katzenjammer verläuft". Und wann immer ihm solche feigen Katzenjammergestalten begegneten, bekämpfte er sie auf das schärfste.

Mit noch größerer Brutalität als Marx, da er nicht nur wie dieser unseren Verstand, sondern vor allem auch unser Gefühl für die positiven, edlen Seiten solcher Zwiegestalten gefangennimmt, geht Shakespeare vor. Man denke nur daran, wie er die schöne Seele Cordelia ermordet, da sie gesellschaftlich reaktionär und utopistisch ist. Sind die kleinbürgerlichen Sozialisten geniale Analytiker der Verderben bringenden Widersprüche des Kapitalismus und tiefe Kritiker seiner Schönredner und Demagogen, so ist Cordelia der gute Mensch an sich, die Verkörperung aller hohen Werte in den persönlichen Beziehungen der Menschen untereinander. Ein erstaunlicher Charakter: Danby, der dem Lear ein Buch gewidmet hat, weist darauf hin, daß sie eine "Einheit von Widersprüchen" darstellt. "Sie scheint Gegensätze zu vereinen: sie ist Leidenschaft und Ordnung, Unschuld und Reife, Wehrlosigkeit und Stärke, Tochter und Mutter, Mädchen und Frau."<sup>35</sup> Und doch muß auch sie zum Tode verurteilt werden, genau wie Marx es mit den kleinbürgerlichen Sozialisten getan hat, weil auch sie nur eine Lösung zu bieten hat, die Rückkehr zum Feudalismus, mit dessen bewaffneter Macht (Frankreich) sie in England eingefallen ist.

Dr. Johnson konnte den Tod von Cordelia nicht ertragen. Sein Zeitgenosse, der große Schauspieler Garrick, gab dem Lear - nicht als erster! - ein gutes Ende. Ein "Verbesserer" des Dramas ließ am Ende Cordelia und Edgar heiraten! Wilson Knight nennt die Tragödie "zwecklos und unverstänglich".<sup>36</sup> Bradley<sup>37</sup> versucht eine völlig neue Interpretation - Lear habe am Ende die Illusion, daß Cordelia doch lebe -, um die Tragik zu mildern. Wer möchte vom Gefühl her nicht mit ihnen übereinstimmen - genau wie das Urteil des "Kommunistischen Manifestes" uns zu hart erscheinen möchte, sowohl über das Genie Sismondis wie über so manchen einfachen, ehrlichen, mutig kämpfenden kleinbürgerlichen Sozialisten. Doch das Urteil der Geschichte, das Shakespeare und Marx sprechen, nimmt keine Rücksicht auf unsere Gefühle. Cordelia, Opfer ihrer Feudalität, muß sterben, so wie die kleinbürgerlichen Sozialisten sich im feigen Katzenjammer verlaufen müssen.

Mußte Marx nicht Shakespeare in seiner eisernen politischen Konsequenz, in seiner tiefen historischen Einsicht bewundern? Und weiter: Shakespeare war wohl der größte Dialektiker unter allen großen Dichtern in der Geschichte der Menschheit. Dialektiker "an sich", wie auch Dialektiker der Übergangsperiode.

Dialektiker an sich, wenn der Tod zum Leben wird - etwa wenn Lorenzo in Romeo und Julia bemerkt, daß die Erde das Grab der Natur sei, aus dem doch auch wieder neues Leben erwacht. Dialektiker der Übergangsperiode, wenn der alte Capulet klagt, daß "alles sich ins Gegenteil verwandelt".

35 Danby, John Francis, Shakespeare's doctrine of nature. A study of King Lear, London 1964, S. 133.

36 Knight, G. Wilson, The wheel of fire, London 1949, S. 174.

37 Bradley, Andrew Cecil, Shakespearean tragedy, London 1904.

Dialektik auch in der revolutionären Bewegung, wenn etwa die Aufständischen unter Cade (Heinrich VI.) erklären: "Wir sind erst recht in Ordnung, wenn wir außer aller Ordnung sind." Dialektik auch im Werden der einzelnen Gestalt, wenn im Lear der wahnsinnig gewordene König endlich beginnt, die Welt mit Vernunft zu verstehen, und der alte Gloucester, dem man die Augen ausgestochen, endlich die Verhältnisse richtig sehen kann.

Mit wieviel Recht nennt Kozintsev doch den Edmund "illegitimes Kind des Earl of Gloucester und legitimen Sohn der neuen Zeit"! <sup>38</sup>

Schön formuliert auch Schlösser: "Shakespeares Dialektik entstammt seiner gesellschaftlichen Realität, nicht der Quantenmechanik".

Und dann fügt er einen Satz an, der ebenfalls verständlich macht, warum Marx so eine besondere Zuneigung und Bewunderung für Shakespeare hatte: "Sie (die Dialektik - J. K.) stellt aktivierende Denkaufgaben". <sup>39</sup> Auch bemerkt er an anderer Stelle: "Das Shakespeare-Drama ist eine Schule des Denkenlernens durch Infragestellung." <sup>40</sup> Und war es nicht Marx, der den Zweifel als Motor der Welteinsicht allgemein wie der wissenschaftlichen Forschung speziell so hoch stellte?

Und schließlich und zu alledem mußte Marx nicht die rein menschliche Größe Shakespeares anziehen? Menschliche Größe in so mannigfacher Beziehung!

Denken wir nur daran, wie sein dichterisches Werk reift - von den Dramen der Jugend, die schon Großes versprechen, über die genialen Tragödien der Reifejahre bis zu den schönen "Alterswerken".

Denken wir an den großen Dichter der Übergangszeit, der ihr entsprechend, die gräßlichsten und grausamsten Gestalten und Szenen geschaffen hat, der wahrlich begriffen hat, was Elend der Massen in jener Zeit der ursprünglichen Akkumulation bedeutete und zu was für Verbrechen und Deformationen des menschlichen Geistes es führte. Und doch hat, wie Wagenknecht berichtet, Alfred Harbage gefunden, daß von 775 Shakespeare-Charakteren 49 Prozent "zweifellos gut", 20 Prozent gut im großen und ganzen, 14 Prozent schlecht im großen und ganzen und nur 17 Prozent "zweifellos schlecht" sind. Was die Verteilung auf die Klassen betrifft, so waren unter den Herrschenden 68 Prozent, in der mittleren Schicht, die aber auch herrschen kann, 72 Prozent und unter dem Volk 67 Prozent gut. Und was viel wichtiger noch: die Änderungen im Charakter während des Dramas sind im allgemeinen zum Guten. <sup>41</sup> Shakespeare, der die Verhältnisse so grausam schildern kann, war den Menschen gut.

Über das persönliche Leben Shakespeares haben wir nur wenige Daten. Wir wissen jedoch, daß er, wenn auch öfter getrennt von ihr lebend, stets zu seiner Familie hielt und am Ende zu ihr in die Heimatstadt zurückkehrte, um dem Londoner Theaterleben fern, in Ruhe seine Tage, den fleißig angesammelten Wohlstand genießend, zu verbringen. In den letzten Londoner Jahren hatte seine Schaffenskraft quantitativ nachgelassen, und so zog er sich, noch nicht 50 Jahre alt, nach Stratford, der Stadt, in der er aufgewachsen und in der seine Familie lebte, zurück. Wohl genau 52 Jahre alt, stirbt er dort am 23. April 1616. Was für ein weise abgerundetes Leben!

So vieles kann Marx an Shakespeare bewundern! So wenig erstaunlich ist es doch, daß er eine ganz besondere Zuneigung zu ihm hatte!

<sup>38</sup> Kozintsev, Grigori, a. a. O., S. 254.

<sup>39</sup> Schlösser, Anselm, Shakespeare, Analysen und Interpretationen, Berlin/Weimar 1977, S. 303.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 460.

<sup>41</sup> Vgl. Wagenknecht, Edward, The Personality of Shakespeare, Norman (Oklahoma) 1972, S. 60.

Voll tiefer Einsicht in das gesellschaftliche Geschehen zeigt sich Shakespeare in der Behandlung der Frage der Rebellion, des Aufstandes gegen die Autorität. Marx war Revolutionär durch und durch - und zugleich alles andere als ein Abenteurer der Revolution: Darum war er auch gegen die Linie der deutschen "Linken" nach 1850. Darum fürchtete er einen Aufstand in Paris und wußte, daß die Commune nicht siegen konnte.

Auch für Shakespeare - unter ganz anderen historischen Umständen - stand die Frage der Rebellion im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Problematik. Rebellion in vielfachem Sinne: als Palastrevolution eines feudalen Herrschers gegen einen anderen; als Gegenrevolution reaktionärer feudaler Kräfte und schließlich als Revolution gegen ein entartendes Regime. Mir scheint, daß vieles für die Analyse von Danby spricht, wenn er meint, wir könnten drei Stadien der Auffassung Shakespeares unterscheiden.<sup>42</sup>

Zuerst: Rebellion gegen den legitimen König ist unrecht; sodann: (beginnend mit King John) Rebellion gegen jeden König ist unrecht; schließlich: (beginnend mit Julius Caesar) Rebellion gegen den Tyrannen, auch den "legitimen", ist gerechtfertigt.

Die Thematik ist von größter politischer Aktualität in Shakespeares Zeit. Der Bürgerkrieg in England hatte mit dem Beginn der Herrschaft des Tudors Heinrich VII. 1485 sein Ende gefunden. Shakespeare wird noch mit gar manchem gesprochen haben, dessen Großvater am Bürgerkrieg teilgenommen; der Bürgerkrieg ragte noch als lebende Erinnerung in seine Zeit hinein. Die Rebellion von 1537 und 1555 erhielten die Erinnerung als ganze akute Vorstellung. Und in Shakespeares eigener Zeit wurde ein Bürgerkrieg von Mary vorbereitet, während der ihm nahestehende Essex eine Rebellion versuchte.

Die erste Phase der Abhandlung der Rebellionsthematik entspricht dem allgemeinen Bedürfnis der Ruhe im Innern. Sie entspricht sowohl den historischen inneren Bedürfnissen Englands wie auch der Historiographie jener Zeit, wobei wir "jene Zeit" mit dem ersten Tudor beginnen können.

Die zweite Phase, die Danby als eine Konzession an die elisabethanische Tudor-Ideologie<sup>43</sup> ansieht und in der "der König zuerst einmal stark sein muß und Güte auf den zweiten Platz verwiesen wird", ist, meiner Ansicht nach, eine Weiterentwicklung der ersten Phase unter dem Eindruck der immer stärkeren Rolle der Außenpolitik und der Bedrängung Englands durch die Feinde auf dem Kontinent. Wohl sind wir Marxisten der Meinung, daß die Innenpolitik ein Primat hat - jedoch nur im allgemeinen, nicht stets und immer. Wenn die kommunistischen Parteien Englands und der USA ihren Kampf gegen das einheimische Monopolkapital dem Kampf gegen den Hitlerfaschismus unterordneten, so gaben sie zeitweilig der Außenpolitik das Primat. Und wenn Engels und Marx eine durchaus reale Basis für die Auffassung der englischen Merkantilisten sahen, daß der Mehrwert zu ihrer Zeit im Außenhandel gewonnen wird, dann erkennen wir auch hier eine gewisse Berechtigung für die Auffassung vom gelegentlichen Primat der Außenpolitik. Hat aber die Außenpolitik ein Primat, dann ist es in der Tat notwendig, daß der König stark und erst in zweiter Linie gut, voller "goodness", ist. Dann ist in der Tat jede Rebellion zu verurteilen.

Doch wird diese zweite Phase von einer dritten abgelöst, so wie sich die Herrschaftsform in England ändert. Die alte Königin gerät in Konflikt mit dem Parlament. Sie versucht, im kontinentalen Sinne absolut zu regieren - man denke nur an den Monopoliestreit. Und ihr folgt ein König, in dessen Herrschafts-ideologie sich die Elemente des kontinentalen Absolutismus noch verstärken. Diese neuen Tendenzen haben unübersehbar eine feudale Nuancierung. Wenn das so weiter gehen sollte ... Shakespeare fühlt sich gedrängt zu warnen.

42 Danby, John Francis, a. a. O., S. 196 f.

43 Ebenda, S. 199.

Vorsichtig muß er sein, und die neuen Gestalten seiner Dramen sind Römer, Dänen, Trojaner. Doch schon Goethe bemerkt mit Recht in "Shakespeare und kein Ende": "Man sagt, er habe die Römer fürtrefflich dargestellt; ich finde es nicht; es sind lauter eingefleischte Engländer" - eine Auffassung, die auch Dostojewski teilte. Danby setzt die Wandlung mit Julius Caesar an, Kenneth Muir bemerkt sie ausgesprochen in "Measure for Measure".<sup>44</sup> In jedem Fall hat eine solche Wandlung stattgefunden - und wir sind berechtigt, von einem Vorgefühl Shakespeares für die Gefahr eines neuen und in seinen Augen berechtigt-notwendigen Bürgerkrieges zu sprechen. Keiner seiner Zeitgenossen hat, meines Wissens, so früh auf der Bühne gewarnt, ein so tiefes Verständnis für die Wandlungen seiner Zeit gehabt.

Dieser Bürgerkrieg würde - und auch darin hat Shakespeare recht - nicht ein Krieg des Volkes gegen seine Beherrscher sein. So klar Shakespeare die Widersprüche zwischen Herrschenden und Unterdrückten sieht, so spielen sie für die Frage eines drohenden Bürgerkrieges für ihn keine Rolle - wie es auch später eintraf, denn die Kleinbauern kämpften auf beiden Seiten, da ihnen die feudale Unterdrückung nicht schlimmer erschien als die ursprüngliche Akkumulation. Völlig richtig bemerkt Ivan Anisimov: "Shakespeare vergißt niemals, daß neben der Welt der Reichen die Welt der Hungrigen, der Bettler, der heimatlosen Haufen der Gesellschaft existiert." Doch anschließend, als er auf den Plebejer-Aufstand von Jack Cade zu sprechen kommt, bemerkt er: "Shakespeare stellt sich nicht auf die Seite der Rebellen, doch kann er nicht die kochende, so offen ausgedrückte Empörung der Unterprivilegierten verschweigen und gibt ein richtiges Bild der Motive für die Aktionen von Jack Cade und denen, die hinter ihm stehen."<sup>45</sup> Aber erst als er allein steht, wird Cade zum tragischen Helden. Ein Volkskriegs-Drama hat Shakespeare niemals geschrieben - im "Coriolan" ist dieser doch der tragische Held. Wenn im "Pericles" der erste Fischermann bemerkt: "Die Großen verschlingen die Kleinen", so bleibt das letztlich doch nur eine kluge sozialkritische Beobachtung.

Bei all diesen Betrachtungen und Analysen müssen wir folgendes im Auge behalten:

Erst die gesellschaftliche Analyse, die uns die Marxsche Geschichtsphilosophie erlaubt, läßt uns dieses tiefe Verständnis Shakespeares für seine Zeit ganz erfassen. Erst Marx war es auch, der die ganze Größe von Shakespeare als Warner, als Prophet seiner Zeit verstehen konnte. Prophet im alten Sinne; In-die-Zukunft-Seher und zugleich Einseher, Einsichtiger. Nicht daß Shakespeare wissenschaftlicher Politiker oder Gesellschaftswissenschaftler gewesen. Natürlich beobachtete er klug und bedachte die Ereignisse voller Intelligenz. Doch war die Hauptquelle seiner Einsicht in die Welt, in der er lebte, die dichterische Perzeption. Auch ist es völlig gleichgültig, daß sein Verstand nicht ausreichte, um die ganze Größe seiner dichterischen Perzeption zu verstehen. Selbstverständlich konnte Marx die wissenschaftliche Bedeutung der dichterischen Einsicht Shakespeares besser verstehen als Shakespeare. Shakespeare war ein genialer Dichter und nicht etwa ein bedeutender Wissenschaftler. Aber wie oft in der Geschichte der Menschheit war die Einsicht des Dichters größer als die seiner zeitgenössischen Wissenschaftler. Um so größer ist dann die Bewunderung des später geborenen Wissenschaftlers Marx für die Einsicht des ihm vorangegangenen Dichters. In den Notizen zu einer Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie - zitieren wir die Stelle noch einmal, in anderer Absicht jedoch als zuvor - bemerkt Marx: "Bei der Kunst bekannt, daß bestimmte

<sup>44</sup> Muir, Kenneth, Timon of Athens and the Cash Nexus, in: Modern Quarterly Miscellany, Nr. 1, London 1947, S. 62 ff.

<sup>45</sup> Anisimov, Ivan, Life-Affirming Humanism, in: Shakespeare in the Soviet Union, a. a. O., S. 141 f.



Blütezeiten derselben keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, also auch der materiellen Grundlage, gleichsam des Knochenbaus ihrer Organisation stehn. Zum Beispiel die Griechen verglichen mit den Modernen oder auch Shakespeare." Oder auch Shakespeare . . . , der als Künstler, aufgrund seiner dichterischen Perzeption, der Gesellschaft, in der er lebte, insbesondere auch ihrer Gesellschaftswissenschaft, weit voraus war - ja in der Erkenntnis seiner Zeit wissenschaftlich erst nach 250 Jahren von Marx eingeholt und überholt wurde. Man kann die Bewunderung für den einzigartigen Shakespeare durch Marx wahrlich verstehen!

Es gibt eine wundersam tiefe Beobachtung von Pope in der Vorrede zu seiner Shakespeare-Ausgabe: "Die Gewalt über unsere Leidenschaften hat niemals ein Verfasser in einem höheren Grade besessen, oder in so verschiedenen Anlässen gezeigt. Und doch sieht man bei alledem keine Arbeit, keine Bemühung, sie zu erwecken, keine Zurüstung, unsere Vermutung zu dem Ausgang zu leiten; das Herz schwillt und die Tränen brechen aus, gerade in dem Augenblick, wo es geschehen soll; und unsere Tränen überraschen uns, wir sind erstaunt, daß wir weinen, und finden demnach beim Nachdenken unser Gefühl so gerecht, daß wir erstaunt wären, wenn wir nicht geweint, und nicht gerade in diesem Augenblick geweint hätten."<sup>46</sup>

"Und finden demnach beim Nachdenken unser Gefühl so gerecht." In gleicher Weise hat die Geschichte beim wissenschaftlichen Nachdenken durch Marx die dichterische Perzeption der Wirklichkeit durch Shakespeare so gerecht, so richtig gefunden. Bis zur Entwicklung der Philosophie und Methodologie des Historischen Materialismus erhob sich die Eule der Minerva in der Tat erst in der Dämmerung zum Fluge, während Pegasus seine Schwingen erheben konnte, kaum daß die ersten Freudentränen über das Erscheinen eines neuen Tages als Morgentau gefallen waren.

Wie war es möglich, daß Shakespeare - wenn auch später in der Verkleidung einer römischen Toga, die jedoch so durchsichtig war, daß sie niemanden täuschte - so offen seine politischen Ansichten auf die Bühne bringen konnte? Oder sollte man nicht, statt politische Ansichten, besser formulieren: seine allgemeine Haltung zum Zeitgeschehen, seine, wie wir heute sagen würden, Soziologie der Umwelt - ganz umfassend: seine Anschauung von der Welt und der Rolle des Menschen in dieser Welt?

Marx hat einmal bemerkt, daß die herrschenden Gedanken einer Gesellschaft die Gedanken der herrschenden Klasse dieser Gesellschaft sind. Aber wer war die herrschende Klasse in jener Zeit? In der Ökonomie war es wohl die Klasse der Bourgeoisie, worunter wir sowohl den kapitalistisch wirtschaftenden Neuedel wie auch die Kaufleute und Manufakturisten verstehen wollen. Im Staat jedoch? In so mancher lokalen Verwaltung und in der Kirche? Auf den Universitäten? Gegen Ende der Herrschaft von Elisabeth und am Hofe von James? Überwogen dort nicht noch oder gar wieder bisweilen feudale und halbfeudale Elemente?

Und mehr noch! Nicht immer hat eine herrschende Klasse ein Interesse daran, daß ihre Ideologie überall präzis verbreitet wird. Denken wir an die dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Frankreich, als die herrschende Klasse in ihrer Presse die Romane von Balzac und Sue in Fortsetzungen laufen ließ und den Dichtern hohe Honorare für die Verbreitung einer Ideologie zahlte, die stark sozialkritisch war. Es kann sich für die herrschende Klasse auch auszahlen, ihr durchaus nicht genehme Gedankengänge an dieser oder jener Stelle, etwa auch auf der Bühne, zuzulassen - solange die Bühne nicht zum Tribunal wird.

46 Zit. nach Übersetzung in Böhtlingk, Arthur, Goethe und Shakespeare, Leipzig 1909, S. 5.

Weiman bemerkt: "Einige kostbare Jahre hindurch trotzten die öffentlichen Theater den sich herausbildenden sozialen Gliederungen nicht nur, sondern nährten sich geradezu vom Reichtum ihrer Widersprüche."<sup>47</sup>

Schließlich ist auch folgendes zu bedenken: Unter gar manchen historischen Verhältnissen vertritt man, indem man sich für bestimmte Interessen einer Klasse einsetzt, gleichzeitig die Interessen zahlreicher anderer Klassen und Schichten. Man denke nur daran, wie vieler Klassen und Schichten Interessen die Arbeiterklasse heute vertritt, wenn sie für ihr eigenes Interesse an der Erhaltung des Friedens eintritt.

Doch hat Morton in seiner neuesten Shakespeare-Studie recht? wenn er meint: "Es ist ein Gemeinplatz, daß jede politische Haltung eine Klassenbasis haben muß: doch folgt daraus nicht notwendigerweise, daß jedes Individuum die Haltung nur einer Klasse widerspiegeln muß. Und ich glaube nicht, daß Shakespeare die Haltung irgendeiner einzelnen sozialen Klasse oder Gruppe widerspiegelte - sei es des feudalen Kleinadels, der feudalen Bürger, der neuen Bourgeoisie oder, und das erst recht nicht, des kleinen Meisters oder Handwerkers. Er lebte mit ihnen allen in einer Welt und teilte einige Vorurteile, Hoffnungen und Antipathien mit ihnen allen ... Shakespeare war darum in der Lage, nicht den Standpunkt irgendeiner Klasse wiederzugeben, sondern die Konflikte und Widersprüche, die Hoffnungen und die Verzweiflungen, die einem Zeitalter an der Schwelle der Revolution eigentümlich sind."<sup>48</sup>

Ich glaube, hier geht gar manches durcheinander. Zunächst einmal vertrat Shakespeare, wenn er etwa im "Lear" nicht zulassen konnte, daß ein französisches Heer siegreich in England ist, die nationalen Interessen einer ganzen Reihe von fortschrittlichen Klassen und Schichten gegen die feudalen Klassen und Schichten, die es in England immer noch gab, ohne daß er deswegen keinen eigenen Klassenstandpunkt hätte einnehmen dürfen. Sodann aber kann man sehr wohl sehr fest und einseitig auf einem Klassenstandpunkt stehen und gerade deswegen den Standpunkt anderer Klassen und Gruppierungen richtig analysieren. Man stelle sich nur vor, man wollte behaupten, daß Marx nicht die Haltung einer bestimmten Klasse widerspiegelte, da er die Interessen und Hoffnungen anderer Klassen und Gruppierungen so glänzend analysiert.

Ja ich möchte sagen, daß das einer der Hauptanziehungspunkte Shakespeares für Marx gewesen sein muß, daß jener, eindeutig auf seiten des Fortschritts stehend, die Interessen und Hoffnungen, die Sympathien und Antipathien so vieler Schichten, Gruppen und Klassen so hervorragend dargestellt hat, die sozialen Einheiten so glänzend charakterisiert hat. Welch ein Unterschied auch zu dem genialen Cervantes. Cervantes hat nur einen großen Helden, den entwurzelten Ritter, entwurzelt wie auch Hutten und Sickingen, entwurzelt wie auch Falstaff. Shakespeares Bühne wimmelt dagegen von großen Gestalten, die jede in ihrer Art eine andere Klasse oder Schicht repräsentieren. Neben den entwurzelten Ritter Falstaff stellt er die großen feudalen Herren und Könige, neben den feudalen Kaufmann Shylock den königlichen Kaufmann Antonio, von dem ich jedoch nicht sicher bin, ob man ihn als eine utopische Gestalt des vollendeten bürgerlichen Kaufmanns sehen soll, gleich Edgar, dem utopischen König einer neuen, der Learschen feudalen folgenden, Gesellschaftsordnung, oder ob Heine recht hat, wenn er ihn in "Shakespeares Mädchen und Frauen" als einen Helden aller Unterdrückten charakterisiert, die "wahnsinnig schmerzlich aufjauchzen", "wenn sie ihren übermütigen Quälern die zugefügten Kränkungen mit Zinsen zurückzahlen können".

Hier ist vielleicht der Platz, einiges über die Rolle der Massen bei Shakespeare zu sagen. So manchen marxistischen Shakespeare-Forschern kommt es darauf

47 Kettle, a. a. O., S. 34.

48 Morton, Arthur Leslie, The matter of Britain, London 1966, S. 36, 38.

an zu zeigen, daß die Massen der Werktätigen doch irgendwie eine positive Rolle in seinen Werken spielen. Das ist natürlich, wenn man entgegen den Klassikern ihnen "die schöpferische Rolle in der Geschichte" zusprechen möchte. Schlösser widmet der Problematik zwei Abschnitte in seinem Buch, deren Überschriften lauten: "Der antifeudale Volksaufstand bei Shakespeare" und "Und künftig soll alles in Gemeinschaft sein". Das letztere ist ein Wort von Cade, dem hochstapelnden Anarchisten (Heinrich VI.).

Aber ist der Aufstand des Cade wirklich antifeudal? Ist er nicht einfach die Empörung der Werktätigen aller Gesellschaftsordnungen über Unterdrückung und Ausbeutung! Ihr Schrei nach "Gerechtigkeit" unter einem Führer, von dem Schlösser sagt: "Cade, wie ihn Shakespeare gestaltet, ist eine Art plebejischer Brutus, deshalb auch nicht so edel, versteht sich, zur Nacheiferung nicht empfohlen; dennoch ein Mann von Format, dem in seinen positiven Aspekten das 'Lob des Revolutionärs' aus Brechts 'Mutter' gebühren könnte: 'Und wo er verjagt ist, bleibt die Unruhe doch'.<sup>49</sup>

Der positiven Aspekte bei Cade sind aber nicht viele, und ebensowenig findet man sie häufig bei den Massen. Selbstverständlich ist es albern, wenn Wagenknecht schreibt: "Wenn Shakespeare von den unteren Klassen abgestoßen war, dann, meine ich, ist es nicht frivol zu vermuten, daß der Grund ein rein physischer war: sie rochen schlecht. Der übelriechende Atem des römischen Mob wird sowohl in 'Julius Caesar' wie im 'Coriolanus' hervorgehoben."<sup>50</sup> Natürlich haben die Massen sich nicht täglich gewaschen oder gar gebadet - darin gar nicht unähnlich den herrschenden Klassen, die sich jedoch in ihren Spitzen öfter parfümierten. Bei der Diskussion des Sickingen-Dramas von Lassalle durch Marx und Engels<sup>51</sup> bemerkt Johanna Rudolph: "Es ist nur folgerichtig, daß sich in unserer sozialistischen Gesellschaft für die Funktion der plebejischen Gestalten in Shakespeares Dramen besondere Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit zeigt ... 'Gab es eine Zeit von mehr derber Charakteristik als das 16. Jahrhundert?' fragt Marx, und in diesem Zusammenhang taucht bei ihm das Wort 'Shakespeareisieren' auf. Es käme also darauf an, außer den offiziellen Repräsentanten der Gesellschaft 'die nichtoffiziellen, plebejischen und bäuerlichen Elemente samt ihrer danebenlaufenden theoretischen Repräsentation' gebührend zu berücksichtigen. In der Hereinziehung der 'so wunderbar bunten plebejischen Gesellschaftssphäre' sahen Marx und Engels den Stoff zur Belebung des Dramas, 'einen unbezahlbaren Hintergrund für die vorn auf der Bühne spielende ... Adelsbewegung, die dadurch erst ins rechte Licht gesetzt wird'.<sup>52</sup>

Nachdem Johanna Rudolph vorher Lenin falsch interpretiert hat, indem sie behauptet, er meine, daß es in jeder Klassengesellschaft zwei Kulturen gäbe, eine der Herrschenden und eine der Unterdrückten - an der von ihr genannten Stelle bezieht Lenin die zweite Kultur natürlich nur auf die Arbeiterklasse -, wird sie, wenn sie wörtlich zitiert, nämlich aus der Sickingen-Debatte, viel bescheidener und die Werktätigen erscheinen nur als "unbezahlbarer Hintergrund", was völlig richtig ist, soweit Shakespeare in Frage kommt. Dieser hatte natürlich noch nicht gesehen, wie enorm die Werktätigen den Fortschritt durch ihren Klassenkampf fördern können.

In seiner Zeit spielte sich jedoch der Hauptklassenkampf zwischen den vormals herrschenden feudalen Kräften und der werdenden Bourgeoisie ab, und die Massen waren in der Tat nur ein "Hintergrund", derb gezeichnet, voll wirrer

49 Schlösser, Anselm, a. a. O., S. 477.

50 Wagenknecht, Edward, a. a. O., S. 64.

51 In: Marx/Engels, Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 590 - 593, 600 - 605.

52 Rudolph, Johanna, Karl Marx und Shakespeare, in: Shakespeare-Jahrbuch, Bd. 105, Weimar 1969, S. 46, 48.

und brutal, voll schlauer und bisweilen kluger ja geradezu Charaktere, aber "sie machten nicht die Geschichte". Irgend etwas dieser Art in Shakespeare hineinlesen zu wollen, wäre Unsinn und hätte auch in keiner Weise der Realität zu Shakespeares Zeit entsprochen.

Doch nicht nur Gruppen, Schichten und Klassen repräsentieren die Gestalten Shakespeares. Wie Marx gaben ihm Zeitgeschichte und jüngere Vergangenheit auch die Aufgabe, sich mit Außenseitern der Gesellschaft, die eine große gesellschaftliche Rolle spielten, zu beschäftigen, und genau wie Marx weiß er, daß sie untergehen müssen. Nur konnte sich Shakespeare große Gestalten, etwa Coriolan, als Exempel suchen und so Tragödien gestalten, während die Geschichte Marx die Farce eines Napoléon Petit aufdrängte.

Es wird bisweilen gesagt, wir Marxisten stellten die Repräsentation von Klassen und Schichten über die von Personen. Daher neigten wir auch dazu, viel zuviel in Shakespeare hineinzulesen und Klassenurteile dort zu sehen, wo Shakespeare Menschen, Individuen leben und wirken läßt. Mir scheint der Vorwurf ebenso wie die ganze Problemstellung falsch, obgleich sie natürlich interessant sein kann.

Wenn Heine in seinem Jessika-Porträt bemerkt: "Shakespeare hegte vielleicht die Absicht, zur Ergänzung des großen Haufens einen gedrillten Währwolf darzustellen, ein verhaßtes Fabelgeschöpf, das nach Blut lechzt, und dabei seine Tochter und seine Dukaten einbüßt und obendrein verspottet wird. Aber der Genius des Dichters, der Weltgeist, der in ihm waltet, steht immer höher als sein Privatwille, und so geschah es ...", wenn Engels viele Jahrzehnte später in seinem berühmten Brief an Margaret Harkness schreibt: "Daß Balzac so gezwungen wurde, gegen seine eigenen Klassensympathien und politischen Vorurteile zu handeln, daß er die Notwendigkeit des Untergangs seiner geliebten Adligen sah und sie als Menschen schildert, die kein besseres Schicksal verdienen; und daß er die wirklichen Menschen der Zukunft dort sah, wo sie in der damaligen Zeit allein zu finden waren, - das betrachte ich als einen der größten Triumphe des Realismus und als einen der großartigsten Züge des alten Balzac", dann deuten beide auf ein gerade auch für die Beurteilung des Werkes von Shakespeare so unendlich wichtiges Phänomen hin.

Selbst wenn wir plötzlich ein Dutzend Briefe Shakespeares entdecken würden, in denen er eine tiefe Zuneigung und Sympathie für den Feudalismus zum Ausdruck bringen würde, in denen er einem Freunde erklären würde, daß ihn nur Einzelgestalten, nur der Mensch an sich, als isoliertes Individuum interessiere, so würde und dürfte das in keiner Weise unser Urteil über Inhalt und Gestaltung seiner Dramen beeinflussen. Natürlich konstruiert der Dichter Gestalten in einzelnen Charakterfiguren, natürlich auch "plots", Zufälle und führt Menschen in Liebe oder durch Mord zusammen. Doch der Dichter, der der ihm eigenen, eben der dichterischen Perception der Welt wirklich fähig ist, sein Genius, sein Weltgeist, wie Heine es nennt, seine Gabe der Sicht, wie Engels es bezeichnet, konstruiert natürlich keine Wirklichkeit, er perzipiert sie, und wenn notwendig auch gegen seinen Verstand, sich dadurch vom Wissenschaftler unterscheidend, wenn notwendig auch gegen seinen persönlichen Klassenstandpunkt (wie Balzac), sich so vom weder dichterisch noch wissenschaftlich schöpferischen Propagandisten trennend.

Auf solche Art betrachtet, war Shakespeare wohl das größte dichterische Genie der Menschheit. Man mag meinen, daß Goethe, daß Heine die Welt in ihrem dichterischen Werk genau so tief und realistisch klar gesehen haben. Vielleicht - aber wer wird von der Rolle des wissenschaftlich gebildeten Verstandes bei der Erfassung der Welt in ihrem dichterischen Werk abstrahieren können? Shakespeare erscheint uns - und so erschien er auch Marx - als der reine Dichter, der sich eben aufgrund seiner genialen Gabe der dichterischen Perception der Welt bemächtigte, sie realistisch erfaßte.

Ja, können wir nicht sagen - und das ist auch die letzte, zwingendste Berech-



tigung meiner Thematik: Wir sehen in Marx d e n Genius der wissenschaftlichen, in Shakespeare d e n Genius der dichterischen Erfassung der Welt.

Die Tiefe ihres Blicks ist uns unerschöpflich.

Am 17. April 1817 bat John Keats einen Freund: "Wann immer Du schreibst, sage ein paar Worte über eine Stelle bei Shakespeare, die Dir aufgefallen, was doch dauernd passieren muß, auch wenn wir das Stück an vierzigmal gelesen haben." Wer unter uns alten Marxisten könnte nicht, auch nach 60 Jahren Studium von Marx, noch genau so an einen Freund schreiben!

Shakespeare und kein Ende ... Marx und kein Ende ...

"Reade him, therefore; and againe, and againe" mahnten die Herausgeber der Folio-Ausgabe von 1623. So meinte Engels auch vom "Kapital".

So sagen wir noch heute, so wird es immer heißen. Und wie schön ist es zu wissen, daß der größte Wissenschaftler aller Vergangenheit den größten Dichter so liebte und verehrte!

## Praktische Erfahrungen bei der Anwendung der Kennziffer Netto- produktion auf dem Gebiet der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate (Vereinigungen) in europäischen RGW-Ländern

von Walter Telle

0. Einleitung
1. VR Bulgarien
2. ČSSR
3. DDR
4. VR Polen
5. SR Rumänien
6. UdSSR
7. Ungarische VR
8. Abschließende Bemerkungen

### 0. E i n l e i t u n g

In allen sozialistischen Ländern wird gegenwärtig die Erhöhung der Effektivität und die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion als eine Hauptaufgabe der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Eine wichtige Rolle spielt dabei die stärkere Orientierung der Planung und Leistungsbewertung auf volkswirtschaftliche Endergebnisse. In enger Verbindung dazu steht die größere Bedeutung, die der Kennziffer Nettoproduktion bei der Leistungsbewertung der Betriebe und Vereinigungen (Kombinate) in den meisten RGW-Ländern beige-  
messen wird.

Die Beurteilung der Kennziffer Nettoproduktion in dieser Funktion schließt zwei miteinander verflochtene Seiten ein:

1. die theoretische Fundierung des Platzes und der Rolle dieser Kategorie im Gebäude der politischen Ökonomie des Sozialismus und im System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung (dieser Aspekt wird hier aus-  
geklammert und Gegenstand einer gesonderten Arbeit sein),
2. die Auswertung früherer Erfahrungen bei der praktischen Anwendung der Kennziffer Nettoproduktion auf dem Gebiet der Leistungsbewertung der Betriebe.

Der Untersuchung des zweiten Aspektes ist der vorliegende Artikel gewidmet. Es soll jedoch nicht eine ausschließlich informative Schilderung der Geschichte und der Formen der Anwendung der Kennziffer Nettoproduktion in den einzelnen sozialistischen Ländern vorgenommen, sondern in erster Linie verdeutlicht werden, welche Verhaltensweisen der Betriebe sich im Ergebnis der Orientierung auf die Nettoproduktion als Leistungskennziffer herausbildeten.

Damit wird ein wichtiges Gebiet der Wirtschaftsgeschichte angesprochen, nämlich die Analyse des Zusammenhangs zwischen den konkreten wirtschaftspoliti-

schen Beschüssen und ökonomischen Regelungen zur Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung und den durch sie induzierten Verhaltensweisen der sozialistischen Wirtschaftssubjekte. Die Analyse des Leitungs- und Planungssystems (und seiner Effektivität), die "ein notwendiger, wesentlicher, entscheidender Bestandteil jeglicher Darstellung der Wirtschaftsentwicklung im Sozialismus ist"<sup>1</sup>, gewinnt besonders in der gegenwärtigen Etappe an Bedeutung, da die großen und schwierigen Aufgaben bei der Vervollkommnung des sozialistischen Wirtschaftsmechanismus wegen der außerordentlichen Komplexität der dabei zu berücksichtigenden Faktoren (zum Beispiel Interessenproblematik, Motivation) nicht allein auf deduktiv-theoretische Weise zu bewältigen sind. Der große Erfahrungsschatz der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Gestaltung des Systems der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung muß in weit größerem Maße ausgelotet, analysiert und den Vorschlägen zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus zugrunde gelegt werden. "Ein derartiger Vergleich kann die Vielfalt der möglichen leitungsmäßigen Lösungswege für ein bestimmtes ökonomisches Problem veranschaulichen. Er läßt aber auch - sofern die gleichen oder sehr ähnlichen Methoden in mehreren Ländern angewandt werden - erste Schlüsse auf die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Leitungsmethode zu. Derartige Vergleiche offenbaren schließlich die (genutzten oder ungenutzten) Möglichkeiten für den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zwischen den sozialistischen Ländern."<sup>2</sup>

Die nachfolgende Literaturlauswertung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Schwierigkeiten ergaben sich aus sprachlichen Gründen und auch dadurch, daß die Schilderung und Analyse konkreter Erfahrungen auf dem Gebiet der Gestaltung des Wirtschaftsmechanismus bisher meist keinen großen Raum in der Wirtschaftsliteratur der sozialistischen Länder einnahmen. Umfassendere Analysen solcher Art können letztendlich nur im Ergebnis einer kollektiven Zusammenarbeit von Ökonomen aller sozialistischen Länder entstehen.

## 1. V R B u l g a r i e n

Im Verlaufe der ökonomischen Reform in den sechziger Jahren wurde in Bulgarien die Nettoproduktion in Form des sogenannten Bruttoeinkommens zur wichtigsten Zielgröße der Betriebe. Sie stellte die Ausgangsgröße für alle Abführungen an den Staat und für die Bildung finanzieller Fonds dar. Die direktive Planung des Lohnfonds wurde abgeschafft. Seine Größe ergab sich als Teil des Bruttoeinkommens, der nach der Überweisung der mit Hilfe von Sätzen und langfristigen Normativen gebildeten Abführungen an den Staat beim Betrieb verblieb.

Es zeigte sich jedoch, daß dieses System zu negativen Verhaltensweisen führte. Die Bildung des Lohnfonds als Restgröße des Bruttoeinkommens gewährleistete nicht die Einhaltung der planmäßigen Proportionen zwischen dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und dem Lohn. Es wurde auf den völlig unterschiedlichen Charakter des Gewinns und des Lohnfonds und somit auf die innere Widersprüchlichkeit der Kategorie Bruttoeinkommen hingewiesen. Der Lohn als Form des notwendigen Produkts ist eine gesellschaftliche Kategorie, und seine Größe darf im Sozialismus nicht ausschließlich von den finanziellen Ergebnissen des Betriebes abhängig gemacht werden, da diese vor allem durch das Verhältnis zwischen individuellem und gesellschaftlich notwendigem Aufwand beeinflußt werden.<sup>3</sup>

1 Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. XIV.

2 Ebenda, S. XVII.

3 Chozjajstvennyj rasčet v socialističeskoj ekonomike, Moskau 1976, S. 95, 98.

Ab 1968 wurde in der VR Bulgarien der Lohnfonds auf der Grundlage von Normativen, bezogen auf 100 Lewa Bruttoeinkommen, gebildet. Für jede Vereinigung wurde individuell ein solches Normativ zentral vorgegeben. Diese wiederum legten für die einzelnen Betriebe differenzierte Normative fest. Hauptquelle für die anderen finanziellen Fonds und für die Abführungen an den Staatshaushalt wurde der Gewinn.<sup>4</sup>

Im Jahre 1979 wurde in Bulgarien ein neuer Beschluß zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus gefaßt, der ab 1. Oktober in Kraft trat. Danach wurde die Nettoproduktion wieder zu einer der wichtigsten direktiven Plan- und Leistungskennziffern. Solche Kennziffern, wie Gewinn, Rentabilität, Arbeitsproduktivität, Selbstkosten und Lohnfonds, werden von den Wirtschaftsorganisationen selbständig bestimmt. Das Herzstück des neuen Systems ist die "Restmethode" der Bildung des Lohnfonds. Der Lohnfonds ergibt sich als Differenz zwischen Nettoprodukt (Bruttoeinkommen) und den vorgeschriebenen Abführungen an den Staatshaushalt sowie an verschiedene Fonds. Ein Reservefonds des Ministeriums dient dem Ausgleich von Schwankungen des Lohnfonds.<sup>5</sup>

## 2. Č S S R

In der Anfangsphase der Wirtschaftsreform in der ČSSR war das Nettoprodukt (Bruttoeinkommen) das Hauptkriterium für die materielle Stimulierung. Das Bruttoeinkommen war sowohl Grundlage für Abführungen an den Staatshaushalt als auch Quelle für die Bildung des Lohnfonds und der anderen finanziellen Fonds der Betriebe. Darüber, wie die im Betrieb verbleibenden Mittel auf Lohn und Investitionen aufgeteilt wurden, entschieden die Betriebe selbständig. Es wurde zwar eine stabilisierende Abführung angewandt, die ein zu schnelles Anwachsen der Löhne gegenüber den Investitionen verhindern sollte, diese blieb aber unter den Bedingungen eines durch Preisveränderungen hervorgerufenen schnellen Wachstums der Einkünfte der Betriebe im wesentlichen unwirksam.<sup>6</sup>

Eine prinzipielle Unzulässigkeit des Nettoprodukts als Grundlage für Abführungen an den Staatshaushalt ist die geringe Sensibilität dieser Abführungen gegenüber der Dynamik des Gewinns. Beim Anwachsen des Gewinnanteils am Nettoprodukt bedeutet die proportionale Abführung vom Bruttoerlös eine regressive Besteuerung des Gewinns. Das wirkt sich wiederum negativ auf die Einkommensseite des Staatshaushalts und somit auf die Finanzierung der Investitionen in der nichtproduktiven und der produktiven Sphäre aus. Außerdem verstärken sich die Rentabilitätsunterschiede zwischen den Betrieben.<sup>7</sup>

"Die Interessiertheit am Bruttoeinkommen in der Tschechoslowakei erwies sich in Wirklichkeit als Interessiertheit der Betriebe an einer schnellen Steigerung der Löhne. Der individuelle Arbeitslohn hing immer stärker von Angebot und Nachfrage einer bestimmten Arbeitsart ab und resultierte folglich nicht mehr direkt aus den Veränderungen des Bruttoeinkommens. Die zuerst vorgesehene Abhängigkeit Bruttoeinkommen - Fonds der Werkstätigen - individueller Lohn erwies sich als umgestülpt. Die Ausgangsgröße wurde der Lohn, der unter dem Druck des Arbeitsmarktes gebildet wurde und an den sich die Verteilung des Bruttoeinkommens und im Endeffekt auch die Schaffung des Bruttoeinkommens im Geldausdruck selbst anpaßte, da die unkontrollierte Preissteigerung das

4 Ebenda, S. 150 - 165.

5 Valovoj, D./Krušinskij, A., Stimulirovanie konečnych rezul'tatov, in: Pravda, 24. 12. 1979, S. 4.

6 Chozajstvennyj rasčet ..., a. a. O., S. 120 - 123.

7 Ebenda, S. 121 f.



Wachstum der Kennziffer in laufenden Preisen bei der Stagnierung der Kennziffern in konstanten Preisen zuließ."<sup>8</sup>

Die Lohnentwicklung 1966 bis 1969 in der ČSSR bestätigt die Irrtümlichkeit und die Gefährlichkeit der These, daß man den Betrieben die Regulierung der Proportion zwischen Lohn und Investitionen überlassen kann. Das kann nur unter einer effektiven zentralen Kontrolle und Regulierung über den Volkswirtschaftsplan geschehen. Die Erfahrungen der ČSSR 1966 bis 1969 zeigen, daß die Steigerung des Lohnwachstums auf Kosten der zukünftigen Entwicklung der Betriebe destimulierenden Charakter besitzt, da das Lohnwachstum nicht auf entsprechenden ökonomischen Ergebnissen fußt und indirekt negative Erscheinungen hervorgerufen werden (inflationäre Tendenzen, Disproportionen im Lohngefüge und andere).<sup>9</sup>

Mit dem in der ČSSR gefaßten Beschluß "Maßnahmenkomplex zur Vervollkommnung des Systems der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft nach 1980" wird die neue Kennziffer Eigenproduktion eingeführt, die sich aus Löhnen, Abschreibungen und Gewinnen zusammensetzt. "Diese Kennziffer Eigenproduktion wird das Hauptkriterium für die qualitativen Planaufgaben sein und bildet die Grundlage für die Produktivitätsberechnungen."<sup>10</sup>

### 3. D D R

Schon in den fünfziger Jahren stand in der DDR die Kennziffer Nettoproduktion im Mittelpunkt theoretischer Diskussionen. Dabei ging es besonders um ihre Rolle bei der Messung der Arbeitsproduktivität.<sup>11</sup> In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde die Frage nach dem Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit für die verschiedenen Ebenen der Volkswirtschaft verstärkt diskutiert. Köhler/Steeger/Steinitz vertraten den Standpunkt, daß das Reineinkommen als alleinige Ergebnisform nicht ausreicht, da planmäßige Lohnerhöhungen auch Ergebnis der Effektivitätssteigerung sind. Folglich kommt der volkswirtschaftliche Nutzeffekt im Nettoprodukt umfassender zum Ausdruck.<sup>12</sup>

Nick setzte sich mit Auffassungen auseinander, die dem Gewinn nur in der ersten Etappe des neuen ökonomischen Systems (NÖS) eine entscheidende Rolle einräumen wollen, das Nettoprodukt der Betriebe als wichtigste Kennziffer des Nutzeffekts in der zweiten Etappe des NÖS betrachten und somit gewissermaßen Nationaleinkommen und Gewinn gegenüberstellen.<sup>13</sup> Nach Nick ist der Nettogewinn als synthetisches Maß des Nutzeffekts der Betriebe und Zweige zu betrachten.<sup>14</sup> Schneider unterstrich, daß das Nettoprodukt als Leistungs- und Zielkriterium andere Entscheidungen bedingt als der Gewinn.<sup>15</sup>

<sup>8</sup> Ebenda, S. 123 f.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 123 f.

<sup>10</sup> Lér, Leopold, Das Wesen unseres komplexen Herangehens, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 2/1981, S. 255.

<sup>11</sup> Vgl. z. B. Richter, Gerhard, Die Arbeitsproduktivität in Theorie und Praxis, Berlin 1958.

<sup>12</sup> Köhler, Gerhard/Steeger, Horst/Steinitz, Klaus, Kriterien zur Bestimmung der ökonomischen Effektivität der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und der einzelnen Zweige im Perspektivplan, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 3/1966, S. 389.

<sup>13</sup> Nick, Harry, Nationaleinkommen und Gewinn, in: ebenda, Nr. 11/1966, S. 1761 f.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 1775.

<sup>15</sup> Schneider, Horst, Zur Nutzenermittlung bei der Perspektivplanung in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems, in: ebenda, Nr. 5/1967, S. 756.

In der Praxis wurde eine der Nettoproduktion nahegestehende Kennziffer, die Eigenleistung, zur Bestimmung und Planung der Arbeitsproduktivität angewandt. Daß in die Kennziffer Eigenleistung neben der Nettoproduktion noch die Amortisationen und der Verbrauch von Hilfsmaterial einbezogen werden, ist darauf zurückzuführen, daß der Ausweis der Entwicklung in vergleichbaren Preisen für die Eigenleistung weit weniger Aufwand erfordert als für die Nettoproduktion. Es war vorgesehen, ab 1970 eine monatliche Abrechnung der Eigenleistung der Betriebe einzuführen und diese Kennziffer zum Hauptkriterium bei der Beurteilung der betrieblichen Leistung zu entwickeln. Ab 1971 sollte auch noch der Verbrauch von Hilfsmaterial aus der Eigenleistung eliminiert werden.<sup>16</sup>

Die Auswertung der praktischen Erfahrungen ergab, daß wegen fehlerhafter Informationen grobe Fehler und Mängel bei der Messung der Arbeitsproduktivität auf Basis der Eigenleistung auftraten.<sup>17</sup> Eick befürwortet die indirekte Berechnung der Nettoproduktion über die Kennziffer Warenproduktion, da die direkte Summierung der Löhne und des Gewinns nicht genügend gegen Manipulationen, zum Beispiel über die Erhöhung der Löhne, abgesichert werden kann. Bestandsveränderungen an unfertigen Erzeugnissen hatten einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Eigenleistung. Diese Größe wurde oft bewußt falsch angesetzt, um damit Unplanmäßigkeiten zu überbrücken. "In Untersuchungen zeigte sich, daß in den festgestellten Fällen falsche Abrechnungen der Eigenleistung zu vergleichbaren Preisen stets zugunsten der Kombinate und Betriebe vorgenommen wurden, um dadurch finanzielle Mittel dem Prämienfonds (unberechtigterweise) zuzuführen beziehungsweise entsprechend der überhöht ausgewiesenen Steigerung der Arbeitsproduktivität den leistungsabhängigen Lohnfondszuwachs in Anspruch nehmen zu können."<sup>18</sup>

Anfang der siebziger Jahre wurden in sechs Betrieben der DDR Untersuchungen zur Anwendung der Nettoproduktion bei der Leistungsbewertung durchgeführt. Dabei wurden folgende Erfahrungen gesammelt.<sup>19</sup> Alle Betriebe bestätigen, daß vom Standpunkt der komplexen Erfassung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion die Kennziffer Nettoproduktion Vorteile gegenüber der Warenproduktion und der Eigenleistung besitzt. Das betrifft insbesondere die Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit, die Stimulierung der Qualitätsentwicklung und die Eliminierung des Einflusses der Sortimentsveränderungen auf den Produktionsverbrauch.

Schwierigkeiten ergaben sich bei der Ermittlung der normativen Nettoproduktion (NNP), da eine große Anzahl von Normativen berechnet werden mußte und die entsprechenden Preiskalkulationsunterlagen oft fehlten oder veraltet waren. Es wurde festgestellt, daß sich keine wesentlichen Vorteile der NNP gegenüber der faktischen Nettoproduktion (FNP) ergeben. Die größere Operativität der NNP spielt keine entscheidende Rolle. Eigenleistung und FNP können bis zum zehnten Arbeitstag nach Quartalsende abgerechnet werden, was völlig ausreicht. Weder die NNP noch die FNP kann auf die Betriebsbereiche aufgeschlüsselt werden. Die NNP hat den Nachteil, daß sie nicht auf Materialeinsparungen reagiert und bei Veränderungen in den Kooperationsbeziehungen und unveränderten Nor-

16 Wagner, H., Eigenleistung zu vergleichbaren Preisen - Kennziffer zur Messung der Arbeitsproduktivität im Perspektivzeitraum, in: Statistische Praxis, Nr. 1/1970, S. 7.

17 Eick, F., Einige Probleme der statistischen Messung der Arbeitsproduktivität auf der Basis Eigenleistung, in: ebenda, Nr. 9/1970, S. 461.

18 Ebenda.

19 Vgl. Höfert, R., Komplexe Analyse aller Ergebniskennziffern, insbesondere der Nettoproduktion, und ihrer gegenseitigen Verknüpfung mit dem Ziel, weitergehende Vorschläge für die Gestaltung der Kennziffern zur Verbesserung der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate auszuarbeiten, Berlin 1977 (Ökonomisches Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission, unveröffentlichtes Material).

mativen die betriebliche Leistung ebenso wie die Entwicklung der Bruttoproduktion falsch ausweist.

Die Untersuchungen haben gezeigt, daß die Rentabilitätsunterschiede der Erzeugnisse bei Sortimentsveränderungen einen relativ stärkeren Einfluß auf die Dynamik der Nettoproduktion als auf die der Brutto- oder Warenproduktion ausüben.

Zwei Beschlüsse der letzten Jahre führten zu einer Verstärkung der Rolle der Nettoproduktion bei der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate in der DDR. Der erste betrifft die Leistungsbewertung in den Reparaturbetrieben. Um eine komplexere Verwendung von älteren und ausgebesserten Ersatzteilen zu stimulieren und somit effektiv auf die Ersatzteilverwendung einzuwirken, wurde für die Reparaturbetriebe die Eigenleistung als Hauptkennziffer eingeführt. Die industrielle Warenproduktion wird nicht mehr verauflagt.<sup>20</sup>

Im Februar 1980 beschloß der Ministerrat der DDR die Einführung von zwei zusätzlichen Kennziffern zur Leistungsbewertung, die im Komplex mit der industriellen Warenproduktion in der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung anzuwenden sind. Es handelt sich um die Nettoproduktion und die Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion. Dadurch soll die einseitige Ausrichtung der Leistungsbewertung auf die Kennziffer industrielle Warenproduktion überwunden und die eigene Leistung der Betriebe und Kombinate sichtbarer gemacht werden.<sup>21</sup>

Welche Erfahrungen konnten bisher mit diesen drei Kennziffern gewonnen werden? "Bei der erstmaligen Planung der Nettoproduktion für 1980 beachteten die Kombinate die Zusammenhänge, die sich in diesen Kennziffern widerspiegeln, vielfach nur ungenügend. In Relation zur Warenproduktion wurden so zum Beispiel viel zu geringe Steigerungsraten für die Nettoproduktion angesetzt. Das zeigt sich u. a. darin, daß die meisten Kombinate die Plankennziffer Nettoproduktion weit übererfüllten, während die Kennziffer Warenproduktion nicht so hoch übererfüllt war."<sup>22</sup>

Es wird hervorgehoben, daß die Erfassung der Nettoproduktion und der Grundmaterialkosten ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand möglich ist. Da das jedoch nicht bis zum Fälligkeitstermin für die Industrieberichterstattung (erster Werktag des Folgemonats) zu bewerkstelligen ist, werden auf die Warenproduktion bezogene Hilfskoeffizienten angewandt. Diese führen zu ungenauen Aussagen und zu einer Parallelität in der Erfüllung der Kennziffern Netto- und Warenproduktion. "Die formale, nur angenäherte Abrechnung der Nettoproduktion ohne ihre spezifische Aussage hinsichtlich der Wirkung des Produktionsverbrauches ist ... nutzlos. Wir stellen deshalb den Vorschlag zur Diskussion, die Abrechnung der Nettoproduktion und der Grundmaterialkosten je 100 M Warenproduktion grundsätzlich in die Finanzberichterstattung aufzunehmen und aus der Industrieberichterstattung herauszulösen. Damit wird gesichert, daß sowohl die Betriebe als auch die Kombinate und die zentralen Organe mit exakt ermittelten Ergebnissen arbeiten können, welche in ihrer Aussage die an die neuen Kennziffern gestellten Anforderungen voll erfüllen und die beabsichtigte exakte Leistungsbewertung der Betriebe ohne Einschränkung zulassen."<sup>23</sup>

20 Oelschlägel, Joachim, Richtige Leistungsbewertung fördert die Initiative zur Intensivierung, in: Die Wirtschaft, Nr. 9/1976, S. 10 f.

21 Weiske, Freimut, Einige Erfahrungen bei der Anwendung der neuen Kennziffern zur Leistungsbewertung, in: Sozialistische Finanzwirtschaft, Nr. 10/1980, S. 5.

22 Ebenda.

23 Frischmann, Günter/Schubert, Hans, Erfahrungen und Probleme mit den neuen Kennziffern, in: Die Wirtschaft, Nr. 6/1980, S. 17.

Bei der weiteren Qualifizierung der Arbeit mit den drei Kennziffern der Leistungsbewertung müssen vor allem folgende Aspekte Berücksichtigung finden.<sup>24</sup> Kennziffern, die die kosten- und fondsbezogene Rentabilität einschließlich der Exportrentabilität widerspiegeln, sind in Verbindung mit den drei grundlegenden Kennziffern wieder größere Aufmerksamkeit beizumessen. Die Aussage der Kennziffern ist in stärkerem Maße mit der Analyse von Sortimentsveränderungen zu verknüpfen und die Ergebnisse der einzelnen Kollektive in engere Beziehung zu den drei Leistungskennziffern zu bringen. Unter anderem ist darauf zu achten, daß in Abhängigkeit von der Entwicklung der Warenproduktion nicht zu niedrige Senkungsraten der Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion geplant werden.

#### 4. VR Polen

In Polen wurden ab 1973 Prinzipien eines neuen ökonomisch-finanziellen Mechanismus eingeführt. Diese Veränderung des Wirtschaftsmechanismus ging mit einer bewegten Diskussion über die Kriterien der Leistungsbewertung der Wirtschaftseinheiten einher. Im wesentlichen bildeten sich zwei verschiedene Standpunkte zu diesem Problem heraus: Ein Teil der Ökonomen sprach sich für den Gewinn und ein anderer für die Nettoproduktion als wichtigstem Effektivitätsmaß der Tätigkeit der Betriebe aus.

Die Befürworter der Nettoproduktion verwiesen darauf, daß diese Kennziffer zur Herausbildung einer rationellen Struktur der Produktionsfaktoren zwingt, da das Interesse und die Möglichkeit der Substitution von vergegenständlichter Arbeit durch lebendige geschaffen wird. Andererseits schütze die Kennziffer Nettoproduktion die Betriebe vor den Auswirkungen der Schwankungen in der Dynamik des Gewinns. Die Befürworter des Gewinns als wichtigstem Effektivitätskriterium unterstrichen, daß die Leistungsbewertung mit Hilfe der Kennziffer Nettoproduktion zu einem Widerspruch zwischen der Maximierung des Nettoprodukts und der Minimierung der Selbstkosten führe. Solch ein Herangehen vertusche den Doppelcharakter des Lohnes als Kostenelement der Betriebe und als Element der Verteilung des Nationaleinkommens. Die Vergrößerung der Nettoproduktion könne mit Hilfe von Lohnerhöhungen auf Kosten des Gewinnwachstums erreicht werden. Außerdem unterstrich diese Gruppe von Ökonomen, daß der Gewinn eine erprobte Kennziffer sei, die alle Seiten der Tätigkeit eines Betriebes komplex berücksichtige.<sup>25</sup>

Eines der Hauptelemente des neuen ökonomisch-finanziellen Mechanismus in der VR Polen war die indirekte, parametrische Steuerung des Lohnwachstums, mit der die Rolle des Lohnes als eines grundlegenden Stimulierungsinstruments zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Effektivität erhöht werden sollte. Die Abhängigkeit zwischen der sogenannten Zusatzproduktion P (einer annähernd mit der Nettoproduktion übereinstimmenden Kennziffer) und dem Lohnfonds F drückt folgende Formel aus<sup>26</sup>:

24 Vgl. Beyer, Hans-Joachim/Kösling, Fritjoff, Komplexe Beurteilung der Leistungen, in: ebenda, Nr. 8/1981, S. 11.

25 Evstigneev, R. N./Fajnstein, P. A., Izmenenija v sisteme upravlenija ekonomikoj Pol'skoj Narodnoj Respubliki, in: Ekonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, Nr. 4/1975, S. 161 - 164.

26 Ökonomische Probleme der Bildung und Tätigkeit Großer Wirtschaftsorganisationen in der VR Polen und der volkseigenen Kombinate in der DDR. Referate des IV. gemeinsamen wissenschaftlichen Symposiums der ökonomischen Akademie "Oskar Lange" Wrocław und des Wissenschaftsbereiches Politische Ökonomie der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft an der TU Dresden vom 5. und 6. 12. 1979 in Dresden, T. 1, Dresden 1979, S. 5.



$$F_n = F_0 \left( 1 + R \cdot \frac{P_n - P_0}{P_0} \right),$$

wobei:

- n - Verrechnungsjahr,
- 0 - Basisjahr (das dem Verrechnungsjahr vorangehende Jahr),
- R - Normativ.

Bei  $R < 1$  ist das Wachstumstempo des Lohnfonds immer niedriger als das der zugegebenen Produktion und letzteres wiederum geringer als das Wachstumstempo des Gewinns. Das Normativ  $R$  wird zentral für 2 bis 3 Jahre im Intervall von 0,5 bis 0,9 festgelegt.

Die Differenz zwischen zugegebener Produktion und Lohnfonds ergibt den Bruttogewinn, aus dem die 8prozentige Produktionsfondsabgabe und die 20prozentige Lohnfondsabgabe bestritten wird. Als Restgröße bleibt der Nettogewinn, auf dessen Grundlage mit Hilfe von Normativen die Abführungen an den Prämienfonds für leitende Kader und an den Entwicklungsfonds der Wirtschaftseinheit bestimmt wurden.

Wie wirkte sich die Einführung des ökonomisch-finanziellen Systems auf die Entwicklung der Volkswirtschaft in Polen aus? Das hohe Wachstumstempo des produzierten Nationaleinkommens von 180 Prozent im Zeitraum 1970 bis 1979 ging mit einer noch rascheren Vergrößerung des Nominaleinkommens der Bevölkerung von 278 Prozent im gleichen Zeitabschnitt einher.<sup>27</sup> Dadurch entstanden große Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Gebiet der Konsumgüter, insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt. "Es war unmöglich, Ausmaße und Struktur des Angebotes an die so stürmischen Änderungen der Ausmaße und der Struktur der Nachfrage anzupassen, die durch ein mehr als doppeltes Anwachsen des Gesamtlohnfonds, bei gleichzeitiger Verwirklichung der Politik der festen Preise verursacht wurde."<sup>28</sup>

Es entsteht die Frage, ob diese Erscheinungen in der Volkswirtschaft Polens mit bestimmten Instrumenten des ökonomisch-finanziellen Systems (Nettoproduktion als Effektivitätsmaßstab, parametrische Lohnfondsregulierung) im Zusammenhang stehen.

Betrachten wir in erster Linie die Faktoren, die auf die Kennziffer Zusatzproduktion insgesamt einwirken. Der Preis ist einer der Hauptparameter, der die Höhe der Nettoproduktion und des Gewinns beeinflusst. In der VR Polen wurden die Kompetenzen auf dem Gebiet der Preisbildung dezentralisiert. Es wurde der Anwendungsbereich solcher Preise erweitert, die zwischen Hersteller und Verbraucher vereinbart werden. Herstellerbetriebe neuer Erzeugnisse konnten die Preise in Abhängigkeit von der Qualität und in Übereinstimmung mit der realen Nachfrage erhöhen, um so die Nettoproduktion und den Gewinn zu vergrößern.<sup>29</sup>

Ein anderes wichtiges Problem ist die Stabilität und die Objektivierung des Lohnnormativs. Das Fehlen wirksamer Objektivierungskriterien für das Lohnfonds-

<sup>27</sup> Rocznik statystyczny 1980, Warschau 1980, S. 66, 83.

<sup>28</sup> Preis und Lohn im Sozialismus. Diskussionsbeiträge des III. gemeinsamen wiss. Seminars des Instituts Politische Ökonomie der Ökonomischen Akademie "Oskar Lange" Wrocław und des Wissenschaftsbereiches Politische Ökonomie der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft an der TU Dresden am 19. und 20. 1. 1978 in Wrocław, T. 2, Dresden 1978, S. 9.

<sup>29</sup> Ökonomische Probleme der Bildung und Tätigkeit Großer Wirtschaftsorganisationen ..., a. a. O., T. 1, S. 44.

normativ führte dazu, daß dieses Normativ verhältnismäßig oft geändert und zu einem Objekt der Interessenauseinandersetzung zwischen Betrieb und übergeordneten Leitungsorganen wurde.

Eine entscheidende Frage besteht darin, wie die Lohnfondsregulierung mit den Lohnformen, dem Leistungsprinzip, der ökonomischen Stimulierung, das heißt mit der konkreten materiellen Vergütung der Arbeitsleistungen der Werktätigen, verknüpft wurde. "In der Praxis wurde ... nicht immer entsprechend für die richtige Verbindung der Finanzinstrumente mit den finanziellen Ergebnissen und mit den Stimuli des materiellen Interesses gesorgt. Es wurden laufend die Finanzinstrumente vervollkommenet, die Preissysteme blieben dagegen so wie die Prämien- und Lohnsysteme in langen Zeitabschnitten unverändert, und man bemühte sich nicht um eine Verbindung dieser Systeme mit den finanziellen Ergebnissen der Unternehmen."<sup>30</sup>

Untersuchungen von polnischen Ökonomen über die Lohnstruktur ergaben folgende Resultate:

1. Angleichung eines bedeutenden Prozentsatzes der Löhne zwischen den Arbeitern aufeinanderfolgender Lohngruppen. Infolgedessen fehlt die Stimulierung zur Erlangung höherer Lohngruppen auf dem Wege der Qualifizierung.
2. Bedeutende Spannweiten zwischen minimalen und maximalen Arbeitslöhnen an denselben Arbeitsplätzen und in denselben Lohngruppen ...
3. Bedeutende Divergenzen zwischen Löhnen von Arbeitern mit derselben Lohngruppe an verschiedenen Arbeitsplätzen. Das bestätigt zusätzlich das Fehlen einer Verbindung zwischen erzieltm Arbeitslohn und der Lohngruppe.
4. Spürbarer Einfluß des beweglichen Lohnanteiles, der als Faktor der endgültigen Lohngestaltung auftritt."<sup>31</sup>

Das Endlohniveau wurde also weniger durch die Einstufung in eine Lohngruppe, sondern vielmehr durch die angewandten Lohnformen und -techniken im realisierten Modell der Lohnpolitik, das heißt durch das Operieren mit dem beweglichen Lohnanteil, beeinflußt. So entstand ein Lohnstrukturmosaik, das oft nicht dem Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung entsprach und negativ auf das Motivationssystem einwirkte.<sup>32</sup> Im Rahmen derselben Lohngruppe bestanden häufig Unterschiede zwischen erreichtem Lohnniveau und Durchschnittslohn von über 50 Prozent.<sup>33</sup>

Weitere Ursachen für die negativen Veränderungen in der Lohnstruktur und für die überplanmäßigen Lohnsteigerungen in Polen (geplant waren 1978 in der Industrie 0,48 Prozent Steigerung des durchschnittlichen Lohnes pro 1 Prozent Steigerung der Arbeitsproduktivität; tatsächlich betrug sie jedoch 0,8 bis 0,9 Prozent) bestanden in der großen Anzahl der verschiedenen, meist nicht produktivitätsorientierten Lohnzuschläge sowie auch in Mängeln in der Arbeitsorganisation, die zu erheblichen Arbeitsausfallzeiten führten, "so daß die Zahl der Überstunden stark angestiegen ist. Während 1970 noch jeder in der Industrie Beschäftigte durchschnittlich 67,4 Überstunden arbeitete, waren es 1975 bereits 79,3 und 1977 84. In der Kohlegewinnung hält sich die Zahl der Überstunden seit Jahren auf dem hohen Niveau von 160 - 171 Überstunden, in der Eisenhüttenindustrie bei 109. Es handelt sich dabei faktisch um mehr als Dop-

<sup>30</sup> Ebenda, T. 2, S. 34.

<sup>31</sup> Preis und Lohn im Sozialismus, a. a. O., T. 4, S. 36 f.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 37 f.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 40.

pelbezahlung der geplanten Arbeitseffekte, da ja einerseits die Ausfallzeiten mitbezahlt werden und andererseits die Überstundenzuschläge hinzuzurechnen sind." <sup>34</sup>

Zusammenfassend kann man feststellen, daß es ohne die Lösung des Problems der Einzellohngestaltung und richtiger Lohnverhältnisse innerhalb eines Betriebes keinen richtig wirkenden Mechanismus der Größenregulierung des Gesamtlohnfonds des Betriebes oder des Zweiges geben kann. <sup>35</sup>

## 5. S R R u m ä n i e n

In der SR Rumänien wurde 1973 in 64 Betrieben ein Experiment mit der Kennziffer Nettoproduktion durchgeführt. Ab 1974 wurde diese Kennziffer in allen Betrieben verbindliche Plankennziffer. Das Experiment zeigte, daß die überwiegende Zahl der Betriebe, in denen die Stimulierungsfonds in Abhängigkeit von der Erfüllung des Planes Nettoproduktion gebildet wurden, den Plan nach dieser Kennziffer besser als nach der Bruttoproduktion erfüllten. Es wurde gefordert, bestimmte Elemente aus der Nettoproduktion zu eliminieren (zum Beispiel die Umsatzsteuer), um Rentabilitätsunterschiede zwischen den Erzeugnissen zu beseitigen. Insgesamt wird festgestellt, daß die Kennziffer Nettoproduktion in starkem Maße manipulierbar ist (Schwierigkeiten bei der exakten Festlegung der Plangröße, Umadressierung von Elementen des Materialaufwandes usw.). <sup>36</sup>

Auf dem Märzplenium 1978 der Rumänischen Kommunistischen Partei wurde die Kennziffer Nettoproduktion zur wichtigsten Kennziffer der Leistungsbewertung der Betriebe erklärt. Die Nettoproduktion wird dabei als Summe folgender Elemente gebildet:

- Abführungen in den Entwicklungsfonds der Gesellschaft in Form einer Nettoproduktionssteuer,
- Grundlohn,
- Ausgaben für Forschung und Einführung neuer Technik,
- Betriebsgemeinkosten (außer dem Verbrauch an Rohstoffen, Material, Energie und Brennstoffen),
- Lohnfondssteuer,
- Beiträge für Sozialversicherung,
- Nettogewinn.

Die Produktionsfondsabgabe wurde abgeschafft. Die Nettoproduktionssteuer wird nach Ministerien und Betrieben differenziert, um die Rentabilität der verschiedenen Wirtschaftseinheiten auszugleichen. Für die überplanmäßige Nettoproduktion wird diese Steuer niedriger festgelegt. Bis zu 3 Prozent des planmäßigen Gewinns und ein großer Teil des überplanmäßigen Gewinns wird für die materielle Stimulierung der Werktätigen verwendet. In Zukunft soll der Lohn noch unmittelbarer mit der Kennziffer Nettoproduktion verknüpft werden.

Als noch zu lösende Probleme werden der große Einfluß von Strukturveränderungen auf die Kennziffer Nettoproduktion und der Ausweis der Veränderung des physischen Volumens der Nettoproduktion betrachtet. <sup>37</sup>

34 Gabrisch, H., Zum aktuellen Problem des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität, Löhnen und Arbeitsorganisation in der Industrie der VR Polen, in: Osteuropa-Wirtschaft, Nr. 2/1979, S. 65.

35 Preis und Lohn im Sozialismus, a. a. O., T. 4, S. 59.

36 Michalake, F./Çoklu, P., U pokazatelja čistoj produkcii bol'še preimuščestv, in: Ekonomika i organizacija promišlennogo proizvodstva, Nr. 5/1975, S. 190 - 193.

37 Goldner, S., Soveršenstvovanie sistemy upravlenija rabotoj predprijatij (iz rumynskogo opyta), in: ebenda, Nr. 10/1979, S. 182 f.

Zwecks praktischer Untersuchung der Kennziffer Nettoproduktion wurde 1969 bis 1971 in der UdSSR in 106 Industriebetrieben verschiedener Zweige ein entsprechendes Experiment durchgeführt, das die prinzipielle Möglichkeit der Anwendung der Nettoproduktion im Kennziffernsystem der Planung und Leistungsbewertung bestätigte. Das Experiment machte aber auf bestimmte Schwierigkeiten inhaltlichen und methodischen Charakters aufmerksam.

In erster Linie ist zu erwähnen, daß die Kennziffer Nettoproduktion nur zu analytischen Zwecken angewandt und nicht mit dem gesamten Kennziffernsystem verknüpft wurde. Deshalb konnten auch keine Schlußfolgerungen gezogen werden, wie sich diese Kennziffer auf das Verhalten der Betriebe auswirkte. Das Experiment zeigte, daß Veränderungen des spezifischen Gewichts von Erzeugnissen mit unterschiedlichem Rentabilitätsniveau wesentlich stärker auf die Dynamik der Nettoproduktion als auf die der Brutto- oder Warenproduktion einwirkten.

Bei der Durchführung des Experiments wurde die Nettoproduktion durch Subtraktion des Produktionsverbrauchs vom Volumen der Warenproduktion ermittelt. Die Materialkosten können aber nicht vor dem 13. bis 15. Tag des nächsten Monats abgerechnet werden. Darunter leidet die Operativität der Kennziffer faktische Nettoproduktion, und die Kontrolle der Planerfüllung sowie der Verausgabung des Lohnfonds wird erschwert. Um diese Nachteile der FNP zu beseitigen, wurde in der UdSSR ab 1973 die Kennziffer normative Nettoproduktion experimentell erprobt.<sup>38</sup>

Die Kennziffer Warenproduktion (WP) blieb unter den Bedingungen des Experiments direktive Plankennziffer. Mit ihrer Hilfe wurden weiterhin die Produktionskennziffern, die Arbeitsproduktivität und die Fondsquote der Ministerien und der Hauptverwaltungen berechnet und ausgewertet. Bei der Bewertung der Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs wurden wie früher die schon existierenden Kennziffern herangezogen, Vorbedingung war lediglich die Erfüllung des Planes der NNP. Obligatorische Bedingung für die Prämierung in Abhängigkeit von der Erfüllung und Übererfüllung des Planes der NNP war die Erfüllung des Planes der WP und der festgelegten Nomenklatur der wichtigsten Erzeugnisse.<sup>39</sup>

Die Grundidee der experimentellen Erprobung der Kennziffer Nettoproduktion bestand in der Stimulierung der Materialökonomie und in der Unterbindung des Strebens nach hoher Materialintensität über die Kennziffer WP. Die oben geschilderte Konzipierung des Experiments kann sicher nicht in vollem Maße zu diesem Ziel führen. Die WP blieb weiterhin wichtigste Leistungskennziffer für die übergeordneten Leitungsorgane, die Stimulierung über die Kennziffer Nettoproduktion beschränkte sich also hauptsächlich nur auf die Aktivitäten, die außerhalb des Planes der WP noch verwirklicht werden konnten. Berücksichtigt man noch die abwartende Haltung mancher Wirtschaftsleiter bei der Einführung neuer Wirtschaftsregelungen, so konnte das so konzipierte Experiment nicht zu grundlegenden Veränderungen im Verhalten der Betriebe führen. Deshalb wurde bei der Auswertung des Experiments mehrfach gefordert, die WP als verbindliche Plankennziffer abzuschaffen, was dann auch im Beschluß über die Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus vom 12. Juli 1979 entsprechend berücksichtigt wurde.

38 Vlasenkov, G./Kiperman, G., Na osnove čistoј produkcii, in: *Ėkonomičeskaja gazeta*, Nr. 7/1973, S. 13.

39 *Metodičeskie rekomendacii po perevodu, v vide opyta, mašinostroitel'nych predprijatij na porjadok planirovanija i ocenki ich dejatel'nosti po pokazatelju čistoј produkcii*, in: ebenda, Nr. 7/1973, S. 14.



Noch einige Worte zu den methodischen Grundlagen des Experiments. Das Volumen der Nettoproduktion wurde mit Hilfe stabiler Normative berechnet, die auf der Grundlage der existierenden Großhandelspreise unter Eliminierung des Aufwandes an vergegenständlichter Arbeit von den Betrieben (Vereinigungen) ausgearbeitet und von den übergeordneten Leitungsorganen bestätigt wurden. Dabei kann man drei Etappen und entsprechend drei Typen von Normativen bei der Ermittlung der Nettoproduktion unterscheiden. Zuerst wurden Normative mit sogenannter individueller Rentabilitätsrate gebildet, die dem tatsächlichen Anteil des Neuwertes  $v + m$  am Großhandelspreis entsprachen. Da jedoch das Verhältnis zwischen  $m$  und  $v$  für die einzelnen Erzeugnisse sehr unterschiedlich sein kann, existierten große Unterschiede in der Rentabilität der Produktion der Erzeugnisse, was den Ausweis der eigenen Leistungen mit Hilfe der Kennziffer NNP beeinträchtigte.

Später ging man teilweise zu Normativen mit durchschnittlicher Rentabilitätsrate (genauer: mit durchschnittlicher Mehrwertrate) über. Ausgehend von  $v$  wurde  $m$  in den Normativen durch Multiplikation von  $v$  mit einem für den jeweiligen Betrieb einheitlichen Koeffizienten bestimmt. Dieser Koeffizient wurde so aufgestellt, daß das mit Hilfe der Normative berechnete absolute Gesamtvolumen von  $m$  mit dem im Plan vorgesehenen Gewinn übereinstimmte. Die nach dem Beschluß zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus verabschiedeten endgültigen methodischen Richtlinien sehen vor, den Gewinnanteil  $m$  auf der Grundlage bestätigter erzeugnisgruppenspezifischer Rentabilitätsnormative und der Bearbeitungskosten (= Selbstkosten minus direkter Materialaufwand) als Basis zu bestimmen.<sup>40</sup>

Bei der Auswertung des Experiments stand der Vergleich der Wachstumsraten der WP und der NNP und der auf ihrer Grundlage gebildeten Effektivitätskennziffern im Mittelpunkt. Insgesamt ergab sich ein schnelleres Wachstum von NNP im Vergleich zur WP, obwohl in bestimmten Betrieben auch ein umgekehrtes Verhältnis zu beobachten war. Meist wurde als Ursache für die größeren Wachstumsraten und die höhere Planübererfüllung der Kennziffer NNP die Steigerung des Arbeitsaufwandes der Produktion genannt. Tatsächlich läßt sich ein schnelleres Wachstum von NNP im Vergleich zur WP zur dadurch erklären, daß bestimmte Sortimentsverschiebungen zugunsten von Erzeugnissen mit einem höheren Anteil des Normativs der Nettoproduktion im Preis vonstatten gingen. So wurden verstärkt Ersatzteile und andere Nebenprodukte hergestellt. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, daß damit gleichzeitig die Produktion arbeitsintensiver wurde.

Um diese Frage zu beantworten, muß in erster Linie überprüft werden, inwiefern die Ermittlung der Basis-, Plan- und Istgrößen der NNP bestimmte Ungenauigkeiten und Manipulationen zuläßt. Bisher stellten die Betriebe den Plan für NNP selbst auf. Vonseiten der Ministerien wurde diese Kennziffer kaum kontrolliert und als zweitrangig betrachtet. Man ging davon aus, daß sie sich automatisch aus dem Plan der WP und der wichtigsten Nomenklaturpositionen ergibt.<sup>41</sup> Manche Betriebe nutzten diesen "Spielraum" aus, indem sie Basis- und Plangröße der NNP niedriger ansetzten und entsprechend eine große Übererfüllung ausweisen konnten.<sup>42</sup>

Ein anderes wichtiges Problem besteht darin, wie genau die Normative die tatsächliche Nettoproduktionsintensität der Erzeugnisse widerspiegeln. Ungenau-

40 Normativnaja čistaja produkcija. Metodičeskie ukazanja o porjadke razrabotki i primenjenja v planirovanii pokazatelja čistoj produkcii (normativnoj), in: ebenda, Nr. 40/1979, S. 6.

41 Rogovskij, N./Kiperman, G., Opyt primenjenja pokazatelja čistoj produkcii, in: Voprosy ekonomiki, Nr. 2/1976, S. 110 f.

42 Ignatuškin, V. P./Parasočka, V. I., Čistaja produkcija: praktika i problemy primenjenja, in: Finansy SSSR, Nr. 4/1978, S. 35.

igkeiten enthält die Aufgliederung der komplexen Kostenelemente auf den Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, die, ausgehend von einem betrieblichen Durchschnittswert, vorgenommen wird. Für die Nebenerzeugnisse werden aggregierte Normative angewandt. Außerdem unterliegen die Normative einem unterschiedlichen Grad der Überalterung. All das führt zu Ungenauigkeiten und Manipulationsmöglichkeiten des Ausweises der eigenen Leistungen mit Hilfe der Kennziffer NNP.<sup>43</sup>

Das Experiment zeigte, daß sich der Übergang zur Planung und Leistungsbeurteilung auf der Grundlage der Kennziffer NNP nicht auf die Senkung der Selbstkosten je Erzeugniseinheit auswirkte.<sup>44</sup> Das ist nicht verwunderlich, da die Materialökonomie nur die faktische und nicht die normative Nettoproduktion beeinflußt. Anfangs bestanden Befürchtungen, daß die Kennziffer NNP negativ auf die Kooperationsbeziehungen einwirke. Diese Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Die Kooperationsbeziehungen wurden normal fortgesetzt und erweitert.<sup>45</sup> Da die Normative stabil sind, kann aber über die Erweiterung der Kooperationsbeziehungen eine Steigerung von NNP erzielt werden, die nicht auf eigenen Leistungen beruht.

Gegenwärtig ist die Überführung der Kennziffer NNP in die Praxis noch nicht abgeschlossen. Die Betriebe berichten über dabei auftretende Probleme.<sup>46</sup> Teilweise wird kritisiert, daß der Übergang zu den neuen Leistungskennziffern vielerorts noch zu langsam vollzogen wird.<sup>47</sup> In letzter Zeit werden unter den Wissenschaftlern und Praktikern auch häufiger Stimmen laut, die sich für die faktische Nettoproduktion anstelle der normativen aussprechen, da die Ermittlung letzterer Schwierigkeiten bereitet, Ungenauigkeiten und Manipulationen zuläßt und über die normative Nettoproduktion keine direkte Beziehung zu den Finanzkennziffern (Selbstkosten, Gewinn) herstellbar ist.<sup>48</sup>

## 7. U n g a r i s c h e V R

In der Ungarischen VR wurde eine breite Diskussion über die Vor- und Nachteile der Stimulierung über die Nettoproduktion (Bruttoeinkommen) und den Gewinn geführt. Es überwog die Meinung, daß die Leistungsbewertung über das Bruttoeinkommen den rationellen Einsatz der lebendigen Arbeit ungenügend stimuliert. Die individuellen Einkommen hängen dabei völlig vom Bruttoeinkommen ab und können deshalb auf Kosten der Entwicklung der Produktion übermäßig gesteigert werden. Nach Meinung der ungarischen Ökonomen trägt die Gewinnmaximierung am besten zu einem hohen Entwicklungstempo und zur Steigerung der Effektivität bei.<sup>49</sup>

Eine bestimmte Rolle spielt die Nettoproduktion beim Ausweis der Arbeitsproduktivität, wobei in die Kennziffer Nettoproduktion nur der Lohn und der Nettogewinn, nicht aber solche Elemente des Reineinkommens wie Rente, Fonds- und Lohnabgabe eingehen, die in Ungarn als Kostenelemente betrachtet werden.<sup>50</sup>

43 Ebenda.

44 Ebenda, S. 36.

45 Krotov, Ju., Čistaja produkcija: opyt primenenija, in: Ėkonomičeskaja gazeta, Nr. 47/1975, S. 10.

46 Vgl. Edneral, T., Bez čužogo truda, in: Pravda, 7. 7. 1981, S. 2; Šadrin, P., Pervye šagi, in: ebenda, 17. 7. 1981, S. 2.

47 Parfenov, V., Dogovor dorože deneg, in: ebenda, 4. 5. 1981, S. 2.

48 Vgl. z. B. Zatvan, V., Ocenka po trudu, in: ebenda, 1. 12. 1981, S. 2.

49 Reforma chozjajstvennogo mehanizma v Vengrii, Budapest 1968, S. 179.

50 Šitnin, V. V., Pokazatel' čistoju produkcii v evropejskich stranach SĖV, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva. Nr. 5/1976. S. 72.

Allzu starke Lohnerhöhungen wurden dadurch vermieden, daß in Abhängigkeit vom Verhältnis zwischen durchschnittlicher Lohnniveausteigerung und der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität stark progressive Steuern erhoben wurden.<sup>51</sup> Die neuesten Regelungen in Ungarn sehen eine progressive Besteuerung des Anteilfonds, der sich im wesentlichen aus dem Prämienfonds und dem Fonds für Lohnerhöhungen zusammensetzt, in Abhängigkeit von der Relation zwischen Anteilfonds und Lohnfonds und vom erreichten Rentabilitätsniveau vor.

## 8. Abschließende Bemerkungen

Es kann hier nicht eine umfassende theoretische Wertung der Erfahrungen vorgenommen werden, die die sozialistischen Länder bei der Gestaltung des Wirtschaftsmechanismus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit der Kennziffer Nettoproduktion gesammelt haben. Einige wenige Bemerkungen sollen jedoch die Position des Autors zu diesem Problem verdeutlichen.

Die Diskussion zur Leistungsbewertung konzentriert sich oft auf das Abwägen und den Vergleich der positiven und negativen Eigenschaften verschiedener Kennziffern der Leistungsbewertung. Die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, daß ein solches Herangehen bestimmte wichtige Aspekte unberücksichtigt läßt. Entscheidend für den Aussagegehalt der zusammenfassenden Leistungskennziffern ist die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen ihrer Wirkungsweise über das System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung, wobei der Vervollkommnung der Preisbildung und der konsequenten Verwirklichung des Leistungsprinzips besondere Bedeutung zukommt. Die Bewertung von konkreten Leistungen über Lohn und Preis ist eine notwendige Vorstufe für die zusammenfassende Bewertung von Aufwand und Ergebnis. So bemerkt zum Beispiel Nick zur Eignung des Gewinns als Leistungskennziffer: "Eben weil der Gewinn eine zusammenfassende Wertkennziffer ist, schlagen sich auch alle Unzulänglichkeiten in der Ausgestaltung der Wertkennziffern in der Wirkung des Gewinns nieder. Hieraus folgt auch, daß die Rolle des Gewinns in der wirtschaftlichen Rechnungsführung tatsächlich nur in dem Maße erhöht werden kann, in dem es uns gelingt, die Gesamtheit der gewinnbildenden Faktoren so zu gestalten, daß ihnen richtige volkswirtschaftliche Bewertungen der Aufwendungen und Effekte zugrunde liegen."<sup>52</sup> Entscheidend für die Wirkungsweise von Leistungskennziffern sind auch solche Rahmenbedingungen wie die Verwirklichung des Prinzips des demokratischen Zentralismus über die weitere Ausgestaltung des Wechselverhältnisses zwischen zentraler staatlicher Leitung und Planung und der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten sowie die Ausprägung der Wechselbeziehungen zwischen naturalen und wertmäßigen Kennziffern in der Planung und Leistungsbewertung.

Was die Rolle der Nettoproduktion bei der Leistungsbewertung betrifft, so ist Richter zuzustimmen, daß "die Ergebnisgröße im Sozialismus (am geeignetsten erscheint das Nettoprodukt) erst in Beziehung zum eingesetzten anteiligen gesellschaftlichen produktiven Potential und seiner Dynamik aussagefähig ... ist."<sup>53</sup> Unter den Bedingungen der Ware-Geld-Beziehungen erhält die Beanspruchung des gesellschaftlichen Potentials (Arbeitskräfte, Grundfonds, natürliche Bedingungen) über die Bildung des Lohnfonds und normativer, an den

51 Sistema upravljenija narodnym chozjajstvom v VNR, Budapest 1972, S. 100 f.

52 Nick, Harry, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und wirtschaftliche Rechnungsführung, in: Einheit, Nr. 12/1973, S. 1421.

53 Richter, Gerhard, Intensivierung und Ökonomie der Zeit, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4/1981, S. 454.

Staat abzuführender Gewinnelemente (Arbeitskräfte- und Fondsabgabe, Rente und andere) ihren adäquaten Ausdruck. Der als Restgröße verbleibende Nettogewinn kann somit als die Kennziffer betrachtet werden, die im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung das Ergebnis des Vergleichs zwischen er-wirtschafteter Nettoproduktion und eingesetztem Potential ausweist. Nicht die Aufspaltung des Produktenwertes in den Aufwand an lebendiger Arbeit (Nettoproduktion) der Wirtschaftseinheit und den Aufwand der Vorstufen (Produktions-verbrauch) ist für die Leistungsbewertung entscheidend, sondern der Vergleich des gesellschaftlich notwendigen Aufwands, der unter Berücksichtigung nationa-ler und internationaler Produktions- und Marktbedingungen im Preis als norma-tive Anforderung zum Ausdruck kommt, mit dem durch die vollen Kosten verkör-pernten individuellen Aufwand, das heißt die Aufspaltung des Produktenwertes in Nettogewinn und volle Kosten (unter Einbeziehung der gesamten Reproduk-tionskosten für Arbeitskräfte, Grundfonds, natürliche Ressourcen usw.).

... in der sich ...

... in der ...

... in der ...

1. Verf. Hermann, Karl, Die ...

2. Verf. ...

3. Verf. ...

4. Verf. ...

5. Verf. ...

## Staatsapparat und Kriegswirtschaft in Großbritannien (1914 bis 1918)

von Karlheinz Schädlich

Mit der vorliegenden Studie wird der Versuch unternommen, wesentliche Entwicklungen in den wichtigsten Bereichen der britischen Kriegswirtschaft zwischen 1914 und 1918 nachzuzeichnen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Stadien, Formen und Ergebnisse der Zusammenarbeit von Regierung und Wirtschaft.

Zur Geschichte der britischen Kriegswirtschaft liegen bereits deutschsprachige Arbeiten vor, von denen die älteren entweder überwiegend "nationalökonomisch" orientiert<sup>1</sup> oder mit allzu unkritischer Einfühlung in das Gesellschaftsmodell Max Webers belastet sind.<sup>2</sup>

In den wichtigsten neueren Arbeiten wird - sie sind in einem 1974 erschienenen Sammelband enthalten<sup>3</sup> - unter grundsätzlicher Anlehnung an Hilferding das Modell eines "entideologisierten Idealtypus 'Organisierter Kapitalismus'"<sup>4</sup> zum methodischen Raster gemacht. Diese "Entideologisierung" erweist sich indessen als eine Modernisierung der Hilferding'schen Thesen in Richtung auf die Theorie von der Industriegesellschaft. In das Modell werden einige wesentliche ökonomische, soziale und politische Zusammenhänge eingefügt, hingegen Schlußfolgerungen sorgsam vermieden, durch die jene Art von Imperialismuskritik systemüberwindende Akzente erhalten könnte.

Die Handhabung des Begriffs "Organisierter Kapitalismus" in diesen Arbeiten umfaßt etwa das, was marxistische Historiker als staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnen. Jürgen Kocka, einer der Autoren, spricht das deutlich aus: "Der Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, der vor allem in der DDR eine wachsende Rolle nicht nur für die marxistisch-leninistische Analyse der Bundesrepublik, sondern auch für die Erforschung der deutschen Geschichte vor und nach dem Ersten Weltkrieg spielt, thematisiert ... die meisten der hier unter 'Organisierter Kapitalismus' subsumierten Veränderungen ..."<sup>5</sup>

1 Vgl. Römermann, Karl, Mittel und Formen der industriellen Kriegswirtschaft in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten, phil. Diss. Berlin 1935.

2 Vgl. Mendelsohn, Charlotte, Wandlungen des liberalen England durch die Kriegswirtschaft, Tübingen 1921 = Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Erg.-Heft XVIII.

3 Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, hg. v. Heinrich August Winkler, Göttingen 1974 = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 9.

4 Wendt, Bernd-Jürgen, War Socialism - Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg, in: Organisierte Kapitalismus, a. a. O., S. 118.

5 Kocka, Jürgen, Organisierte Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen, in: ebenda, S. 24.



Kocka räumt ein: "Dank der Arbeit ostdeutscher Sozialwissenschaftler ist das Konzept des Staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Zeit weit entfalteter als das des Organisierten Kapitalismus. Jenes hat zudem bereits in stärkerem Ausmaß wichtigen historisch-empirischen Arbeiten als Gerüst gedient, dieses dagegen kaum."<sup>6</sup>

Unter Abgrenzung gegenüber dem angelsächsischen Konzept vom "corporation capitalism" (Maurice Dobb) und Joseph Schumpeters Neomerkantilismus hebt Kocka an der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus unter anderem deren analytische Leistungsfähigkeit bei der Erfassung der neuen Qualität im Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik hervor.<sup>7</sup>

Daß sich jedoch weder Kocka noch die anderen Autoren dieses Bandes zur Übernahme der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus entschließen können und statt ihrer das Konzept vom "Organisierten Kapitalismus" bevorzugen, hat einen einfachen Grund, den Hans-Ulrich Wehler so formulierte: "Die Offenheit für demokratische Entwicklungen hebt die Theorie des Organisierten Kapitalismus ... positiv ab von der leninistischen Theorie vom 'Staatsmonopolistischen Kapitalismus'."<sup>8</sup> Mit anderen Worten: Der Einführung des Modells vom "Organisierten Kapitalismus" liegt das Bedürfnis zugrunde, eine Alternative zur marxistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu entwickeln, die es erlaubt, die sozialen und politischen Prozesse in den imperialistischen Staaten in ein reformistisches Konzept zu integrieren oder, wie es Hans Medick unter Berufung auf Max Horkheimer formulierte, "im Sinne jener Erkenntnisabsicht, die 'mit dem Interesse an einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft' die vergangene 'kritisch durchleuchtet'".<sup>9</sup>

Bernd-Jürgen Wendt - innerhalb des genannten Sammelbandes mit einer Studie über "War Socialism - Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg" vertreten - präzisiert diese "Erkenntnisabsicht": Seine Analyse wolle sich abgrenzen "gegenüber dem dem Stamokap-Modell zugrunde liegenden Versuch, den Staat a priori als Werkzeug monopolistischer und klassenspezifischer Interessen festzulegen und ihm damit jeden eigenständigen Entscheidungsspielraum abzusprechen".<sup>10</sup> Ob dieser Art von Abgrenzung nun künstliche Ahnungslosigkeit oder direkte Kapitalismusapologetik zugrunde liegt, ist unerheblich. Wir lassen auch beiseite, daß Wendt der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine vulgärökonomische Auffassung von der Rolle des Staates unterstellt. Interessanter ist, daß sich die Realität der britischen Kriegswirtschaft auf Wendt offenbar stärker auswirkte als seine eigene "Erkenntnisabsicht": "Er gelangt in seiner Untersuchung zu Ergebnissen, die die marxistische Auffassung bestätigen, wonach der staatsmonopolistische Kapitalismus jene Form der Produktionsverhältnisse ist, in der der Staat direkt Aufgaben im Prozeß der Kapitalverwertung erfüllt. Wendt kann auch nicht daran vorbeigehen, daß dieser Entwicklung Veränderungen in der ökonomischen Struktur vorausgingen und Wandlungen in der Struktur des Staatsapparates folgten; der Staat übernahm ja nicht nur zentrale ökonomische Funktionen im Kapitalverwertungsprozeß, sondern wirkte gleichermaßen auf dessen soziale Basis, auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit ein. Mit anderen Worten: Der Staat verband die Sicherung der Kapitalverwertungsbedingungen (durch die Zentralisierung von Kapitalfunktionen) mit der Sicherung des kapitalistischen Herrschaftssystems (durch politische Mittel).

6 Ebenda, S. 25.

7 Ebenda.

8 Wehler, Hans-Ulrich, Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland, in: ebenda, S. 18.

9 Medick, Hans, Anfänge und Voraussetzungen des Organisierten Kapitalismus in Großbritannien 1873 - 1914, in: ebenda, S. 58 f.

10 Wendt, Bernd-Jürgen, a. a. O., S. 121.

Wendt erkennt diese Entwicklungen durchaus und geht bei ihrer Beschreibung teilweise über die engen Grenzen seiner "Erkenntnisabsicht" hinaus. Aber ähnlich wie Medick, Kocka oder Wehler tut er das, um diese Erkenntnisse schließlich in eine von ihm erhoffte und postulierte "gesellschaftspolitische Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus"<sup>11</sup> einzubringen, von der er erwartet, daß sie - auf lange Sicht und vor allem erfolgreicher als seinerzeit vom Kabinett Lloyd George unternommen - den Abbau "gesellschaftlicher Spannungen auf dem Wege gewerkschaftlicher Integration und institutioneller Kanalisierung" ermöglicht.<sup>12</sup>

Die britische Literatur zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im ersten Weltkrieg weist einige eigentümliche Züge auf. So folgte einer ersten Phase der Beschäftigung mit diesem Gegenstand in den zwanziger Jahren eine etwa vierzigjährige Pause, bis - offenbar unter dem Eindruck der vollständigen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus - in den sechziger Jahren eine zweite Phase einsetzte. Die weitaus meisten Publikationen erschienen in den zwanziger Jahren. An erster Stelle sind zwei Schriftenreihen der Carnegie-Stiftung zu nennen, die etwa 30 umfangreiche Bände umfassen. Die Autoren waren keine Historiker, sondern ehemalige leitende Manager der Kriegswirtschaft, also entweder Unternehmer oder hohe Ministerialbeamte, die nun über die Tätigkeit ihrer Ressorts schrieben. Das gemeinsame Merkmal aller Bände dieser Reihen ist ihr deskriptiver Charakter; bei enormer Faktenfülle enthalten sie keine analytischen Ansätze, die über das unmittelbare Geschehen hinausgehen.<sup>13</sup>

Die relevanten Bände der "Official History of the Great War" unterlagen einer ähnlichen Sperrfrist wie das britische Archivmaterial. So wurde "The History of the Ministry of Munitions" bis 1945 völlig geheimgehalten und auch danach nicht verkauft, sondern nur an Regierungsdienststellen und einige Universitätsbibliotheken verteilt. Sie erhielt den Vermerk "Confidential. For official information only" und wird in den sehr umfangreichen Bibliographien der offiziellen "Cambridge History of the British Empire" nicht erwähnt.<sup>14</sup>

In den letzten beiden Jahrzehnten gab es eine erneute Hinwendung britischer Sozialwissenschaftler zur Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ihres Landes im ersten Weltkrieg. Die historisierende Betrachtung der Kriegswirtschaft im engeren Sinn tritt dabei ganz in den Hintergrund. Sie ist nur noch interessant als der erste Versuch der britischen herrschenden Klasse, den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch Anwendung eines gesamtstaatlichen gesellschaftspolitischen Instrumentariums zu neutralisieren. Der aktuelle Bezug ist in diesen Arbeiten unübersehbar. Er ergab sich aus der Verschärfung der wirtschaftlichen Dauerkrise und der sozialen Konflikte in den sechziger Jahren: Die Suche nach neuen Modellen für einen "social contract"

11 Ebenda, S. 145.

12 Ebenda, S. 133.

13 Die beiden Reihen sind: *Economic and social history of the world war*. British series sowie *Preliminary studies of the war*, beide herausgegeben von: Carnegie Endowment for International Peace. Division of Economics and History.

14 Die Bände von Davis, H. W. C., *A history of the blockade*, London 1920, und von Bell, A. C., *The history of the blockade of the Central Powers 1914 - 1918*, London 1937, wurden zwischen 1959 und 1961 der Öffentlichkeit zugänglich. - Siehe entsprechende Angaben bei Taylor, A. J. P., *English History 1914 - 1945*, Oxford 1966, S. 618 = *Oxford History of England*, Bd. 15, und Hurwitz, Samuel J., *State intervention in Britain. A study of economic control and social response 1914 - 1919*, New York 1949, S. 297. - Siehe bei Hurwitz ferner ausführliche bibliographische Angaben zur zeitgenössischen Literatur.

auf der Basis der vermeintlichen Interessenidentität von Kapital und Arbeit bildete die Folie für das neu erwachte Interesse britischer Sozialwissenschaftler.<sup>15</sup>

In der vorliegenden Studie wird unter Anlehnung an neueste wirtschaftsgeschichtliche Forschungen in der DDR, deren Diskussion andauert, davon ausgegangen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus keine besondere und zeitlich markierbare Phase, sondern ein Grundzug des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus ist und "die Verschmelzung der zunächst vorwiegend ökonomischen Macht der Monopole mit der zunächst vorwiegend politischen Macht des Staates" bezeichnet. "Machtverschmelzung" ist hierbei nicht einfach als Synonym für institutionelle Verschmelzung aufzufassen, sondern bezeichnet abstrakt zusammenfassend einen Prozeß, der die vielfältigsten Formen annehmen kann, zum Beispiel gegenseitige Einflußnahme, arbeitsteilige Kooperation, eigentumsmäßige und institutionelle Verflechtung.<sup>16</sup>

Der Entwicklung dieser vielfältigen Formen bei der kriegswirtschaftlich bedingten Regelung der Arbeitsrechtsverhältnisse, der Organisation der Produktion, der Rohstoffbewirtschaftung und des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit soll im Folgenden nachgegangen werden. Eine Beschränkung auf die Untersuchung und Darstellung langfristiger wirksamer Prozesse oder Trends wurde angestrebt.<sup>17</sup>

Die innenpolitische Lage Großbritanniens war während der letzten Jahre vor Kriegsausbruch durch heftige soziale und politische Konflikte und Spannungen gekennzeichnet. "Es waren nicht nur die Jahre, in denen die Labour Party zu einer Wahlmacht emporwuchs; in denen sich die sozialistische Linke radikalisierte; in denen allenthalben Arbeiter-'Unruhen' aufloderten, sondern auch

- 15 Zu diesen Arbeiten gehören: Grove, John W., Government and industry in Britain, London 1962; Marwick, Arthur, The deluge. British society and the first world war, London 1965; Armitage, Susan M. H., The politics of decontrol of industry: Britain and the U. S., London 1969 = London School of Economics and Political Science research monographs, Bd. 4; Charles, R., The development of industrial relations in Britain 1911 - 1939. Studies in the evolution of collective bargaining at national and industrial level, London 1973.
- 16 Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 36 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpke, Bd. 1.
- 17 Die vorliegende Studie beruht zum Teil auf der Auswertung gedruckter amtlicher Quellen britischer und amerikanischer Provenienz. Als besonders ergiebig erwiesen sich die Berichte des Kriegskabinetts: The War Cabinet. Report for the Year 1917, in: Parliamentary Papers (im folgenden: P. P.), Bd. 14, London 1918 (Cd. 9005), sowie ebenda, Report for the Year 1918, in: P. P., Bd. 30, London 1919 (Cmd. 325), und ein über 1 000 Seiten umfassender Bericht des U. S. Bureau of Labour Statistics: British Industrial Experience during the War (im folgenden: British Industrial Experience), 2 Bde., T. I - III, in: Senate Documents. 65th Congress. 1st Session, Dok.-Nr. 114, Washington (Government Printing Office) 1918. - Wertvolles Material fand sich ferner bei Dearle, N. B., An Economic Chronicle of the Great War for Great Britain & Ireland 1914 - 1919, London 1929, sowie bei derselbe, Dictionary of Official War-Time Organizations, London 1928. - Diese beiden Veröffentlichungen erschienen in der Reihe Economic and Social History of the World War. British Series (Publications of the Carnegie Endowment for International Peace. Division of Economics and History). - Bei einigen Textabschnitten, die auf den hier genannten Quellen bzw. Monographien beruhen, wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auf Anmerkungen verzichtet.



Jahre des politischen Zusammenbruchs.<sup>18</sup> Auf die Verfassungskrise um die legislatorischen Usurpationsversuche des Oberhauses folgten eine allmähliche Verschärfung der Krise in Irland, die bis zum Sommer 1914 an den Rand des Bürgerkrieges führte, die heftigen Auseinandersetzungen um das Frauenwahlrecht im Jahre 1913 mit Hungerstreiks unter den 182 Verhafteten und vor allem eine enorme Ausweitung des wirtschaftlichen Klassenkampfes der Arbeiterklasse, verbunden mit einem ebenso eindrucksvollen Mitgliederzuwachs der "neuen Gewerkschaften", in denen sich - unter sozialistischer Führung und in allmählicher Frontstellung gegen die Politik der Interessengemeinschaft mit den Unternehmern in den "alten Gewerkschaften" - die Masse der un- und angeleiteten Arbeiter organisierte. Um die gewaltige Streikwelle der Jahre zwischen 1911 und 1914 zu verstehen, muß man wissen, daß ihr Beginn mit dem vorläufigen Scheitern der liberalen Reformgesetzgebung zusammenfiel.

Das Ziel dieser Politik, deren Exponent Schatzkanzler Lloyd George war, bestand in der politischen Domestizierung der Arbeiterklasse durch soziale Zugeständnisse, in der Schaffung einer Massenbasis für eine von der Labour-Führung unterstützte Politik der Integration der britischen Arbeiterklasse in das kapitalistische System. Eine bis dahin ungekannte Verschärfung des Widerstands zwischen Kapital und Arbeit, ablesbar an steigenden Preisen und Profiten bei Rückgang des Realeinkommens der Arbeiter, führte während der vier Jahre zwischen 1911 und 1914 zur mächtigsten Streikbewegung seit 1890 und drohte, die Politik des Reformliberalismus endgültig zu diskreditieren.

Kompetente Beobachter aus unterschiedlichen politischen Lagern Großbritanniens waren sich damals in ihrer Prognose über das Ausmaß der unmittelbar bevorstehenden sozialen Auseinandersetzungen einig. "Wartet bis zum Herbst", war die Wendung, die im Sommer 1914 jedermann gebrauchte, zu einer Zeit, als, nach den Worten Webbs, die britischen Gewerkschaften 'ihre Kräfte sammelten für einen nahezu revolutionären Ausbruch gigantischer wirtschaftlicher Auseinandersetzungen'.<sup>19</sup> Nicht anders sah es Schatzkanzler Lloyd George, der angesichts der Trümmer seiner jedenfalls vorläufig gescheiterten Reformpolitik für den Herbst 1914 "eine Serie von Lohnkämpfen ohne Beispiel" befürchtete.<sup>20</sup> Eine fast gleichlautende Beurteilung ist in einem amerikanischen Regierungsbericht enthalten. Es sei, so heißt es dort, im Verlaufe des Sommers 1914 in Industrie- und Finanzkreisen zur allgemein anerkannten Tatsache geworden, daß sich Großbritannien unmittelbar vor den heftigsten Streikkämpfen seiner Geschichte befinde. Die Besorgnis in diesen Kreisen sei groß, da Kampfkraft und Mitgliederzahl der Gewerkschaften größer denn je sei, so daß sie in der Lage wären, die Schlüsselindustrien ohne weiteres lahmzulegen.<sup>21</sup>

Die politisch-diplomatische Vorgeschichte des britischen Kriegseintritts am 4. August 1914 ist bekannt, ebenso die Umstände, unter denen die II. Internationale zur "Vaterlandsverteidigung" überging. Dieser Vorgang verlief in Großbritannien kaum anders als in Deutschland, Österreich oder Frankreich. Morton und Tate sprechen von einem "rapiden Abstieg zur völligen Kollaboration", der in wenigen Wochen von der Labour- und Gewerkschaftsführung voll-

18 Hobsbawm, Eric J., *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*, Bd. 2, Frankfurt (Main) 1969, S. 29.

19 Morton, G. L./Tate, G., *Die britische Arbeiterbewegung 1770 - 1920*, Berlin 1960, S. 264.

20 Lloyd George, David, *War Memoirs*, Bd. 4, London 1933, S. 170.

21 British Industrial Experience, Bd. 2, T. III, S. 941.

zogen wurde, und zitierten Ramsay Mac Donalds Erklärung vom 8. August 1914: "Welches auch immer unsere Ansichten über die Entstehung des Krieges sein mögen, wir müssen ihn durchfechten."<sup>22</sup>

Der Jahreskongreß des Trade Union Congress (Dachverband der britischen Gewerkschaften) (T U C) wurde auf unbestimmte Zeit verschoben und fand schließlich überhaupt nicht statt. An seiner Stelle tagte am 24. August eine Konferenz der Labour Party-Exekutive, der Labour-Parlamentsfraktion und der Gewerkschaftsführung und beschloß - analog zur Burgfriedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie - einen "Waffenstillstand in der Industrie". Wenige Tage vor dessen Bekanntgabe richtete G.D.H. Cole im "Daily Herald" eine ahnungsvolle Warnung an die britischen Arbeiter: "Die Regierung als Vertreterin der Kapitalisten kann jederzeit Recht und Gesetz unter dem Vorwand des 'nationalen Notstandes' abschaffen. Wenn es die Arbeiterklasse während des Krieges duldet, daß sie jener Rechte beraubt wird, die sie im Frieden durch ihren Kampf gewonnen hat, produziert sie damit Not und Elend für die Zukunft. All die Schlachten der Vergangenheit werden noch einmal geschlagen werden müssen und anstatt auf dem Weg zu ihrer Befreiung weiter voranzukommen, wird die Arbeiterklasse dabei Niederlagen hinnehmen müssen."<sup>23</sup>

Tatsächlich setzte die Führung der Labour Party bzw. der Gewerkschaften Lohnforderungen und Arbeitskämpfe sofort von der Tagesordnung ab und beteiligte sich statt dessen an der Rekrutierungskampagne; Arthur Henderson wurde einer der Präsidenten des entsprechenden Parlamentsausschusses. Die ungünstige Wirtschaftslage des ersten Halbjahres 1914 wurde durch den Kriegseintritt Großbritanniens keineswegs verbessert, im Gegenteil: Zu der allgemeinen und zum Teil wohl atmosphärisch bedingten Unsicherheit in bezug auf den künftigen Gang der Geschäfte kam eine dramatische Verschärfung der ohnehin bestehenden Exportschwierigkeiten - die Auslandsmärkte waren zunächst nicht mehr zugänglich. All dies führte zur Schließung von Betrieben, ja zeitweise und partiell zu einem weitgehenden Stillstand von Produktion, Außenhandel und Handelsschifffahrt, insbesondere im Zusammenhang mit der Textilindustrie, den Kohlebergwerken und mit der Stahlindustrie. Die Folge davon war ein weiterer schneller, wenn auch vorübergehender Anstieg der Arbeitslosigkeit, die im ersten Kriegsmonat zwischen 6 und 7 Prozent lag.<sup>24</sup> Diese Werte gingen schon im Winter nicht nur fast auf Null zurück, sondern machten einem Arbeitskräftemangel Platz, der bis Kriegsende anhielt. Das britische Expeditionskorps, nur wenige Divisionen stark, wurde schon während der blutigen Schlachten der ersten Kriegswochen buchstäblich ausgerottet, und in Lord Kitcheners "New Army" strömten, den Rekrutierungsaufrufen der Regierung und sämtlicher Parteien

<sup>22</sup> Morton, G. L./Tate, G., a. a. O., S. 269. - Siehe ferner: Winter, J. M., Arthur Henderson, the Russian revolution and the reconstruction of the Labour Party, in: Historical Journal, Nr. 4/1972, S. 755 f. - "So gab es", wie Büniger feststellte, "im Herbst 1914 keine Partei oder Gruppierung von nennenswertem politischem Einfluß, die den organisierten Arbeitern ein Beispiel konsequenter Stellungnahme gegen die Kriegspolitik hätte geben können oder gar imstande gewesen wäre, sie zu einem entschiedenen Kampf gegen den Krieg ... anzuspornen." (Büniger, Siegfried, Die sozialistische Antikriegsbewegung in Großbritannien 1914 - 1917, Berlin 1967, S. 26.) - Entsprechend den eingangs genannten Schwerpunkten der vorliegenden Arbeit wird die Geschichte der britischen Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg hier nur im Zusammenhang mit wichtigen kriegswirtschaftlichen Entwicklungen berührt und im übrigen auf die vorzügliche Arbeit von Büniger verwiesen.

<sup>23</sup> Daily Herald, 20. 8. 1914.

<sup>24</sup> Abstract of Labour Statistics of the United Kingdom; London 1915, S. 6.

folgend, massenhaft sowohl Arbeitslose als auch Facharbeiter aus den Betrieben. Allein im September und Oktober 1914 erreichte ihre Zahl über 1 400 000.<sup>25</sup>

Die Umschaltung der sozialen Spannungen im Inneren nach außen und ihre Verwandlung in militanten Chauvinismus war im Grunde der einzige Erfolg, den die britische herrschende Klasse bei Kriegsausbruch sofort und mühelos zustande brachte - dank der entscheidenden Hilfestellung durch die Labour-Führung. Nicht ganz so verhielt es sich mit der Erkenntnis und Realisierung der kriegswirtschaftlichen Erfordernisse in ihrer Gesamtheit - also den Problemen der Arbeitskräftelenkung, der Lohn- und Profitkontrolle, der Arbeitsbedingungen und namentlich der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft bei der Organisation der industriellen Produktion.

Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, hatte am 9. November 1914 während einer Rede in der Londoner Guildhall für Kriegsführung und Kriegsalltag die Losung übernommen: "Die Maxime des britischen Volkes ist 'business as usual'."<sup>26</sup> Diese Prophezeiung beruhte auf der Annahme, bekanntlich von nahezu allen europäischen Politikern und Militärs geteilt, daß es einen kurzen Krieg geben werde, einen Krieg, der schlimmstenfalls nicht länger als ein Jahr dauern könne. Solange diese Annahme als gültig akzeptiert wurde - und das war in London, Berlin und Paris gleichermaßen der Fall -, gab es für die Regierungen keine Veranlassung für gesamtgesellschaftlich wirksame kriegswirtschaftliche Regelungen bzw. Entscheidungen oder gar deren Institutionalisierung. So ging auch die Regierung Asquith zunächst davon aus, daß die herkömmlichen Einrichtungen und Mittel zur Deckung des Bedarfs an Waffen und Munition für die Kriegführung ausreichend sein würden. An herkömmlichen und bewährten Einrichtungen gab es zwei: die Beschaffungsabteilungen des Kriegsministeriums und der Admiralität. Für diese Ämter produzierten die wenigen regierungseigenen Werke bzw. Werften, deren Lieferungen in Kriegszeiten ergänzt werden sollten durch Bezüge von Privatfirmen.

Der Ausbau der britischen wie jeder anderen Kriegswirtschaft konnte, als er systematische Formen annahm, nur auf der Grundlage vorhandener Wirtschafts- bzw. Produktionsstrukturen und historisch gewachsener Organisationsformen erfolgen.

An der Gesetzgebung des Unterhauses und an den von der Regierung erlassenen Verordnungen läßt sich anschaulich ablesen, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang die Notwendigkeit kriegswirtschaftlicher Regelungen von der Regierung erkannt wurde. Mit dem Erlaß des Reichsverteidigungsgesetzes (Defence of the Realm Act)<sup>27</sup> am 8. August 1914 waren keine Maßnahmen oder Direktiven verbunden, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Wirtschaft bzw. Industrie standen. Dieses Gesetz verbot jede Art von Verbindung mit dem Feind, bevollmächtigte die zuständigen Militär- und Zivilbehörden, geeignete Maßnahmen zum Schutz von Häfen, Docks, Eisenbahnen usw. zu treffen und lieferte gewissermaßen den gesetzgeberischen Rahmen für die darauf folgenden Verordnungen und Anweisungen. Weder in der Neufassung des Gesetzes vom 28. August 1914 noch in den zahlreichen Durchführungsbestimmungen, die bis

25 Board of Trade. Report on Unemployment in October 1914; in: P. P., Bd. 25, London 1914/16 (Cd. 7703).

26 Butler, Sloman, British Political Facts 1900 - 1975, London 1975, S. 224. - "Business as usual" erschien schon zehn Tage nach Kriegsbeginn als Werbeslogan in den Schaufenstern von Londons größtem Warenhaus (Harrods) und wurde danach von vielen anderen Ladenbesitzern auf gleiche Art benutzt. (Siehe Marwick, Arthur, a. a. O., S. 39).

27 Die Texte der im folgenden erwähnten Gesetze und Verordnungen sind abgedruckt in: British Industrial Experience, Bd. 1, T. II.

Ende November 1914 erlassen wurden, findet sich ein Hinweis auf kriegswirtschaftliche Fragen. Jedoch unternahm die Regierung Schritte, von denen sie einen Rückgang der Arbeitslosenzahl erhoffte; deren Zunahme wurde, wie bereits bemerkt, als eine unvermeidliche Folge des Krieges befürchtet. Ja, die erste offizielle Verlautbarung der Regierung - unmittelbar nach Erklärung des Kriegszustandes am 4. August 1914 - war ein Erlaß des Kriegsministeriums, durch welchen Unternehmer aufgefordert wurden, Rüstungsaufträge unter möglichst viele Betriebe zu verteilen und der Einstellung neuer Arbeitskräfte den Vorrang vor Überstunden zu geben. Erklärtermaßen demselben Zweck sollte ein Wohnungsbaugesetz dienen, welches nur zwei Tage nach Verkündung des Reichsverteidigungsgesetzes, also am 10. August, erlassen wurde. Mit ihm wurde die Regierung ermächtigt, finanzielle Mittel für den Wohnungsbau in bestimmten Gebieten bereitzustellen, um so die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe zu senken. In diesem Industriezweig war die Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent im Juli auf 6,3 Prozent im August 1914 gestiegen.

Durch eine abermalige Neufassung des Reichsverteidigungsgesetzes vom 27. November 1914 und entsprechende Durchführungsbestimmungen vom Tage darauf wurde erstmals die Industrie in die Kriegsanstrengungen einbezogen: Admiralität und Generalstab wurden ermächtigt, die Verwaltung jedes beliebigen Rüstungsbetriebes zu übernehmen und seine Produktion gegen Entschädigung zu beschlagnahmen. Zwar fehlten noch die Bestimmungen über die Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb der Industrie oder staatliche Eingriffe in die eigentlichen Produktionsvorgänge, aber die Regierung hatte den Rückzug von der Devise des "business as usual" angetreten: Die Novellierung des Reichsverteidigungsgesetzes am 27. November 1914 markierte den Beginn des Übergangs zur staatlichen Regulierung der privaten Industrie im Interesse der Kriegführung.

Die Lage der Arbeiterklasse hatte sich bis zum Beginn des Winters 1914/15 drastisch verschlechtert. Auf Weisung des Innenministeriums und mit Zustimmung der Gewerkschaftsführungen waren die wichtigsten Bestimmungen des Fabrikgesetzes von 1901 in bezug auf Nachtarbeit, Überstunden, Schichtarbeit und die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen außer Kraft gesetzt worden. In welchem Maße die Unternehmer die nun voll einsetzende Kriegskonjunktur ausnutzten, geht aus den offiziellen Berichten der Fabrikinspektoren hervor. So wurden in der Textilindustrie von Lancashire Mädchen zwischen 13 und 14 Jahren über einen längeren Zeitraum hinweg 14 bis 15 Stunden pro Tag ausgebeutet.<sup>28</sup> In den Munitionsfabriken betrug die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche 90 Stunden.<sup>29</sup>

Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Betrieben war von einem beispiellosen Anstieg der Einzelhandelspreise für Lebensmittel und Brennstoffe begleitet, ohne daß diese Entwicklung durch Lohnerhöhungen ausgeglichen wurde. Die Preiserhöhungen für Lebensmittel stellten sich, in Prozenten ausgedrückt, wie folgt dar<sup>30</sup>:

28 Effect of the 2nd Year of War on Industrial Employment of Women and Girls by Miss Anderson, H. M. Principal Lady Inspector of Factories, in: Annual Report of the Chief Factory Inspector for 1915.

29 Health of Munition Workers Committee, Memorandum Nr. 5, Hours of Work, in: P. P., Bd. 15, London 1916 (Cd. 8080).

30 British Industrial Experience, Bd. 2, T. III, S. 960.



Erzeugnis	Preisindex (Juli 1914 = 100)	
	1. 1. 1915	1. 7. 1915
Rindfleisch (Gefrierware)	132	170
Hammel (Brust)	116	149
Speck	109	120
Fisch	151	178
Mehl	118	146
Brot	118	143
Tee	114	129
Zucker	169	170
Milch	106	111
Butter	112	115
Käse	110	134
Preisanstieg im Ø	119	135

Nimmt man das vom britischen Handelsministerium errechnete Monatsbudget einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie an Ausgaben für Lebensmittel zur Berechnungsgrundlage, so ergeben sich am Ende des ersten Kriegsjahres Mehrausgaben von 37 Prozent, verglichen mit dem Stand vom Juli 1914. Anders ausgedrückt: Am 1. August 1915 waren 34 Shilling erforderlich, um jene Menge an Lebensmitteln zu kaufen, die am 1. August 1914 nur 25 Shilling gekostet hatten.<sup>31</sup>

Ähnlich verhielt es sich mit den Preisen für Schuhwerk, Kleidung und Kohle. Ganz anders hingegen entwickelten sich die Profite der Industrie. Während das Realeinkommen der britischen Arbeiter im Verlaufe des ersten Kriegsjahres um über ein Drittel zurückging, stiegen die Profite der Industrie, insbesondere des Schiffbaus, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Kohlebergwerke, um Werte zwischen 60 und 120 Prozent. Einige Werften und Reedereien konnten ihre Dividende sogar verdreifachen.<sup>32</sup>

Mit Beginn des Jahres 1915 wuchs in der britischen Arbeiterklasse die Erkenntnis, daß vor allem sie unter den Lasten und Opfern des Krieges zu leiden hatte und daß der "Burgfrieden" nichts anderes brachte als den quasi-legalen Rahmen für den Generalangriff des Kapitals auf die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse. Diese Erkenntnis, verbunden mit Einsichten in den imperialistischen Charakter des Krieges, verbreitete sich zuerst in der industriellen Basis am Clyde und in den marxistischen Gruppen innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, die sich insbesondere in der British Socialist Party (BSP), der Independent Labour Party (ILP) und der Socialist Labour Party (SLP) entwickelt hatten.

Mit Beginn des Jahres 1915 wurde klar, daß es den "industrial truce" eigentlich nicht mehr gab, von dem wir festhalten wollen, daß es ein nicht formalisierter "Waffenstillstand" gewesen war. Die Zahl der Arbeitskonflikte nahm von 17 im Dezember 1914, auf 30 im Januar, auf 47 im Februar und 74 im März 1915 zu. Mit Rücksicht auf ihre Wähler und in Besorgnis um die Stabilität des kapitalistischen Systems mußten die Verteidiger des "Burgfriedens" in der Labour-Fraktion des Unterhauses auf den drohenden Ausbruch neuer Konflikte reagieren. Wie nicht anders zu erwarten, bestanden diese Reaktionen in warnenden

31 Ebenda, S. 961.

32 Siehe dazu eine entsprechende Tabelle in: London Daily Chronicle, 27.11. 1916, sowie Shipbuilding and Shipping Record, Nr. 7/1915, S. 14.



Beschwörungen an die Regierung und an die Arbeiter, die freilich auch authentische Beschreibungen der Lage der Arbeiter enthielten, aber immer mit der Forderung nach Streik-Abstinenz verbunden waren. Ein anschauliches Beispiel für diese verbalen Bemühungen ist die Unterhausrede des Labour-Abgeordneten W. C. Anderson am 15. März 1915.

Nachdem Anderson Beispiele für die unerhörten Kriegsgewinne der Armeelieferanten genannt hatte, verlangte er von der Regierung Maßnahmen zur Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Besonders kritikwürdig fand es Anderson, daß die Regierung Asquith auch unter den Bedingungen des Krieges das Wirtschaftsleben dem "freien" Spiel der Kräfte, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überließ - eine Feststellung, die vollkommen zutraf, jedenfalls am 15. März 1915. Er warnte abschließend davor, daß auch die Arbeiter dazu übergehen könnten, mit ihrer Arbeitskraft entsprechend zu verfahren, sie also so teuer zu verkaufen, wie sie ihrem Wert entspreche.<sup>33</sup> Erstaunlicherweise fand Premierminister Asquith darauf lediglich die Antwort, die Arbeiter sollten "bis Juni warten". Erstaunlich war diese Antwort nicht nur, weil die Warnung des Abgeordneten Anderson nur eine Stimme in einem immer lauter werdenden Chor regierungstreuer Labour-Politiker darstellte, sondern vor allem, weil gerade ein Streik sämtlicher britischer Eisenbahner mit Mühe verhindert worden war, weil fast 10 000 Munitionsarbeiter im Clyde-Distrikt bei Glasgow machtvoll, aber vergeblich streikten - die erste große Streikaktion seit Kriegsbeginn - und weil schließlich in Wales und Yorkshire Hunderttausende von Bergleuten mit Arbeitsniederlegungen drohten.

Als jene Unterhausdebatte stattfand, tagte in London eine nationale Konferenz verschiedener Arbeiterorganisationen, die am 12. März 1915 mit dem Ziel einberufen worden war, die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel und Brennstoffe und zur Kontrolle der Mieten zu zwingen. Außerdem forderten die Teilnehmer in mehreren Resolutionen, die dem Premierminister überbracht wurden, Profitbeschränkungen für die Rüstungsindustrie und die Anlegung einer staatlichen Weizenreserve mit einer entsprechenden Preisbindung. Zur gleichen Zeit waren - trotz der strengen Pressezensur - in den Massenblättern Lord Northcliffes die ersten Nachrichten über den katastrophalen Munitionsmangel an der Westfront erschienen, Nachrichten, deren Wirkung auf die Öffentlichkeit und ein über unterschiedliche militärstrategische Konzepte tief zerstrittenes Kabinet nicht dadurch gemildert wurde, daß der Munitionsskandal zur gleichen Zeit losbrach, als sich das Scheitern des Gallipoli-Unternehmens ahnen ließ.

Als die innen- und sozialpolitische Krise Mitte März ihrem Höhepunkt zusteuerte, hatte das am 4. Februar 1915 von der Regierung eingesetzte "Comittee on Production" bereits seinen vierten Bericht vorgelegt.<sup>34</sup> Dieser Ausschuß, ursprünglich nur beauftragt mit der Ermittlung von Möglichkeiten der Produktionssteigerung im Schiffs- und Maschinenbau, befaßte sich in seinem letzten Bericht unter dem Zwang der Entwicklung auch mit der wachsenden Zahl von Streiks. Die Streiksituation am Clyde und die Vorschläge des "Committee on Production" dürften zusammen mit dem von Schatzkanzler Lloyd George ausgehenden Druck die Ursache dafür gewesen sein, daß Premierminister Asquith die Parole vom Abwarten plötzlich fallenließ und die Notwendigkeit einer aktiven Politik erkannte. Unter den gegebenen Bedingungen konnte das nur auf eine formalisierte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften hinauslaufen. Nachdem sich diese Erkenntnis durchgesetzt hatte, handelte die Regierung blitzschnell. Schon am 17. März 1915 trafen Schatzkanzler Lloyd George und der Präsident des Handelsministeriums Walter Runciman mit führenden Vertretern der 34 wichtigsten Gewerkschaften

<sup>33</sup> Parliamentary Debates. House of Commons, 5. Serie, Bd. 70, Sp. 1809 ff.

<sup>34</sup> Diese Berichte sind abgedruckt in: Board of Trade Labour Gazette, Nr. 3/1915, S. 83 ff.

ten im Schatzamt zusammen. Nach dreitägigen Beratungen wurde am 19. März 1915 von allen Beteiligten das sogenannte "Treasury Agreement" unterzeichnet. Mit anderen Worten: Der ungeschriebene Waffenstillstand wurde durch ein Abkommen ersetzt, ein Abkommen freilich, dessen potentielle Brüchigkeit schon aus seiner offiziellen Bezeichnung hervorging: "Memorandum of Proposals which the Workmen's Representatives agreed to recommend to their members at a Conference with the Chancellor of the Exchequer and the President of the Board of Trade". Die 34 Gewerkschaftsführer hatten also nur für sich selbst, nicht aber für die Millionen Gewerkschaftsmitglieder sprechen und unterzeichnen können. In seiner Eröffnungsrede zu Beginn der Konferenz hatte Lloyd George erkennen lassen, daß er diesen Umstand durchaus begriff, als er unter Hinweis auf eine weitere Ergänzung des Reichsverteidigungsgesetzes sagte: "Obwohl wir die Macht haben, jeden beliebigen Betrieb in diesem Lande zu kontrollieren oder zu übernehmen, wenn er für die Rüstungsproduktion geeignet ist, können wir unsere Macht nur ausüben, wenn die vollständige Kooperation der Arbeiter und Unternehmer gesichert ist."<sup>35</sup> In den fünf Abschnitten des "Treasury Agreement" geht es allerdings nur um die Kooperation der Arbeiter; die britischen Unternehmer gaben der Regierung offenbar keinen Anlaß zur Sorge.

Das Ziel des Abkommens war, für die Dauer des Krieges Streiks zu verhindern und die Rüstungsproduktion zu erhöhen.<sup>36</sup>

Die Gewerkschaft der Maschinenbauer, obwohl auf der Konferenz im Schatzamt vertreten, verweigerte ihre Zustimmung zum "Treasury Agreement" mit der berechtigten Begründung, daß es keinerlei Garantien gegen seinen Mißbrauch durch profitgierige Rüstungsfabrikanten enthalte. Daraufhin fand am 25. März 1915 eine zweite Konferenz zwischen Lloyd George, Runciman und den Führern dieser Gewerkschaft statt, die mit der Unterzeichnung des folgenden Zusatzprotokolls endete: "Es ist die Absicht der Regierung, mit allen wichtigen Maschinen- und Schiffbaubetrieben, die für Kriegszwecke arbeiten, Vereinbarungen mit dem Ziel abzuschließen, die durch das Entgegenkommen der Gewerkschaften entstehenden Zusatzprofite an den Staat abzuführen."<sup>37</sup> Von der Realisierung dieser Absicht wird noch die Rede sein.

Mit dem "Treasury Agreement", dessen Entwurf das gemeinsame Werk von Regierung und Vertretern der Industrie war, begann die staatliche Regulierung der Arbeitsverhältnisse in der britischen Industrie. Es sei schon an dieser Stelle vorausgeschickt, daß die staatlichen Eingriffe in diesen Bereich der Kriegswirtschaft umfassender und einschneidender wurden als in anderen Bereichen und in vergleichbaren Ländern (USA, Deutschland, Frankreich).

Die Entwicklung dieser Eingriffe zu einem System begann mit der Bildung des Rüstungsministeriums am 9. Juni 1915 bzw. mit der Verkündung des Rüstungsgesetzes am 2. Juli des gleichen Jahres. Vorausgegangen war, wie schon angedeutet wurde, daß sich Lloyd George im Kabinett gegen die Auffassung durchgesetzt hatte, die herkömmliche Verfahrensweise bei der Ausrüstung der Armee - Auftragsvergabe an Rüstungsfirmen und staatliche Werke durch die Beschaffungsabteilungen des Kriegsministeriums und der Admiralität - würde genügen, um den Krieg zu gewinnen. Früher als die meisten seiner Kabinettskollegen hatte der neue Rüstungsminister erkannt, daß nur die totale industrielle Mobilisierung, die Einbeziehung der gesamten Industrie in die Rüstungsproduktion, den Armeebedarf würde decken können.

<sup>35</sup> Zit. nach British Industrial Experience, Bd. 2, T. III, S. 993.

<sup>36</sup> Der Wortlaut des "Treasury Agreement" ist abgedruckt in: British Industrial Experience, Bd. 1, T. II, S. 209 - 211.

<sup>37</sup> Der Wortlaut des Zusatzprotokolls ist abgedruckt bei: Cole, G. D. H., Labour in War Time, London 1915, S. 188.

Überblickt man das Rüstungsgesetz als Ganzes, so fällt sogleich auf, daß etwa drei Viertel seiner Bestimmungen und Vorschriften das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeitern betreffen.<sup>38</sup> Das "Treasury Agreement" war in seinen wesentlichen Punkten in das neue Gesetz übernommen worden und bildete dessen Teil I. Damit waren sowohl Streiks als auch Aussperrungen verboten und die Zwangsschlichtung gesetzlich verordnet. Für die Teilnahme an einem Streik drohte nunmehr jedem Arbeiter eine Geldstrafe von 5 Pfund pro Tag.

Das Gesetz sah die Schaffung von überwachten Betrieben ("controlled establishments") vor und daneben die direkte Übernahme von Betrieben unter das Management des Rüstungsministeriums.

Für die überwachten Betriebe galt folgendes:

1. Die Gewinne aus der Kriegsproduktion durften den Vorkriegsgewinn um volle 20 Prozent übersteigen. Lagen die Gewinne über dieser Rate, mußten sie an das Schatzamt abgeführt werden. Es waren zahlreiche Ausnahmeregelungen vorgesehen.
2. Veränderungen von Löhnen und Gehältern bedurften der Genehmigung des Rüstungsministeriums.
3. Alle in den Tarifverträgen enthaltenen Regelungen zum Schutze der Arbeitskraft bzw. zur Begrenzung von Arbeitszeit und -leistung wurden für die Dauer des Krieges aufgehoben, ebenso die Trennungslinie zwischen gelernten und ungelernten sowie zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitern. Die Firmen wurden verpflichtet, nach Kriegsende die Vorkriegsbedingungen wieder herzustellen.
4. Das Rüstungsministerium wurde ermächtigt, durch Arbeits- bzw. Disziplinarordnungen in den Betriebsablauf einzugreifen, was vielfach geschah.
5. Bindung der Arbeitskräfte an den Betrieb: Kein Arbeiter durfte ohne eine entsprechende schriftliche Erlaubnis der Firmenleitung ("leaving certificate") seinen Betrieb wechseln. Tat er es dennoch, so unterlag er einer Sperrfrist von sechs Wochen, bevor er in einem anderen Betrieb eingestellt werden durfte. (Das deutsche Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 sah lediglich eine Sperrfrist von zwei Wochen vor.) Diese Regelung galt nicht nur für überwachte Betriebe, sondern für alle Rüstungsbetriebe.

Eine Arbeitspflicht, wie sie das deutsche Hilfsdienstgesetz kannte, gab es in Großbritannien nicht. Statt dessen wurde das System der "War Muniton Volunteers" eingeführt. Sein Ziel war die Gewinnung von hochqualifizierten Facharbeitern aus weniger wichtigen Betrieben für die Rüstungsindustrie. Das System hatte zwar nur begrenzten Erfolg, aber immerhin waren schließlich knapp 50 000 Fachkräfte verfügbar, von denen der damalige Unterstaatssekretär im Rüstungsministerium, Christopher Addison, später sagte: "Sie stellten den lebenswichtigen Kern gelernter Arbeiter, die die Betriebe in Gang setzten und die Front hielten, bis ihre Plätze von anderen eingenommen werden konnten. Ohne sie hätte das Rüstungsprogramm nicht durchgeführt werden können."<sup>39</sup> In seiner ursprünglichen Fassung enthielt das Rüstungsgesetz keine Bestimmungen über die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Betriebe. Die Lösung dieses Problems durchlief seit Kriegsbeginn mehrere Phasen, wobei die Kardinalfrage jeweils darin bestand, zwischen den Bedürfnissen der Armee und denen der Industrie einen Ausgleich zu schaffen. Nachdem sich im Herbst 1914 Arbeiter massenhaft für den Militärdienst gemeldet hatten - unter ihnen viele Arbeitslose -, trat bald ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern in der Rüstungsindustrie und vor allem im Bergbau auf. Regierungskommissionen überprüften daraufhin die Einheiten der Armee auf geeignete Fachkräfte für kriegswichtige Betriebe. Ebenso konnten Privatfirmen Anträge auf Freistellung von Soldaten für die Rüstungsindustrie stellen. Im Laufe des Jahres 1915 - es bestand noch immer keine Wehr-

38 Das Rüstungsgesetz ist abgedruckt in: British Industrial Experience, Bd. 1, T. II. S. 216 ff.

39 Addison, Christopher, Politics from within, Bd. I, London 1924, S. 178 f.

pflicht - kehrte sich das Problem um: Die schweren Verluste des Heeres auf den französischen und belgischen Schlachtfeldern - allein in der zweiten Schlacht um Ypern im Mai 1915 waren 60 000 Briten gefallen - veranlaßten den Kriegsminister Lord Kitchener zu einer großangelegten Werbekampagne für die Armee, so daß Maßnahmen nötig wurden, um Facharbeiter in der Rüstungsindustrie vor der Anwerbung - und seit dem 6. Januar vor der Einberufung, nicht vor der Dienstpflicht - zu schützen.

Mit dem Rüstungsgesetz und seiner Durchführung in bezug auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen wurde ein bis dahin in Großbritannien beispielloses System der Kooperation zwischen Staatsapparat, Gewerkschaftsführungen und privatem Kapital geschaffen und formalisiert.<sup>40</sup> Faßt man ihre Substanz zusammen, so ergibt sich folgendes Bild in regionalem Bezug auf die Vollmachten des Rüstungsministeriums und seiner Behörden:

- das Recht auf Beschlagnahme jedes beliebigen Betriebes,
- das Weisungsrecht gegenüber jedem Arbeiter und Unternehmer in jedem beliebigen Betrieb,
- Umwandlung jedes beliebigen Betriebes in einen Rüstungsbetrieb,
- die Verfügungsgewalt über den gesamten Produktionsprozeß einschließlich der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation,
- Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes.

Nimmt man dazu noch das bereits erwähnte Streikverbot, so erscheint es berechtigt, das "Treasury Agreement" und die Durchführung des Rüstungsgesetzes als einen beträchtlichen Teilerfolg der britischen herrschenden Klasse zu bezeichnen.

Es schien freilich, als ob das Rüstungsgesetz schon unmittelbar nach seinem Inkrafttreten an seiner ersten Belastungsprobe scheitern würde: Die britische Bergarbeitergewerkschaft hatte das "Treasury Agreement" nicht unterzeichnet, weil sie die Zwangsschlichtung ablehnte. Demzufolge konnte das Rüstungsgesetz auf die Bergwerke nicht angewendet werden. Als am 14. Juli 1915 im Bergbaugebiet von Süd-Wales 200 000 Bergleute in den Streik traten, entschloß sich die Regierung nach einigem Zögern dazu, das Rüstungsgesetz und seine Strafbestimmungen auch auf die Bergwerke anzuwenden - ohne jeden Erfolg. Daraufhin eilten Lloyd George, Walter Runciman und Arthur Henderson in das Streikgebiet. Es kam ein neuer Tarifvertrag zustande, in welchem die meisten Forderungen der Bergarbeiter erfüllt wurden. Im traditionell "roten" Industriegebiet am Clyde führte der Erlaß des Rüstungsgesetzes zur Bildung des "Clyde Workers' Committee", in dem sich unter der Führung William Gallachers die Shop Stewards (Betriebsräte), betriebliche Streikkomitees und die Kriegsgegner in der British Socialist Party sowie der Independent Labour Party eine regionale Organisation schufen. Das "Clyde Workers' Committee" verurteilte die Zustimmung der Gewerkschaftsführer zum Rüstungsgesetz als Verrat an der Arbeiterklasse, rief zum Kampf gegen den Krieg und zur Weiterführung des ökonomischen und politischen Klassenkampfes bis zum Sturz des "Lohnsystems" auf.

In der zweiten Jahreshälfte 1915 zeigte sich, daß die Clyde-Arbeiter die Durchsetzung des Rüstungsgesetzes erfolgreich blockierten: Ihre Streiks erzwangen die regionale Suspendierung des Gesetzes und sogar die Entlassung von Arbeitern aus der Haft. Als die Clyde-Arbeiter ihre Kampfmaßnahmen gegen das Rüstungsgesetz mit der Forderung nach direkter Mitbestimmung in den Betrieben verbanden und zu deren Durchsetzung neue Streiks ankündigten, reisten Lloyd George und Arthur Henderson im Dezember 1915 nach Glasgow. Die Mission wurde zu einem völligen Mißerfolg. Anders als in Wales, wo es um die Schlichtung eines reinen Lohnkonfliktes durch Verhandlungen mit der Gewerkschaft gegangen war, sahen sich der Rüstungsminister und der in Glasgow geborene Vorsitzende der Labour Party nun am Clyde der betrieblichen Basis gegenüber, an

<sup>40</sup> British Industrial Experience, Bd. 1, T. II, S. 736 - 755, 123 - 125.



der die Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik wenigstens teilweise erkannt wurden. Die Regierung gab indessen nicht auf und entsandte eine Verhandlungskommission in den Clyde-Distrikt, die den Auftrag hatte, insbesondere das Problem der Abschaffung von gewissen Rechten, Privilegien usw. einzelner Arbeitsgruppen für die Dauer des Krieges durch einen Kompromiß zu lösen. Was nun folgte, war in vielfacher Hinsicht typisch für das Schicksal der sozialistischen Antikriegsbewegung in Großbritannien: Einer regionalen und politisch uneinheitlichen Massenbewegung, deren führende Köpfe stark von syndikalistischen Theorien beeinflusst waren, stand eine Labour- bzw. Gewerkschaftsführung gegenüber, die vollständig auf die Positionen des Sozialchauvinismus übergegangen war. So kam es, daß im Januar 1916 trotz eines Beschlusses des "Clyde Workers' Committee" gegen die Aufnahme von Separatverhandlungen die von David Kirkwood geführten Shop Stewards der Parkhead-Hüttenwerke ein Abkommen mit der Regierungskommission unterzeichneten. Damit war die Kampffront der Clyde-Arbeiter zerbrochen. Als andere Betriebe folgten, nahm das Komitee einen Kompromißvorschlag der Regierungskommission an. Darin wurde zwar der Status der Shop Stewards weitgehend anerkannt, aber von der Verstaatlichung der Industrie und der direkten und gleichberechtigten Beteiligung der Arbeiter an deren Leitung war keine Rede mehr. Statt dessen ging die Regierung nun zum Gegenangriff über. So wurde es Kirkwood untersagt, in den Parkhead-Werken andere Betriebsabteilungen als seine eigene zu betreten. Diese Provokation beantworteten die Arbeiter des Werkes mit einem Proteststreik, der am 17. März 1916 begann und den die Regierung zum Vorwand nahm, um nun mit Gewalt gegen die Shop Stewards des gesamten Clyde-Gebietes vorzugehen. Zehn von ihnen, darunter Kirkwood, wurden verhaftet und deportiert. Die führerlosen Arbeiter hielten knapp drei Wochen dem immer stärker werdenden Druck von Regierung und Gewerkschaftsführung stand. Ohne Unterstützung durch die ILP und die BSP, in denen die internationalistischen linken Gruppen noch keine Mehrheit besaßen, mußten sie den Streik am 4. April 1916 beenden. Wenige Tage später wurden mit John Maclean, William Gallacher, John Muir und Walter Bell die Führer der Linken in der westschottischen BSP verhaftet und zu Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und drei Jahren verurteilt.<sup>41</sup>

So galt, was Lenin über die Lage der sozialistischen Bewegung während des Krieges gesagt hatte, auch für Großbritannien: "In der ganzen Welt haben sich die Sozialisten gespalten. Die einen sind Minister, die anderen sitzen in den Gefängnissen."<sup>42</sup>

Die Militärgerichte (Munition Tribunals) gingen insbesondere gegen die Shop-Steward-Bewegung und gegen Kriegsdienstverweigerer vor, die sich in der "No Conscription Fellowship" (Verband von Kriegsdienstverweigerern) organisiert hatten; gegen letztere wurden fast 9 000 Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet, und zeitweise befanden sich knapp 5 000 ihrer Mitglieder in Gefängnissen oder Arbeitslagern. Arthur Henderson hingegen, von 1914 bis 1917 Führer der Labour Party, war bei der Umbildung des liberalen Kabinetts Asquith in eine Koalitionsregierung (25. Mai 1915) aus Liberalen und Konservativen zum Erziehungsminister ernannt worden; er war der erste Labour-Minister und der einzige Vertreter seiner Partei im neuen Kabinett.

41 Siehe zur Entwicklung am Clyde Gallacher, William, *Revolt on the Clyde*, London 1949, S. 84 ff., sowie an neueren Darstellungen Pribičević, Branko, *The Shop Steward's movement and workers' control 1910 - 1922*, Oxford 1959, S. 165 ff., und Hinton, James, *The first Shop Steward's movement*, London 1973.

42 Lenin, W. I., *Krieg und Revolution*, in: *Werke*, Bd. 24, Berlin 1978, S. 418.



Die Kooperation zwischen Staat und privatem Kapital hatte vor dem ersten Weltkrieg in Großbritannien lediglich punktuellen Charakter und betraf kaum oder überhaupt nicht den Produktions- oder Rohstoffsektor bzw. die Industrie, sondern Außenhandel und Kapitalexport. Die Bereiche dieser Kooperation kehrten sich mit Kriegsbeginn vollständig um, und seit Ende 1915 wurde auf dem Produktions- und Rohstoffsektor ein umfassendes System aufgebaut. Es entwickelte sich eine breite Skala der institutionellen und funktionellen Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und der privaten Wirtschaft, die sich am deutlichsten in den zahllosen Kontrollausschüssen für Bewirtschaftung und Produktion zeigte, in denen eine gegenseitige personelle Verschmelzung seit Ende 1915 immer schneller in Gang kam. Bei Kriegsende gab es über 400 solcher Gremien.<sup>43</sup>

Um dieses System und seine Funktionsweise auf begrenztem Raume zu beschreiben, erscheint es zweckmäßig, einerseits Überblicke zu geben und andererseits signifikante Teilbereiche ausführlicher zu analysieren. Zunächst soll von der Rohstoffwirtschaft die Rede sein, die sich hinsichtlich der Lage und des Verfahrens in Deutschland unterschied. Zum einen gab es in Großbritannien keine gesonderte Behörde wie die deutsche Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, und zum anderen waren die britischen Inseln nicht von der Zufuhr aus Übersee abgeschnitten. Bis Juli 1917 war die Rohstoffbeschaffung bzw. -bewirtschaftung zwischen der Vertragsabteilung des Kriegsministeriums und dem Rüstungsministerium aufgeteilt. Während das Kriegsministerium für Textilien und Lebensmittel einschließlich Wolle, Häute, Leder, Flachs, Baumwolle, Hanf und Jute zuständig war, oblag die Beschaffung aller anderen und im engeren Sinne für die Kriegführung wichtigen Rohstoffe dem Rüstungsministerium.<sup>44</sup> Von Kriegsausbruch bis etwa Ende 1915 waren die privaten Importe der obengenannten tierischen und pflanzlichen Rohstoffe - sie sollen zuerst hier behandelt werden - kaum niedriger als in der Vorkriegszeit, so daß das Kriegsministerium die Vorkriegspraxis der öffentlichen Ausschreibung fortsetzen konnte. Der im Verlauf des Jahres 1915 ungeheuer steigende Heeresbedarf führte zu einem gewaltigen Anstieg der Preise und Profite, worauf das Kriegsministerium von den Rohstoffhändlern eine Preiskalkulation verlangte und gleichzeitig, gestützt auf das Reichsverteidigungsgesetz und das Rüstungsgesetz, zur Beschlagnahme von Rohstoffen übergang - selbstverständlich gegen Bezahlung und zu Preisen, die einen beträchtlichen Profit garantierten. Auf der gleichen gesetzlichen Basis erfolgte angesichts des immer weiter steigenden Bedarfs und der Auswirkungen der deutschen U-Boot-Kriegführung ab Ende 1915 der Übergang zur Überwachung auch der Verarbeitung von Rohstoffen, um zu sichern, daß diese ausschließlich zur Deckung des militärischen Bedarfs verwendet wurden. Überwachung der Produktion bedeutet hier nichts anderes, als daß diese in überwachten Betrieben erfolgte oder - besser gesagt - daß bestimmte kriegswichtige Betriebe unter diese Art von Kontrolle genommen wurden. Die Zahl der überwachten Betriebe war mit jedem Kriegsjahr rapide gestiegen, wie die folgende Übersicht zeigt<sup>45</sup>:

43 Siehe Fairlie, John A., *British War Administration*, New York 1919, S. 271 ff.

44 Die folgenden Ausführungen über die Bewirtschaftung textiler Rohstoffe beruhen auf: *Memorandum on War Office Contracts*, June 1917, in: P. P., Bd. 19, London 1917 (Cd. 8447), sowie *Ministry of Munitions. Raw Materials. Trading Accounts & Reports*, in: P. P., Bd. 30, London 1920 (Cd. 788).

45 Zahlen nach Römermann, Karl, a. a. O., S. 167.

August 1915	345
Oktober 1915	1 000
Dezember 1915	2 000
August 1916	3 500
Dezember 1916	4 000
Juli 1917	5 000
November 1917	5 600

Die meisten von ihnen produzierten selbstverständlich Waffen, Munition und Fahrzeuge.

Während in das Jahr 1916 der allmähliche Übergang zur staatlichen Kontrolle der Rohstoffe und ihrer Verarbeitung fiel, wurde mit Ablauf des Jahres 1917 der Staat zum alleinigen Importeur. Das bedeutete, um beim Beispiel Wolle zu bleiben, daß das Kriegsministerium entweder direkt oder durch von ihm beauftragte Handelsfirmen als Käufer auftrat. Die beiden größten Operationen dieser Art betrafen den jährlichen Erwerb der gesamten britischen Inlandsproduktion sowie des gesamten Wollertrages Australiens. Zum Zwecke der Erfassung der inländischen Wolle teilte man das Land in 15 Distrikte ein, von denen jeder durch eine private Wollhandelsfirma überwacht wurde, in deren Auftrag die Wolle für das Kriegsministerium aufgekauft wurde. Bei der Verteilung der vom Kriegsministerium im In- oder Ausland erworbenen Wolle an die Textilindustrie wurde die Londoner Wollbörse eingeschaltet, freilich zu Festpreisen und ohne Versteigerungen.

Damit das Zuteilungssystem funktionierte, mußten Kriterien bzw. Prioritäten geschaffen werden. Das geschah durch Verordnungen des Rüstungsministeriums vom August 1916 und vom März 1917. Durch sie wurde im Ministerium eine Einstufungsabteilung sowie im September 1917 ein entsprechender beratender Ausschuß geschaffen. Diese Behörden bzw. Institutionen entschieden über die Einstufung von Aufträgen entsprechend den Dringlichkeitsstufen A, B und C. Im Laufe des Jahres 1917 wurde das Verfahren durch eine weitere Unterteilung der Dringlichkeitsstufen verfeinert und andererseits dadurch vereinfacht, daß das Kriegsministerium bzw. Rüstungsministerium bei der Erteilung von Aufträgen an Betriebe gleichzeitig die Einstufung vornehmen sollte. Der beratende Ausschuß und seine regionalen Unterausschüsse wurden dadurch keineswegs überflüssig. Seine Aufgabe bestand auf zentraler Ebene in interministeriellen Interessenausgleich, während die Unterausschüsse zwischen den Rohstoffanforderungen einzelner Betriebe zu vermitteln hatten.

Jeder der hier beschriebenen Schritte - Aufkauf, Transport, Zuteilung und Verarbeitung von Rohwolle - erfolgte in enger und institutioneller Zusammenarbeit zwischen Regierungsbehörden und Industrie, Spediteuren, Reedereien sowie Banken. So gab es mindestens seit Ende 1916 keinen einzigen Rohstoff mehr, sei er pflanzlichen, tierischen oder mineralischen Ursprungs, der nicht durch eine ungeheure "gemischtwirtschaftliche" Organisation verwaltet wurde, wobei der organisatorische Aufwand mit der kriegswirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Rohstoffes oder Produktes stieg. Er war für Leder größer als für Flachs und innerhalb des Textilsektors am größten für Wolle. Für diesen einzigen Rohstoff existierten 24 zentrale Ausschüsse oder Behörden allein im Zusammenhang mit dem Kriegsministerium, von denen die meisten eine weitverzweigte regionale Organisation besaßen und an deren Spitze die Kontrollbehörde für Woll- und Textilproduktion stand. In fast allen Ausschüssen, Beiräten, Behörden usw. dominierten zahlenmäßig die Vertreter der Industrie, und in allen zugänglichen Quellen wird die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Staat und Kapital hervorgehoben.

Das galt in ganz besonderem Maße für die Organisation und Arbeitsweise des britischen Rüstungsministeriums, das sich, im Sommer 1915 in Verbindung mit dem Erlaß des Rüstungsgesetzes gegründet, sehr schnell zur einheitlichen Kommandozentrale der Kriegswirtschaft entwickelte. Anders als das am 1. November 1916 gebildete deutsche Kriegsamt, das kein selbständiges Ressort bildete, kei-

ne Weisungsrechte gegenüber den Unternehmern besaß und die organisatorische Zersplitterung der deutschen Kriegswirtschaft nicht beendete, stellte das Rüstungsministerium eine mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Zentralbehörde dar, deren Kompetenz den Einsatz der Arbeitskräfte ebenso umfaßte wie die Rohstoffbewirtschaftung, die Rüstungsproduktion und den Transport. In der Neufassung des Rüstungsgesetzes vom 27. Januar 1916 wurde "Rüstungsarbeit" wie folgt definiert:

- a) Herstellung oder Reparatur von Waffen, Munition, Schiffen, Fahrzeugen, Flugzeugen und allen für Kriegszwecke erforderlichen Produkten sowie Maschinen, Werkzeugen und Metallen, die zur Herstellung oder Reparatur nötig sind;
- b) Bau, Umbau oder Reparatur von Gebäuden für militärische Zwecke, von Rüstungswerken und industriellen Ausrüstungen sowie von Gebäuden zur Unterbringung von Personal, das in der Rüstungsproduktion tätig ist;
- c) Bau, Umbau, Reparatur und Betrieb von Häfen für Kriegszwecke;
- d) Bau und Betrieb von Anlagen zur Versorgung mit Wasser, Gas und Elektroenergie in Zusammenhang mit der Rüstungsproduktion.<sup>46</sup>

Die weitreichenden Vollmachten des Rüstungsministeriums (Schaffung von überwachten Betrieben, Übernahme von Industriezweigen und das Recht zur Beschlagnahme von Betrieben und Rohstoffen) bezeichnen gewissermaßen den gesetzlichen Rahmen, innerhalb dessen das Ministerium tätig werden konnte. Das bedeutete natürlich nicht, daß der Rüstungsminister die Aufgaben seines Ressortarium Gebrauch machte.

Lloyd George, der erste Inhaber des Rüstungsressorts, beschrieb sein Ministerium als "from the first to last a business man organization" und besetzt mit "business men" in allen Abteilungen.<sup>47</sup> Das traf in vollem Umfang auch für die Außenorganisation des Ministeriums zu. Es wurden elf "Munitions Areas" geschaffen, deren Abgrenzung unter Berücksichtigung rüstungswirtschaftlicher Ballungsgebiete erfolgte. Jedes dieser Gebiete stand unter der Leitung eines "Area Office", in welchem Unternehmer, Techniker, Vertreter des Rüstungsministeriums und der Admiralität mit dem Ziel zusammenarbeiteten, die Umstellung von Betrieben auf Rüstungsproduktion und die Realisierung des Rüstungsgesetzes zu überwachen. Die "Munitions Areas" waren in mehrere "Munitions Districts" aufgeteilt, jeder dieser Bezirke geleitet von einem "Board of Management", einer Behörde, die, vom Rüstungsminister selbst ernannt, ausschließlich aus Unternehmern bestand. Ihre Aufgabe war die Verteilung von Aufträgen für Waffen und Munition innerhalb des jeweiligen Bezirkes, die Erweiterung entsprechender Produktionskapazitäten und die Förderung von Firmenzusammenschlüssen zwecks Rationalisierung der Erzeugung. Vor der Bildung des Rüstungsministeriums im Juli 1915 waren auf lokaler Ebene, beginnend am 9. April 1915, an der englischen Nordküste Ausschüsse für Rüstungsproduktion entstanden, denen Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter angehörten und die sozusagen von der Basis her die Munitionsproduktion steigern wollten. Diese Ausschüsse wurden zunächst vom Kriegsministerium angeleitet und nach Bildung des Rüstungsministeriums diesem zugeordnet. Seit dem Winter 1915/16 wurden diese Ausschüsse in die "Boards of Management" eingegliedert, deren Zahl sich 1917 auf 43 belief. Von der Rohstoffbeschaffung und -verteilung war im Zusammenhang mit Wolle und Leder bereits die Rede. Im Sommer 1917 übernahm das Rüstungsministerium auch die Bewirtschaftung der meisten pflanzlichen und tierischen Spinnstoffe. Lediglich Wolle und Leder verblieben in der Zuständigkeit des Kriegsministeriums, was damit zusammenhing, daß dieses Ressort weiterhin und bis Kriegsende die zentrale Beschaffungsbehörde für Heeresbekleidung blieb.

<sup>46</sup> British Industrial Experience, Bd. 1, T. II, S. 231.

<sup>47</sup> Lloyd George, David, a. a. O., S. 215.

Für die eigentliche Rüstungsproduktion hatte die Bereitstellung von Stahl, NE-Metallen, Kohle und Sprengstoffchemikalien absolute Priorität. Für jeden dieser Rohstoffe entwickelte das Rüstungsministerium ein spezielles System der Bewirtschaftung. Jedoch galt, von Kohle abgesehen, für sie alle zunächst das Verfahren der Zuteilung nach Dringlichkeitsstufen ("Priorities"), welches bereits beschrieben wurde.

Darüber hinaus waren zum Zwecke der Steigerung und Rationalisierung der **Stahlproduktion** England und Schottland in sechs "Production Areas" aufgeteilt. An der Spitze jedes Gebietes stand ein "Steel Superintendent", dem ein beratender Ausschuß, bestehend aus Stahlwerksbesitzern bzw. leitenden Managern der Stahlindustrie, zugeordnet war ("Area Committee"). Die "Superintendents" der einzelnen Erzeugungsgebiete unterstanden der Abteilung für Eisen und Stahl im Rüstungsministerium und hatten miteinander engen Kontakt zu halten, um die vom Ministerium ausgearbeiteten Produktionsprogramme entsprechend den Kapazitäten auf die Erzeugungsgebiete zu verteilen. Im Laufe des Jahres 1916 wurde für Stahl ein Kontingentierungs- und Bezugsscheinsystem eingeführt. Die Verteilung wurde dadurch erheblich gestrafft, die Kontrolle verbessert und der Vorrang von Armeeaufträgen beträchtlich angehoben.

Angesichts des natürlichen Reichtums an Steinkohle erfolgten kriegswirtschaftliche Regelungen für die britische **Kohleproduktion** erst verhältnismäßig spät. Es dominierten hier Probleme des Arbeitskräftemangels und der Transportraumverteilung. Deren Lösung wurde zunächst elf "District Committees" übertragen (Anfang 1916). Ein eigentliches Bewirtschaftungssystem war mit diesen aus Bergwerksbesitzern bestehenden Ausschüssen nicht geschaffen. Sie sollten lediglich überwachen, daß der Transportraum einem vorgegebenen Verteilerschlüssel zufolge eingesetzt wurde und die Verbraucher entsprechend ihrer kriegswirtschaftlichen Bedeutung beliefert wurden, nämlich 1. die Admiralität, 2. die Eisenbahnen im Inland, 3. die Rüstungsbetriebe im Inland einschließlich Eisen- und Stahlindustrie, Schiffbau usw., 4. und 5. die Eisenbahnen und Rüstungsbetriebe alliierter Staaten, 6. Versorgungsbetriebe im Inland, 7. Versorgungsbetriebe alliierter Staaten, 8. Bunkerkohle für In- und Ausland, 9. Kohle für private Haushalte und nichtkriegswichtige Industrie.

Es waren nicht in erster Linie Versorgungsschwierigkeiten, sondern das Bedürfnis nach straffer Regelung der Arbeits- bzw. Ausbeutungsverhältnisse, welches im Frühjahr 1917 zur Übernahme aller Kohlengruben durch den Staat führte. Dazu kam, daß zwar weder Kohle noch Transportraum ernsthaft verknappt war, aber man noch keine befriedigende Lösung des effektiven Einsatzes der Eisenbahnwaggons und der Festlegung kürzester Fahrtrouten zwischen Zeche und Verbraucher gefunden hatte. Dies geschah durch die Verordnung über den Kohlentransport vom 10. September 1917. Kern der Verordnung war die Aufteilung Englands und Schottlands in 20 Produktionsgebiete. Jedem dieser Gebiete waren mehrere Absatz- bzw. Verbraucherbezirke dergestalt zugeordnet, daß Kreuzläufe vermieden und das Hin und Her der Kohle beendet wurde. Diese Regelung, vom "Controller of the Coal Mines" überwacht und weitgehend von den elf "District Committees" realisiert, führte zu einer beträchtlichen Entlastung der Eisenbahnen und bewährte sich vollauf.

Ein Zuteilungsverfahren für Hausbrandkohle wurde in Großbritannien erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 eingeführt, nachdem allerdings für London Anfang 1917 eine Art Limit pro Haushalt festgelegt worden war. Keine dieser Maßnahmen stellte eine mit deutschen Verhältnissen vergleichbare Rationierung im eigentlichen Sinne des Wortes dar. Darüber hinaus bleibt festzustellen, daß die Bewirtschaftung von Kohle für Zwecke der Rüstungsproduktion und Kriegführung (Industrie und Flotte) weit weniger streng als für andere Rohstoffe erfolgte.

Ein besonders strenges Bewirtschaftungsverfahren wurde hingegen für Chemikalien, die der Sprengstoffherstellung dienten, entwickelt. Dies galt besonders für



Die Strafbestimmungen des Rüstungsgesetzes sahen vor, daß Verstöße gegen seine Durchführung nicht von der ordentlichen Gerichtsbarkeit, sondern von eigens dafür geschaffenen Militärgerichten behandelt werden sollten. Zu diesem Zweck wurde Großbritannien in zehn Gerichtsbezirke eingeteilt - sieben in England, einer in Schottland und zwei in Irland - und für jeden dieser Bezirke ein "General Munitions Tribunal" vorgesehen. Die Bezirke waren in Distrikte mit je einem "Local Munitions Tribunal" unterteilt.

Unmittelbar nach Verkündung des Rüstungsgesetzes wurden diese Gerichte gebildet. Jeder Gerichtshof setzte sich aus einem vom Minister ernannten Vorsitzenden und der jeweils gleichen Zahl von Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern zusammen. Die Vorsitzenden der "General Munitions Tribunals" waren im allgemeinen Anwälte, die der lokalen Gerichte waren meist identisch mit den Vorsitzenden der bereits vorhandenen Schiedskammern für Arbeitsstreitigkeiten. Ernste und schwerwiegende Vergehen fielen in die Kompetenz der Bezirksgerichte, während sich die lokalen Gerichte mit geringfügigen Verstößen zu befassen hatten. Wie die Praxis zeigte, hatten sich die lokalen Gerichte meist mit Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern über die Ausstellung von "leaving certificates" zu beschäftigen.<sup>48</sup>

Streikende Arbeiter sahen sich einer doppelten Drohung gegenüber: Sie konnten nach den entsprechenden Paragraphen des Reichsverteidigungsgesetzes wegen Sabotage der Kriegführung zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden oder - nach den milderen Bestimmungen des Rüstungsgesetzes - zur Höchststrafe von drei Monaten Haft mit Zwangsarbeit. Es erwies sich indessen, daß keines der beiden Gesetze zur Unterdrückung von Massenstreiks geeignet war; weder in den Bergwerken von Wales noch in den Schiffswerften am Clyde war es möglich, geschweige denn opportun, Tausende von Streikenden festzunehmen. Als die Streikbewegung mit Beginn des Jahres 1917 - insbesondere nach der russischen Februarrevolution - wieder zunahm, glaubten die Behörden, mit der Verhaftung von sogenannten "Rädelsführern" einen Ausweg gefunden zu haben. Da die Festnahme von Shop Stewards lediglich zu Massenprotesten und Solidaritätsstreiks führte und die Arbeitskämpfe so neue Impulse erhielten, entschloß sich das Kabinett Lloyd George zu einer neuen Strategie. Deren Ziel war nicht mehr nur die Erhaltung des "Arbeitsfriedens" für die Dauer des Krieges, sondern die langfristige Integration der industriellen Basis in das kapitalistische System, um die Gefährdung dieses Systems durch den Klassenkampf der Arbeiterklasse auszuschließen. Zur Erreichung dieses Ziels war die Neutralisierung der Shop Stewards und der Arbeiterkomitees unbedingt erforderlich. Das geeignete Verfahren hierfür glaubte die Regierung in den Empfehlungen der Whitley-Kommission gefunden zu haben, welche, 1916 unter der Leitung des prominenten liberalen Unterhausmitgliedes John Whitley eingesetzt, am 8. März 1917 ihren ersten Bericht vorlegte.<sup>49</sup>

Die Whitley-Kommission, die den Auftrag erhalten hatte, die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu untersuchen und Vorstellungen für die langfristige Gestaltung dieser Beziehungen zu entwickeln, schlug die Schaffung eines dreistufig aufgebauten (also lokalen, regionalen und zentralen) Industrie-Rätesystems vor. Diese "Joint Industrial Councils" (JIC) sollten durch den freiwilligen paritätischen Zusammenschluß von Vertretern der Industrie und der Arbeiterorganisationen entstehen, sich ihre eigene Verfassung geben und die Idee der "Arbeitsgemeinschaft" von Unternehmern und Arbeitern realisieren.

48 Vgl. Statuten und Verfahrensvorschriften in Munitions Tribunal (Provisional) Rules, 1915, in: British Industrial Experience, Bd. 1, T. II, S. 534 - 539.

49 Interim Report Joint Standing Industrial Councils, in: P. P., Bd. 18, London 1917/18 (Cd. 8606).



Die Regierung hatte den ersten Whitley-Bericht am 7. Juni 1917 zustimmend zur Kenntnis genommen und Arbeitsminister Hodge (Labour) angewiesen, ihn zu verbreiten. Daraufhin wurde das Papier 184 Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden, den Dachorganisationen der Gewerkschaften, 107 Unternehmerverbänden und der "Federation of British Industries" zugestellt. Nachdem das Projekt die nahezu einmütige Zustimmung aller Adressaten gefunden hatte, beschloß das Kabinett im Oktober desselben Jahres seine offizielle Aufnahme und beauftragte das Arbeitsministerium, in allen Industriezweigen mit der Bildung von JIC zu beginnen.<sup>50</sup>

Ministerien für Arbeit, Rüstung und Wiederaufbau vereinten unter nicht genau abgegrenzten Kompetenzen ihre Kräfte, um in großer Eile und mit großem Aufwand in möglichst kurzer Zeit so viele JIC wie irgend möglich zu bilden. Seit Ende 1917 lag die Federführung für die Realisierung des Projektes offenbar beim Ministerium für Wiederaufbau, dessen Chef, Dr. Christopher Addison, ein besonders entschiedener Vertreter des "Whitleyism" war und der das sozialreformistische Programm Lloyd Georges sogar dann noch vertrat, als sein Premierminister und ehemaliger politischer Kampfgefährte längst davon abgerückt war.

Aus dem Bericht des Kriegskabinetts für 1918 geht hervor, daß bis Ende des Jahres in 19 Zweigen der Leichtindustrie mit insgesamt 1,8 Millionen Arbeitern JIC gebildet worden waren und erste Sitzungen stattgefunden hatten. In weiteren 17 Branchen (Lederwaren, Kabel, Elektroenergie, Fern- und Nahverkehr, Druck und Papier, Textilindustrie und mehreren kommunalen Versorgungszweigen) mit etwa 1 Million Arbeitern war die Bildung von JIC im Gange.

Diese Entwicklung stellte einen Erfolg für Regierung und Gewerkschaftsführung dar. Letztere hatte das Projekt zunächst mit Mißtrauen beurteilt, denn sie befürchtete von seiner Realisierung eine Schwächung oder sogar Auflösung ihres Apparates und seine Ersetzung durch die neuen Strukturen der JIC. Diese Bedenken verschwanden indessen sehr schnell, und bald waren Gewerkschaftsführer wie Henderson, Anthony Greenwood und I. Thomas die eifrigsten Befürworter des Whitley-Planes. Die Bildung der JIC ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Einerseits leisteten die Shop Stewards Widerstand. Sie betrachteten alle Pläne der Regierung mit berechtigtem Mißtrauen und verdächtigten insbesondere die Urheber des Whitley-Planes des Betrugs an der Arbeiterklasse, eine Befürchtung, die sich als absolut zutreffend erwies. Addison und die Labour- bzw. Gewerkschaftsführer reisten seit Anfang 1918 wochenlang durch England, Wales und Schottland und warben auf zahllosen Veranstaltungen für "Whitleyism" - nicht ohne Erfolg, soweit es Leichtindustrie, Dienstleistungsgewerbe und kommunale bzw. staatliche Betriebe betraf. Schiffbau, Baumwollindustrie, Kohlenbergbau, Eisen- und Stahl, Maschinenbau und Eisenbahnen indessen gehörten andererseits noch Ende 1918 zu den Industriezweigen, in denen die Bildung von JIC am Widerstand der klassen- und kampfbewußten Betriebsvertrauensleute scheiterte. Addison und seine Ministerkollegen hatten sich allerdings rechtzeitig auf diesen vorhersehbaren Sachverhalt eingestellt und reagierten insofern flexibel, als sie gewissermaßen Vor- und Übergangsformen der JIC entwickelten oder bereits vorhandene Arbeiterausschüsse im Sinne des "Whitleyism" umzufunktionieren versuchten: So entstanden im Schiffbau usw. sogenannte Ausschüsse für den industriellen Wiederaufbau ("Interim Industrial Reconstruction Committees" oder "Provisional Drafting Committees"), ebenfalls paritätisch

<sup>50</sup> Siehe Johnson, Paul Barton, Land fit for Heroes. The Planning of British Reconstruction 1916 - 1919, Chicago 1968, S. 53.

zusammengesetzte Ausschüsse, von denen angenommen wurde, daß sie sich zu JIC entwickeln würden.<sup>51</sup>

Von Differenzen zwischen Regierung und Unternehmern bei der Planung und Realisierung der JIC ist nichts bekannt. Im Gegenteil: die Unternehmerseite war in der Whitley-Kommission vertreten und hatte maßgeblichen Anteil an deren Empfehlungen. Nachdem im Januar 1918 unter persönlichem Engagement von Addison das erste JIC in der Tonwaren- und Steingutindustrie gebildet worden war, trafen der Arbeits-, der Handels- und der Wiederaufbauminister im gleichen Monat mit den einflußreichsten britischen Industriellen und Bankiers zusammen, die als die Vertreter der Federation of British Industries (FBI) und des Verbandes der Handelskammern erschienen waren. Auf diesem Treffen wurde, was nicht überrascht, vollständige Übereinstimmung erzielt; auch die Unternehmerseite hielt den beschleunigten Aufbau der JIC für dringend erforderlich.<sup>52</sup> Die Gründe für dieses starke Interesse lagen auf der Hand: Geldentwertung (die Kriegskosten pro Tag waren im Winter 1917/18 auf 6,6 Millionen Pfund pro Tag gestiegen, die Lebenshaltungskosten auf 185 Prozent im Vergleich mit dem 1. Juli 1914), Versorgungsschwierigkeiten und die enormen Kriegsgewinne der Industrie hatten an der Jahreswende zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Konflikte, zu ausgedehnten Streiks und zu Meutereien in der Flotte und im Heer geführt.<sup>53</sup>

Angesichts dieser Lage - die Zahl der Streiks war von 319 im Jahre 1915 auf 1 274 im Jahre 1916 und 2 414 im Jahre 1917 gestiegen - entschloß sich das Kabinett, bei der Neufassung des Rüstungsgesetzes einige seiner Bestimmungen über Streiks und Arbeitsplatzwechsel zu mildern und mit aller Energie die Schaffung von JIC voranzutreiben.

Standardisierte Massenproduktion, gesicherter Absatz, Kooperationsbeziehungen innerhalb der einzelnen Branchen und ein staatlich garantierter Profit von 20 Prozent über dem des Prosperitätsjahres 1913 waren Faktoren, die nicht ohne Einfluß auf die Konzentration der Produktion und des Kapitals bleiben konnten. Wie aus entsprechenden Memoranden von Regierungsressorts hervorgeht, betrachteten diese es als besonders effektiv, mit Firmenverbänden anstelle von einzelnen Firmen zu verhandeln, zumal häufig der Ankauf, die Bewirtschaftung, die Verteilung und die Verarbeitung von Rohstoffen an solche Verbände delegiert worden waren. Im amtlichen "Report of the Committee on Trusts" aus dem Jahre 1918 wird bestätigt, was interessierten Zeitgenossen im Verlaufe des Krieges aufgefallen war: "Es liegen genügend Beweise dafür vor, daß sich Größe und Einfluß von Firmenzusammenschlüssen durch den Krieg beträchtlich erhöht hat." Der Bericht verweist sodann auf das Rüstungsministerium und dessen Zusammenarbeit mit über hundert großen Syndikaten oder Konzernen. Die entsprechenden Erfahrungen des Ministeriums "seien in einem sehr weiten Umfang für die Regierung befriedigend gewesen. Gerade für Kriegszwecke habe sich die Existenz solcher Firmenzusammenschlüsse als sehr vorteilhaft erwiesen." Allerdings habe es auch Hinweise gegeben, daß solche Firmenzusammenschlüsse Preiserhöhungen verursacht und daß Vereinbarungen, die angeblich der

51 Ebenda, S. 156 ff. - Siehe eine detaillierte Schilderung der Frühphase des "Whitleyism" und der J I C bei Seymour, John B., The Whitley council scheme, London 1932, und der Entwicklung bis 1950 bei Grove, John W., a. a. O., S. 367 ff. - Das außerordentlich umfangreiche zeitgenössische Schrifttum über die J I C ist bei Seymour verzeichnet.

52 Seymour, John B., a. a. O., S. 164.

53 Siehe zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten Englander, David/Osborne, James, Jack, Tommy and Henry Dubb: the Armed Forces and the Working Class, in: The Historical Journal, Nr. 3/1978, S. 793 - 621.

Preiskontrolle dienen, tatsächlich zu exzessiven Preiserhöhungen geführt hätten.<sup>54</sup> Alles in allem jedoch sahen die Vertreter des Rüstungsministeriums in der Konzentration der Produktion nur Vorteile; darunter die schnellere Anwendung technischen Wissens und neuer Technologien. In einer umfangreichen Spezialstudie, die als Anhang zum erwähnten Untersuchungsbericht veröffentlicht wurde, weist deren Verfasser auf zwei weitere Umstände hin, die den Monopolisierungsprozeß während des Krieges begünstigten.<sup>55</sup> In beiden Fällen lieferte die Regierung dazu die Möglichkeiten. Die eine ergab sich aus den Bestimmungen der Gewinnabschöpfungssteuer (Excess Profits Tax), eines Gesetzes, das - in Verbindung mit dem Rüstungsgesetz erlassen - die Unternehmer verpflichtete, alle Betriebsgewinne an die Staatskasse abzuführen, welche die des Stichtages 1913 um mehr als 20 Prozent übertrafen. Wie bereits an anderer Stelle vermerkt, überschritten viele Firmen bzw. Firmengruppen diese ohnehin reichlich bemessene staatlich garantierte Gewinnspanne. Anstatt den Überschuß an den Staat abzuführen, machten sie sich daraus ein indirektes Steuergeschenk und kauften in großem Umfang Klein- und Mittelbetriebe mit diesen Geldern auf, auch und gerade wenn diese Betriebe bis dahin unrentabel gearbeitet hatten.

Zum anderen kam es vor, daß Firmen der gleichen Branche vom Rüstungs- oder Kriegsministerium - also den größten Abnehmern - direkt aufgefordert wurden, sich zusammenzuschließen, um für die Dauer des Krieges effektiver produzieren zu können. Es liegt auf der Hand, daß, wie im "Report of the Committee on Trusts" hervorgehoben wurde, solche "associations" bzw. "combinations" den Krieg nicht nur überdauerten, sondern auch die Nachkriegszeit. Die Spezifik des Monopolisierungsprozesses in der britischen Industrie zu untersuchen kann nicht innerhalb der vorliegenden Studie erfolgen. Immerhin sei hier festgehalten, daß einige ihrer Eigentümlichkeiten, die im Vergleich mit Deutschland oder den USA vor 1914 auffallen, durch die geradezu rasante Entwicklung während des Krieges zwar nicht vollständig, aber weitgehend ausgeglichen wurden.<sup>56</sup>

Im vorerwähnten Zusammenhang liegt die Frage nahe, ob, wie und in welchem Umfang der britische Staat während des ersten Weltkrieges selbst als Unternehmer auftrat. Hier müssen vier Formen solcher Tätigkeit unterschieden werden. Erstens waren die am engsten mit Kriegswirtschaft bzw. Kriegführung verbundenen Ministerien insofern unternehmerisch tätig, als sie Rohstoffe ohne die Einschaltung privater Firmen einkauften und an die Verarbeitungsbetriebe weiterleiteten. Zweitens vergrößerte sich während des Krieges die Zahl der staatseigenen Betriebe ganz außerordentlich. Hatte es 1914 nur vier staatliche Rüstungsbetriebe gegeben - der bekannteste war das Arsenal von Woolwich -, so stieg ihre Zahl bis 1918 auf 218 an. Hier handelte es sich also um Betriebe, die vom Staat errichtet worden waren und betrieben wurden. Dabei ist zu unterscheiden, das drittens im Verlaufe des Krieges die "Inbesitznahme" der Eisenbahnen (1914), eines großen Teils der Handelsschifffahrt (1916), der Kohlenbergwerke (1916/17) und der Mühlenbetriebe (1917) erfolgte. Obwohl in der entsprechenden Durchführungsbestimmung des Reichsverteidigungsgesetzes tatsächlich davon die Rede ist, daß diese in den Besitz der Regierung übergehen, fand eine wirkliche Inbesitznahme nicht statt. Die Betriebe oder Schiffe blieben im Besitz ihrer Eigentümer, jedoch wurde dem gesamten jeweiligen Industriezweig ein staatlicher "controller" übergeordnet, der freilich das Recht hatte, die Leitung einzelner Betriebe selbst zu übernehmen, wovon jedoch, soweit bekannt, nie Gebrauch gemacht wurde. Die "controllers" waren ihrerseits ausschließlich führende Industrielle der jeweiligen Branche. Für die auf diese Weise "in Besitz genom-

54 Ministry of Reconstruction. Report of the Committee on Trusts, in: P. P., Bd. 13, London 1918 (Cd. 9236).

55 Hilton, John, A Study of Trade Organisations and Combinations in the United Kingdom; in: ebenda, S. 15.

56 Committee on commercial and industrial policy after the war. Final Report, in: P. P., Bd. 13, London 1918 (Cd. 9035 u. 9070).

menen" Betriebe galt eine Gewinngarantie: Jeder Unternehmer hatte Anspruch auf einen "standard profit", dessen Höhe er entsprechend dem Gewinn eines der drei besten Vorkriegsjahre selbst festlegen konnte. Dieser Grundgewinn wurde vom Staat auch dann garantiert und bezahlt, wenn ihn der Betrieb gar nicht erreichte.

Aber die staatliche Fürsorge ging darüber noch hinaus. Erzielte der Betrieb einen höheren als den Grundgewinn, so mußten 80 Prozent dieses Betrages an das Schatzamt abgeführt werden, während 5 Prozent den Unternehmern direkt als "Sondergewinn" und 15 Prozent indirekt wieder zufließen.

Der mit der Über- oder Inbesitznahme von Industriezweigen geschaffene ökonomische Zustand kam einer Außerkräftsetzung der Kategorien Lohn, Preis und Profitrisiko zugunsten der Kapitalisten gleich.

Es sollte beachtet werden, daß der zur formellen "Inbesitznahme" führende Prozeß in jedem Industrie- bzw. Wirtschaftszweig sehr unterschiedlich verlief und entsprechend der ökonomisch-technologischen Spezifik jedes Zweiges auch durchaus unterschiedliche Resultate hatte. Am schnellsten und am einfachsten verlief dieser Prozeß bei den Eisenbahnen; sie wurden durch eine der ersten kriegsbedingten Maßnahmen buchstäblich wenige Stunden nach Kriegsausbruch staatlicher Kontrolle unterstellt und förmlich "enteignet", ohne daß sich in bezug auf Management und Besitztitel wesentliche Veränderungen ergaben. Insofern kann hinsichtlich der Eisenbahnen von einem wirklichen Prozeß gar keine Rede sein. Ganz anders verhielt es sich bei der Handelsschifffahrt. Im Gegensatz zu Eisenbahnen oder Kohlengruben wirkten auf sie internationale, interalliierte, geographische und natürlich militärische Faktoren in den einzelnen Phasen des Krieges zwar in unterschiedlicher Richtung, aber doch immer gleich stark ein. Die Handelsschifffahrt nahm angesichts der insularen Lage Großbritanniens einen immens größeren militärisch-ökonomischen Stellenwert ein als das Transportmittel Eisenbahn. Außerdem besaß sie im Vergleich mit dieser den Charakter eines höchst komplizierten Systems, dessen Struktur durch die dauernde Wechselwirkung der verschiedensten Elemente gekennzeichnet war.

Weder Bergwerke noch Eisenbahnen wurden durch U-Boote bedroht, und ihre Integration in die Bedürfnisse der Kriegführung bedurfte keiner interalliierten Vereinbarungen. Die Handelsschifffahrt hingegen war in besonderem Maße verletzlich. Auch stellte sie eben nicht nur einen kriegswirtschaftlich besonders wichtigen Bereich dar, sondern war schlicht der Lebensnerv des britischen Imperialismus und seines Empires. Traf dies schon in Friedenszeiten zu, so erst recht im Kriege.

Angesichts dieser Tatsache könnte es verwundern, daß der Prozeß, der mit der totalen Kontrolle der Handelsschifffahrt endete, so kompliziert und langwierig verlief, also ganz anders als bei den Eisenbahnen. Er führte von einem Rückgang des Seeverkehrs und der Frachtraten über eine Kriegsrisikoversicherung, einen unerhörten Fracht-Boom, die Erprobung verschiedener zentraler Requisitions- und Kontrollbehörden sowie entsprechender Verfahren zur Schaffung eines Schifffahrtsministeriums (Dezember 1916), das die Verteilung der immer knapper werdenden Tonnage unter der Leitung des Glasgower Großreeders Sir Joseph Maclay vornahm. Darauf folgte die Ersetzung der partiellen durch die totale Requisition oder "Inbesitznahme" der gesamten Handelsflotte und schließlich 1917 die Bildung des "Allied Maritime Transport Council" (AMTC). Der AMTC erweiterte seine Kontrolle so weit, daß Anfang 1918 ohne seine Lizenz oder Anweisung kein alliiertes Handelsschiff auf irgendeinem Meer der Welt unterwegs war.

Die Gründe für die Kompliziertheit des hier nur angedeuteten Prozesses wurden schon genannt: Auf ein sehr komplexes System wirkten zahlreiche Faktoren, deren Größe sich mit dem Fortgang des Krieges ständig veränderte. Es sei hier nur an die Tatsache erinnert, daß sich die alliierten Verluste an Schiffsraum von Januar bis April 1917 auf 800 000 BRT verdoppelt hatten. Diese Ver-



senkungsrate hätte genügt, um die britischen Inseln innerhalb eines halben Jahres buchstäblich auszuhungern.

Was an anderer Stelle über die Konzentrationsbewegung und Profitentwicklung gesagt wurde, galt für Schifffahrt und Schiffbau in ganz besonderem Maße. Analog zur Entwicklung im britischen Bankwesen, wo sich bis 1918 die großen Fünf zusammengeschlossen hatten (Barclays, Lloyds, Midland, Westminster, National Provincial), verschwanden im Verlaufe des Krieges die Namen vieler bekannter Reedereien aus Lloyd's Register und fielen der außerordentlich stürmischen Expansion der großen Fünf der Schifffahrt zum Opfer, also den Konzerngruppen P & O, Royal Mail, Furness Withy, Ellerman und Cunard.

Die Kriegsprofite der Reedereien werden in den entsprechenden Quellen zwar unterschiedlich angegeben, aber selbst daraus geht hervor, daß sie wahrscheinlich nur noch von denen der Waffen- und Munitionsindustrie übertroffen wurden. Dies traf naturgemäß ganz besonders für die Frachtschifffahrt zu. Hier erreichten die Dividenden eine Höhe, die zwischen 25 und 35 Prozent des Aktienkapitals lag. Einige Gesellschaften zahlten sogar 50 Prozent des eingezahlten Kapitals als Gewinn aus. Abgesehen vom kriegsbedingten Fracht-Boom trug zur Erreichung dieser beispiellosen Profite eine Gesetzgebung bei, die es den Reedereien ermöglichte, den Buchwert ihrer Schiffe fast bis auf den Schrottpreis abzuschreiben und damit natürlich enorme Steuervorteile zu erlangen.<sup>57</sup>

Eine weitere und vierte Form unternehmerischer Aktivität des Staates, die in Großbritannien erst im Zusammenhang mit den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen zwischen 1914 und 1918 Bedeutung gewann, war die direkte finanzielle bzw. aktienmäßige Beteiligung des Staates an privaten Gesellschaften. Derartige Operationen waren in den Jahrzehnten vor Kriegsbeginn außerordentlich selten und erfolgten ausnahmslos nur dann, wenn nationale Interessen auf dem Spiel standen. Das war beim Erwerb der Suezkanal-Aktien der Fall und wiederum im Sommer 1914, als die britische Regierung wenige Wochen vor Kriegsausbruch die Aktienmehrheit der Anglo-Persian Oil Company erwarb. Dazu kamen vor Kriegsbeginn Subventionen für die Cunard-Reederei und die Marconi-Gesellschaft. Hier handelte es sich jedoch nicht um Investitionen im präzisen Wortsinne, sondern um Regierungszuschüsse für den Ausbau strategisch wichtiger Verbindungen.

Staatliche Investitionen blieben auch während des Krieges eine Ausnahme. Zunächst sind zu nennen die staatlichen Beteiligungen in der British America Nickel Corporation of Canada (629 618 Pfund), in drei Schiffswerften (656 250 Pfund) und im Februar 1918 in der zum gleichen Zeitpunkt gegründeten Commercial Bank of Siberia. Den Umfang dieser Operation, die vom Auswärtigen Amt ausging (1 198 371 Pfund), und ihr Datum sollte man im Zusammenhang mit der Entscheidung der Ententemächte sehen, die Sowjetmacht in Rußland zu stürzen (November 1917), mit der Landung britischer Truppen in Murmansk im März 1918 und dem darauffolgenden vorübergehenden Sturz der Sowjetmacht im größten Teil Sibiriens.<sup>58</sup>

57 Vgl. zur Entwicklung der britischen Handelsschifffahrt im Kriege Fayle, C. Ernest, The War and the Shipping Industry, London 1927, S. 33 f. = Publication of the Carnegie Endowment for International Peace. Division of Economics and History: Economic and Social History of the World War. - Andrew Bonar Law, seinerzeit Schatzkanzler und Führer der Konservativen im Unterhaus, beschrieb dort am 2. 5. 1917 den Schock, den er angeblich darüber empfunden habe, daß seine Reederei-Aktien im Nominalwert von 8 110 Pfund innerhalb zweier Jahre einen Gewinn von 7 471 Pfund erbrachten. Das entsprach einer jährlichen Dividende von 46 %. (Siehe Armitage, Susan M. H., a. a. O., S. 22, sowie Marwick, Arthur, a. a. O., S. 124.)

58 Vgl. Government Investments in Registered Companies, in: P. P., Bd. 27, London 1920 (Cd. 594).

Besonderes Interesse verdient das staatliche Engagement in der Farbenchemie. Hierzu muß man wissen, daß Großbritannien zwar eine Pionierrolle auf vielen Gebieten von Naturwissenschaft und Technik gespielt hatte (Maschinenbau, Werkzeugmaschinenbau, Stahlherstellung, Elektrotechnik), aber in der technologisch-industriellen Anwendung vieler Erfindungen seit der Jahrhundertwende hinter den USA und Deutschland zurückgeblieben war. Das galt uneingeschränkt auch für die Produktion synthetischer Farbstoffe. So hatte der Engländer William H. Perkin 1856 erstmals eine Anilinfarbe hergestellt. 1913 jedoch betrug der Anteil Großbritanniens an der Erzeugung synthetischer Farben nur 11 Prozent gegenüber 34 Prozent der USA und 24 Prozent Deutschlands. Der deutsche Export war doppelt so hoch wie der britische, und - was noch schwerer wog - Großbritannien selbst bezog im selben Jahr 90 Prozent seines Bedarfs an synthetischen Farbstoffen aus Deutschland, ein Umstand, der nach Kriegsausbruch sofort zu einer prekären Situation in der britischen Industrie führte.<sup>59</sup> Die Regierung Asquith reagierte jedoch unverzüglich und ließ schon am 14. November 1914 mitteilen, sie begünstige die Gründung einer großen Gesellschaft zur Herstellung von Farbstoffen mit staatlicher Beteiligung und Kapitalgarantie. Verhandlungen mit der Industrie folgten unmittelbar. Deren Vertreter stimmten auf einer Konferenz am 9. Dezember einmütig diesem Vorschlag zu. Bereits am 18. Dezember kündigte die Regierung an, sie sei bereit, sich an der neuen Gesellschaft in Form einer Anleihe von 1,5 Millionen Pfund zu beteiligen. Im März des darauffolgenden Jahres wurde dann die British Dyes Company, Ltd. gegründet, und zwar mit der ausdrücklichen Festlegung, daß allein diese Gesellschaft in Großbritannien Farbstoffe und verwandte Chemieerzeugnisse produziert und zu diesem Zweck staatliche Unterstützung erhält. Die Entwicklung in den folgenden Jahren war von der Realisierung dieses Programms gekennzeichnet. British Dyes erwarb nach und nach die bereits vorhandenen Farbenchemie-Firmen, im Handelsministerium wurde eine Hauptabteilung für Farbenchemie geschaffen, und am 6. Juni 1918 gab die Firmenleitung die Höhe der Jahresproduktion mit 25 000 Tonnen an, was eine knappe Verzwanzigfachung gegenüber 1913 bedeutete. Eine Woche später gaben Regierung und British Dyes gemeinsam bekannt, daß der Fusionsprozeß fortschreite, das finanzielle Engagement des Staates erweitert werde und daß Zusagen des Kabinetts vorlägen, die Produktion synthetischer Farben durch ein auf zehn Jahre befristetes Importverbot gegen ausländische Konkurrenz zu schützen. Der Fusionsprozeß kam im Mai 1919 zu einem vorläufigen Abschluß: Der neue Großkonzern wurde unter der Bezeichnung British Dyestuff Corporation in das Register der Aktiengesellschaften aufgenommen. Sein Kapital betrug zu diesem Zeitpunkt 6 Millionen Pfund.

Die Gründung und Entwicklung des britischen Farbenchemie-Konzerns waren Vorgänge, deren Bedeutung weit über den Rahmen der Kriegswirtschaft hinausgeht. Kriegsbedingte Bedürfnisse deckten sich hier mit der langfristigen Zielsetzung des britischen Imperialismus, namentlich die deutsche Konkurrenz durch die Förderung strukturbestimmender Industriezweige im Inland sowie einen Handels- und Zollkrieg zu schwächen. Die entsprechenden Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz der Alliierten von 1916 waren maßgeblich von britischer Seite inspiriert. Hier lagen die wesentlichen Ursachen des ungewöhnlich starken Engagements aller britischen Kriegskabinette für die Farbstoffchemie, dessen Bedeutung sich wie folgt umreißen läßt: Staat und privates Kapital gingen bei der Schaffung eines kriegs- und außenwirtschaftlich bedeutenden Industriesektors gemeinsam vor. Dem Chemiesektor kam unter den "neuen" Industriezweigen, die sich in Großbritannien verspätet entwickelten - die "alten" Industrien (Textil, Eisen, Stahl, Kohle, Maschinenbau) hatten ein Jahrhundert lang eine hinreichende Grundlage für den britischen Export abgegeben -, neben der Elektroindustrie, dem Fahrzeug- und Motorenbau, der optischen und foto-

<sup>59</sup> Hobsbawm, Eric J., a. a. O., Bd. 2, S. 15.

technischen Industrie eine Leitfunktion zu. Dem gemeinsamen Vorgehen von Staat und Kapital lag von Anfang an die Absicht zugrunde, dem britischen Farbenchemie-Konzern in der Nachkriegszeit eine Monopolstellung im Inland zu verschaffen und ihn durch Einfuhrverbote bzw. Zollschutz gegen die Auslandskonkurrenz zu schützen. Diese Entwicklung endete mit dem Zusammenschluß der British Dyestuff Corporation mit den Chemiegroßfirmen Brunner, Mond & Co. und United Alkali sowie Nobel Industries (1926).

Aus dieser Fusion ging Imperial Chemical Industries (ICI) hervor, einer der bedeutendsten britischen Konzerne. In Deutschland hatte die vergleichbare Entwicklung wesentlich früher begonnen und schon 1904 zur Bildung einer Interessengemeinschaft von BASF, Bayer und Agfa geführt, die sich unter Anschluß weiterer Firmen (1916) zum größten deutschen Industrie-Konzern entwickelte, der seine endgültige Struktur mit Gründung der IG Farbenindustrie AG erhielt (1925).

Als das Kernproblem der britischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert bezeichnete Eric Hobsbawm den plötzlichen Wechsel von der führenden, dynamischen Industriewirtschaft zur trägsten und konservativsten innerhalb von dreißig oder vierzig Jahren (1860 bis 1890/1900). Dies hing gewiß mit der Dialektik von "early start" und "late arrival" bzw. der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder zusammen. Ohne auf richtige und falsche Interpretation dieses Zurückbleibens hier einzugehen - es gibt ökonomische, soziologische und psychologische Erklärungsversuche -, ein besonders wichtiges Element dieser Rückständigkeit war das außerordentlich niedrige Niveau der technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung an Schulen und Universitäten. Geringerschätzung des Fachmannes und Hochachtung für den ausschließlich mit gesunden Menschenverstand ausgestatteten Amateur - eine Erscheinung, die häufig Forschungsgegenstand von britischen Soziologen war - sowie eine kritiklose Anbetung des Bildungsideals der Public-Schools - klassische Literatur und Sport - waren ein Massenphänomen unter den Angehörigen von Mittelstand und Oberschicht. Technische Hochschulen wie in Deutschland gab es in Großbritannien vor dem ersten Weltkrieg nicht. Die angewandte und Grundlagenforschung führte an den Universitäten ein kümmerliches Dasein und existierte in der Industrie überhaupt nicht. Es gab hervorragende wissenschaftliche Einzelleistungen und private Forschungslabors, aber weder diese noch jene änderten etwas an der Tatsache, daß in Deutschland jährlich allein 3 000 Ingenieure ausgebildet wurden, während Großbritannien auf allen Gebieten der Naturwissenschaften, Technik und Mathematik 350 Universitätsabsolventen pro Jahr hervorbrachte.<sup>60</sup>

Mit der im Jahre 1900 erfolgten Gründung des National Physical Laboratory in Teddington war nur ein sehr kleiner Schritt getan und die allgemeine Vernachlässigung der angewandten und Grundlagenforschung nicht beendet. Es war der Krieg, der eine vollständige Wende herbeiführte und der überhaupt den Beginn der modernen Industrieforschung in Großbritannien markierte. Wenige Wochen nach Bildung des Rüstungsministeriums wurde ein zentraler Ausschuß für Grundlagen- und Industrieforschung (Committee for Scientific and Industrial Research) gegründet, der direkt dem Kabinett unterstand; im Dezember 1916 entstand daraus - im Range einem Ministerium gleich - das "Department of Scientific and Industrial Research" (DSIR).<sup>61</sup> Der Stab des neuen Ressorts

<sup>60</sup> Ebenda, S. 13 ff.

<sup>61</sup> Das Folgende nach: Report of the Committee of the Privy Council for Scientific and Industrial Research for the Year 1918 - 19, in: P. P., Bd. 29, London 1919 (Cd. 320). - Vgl. ferner Final Report of the Committee on Commercial and Industrial Policy after the War, in: P. P., Bd. 13, London 1918 (Cd. 9035). - Das starke Engagement des Kriegskabinetts für die Entwicklung der Farbstoffindustrie geht hervor aus: Memorandum on Dye Industry Development, in: P. P., Bd. 22, London 1918 (Cd. 673).

ging mit außerordentlicher Energie und großem Tempo an die Lösung der wichtigsten Aufgaben: Ausbau der Grundlagenforschung auf ausgewählten Schwerpunktgebieten, schnellste Überführung von Forschungsergebnissen in die (Rüstungs-) industrielle Fertigung und insbesondere Aufbau der Industrieforschung selbst. Zur Erreichung dieser Ziele wurden zwei Hauptwege eingeschlagen: erstens Zusammenarbeit mit der Industrie zwecks Bildung von "Industrial Research Associations" auf der Basis von Industriezweigen und zweitens Aufbau von staatlichen Forschungszentren, -gruppen und -laboratorien und Überwachung der vorhandenen Einrichtungen dieser Art.

Aus den Jahresberichten des DSIR während des Krieges geht dreierlei klar hervor:

1. Das DSIR konzentrierte seine Tätigkeit auf die neuen Schlüsselindustrien und die Erforschung von neuen Werkstoffen.
2. Die kurzfristige Entwicklungsarbeit auf militärischem Gebiet (Geräte zur U-Boot- und Minenabwehr und Ausrüstungen für den Flug in großen Höhen) war mit langfristigen Forschungsprogrammen sinnvoll kombiniert.
3. Nachdem das DSIR die Koordinierung aller Forschungseinrichtungen und Forschungsprogramme auf naturwissenschaftlich-technologischem Gebiet einschließlich der Medizin übernommen hatte, wurde bis Kriegsende daraus ein Gesamtsystem geschaffen, welches bis in die Gegenwart Bestand hat.

Bei Kriegsende existierten neun "Industrial Research Associations", während 21 im Aufbau begriffen waren. Es war das Ziel des DSIR, 40 bis 50 solcher Industrieforschungsvereinigungen zu schaffen. Aus dem Forschungsetat des DSIR, der im Juli 1917 auf die beträchtliche Summe von 1 Million Pfund erhöht worden war, wurden die "Industrial Research Associations" gemeinsam mit den beteiligten Firmen finanziert. Besonders große Anstrengungen unternahm das DSIR, um dem empfindlichen Mangel an Wissenschaftlern und Forschern abzuhelfen. Dazu gehörte die Gewährung von Forschungsstipendien an junge Naturwissenschaftler. Die Versäumnisse der Vergangenheit waren jedoch so ernst, daß das Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses zwar etwas gemildert, aber bis in die sechziger Jahre nicht gelöst werden konnte.

Der Aufbau der staatlich gelenkten Industrie- und Grundlagenforschung im ersten Weltkrieg gehört zu jenen Entwicklungen in Großbritannien, die, von den Bedürfnissen der Kriegführung ausgelöst, in ganz besonderem Maße gesamtgesellschaftliche Bedeutung weit über die Kriegszeit hinaus erlangten.<sup>62</sup>

Die Schaffung effektiver Strukturen, Mechanismen und Verfahren für eine leistungsfähige Kriegswirtschaft war mit der Bildung des Rüstungsministeriums unter der überaus dynamischen Leitung Lloyd Georges nicht etwa abgeschlossen, sondern erst eingeleitet worden. Es bedurfte einer gewissen Anlaufzeit, bevor dieses System seine volle Funktionsfähigkeit erreichte. Einen Beschleunigungsfaktor besonderer Art stellte die Umbildung der Regierung am 7. Dezember 1916 dar.

Britische Historiker bezeichneten die Bildung des Kriegskabinetts Lloyd George als "Wendepunkt" oder "Wasserscheide" in der Kriegführung.<sup>63</sup> Die nunmehr erfolgende Mobilisierung aller wirtschaftlich-industriellen Ressourcen und ihre

62 Konservierungsstoffe für Lebensmittel, Lösungsmittel, Kugellager, Kfz-Zündungen, optische Gläser und synthetische Fasern waren einige der Produkte, deren Entwicklung und Erzeugung in Großbritannien erst durch die Bedürfnisse des Krieges in Gang kamen. So hat z. B. die Notwendigkeit, eine nicht-brennbare Außenhaut für Flugzeuge herzustellen, direkt zum Aufbau der Zellulose-Acetat-Industrie geführt. (Siehe Aldcroft, Derek H./Richardson, Harry W., *The British economy 1870 - 1939*, London 1969, S. 231 ff., sowie Marwick, Arthur, a. a. O., S. 229 ff.)

63 Siehe zu den Vorgängen um die Regierungsbildung u. a. Johnes, Thomas, Lloyd George, London 1951, S. 83 ff.



Konzentration auf die Erringung eines "Siegfriedens", die Realisierung eines völlig neuen Modus der Regierungsarbeit und der ungewöhnliche partei-politische Charakter des Kabinetts Lloyd George lassen solche Kennzeichnung berechtigt erscheinen.

Es seien nun jene Entwicklungen zusammengefaßt, die das Profil der britischen Kriegswirtschaft nach deren voller Ausprägung bestimmten und sich darüber hinaus teilweise gesamtgesellschaftlich auswirkten.

- Zwischen Staatsapparat und privater Wirtschaft entstanden institutionelle, funktionelle und personelle Verbindungen über Beiräte, Ausschüsse, Behörden und Verbände (1916 wird die Federation of British Industries gegründet, 1917 die National Union of Manufacturers, NUM) sowie durch die Kontrolle ("controlled establishments") und "Inbesitznahme" von Betrieben bzw. Wirtschaftszweigen.
- Staatliche Einrichtungen übernahmen Aufgaben des privaten Kapitals, während dieses Funktionen des Staates in bezug auf Rohstoffbewirtschaftung und Kriegsproduktion wahrnahm.
- Die staatliche Förderung der Konzentration von Industrie- und Bankkapital ging in Richtung auf die Entwicklung des Finanzkapitals vor sich.
- Der Staat wurde zum industriellen Unternehmer, indem er sich an privaten Betrieben beteiligte und selbst Betriebe errichtete.
- Es kam zur Integration der Gewerkschaftsführung in den staatlichen Machtapparat.
- Staat und Wirtschaft arbeiteten beim Aufbau eines staatlich gelenkten und gemeinsam finanzierten Systems der Industrie- und Grundlagenforschung eng zusammen.
- Der Arbeitsmarkt wurde staatlich reguliert.
- Der freiwillige Verzicht der Gewerkschaftsführung auf die Rechte ihrer Mitglieder bei der Entscheidung über die Arbeitsbedingungen, bei der Einstellung ihrer Mitglieder, bei der Regelung der Arbeitszeit bzw. der Überstunden und insbesondere die Zustimmung der Gewerkschaften zur Ersetzung von gelernten durch ungelernte Arbeiter und Frauen bewirkte einen außerordentlich folgenreichen Umschichtungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung. Davon wurde die industrielle Technologie ebenso beeinflusst wie das Frauenwahlrecht oder die Substanz sozialer Forderungen der Arbeiterklasse.
- Die Erweiterung der staatlichen Intervention und Regulierung, die von einer beispiellosen personellen Ausdehnung des Staatsapparates begleitet wurde (zwischen 1914 und 1919 hatte sich die Zahl der Regierungsbeamten nahezu verdoppelt), entsprach der Bildung neuer Ministerien für Rüstung, Schifffahrt, Ernährung, Arbeit, Luftfahrt, nationale Dienstverpflichtung und Wiederaufbau.
- Kriegführung und Kriegswirtschaft begünstigten in allen Bereichen der Volkswirtschaft und Verwaltung Tendenzen der Zentralisierung, der Organisation und der Rationalisierung, was sich vor allem auf die Herausbildung eines modernen industriellen Managements auswirkte.
- Im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft und der durch sie geförderten Konzentration der Produktion und des Kapitals setzte auch in Großbritannien die Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt ein. Der Staat wirkte dabei in wachsendem Maße - zunächst punktuell, später umfassend - auf den Reproduktionsprozeß ein, indem er dem privaten Kapital und insbesondere den Monopolen günstige Kapitalverwertungsbedingungen schaffte. Von finanziellen Starthilfen und mittelfristigen staatlichen Investitionen (Farbstoffe, optische Gläser, Wolframproduktion, NE-Metalle, Schiffbau, Erdöl, Exportbanken) ausgehend, entwickelte sich ein System der staatlichen Kredit-, Subventions- und Investitionspolitik.

Wie der Leser bemerken wird, sind die hier zusammengefaßten Entwicklungen und Prozesse zwar ausnahmslos durch Bedürfnisse der Kriegführung ausgelöst worden, kamen aber mit Kriegsende keineswegs zum Stillstand. Im Gegenteil:

Sie wurden zu den wichtigsten Elementen eines Entwurfs- oder besser Transformationsprozesses, der nicht nur qualitativ neue Formen und Bereiche der Zusammenarbeit von Staat und Kapital hervorbrachte, sondern auf einen gesamtgesellschaftlichen Wandel hinauslief und somit die Strukturen von Ökonomie, Staatsapparat und Gesellschaft veränderte: "Zwischen 1916 und 1918 war Großbritannien tatsächlich gezwungen, erstmals - unvollständig und zögernd - ein Schema machtvoller Staatswirtschaft zu entwickeln.<sup>64</sup>

In den Jahren 1840 bis 1850

Ein herausragendes Beispiel der Kapitalisierung in Landwirtschaft: Der deutsch-ländliche Landbesitz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

von Luis Warner

Johann Heinrich von Thünen (1781 bis 1850). Dieses Werk in der Deutschen Demokratischen Republik vom Juni 1943 anlässlich seines 62. Geburtstages mit diesem internationalen Symposium in Rostock gewürdigt wird, gehört zweifellos zu den interessantesten Personlichkeiten der deutschen Agrargeschichte des 19. Jahrhunderts. Allerdings beschäftigte sich sowohl die marxistische als auch die bürokratische Thüringenforschung bislang nahezu ausschließlich mit seinen national- und agrarökonomischen Aufstellungen.

Vor allem in seiner Hauptwerk "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie" (1826, zweite Band 1828 in Hamburg erschienen) vertrat Thünen die Idee der ersten ökonomischen Denker in Deutschland auf eine neuartigen ökonomischen und sozialen Produktionsverhältnisse eine Antwort zu finden, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft und die industrielle Revolution aufgeworfen wurden. Die produktivökonomischen Konzepte in Thüners Theorie und seine bedeutenden Verdienste als Musterdenker bei der Entstehung und Durchsetzung kapitalistischer Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft spielten bis heute in der bisherigen Thünenforschung lediglich eine untergeordnete Rolle. Mit dem vorliegenden Beitrag soll auf diese Lücke in unserer Forschung hingewiesen werden. Insbesondere ist es der Hoffnung des Verfassers, einen Beitrag zur Erschließung der Regionalgeschichte Mecklenburgs zu leisten.

Bertha-Alexander von Langsdorff, der später von den Schleswiger herrschaftlich landwirtschaftliche Schriftsteller, Statistiker und erste Sekretär des Preussischen Landesökonomikschulungsinstituts, wie in seinem der Mecklenburgischen Landwirtschaft gewidmeten Frühwerk "Auf das erfolgreiche Wirken einer Gruppe mecklenburgischer Agrarwissenschaftler", seine in Hegelens zu den Mecklenburger Studien- und Klagenarbeiten (1811) frühzeitig hervorgehoben der kapitalistischen Produktionsweise nachging. Bei diesen Agrarkapitalisten, deren Akti-

1. Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Hamburg 1826. In dem vorliegenden Beitrag wird die 1875 von Hermann Schumacher herausgegebene dreifache Gesamtausgabe verwendet (Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat in 3 Bänden, hg. v. Hermann Schumacher, Berlin 1875).

2. Vgl. Langsdorff, Bertha-Alexander v., Darstellung der Landwirtschaft in der Großherzogtümer Mecklenburg, Bd. 1, Königsberg 1811, derselbe, Beiträge zur Kenntnis der Mecklenburger Landwirtschaft, Leipzig 1811.

## Die Entwicklung des Thünenschen Mustergutes Tellow (Mecklenburg) in den Jahren 1810 bis 1850

Ein herausragendes Beispiel der kapitalistischen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

von Lutz Werner

Johann Heinrich von Thünen (1783 bis 1850), dessen Werk in der Deutschen Demokratischen Republik im Juni 1983 anlässlich seines 200. Geburtstages mit einem internationalen Symposium in Rostock gewürdigt wird, gehört zweifellos zu den interessantesten Persönlichkeiten der deutschen Agrargeschichte des 19. Jahrhunderts. Allerdings beschäftigte sich sowohl die marxistische als auch die bürgerliche Thünenforschung bislang nahezu ausschließlich mit seinen national- und agrarökonomischen Auffassungen.

Vor allem in seinem Hauptwerk "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie",<sup>1</sup> dessen erster Band 1826 in Hamburg erschien, versuchte Thünen als einer der ersten ökonomischen Denker in Deutschland auf jene neuartigen ökonomischen und sozialen Problemstellungen eine Antwort zu finden, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft und die Industrielle Revolution aufgeworfen wurden. Die praktisch-politische Komponente im Wirken Thünens und seine bedeutenden Verdienste als Musterlandwirt bei der Entwicklung und Durchsetzung kapitalistischer Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft spielten hingegen in der bisherigen Thünenforschung lediglich eine untergeordnete Rolle. Mit dem vorliegenden Beitrag soll auf diese Lücke in unserer Forschung hingewiesen werden. Gleichzeitig ist es das Anliegen des Verfassers, einen Beitrag zur Erschließung der Regionalgeschichte Mecklenburgs zu leisten.

Bereits Alexander von Langerke, der später von den Zeitgenossen hochgeschätzte landwirtschaftliche Schriftsteller, Statistiker und erste Sekretär des Preußischen Landesökonomiekollegiums, wies in seinen der mecklenburgischen Landwirtschaft gewidmeten Frühwerken<sup>2</sup> auf das erfolgreiche Wirken einer Gruppe mecklenburgischer Agrarunternehmer hin, welche im Gegensatz zu der Mehrheit ihrer Standes- und Klassengenossen relativ frühzeitig konsequent den kapitalistischen Entwicklungsweg einschlug. Bei diesen Agrarkapitalisten, deren Akti-

1 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Hamburg 1826. - In dem vorliegenden Beitrag wurde die 1875 von Hermann Schumacher herausgegebene dreiteilige Gesamtausgabe verwandt (Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat ..., 3. Aufl., hg. v. Hermann Schumacher, Berlin 1875).

2 Vgl. Lengerke, Alexander v., Darstellung der Landwirtschaft in den Großherzogthümern Mecklenburg, Bd. 1, Königsberg 1831; derselbe, Oekonomische Reise durch Mecklenburg, in: Neue Annalen der Mecklenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft (im folgenden: NAML), Rostock, 13. Jg. 1826, S. 248.

vitäten aus den Quellen seit etwa 1820 faßbar werden,<sup>3</sup> handelt es sich um eine Anzahl adlig-liberaler Gutsbesitzer, vor allem aber um bürgerliche Rittergutsbesitzer und Pächter.

Obgleich sie in prinzipieller Opposition zu dem völlig überlebten und objektiv fortschrittsfeindlichen mecklenburgischen Ständestaat stand, bewegten sich die praktisch-politischen Aktivitäten dieser Gruppe durchaus in jenem Rahmen, der durch die landständische Verfassung, den Erbvergleich von 1755,<sup>4</sup> vorgegeben war. Vereinzelte Vorstöße bürgerlich-liberaler Gutsbesitzer im Vormärz, welche die verfassungsmäßigen Grundlagen des Ständestaates antasteten, blieben auch bei der Mehrheit dieser bürgerlichen Großgrundbesitzer, die sich der gleichen bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Privilegien erfreuten wie der grundbesitzende Adel, zumindest bis zur Revolution von 1848/49 ohne wesentliche Resonanz.<sup>5</sup>

Im Gegensatz zu ihren schwächlichen Versuchen, bürgerlich-liberales Gedankengut in die politische Praxis umzusetzen, wirkten die Vertreter jener Fraktion des Großgrundbesitzes jedoch sehr erfolgreich auf dem Gebiet der Entwicklung, Verbreitung und Durchsetzung kapitalistischer Produktivkräfte und Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Damit entsprachen sie objektiv den Erfordernissen des historischen Fortschritts in der sich herausbildenden kapitalistischen Landwirtschaft in Deutschland.

Aus der Reihe dieser im Thaerschen Sinne "rationellen" kapitalistischen Agrarunternehmer ragten vor allem der vom kleinen Pächter zu einem der bedeutendsten Großgrundbesitzer Mecklenburgs aufgestiegene Carl Pogge, seine Söhne Johann und Friedrich<sup>6</sup> sowie der als bürgerlicher Landwirtschaftswissenschaft-

3 Vgl. NAML, 1. - 29. Jg. 1813 - 1845; Auszüge aus den Protokollen und Berichten des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins, 4 Bde., Rostock 1821 - 1845.

4 Mit dem Abschluß des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs im Jahre 1755 endeten die Auseinandersetzungen zwischen der mecklenburgischen Landesherrschaft und der Ritterschaft um die Errichtung eines territorialstaatlichen Absolutismus mit einem völligen Sieg der Stände, die eindeutig von der Ritterschaft beherrscht wurden. Vgl. Wick, Peter, Versuche zur Erbverpachtung und Aufhebung der Leibeigenschaft in Mecklenburg zu Beginn des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: JWG) 1961, T. 1, S. 48.

5 Vgl. u. a. Raabe, Wilhelm, Mecklenburgische Vaterlandskunde, 2. Aufl., gänzlich umgearbeitet und bis zur Gegenwart verbessert v. Gustav Quade, Bd. 3 Wismar 1896, S. 533; Rakow, Peter-Joachim, Staat, Verfassung und Regierung von Mecklenburg-Schwerin im Spannungsfeld von Revolution und Konterrevolution 1848 bis 1850. Ein Beitrag zur Problematik der Machtfrage in der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland, phil. Diss. A, Rostock 1981, S. 20.

6 Vgl. Schröder-Lembke, Gertrud, Heinrich von Thünen und seine mecklenburgischen Gutsnachbarn, in: dieselbe, Studien zur Agrargeschichte, Stuttgart/New York 1978, S. 121 ff. = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 31; Pogge, Louise, Aus dem Leben und Wirken der Familie Pogge, bearb. u. hg. v. Hermann v. Wenckstern, Manuskript im Thünenarchiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (im folgenden: TA), Rostock 1953, S. 28 ff.



ler und Nationalökonom berührt gewordene Johann Heinrich von Thünen hervor.<sup>7</sup> Den Pogges und Thünen kommt im Kreise der vorrangig im Teterower Distrikt des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins"<sup>8</sup>, der Interessenvertretung des Großgrundbesitzes und der großen kapitalistischen Pächter, organisatorisch zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen Fortschrittsträgern eine Pionierrolle zu. Die Einführung und Durchsetzung neuer agrarmeliorativer Maßnahmen, die Durchführung landwirtschaftlicher Versuche, ihre Tätigkeit auf dem Sektor der Tierzucht, eine unermüdliche publizistische Tätigkeit,<sup>9</sup> nicht zuletzt aber die Vorbildwirkung ihrer mustergültig nach kapitalistischen Prinzipien bewirtschafteten Güter, verleiht jenen Männern als Exponenten des Agrarkapitalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Mecklenburg eine herausragende Bedeutung.

Die sich hier vorrangig im Bereich der agraren Produktivkräfte vollziehende progressive Entwicklung verdient um so mehr unsere Aufmerksamkeit, als sie sich von der insgesamt fortschrittsfeindlichen Haltung der mecklenburgischen Ritterschaft, durch welche die mecklenburgische Landwirtschaft in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts vor allem im bäuerlichen Bereich mit einem erheblichen sozialökonomischen Entwicklungsdefizit belastet wurde,<sup>10</sup> deutlich abhob.

In den folgenden Ausführungen soll die Tätigkeit Johann Heinrich von Thüzens als kapitalistischen Musterlandwirts und Agrarunternehmers auf dem mecklenburgischen Lehngut Tellow von 1810 bis 1850 dargestellt werden. Während die Zahl der Untersuchungen zu seinem Hauptwerk "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie" und den dort geäußerten nationalökonomischen und sozialtheoretischen Auffassungen heute kaum noch zu überblicken ist,<sup>11</sup> wurde der Erschließung der Tätigkeit Thüzens als Landwirtschaftswissenschaftler, Agrarpolitiker und vor allem als praktischer Landwirt, seinem eigentlichen Beruf im besten Sinne des Wortes, von der Forschung bisher kaum

7 Im Rahmen der internationalen Thünenehrerung vom 22. - 24. 6. 1983 anlässlich des 200. Geburtstages Johann Heinrich von Thüzens in Rostock wird durch die Wilhelm-Pieck-Universität die Herausgabe einer mehr als 1000 Titel umfassenden Thünenbibliographie vorbereitet. Diese Bibliographie wird voraussichtlich im 1. Quartal 1983 in begrenzter Auflage erscheinen (Thünenbibliographie, hg. v. Rektor der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, zusammengestellt und bearb. v. Elfriede Rohde u. Lutz Werner unter Mitarbeit v. Jürgen Seemann, Rostock 1983 = Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek Rostock, 66).

8 Vgl. Klein, Ingeborg, Die erzieherischen und sozialen Bestrebungen der Mecklenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft bzw. des Patriotischen Vereins von der Gründung 1798 bis 1850, phil. Diss., Rostock 1945, S. 8 ff.

9 Von 1813 - 1847 äußerte sich z. B. Johann Heinrich von Thünen in mehr als 50 Beiträgen in den Annalen und Protokollen des Patriotischen Vereins zu agrarpolitischen und landwirtschaftlichen Fragen, die von der Forschung bislang kaum beachtet wurden.

10 Vgl. Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg), Zum "Preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, Rostock 1968, S. 34 ff.; Mager, Friedrich, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 339 ff.

11 Walter Braeuer und Eberhard Gerhardt besorgten 1966 eine Neuauflage der Gesamtausgabe des "Isolierten Staates" von 1875, die eine sehr gute, weiterführende Auswahlbibliographie enthält. Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat ..., neu hg. v. Walter Braeuer u. Eberhard Gerhardt, Darmstadt 1966, S. VIII ff.

die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Auf diesen Tatbestand hatte bereits vor Jahren der wohl beste Thünenkenner Asmus Petersen wiederholt hingewiesen.<sup>12</sup>

Aus der Petersen-Schule liegt zwar eine Reihe verdienstvoller und außerordentlich materialreicher landwirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten vor, in denen die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte auf Thünens Gut Tellow im Bereich der Pflanzenproduktion zum Teil detailliert untersucht wurde. Jedoch auch diese Arbeiten sind aus der Sicht der heutigen marxistischen Agrargeschichtsforschung mit zwei grundsätzlichen Mängeln behaftet. Sowohl Petersen als auch seine Schüler<sup>13</sup> ließen sich bei der Erarbeitung ihres Thünenbildes von den überkommenen apologetischen bürgerlichen Interpretationen der nationalökonomischen Hauptlehren Thünens leiten. Für die Bewertung seiner sozialpolitischen Illusionen von einer gesicherten marxistisch-leninistischen Position aus sind ihre Arbeiten daher keine Hilfe.<sup>14</sup> Außerdem lassen ihre Untersuchungen größtenteils jeden Bezug zur Entwicklung der zeitgenössischen Landwirtschaft und Agrarwissenschaft vermissen. Allerdings, dies sei gerechterweise hinzugefügt, lag die Behandlung einer derartigen Thematik auch nicht im Aufgabenbereich der Verfasser, deren Anstrengungen vor allem darauf gerichtet waren, bereits von Thünen erfolgreich angewandte und zum Teil wieder außer Gebrauch gekommene agrarmeliorative Verfahren darzustellen und zu prüfen, inwieweit sie erneut in den Dienst der praktischen Landwirtschaft gestellt werden könnten.

Thünen war 27 Jahre alt, als er seine landwirtschaftliche Tätigkeit in Mecklenburg aufnahm. Nachdem er 13 Güter besichtigt hatte, ohne daß ein Kauf zustande gekommen wäre, entschloß er sich im Juni 1810 zur Übernahme des im ritterschaftlichen Amt Güstrow gelegenen zirka 465 Hektar großen Lehngutes Tellow. Er erwarb das Gut von seinem Schwager Schröder, der Tellow aufgrund einer bedrängten finanziellen Situation für die auf dem Gut lastenden Schulden

- 12 Vgl. u. a. Petersen, Asmus, Thünens Isolierter Staat. Die Landwirtschaft als Glied der Volkswirtschaft, Berlin 1944, S. 12 ff.; derselbe, Die Aufgaben der Thünenforschung, in: Kieler Vorträge, gehalten am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hg. v. Andreas Predöhl, 73, Jena 1944, S. 5 ff.; derselbe, Die neuere Rostocker Thünenforschung, Berlin 1952, S. 15 ff.
- 13 Vgl. u. a. Hamel, Karl-Ludwig, Die Ertragssteigerung in der deutschen Landwirtschaft unter dem Einfluß der Mergeldüngung, dargestellt an dem von Thünenschen Betrieb Tellow in Mecklenburg, Diss. Rostock 1944; Hördler, Gottfried, Die Hebung der Bodenleistung in Tellow in den Jahren 1810 bis 1850, 2 T., landw. Diss., Rostock 1957.
- 14 Diese Themenkreise wurden, z. T. jedoch mit differierenden Ergebnissen, von verschiedenen marxistischen Autoren behandelt. Vgl. u. a. Luck, Herbert, Zur ökonomischen Lehre des J. H. v. Thünen, Berlin 1956, S. 89 ff.; Gussek, Karl-Diether, Analyse von Wechselbeziehungen zwischen der gesellschaftlichen Produktionsweise und der bürgerlichen landwirtschaftlichen Betriebslehre, Habil.-Schr. Rostock 1969, S. 91 ff., 229 ff., 283 ff., 311 ff., 352 ff.; Lehmann, Hermann, Zum Einfluß der klassischen politischen Ökonomie in Deutschland während des Übergangs zum Industriekapitalismus, in: Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1977, S. 420 - 437. - Sehr informativ ist auch ein kleinerer Beitrag von Hans-Heinrich Müller. Vgl. derselbe, Eine Ausnahme unter den deutschen Ökonomen, in: Müller, Hans-Heinrich/Rook, Hans-Joachim, Herkules in der Wiege. Streiflichter zur Geschichte der Industriellen Revolution, Leipzig/Jena/Berlin 1980, S. 255.

und die Inventarkosten in Höhe von insgesamt 56 000 Taler (N 2/3)<sup>15</sup> abtreten mußte.<sup>16</sup> Der kurz vorher vollzogene Übergang von der bäuerlichen Vierfelderwirtschaft zur Koppelpflicht, dessen Schwierigkeiten Schröder offenbar unterschätzte, die Errichtung der notwendigen Gutsgebäude und ein zu hoher Kaufpreis hatten den ersten Tellower Gutsherrn in Verbindung mit einem deutlichen Rückgang der Kornpreise und mehreren schlechten Ernten innerhalb von zehn Jahren in den Ruin getrieben.

Thünen erwarb Tellow, ohne sofort bar bezahlen zu müssen. Der Kaufvertrag sah eine Anzahlung in Höhe von 2000 Taler (Gold) und 24 000 Taler (N 2/3) vor. Er konnte diese Zahlung jedoch durch die Übergabe von anderweitig angelegten Obligationen leisten. Der Rest der Kaufsumme, 16 000 Taler (N 2/3) und 14 000 Taler (Gold), blieb zu 4 1/2 Prozent verzinst als Schuldenlast in dem Gut stehen.<sup>17</sup>

Thünen, einer der ersten und begabtesten Schüler Lukas Andreas Staudingers und Albrecht Daniel Thaers, entstammte einer alteingesessenen großbäuerlichen Grundbesitzerfamilie des jeverländischen Marschgebietes, deren Hof mit adligen Privilegien und Freiheiten ausgestattet war. Nach dem frühen Tod seines Vaters wuchs Thünen als Stiefsohn in der Familie des vermögenden Hooksieler Kaufmanns von Buttell auf. Entsprechend dem im ostfriesischen Jeverland herrschenden Jüngstenerbrecht fiel der zirka 71 Hektar große väterliche Erbhof Canarienhäuser Thünens jüngerem Bruder Friedrich zu.<sup>18</sup> Johann Heinrich von Thünen, dessen Vermögen nach erfolgter Erbauseinandersetzung und dem Verkauf des von ihm ererbten zirka 37 Hektar großen Nebenhofes Wassens rund

15 Thaler N(eue) 2/3 = mecklenburgische Landesmünze von 1789 - 1848. Im Unterschied zum preußischen Thaler Courant, bei dem aus einer feinen Mark Silber 21 Gulden geschlagen wurden, prägte man nach dem Leipziger oder Neuen 2/3 Münzfuß 18 Gulden aus der feinen Mark Silber.

16 Vgl. Gerhardt, Eberhard E. A., Thünens Tellower Buchführung, Bd. 1, Meisenheim am Glan 1964, S. 51.

17 Vgl. Werner, Lutz, Die Entwicklung des feudalen Bauerndorfes Tellow zur kapitalistischen Gutswirtschaft (von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1850), Diplomarbeit, Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1980, S. 39 ff. - Ein Teil der Ergebnisse dieser Arbeit liegt in gedruckter Form vor. Vgl. derselbe, Johann Heinrich von Thünen - ein Exponent der Durchsetzung des Kapitalismus in der mecklenburgischen Landwirtschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1981, S. 13 ff.

18 Vgl. Minssen, Onke, Friedrich von Thünen 1785 - 1865, Leben und Werk eines friesischen Hausmannes, Pewsum 1974, S. 11, 14, 32 = Ostfriesland im Schutze des Deiches. Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des ostfriesischen Küstenlandes, Bd. 9. - Thünen selbst, der sich zeit seines Lebens als Angehöriger der "bürgerlichen Gesellschaft" betrachtete, hatte mehrmals nachdrücklich erklärt, daß die Familie keinen Anspruch auf Adelstitel und Wappen erheben könne. Vgl. dazu u. a. Lehsten, Gustav v., Der Adel Mecklenburgs seit dem Landesgrundgesetzlichen Erbvergleiche (1755). Rostock 1864, S. 268. - In diesem Zusammenhang muß die Inanspruchnahme Thünens als Junker entschieden abgelehnt werden. Zur Kennzeichnung seiner Klassenqualität scheint mir der Begriff "kapitalistischer Agrarunternehmer" glücklicher zu sein. Richtig ist allerdings, daß die von Thünen weiterentwickelte landwirtschaftliche Betriebslehre zu einer tragenden Säule der junkerlichen Gutsökonomie wurde, so daß er völlig zutreffend als "Theoretiker der kapitalistischen Junkerwirtschaft" bezeichnet werden kann. Vgl. Luck, Herbert, a. a. O., S. 89. - Zur Junkerproblematik vgl. neuerdings Zilch, Reinhold, "Junker" als historische Kategorie bei Karl Marx und Friedrich Engels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 12/1981, S. 1140 ff.

23 000 Taler (Gold) betrug, kaufte sich nach abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung und der Übernahme einer zweijährigen Pachtung in Pommern schließlich aus persönlichen Gründen in Mecklenburg an.<sup>19</sup>

Als Thünen im Juni 1810 Tellow mit anstehender Ernte übernahm, behielt er die bereits von Schröder betriebene sechsschlägige mecklenburgische Koppelwirtschaft im wesentlichen bei. Bei dieser Form der Schlagwirtschaft handelte es sich um ein in Mecklenburg sonst wenig angewandtes Fruchtfolgesystem, da man das Verhältnis von 3 Getreideschlägen zu 2 Kleegrasschlägen und einem Schlag Brache auf den Binnenschlägen für zu erschöpfend hielt. Auch Thünen änderte diese Fruchtfolge etwas, da sie augenscheinlich den Möglichkeiten der Dungproduktion des Gutes auf Dauer nicht entsprach. Die Saatschläge wurden im Interesse der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit auf dem Innenfeld auf 2 1/2 reduziert, und der Klee grasbau trat mehr in den Vordergrund. Den bislang ausgedehnten Anbau von Körnerhülsenfrüchten schränkte Thünen etwas ein und nahm dafür erstmalig probeweise Raps in die Fruchtfolge auf.

Im Wirtschaftsjahr 1811/12, dem ersten Jahr, in welchem alle Arbeiten von der Aussaat bis zur Einbringung der Ernte unter Thünens Verantwortung ausgeführt wurden, zeigte sich folgendes Bild<sup>20</sup>:

Binnenschläge:

1. Hafer	22,96 ha	2. Weizen	14,94 ha
Gerste	10,61 ha	Roggen	28,81 ha
Erbsen	9,20 ha	Gerste	3,24 ha
Bohnen und Wicken	1,51 ha		<u>46,99 ha</u>
Flachs	2,01 ha	3. Brache	51,12 ha
Buchweizen	1,62 ha	Tabak	1,51 ha
Kartoffeln	4,05 ha		<u>52,63 ha</u>
Wicken als Grünfutter	0,64 ha		
Weide	1,73 ha		
	<u>54,33 ha</u>		
4. Gerste	8,66 ha	5. Weide	54,15 ha
Hanf	1,25 ha	6. Weide	39,86 ha
Flachs	0,15 ha	Weizen nach	
Weide	38,23 ha	Klee	4,11 ha
	<u>48,29 ha</u>	Hafer	2,38 ha
		Wicken zu	
		Grünfutter	0,32 ha
		Brache zu	
		Raps	1,62 ha
		Kartoffeln	0,21 ha
		Mähklee	9,96 ha
			<u>58,46 ha</u>

Außenschläge:	1. Hafer	9,31 ha
	2. Roggen	7,79 ha
	3. Brache	4,65 ha
	4. ]	
	5. ] Weide	18,52 ha
	6. ]	
		<u>40,27 ha</u>

<sup>19</sup> Thünen heiratete 1806 Helene Berlin, eine Tochter des früheren Bürgermeisters von Friedland (Mecklenburg - Strelitz).

<sup>20</sup> Vgl. Gerhardt, Eberhard E. A., Bd. 1, a. a. O., S. 201 f.



Diese hier für das Wirtschaftsjahr 1811/12 konkret dargestellte Fruchtfolge kennzeichnet das Tellower Wirtschaftssystem als eine der in Mecklenburg üblichen, relativ extensiven Rotationen. Die Pflanzenproduktion war eindeutig auf die Erzeugung von Getreide ausgerichtet, wobei im Gegensatz zu der späteren Spezialisierung Thünens auf die Produktion der profitablen Marktgüter Weizen und Olsaaten noch die minder anspruchsvollen Kornarten im Vordergrund standen. Die Bodenfruchtbarkeit wurde vor allem durch die Beweidung der Klee-grasschläge erhalten, da die Möglichkeiten der betriebseigenen Dungerzeugung den Erfordernissen des Getreidebaues auf den ausgedehnten Innenschlägen in keiner Weise entsprachen. Die Produktion von Futterkartoffeln, eine entscheidende Grundlage der Tellower Tierproduktion in den späteren Jahren, spielte gleichfalls noch keine Rolle. Die unerhebliche Erzeugung von Flachs, Hanf, Buchweizen und Kartoffeln diente vorwiegend der Bedarfsdeckung des Guts-haushaltes und der Tagelöhnerhaushalte.

Von geringfügigen bzw. zeitweiligen Veränderungen abgesehen, befolgte Thü-nen, schematisch dargestellt, von 1810 bis 1840 diese Fruchtfolge<sup>21</sup>:

Binnenschläge: 1. Brache, eventuell etwas Tabak, 2. Weizen, Roggen, Raps, 3. Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Flachs, 4. Hafer, Weide, 5. Weide, Mähklee, 6. Weide;

Außenschläge: 1. Brache, 2. Winterkorn, 3. Sommerkorn, 4. Weide, 5. Weide, 6. Weide.

Allerdings führte Thünen in diesem Zeitraum mit großen Erfolg eine Reihe be-triebswirtschaftlicher und agrarmeliorativer Intensivierungsmaßnahmen durch, in deren Ergebnis er die Produktion und die Rentabilität dieses Ackerbausys-tems entscheidend steigern konnte. Von 1810 bis 1840 wurde das Ackerland, vorwiegend durch Aufforstung der sandigen, wenig ertragreichen Böden, von 355,5 Hektar auf 312,8 Hektar reduziert. Diese Reduzierung entsprach immer-hin der Fläche der gesamten Außenschläge. Die Aufforstung jener Äcker war in betriebswirtschaftlicher Hinsicht äußerst bedeutungsvoll, da die Erträge der mit Holz besamten Flächen nur zirka 50 Prozent der Erträge des besseren Acker-landes betragen.<sup>22</sup> Die Aufforstung erfolgte etappenweise und war von einer gleichzeitigen Verringerung der mit Getreide und Olsaaten bestellten Äcker begleitet.

T a b e l l e 1

Die Entwicklung des Pfluglandes und des Anteils des Pfluglandes, der von 1810 bis 1840 mit Getreide und Olsaaten bestellt wurde

Zeitraum	Pflugland in ha	Bestellt mit Olsaaten u. in ha	Getreide in %	In % des Pfluglandes
1800 - 1810	355,3	160,3	100	45,1
1810 - 1816	347,5	137,6	85,8	39,6
1816 - 1822	334,5	129,1	80,5	38,6
1822 - 1828	325,3	123,8	77,2	38,0
1828 - 1834	319,6	123,3	76,9	38,6
1834 - 1840	312,8	124,7	77,8	39,9

Quelle:

Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestand Ll - 3.

<sup>21</sup> Vgl. TA, BI, 138 a.

<sup>22</sup> Vgl. TA, EI, 18.

Insgesamt verkleinerte Thünen die Ackerfläche Tellows bis 1840 um 42,5 Hektar. Davon wurden 35 Hektar durch Tannenbesamung aufgeforstet und der Rest in Weideland umgewandelt.<sup>23</sup> Thünen selbst schätzte diese betriebswirtschaftliche Operation zur Steigerung der Ertragsfähigkeit seines Gutes in den im handschriftlichen Nachlaß überlieferten "Landwirtschaftlichen Notizen und Abhandlungen" außerordentlich hoch ein: "Die Erhöhung der Ertragsfähigkeit seit dem Jahre 1820 reichert aber nicht allein von der Steigerung des Bodenreichthums, sondern z. T. daher, daß der schlechte Boden, der früher Korn trug, jetzt mit Tannen besät und der Kultur entzogen ist. Von der im Jahre 1810 vorhandenen Ackerfläche sind jetzt ca. 10 % mit Tannen besät."<sup>24</sup>

Mit beiden betriebswirtschaftlichen Maßnahmen, der absoluten Verringerung des Ackerlandes und der deutlichen Reduzierung des Anteils der Getreide- und Ölsaaten an der Aussaat, erreichte Thünen eine beträchtliche Intensivierung beim Anbau jener Kulturen. Den Marktprodukten Weizen und Ölsaaten wurde der bessere Boden vorbehalten und durch diese Konzentration die Voraussetzung für eine sorgfältigere Bodenbearbeitung und bessere Düngung mit Mergel, Moder, Stallung und Kompost geschaffen.

Das Bemühen Thünens um eine den Lehrsätzen der Bodenstatik entsprechende "bereichernde" Humuswirtschaft und die Bearbeitung des Ackers mit "äußerster, fast peinlicher Sorgfalt"<sup>25</sup> sind als ausschlaggebend für die beeindruckenden Ertragssteigerungen in Tellow anzusehen. Dabei konzentrierte sich Thünen bis Mitte der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts zunächst auf eine Verbesserung seines Gutes im Rahmen der traditionellen Getreidewirtschaft durch die Erhöhung des Nährstoff- und Humusspiegels des Ackerlandes. Seit Ende der zwanziger Jahre richtete er seine Aufmerksamkeit verstärkt auf eine gleichzeitige, systematische Vertiefung der Ackerkrume und schuf so günstige Voraussetzungen für den Übergang zu einer bedeutenden Kartoffel- und Rapsproduktion.

Es war entscheidend, daß Thünen im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen im Mergel keinen Mistersatz sah und erkannte, daß eine dauerhafte Steigerung der Bodenfruchtbarkeit nur durch die Komplexwirkung von Kalk, der vor allem den pH-Wert des Bodens regelt, und organischem Dünger erreichbar war. Mit einem immensen Einsatz an Arbeitskräften ließ Thünen daher in den Jahren 1810 bis 1824 den überwiegenden Teil des Binnenfeldes abmergeln. (siehe Tabelle 2)

Neben der mit Nachdruck betriebenen Bemergelung des Ackerlandes strebte Thünen konsequent die systematische Verbesserung des Humushaushaltes des Bodens an. Die Grundlage der mit diesem Ziel vor allem auf den Binnenschlägen ausgebrachten starken organischen Düngung bestand in der sich auf eine immer solidere Futterbasis stützenden Tierhaltung, einer sorgfältigen Düngpflege und einer mit großem Arbeitsaufwand betriebenen Modergewinnung aus den Tellow Sumpf- und Moorflächen.

Nach Hördlers Berechnungen belief sich die jährliche Stallmistzufuhr auf etwa 50 bis 60 Doppelzentner pro Hektar.<sup>26</sup> In einer intensiven Fruchtwechselwirtschaft wird gewöhnlich eine jährliche Gabe von 65 bis 80 Doppelzentner Mist pro Hektar als ausreichende Düngung angesehen, um den Humusspiegel des Bodens aufrechtzuerhalten.<sup>27</sup> Bei der in Tellow praktizierten Koppelwirtschaft reichte die etwas geringere Stallmistdüngung völlig aus, da durch die Klee-

23 Vgl. ebenda.

24 Ebenda.

25 Ebenda.

26 Vgl. Hördler, Gottfried, T. 1, a. a. O., S. 57.

27 Vgl. Schlipf, Praktisches Handbuch der Landwirtschaft, 32. Aufl., Neubearb. v. Martin Zimmermann, Hamburg/(West-)Berlin 1958, S. 76.

Tabelle 2

Mergelmenge, Mergelfläche und Arbeitskräfteeinsatz während der Mergelperiode von 1810 bis 1824

Jahr	Mergelfläche in ha	Mergelmenge je ha in m <sup>3</sup>	Insgesamt ge- fahrene Mergel- menge in zwei- spännigen Kar- ren zu 1/2 m <sup>3</sup>	Arbeitstage	
				Frauen	Männer
1810/11	2,9	366,9	2122	150,5	128,0
1811/12	7,5	216,9	3260	278,5	236,0
1812/13	9,3	154,7	2892	137,0	216,0
1813/14	19,3	154,7	5924	164,3	431,0
1814/15	30,9	129,3	7973	573,0	453,5
1815/16	43,4	117,7	10177	636,5	707,8
1816/17	41,3	115,4	9525	504,3	493,3
1817/18	37,8	115,4	8770	478,5	568,0
1818/19	41,1	115,4	9489	533,8	647,0
1819/20	14,6	115,4	3360	164,0	214,3
1820/21	16,0	133,9	4155	202,3	208,8
1821/22	1,1	115,4	260	17,0	33,8
1822/23	0,4	115,4	85	6,0	4,0
1823/24	7,9	115,4	1823	78,0	98,8
Gesamt	273,5	-	69815	3923,7	4440,3

Quelle:

Hamel, Karl-Ludwig, Die Ertragssteigerung in der deutschen Landwirtschaft unter dem Einfluß der Mergeldüngung, dargestellt an dem von Thünenschen Betrieb in Tellow in Mecklenburg, Diss. Rostock 1944, S. 17, 29, 30.

Tabelle 3

Zusammenstellung der auf den Binnenschlägen von 1810 bis 1824 gefahrenen Mengen Moder und Stallmist

Schlag Nr.	Moder		Stallmist in Fuder	
	Menge in Karren	Fläche in ha	Brache	Dreesch
1	6 279	12,6	2 821	-
2	5 734	10,5	3 456	-
3	3 529	7,5	3 021	-
4	4 088	7,7	1 921	124
5	2 219	5,8	1 847	183
6	8 030	16,4	1 934	-
Summe	29 879	60,5	15 000	307

Quelle:

Hördler, Gottfried, Die Hebung der Bodenleistung in Tellow in den Jahren 1810 bis 1850, T. 1, landw. Diss. Rostock 1957, S. 30.

graswirtschaft eine große Menge an stickstoffhaltiger Wurzelmasse im Boden zurückblieb und humuszehrende Hackfrüchte noch wenig angebaut wurden.

In Verbindung mit der umfangreichen Bemoderung, der Beweidung der Klee-grasschläge und der Einrichtung von Schafhürden dürfte in der Mergelperiode von 1810 bis 1824 dem Ackerland auf den Binnenschlägen zeitweise mehr organische Substanz zugeführt worden sein, als normalerweise zur Aufrechterhaltung der Bodenfruchtbarkeit in einer intensiven Hackfruchtwirtschaft erforderlich ist. Die Ertragssteigerung, die aus der Komplexwirkung des Mergels und der Verbesserung des Humushaushaltes resultierte, war beachtlich. Hördler errechnete unter der Voraussetzung der Reduzierung der Hauptgetreidearten auf Roggen eine durchschnittliche Anhebung der Erträge um zirka 3,7 Doppelzentner pro Hektar.<sup>28</sup> Nach Petersen bedeutet dies eine Ertragssteigerung um rund 20 Prozent, die Thünen allein durch den kombinierten Einsatz von Mergel und organischem Dünger bis 1824 realisierte.<sup>29</sup>

Neben der Anhebung der Ernteerträge erreichte Thünen durch die Mergelung eine entscheidende Verbesserung der Bodengüte. Ein Großteil des früher nicht weizenfähigen Ackerlandes konnte von nun an mit dieser profitablen Kornart bestellt werden. Vor der Mergelung nahm der Roggen in Tellow zirka zwei Drittel der Wintergetreidefläche ein und der Weizen lediglich ein Drittel. Nach der Mergelung war das Verhältnis umgekehrt.<sup>30</sup>

Eine entscheidende Voraussetzung der von Thünen mit großem Erfolg betriebenen Erhöhung des Humuspiegels des Tellow Ackerlandes bildete die kontinuierliche Erweiterung des Viehstapels, des Hauptlieferanten von betriebseigenem Dünger. Die durch die Mergelung deutlich höheren Stroherträge, die aufgrund der Verbesserung des Ackerlandes ertragreicheren Kleegraskoppeln in der Rotation, ein immer ausgedehnterer Anbau von Kartoffeln und Hülsenfrüchten zu Futterzwecken, vor allem aber die beeindruckende Steigerung der Grünlanderträge ermöglichten Thünen eine merkliche Aufstockung des Viehbestandes.

Dabei war es entscheidend, daß es ihm durch die Entwässerung, die Zufuhr von Erde und eine starke Düngung auf den vorher geringwertigen Niedermoorwiesen gelang, eine Verdoppelung der Heuerträge zu erreichen.

#### T a b e l l e 4

Heuerträge des Gutes Tellow 1800 bis 1850  
(jährlicher Durchschnitt in Fuder zu 9 dz)

Zeitraum	Wiesenheu	Kleeheu	Summe	Index
1800 - 1810	127,95	26,55	154,50	100
1810 - 1820	140,35	30,10	170,45	110
1820 - 1830	218,10	56,55	274,65	178
1830 - 1840	238,05	74,10	312,15	202
1840 - 1850	245,02	61,02	306,04	198

Quelle:

Schumacher, Hermann, Über Kornerträge in der Landwirtschaft, Berlin 1901, S. 50 f.

28 Vgl. Hördler, Gottfried, T. 1, a. a. O., S. 96.

29 Vgl. Petersen, Asmus, Johann Heinrich von Thünen als Bodenvirt, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 6. Jg. 1958, Sonderheft Johann Heinrich von Thünen, S. 270.

30 Vgl. Hamel, Karl-Ludwig, a. a. O., S. 57. - Ich habe aus den Kornrechnungen im Thünen-Archiv Werte errechnet, die sich von den Zahlenangaben Hamels leicht unterscheiden. Die Differenzen dürften darauf zurückgehen, daß in den Kornrechnungen auch die kleinen, mit Sommerweizen und Sommerroggen bestellten Flächen erfaßt wurden. Vgl. Tab. 10.



Die Verdopplung der Heuerträge war, neben der damit insgesamt erreichten Verbesserung der Futtergrundlage des Gutes, vor allem im Hinblick auf die kontinuierliche Vergrößerung der Tellower Merino-Schäferei von enormer Bedeutung. Die Erfordernisse der Schafhaltung besaßen für Thünen stets Priorität. Nahezu während seiner gesamten Wirtschaftszeit widmete er als kapitalistischer Agrarunternehmer und Züchter ihnen seine ungeteilte Aufmerksamkeit.

Entsprechend der Konjunktur für mittelfeine und hochfeine Schafwolle - die norddeutschen Gutsschäfereien waren bis etwa 1860 die Hauptlieferanten der prosperierenden englischen Textilindustrie<sup>31</sup> - richtete Thünen seine Bemühungen vorrangig auf die kontinuierliche Verfeinerung der Tellower Schäferei. Thünen, der im Jahre 1810 eine Herde Strelitzer Landschafts- und eine kleine Anzahl sächsischer Merinos, die sogenannten Electoralschafe<sup>32</sup>, übernahm, gelangte durch eine gezielte Verdrängungszucht bis Mitte der zwanziger Jahre in den Besitz einer Herde hochveredelter Schafe, die von den Zeitgenossen zu den besten Mecklenburgs gerechnet wurden. Ein, ungeachtet konjunktureller Schwankungen, gegenüber der Zeit von 1800 bis 1810 relativ hoher Wollpreis und die ständige Vergrößerung der hochveredelten Herde sicherten Thünen vor allem in den Jahren der kapitalistischen Agrarkrise nach 1820 konstant hohe Einnahmen und ließen die Schäferei zu einer der tragenden Säulen seiner Gutsökonomie werden.

Allerdings verlangten die anspruchsvollen, hochveredelten Tiere, die zudem witterungsabhängiger als die robusten Landschafts- waren, ein qualitativ besseres Futter und längere Stallfütterung, wodurch die an sich extensive Schafhaltung teilweise intensiviert wurde.

T a b e l l e 5

Die Entwicklung der Tellower Merino-Schäferei von 1811 bis 1840 unter der Leitung von J. H. v. Thünen

Zeitraum	Zahl der Schafe in je 5 Jahren	Erhielten Heu und auf Heu reduzierte Futtermittel (Erbsen, Kartoffeln) in Fuder zu 1500 Pfund	100 Schafe erhielten in 100 Tagen Stallfütterung Fuder	Wollertrag in Pfund	Erzielter Preis in Taler je Pfund
1800 - 1810	-	-	-	-	0,383
1811 - 1815	2813	248,7	5,61	-	0,619
1816 - 1820	2894	302,8	6,44	-	0,746
1821 - 1825	3725	611,0	9,79	9652	0,697
1826 - 1830	5203	878,7	9,79	10905	0,581
1831 - 1835	5933	1063,2	10,10	10805	0,746
1836 - 1840	6307	1398,6	12,15	12368	0,690

Quelle:

Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestand DVII, 2.

31 Vgl. Wirtschaftslehre des Landbaus, hg. v. E. Woermann, (West-)Berlin/Hamburg 1954, S. 425 = Handbuch der Landwirtschaft, Bd. 5.

32 Vgl. TA, DVII, 2.

Die vorliegende Berechnung, die neben den betriebswirtschaftlichen Aspekten auch die quantitative und qualitative Verbesserung der Futtergrundlage im Bereich der Schafhaltung anzeigt, wurde auf der Basis der Angaben über die Dauer der jährlichen Stallfütterung angefertigt. Das Zahlenmaterial aus dem Gutsarchiv Tellow belegt dabei eindeutig die bemerkenswert hohen Aufwendungen Thürens im Bereich der an sich extensiven Schafhaltung, um auch in diesem Wirtschaftszweig den höchstmöglichen Profit realisieren zu können. Betrug im Wirtschaftsjahr 1810/11 die Dauer der Stallfütterung der überwiegend aus Landschafen bestehenden Herde erst 155 Tage bzw. deren Weidezeit noch 210 Tage, so hatte sich das Verhältnis bis zum Wirtschaftsjahr 1840/41, dem Jahr, in welchem Thünen seine umfangreichen Aufzeichnungen über die Entwicklung der Schäferei einstellte, völlig in das Gegenteil verkehrt. Die hochveredelte, empfindliche und anspruchsvolle Merinoherde konnte lediglich 180 Tage auf die Weide getrieben werden und mußte die übrigen 185 Tage des Jahres im Stall gehalten werden.<sup>33</sup>

Die Milchviehhaltung spielte, entsprechend der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung auf die Erzeugung feiner Schafwolle, der relativ marktfernen Lage Tellows und der niedrigen Preise für Milchprodukte bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein, nur eine untergeordnete Rolle. Ihre hauptsächliche Funktion lag in der Erzeugung von Stalldung für den Feldbau. Daneben kam allerdings der Butterproduktion, der Milchmästung von Kälbern und Schweinen sowie der beträchtlichen Eigenkonsumtion im Gutshaushalt eine gewisse Bedeutung zu.

Thünen übernahm bereits im Jahr 1810 von seinem Vorgänger, der die Bestände der völlig degenerierten mecklenburgischen Landrasse in Tellow ausgemerzt hatte, eine aus Anglern und Jütländern bestehende Milchviehherde.<sup>34</sup> Mit diesen Tieren, die keinesfalls reinrassig waren und bestenfalls dem Durchschnitt der besseren Gutsherden jener Zeit entsprachen, wirtschaftete Thünen bis zu seinem Tode im Jahre 1850, ohne Höchstleistungen anzustreben. Allerdings gelang es ihm, durch die Abschaffung des verderblichen Holländereisystems<sup>35</sup> sowie vor allem durch die deutliche Verbesserung der Futtergrundlage, die Milchträge beträchtlich zu steigern und mit dem im Interesse der Schafhaltung stark reduzierten Bestand mehr und besseren Dung pro Einheit zu erzeugen.

33 Vgl. ebenda.

34 Vgl. TA, DIV, 14, 16.

35 Die "Holländerei" war ein Pachtsystem, bei dem die jeweilige Gutsherde zu einem vorher vereinbarten Stückpreis pro Haupt an einen kapitalistischen Pächter, den sogenannten "Holländer", verpachtet wurde. Seine Einführung im 18. Jh. brachte einen Aufschwung in der Milchproduktion, u. a. durch die Einführung neuer Produktionsmethoden. In der ersten Hälfte des 19. Jh. bildete dieses System ein objektives Hindernis auf dem Wege zur weiteren kapitalistischen Entwicklung der Milchwirtschaft der großen ostelbischen Gutsbetriebe. Da die Pachtsätze sich nach der Kopfzahl der Herde und nicht nach der Milchleistung richteten, lag es im finanziellen Interesse des Gutsherren, eine zahlenmäßig starke, relativ schlecht gefütterte Herde mit geringer Leistungsfähigkeit zu halten. Der Pächter wiederum konnte unter diesen Voraussetzungen kein Kapital in die Verbesserung der Herde investieren, ohne seinen Profit zu gefährden, und trieb daher in der Regel eine rücksichtslose Abmelkwirtschaft.

Tabelle 6

Milchleistung und Anzahl der milchenden Gutskühe in der Tellow Herde von 1808/12 bis 1849/50

Wirtschaftsjahr	Anzahl der milchenden Kühe	Leistung in Liter (pro Kuh und Jahr)
1808/12	65	942,5
1812/13	42	1041,3
1815/16	37	1135,8
1819/20	35	1233,9
1833/34	-	1845,9
1844/45	26,5	1692,9
1846/47	30	1658,7
1847/48	37	1523,7
1849/50	52	1527,3

Quelle:

Gerhardt, Eberhard E. A., Thünens Tellow Buchführung, Bd. 1, Meisenheim am Glan 1964, S. 296, 452, 550; Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestände DV, 50, 78, 79; DVIII, 3, 17; EVI, 9.

Die hier dargestellte Leistungsentwicklung bewegt sich durchaus an der oberen Grenze des zeitgenössischen Durchschnitts, wie ein Vergleich mit anderen Betrieben offenbart.<sup>36</sup> Spitzenerträge, wie sie sein Freund Johann Pogge erzielte, der auf dem benachbarten, mit einer bedeutenden Brennerei verbundenen Mustergut Roggow in jener Zeit mit Airshire und Oldenburger Hochleistungskühen bereits 2 555 Liter bzw. 2 231 Liter pro Tier und Jahr produzierte, konnte und wollte Thünen mit diesem Bestand nicht erreichen.<sup>37</sup>

Die Erhöhung der Milcherträge in Tellow war vor allem ein Ergebnis der qualitativ verbesserten Sommerweide. In seinen mehrere hundert Seiten umfassenden Aufzeichnungen "Über die Nahrhaftigkeit und den Futterwerth der verschiedenen Gewächse", die Thünens Versuchsprotokolle und Berechnungen zur Tierernährungslehre<sup>38</sup> enthalten, finden sich konkrete Zahlenangaben über die Menge und Zusammensetzung der Winterfütterung, die in Tellow gewöhnlich vom 1. November bis zum 15. Mai währte. Diese Zahlen stammen aus den dreißiger Jahren, also aus der Zeit, in der bereits eine deutliche Erhöhung der Milchleistung zu verzeichnen war. Danach bestand die tägliche Futterr ration für eine zirka 314 Kilogramm schwere Kuh während der Stallfütterungsperiode aus:

36 Eberhard Bittermann und Richard Krzymowski schätzten die durchschnittliche jährliche Milchleistung einer Kuh in der Mitte des 19. Jh. auf etwa 1200 - 1500 l. Diese Durchschnittswerte stimmen mit konkreten zeitgenössischen Leistungsangaben aus mecklenburgischen Gutswirtschaften überein. So erreichte z. B. das Tellow benachbarte Gut Groß Wüstenfelde mit einer "besseren Holländerei", bestehend aus ca. 100 Milchkühen im Durchschnitt der Jahre 1827 - 1833 eine Milchleistung von 1463 l pro Kuh. Vgl. Krzymowski, Richard, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1951, S. 308; Bittermann, Eberhard, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800 - 1950, in: Kühn-Archiv, Bd. 70, Halle (Saale) 1956, S. 58; TA, EI, 28.

37 Vgl. Mielck, Ottfried, Die Wirtschaftsgeschichte von Tellow seit dem Ausgang des Mittelalters, in: Johann Heinrich von Thünen zum 150. Geburtstage, hg. v. Wilhelm Seedorf u. Hans-Jürgen Seraphim, Rostock 1933, S. 51.

38 Vgl. TA, EI, 27 f.

5,46 Pfund Wiesenheu  
 3,01 Pfund Kleeheu  
 9,53 Pfund Stroh  
 18,00 Pfund Futtermasse<sup>39</sup>

Eine Gabe an Kraftfutter, Kartoffeln, Runkeln oder ähnlicher Nahrung war zu Thünens Lebzeiten, von vereinzelt Fütterungsversuchen abgesehen, nicht üblich. Nach Thünens eigenen Berechnungen stellte diese, an modernen Verhältnissen gemessen, unvorstellbar geringe Ration nicht viel mehr dar als ein sehr knapp bemessenes Erhaltungsfutter. Die, wenn auch geringe, Milchleistung im Winter führte Thünen folgerichtig vor allem auf den durch eine gute Sommerweide erfolgten Fleisch- und Fettsatz bei den Tieren zurück: "Wie aber schon bemerkt ist, entspringt der ... Milchertrag im Winter wahrscheinlich der Abmagerung der Kühe, und der Verwandlung des Fleisches in Milch und ist nicht dem gereichten (Winter-) Futter beizumessen. Im Sommer verwendet dann eine Kuh, die abgemagert auf die Weide kommt, einen größeren Theil des verzehrten Futters auf den Fleischansatz und gibt deshalb weit weniger Milch als eine Kuh, die beym Ausgang des Winters noch eben so gut im Stande ist, als am Anfang desselben."<sup>40</sup>

Entsprechend der knappen Fütterung blieben die Milcherträge im Winter ausgesprochen niedrig und erreichten trotz guter Weide auch im Sommer keine bedeutende Höhe.

Tabelle 7

Vergleich der Milcherträge bei der Sommer- und Winterfütterung in Tellow

Wirtschaftsjahr <sup>41</sup>	Zahl der milchenden Kühe		Sommerweide Gesamtertrag pro Kuh in l	15.5.-1.11. durchschnittliche tägliche Milchleistung in l	Winterfütterung 1.11.-14.5. Gesamt- Durchschnittliche ertrag tägliche Milchleistung pro Kuh in l	
	Sommer	Winter			in l	in l
1832/33	28,4	24,4	1084,50	6,38	799,20	4,09
1833/34	27,6	24,5	1279,80	7,52	808,20	4,15
1834/35	28,8	26,6	1079,10	6,34	721,80	3,70
1835/36	30,6	27,6	970,20	5,71	736,2	3,77

Quelle:

Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestand EI, 28.

Neben der ausgedehnten Schafhaltung und der vorwiegend zum Zweck der Dungproduktion betriebenen Milchviehhaltung, in welche auch die auf dem Gutshof gemeinsam mit den Gutskühen gehaltenen Tagelöhnerkühe einbezogen waren, blieben die anderen Zweige der Tierproduktion bedeutungslos. Lediglich eine Be-

<sup>39</sup> Vgl. TA, EI, 28.

<sup>40</sup> TA, EI, 27.

<sup>41</sup> Die überdurchschnittlichen Werte des Wirtschaftsjahres 1833/34, die in Thünens wissenschaftlichem Nachlaß überliefert sind, liegen weit über den Angaben der Wirtschaftsrechnungen im Gutsarchiv. Die Ursache dieser Abweichung konnte nicht ermittelt werden. Vgl. Tab. 6.



Tabelle 8

Entwicklung der Viehbestände in Tellow 1810 bis 1850 (ausgewählte Jahre)

Wirtschaftsjahr	Rinder				Pferde	Schweine	Schafe	GVE <sup>43</sup>	GVE je 100 ha LN
	davon Tagelöhnerkühe <sup>42</sup>	Gutskühe	Ochsen	Gesamt					
1810/11	17	65	18	102	22	31	618	200,80	50,26
1815/16	20	37	30	95	20	29	633	192,20	48,11
1819/20	20	32	21	74	21	20	830	190,00	49,15
1827/28	23	33	-	57	26	14	1500	245,15	64,97
1839/40	29,5	30	-	59,5	30	14	1625	265,45	72,76
1847/48	22	37	-	59	29	14	1275	228,65	62,68

Quelle:

Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestände DV, 65; EI, 25; Gerhardt, Eberhard E. A., Thünens Tellow Buchführung, Bd. 1, Meisenheim am Glan 1964, S. 134, 311, 618, Übersichten 2, 20, 32.

- 42 Seit den dreißiger Jahren des 19. Jh. ließ Thünen die Kühe der Tagelöhnerhaushalte auf dem Gutshof gemeinsam mit der Gutsherde füttern. Die Tagelöhnerkühe waren ebenfalls im Gutsstall untergebracht. Thünen sah sich aus betriebswirtschaftlichen und sozialen Überlegungen zu diesem Schritt veranlaßt. Einerseits war es ihm nun möglich, den Dung der Tagelöhnerkühe auf dem vorbildlich angelegten Tellower Dunghof lagern zu können und in optimaler Form dem Feldbau zuzuführen. Die Tagelöhnerfamilien erhielten für ihre Hauswirtschaft den benötigten Dung in ausreichender Menge vom Gut geliefert. Andererseits lag es im wohlverstandenen Eigeninteresse des Gutsherrn, die Leistungsfähigkeit der Tagelöhnerkühe, deren Milchproduktion für den Lebensunterhalt der Tagelöhnerfamilien von ausschlaggebender Bedeutung war, zu sichern und dabei gleichzeitig zu erreichen, daß den Frauen für Lohnarbeiten in der Gutswirtschaft mehr Zeit zur Verfügung stand.
- 43 Der Schlüssel für die Umrechnung in GVE lautet: 1 Stück Rindvieh = 0,75 Pferde = 10 Schafe = 4 Schweine. Dieser Schlüssel ist heute veraltet, jedoch aufgrund der Gewichtsverhältnisse für die Betrachtung eines Viehstapels aus der Mitte des 19. Jh. angemessen. Ich folge hier der Methodik Hartmut Harnischs. Vgl. Harnisch, Hartmut, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der Magdeburger Börde von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zuckerrübenanbaus in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Landwirtschaft und Kapitalismus, Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, Halbbd. 1, Berlin 1978, S. 100.

trachtung der Entwicklung des Zugviehbesatzes ist in diesem Zusammenhang noch von Interesse. Die Veränderungen im Zugviehbestand spiegeln deutlich die Erfordernisse der kapitalistischen Intensivierungsmaßnahmen und der Profilierung der Produktion des Gutes an den Bedürfnissen des Marktes wider.

Während Thünen bis zum Ausbruch der Agrarkrise der zwanziger Jahre mit Pferden und Ochsen wirtschaftete, schaffte er 1826 die Ochsen ab. Die extrem niedrigen Kornpreise und die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, als Ausgleich die profitable Schafzucht auszudehnen, dürften dafür die ausschlaggebenden Gründe gewesen sein. Allerdings spielten auch die weiteren umfangreichen Meliorationsvorhaben, die Thünen plante, sowie die Notwendigkeit, ständig ausgedehnte Marktführen in das 36 Kilometer entfernte Rostock zu unternehmen, bei diesem Entschluß eine Rolle.

Die Tabelle 8 gibt einen umfassenden Überblick über die kontinuierliche Erhöhung des Viehbestandes in Tellow von 1810 bis 1850, die als eine entscheidende Voraussetzung der großartigen Ertragssteigerungen im Feldbau anzusehen ist. Der Rückgang an Großvieheinheiten (im folgenden: GVE) in den vierziger Jahren findet seine Erklärung in der beabsichtigten Einschränkung der Schafhaltung und der verstärkten Hinwendung zur Milch- und Buttererzeugung. Diese Umstellung, die Thünen Ende der vierziger Jahre aufgrund geänderter Preisrelationen in der Tierproduktion in Angriff nahm, konnte er jedoch nicht mehr abschließen.

Allerdings wird bei der Auswertung der Rubrik GVE je 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (im folgenden: LN) auch deutlich, daß dem Streben nach einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in Tellow betriebswirtschaftlich bedingte Grenzen gesetzt waren. Ein trotz aller Einschränkungen nach wie vor ausgedehnter Getreideanbau und die durch die Schafhaltung bedingte Existenz einer großflächigen, extensiv bewirtschafteten Außenrotation, zeigen eindeutig an, in welchem Maße Thünen seine Intensivierungsmaßnahmen an den Erfordernissen des kapitalistischen Marktes orientierte. Eine weiter vorangetriebene Aufstockung der Tierbestände mit Sommerstallfütterung, das heißt eine diesen marktwirtschaftlichen Voraussetzungen nicht entsprechende Intensivierung, hätte eine Schmälerung des Reinertrages und eine nicht mehr optimale Verwertung des agrarischen Kapitals zur Folge gehabt.

In dem landwirtschaftlich völlig anders strukturierten Gebiet der Magdeburger Börde, in dem um 1830 bereits eine mit hoher Intensität betriebene Hackfrucht-Getreide-Wirtschaft bei teilweiser Sommerstallfütterung üblich war, lag der Besatz an GVE je 100 Hektar LN zu dieser Zeit bei 100 Einheiten, also deutlich höher.<sup>44</sup>

Eine seit der Gutsübernahme im Jahre 1810 vorbildlich geregelte Humuswirtschaft auf der Grundlage der kontinuierlich wachsenden Produktion von betriebseigenem Dünger, verbunden mit einer gleichzeitigen Verbesserung der physischen Beschaffenheit des Tellow Ackerlandes durch Zufuhr von Moder und Mergel sowie die Beseitigung unfruchtbarer Sand- und Lehmstellen, erlaubten Thünen in der Mitte der dreißiger Jahre die Inangriffnahme einer neuen, sehr wirkungsvollen Melioration. Neben diesen Voraussetzungen spielten dabei außerdem marktwirtschaftliche Überlegungen eine ausschlaggebende Rolle.

<sup>44</sup> Vgl. ebenda, S. 101.

Seit dem Abklingen der Agrarkrise Ende der zwanziger Jahre wurde der Getreidehandel mit England erneut möglich und lohnend und warf wieder hohe Reinerträge ab.<sup>45</sup> Außerdem ging Thünen seit zirka 1830 dazu über, in nennenswerten Quantitäten Futterkartoffeln sowie Raps und Rübsen zu produzieren; Kulturen, denen im Zuge der Durchsetzung der Industriellen Revolution als billigen Fettlieferanten für die ärmlichen Proletarierhaushalte eine wachsende Bedeutung zukam und für die sich demzufolge ein neuer Markt eröffnete.<sup>46</sup>

Allerdings verlangten der Tiefwurzler Raps und die Hackfrucht Kartoffel zum optimalen Gedeihen eine wesentlich tiefere und gründlichere Bodenbearbeitung, als es in der bisher vorrangig durch den Getreidebau geprägten Wirtschaftsweise üblich und notwendig gewesen war. Die nicht zuletzt aus diesem Grund erforderlich gewordene Vertiefung der Ackerkrume von 4 bis 5 auf 6 bis 7 Zoll (also von etwa 11 auf etwa 17 Zentimeter) ließ Thünen 1834 bis 1840 systematisch bei der Bearbeitung des Brachsches vornehmen und erreichte damit eine weitere langfristige Qualitätserhöhung des Ackerlandes. Bereits während des Zeitraumes von 1834 bis 1840, als die Arbeiten noch nicht abgeschlossen waren, konnte Thünen durchschnittliche Mehrerträge von 11 Prozent verzeichnen. Im darauffolgenden Jahrzehnt von 1840 bis 1850 betrug die Ertragssteigerung gegenüber dem Zeitraum vor der Vertiefung der Ackerkrume 21 Prozent.

Die Vertiefung der Tellower Ackerkrume, die im Zusammenhang mit weiteren bodenverbessernden Maßnahmen und einer starken Zufuhr von organischem Dünger jene außerordentliche Ertragssteigerung bewirkte, ließ Thünen mit einem von ihm konstruierten Hakenpflug durchführen. Der Konstruktion und dem Bau dieses Bodenbearbeitungsgerätes gingen umfangreiche Studien und praktische Versuche zu und mit den in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts üblichen Systemen voran.

Bereits als landwirtschaftlicher Schüler bei Staudinger in Groß-Flottbek und Thaer in Celle 1802/03 hatte Thünen umfangreiche Untersuchungen über die Formgebung und Zugkraftauslastung von Pflügen angestellt. Seit der Übernahme von Tellow führte er Experimente mit verschiedenen Pflügen durch, die dem technischen Höchststand seiner Zeit entsprachen, und verglich sie mit den Leistungen des von ihm bevorzugten mecklenburgischen Hakens.<sup>47</sup> Nach Thünens Meinung waren die in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts bekannten Pflüge gegenüber dem mecklenburgischen Haken zu schwerzünftig und übertrafen ihn in der Bodenbearbeitung keinesfalls. Allerdings erkannte er aber auch klar die Nachteile des Hakens, der den Boden nur aufwühlte und nicht wendete. Als praktische Konsequenz dieser Überlegungen konstruierte er 1834 den nach ihm benannten Hakenpflug, der in der Krümmung des Bodens dem Haken gleichkam, jedoch wie der Pflug den Boden wendete und zudem eine tiefere Bodenbearbeitung ermöglichte.<sup>48</sup> Der Thünensche Haken,

45 Aufgrund der günstigen Agrarpreisverhältnisse wurde der Zeitraum 1830 - 1870 von zeitgenössischen Landwirten und landwirtschaftlichen Schriftstellern als die "goldenen Jahrzehnte" der kontinentalen Landwirtschaft bezeichnet. In Anlehnung an diese zeitgenössische Wertung stellte Wilhelm Abel sogar einen Abschnitt seines Agrarkrisenbuches unter dieses Motto. Vgl. Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg/ (West-)Berlin 1978, S. 273 ff.

46 Vgl. Schröder-Lembke, Gertrud, Die Entwicklung des Raps- und Rübsenbaus in der deutschen Landwirtschaft, in: dieselbe, Studien zur Agrargeschichte, S. 190.

47 Vgl. TA, EI, 11 f.

48 Vgl. Bentzien, Ulrich, Haken und Pflug. Eine volkskundliche Untersuchung zur Geschichte der Produktionsinstrumente im Gebiet zwischen unterer Elbe und Oder, Berlin 1969, S. 227.

der von Ulrich Bentzien als "der einzig originelle Beitrag der 'landwirtschaftlichen Führungsschicht' ... zur Entwicklung der Bodenbearbeitungsgeräte im Spätfeudalismus"<sup>49</sup> im norddeutschen Raum angesehen wurde, ist somit in den Prozeß der Weiterentwicklung einzuordnen, die der traditionelle mecklenburgische Haken im Zuge der sogenannten "Haken-Renaissance" in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr.

Das Besondere des Thünenschen Hakenpfluges allerdings bestand außer in seiner Funktionsweise in der weitgehenden Verwendung von Eisen. Das Hakenblech selbst hatte Thünen so konstruiert, daß es zur Seite neigte. Durch diese Vorrichtung konnte die bessere Wendung des Bodens gewährleistet werden, ohne daß die sonstigen Vorzüge des Hakens beeinträchtigt wurden. Mit seinem Hakenpflug erreichte Thünen durch die bessere Zugkraftauslastung gegenüber dem herkömmlichen mecklenburgischen Haken außerdem eine beträchtliche Leistungssteigerung pro Gespann bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Furchenbreite von 11,2 auf 12,4 Zoll. Durch den Einsatz des Thünenschen Hakenpfluges wurde insgesamt, je nach Bodenbeschaffenheit und Art des Arbeitsganges, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 19 bis 30 Prozent erzielt. Außerdem gelang es Thünen, durch den Einsatz dieses Bodenbearbeitungsgerätes die Betriebskosten pro Gespann beträchtlich zu senken.<sup>50</sup>

Über die Wirkung der Vertiefung der Ackerkrume auf den Nährstoffhaushalt des Bodens versuchte sich Thünen seit Beginn der zwanziger Jahre durch umfangreiche statische Untersuchungen und Versuche klarzuwerden. Die unter seiner Leitung Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre im "Mecklenburgischen Patriotischen Verein" durchgeführten und in der Thünenliteratur vor allem von Petersen ausgewerteten Feldversuche<sup>51</sup> bilden dabei gewissermaßen den Schlußpunkt seiner langjährigen Forschungen zur Bodenstatik. Die mehrere hundert Seiten umfassenden Aufsätze, Versuchsprotokolle und Berechnungen im handschriftlichen Nachlaß legen ein beredtes Zeugnis davon ab, in welchem Maße Thünen sich der Erforschung des Nährstoffhaushaltes des Bodens zugewandt hatte.<sup>52</sup> Seine Untersuchungen führten ihn zu der Erkenntnis, daß bei einer gleichzeitigen Verstärkung der organischen Düngung die Ackerkrummentiefung vor allem einen besseren Wasserhaushalt des Bodens, eine verbesserte Nutzung des Humus für die Vegetation sowie eine geringere Verflüchtigung des Humus bewirken könnte.<sup>53</sup> Versuche mit rohem, ungedüngtem Boden ergaben, daß auch ihm eine gewisse Ertragsfähigkeit innewohnt. Das letztere, für den Anhänger der Humustheorie überraschende Versuchsergebnis und ein Vortrag Carl Philipp Sprengels über die Mineraltheorie auf der Versammlung deutscher Land- und Forstwirte 1839 in Potsdam ließen in Thünen bereits ernste Zweifel an den Grundsätzen der bis dahin herrschenden Humustheorie und der auf sie gegründeten Bodenstatik wach werden.<sup>54</sup>

Die durch die Vertiefung der Ackerkrume und eine weiter anhaltende starke Zufuhr von organischem Düngematerial bewirkte Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit bildete die Voraussetzung der im Wirtschaftsjahr 1840/41 durchgeführten entscheidenden Intensivierungsmaßnahme im Feldbau. Thünen ging nun von der bis zu diesem Zeitpunkt praktizierten sechsschlägigen mecklenburgischen Koppelwirtschaft ab und führte eine zehnschlägige Innen- und eine fünfschlägige Außenrotation ein. Die 10 Schläge der hofnahen Fruchtfolge, in die je ein voller Raps-, Kartoffel- und Hülsenfrüchteschlag aufgenommen wurde, hatten eine

49 Ebenda, S. 228.

50 Vgl. Buseke, Otto, Die Grundlagen der konstruktiven Entwicklung des Thünenschen Hakenpfluges, Rostock 1956, S. 19 (Manuskript in: TA).

51 Vgl. Petersen, Asmus, Thünens Isolierter Staat, a. a. O., S. 12 f.

52 Vgl. TA, EI, 3 - 5.

53 Vgl. TA, EI, 5.

54 Vgl. u. a. TA, BI, 144; Äußerungen im Briefwechsel Thünens.



Fläche von je 15 Hektar. Auf den 5 Außenfeldern von je 31,5 Hektar behielt Thünen weiterhin die recht extensive Koppelwirtschaft mit nur 2 Saatschlägen bei.

Schematisch dargestellt, wirtschaftete Thünen im letzten Jahrzehnt seiner Betriebsführung in Tellow von 1840 bis 1850 mit folgender Fruchtfolge<sup>55</sup>:

- Binnenfeld: 1. Brache (gedüngt), 2. Raps, 3. Weizen, 4. Weide, 5. Hafer, 6. Kartoffeln (gedüngt), 7. Erbsen und Bohnen, 8. Weizen (gedüngt) oder Gerste (ungedüngt), 9. Mähklee, 10. Weide;  
Außenfeld: 1. Brache, 2. Roggen/Weizen, 3. Hafer/Gerste, 4. Weide, 5. Weide.

Obwohl der Anteil der Brache mit 15 Prozent der Gesamtackerfläche in der neuen Fruchtfolge nicht wesentlich unter den Werten der Zeit vor 1840/41 lag, ist mindestens die Anordnung der Innenschläge als eine bedeutende Intensivierung des Feldbaus anzusehen. Das Innenfeld, welches weitgehend nach den Prinzipien des Fruchtwechsels bewirtschaftet wurde, war stark verkleinert worden. Auf diese Weise gelang es Thünen bei solchen arbeitsintensiven bzw. dungbedürftigen Kulturen wie Raps, Kartoffeln und Weizen zeitraubende lange Wegstrecken zum Acker zu vermindern, so die innere Verkehrslage zu verbessern und dadurch eine intensivere Bearbeitung der genannten Kulturen und höhere Flächen-erträge zu erzielen.

Die Wahl und die Anordnung dieser neuen Fruchtfolge, deren schematisches Bild Thünen sogar in die zweite Auflage des "Isolierten Staates" vom Jahre 1842 aufnahm, belegen eindeutig, in welchem Maße der Wissenschaftler Thünen bemüht war, die theoretischen Erkenntnisse seiner Forschungen in die betriebswirtschaftliche Praxis des eigenen kapitalistischen Gutsbetriebes zu überführen. Die Ergebnisse der Untersuchungen "Über die mittlere Entfernung des Ackers vom Hofe" und "Über die Lage der Höfe in Mecklenburg" im ersten Band des "Isolierten Staates", in denen sich Thünen zu Grundfragen der Transportökonomie in der kapitalistischen Gutswirtschaft äußert, fanden bei der Wahl dieses zum Teil intensiven und zum Teil extensiven Wirtschaftssystems Anwendung und Berücksichtigung.<sup>56</sup>

In der neuen Rotation wurde die Getreidekette nicht nur durchbrochen, sondern es sind mit dem hintereinander erfolgenden Anbau von Kartoffeln und Körnerhülsenfrüchten sogar zwei Blattfrüchte als doppeltes Glied in der Fruchtfolge zu verzeichnen. Einen großen Fortschritt gegenüber der herkömmlichen Koppelwirtschaft bildete die Aufteilung des vormaligen dreijährigen Kleegrasschlags in einen einjährigen Weißkleegrasschlag und einen zweijährigen Rotkleegrasschlag. Ein dreijähriger Rotkleegrasschlag brachte aufgrund der Kleemüdigkeit des Bodens im dritten Jahr nur noch geringe Erträge und verqueckte rasch. Der vorwiegend als Weide genutzte Weißkleegrasschlag war zwar im allgemeinen nicht so ertragreich wie der wüchsiger Rotkleeerschlag. Die Erträge dieses einjährigen Schlags übertrafen jedoch die des bislang üblichen dritten Rotkleeerjahres bei weitem. Asmus Petersen, dessen Kompetenz in Fragen der Grünlandforschung außer jedem Zweifel steht, hielt Thünens Operation für "die größte Verbesserung der Kleeerwirtschaft ..., die je vorgenommen worden ist"<sup>57</sup>.

Eine außerordentlich große Bedeutung kommt meines Erachtens der Tatsache zu, daß Raps, Kartoffeln und Körnerhülsenfrüchten mit je einem vollen Schlag insgesamt 30 Prozent der intensiv genutzten inneren Ackerfläche eingeräumt wurden. Der Rapsbau hatte in den zehn letzten Wirtschaftsjahren Thünens einen

55 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat ..., Bd. 1, a. a. O., S. 354 f.

56 Vgl. ebenda, S. 99 ff.

57 Petersen, Asmus, Johann Heinrich von Thünen als Bodenwirt, a. a. O., S. 271.

beträchtlichen Anteil an der Marktquote und den Einnahmen des Gutes aus der Pflanzenproduktion. Kartoffeln und Erbsen stellten einen wichtigen Bestandteil der Futterdecke dar: erstere als Pferde-, Schaf- und Schweinefutter, letztere als zusätzliche Futterreserve der ausgedehnten Schafhaltung.

Nicht zuletzt aber war die Erweiterung des Kartoffel- und Rapsanbaus hinsichtlich der Wirkung dieser Kulturen als Vorfrucht von Bedeutung für die Steigerung der Kornträge. Besonders Getreide, das nach zwei Blattfrüchten gesät wurde, sicherte höchste Erträge. Beim Kartoffelbau wurden ähnliche Resultate erzielt. Außerdem beeinflusste hier noch die intensive Bodenbearbeitung, die für das Gedeihen der Hackfrucht notwendig ist, die Erträge des nachfolgenden Getreides positiv. Im einzelnen erreichte Thünen allein durch die Beachtung der Erkenntnisse über den günstigsten Fruchtwechsel folgende Ertragssteigerungen<sup>58</sup> (ausgewählte Beispiele in Prozent):

1. Gerste, angebaut nach Kartoffeln und Erbsen, gegenüber Gerste nach Winterkorn 5 Prozent,
2. Hafer, angebaut nach Klee und Erbsen, gegenüber Hafer nach zweimal Winterkorn 10 Prozent,
3. Hafer, angebaut nach Klee und Erbsen, gegenüber Hafer nach Roggen 15 Prozent.

Die vom Hof weit entfernt liegenden Außenschläge, die im Vergleich zur alten Fruchtfolge stark vergrößert worden waren, dienten mit ihren ausgedehnten Kloe gras- und Weideschlägen vor allem den Bedürfnissen der beträchtlichen Schafhaltung und von der Mitte der vierziger Jahre an auch wieder in verstärktem Maße der erneut an Bedeutung gewinnenden Milchwirtschaft. Der Getreidebau auf diesen Flächen wurde wie bisher extensiv betrieben, da die außerordentlich aufwendigen Meliorationsarbeiten und die verbesserte Düngung, die Thünen den Innenschlägen zukommen ließ, dort aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen nicht zur Anwendung kamen. Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit war hier vor allem durch lange Bodenruhezeiten und die Bemistung der Schläge im Weidegang gewährleistet.

Die Bilanz der von Thünen zum Teil selbst entwickelten, von 1810 bis 1850 nacheinander und in einer Reihe von Fällen nebeneinander praktizierten Verfahren zur Hebung der Bodenkultur ist wahrhaft beeindruckend. Die Bodenproduktion des Ackerlandes wurde in Tellow in den Jahren der Bewirtschaftung durch Johann Heinrich von Thünen von 3 177 Doppelzentner Getreideeinheiten pro Jahr auf 4 664 Doppelzentner Getreideeinheiten, also um knapp 50 Prozent, gehoben. Da infolge der Aufforstung bis 1850 das geringwertige Ackerland dem Feldbau entzogen wurde, dürfte diese enorme Produktionssteigerung, an der Ackerfläche gemessen, noch größer gewesen sein.

Die Flächenerträge pro Hektar stiegen, die Brache mit eingerechnet, von 8,9 Doppelzentner Getreideeinheiten pro Hektar im Jahr 1810 auf 14,8 Doppelzentner Getreideeinheiten pro Hektar im Jahr 1850, das heißt um 66 Prozent.<sup>59</sup>

Der beispielhafte Erfolg der kapitalistischen Intensivierungsmaßnahmen Thüdens wird jedoch erst bei einem Vergleich mit den zeitgenössischen Durchschnittserträgen in Deutschland in vollem Maße sichtbar.

58 Vgl. Hördler, Gottfried, T. 1, a. a. O., S. 102.

59 Vgl. Petersen, Asmus, Johann Heinrich von Thünen als Bodenkulturbauer, a. a. O., S. 270.

Tabelle 9

Vergleich der Flächenerträge des Gutes Tellow mit den durchschnittlichen Flächenerträgen in Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts

Bezugsort Zeitraum	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Kartoffeln <sup>60</sup>	
	dz/ha	in %	dz/ha	in %	dz/ha	in %	dz/ha	in %	dz/ha	in %
Deutsch- land										
1846-1852	11,90	100	10,45	100	10,45	100	10,20	100	123,73	100
Tellow										
1840-1850	20,92	176	20,04	192	25,92	248	20,94	205	161,24	130

Quelle:

Bittermann, Eberhard, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800 bis 1950, in: Kühn-Archiv, Bd. 70, Halle (Saale) 1956, S. 34; Hördler, Gottfried, Die Hebung der Bodenleistung in Tellow in den Jahren 1810 bis 1850, T. 2, landw. Diss. Rostock 1957, S. 12; Finck von Finckenstein, Hans Wolfram, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 bis 1930, Würzburg 1960, S. 231.

Diese Zahlen sprechen für sich. In der Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich in ganz Deutschland kapitalistische Produktionsmethoden in der Landwirtschaft zügig durchsetzten, wies der Thünensche Betrieb bei den Hauptgetreidearten bereits Produktionskennziffern auf, die etwa 105 Prozent über dem Durchschnitt lagen. Die Ertragslage bei der Kartoffelerzeugung in Tellow entsprach den Werten der landwirtschaftlich fortgeschrittenen preußischen Provinzen Sachsen, Westfalen und Rheinland. Der niedrige - in Tabelle 9 ausgewiesene - Gesamtdurchschnitt der preußischen Monarchie wurde durch die extrem geringen Erträge der preußischen Ostprovinzen verursacht.<sup>61</sup>

Von besonderem Interesse ist die starke Ertragssteigerung bei Roggen, Hafer und Gerste. Durch die bedeutende Anhebung der Erträge jener Getreidearten, die vor allem als Brot- und Futtergetreide in der Gutswirtschaft benötigt wurden, gelang es Thünen, ihre Anbauflächen zugunsten des profitablen Weizen- und Ölsaatenbaues einzuschränken, ohne die Eigenversorgung des Betriebes zu gefährden.

Gleichzeitig erfolgte die kontinuierliche Erweiterung der Flächen, die Kartoffeln und Hülsenfrüchte trugen, um so die Futtergrundlage für die marktorientierte Merinoschafzucht und die Gespannpferde stabil zu halten.

Interessanter als ein Pauschalvergleich der Erträge des Spitzenbetriebes Tellow mit dem zeitgenössischen Durchschnitt, der aus verschiedenen Gründen nicht optimal arbeitende Betriebe mit einschließt, ist eine Betrachtung ausgewählter, nachweisbar intensiv bewirtschafteter Regionen bzw. Güter und deren Vergleich mit dem Thünenschen Gutsbetrieb. Hierbei muß allerdings beachtet werden, daß es aufgrund der Quellenlage nur möglich war, die Gesamterträge des Thünenschen Betriebes zu rekonstruieren. Die Flächenerträge auf

<sup>60</sup> Als Vergleichsmaßstab für die Tellower Kartoffelerträge mußten hier der Quellenlage wegen die Durchschnittswerte der preußischen Monarchie um 1840 herangezogen werden.

<sup>61</sup> Vgl. Finck v. Finckenstein, Hans Wolfram, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 bis 1930, Würzburg 1960, S. 231.

Entwicklung der Anbauflächen in der Pflanzenproduktion (jährlicher Durchschnitt in ha)

Umlauf	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Ölsaaten	Kartoffeln	Hülsenfrüchte
1800/10	19,71	45,38	23,18	53,94	-	-	15,81
1810/16	24,02	30,65	22,81	46,10	0,86	4,28	13,18
1816/22	37,58	16,12	15,72	56,07	0,61	4,17	9,82
1822/28	32,81	16,19	7,97	47,40	2,83	4,15	12,88
1828/34	35,80	15,86	9,44	43,70	2,90	7,71	8,82
1834/40	38,75	15,95	10,50	30,43	11,28	11,40	11,35
1840/50	38,38	15,87	14,20	33,26	12,28	12,06	14,68

Quelle:

Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestand DV, 1, 79.

der intensiv genutzten Innenrotation lagen mit Sicherheit bedeutend höher als auf den selten gedüngten Außenfeldern, was bei einer Betrachtung von Durchschnittswerten nicht deutlich wird.<sup>62</sup>

Ein solcher Vergleich beweist zweifelsfrei die herausragende Stellung, die dem Thünenschen Mustergut hinsichtlich seiner Ertragsentwicklung auch in dieser Betriebsgruppe zukommt. Nach einer Berechnung Siegfried v. Ciriacy-Wantrup<sup>63</sup> für die Zeit zwischen 1840 und 1860 kann davon ausgegangen werden, daß sich die Erträge in besser bewirtschafteten Gutsbetrieben zwischen 15 und 20 Doppelzentnern je Hektar bei den Hauptgetreidearten bewegten. Ein Vergleich der Teller Ergebnisse mit ausgesprochenen Spitzenbetrieben, vor allem der engeren Nachbarschaft, unter nahezu gleichen natürlichen Voraussetzungen, offenbart das von Tabelle 11 vermittelte Bild.

Die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse Thünens entsprechen durchaus den großen Aufwendungen seiner Intensivierungsmaßnahmen. Die konsequente Orientierung der Produktion auf den Getreideanbau, wobei der Exportweizen an erster Stelle stand, seit der Agrarkrise der zwanziger Jahre die zusätzliche, bedeutende Produktion von Ölsaaten und nicht zuletzt eine ausgedehnte Schafhaltung, die in den Krisenjahren zum ökonomischen Rettungsanker der Wirtschaft wurde, erlaubten Thünen, die Rentabilität seines Gutsbetriebes kontinuierlich zu steigern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Preise für Getreide und hochfeine Wolle nach der Agrarkrise der zwanziger Jahre in den dreißiger und vierziger Jahren nicht mehr jene bedeutende Höhe wie im Zeitraum zuvor erreichten. Be-

<sup>62</sup> Eine solche Vermutung stützt sich vor allem auf eine zeitgenössische Angabe Alexander von Lengerkes, der zufolge für Mecklenburg im Weizenbau Spitzenerträge von ca. 33 dz/ha unter optimalen Bedingungen möglich und auf guten Weizenböden bei günstigen Witterungsbedingungen Ernten von 25 dz/ha durchaus üblich waren. Das intensiv bewirtschaftete Teller Innenfeld gehörte zweifellos zu diesen optimalen Weizenböden. Vgl. Lengerke, Alexander v., Landwirtschaftliche Statistik der deutschen Bundesstaaten, Bd. 2, T. 1, Braunschweig 1840, S. 469.

<sup>63</sup> Vgl. Ciriacy-Wantrup, Siegfried v., Agrarkrisen und Stockungsspannen, Zur Frage der langen Welle in der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1936, S. 53 ff. = Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 122.



Vergleich der Flächenerträge ausgewählter, intensiv bewirtschafteter Regionen bzw. landwirtschaftlicher Betriebe mit denen des Thünenschen Mustergutes Tellow (in dz/ha)

Betrieb/Region Zeitraum	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Bemerkung zum Vergleichsobjekt
Tellow 1840 - 1850	20,92	20,04	25,92	20,94	161,24	-
Roggow 1840 - 1842	17,70	14,17	27,06	15,44	207,77	Tellow benachbartes Mustergut J. Pogges - verbunden mit großer Brennerei
Ave um 1830	19,42	15,05	15,19	10,23	195,40	kleineres, intensiv bewirtschaftetes mecklen- burgisches Gut
Klein Flottbek 1827 - 1829	22,50	19,00	13,80	33,55	169,2	intensiv bewirtschaftetes Mustergut des Barons v. Voght
Magdeburger Börde um 1850	13,32- 19,98	12,69- 15,86	23,97- 31,96	14,39- 15,35	-	Region mit intensivem Hackfrucht-Getreide- Fruchtwechsel

## Quelle:

Hördler, Gottfried, Die Hebung der Bodenleistung in Tellow in den Jahren 1810 bis 1850, T. 2, landw. Diss. Rostock 1957, S. 21; Durchschnittsertrag der Ernte zu Roggow im Jahre 1842, in: Neue Annalen der Mecklenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft, 27. Jg., Rostock 1843, S. 252 f.; Thünenarchiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestand EVI - 8; Ahrens, Gerhard, Caspar Voght und sein Mustergut Flottbek. Englische Wirtschaft in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts, Hamburg 1969, S. 91 = Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 1; Harnisch, Hartmut, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der Magdeburger Börde von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zuckerrübenanbaus in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, Halbbd. 1, Berlin 1978, S. 162.

sonders die Wollpreise sanken in den vierziger Jahren beträchtlich.<sup>64</sup> Der kapitalistische Agrarunternehmer jener Zeit wurde durch diese Entwicklung gleichsam zu Intensivierungsmaßnahmen gezwungen, wollte er die Rentabilität seines Betriebes erhöhen.

Neben der bedingungslosen Unterordnung der Produktion unter die Erfordernisse des kapitalistischen Marktes, der die Art und das Ausmaß der Thünen'schen Intensivierungsmaßnahmen bestimmte, kommen als Voraussetzungen für die Anwendung modernster zeitgenössischer Produktionsmethoden in Tellow vor allem der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Durchsetzung eindeutig kapitalistischer Lohnarbeitsverhältnisse eine ausschlaggebende Rolle zu. Lenin sieht in den genannten Kriterien wesentliche Merkmale kapitalistischer Produktionsverhältnisse.<sup>65</sup>

Die von Thünen vertretene und in zahlreichen Arbeiten über ihn behandelte Hypothese vom "naturgemäßen Arbeitslohn"<sup>66</sup> sowie seine daraus abgeleitete sozialpolitische Konsequenz, die Gewinnbeteiligung für die Tellower Tagelöhner vom Jahre 1848 an, sind allerdings für eine Betrachtung der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse im Bereich der Lohnpolitik des Gutes nur von untergeordnetem Interesse.

Für die praktische Lohnpolitik in Tellow von entscheidender Bedeutung sind dagegen jene Maßnahmen, die Thünen in den dreißiger Jahren einführt und die meines Erachtens als Ursprung der späteren Gewinnbeteiligungsidee gedeutet werden können.

Diese Maßnahmen standen im augenscheinlichen Zusammenhang mit der in jenen Jahren außerordentlich starken Intensivierung des Feldbaues. Der aus der Marktproduktion des Gutes realisierte Profit sollte nach den Vorstellungen Thürens nicht nur durch Anwendung moderner Feldbaumethoden, planmäßiger Vieh-

64 Vgl. Westphal, Hertha, Die Agrarkrisis in Mecklenburg in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Rostock 1925, S. 172 = Mecklenburgische Landwirtschaftliche Mitteilungen, H. 6. - Zum Verfall der Preise für hochfeine Wolle, die Thünen in Tellow vorrangig erzeugte, finden sich viele Äußerungen im Briefwechsel. Vgl. TA, BI, 87 f., 127, 110.

65 Vgl. Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 211 ff., 234, 267.

66 Die Hypothese vom "naturgemäßen Arbeitslohn" bildet gewissermaßen die Quintessenz der sozialpolitischen Illusionen Thürens. Mit Hilfe einer von ihm angestrebten, scheinbaren Interessengleichheit zwischen Gutsherren und Landarbeitern wollte Thünen eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität erreichen und dadurch einen beträchtlichen Extraprofit erwirtschaften. Ein Teil dieses Surplusprofites sollte dazu verwandt werden, das niedrige Lohnniveau der Arbeiterklasse zu erhöhen und eine gesicherte Alters- und Invalidenfürsorge zu gewährleisten. An diesem naiven sozialen Modell offenbart sich Thürens Unfähigkeit, das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft als Ausbeuterordnung zu begreifen. Allerdings gelang es dem kapitalistischen Agrarunternehmer Thünen innerhalb seines eigenen Gutsbetriebes, neben der bewußt angestrebten Disziplinierung der Arbeiter und der bedeutenden Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe der Gewinnbeteiligungsmaßnahmen auch das Lebensniveau seiner Arbeiter in dem von ihm beabsichtigten Sinn nachhaltig zu heben. Eine solche Wertung, die den bürgerlich-humanistisch handelnden Menschen Thünen würdigt, ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß seine vom utopischen Sozialismus beeinflussten sozialpolitischen Vorstellungen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab unter den herrschenden kapitalistischen Rahmenbedingungen zum Scheitern verurteilt waren. Die sozialpolitische Zielstellung Thürens wird vor allem in den unveröffentlichten handschriftlichen Entwürfen zum 2. Band des "Isolierten Staates" deutlich. Vgl. TA, EXVII, 2 f.

## Betriebswirtschaftliche Ergebnisse Thünens (jährliche Durchschnitte in Taler N 2/3)

Zeitraum	Jährliche Gesamtein- nahmen	Index	Pro 100 ha LN	Index	Davon Getreide/ Ölsaaten	Index: jährliche Gesamtein- nahme = 100	Davon Schäferei	Index: jährliche Gesamtein- nahme = 100
1810 - 1820	6 395	100	1 627	100	4 439	69	1 103	17
1820 - 1822	3 006	47	778	48	817	27	1 557	52
1833 - 1840	6 860	107	1 880	116	3 966	58	2 494	37
1840 - 1850	7 100	111	1 946	120	4 242	60	1 556	22

Quelle:

Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Bestand DV, 2, 78 b (ausgewählte Jahre).

zucht und umfangreicher Meliorationsarbeiten, sondern auch mit Hilfe einer perfekten Arbeitsorganisation und der Steigerung des Grades der kapitalistischen Ausbeutung erhöht werden. Letzteres war jedoch nur durch eine starke Bindung der Landarbeiter an den Betrieb sowie durch deren bedingungslose Disziplinierung zu erreichen. Thünen hielt es daher für zweckmäßig, nachdem er bereits in den zwanziger Jahren im Bereich der Schäferei eine leistungsabhängige Entlohnung eingeführt hatte, eine kleine Gruppe Landarbeiter sozial günstiger zu stellen und sie am Betriebsergebnis direkt zu interessieren.<sup>67</sup> Es handelte sich hier um zwei schon jahrelang für ihn tätige Tagelöhner, vor allem aber um den Statthalter<sup>68</sup> und den Vorhäger, die vorrangig im Bereich des Feldbaues selbständige und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen hatten und eine Aufsichtsfunktion ausübten. Durch ihre soziale Bevorzugung unter gleichzeitiger Androhung, bei mangelhafter Erfüllung ihrer Aufgabenstellung den sozialen Aufstieg wieder preisgeben zu müssen, wurden sie gegenüber ihren Klassengenossen objektiv in eine Aufpasserposition hineingedrängt. Für den Statthalter, der fortan eine Beteiligung an den Gutseinnahmen von 1 Prozent zu beanspruchen hatte, und den Vorhäger, der anstelle des bisherigen festen Gelddeputats mit 0,66 Prozent beteiligt wurde, bedeuteten diese Regelungen eine erhebliche Steigerung ihres baren Arbeitseinkommens.

Thünen, der durch die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Betriebsorganisation auch noch auf den mit 2,5 Prozent beteiligten Verwalter verzichten konnte<sup>69</sup>, sicherte sich so die bedingungslose Ergebenheit seiner intelligentesten Arbeiter. Es gelang ihm, mit bedeutend geringerem finanziellen Aufwand als vorher die Leitung seines Gutes zu straffen und die Arbeitsorganisation spürbar zu verbessern.

Neben der Beteiligungspolitik maß Thünen, wie unter anderem aus Äußerungen im "Isolierten Staat" hervorgeht<sup>70</sup>, vor allem Formen des kapitalistischen Akkord- und Anteillohnes bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität entscheidende Bedeutung zu. Bereits im Wirtschaftsjahr 1819/20 betrug der Anteil des Akkordlohnes an der Gesamtlohnsumme 47 Prozent.<sup>71</sup> Rechnet man zu den Formen des Akkordlohnes noch die verschiedenen in Tellow üblichen Varianten des Anteillohnes hinzu (zum Beispiel im Bereich des Feldbaues der 14. bis 16. Scheffel beim Flegeldrusch von Getreide oder der 16. Scheffel beim Kartoffelaufnehmen), ergibt sich bereits im Jahr 1820, dem Zeitpunkt der Aufhebung der Leibeigenschaft in Mecklenburg, eine eindeutige Dominanz der neuen kapitalistischen Lohnformen über den althergebrachten Tagelohn.

Bildete das sehr niedrige Lohnniveau in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts<sup>72</sup> eine generelle Voraussetzung der Realisierung der umfangreichen Meliorationsarbeiten in Tellow, so ist in der Anwendung von Formen des Akkordlohnes bei der Durchführung dieser Arbeiten vor allem ein Mittel der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sehen.

67 Vgl. TA, DXIII, 4.

68 Der Statthalter war der Erste unter dem Gesinde in den mecklenburgischen Gutswirtschaften. Er übte in beschränktem Maße eine Leitungstätigkeit aus und vertrat den Gutsherrn bzw. den Verwalter bei dessen Abwesenheit. Besonders in Betrieben, in denen wie in Tellow ohne Verwalter gewirtschaftet wurde, kam ihm als Vertrauensperson des Gutsherrn eine große Bedeutung zu.

69 Vgl. TA, BI, 103.

70 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat ..., Bd. 2, Abt. 1, a. a. O., S. 87, 210 f.

71 Vgl. TA, CI, 30.

72 Vgl. Pfahl, Robert, Landarbeiterlöhne und ihre Bewegung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des ersten Weltkrieges. Eine Studie zur Lage kontraktgebundener Landarbeiter auf den domanialen Pachthöfen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, in: JWG 1973, T. 4, S. 85.



Bedingt durch die geringen baren Tagelohnsätze waren vor allem die Frauen, die von den durchschnittlich 175,4 Frauennarbeitstagen im Jahr 104 Tage für die ihnen von der Gutsherrschaft überlassenen Wohn- und Stallräume unentgeltlich arbeiten mußten, darauf angewiesen, durch erhöhte Anstrengungen im Akkord wenigstens an einigen Tagen im Jahr relativ gut zu verdienen, um das geringe Bareinkommen des kargen Landarbeiterhaushaltes aufzubessern.

Nach einer Berechnung Anton Hördlers betrug die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Tellow von 1810 bis 1850, die vor allem auf die Durchsetzung einer rationellen Arbeitsorganisation und eines kapitalistischen Lohnsystems zurückzuführen war, bei den männlichen Arbeitskräften 60 Prozent und bei den Frauen 54 Prozent.<sup>73</sup>

Diese hohen Steigerungsraten beruhten, entsprechend dem Entwicklungsstand der Landtechnik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem auf einer verstärkten physischen Beanspruchung des Arbeiters und bewirkten eine bedeutende Erhöhung des Grades der kapitalistischen Ausbeutung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Johann Heinrich von Thünen während der Bewirtschaftung des kapitalistischen Mustergutes Tellow von 1810 bis 1850 sowohl im Hinblick auf die Entwicklung der agraren Produktivkräfte als auch in bezug auf die konsequente Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gegenüber der Mehrheit seiner Klassengenossen einen erheblichen Tempovorsprung erzielte. Die hier dargestellten Ergebnisse sind um so bemerkenswerter, als sie in der ersten Phase der kapitalistischen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft erreicht wurden, das heißt ohne den Einsatz von Mineraldünger, betriebsfremder Energie und Landmaschinen.<sup>74</sup> Lediglich mit Hilfe einer auf wissenschaftlichen Grundsätzen beruhenden Humuswirtschaft, der Anwendung optimaler Fruchtfolgen, einer sorgfältigen Bearbeitung des Ackerlandes sowie einer perfekten Arbeits- und Betriebsorganisation gelang es Thünen, die Möglichkeiten der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in dem von ihm aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen gewählten Wirtschaftssystem nahezu restlos auszuschöpfen.

Die Grenzen des Intensivierungsprozesses der landwirtschaftlichen Produktion in Tellow wurden dabei von dem schon erwähnten Fehlen von Mineraldünger, betriebsfremder Energie und Landmaschinen, vor allem aber durch das Betriebssystem bestimmt, das eine hochprofitable, aber insgesamt extensive Schafhaltung einschloß.

Thünen, der mit seinem Hauptwerk "Der Isolierte Staat" Bedeutendes für die Entwicklung der kapitalistischen Agrarökonomie geleistet hatte, erwies sich auch auf dem Gebiet der praktischen Landwirtschaft als ein Meister seines Faches. Die beispielhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte auf

73 Vgl. Hördler, Anton, Vergleichende Untersuchungen über die Arbeitsleistungen bei Anwendung verschiedener Lohnformen auf dem Gut Tellow (1810 - 1850) und dem VE-Lehr- und -Versuchsgut Kalkreuth (1952 - 1963) mit Schlußfolgerungen auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, landw. Diss. Halle-Wittenberg 1967, S. 147 a.

74 Vgl. Berthold, Rudolf, Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der Industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: JWG 1972, T. 1, S. 266; Harnisch, Hartmut, Die kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen und die Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahrzehnten vor 1848. Ein Beitrag zum Verhältnis zwischen kapitalistischer Agrarentwicklung und Industrieller Revolution, in: Bäuerliche Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Estland (16. bis 19. Jahrhundert), S. 135 ff. = JWG, Sonderbd. 1981.

seinem Gut Tellow kann als ein herausragendes Beispiel der kapitalistischen Intensivierung der Produktion in der deutschen Landwirtschaft in der Epoche des Übergangs von feudalen zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Deutschland gewertet werden. Thünen wurde somit objektiv zu einem Fortschrittsträger im Prozeß der bürgerlichen Umwälzung, der neben seinen agrar-ökonomischen Leistungen auch auf dem Gebiet der Produktivkraftentwicklung, einer wichtigen Teilaufgabe dieses Prozesses<sup>75</sup>, Hervorragendes leistete.

75 Vgl. Moll, Georg, Agrarfrage und bürgerliche Umwälzung in Deutschland, These 2, S. 4, These 20, S. 25 = Thesen zum Arbeitskreis 8 des VII. Historikerkongresses der DDR (Manuskript).

## Spätfeudale Bauerngilden in Mecklenburg

von Jochen Richter

1. Zum Forschungsstand
2. Bauerngilden im niederdeutschen Gebiet außerhalb Mecklenburgs
3. Mecklenburgische Bauerngilden - dargestellt am Klosteramt Dobbertin
4. Bauerngilden in der territorialstaatlichen Gesetzgebung
5. Zur Entstehung und Bedeutung der Bauerngilden

### 1. Z u m F o r s c h u n g s s t a n d

Gilden haben in der deutschen Geschichte während der gesamten Feudalzeit eine wichtige Rolle gespielt. Zuerst begegnen sie uns als Terminus in mehreren karolingischen Kapitularien des 8./9. Jahrhunderts, dann in den Städten vom Hochmittelalter bis zum Beginn der Industriellen Revolution. Weniger bekannt sind die norddeutschen Bauerngilden des 15. bis 18. Jahrhunderts. Gemeinsamkeiten besitzen sowohl fränkische Schutzgilden als auch mittelalterliche Kaufmanns- und Handwerkergilden sowie spätfeudale Bauerngilden in mindestens zwei Merkmalen: in der gegenseitigen Unterstützungspflicht und im Trinkgelage.

Letzteres trat bereits im Karolingerreich so stark in den Mittelpunkt der Bekämpfung der Gilden, daß das lateinische Wort für das Gelage, "convivium", allmählich zur Bezeichnung für die Genossenschaft selbst wurde. Ebenso kann das Wort "Gilde" sowohl die Gemeinschaft ihrer Mitglieder als auch das Gelage bedeuten.<sup>1</sup>

Neben "Gilde" und "convivium" existiert noch eine Reihe weiterer Namen für gleiche oder ähnliche Einrichtungen: Zunft, Innung, Amt, Zeche, Kaland, Bruderschaft, Nachbarschaft, "coniuratio" und andere. Das Wort "Gilde" ist immer an den niederdeutschen Sprachraum gebunden. Noch im 12./13. Jahrhundert kommt es nur im niederländisch-westfälischen Gebiet vor und erreicht erst im 14. Jahrhundert Mecklenburg und andere ostelbische Territorien.<sup>2</sup> Die spätfeu-

1 Ein ähnliches Schicksal hat auch das Wort "coniuratio" für Gilde und Eid genommen. Vgl. Epperlein, Siegfried, Herrschaft und Volk im Karolingischen Imperium, Berlin 1969, S. 42 ff. = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 14.

2 Vgl. Künßberg, Eberhard Frh. v., Rechtswortkarten I, in: Zeitschrift für Mundartforschung, Nr. 11/1935, S. 242 f. u. 2 Karten im Anhang.

dalen Dorfgilden sind kaum erforscht. Wie wenig ihr Charakter selbst zeitgenössischen Autoren bekannt war, davon zeugt die Einleitung zu einer ansonsten genauen Beschreibung der Ramelsloher Bauerngilde in der Lüneburger Heide. In einer Chronik von 1704 heißt es: "Wie es in alten Zeiten hier herum/ als in Hamburg/ Lüneburg/ Ultzen/ Dannenberg/ Lüchow/ Bevesen/ Saltzwedel und sonsten berühmte Kalande gegeben/ also ist auch dergleichen allhier zu Ramesloh gewesen. Nunmehr aber ist derselbe mit den meisten/ ohne Zweifel sehr ansehnlichen Einkünfften/ dermassen in Abgang komen/ daß auch so gar der Nahme Kaland allhier zu Ramesloh erloschen/ und selbige Gesellschaft anitzo nur eine Gilde genannt wird."<sup>3</sup> Der Verfasser, Schuldirektor in Bardewick, hält die Gilde nicht für eine selbständige bäuerliche Organisation, sondern für einen in Verfall geratenen Kaland, eine geistliche Bruderschaft.

In der Forschung lebt auch der Irrtum fort, auf dem flachen Lande unterschiedliche Gilden für gegenseitige Unterstützung und für Trinkgelage feststellen zu wollen. Ein kurzer Auszug aus einer Rostocker Dissertation von 1931 möge das illustrieren: "Die dörflichen Gilden in Mecklenburg unterscheiden sich in zwei Richtungen. Es bestanden Gilden als Vereinigungen der Dorfgenossen zum Zwecke der gemeinschaftlichen Bewältigung bestimmter Aufgaben und zur Wahrung gemeinschaftlicher Interessen, wie sie sich z. B. in der Bullengilde als Einrichtung zur Haltung des gemeinsamen Dorfbullen, und in den Feuer-gilden zur gegenseitigen Hilfe im Unglück, bei Feuersbrünsten, verkörpern. Daneben gab es Gilden, die der Aufgabe der Veranstaltung geselliger Feste dienten. Unter diesen ist die Pfingstgilde in Mecklenburg am häufigsten bezeugt."<sup>4</sup>

Die nicht sehr umfangreiche Literatur über die Bauerngilden stammt in ihrer Mehrzahl aus der Zeit um die Jahrhundertwende. Jüngere bürgerliche Arbeiten beschäftigen sich mit ihnen unter volkskundlichen Aspekten. Peter Löffler sieht die westfälischen Gilden als Folge von einem "seit dem 15. Jh. einsetzende(n) Prozeß der wirtschaftlichen Verlagerung von der Stadt auf das Land ... Nach und nach gelingt es dem flachen Lande, stärksten Anteil an der gewerblichen Wirtschaft zu erhalten", der "das Einströmen von Brauchtumsformen aus der Stadt aufs Land" erleichtert.<sup>5</sup> Dies im Sinne der von einigen westdeutschen Forschern festgestellten "Protoindustrialisierung" einzelner ländlicher Gebiete, einer Verlagerung der gewerblichen Produktion von der Stadt auf das Land, zu der es im 16. bis 18. Jahrhundert kam, "weil die Angebotselastizität der städtischen Wirtschaft zu niedrig war und zudem durch die konservative Wirtschaftspolitik der Zünfte institutionell niedrig gehalten wurde".<sup>6</sup> Konrad Köstlin hingegen glaubt in den Gilden Schleswig-Holsteins Auswirkungen einer bäuerlichen Prosperität in den Jahrzehnten nach dem Bauernkrieg zu erkennen. "Der Aufschwung der Landwirtschaft im 16. Jahrhundert nach den spätmittelalterlichen Agrardepressionen erklärt zu einem guten Teil die Übernahme städtischer Kulturformen ... Private Kapitalakkumulation hat nur die Möglichkeit, sich in demonstrativem Luxus und brauchmäßiger Selbstdarstellung zu erschöpfen, da

3 Schloppe, Christian, Chronicon oder Beschreibung der Stadt und des Stifts Bardewick, Lübeck 1704, S. 496.

4 Neumann, Walter, Die Flurnamen des Amtes Grevesmühlen, phil. Diss. Rostock 1931, Wismar 1932, S. 119 f.

5 Löffler, Peter, Studien zum Totenbrauchtum in den Gilden, Bruderschaften und Nachbarschaften Westfalens vom Ende des 15. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Münster 1975, S. 23 = Forschungen zur Volkskunde, Nr. 47.

6 Kriedte, Peter/Medick, Hans/Schlumbohm, Jürgen, Industrialisierung vor der Industrialisierung, Göttingen 1977, S. 28. - Vgl. dazu die Rezension von Schultz, Helga, "Protoindustrialisierung" in der Manufakturperiode. Der Gegensatz von Theorie und Empirie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 4, S. 187 - 195.



eine Intensivierung der Landwirtschaft durch noch so hohen Kapitaleinsatz nicht mehr möglich ist. Zu solch brauchmäßiger Selbstdarstellung gehört die Gilde."<sup>7</sup>

Zweifellos übernahmen die Bauern die Institution der Gilde aus der Stadt, doch müssen andere als die oben angegebenen Gründe die Ursachen dafür gewesen sein. Die genannten und ähnliche Arbeiten gehen nicht davon aus, daß es sich bei den Bauerngilden um eine Reaktionsform der tradierten Dorfgemeinschaft auf die verstärkte feudalherrliche Dominanz in spätfеudaler Zeit gehandelt hat. Friedrich Engels spricht von der "fast wunderbare(n) Anpassungsfähigkeit, die die Markverfassung hier auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens und gegenüber den mannigfachsten Anforderungen entwickelt hat".<sup>8</sup> Es ist notwendig, das Problem der Bauerngilden unter agrarhistorischen Gesichtspunkten in die spätfеudale Periode einzuordnen, die gekennzeichnet ist von zunehmender Refeudalisierung, von der Niederlage der deutschen frühbürgerlichen Revolution und der Ausprägung vielfältiger Formen der zweiten Leibeigenschaft.

Sie zu erforschen, hat erst unlängst Jürgen Kuczynski in einer Darstellung der Genossenschaften des 17. Jahrhunderts angeregt. "Bei all dem muß man sehen, daß sich in unserer Zeit (1600 bis 1650 - J. R.) in den verschiedenen, bisweilen sogar nahe beieinanderliegenden Gegenden nicht nur Dorfgemeinschaften von verschiedener eigener Kraft, mit darum zum Teil verschiedener Aufgabenstellung aus eigener Initiative, herausgebildet haben, sondern daß auch Genossenschaften zu entstehen beginnen, die nur Teile - die gehobenen oder alteingewohnten - der Dorfeinwohnerschaft demokratisch umfassen, wie auch ganz neuartige Genossenschaften entstehen mit ganz beschränkten Aufgaben, etwa Gilden zum Schutz gegen Brände und ihre Folgen. Sie alle sind in ihrer Eigenart und Verschiedenheit je nach Gegend, ja, je nach Grundherrschaft, bis auf wenige Ausnahmen noch ganz ungenügend untersucht."<sup>9</sup>

Gerhard Heitz unterstreicht dies und betont, es sei die Aufgabe der marxistischen Agrargeschichtsforschung, "die vielfältigen, regional sehr unterschiedlichen Formen, in denen Bauern im Rahmen der Gemeinde, aber auch darüber hinaus (Landschaften) genossenschaftliche Regelungen selbst setzen, verwirklichen und kontrollieren, genauer einzuschätzen."<sup>10</sup>

## 2. Bauerngilden im niederdeutschen Gebiet außerhalb Mecklenburgs

Zunächst soll versucht werden, aus der Literatur Bekanntes über Verbreitung und regionale Eigenheiten der Bauerngilden außerhalb Mecklenburgs zusammenzutragen.

Für Westfalen<sup>11</sup> ist ihre Existenz in den Bistümern Münster und Osnabrück im Zeitraum zwischen 1478 und 1709 belegt.<sup>12</sup> Die Gilden umfaßten einzelne Dörfer

7 Köstlin, Konrad, Gilden in Schleswig-Holstein, Göttingen 1976, S. 69 f.

8 Engels, Friedrich, Die Mark, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1978, S. 324.

9 Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien 1: 1600 - 1650, Berlin 1980, S. 248.

10 Heitz, Gerhard, Genossenschaften und Sozialstruktur, in: ebenda, S. 308.

11 Wilmans, R., Die ländlichen Schutzgilden Westfalens, in: Zeitschrift für deutsche Kulturgeschichte, Neue Folge, Nr. 3/1874, S. 1 - 18; Sommer, Jakob, Westfälisches Gildenwesen mit Ausschluß der geistlichen Bruderschaften und Gewerbsgilden, in: Archiv für Kulturgeschichte, Nr. 7/1909, S. 393 - 476.

12 Vgl. Sommer, Jakob, a. a. O., S. 420, 428.

oder ganze Kirchspiele. An der Spitze standen sogenannte Vorsteher oder Gildemeister.<sup>13</sup> Mitglieder der Gilden waren Bauern und Kötter, mitunter auch geistliche und adlige Grundherren.<sup>14</sup> Offensichtlich umfaßten die Gilden die ganze Dorfschaft, denn mehrfach findet sich die Gleichsetzung "burskapen edder gilden" bzw. "kerspels lude edder gilden".<sup>15</sup> Die Kötter waren minderberechtigt. Einnahmen aus eigenem Land besaßen diese Gilden offensichtlich nicht, denn zu den Gildegelagen mußten die Teilnehmer Butter, Käse, Hühner und Gerste beisteuern und verschiedentlich Geld entrichten.<sup>16</sup> Über die Modalitäten gegenseitiger Hilfe ist aus der Literatur nichts zu erfahren.

Ostfälische Bauerngilden lassen sich im Bereich der Lüneburger Heide für das 17. Jahrhundert nachweisen. Da sie aber im Lagerbuch des Amtes Winsen a. d. Luhe 1634 als "uralt"<sup>17</sup> und von Schlöpke in der erwähnten Bardowicker Chronik<sup>18</sup> 1704 ähnlich bezeichnet werden, reichen sie mindestens bis ins 16. Jahrhundert zurück. In Ebstorf ist 1562 eine Dorfgilde bezeugt.<sup>19</sup> Die bekannt gewordenen Gilden erstreckten sich auf das ganze Kirchspiel. Aus der Tatsache, daß alle Hauswirte Mitglieder der Gilde waren, ist auch hier zu schlußfolgern, daß damit Bauern und Kötter gemeint sind. Pastoren und geistliche Grundherren gehörten ebenfalls der Gilde an.<sup>20</sup>

Als Formen der Nachbarschaftshilfe werden genannt: Brandhilfe, Unterstützung bei Viehsterben, Totenfolge (das heißt das letzte Geleit für verstorbene Mitglieder), gemeinsame Beteiligung an den Ausgaben für Kirchen und Schulgebäude sowie kollektive Arbeiten an Dorfanlagen.<sup>21</sup> Fester Bestandteil dieses genossenschaftlichen Lebens war das Gildegelage: "Damit nun diese feine Gewohnheit jährlich erneuert und von einer Zeit zur andern erhalten werde, und die Gildebrüder desto williger sein mögen, derselben nachzuleben, und einer dem andern erheischender Noth obgemeldeter Gildebrüders-Gebührnisse zu reichen, so giebt die Gilde jährlich am Pfingstdienstage und folgenden Mittwochen ihnen fünf Tonnen Biers in guter brüderlicher Eintracht und ohne Ueppigkeit auszutrinken."<sup>22</sup> Erst das Gildegelage hielt die genossenschaftlichen Pflichten am Leben, weil sie dort von Jahr zu Jahr rekapituliert und teilweise erneuert wurden. Das scheinbar ewig sich wiederholende Arbeitsjahr der Bauern wurde zu Pfingsten, wenn zwischen Aussaat und Ernte eine Pause in der Feldarbeit eingetreten war, neu geplant. Die Gilden in Ostfalen bezogen Renten aus Wiesen und Ackerland in der Dorffeldmark, die an einzelne Bauern verpachtet waren.<sup>23</sup> Außerdem verließen sie Geld gegen Zinsen.<sup>24</sup> Im Kirchspiel Amelinghausen floß überraschenderweise ein Teil des Korn- und Lämmerzehnten an die Gilde zurück.<sup>25</sup> Mit diesen Einnahmen bestritten die Bauern die jährlichen Gelage.

13 Vgl. ebenda, S. 415, 420.

14 Vgl. ebenda.

15 Ebenda, S. 415.

16 Vgl. Wilmans, R., a. a. O., S. 7 f.

17 Hammerstein-Loxten, Wilhelm Conrad Frh. v., Der Bardengau, eine historische Untersuchung über dessen Verhältnisse und über den Güterbesitz der Billunger, Hannover 1869, S. 336.

18 Schlöpke, Christian, a. a. O., S. 469.

19 Vgl. Hammerstein-Loxten, Wilhelm Conrad Frh. v., a. a. O., S. 253.

20 Vgl. Schlöpke, Christian, a. a. O., S. 498; Hammerstein-Loxten, Wilhelm Conrad Frh. v., a. a. O., S. 337.

21 Vgl. ebenda.

22 Hammerstein-Loxten, Wilhelm Conrad Frh. v., a. a. O., S. 337.

23 Vgl. ebenda.

24 Vgl. Schlöpke, Christian, a. a. O., S. 498.

25 Vgl. Hammerstein-Loxten, Wilhelm Conrad Frh. v., a. a. O., S. 337.

Am besten erforscht sind die ländlichen Gilden Schleswig-Holsteins.<sup>26</sup> Die regionalgeschichtliche Forschung hat seit der Jahrhundertwende eine große Zahl von Gildestatuten (Gildebücher, -rollen, -beliebungen) ermittelt.<sup>27</sup> Da uns dadurch die innere Verfassung der schleswig-holsteinischen Dorfgilden bekannt ist, haben sie einen unschätzbaren Vergleichswert für die Untersuchung der Gilden anderer norddeutscher Territorien, denn solche Statuten waren nirgendwo sonst aufzufinden. In der Literatur werden die ländlichen Gilden Schleswig-Holsteins meist einseitig als "Brandgilden" bezeichnet und als Kinder der Reformation eingestuft.<sup>28</sup> Richtig ist, daß die bekannt gewordenen Gildesatzungen aus der Zeit nach der Reformation stammen, daß nach etwa 1540 eine Flut von schriftlich fixierten Gildestatuten einsetzt<sup>29</sup>, deren erste Paragraphen meist die Brandhilfe behandeln. Wer "brandes haluen schaden lede an synnem huse vnnde gebuete, dem suluen schal ein yder houener tho synnem gebuwete wedder tho hulpe kamenn".<sup>30</sup>

Aber das ist nicht die gesamte nachbarschaftliche Unterstützung. Am umfangreichsten sind die Bestimmungen über die "ehrliche Colation unnd gesellschop" zu Pfingsten, wo die Probleme der Feldgemeinschaft besprochen wurden, sowie Verhaltensmaßregeln für diese Zusammenkünfte.<sup>31</sup> Andere wichtige Punkte waren die Totenfolge für verstorbene Gildemitglieder, die gegenseitige Hilfe bei Viehdiebstahl und das Vogelschießen zu Himmelfahrt.<sup>32</sup> Gelegentlich wurde der Beistand bei Krankheit eines Bauern geregelt, zum Beispiel in der Ulsnisser Gildesatzung: "Wurde jemandt von unßen Gildebrödern mit Liveskranckheit verhindert, dat er ahne alle sine Schult in Saht- oder Ahrntidt mit seiner Arbeit thorügge queme, schall ehm dat gantze Naberschop helpen in der Saettidt 1 Dag jede mit ein Plog, und in der Ahrne jeder Gildebroder mit 2 Lude, up er eegen Unkostung."<sup>33</sup>

Die Dorfgilden lassen sich andererseits schon einige Jahrzehnte vor der Reformation nachweisen. Wie die Gilden anderer Gebiete Norddeutschlands reichen sie bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts zurück. Die ältesten bekannt geworde-

26 Umfassende Darstellungen sind neben der schon genannten Arbeit von Köstlin auch Helmer, Georg, Die Geschichte der privaten Feuerversicherung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, 2 Bde., Berlin 1925/26; Kähler, Julius, Die Gilden in den holsteinischen Elbmarschen, phil. Diss. Leipzig 1904, Itzehoe 1904; Maass, Ludwig, Die Brandgilden insbesondere in Schleswig-Holstein, phil. Diss. Tübingen 1909, Stuttgart 1909.

27 Die meisten Gildestatuten veröffentlicht Helmer, Georg, a. a. O. - Andere Satzungen bei Detlefsen, Detlef, Geschichte der holsteinischen Elbmarschen, 2 Bde., Glückstadt 1891/92; Jensen, Wilhelm, Die Gilden im Amt Steinburg, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Nr. 50/1921, S. 393 - 425; Kühl, Walter, Die Gilden im Kirchspiel Weddingstedt, in: Dithmarschen, Nr. 12/1936, S. 149 - 154; Schlothfeldt, Hans, Die Fockbeker Medardusgilde, erneuert im Jahre 1649, in: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Rendsburg 1953, S. 99 - 108; Wolke, Willi, Die Ulsnisser Kirchspielgilde von 1614, in: Jahrbuch des Angler Heimatvereins, Nr. 24/1960, S. 36 - 43.

28 Vgl. Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 2, S. 366; Kähler, Julius, a. a. O., S. 32.

29 Vgl. Kähler, Julius, a. a. O., S. 154; Jensen, Wilhelm, a. a. O., S. 401 f.

30 Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 401.

31 Das Fockbeker Gildebuch 1649 enthält 32 Artikel, 19 davon regeln das Gildegelage, aber nur 6 die Brandhilfe (Schlothfeldt, Hans, a. a. O., S. 101 - 104); von 17 Regeln der Gilde von Süderauerdorf 1547 handeln 9 vom Gildefest und nur 4 von der Brandversicherung (Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 401 - 404); in der Ulsnisser Gildesatzung 1614 ist das Verhältnis gar 32 zu 5 (Wolke, Willi, a. a. O., S. 38).

32 Vgl. Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 401 - 409.

33 Wolke, Willi, a. a. O., S. 38.

nen Gilden sind die von Preetz in Wagrien 1442 sowie die von Norderstapel und Süderstapel 1446 in der Landschaft Stapelholm.<sup>34</sup> Auch die Benennung einiger Gilden im Kreis Rendsburg nach Kirchenheiligen (Medardus-, Vitus-, Jacobi-, Johannes-, Bonifatiusgilde)<sup>35</sup> weist natürlich auf die vorreformatorische Zeit.

Mitglieder der Dorfgilde waren zunächst nur "Bohlsman und Kötner"<sup>36</sup> oder einfach "ein yder houener yn deme burschop"<sup>37</sup>, also wohl alle Einwohner, die volle oder Teilrechte auf die Nutzung der Feldmark hatten. Da die Brandversicherung als Obliegenheit der Gilde über den bäuerlichen Rahmen hinausging, wurde jedoch die Mitgliedschaft nach und nach auch auf die anderen Dorfbewohner ausgedehnt, auf Gesinde, Altenteiler, Pastoren und Handwerker. Im 17. Jahrhundert schlossen die Gilden mit den Nachbardörfern Verträge, und typisch für Schleswig-Holstein wurde die Kirchspielgilde mit vier bis sechs Dörfern.<sup>38</sup>

Einnahmen stammten aus Abgaben der Mitglieder, deren Höhe in den Gilderollen festgelegt war: Naturalien in Form von Gerste ("vor jeder Wische 1 Schip Garsten"<sup>39</sup>) oder Bier (eine Tonne Bier bei Ein- oder Austritt) sowie Geld (zum Beispiel bei Eintritt "3  $\beta$  Schriffgeldt"<sup>40</sup>). Für das Gildegelage mußte extra bezahlt werden ("de dat ghilde gheuenn scholenn soes mark Lubsk tho hulpe hebben von den andern gylde broderen tho der bekostinge"<sup>41</sup>).

Die Naturalien wurden im Gildehaus aufbewahrt, Geld in der Gildelade - beides Symbole dorfgenosenschaftlichen Selbstverständnisses. Geld aus der Gildelade diente auch zur Unterstützung in Not geratener Gildebrüder. "Wen nach gehaltenener Rechnung etwas über bleibt, und in der Lade gelegt wird, daß soll darzu verwahret werden, so ein Gilde Bruder, Es hoch beschweret, und Geldes von nöhten hat, dem soll man davon auf eine Bestimmten Zeit leihen ohne rente, oder so einer gantz arm und Nothdürftig werde, dem soll man nach Gelegenheit etliche Schilling geben."<sup>42</sup>

An der Spitze der Gilde stand der Ältermann (olderman) oder Hauptmann (hövetman). Er wurde gewählt oder nach einem festen Turnus bestimmt. "Et schall dejenne, de dat Gilde in sinen Behusinge holdt, dessulven Jahrs Hovetmann wesen", heißt es in der Damflether Gilderolle.<sup>43</sup> Der Ältermann konnte auch auf mehrere Jahre oder auf Lebenszeit gewählt werden und mit dem Ältermann des Dorfes identisch sein.<sup>44</sup> Seine wichtigste Aufgabe war die Organisation des Gildefestes, welches im Gildehaus oder im Haus eines Gildegenossen, wofür sich die Niederdeutschen Hallenhäuser mit großer Diele anboten, selten aber im Wirtshaus stattfand. Zeitpunkt war immer ein Tag um Pfingsten, meist Dienstag in der Woche nach Pfingsten. Manche Gilden trugen ihren Namen nach dem Termin des Gildefestes (Himmelfahrtsgilde, Medardusgilde - 8. Juni, Johannisgilde - 24. Juni).

Alle Gildestatuten nahmen das Erscheinen auf dem Fest sehr ernst und ordneten an, daß "ein ider houener myth syner eeliken husfruwen dar gegenwar-

34 Vgl. Jensen, Wilhelm, a. a. O., S. 400 Anm. 2.

35 Vgl. Schlothfeldt, Hans, a. a. O., S. 100.

36 Wolke, Willi, a. a. O., S. 37.

37 Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 402.

38 Sehr gut läßt sich das am Beispiel des nach und nach erweiterten Süderauer Gildebuches zwischen 1547 und 1676 nachweisen, das Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 401 - 409, edierte.

39 Wolke, Willi, a. a. O., S. 38.

40 Jensen, Wilhelm, a. a. O., S. 407.

41 Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 403.

42 Schlothfeldt, Hans, a. a. O., S. 103.

43 Helmer, Georg, a. a. O., Bd. 2, S. 104.

44 Vgl. ebenda, S. 105.



die thorschynende" hat.<sup>45</sup> Nichterscheinen wurde bestraft. Das Fest hatte einen geschäftlichen und einen geselligen Teil. Nach Absingen eines Liedes oder nach einem Gottesdienst eröffnete der Ältermann durch Aufklopfen mit dem Gildestab den offiziellen Teil: Aufnahme neuer Mitglieder, Beschwerden, Strafen, Satzungsänderungen, Probleme der Gilde und des Dorfes. Bei jedem Fest wurden die Statuten den Mitgliedern laut vorgelesen und eingeschärft; Änderungen wurden nur auf dieser Vollversammlung der Gilde beschlossen.<sup>46</sup> Nach dem offiziellen Teil begann das Gelage, bei dem es nur Bier gab, niemals Branntwein.<sup>47</sup> Musikanten spielten zum Tanz auf, der ebenfalls Pflicht für jeden war. Auf vielen solcher Zusammenkünfte wurde gespeist. Das Fest war zu Ende, wenn "de olderman vmme der sunnen vnderganck vppkloppede", Bier durfte dann nicht mehr ausgeschenkt werden.<sup>48</sup>

Der Gildestab, mit dem der Ältermann durch Klopfzeichen die einzelnen Phasen des Gildegelages einleitete, scheint eine ähnliche Symbolkraft besessen zu haben wie Zepter, Marschallstab oder Korporalstock. Nach Detlef Detlefsen war er "ein gedrechselter, auch wohl etwas geschnitzter, 2 bis 3 Fuß langer Stab, um den bisweilen die pergamentene Gilderolle gerollt ist".<sup>49</sup> Somit dürften die Klopfzeichen hör- und sichtbarer Ausdruck für das Durchsetzungsvermögen des bäuerlichen Gesetzes gewesen sein.

Von einer ähnlichen Erscheinung in der Uckermark berichtet Hartmut Harnisch.<sup>50</sup> Dort beschwerte sich 1609 die "gemeine Bauernschaft" in Fredenwalde über ihren Junker, der das Schulzenamt beseitigen ließ, folgendermaßen: Er habe "den stock (das Amtszeichen der Schulzenwürde - H. H.), so davor gewesen, nehmen lassen, alles gemeiner Nachbarschaft zu merklichen verfang und nachtheil, welche seithero des Schulzen entrathen müssen". Und weiter führt Harnisch über die Bedeutung des "Stocks" für die genossenschaftliche Struktur des feudalen Dorfes aus, ohne allerdings das Wort "Gilde" zu nennen: "... durch ihn wurde das 'nachbarrecht' oder das 'gemeine bauerrecht' verwirklicht, also die praktische gegenseitige Hilfe der Dorfgenossen und die Unterhaltung bestimmter gemeindlicher Einrichtungen, wie Gemeindebulle und 'Samenschwein'. Aber der ausdrückliche Hinweis auf den Stock des Schulzen scheint doch auch zu zeigen, daß für die Bauern damit ein Stück ihres Selbstverständnisses als bäuerliche Korporationen einer gewissen Eigenständigkeit verbunden war."

Hinsichtlich der Verbreitung der schleswig-holsteinischen Gilden läßt sich ein West-Ost-Gefälle konstatieren. In den östlichen, gutsherrschaftlichen, zum Gebiet der feudalen Ostexpansion gehörenden Landesteilen kamen Dorfgilden seltener vor als im Westen.<sup>51</sup> Am häufigsten waren sie in den Elbmarschen, wo um 1700 kaum ein Dorf ohne Gilde existierte. Allein im Amt Steinburg lassen sich für das 16. Jahrhundert 22 und für das 17. Jahrhundert 27 Gildegründungen auf dem Lande nachweisen.<sup>52</sup>

45 Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 402.

46 Vgl. Helmer, Georg, a. a. O., Bd. 2, S. 797 f.

47 Vgl. ebenda, S. 794.

48 Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 1, S. 403.

49 Ebenda, Bd. 2, S. 359 Anm. 3. - Ebenso definiert Kähler, Julius, a. a. O., S. 34, die Gilderolle als "rollenförmig um einen Stock, der bei den Gildeversammlungen von Bedeutung ist, gewundene Statuten".

50 Harnisch, Hartmut, Landgemeinde, feudalherrlich-bäuerliche Klassenkämpfe und Agrarverfassung im Spätfeudalismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/1978, S. 893.

51 Vgl. Köstlin, Konrad, a. a. O., S. 100 f.

52 Vgl. Jensen, Wilhelm, a. a. O., S. 393, 401 f.

Harnisch wies erst unlängst darauf hin, "daß in vielen Fällen die Feudalherrn de facto Teilhaber der genossenschaftlichen Ordnung bei der Gemarkungsnutzung (Ackerland, Hütungen, Wald) waren, und zwar nicht nur im Bereich der Gutsherrschaft. Auch der kleinste Eigenbetrieb im Gebiet der Grundherrschaft machte den Grundherrn zum Mitnutzer in der Genossenschaft".<sup>53</sup> So war der Junker als Anteilnutzer der Allmende ganz natürlich auch Mitglied der Dorfgilde. Im 16. Jahrhundert, als die Entwicklung zur Gutsherrschaft erst begann, schien diese Mitgliedschaft oft nur eine formale gewesen zu sein. Die Kollmarer Gilderolle 1592 sagt dazu: "De Jungkherr will van der Ovelgönne (dem Kollmarer Gutshof - J. R.) vor einen vollen Buwmann dat gelt geven, und mit den anderen Dingen nientes tho schaffende hebbē."<sup>54</sup> Nach dem Dreißigjährigen Krieg wuchs mit der verstärkten Okkupation der Allmende durch die Gutsherren auch deren Einfluß auf die Gilde. Sie entwickelte sich vielerorts zu einem neuen feudalherrlichen Herrschaftsorgan. So wurde nach dem Krieg die Gettorfer Gildebeleibung, die Gildeordnung also, den Bauern in veränderter Form von den Kirchspieljunkern wie eine neue Fron verordnet: "Wier Dethleff von Ahlefelt zuer Lindouw, Fraw Anna von Ahlefelt zu Koningsforde und Asmus von Ahlefelt zur Hütten, respective alle erggesessen patronen der Kirchen zu Gettorff Thun Kunt und Offenbahr iedermenniglich. Nach deme Unsere unterthanen und auch andere Kirchspiel Leute uns angeleget und gebetten, Wir mochten das Gilde, so durch mißbrauch und unordnung eine Zeit lang niedergeleget gewessen (durch die Kriegsverwüstungen - J. R.), wieder auffrichten, und damit es ordentlich hinfüro moge gehalten werden, So haben wir oben genante Junckeren in Betrachtunge manngerlich ufals und insunderheit der iammerlichen Fewersnoth, mit Bewilligung Consens und Volmacht der anderen Kirchspiel Junckeren (es folgen sechs weitere Namen - J. R.) nach folgende ordnung gemacht und wieder ufgerichtet, und wollen dieße ordnung und Bewilligung gebührlich nachgelebet werde, bei poen und Straffe."<sup>55</sup>

### 3. Mecklenburgische Bauerngilden - dargestellt am Klosteramt Dobbertin

Über Bauerngilden in Mecklenburg ist sehr wenig bekannt. In der historischen Literatur werden sie gelegentlich erwähnt, aber nirgendwo genauer untersucht.<sup>56</sup> Die folgende Darstellung stützt sich auf das im Staatsarchiv Schwerin vorhandene Aktenmaterial des Klosteramtes Dobbertin. Sie kann nicht Anspruch darauf

<sup>53</sup> Harnisch, Hartmut, Gemeindeeigentum und Gemeindefinanzen im Spätfudalismus, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 8/1981, S. 129.

<sup>54</sup> Detlefsen, Detlef, a. a. O., Bd. 2, S. 366.

<sup>55</sup> Weber von Rosenkrantz, Woldemar, Die Gettorfer Brandgilde, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Nr. 43, 1913, S. 440; Engels, Friedrich, a. a. O., S. 324, charakterisiert diesen Vorgang so: "Wenn ein Gutsherr - geistlich oder weltlich - ein Bauerngut erwarb, so erwarb er damit auch die zum Gut gehörige Gerechtigkeit in der Mark. Die neuen Grundherren wurden so Markgenossen, den übrigen freien und hörigen Genossen, selbst ihren eigenen Leibeigenen, innerhalb der Mark ursprünglich nur gleichberechtigt. Aber bald erwarben sie, trotz des zähen Widerstandes der Bauern, an vielen Orten Vorrechte in der Mark und konnten diese letztere oft sogar ihrer Grundherrschaft unterwerfen. Und dennoch dauerte die alte Markgenossenschaft fort, wenn auch unter herrschaftlicher Obervormundschaft."

<sup>56</sup> Z. B. Glöckler, A. F. W., Die Straßengerechtigkeit in Meklenburg, in: Mecklenburgische Jahrbücher, Bd. 10, 1845, S. 395 f.; Horn, Alfred, Zur Geschichte des Kirchspiels Selmsdorf im Fürstentum Ratzeburg, Bd. 2, Schönberg (Mecklenburg) 1925, S. 81.

erheben, für ganz Mecklenburg Gültiges auszusagen. Dazu wären weitere ähnliche Quellenstudien aus landesherrlichen und ritterschaftlichen Ämtern nötig.

Das Dobbertiner Material, in dem Gilden erwähnt werden, stammt aus den Jahren 1587 bis 1728. Es handelt sich hauptsächlich um Protokolle, aber auch Vermessungsregister. Die beiden Jahreszahlen bedeuten nicht den Anfang und das Ende der Gilden im Amt, sondern ergeben sich aus der Zufälligkeit der Quellenüberlieferung.

Das Klosteramt Dobbertin war ein langgestrecktes, nicht zusammenhängendes Gebiet im Süden Mecklenburgs mit den Dörfern Domsühl bei Parchim und Diemitz bei Mirow als äußersten Punkten. Es bestand aus rund 25 Ortschaften, deren Zusammensetzung durch Permutation mehrfach wechselte. Die Mehrzahl der Dörfer lag im Städtedreieck Lübz - Sternberg - Güstrow.

Das Kloster Dobbertin war im 13. Jahrhundert im Zuge der Ostexpansion gegründet worden. Nach der Reformation wurde es 1572 den Landständen für die Übernahme landesherrlicher Schulden übergeben. De facto befand es sich im Besitz der Ritterschaft. Bis 1918 diente das evangelische Landeskloster als Versorgungsanstalt für unverheiratet gebliebene Damen des mecklenburgischen Adels.<sup>57</sup>

Auf die Existenz von Bauerngilden im Amt Dobbertin machte schon vor fünfzig Jahren der Schweriner Archivar Franz Engel aufmerksam. In einer siedlungsgeschichtlichen Untersuchung schrieb er: "Fast in allen Dorffluren des Dobbertiner Gebietes findet sich ein mehr oder weniger großes Ackerstück mit der Bezeichnung 'Gildeland' oder 'Gildeacker'. Dieses gehörte ursprünglich einer Gemeinschaft mehrerer Bauern, deren Ursprung noch dunkel ist, die aber sicher schon aus der katholischen Zeit herrührte."<sup>58</sup>

Nachrichten über die Gilden sind im Quellenmaterial relativ gering. Das liegt am Charakter der Akten, die in der Regel nur die Beziehungen zwischen feudaler Grundherrschaft und feudalabhängigen Agrarproduzenten widerspiegeln, etwa die Realisierung der Renten und die Patrimonialgerichtsbarkeit. Probleme der Dorfgemeinde und damit der Gilde gelangten nur bei Ordnungswidrigkeiten, wenn sich die feudale klösterliche Gerichtsbarkeit einschaltete, oder bei grundherrlichen Administrationen in die Amtsprotokolle.

Am häufigsten kommen Aufzeichnungen über sogenannte Gildeverbrechen vor, das waren meist Tötlichkeiten und Beleidigungen bei Gildegelagen. Hierbei handelte es sich um Konfliktsituationen, bei denen die Gilden leicht mit der Feudalherrschaft hätten kollidieren können. Im spätfudalen Untersuchungszeitraum hatte diese längst die "hogeste und sideste" Gerichtsbarkeit in ihre Hand gebracht, und im Laufe der Entwicklung zur zweiten Leibeigenschaft waren auch letzte Reste dorfgemeinschaftlicher Gerichte beseitigt worden. Nun ist es aber ein Merkmal aller Gilden, eine eigene Rechtssprechung auszuüben.

Diesem Dilemma hatten sich die schleswig-holsteinischen Gilden dadurch entzogen, daß sie neben der von der Feudalgewalt verhängten Strafe dem Delinquenten eine Zusatzbuße auferlegten. Die Camerlandter Gildeordnung von 1600 sagt dazu: "Wörde awerst iemandt Zancken, Kiven, schlahenn, edder mitt unmotten ehrenrörigen sinen negsten angripenn, de schall hirvon der Ovrigkeit betereenn, Und dem gilde, ahne iegenspröcke Eine tunne Hamborger behr erlegen."<sup>59</sup>

57 Vgl. Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg), Rostock 1968, S. 65 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Schwerin, Bd. 6.

58 Engels, Franz, Deutsche und slawische Einflüsse in der Dobbertiner Kulturlandschaft, Kiel 1934, S. 85 = Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel, Bd. 2, Nr. 3.

59 Helmer, Georg, a. a. O., Bd. 1. S. 409.

Eine ähnliche doppelte Strafe mußte im Klosteramt Dobbertin gezahlt werden. Wie sehr sich im Untersuchungszeitraum die bäuerliche Rechtsposition verschlechterte, davon zeugen folgende Beispiele. 1592 zahlte ein Bauer für eine Schlägerei in der Gilde 2 Gulden an die Herrschaft und immerhin noch 1/2 Gulden "den Pawren zu bhier".<sup>60</sup> 1634 war ein solcher Übeltäter "dem Amt mit 5 fl straff vnd 8 ß den sempliche vnterthanen zu frey bier gelde verfallen".<sup>61</sup> Für Tätlichkeiten kassierte im Jahre 1687 nur das Kloster von jedem Teilnehmer einer Pfingsgilde 5 Gulden.<sup>62</sup>

Die Akten enthalten auch Mitteilungen über Gildeland. Im Untersuchungszeitraum verloren die Bauern mehr und mehr Rechte bei der Allmendenutzung, weil das Kloster zunehmend zur Gutswirtschaft überging. Aufstellungen über die Bodennutzung der Bauern kündigen meist den Beginn einer solchen Entwicklung an. Das ist in den Hufenverzeichnissen vom Ende des 16. Jahrhunderts<sup>63</sup> der Fall und vor allem in den in Mecklenburg üblichen Vermessungsregistern der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, im Klosteramt 1728.<sup>64</sup> Beide Quellen enthalten detaillierte Angaben über Gildeland.

Zum dritten wurden längerfristige Verträge im Amtsprotokoll verzeichnet. Offensichtlich geschah die Verpachtung von Gildeland an einzelne Dorfgenosser nur mit Wissen und Erlaubnis des Klosters. Eine feudalherrliche Oberaufsicht über die Gilden wie in Schleswig-Holstein ist hieraus ersichtlich.

Schwierigkeiten beim Quellenstudium ergeben sich auch durch die polyseme Verwendung des Wortes "Gilde", das übrigens männlichen, weiblichen oder sächlichen Geschlechts sein kann. "Gilde" bezeichnet zum einen eine Gruppe von Personen mit ihrer festen inneren Ordnung. In dieser Bedeutung korrespondiert das Wort mit "Bauernschaft" oder "Nachbarschaft", denn diese Bezeichnungen erstrecken sich ebenfalls nur auf die an der Feldmark beteiligten Mitglieder der Landgemeinde. Zum anderen bezeichnet "Gilde" auch das Festgelage dieser Personengruppe, oft genauer "Pfingstgilde" oder "Gildebier" genannt. "Gilde" kann aber auch jedes andere festliche Gelage bedeuten, sei es privater oder jahreszeitlicher Natur. Es gab Fastelabends-, Oster-, Ernte- und Weihnachtsgilden. In dieser Bedeutung kann in den Akten auch "Fastelabendsbier", "Osterbier" usw. stehen.

Mitunter findet sich das niederdeutsche Wort "Gill" für Gilde, allerdings nicht in den hochdeutsch geschriebenen Akten der Grundherrschaft. Aber Briefe einzelner schreibfähiger Agrarproduzenten beweisen, daß dieses Wort auf dem platten Lande im Schwange war. Ein Bauer berichtete unter anderem vom Hafer, "so auf dem gilaker gebauet ist".<sup>65</sup> Dieser Gebrauch hat sich auch in Flurnamen erhalten. "Gill Acker" oder "Gill Camp" finden sich in den klösterlichen Sandpropsteidörfern in der Umgebung von Röbel.<sup>66</sup>

Im 17. Jahrhundert muß das oberdeutsche Wort "Zunft" im südlichen Mecklenburg neben "Gilde" getreten sein. Es erscheint nie allein, sondern immer als Wortpaar: "Zünfte und Gilden", selten "Zunft und Gilden". Die Feudalherrschaft benutzte diese Wendung abwertend nur für das Gildegelage, zum Beispiel wenn

60 Staatsarchiv Schwerin (wie auch alle folgenden archivalischen Quellen), Kloster Dobbertin (im folgenden: Kl. Dobb.), Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 72 v.

61 Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1633 - 1635, Bl. 15 v.

62 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1687/88, Bl. 293 v.

63 Vgl. Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593.

64 Vgl. Landständisches Archiv 3.128.1, Landvermessungsregister 1728, Amt Dobbertin.

65 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1671/72, Bl. 30.

66 Landständisches Archiv 3.128.2, Landvermessungsregister 1727, Sandpropstei, Bl. 12, 22 v., 65, 100, 106.



vom Dorf Lexow berichtet wird, daß die Bauern "8 ß frey Bier gelt ... Jehrlich zu Ihre Zunfften vnd gilden erheben"<sup>67</sup> und daß "in Zunfften vnd gilden sie in schlägereien deßwegen gerahten".<sup>68</sup> Die Agrarproduzenten jedoch unterstreichen mit dieser Wendung ihre Reputation im Dorf und meinen offensichtlich die Institution. Empört ruft ein Angeklagter im Dorfe Lärz aus, "daß Cläger der erste gewesen, so mit schmähworten wider ihn herausgefahren, und ihn, der doch in ehrlichen Zunfften und Gilden seße, öfftermahlen vor einen schelm ausgerufen".<sup>69</sup> Bei einem Rechtsstreit in Sietow droht der Schmied dem Pastor, "daß Er doch von seinem tumultiren wider Ihn ablaßen, u. ihn nicht ferner reitzen mögte, es durffte sonsten nicht viel gutes in entstehung daraus erwachsen, weñl Er in Zunfft u. Gilden seße u. solches in die länge von Ihme nicht erleiden könte".<sup>70</sup>

Bei Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten substantieller und philologischer Natur lassen sich aus den Quellen mit Sicherheit zwei Erscheinungsformen ländlicher Gilden für das Klosteramt Dobbertin herauslesen: die Veranstaltung des Gildegelages zu Pfingsten und die Existenz von Gildeland zu gegenseitiger Unterstützung und zur Bestreitung gemeinsamer Ausgaben. Nichts weist hingegen auf fixierte Gildestatuten, Feuerversicherung, Schützenfeste und Totenfolge wie in anderen norddeutschen Territorien hin. Die Bauerngilden scheinen in Mecklenburg keine so festgefügteten, durch Statuten gebundene Genossenschaften feudalahängiger Agrarproduzenten wie in Schleswig-Holstein gewesen zu sein. Sie waren eher eine lockere Gemeinschaft aller am Feldbau als Besitzer von Hufen oder Teilhufen Beteiligten, die periodisch zu Pfingsten zu einem Gelage zusammenkamen, um die aus dem feudalen Produktionsprozeß sich ergebenden Probleme der Allmendenutzung und der traditionellen Feldgemeinschaft zu besprechen, und die die dorfgemeinschaftlichen Einrichtungen (Gildeland, Gemeindebulle und -eber, Wald-, Weide-, Gewässer- und Straßengerechtigkeiten) verwalteten. Die mecklenburgischen Gilden grenzten sich schärfer gegen Landarme und Landlose ab. Auch sie standen unter feudalherrlicher Oberaufsicht.

Daß auch die klösterlichen Amtsleute Mitglieder der Gilde waren, geht aus den Dobbertiner Quellen nicht hervor. Aber 1560 ist ein entsprechender Fall für Mecklenburg bezeugt. Der Gutsherr von Wessin und Radepohl (bei Crivitz) nahm am Pfingstgelage teil oder ließ sich Bier auf den Hof bringen.<sup>71</sup> Darauf könnte auch hindeuten, wenn 1512 das Braugewerbe der Stadt Röbel klagt, "de guden manne up den dorpen de bruwen vnde don dat ber ern buren to gyldeber".<sup>72</sup> Das heißt zumindest, daß die Ritterschaft den Bauern das Bier zur Pfingstgilde verkaufte.

Als Termin für das Gelage wird der Dienstag nach Pfingsten<sup>73</sup> genannt. Weil das Pfingstfest aber nicht an ein festes Datum gebunden ist, konnte es in die Zeit notwendiger Feldarbeiten fallen, so daß auch andere Termine in Frage kamen, zum Beispiel eine Woche vor Pfingsten.<sup>74</sup> Keine Bemerkung läßt darauf schließen, daß derartige Gelage mehrere Tage gedauert haben, obwohl die

67 Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1633 - 1635, Bl. 15 v.

68 Ebenda.

69 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1684/85, Bl. 4 v.

70 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1697/98, Bl. 407 v.

71 Vgl. Glöckler, A. F. W., a. a. O., S. 396.

72 Groth, P., Die Entstehung der mecklenburgischen Polizeiordnung vom Jahre 1516, in: Mecklenburgische Jahrbücher, Bd. 57, 1892, S. 167.

73 Vgl. Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 136 v.

74 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1668/69, Bl. 232.

mecklenburgischen Polizeiordnungen jener Zeit<sup>75</sup> dies als Möglichkeit bekunden. Ja, es scheint sogar, daß das Fest wie in Schleswig-Holstein bei Sonnenuntergang beendet wurde. 1591 wird von einem Vorfall im Dorfe Domsühl berichtet: "Chim vnd Claws gebrueder de Zachowen sein Dingstags In den Pffingsten zu Abents aus dem gilde Ins felt ... gängen, vnd In deme se bey Ihren Erbsen gestanden, sein 7 Pawr knechte oder Jungens ... kommen, de Zachowen angefallen ..., se Jemmerlich zugemacht vnd schlagen, das man se für den Arzte zu Krivitze gebracht."<sup>76</sup> Die Pffingstgilde war also schon am Abend beendet. Sehr bezechet können die Bauern nicht gewesen sein, denn sie begaben sich nicht nach Hause, sondern auf das Feld. Das könnte mit den bei solchen Gilden von den Bauern besprochenen Problemen der Dorffeldmark zusammengehangen haben. Daß bei dieser Gelegenheit das Gesinde, das an den Gelagen nicht beteiligt war, zwei seiner Dienstherrn verprügelte, steht auf einem anderen Blatt.

Die Diskussion von Dorfproblemen bei Bier und Essen war Zweck der Pffingstgilde. Teilnehmer waren Hufner und Kossaten, alle diejenigen, die voll- oder teilberechtigt an der Feldmark und an den dorffgenossenschaftlichen Einrichtungen und Liegenschaften waren. Nur bei besonderen Anlässen nahmen Gäste teil: Amtspersonen, Pastoren, Handwerker, Einlieger, Gesinde. Einem solchen Fall verdanken wir die Schilderung der Mestliner Pffingstgilde 1596 durch den Pastor des Ortes. "Den 10 Juny des Dingstages In den heiligen Pffingsten wie ich mich auf vnderschedtliches Pitten der Pauren bewegen lassen, das Ich zu Irer gilde gegangen, haben die Pauren mit dem schultzen vom Mangel eines Bullen Rindes geredet ..."<sup>77</sup> Im Verlauf der weiteren Diskussion ging es um dessen Beschaffung. Der Schulze besaß ein Bullenkalb und wollte es gern der Gemeinde verkaufen. Dies schien jedoch den Bauern als Dorfbulle nicht geeignet. Es kam zu einem erregten Wortwechsel zwischen dem Schulzen und den Bauern, die den Pastor nur deshalb eingeladen hatten, weil sie hofften, daß er sich mit seiner Autorität auf ihre Seite stellen würde. Wie oft in solchen Fällen tat das Bier seine Wirkung, und die Gilde endete mit Tätlichkeiten.

Die Haltung des Dorfbullen war eine echte Gildeangelegenheit. Meist war ein Bauer damit beauftragt, das "Dorff Rindt"<sup>78</sup> zu halten, wofür ihn die Gemeinde entschädigte. Verschiedene Ortschaften nutzten einen Teil ihres Gildelandes als "Bullenwiese".<sup>79</sup> Ebenso verhielt es sich mit dem Eber, den ein Dorffgenosse gegen Bezahlung "sämtlicher bauernschaft" aufzog.<sup>80</sup>

75 Vgl. Polizei- und Landordnung 1572, in: Neue vollständige Gesetz-Sammlung für die Mecklenburg-Schwerinschen Lande, Bd. 5: Polizei- und Militairsachen, Parchim 1841, S. 36. - Daß die Pffingstgilden anderenorts in Mecklenburg mehrere Tage dauerten, beweist auch ein Kirchenvisitationsprotokoll von 1620 aus dem Fürstentum Ratzeburg, die Horn, Alfred, a. a. O., wiedergibt: "Die gilden sollen die leute nur Zwey tage halten, nemlich am dritten pffingsttage nachmittag vnd am negstfolgenden Mitwochen, nicht lenger als Zu 9. oder 10. Vhren Zusammen bleiben, auch keine nacht tantze halten, vnd so Sie am Donnerstage noch beim bier sitzen, Vnd Zechen werden, soll das bier ihnen abgenommen vnd in die arme heuser gebracht, vnd die leute darneben ernstlich gestraffet werden." Daraus geht auch hervor, daß die unterbäuerlichen Schichten ("die arme heuser") nicht an der Gilde teilnahmen.

76 Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 136 f.

77 Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1593 - 1598, Bl. 45 v.

78 Vgl. Kl. Dobb., Vol. 4, Specification der Contribution 1688, Bl. 6 v., 33 v., 38 v.

79 Vgl. Landständisches Archiv, 3.128.1, Landvermessungsregister 1728, Amt Dobbertin, Bl. 231 v., 359, 365 v.

80 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1645/46, Bl. 91.

Eine weitere Schilderung des Gildegelages besitzen wir durch den Brief eines Schmiedes aus Sietow vom Juni 1669.<sup>81</sup> Der Schmied, ein Nichtberechtigter an der Dorffeldmark, mußte der Bauernschaft dafür, daß er sein Vieh zusammen mit dem der Bauern durch den Dorffirten auf die Weide treiben lassen durfte, jährlich 2 Tonnen Bier und eine Mahlzeit zur Pflingstgilde geben. Das Gelage richtete er bei sich in der Schmiede aus. Es kamen 12 Personen: der Schulze, 10 Bauern und der Rademacher. Die Tatsache, daß er an der Gilde teilnahm, machte den Schmied offensichtlich mutig. Er forderte von den Bauern, "zugleich mit denselben seine heu und holtz Kaveln genießen"<sup>82</sup> zu dürfen, das heißt, er forderte Anteile an der Allmendenutzung. Vom Schulzen begehrte er, "Er solte nur zufoderst drein willigen, der andern consens wolte Er leicht überkommen, worauff der Schultze gesaget, wan Er hivon nicht würde stille sein, besonders ein solches von ihnen zuerzwingen gedächte, welches ihrer Freyheit undt Bauer Rechte entgegen were, und nur den jenigen, welche ihre Hueffen im Dorffe hetten, davon dem Closter recht aufgingen, zuständig, wolten Sie lieber Ihme sein Bier bezahlen".<sup>83</sup> Der Schulze machte dem Schmied klar, wer zur Bauernschaft gehörte: die "ihre Hueffen im Dorffe" haben, die "ihre Freyheit und Bauer Rechte" besitzen. Wieder kam es hier unter Alkoholeinfluß zu Schmähungen und Handgreiflichkeiten. Die Gildebrüder machten ganz entschiedenen Front gegen einen Eindringling, der von ihnen forderte, Rechte an der Allmendenutzung mit ihnen zu teilen. Zum Schluß drohten die Bauern, sie "wolten nicht ein Haupt Vieh auf der Weide Leiden, den heide und Weide were ihr".<sup>84</sup>

Hier muß kurz auf solche volkstümlichen Zwillingsformeln mit Reimbindung wie "Heide und Weide" eingegangen werden. Das Gegenstück dazu, an anderer Stelle geäußert, lautete: "Landt undt sandt gehören dem Closter."<sup>85</sup> Diese Wendungen finden sich in Briefen der Agrarproduzenten oder in Schriftstücken der Feudalherrschaft, in denen sich die Diktion der Bauern erhalten hat. In solchen gereimten Wortpaaren widerspiegelt sich das Rechtsverständnis der Bauern: Heide und Weide (die Allmende) gehören ihnen - Land und Sand (die Hufen) dem Feudalherrn. An solche Worte klammerten sie sich und verteidigten zäh ihre Rechte.

Die Sicherung der Allmende gehörte nach der frühbürgerlichen Revolution zu den wichtigsten Problemen der Dorfgemeinschaft. Ihre Frontstellung war eine zweifache: gegen die Feudalherrschaft, die die Gemeindeweide für das Vieh der Gutshöfe nutzte<sup>86</sup> sowie Wald und Gewässer okkupierte, und gegen die Landarmut, die Anteile an den dorfgemeinschaftlichen Einrichtungen forderte.<sup>87</sup>

Es waren aber auch Zersetzungen innerhalb der Gemeinde spürbar, Auflösungserscheinungen in der genossenschaftlich organisierten Produktion zugunsten individualwirtschaftlicher Methoden. Die Akten jener Zeit sind ausgefüllt mit Klagen der Bauernschaften darüber, daß einzelne Dorfgemeinschaften eigenmächtig die allen zustehenden Liegenschaften nutzten, daß sie "die Stratenfrigkeit abgegraben" (Domsühl 1587)<sup>88</sup>, "in der frien Huetunge eine Kabell gezeunet" (Lohmen 1592)<sup>89</sup>, "de brincke abgegraben vnd vff den Acker gefuret" haben (Ruest 1590)<sup>90</sup>, daß ein Bauer "der ganzen Pawrschaft zu schaden, sein Vhe vff der Strassen hueten lest" (Groß Breesen 1588)<sup>91</sup>, daß sie "lengest dem gilde lande

81 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1668/69, Bl. 232 - 235 v.

82 Ebenda, Bl. 232.

83 Ebenda.

84 Ebenda, Bl. 233 v.

85 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1677/78, Bl. 181 v.

86 Vgl. Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 139 v.

87 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1668/69, Bl. 232.

88 Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 125.

89 Ebenda, Bl. 51.

90 Ebenda, Bl. 92 v.

91 Ebenda, Bl. 24.

auch etzliche vhharn abgeploget" haben (Schwarz 1591)<sup>92</sup> usw. Der extensiven Ausweitung der Bodennutzungsfläche fielen nach und nach die Gemeindewaldungen zum Opfer.

Diesen individuellen Bestrebungen wirkte die Dorfgemeinschaft entgegen. Sie beschloß Maßnahmen für den Fall, daß "Ihre weiche holtzungen zu vnzeiten verhawen, vnd ein Nachtpaur dem Andern aus seinen Kabeln stielt",<sup>93</sup> Einzelne Bauern, denen "dafür woll ein ordt gildelandt zuthunde where"<sup>94</sup>, wurden beauftragt, auf die Allmende achtzugeben. Ihnen wurde "In Kegenwart aller Pawren ahn Eides stadt den thater zu meldende vferlegt, sollen zu erst vff 1 th bher Pfanden, der zwey mall kompt, soll auch der herschafft 15 fl geben".<sup>95</sup>

Lassen sich im obigen Beispiel auch noch Reste dorfgemeindlicher Gerichtsbarkeit erkennen, so war doch aber die klösterliche Feudalherrschaft in der Regel bestrebt, die Vorkommnisse in den Gilden zu beobachten und ihre Polizeigewalt auszuüben. Erstaunlich schnell griff die Patrimonialgerichtsbarkeit zu, wenn es ihr geraten erschien. Bereits am Tage nach der Pflingstgilde ließ sie im zehn Kilometer von Dobbertin entfernten Mestlin einen Bauern verhaften. "Hans Mouwe hat wider verbot der Obrigkeit seinen Schwager Chim Vougen zu schlagende gedrowet vnd Im Pflingstengilde Ihme vnnutze Wordt gegeben, lest auch seine Zimmer vffm hoffe niderfallen, helt keinen Knecht oder Magt, hat kein Zochvhe, khan seinen Dienst zu mehrer Zeit nicht leisten, Hirumb ehr gefenglich eingezogen den mitwoch in der Pflingstwochen."<sup>96</sup> Man sieht aus dieser Anklage, daß das Verhalten in der Gilde nur der Anlaß für die gut informierte Herrschaft war, den schon lange ins Auge gefaßten Bauern einzusperren.

Die Gildegelage wurden durch vielfältige Formen der Gemeindeeinnahmen finanziert. Nichtberechtigte Dorfbewohner mußten für die Teilhabe an den genossenschaftlichen Einrichtungen der Gemeinde eine Abgabe leisten. In den Lehnbriefen der Schmiede hieß es: "Da Er aber Rindt- und ander Vieh halten wil, hat Er sich desfalls mit den Bauren abzufinden und dem herkommen nach entweder alle jahr ein billig weide geld oder mit gewißem bihr und Einer Mahlzeit eines für alles sich abzuhelfen."<sup>97</sup> Die Menge des Bieres betrug je nach Zahl der Tiere 1/2 bis 2 Tonnen jährlich und mußte wie die Mahlzeit zu Pflingsten geliefert werden. Ebenso verhielt es sich bei der Nutzung der Liegenschaften der Gemeinde durch Handwerker, Landarme und zum Teil Pastoren. "Es sthet des vorgedachten Schröders Kathe vff der strassenfrygheit, vnd hat bisher der Pawrschafft dauon geben müssen", heißt es 1593 von Diemitz.<sup>98</sup> Im 17. und 18. Jahrhundert beanspruchte die Grundherrschaft mehr und mehr Allmendeanteile für die eigene Nutzung, oder sie verpachtete sie ihrerseits an die Dorfarmut. Eintragungen in die Amtsprotokolle wie die folgende von 1635 sind typisch für diese Zeit: "Hanß Karsten in Sietow Schneider ist nachgen. ein gering ort freyheit hinter seinem Hauße ohngefehr von 15 Schuhe lang vnd 10 Schuhe breit zu einem Hoff überlaßen, vor die statt dem Closter Dobbertin dauon Jehrlich 4 ß gelthebung."<sup>99</sup>

Gegen diese Vergabe eines an sich geringen Teils der Dorffreiheit von reichlich 12 Quadratmetern, die die Bauern altem Herkommen nach als ihr genossenschaftliches Eigentum betrachteten, und die Umwandlung einer Gemeindeeinnahme in eine Feudalrente durch die Grundherrschaft erhoben die Dorfgemeinden heftigen Protest. Davon zeugt ein Zusatz im Amtsprotokoll: "Weill die vnterthanen zu Sie-

92 Ebenda, Bl. 182 v.

93 Ebenda, Bl. 100 v.

94 Ebenda, Bl. 100.

95 Ebenda, Bl. 100 v.

96 Ebenda, Bl. 86 v.

97 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1678/79, Bl. 253 v.

98 Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 185 v.

99 Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1633 - 1635, Bl. 25.



tow sich unterfangen wollen sich anzumaßen dem Kloster vorzuschreiben, das sie solches nit thun solten, als man in betrachtung deßen solches obgemelten Hanß Karsten biß zu ferner verordnung uff zwe Jahr eingewilliget."<sup>100</sup>

Auch vollberechtigte Dorfgenossen mußten für die individuelle Nutzung der Allmende einen Beitrag zum Gildebier entrichten. Die Rohrwerbung zum Beispiel, das Schneiden von Rohr also, "so der gantzen Bauerschaft zuständig", wurde immer nur von dem genutzt, der sein Dach neu deckte, wofür er der Gemeinde eine Tonne Bier bezahlen mußte.<sup>101</sup>

Geld oder Bier kam auch durch eine Reihe von Strafen ein, die über den verhängt wurden, der sich außerhalb der Genossenschaft gestellt hatte, zum Beispiel wer sich nicht an gemeinsamen Feldarbeiten beteiligte<sup>102</sup>, wer an kollektiven Arbeiten an der Dorfanlage nicht teilnahm<sup>103</sup>, wer sich Allmendeteile aneignete<sup>104</sup> oder wer "de friede im gilde gebrochen" hatte.<sup>105</sup> Schließlich wurden aus den an Dorfgenossen verpachteten Gildeäckern Einkünfte für das Gelage erzielt. Die Rente aus den Gideländern mußte in Geld<sup>106</sup>, Gerste<sup>107</sup> oder Bier<sup>108</sup> entrichtet werden.

Aus einer erhalten gebliebenen Rechnung geht hervor, daß das Dorf Lexow im Mai 1635 in Röbel 4 Faß Bier zu je 7 Gulden, insgesamt also 28 Gulden, kaufte<sup>109</sup>, ganz offensichtlich für die bevorstehende Pfingstgilde. Das Dorf hatte 15 Bauern und 3 Kossaten, wovon 2 Bauern zum Kloster Malchow gehörten. Da ihr Acker aber mit dem der anderen Bauern im Gemenge lag, kann man annehmen, daß sie auch an der Gilde teilnahmen. Das bedeutet, daß jeder Gildebruder, vorausgesetzt daß keine Gäste eingeladen waren, durchschnittlich 22 bis 25 Liter Bier an diesem Tage vertrank, eine beträchtliche Menge, selbst wenn man berücksichtigt, was glaubhaft versichert wird, daß das Bier jener Zeit ein dünnes Gebräu gewesen sei.<sup>110</sup> Für den Preis von 28 Gulden hätte man 1635 ein Pferd und zwei Kühe kaufen können.<sup>111</sup>

Interessanterweise wurde das Bier nicht sofort bezahlt. Das sollte wohl erst im Herbst, nach eingebrachter Ernte, geschehen. Wegen der einsetzenden kriegerischen Ereignisse unterblieb die Bezahlung, und das Geld wurde erst 1661 und 1667 durch die Stadt Röbel vom Dorfe Lexow in zwei Raten eingefordert.<sup>112</sup> Interessant ist der Fall deshalb, weil sich ganz offensichtlich Geld in der Gemeindegasse befunden haben muß. Die Lexower Gilde erhob von ihren Genossen jährlich 8 Schilling als Freibiergeld.<sup>113</sup> Ebendiese Summe mußte auch bei Verstößen gegen die genossenschaftliche Allmendenutzung bezahlt werden.<sup>114</sup> Außerdem hatten die Lexower ihren Gildeacker nicht "auf Rente ausgetan", sondern sie bebauten ihn gemeinsam und nutzten die Erträge für Dorfausgaben.<sup>115</sup>

100 Ebenda.

101 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1670/71, Bl. 347.

102 Vgl. Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 15.

103 Vgl. ebenda, Bl. 23.

104 Vgl. ebenda, Bl. 100 v.

105 Ebenda, Bl. 72 v.

106 Vgl. Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1623 - 1633, Bl. 35 v.

107 Vgl. Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 67.

108 Vgl. ebenda.

109 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1666/67, Bl. 232.

110 Vgl. Langer, Herbert, Das Braugewerbe in den deutschen Hansestädten der frühen Neuzeit, in: Hansische Studien, T. 4, hg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, Weimar 1979, S. 66 = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 18.

111 Vgl. Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1633 - 1635, Bl. 21.

112 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1666/67, Bl. 232.

113 Vgl. Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1633 - 1635, Bl. 15 v.

114 Vgl. ebenda.

115 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1671/72, Bl. 30.

Dieselbe Art und Weise, "zu borge" einzukaufen, findet sich auch in individuellen Wirtschaften der Bauern, wie aus zahlreichen Hofübergabeprotokollen hervorgeht. Trotz oftmals vorhandener Geldmittel ließ man bei städtischen Händlern und Handwerkern anschreiben und bezahlte nur einmal im Jahr.

Das Gildeland, in der Hauptsache Gildeacker, scheint schon lange vor dem Untersuchungszeitraum aus unseparierten Teilen der Allmende ausgesondert worden zu sein, und zwar aus Weiden und Wäldern. Die Wiesen und ein großer Teil der Weichholzungen war in Kaveln (Parzellen) unter die Bauern verteilt. Gildeland war also nur ein Teil der Allmende, der später pachtweise an Dorfgenossen ausgegeben wurde, dessen Erträge wohl ursprünglich für Gildegelage verwendet wurden. Das sieht man noch an der am häufigsten vorkommenden Rentenform: in Gerste.

Zwischen der Bauernschaft und dem einzelnen Nutzer des Gildelandes scheint ein mündlicher Vertrag geschlossen worden zu sein, zu dem die Grundherrschaft als Obereigentümer des Landes ihre Einwilligung geben mußte. Die Rente aus dem verpachteten Acker erhielt aber immer die Gilde, niemals das Kloster. Grundherrschaftliche Hufenverzeichnisse der mit Feudalrenten belasteten Anbaufläche enthalten nur den lapidaren Zusatz: "Ohne die gildelhande vnd Acker frigkeiten, de se Ingebrochen."<sup>116</sup>

Gildeland lag nie inmitten der Schläge, höchstens an ihrem Rande. Dann waren es durch topographische Besonderheiten entstandene unförmige Stücke Land, aber selten lange Ackerstreifen. Die Landmesser des 18. Jahrhunderts gaben ihre Maße oft mit "irregulier"<sup>117</sup> an oder ließen erkennen, daß diese Äcker mit Abmessungen wie 24 mal 16 Ruten<sup>118</sup> von den übrigen extrem langförmigen Ackerstreifen außerordentlich abwichen.

Noch öfter aber lag das Gildeland inmitten von Weiden oder Wäldern, auf Bergen, an Seen und Mooren, auf Kämpen (Anhöhen, die aus feuchten Niederungen herausragten) und an Wegen und Straßen, das heißt auf relativ isoliert gelegenen Ackerflächen. Daß es nicht immer das beste Land war, sagen Geländebezeichnungen wie "bey der Rusch-Kuhle", "beym Gilde-Soll", "längsther dem Stadtweg", "beym Klocken-Mohr" usw.<sup>119</sup> Flurnamen wie "Gildekamp" oder "Gildenberg" waren häufig. Es kam vor, daß die Landmesser den Gildeacker als "extraordinair schlecht"<sup>120</sup> bezeichneten.

Die Größe der Gildeäcker schwankte zwischen 100 und 1500 Quadratruten<sup>121</sup> (0,2 bis 3,25 ha), am häufigsten sind Zahlen zwischen 100 und 500 Quadratruten (0,2 bis 1 ha) oder 1 bis 8 Scheffel Aussaat (1 Parchimer Scheffel entsprach etwa 39 kg Roggen) belegt.<sup>122</sup> Es gab Dörfer mit zehn Gildeäckern.<sup>123</sup> Über das umfangreichste Gildeland verfügte Ruest mit 5421 Quadratruten<sup>124</sup> (11,75 ha), das ist mehr als eine halbe Hufe. Für die anderen Dörfer lassen sich durchschnittlich 686 Quadratruten (1,5 ha) Gildeacker errechnen.<sup>125</sup> Etwa bei der Hälfte der

116 Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 49.

117 Landständisches Archiv, 3.128.1, Landvermessungsregister 1728, Amt Dobbertin, Bl. 129 v.

118 Vgl. ebenda, Bl. 346.

119 Ebenda, Bl. 419, 427, 413, 411 v.

120 Ebenda, Bl. 8 v.

121 Vgl. ebenda, Bl. 419. - Mit 1566 Quadratruten (= 3,37 ha) ist dieser Gildeacker der größte aller im Amt Dobbertin nachweisbaren.

122 Vgl. Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593 und Landvermessungsregister.

123 Vgl. Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 100.

124 Landständisches Archiv, 3.128.1, Landvermessungsregister 1728, Amt Dobbertin, Bl. 430.

125 Vgl. ebenda, Landvermessungsregister 1728.

Wirtschaften ließ sich kein Gildeland nachweisen. Mit Hilfe des Gildeackers konnten in wirtschaftliche Not geratene Dorfgenosser wenigstens vorübergehend nachbarschaftlich unterstützt werden, indem sie durch einige zusätzliche Scheffel Aussaat in die Lage versetzt wurden, notwendige Natural- oder Geldrenten sowie Subsistenzmittel zu erzeugen. Die Modalitäten dieser Landübergabe sollen am Beispiel eines ganzen Dorfes und eines einzelnen Agrarproduzenten illustriert werden.

Das Dorf Dobbin liegt auf sandigem und wenig fruchtbarem Boden. Die Bauern müssen Dienste für den benachbarten Klosterhof Dobbartin leisten. 1590 herrscht "Mangell zu Dobbin by den Leuten Ackers halbers"<sup>126</sup>. Sieben Wirtschaften nutzen Gildeland, also fast die Hälfte der Bauern und Kossaten. Einer "soll vmbs 3 Jhar den Pawren 1 th bher geben", vier zahlen jedes Jahr 1/2 Gulden und zwei weitere geben "Jharlichs 2 1/2 sch. gildegersten". Einer der beiden letzteren Bauern, Chim Eichelberg, aber ist auch dazu nicht in der Lage. Er ist der Bauernschaft schon 14 Jahre die Gerste schuldig geblieben, das sind immerhin 35 Scheffel. Hier greift der Klosterhauptmann in die Gildeangelegenheiten ein und entscheidet, daß Eichelberg diese Summe, die ihn vollends ruiniert hätte, der Gilde nicht zu geben braucht. Damit er wirtschaftlich leistungsfähig und imstande bleibt, die Feudalrenten zu entrichten, erhält er zwei Jahre später "vff der Amptleute begern" noch einmal "1/2 stücke Acker by dem Stipenbroke vnd dan Ein Ende daselbst by dem grossen mhorr" sowie ein "ortken gilde Acker vffm andern stücke".<sup>127</sup> Die feudalherrliche Oberaufsicht über die Gilde wird aus diesem Fall klar: Die Bauernschaft darf Gildeland nur mit grundherrlicher Genehmigung vergeben, ja, sie muß es oft auf deren Anweisung hin tun.

Ein weiteres Beispiel aus dem Dorf Mestlin soll das unterstreichen. 1623 hat der Bauer Hans Dolge "sein gehoffte aufgesagt"<sup>128</sup>, das heißt, er wird zum Einlieger. Er hat 55 Gulden 8 Schilling "Privilegirte Schulde" an das Klosteramt (Korn- und Geldrenten) und 98 Gulden 14 Schilling "Gemeine Schulde" an 28 Kreditoren aus Mestlin und Umgebung, insgesamt 153 Gulden 22 Schilling. Seine Überwehr (Vieh und Geräte) wird taxiert und für 95 Gulden 6 Schilling verkauft. Das Kloster erhält sein Geld, den Rest von 39 Gulden 22 Schilling müssen sich die 28 Gläubiger teilen.

1624 arbeitet Hans Dolge auf dem benachbarten Gut Mühlenfelde als Drescher.<sup>129</sup> Er hat eine Magd "zu fall gebracht" und muß dafür 15 Gulden Geldstrafe bezahlen.

Erst sechs Jahre später hat er sich finanziell so weit erholt, daß er in Mestlin wieder eine Stelle übernehmen kann. "Anno 1630, den 20. April Ist hans Dolge Auff Jacob Boßowen Cahten wieder für einen Kobaten Auff vnd Angenommen worden, lobet an dem Kloster seine Dienste Nebenst seinen And. Nachpahrn zuthun, vnd sich wie einen getreuen Vnderthan zuuerhalten."<sup>130</sup>

Auf der Pflingstgilde hat man sicher seinen Fall besprochen. Er gehört jetzt wieder zur Nachbarschaft, deshalb muß ihm geholfen werden. Unmittelbar nach Pflingsten lassen die Bauern vom Küchenmeister in Dobbartin folgenden Vertrag aufsetzen:

"Zuwißen sei hiemit das heute Dato den 8. Juny Anno 1630 die Paurschafft zu Mestelin mit bewilligung des h. heubtmans Matthias v. Bülowen Hans Dolge zu Mestelin, ein stücke gilde Ackers Auffm Dobbertinschen berge, Vngefehr einen halben morgen Vnd ein stück gilde Ackers beim Neuendorffer Wege, Worein ein halber scheffel Rogken fellet, für 25 fl ingethan haben, Vnd sol Hans Dolge

126 Kl. Dobb., Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 67.

127 Ebenda, Bl. 69.

128 Kl. Dobb., Amtsprotokoll 1623 - 1633, Bl. 27 ff.

129 Ebenda, Bl. 29 v.

130 Ebenda, Bl. 35 v.

erwehnten Acker 10 Jahr für die Rente in gebrauch haben, Vndt Nach Verflo-  
benen 10 Jahren sol er den Acker wiederumb Abtreten, Vndt sein gelt von der  
Paurschafft wieder bemechtigt sein, Vnd das die Paurschafft das Capital wie-  
derumb Abtragen sollen. Auch den Acker wieder zu sich nehmen. Deßen haben  
gelobet Chim Zufke, Claus Woltt, Henrich Krüger, Vnd Chim Harloff, Paurn zu  
Bestelin, Vnd ist zu mehrer glaubes gezeichnet dieses Vertrags einhalt ins Ambt-  
buch gezeichnet, Vnd von mir Vntenbenanten mit meinem Pittschafft Versiegelt  
Vnd eigen hand Vnterscrieben worden.

Datum Dobbertin den 8. Juny Ao. 1630

Lorentz Eggers  
Kuchmeister daselbst<sup>131</sup>

An diesem Vertrag ist einiges bemerkenswert. Einer der Vertragspartner, Hans  
Dolge, ist gar nicht anwesend, sondern nur vier Bauern sind stellvertretend für  
die Gemeinde zugegen. Mit dem Kossaten Dolge hat die Bauernschaft offensicht-  
lich beim Pfingstgelage eine mündliche Abmachung getroffen, die sie jetzt ins  
Amtsbuch eintragen läßt. Die Höhe der Rente, die Dolge der Gemeinde zu zah-  
len hat, wird nicht genannt und ist sicher auch nicht Sache der Grundherr-  
schaft. Wegen seiner bisherigen wirtschaftlichen Unzuverlässigkeit muß Dolge  
eine für etwa einen halben Hektar Ackerland ziemlich hohe Sicherheit von 25  
Gulden für die Zeit der Verpachtung bei der Gemeinde hinterlegen. Fraglich  
ist, ob er dieses Geld überhaupt besessen hat. Der Klosterhauptmann hat der  
Gilde zu ihrer Abmachung mit Dolge seinen Konsens erteilen müssen. Es ist so-  
gar möglich, daß er deren Urheber war. Durch die Vergabe von zusätzlichem  
Land aus dem Besitz der Gemeinde soll Dolges ökonomische Leistungsfähigkeit  
diesmal so weit gestärkt werden, daß er seinen Dienst- und Abgabeverpflichtun-  
gen nachkommen kann.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg befanden sich die Gilden im Niedergang. Die  
Dörfer waren entvölkert, das Land lag in "Rusch und Busch". Zusätzlicher Gil-  
deacker wurde von den Bauern nicht mehr benötigt. 1650 hatte der Landreiter  
von Malchow, gewiß kein Gildebruder, mit Erlaubnis der Schulzenwitwe "ein  
stück acker gilde landt aufm Penkower felde für 10 Rtl. etzliche Jhar gebräu-  
chet"<sup>132</sup>, was vom Klosteramt sofort verboten wurde. Auch hier durften also  
die Bauern über das Gildeland nicht frei verfügen.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts siedelten sich viele Holsteiner im  
Klosteramt an. In den Dörfern der Sandpropstei stammte zeitweise jeder zwei-  
te Bauer aus Holstein. Unter ihrem Einfluß veränderten die Gilden ihren Cha-  
rakter. Die Geselligkeit, stark ausgeprägt in den schleswig-holsteinischen  
Brandgilden, nahm nun einen größeren Raum ein. Handwerker<sup>133</sup>, Knechte und  
Mägde<sup>134</sup>, überhaupt Frauen<sup>135</sup> nahmen an den Gildegelagen teil. Spielmänner  
wurden engagiert, und es wurde getanzt.<sup>136</sup> Und nicht nur das. Ein Bauer  
klagte 1687 vor der Obrigkeit: "Wie solchen Lerm die andern also genandte  
Gildt Brüder, so im Schultzen-Gerichte geseßen und getruncken, gehöret, we-  
ren Sie gleichfalls dahin zulauffen kommen zunebst der Schultzen Wittwen undt  
auff ihn undt seinen Bruder weidlich zugeschlagen, bey welcher action inson-  
derheit des Schultzen Witwe immer geruffen, Sie, ihre Pfingst-Gäste vermei-  
nend, solten getrost zuschlagen undt sich ihrer Haut wohl wehren, wie Sie dan  
für ihre persohn mit schlagen und kratzen auch sich nichts verabsäumet hette,  
welcher tumult so lange continuiret, biß Sie des Balgens unter einander fast

131 Ebenda.

132 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1650/51, Bl. 15.

133 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1697/98, Bl. 407 v.

134 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1687/88, Bl. 293.

135 Vgl. Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1690/91, Bl. 7.

136 Vgl. ebenda.



überdrüßig geworden undt sich selbstn hñwiderñmb verlaßen hatten."<sup>137</sup>  
Dies ist auch die Zeit des Verbots der Pflingstgilden. Dennoch haben sich Gil-  
den zum Zwecke dörflicher Geselligkeit teilweise bis in die Mitte des 19. Jahr-  
hunderts erhalten.<sup>138</sup>

#### 4. Bauerngilden in der territorialstaatlichen Gesetzgebung

Trotz der Oberaufsicht über die Bauerngilden durch die Feudalherrschaften  
beschäftigte sich auch die territorialstaatliche Gesetzgebung mit ihnen. Drei  
Phasen sind dabei klar erkennbar.

In den Jahren vor der frühbürgerlichen Revolution gab es keine Beschränkung  
der noch nicht sehr zahlreichen Dorfgilden. Die mecklenburgische Polizeiord-  
nung von 1516 zum Beispiel enthält den Paragraphen "Vann gilden vp den dor-  
penn", der gestattete, "in den dorpenn, dar id van olders vnd bether eine ge-  
wanheyt vnnd gebruck gewest is, die pingistgilde tho holdenn, dar mogen se  
die noch alle jar jerlick inn den pingisten themeliker vnd metiker wyße holdenn".  
Als Dauer wurde erlaubt, daß sie "auer drie dage nicht waren scholle".<sup>139</sup>  
Die Gesetze in den Jahrzehnten nach der Niederlage der frühbürgerlichen Re-  
volution dokumentieren die verschlechterte Rechtslage der Bauern. Die Pflingst-  
gilden wurden mit einer Reihe von Beschränkungen versehen: 1553 und 1571  
im Bistum Münster<sup>140</sup>, 1562 und 1572 im Herzogtum Mecklenburg<sup>141</sup>, 1595 im  
Hochstift Osnabrück<sup>142</sup>. Bekämpft wurden vor allem die Formen dorfgenos-  
schaftlicher Geselligkeit. So wurde in Mecklenburg angeordnet, daß "ein jeder  
in seinem eignen Hause die Mahlzeit nehmen soll und die nicht in der Gildenge-  
meinschaft bey dem Gildenbier" (1562) oder daß die "Dorffschafften sollich Gil-  
denbier von den freien gemeinen Ackern vnd Gründen nicht nemen oder keuf-  
fen ... sondern das Bier aus den Stetten, vnd vmb jr eigen geldt geholet, vnd  
von jnen selbst nicht gebrawet" werden soll (1572). Im Bistum Münster gar wur-  
den 1553 "von landfürstlicher overicheit ... der gilden unkosten uffgesath".<sup>143</sup>

Die Jahre nach dem Dreißigjährigen Krieg, eine Zeit kleinstaatlicher Polizeiord-  
nungen zur Festigung der feudalen Macht und gesetzlicher Festschreibung der  
zweiten Leibeigenschaft, brachten das Verbot der Pflingstgilden, so zum Bei-  
spiel durch die braunschweigisch-lüneburgische Landesordnung von 1647 bei  
der drakonischen Strafe von 30 Reichstalern.<sup>144</sup> Die paderbornische Polizeiord-  
nung von 1655 untersagte "die Zechen der Pflingst- und Maygeläge, der Johan-  
nisknechten, der Markgenossen und was deren in Städten und Dörfern mehr".<sup>145</sup>  
Ganz entschieden ordnete die mecklenburgische Gesinde-, Tagelöhner-, Bauer-,

137 Kl. Dobb., Protokoll der Sandpropstei 1687/88, Bl. 293.

138 Vgl. Schildt, Friedrich, Ein Bauerndorf im Großherzogtum Mecklenburg-  
Schwerin vor 50 Jahren, Schwerin 1907, S. 127.

139 Groth, P., a. a. O., S. 292.

140 Vgl. Sommer, Jakob, a. a. O., S. 414.

141 Vgl. Sammlung Mecklenburgischer Landes-Gesetze, Ordnungen und Con-  
stitutionen, Schwerin 1769 ff., Bd. 4, T. 1, S. 114; vgl. Neue vollstän-  
dige Gesetz-Sammlung für die Mecklenburg-Schwerinschen Lande, Bd. 5,  
a. a. O., S. 36.

142 Vgl. Sommer, Jakob, a. a. O., S. 414.

143 Ebenda.

144 Vgl. Andree, Richard, Braunschweiger Volkskunde, Braunschweig 1901,  
S. 337.

145 Sieber, Siegfried, Nachbarschaften, Gilden, Zünfte und ihre Feste, in:  
Archiv für Kulturgeschichte, Nr. 11/1914, S. 479.

Schäfer-, Tax- und Victualordnung von 1654 an, daß "auch bey den Bauers Leuten auff den Dörfern die Fastnachts und andere Gilden, in sonderheit die, so man in den Heiligen Pfinstgen helt. ... ferner nicht gehalten" werden.<sup>146</sup>

Dieses Verbot ist in der Wiederaufbauphase nach dem Dreißigjährigen Krieg von den Feudalgewalten nicht konsequent angewandt worden, wie auch die Beispiele aus dem Klosteramt Dobbertin zeigen. 1704 konstatierte eine landesherrliche Verordnung, daß noch immer "ein schädlicher Mißbrauch und böse Gewohnheit im Schwange gehet, daß eben in den heiligen Pfinst-Feyer-Tagen, die sogenannte Gilden gehalten werden, die so woll auf dem Lande als auch in den Städten die Unterthanen, Dienst-Knechte und Jungen, am Heil. Pfinst-Abend zum Gesöffte zusammen kommen, und das gantze Fest über, damit continuiren". Es wurde verlangt, daß die Gilden "von jedes Ohrts mittelbahrer Obrigkeit in dero Botmäßigkeit verwehret, und die Contravenienten mit unnachlässiger Straffe angesehen" werden.<sup>147</sup>

Als letzte ordnete 1740 die holsteinische Staatsregierung die Auflösung aller Immobilienbrandgilden an, mit der Begründung, die Gildefeiern trügen zu ausschweifendem Lebenswandel und finanziellem Ruin ihrer Mitglieder bei. Dieses Verbot wurde dadurch unterlaufen, daß die Brandgilden sofort als Mobilgilden neu gegründet wurden.<sup>148</sup>

## 5. Zur Entstehung und Bedeutung der Bauerngilden

Bei der Untersuchung des Ursprungs der Dorfgilden fallen zwei Zeitpunkte auf: die Mitte des 15. Jahrhunderts<sup>149</sup> und die Jahrzehnte nach der frühbürgerlichen Revolution. Während erste vereinzelte Erwähnungen bäuerlicher Gilden um 1450 auftauchen, werden die Belege für ihre Existenz nach der Niederlage der bäuerlichen Kräfte und ihrer Verbündeten im Jahre 1525 bedeutend zahlreicher. Zu bedenken ist hierbei allerdings, daß um 1500 das sogenannte Aktenzeitalter einsetzte. Manche dieser Genossenschaften können daher bedeutend älter gewesen sein als die schriftlichen Nachrichten, die uns von ihnen überliefert sind. So nahm schon an den Gilden und Schwurbünden der karolingischen Zeit die ländliche Bevölkerung teil.<sup>150</sup> Auch fällt es schwer, in den Pfinstgilden etwas anderes als eine Variante der Versammlung der Markgenossen, des Märkerdings, zu sehen, die seit frühfeudaler Zeit Anbauregelungen traf, Beschlüsse über die Allmendenutzung faßte und Strafen bei Markfrevel festlegte.<sup>151</sup> Andererseits ist die spätf feudale Ausprägung der beschriebenen Bauerngilden augenscheinlich. Es wäre wenig überzeugend, wollte man sie auf die in den fränkischen Kapitularien erwähnten Gilden zurückführen. Viel logischer erscheint dagegen,

146 Neue vollständige Gesetz-Sammlung ..., a. a. O., S. 43.

147 Ebenda, S. 78.

148 Vgl. Kähler, Julius, a. a. O., S. 73 f.

149 Die Mitte des 15. Jh. sah Engels als den Beginn der Refeudalisierung in Deutschland an (vgl. Engels, Friedrich, an Karl Marx, 15. 12. 1882, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1973, S. 126.)

150 Vgl. Epperlein, Siegfried, a. a. O., S. 43.

151 Vgl. Hühns, Erik, Zum Problem der Markgenossenschaft im Feudalismus, in: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als Erfüllung des jahrhundertelangen Befreiungskampfes der deutschen Bauern. Bericht über die wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin am 17. und 18. Oktober 1960 anlässlich der Eröffnung des Festjahres zum zehnjährigen Bestehen der Akademie, hg. v. G. Vogelt, Berlin 1962, S. 57.

daß sich die Bauern am Beispiel der Stadtgilden, die sie aus ihren wirtschaftlichen Verbindungen zu den Nahmarktorten kannten, orientierten, das sie ihren Zwecken anpaßten.

Über die städtischen Gilden Mecklenburgs am Vorabend der frühbürgerlichen Revolution sind wir durch den Bericht des herzoglichen Sekretärs Johann Monnick aus dem Jahre 1514 gut informiert.<sup>152</sup> Dieser bereiste fast alle mecklenburgischen Städte und stellte Erkundigungen über Zahl, Zusammensetzung und Gebräuche der dortigen Gilden an. Die ausführlichen Berichte von jeder Stadt offenbaren eine Differenzierung der Gilden. Einerseits gab es die reichen Kaufleute- und Handwerker-gilden mit teurer Aufnahmegebühr (20 Gulden) und üppigen Trink- und Eßgelagen. Andererseits existierten Gilden, die Geselligkeit auf bescheidenerer Grundlage und gegenseitige Unterstützung im Rahmen christlicher Nächstenliebe zum Ziel hatten. Mitglieder dieser Gilden waren "die gemeyne man, die nicht ganz vermogen" und "armhe lude".<sup>153</sup>

Die Aufnahmegebühr erschien vergleichsweise gering. "II lude geuen vor den ingangk VIII ß vnnd II punkt waß" (8 Schilling und 2 Pfund Wachs für Kerzen - J. R.), heißt es von der Sternberger Liebfraueugilde.<sup>154</sup> Das Gildegelage "warett alleyne eynen auennndt allßo lange, dat sie III ader IIII tn. bier vthrin ckenn". Die Elendengilde in gleicher Stadt "giffit ock darvann den armhen luden holt vnnd vuringe".

Der Rentenkauf diente vielen städtischen Gilden überall in Norddeutschland zur Regelung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse. "Dat gelt wert vp renthe gedaenn vnnd mit deme gelde vann der renthe holt men denn gilde."<sup>155</sup> Manche Gildebücher dieser Zeit enthielten vielseitige Anhänge über die Modalitäten der einzuziehenden Renten. Zum Beispiel gleicht die Beliebtheit der Flensburger St.-Nikolai-Gilde zwischen 1446 und 1560 mehr einem frühkapitalistischen Rechnungsbuch als einem Gildestatut. Auf zwei Seiten Gilderegeln folgen zwanzig Seiten Rentenverzeichnisse.<sup>156</sup> In ähnlicher Weise versuchten die Landgilden Renten aus verpachtetem Gildeland zu beziehen.

Der Monnicksche Bericht offenbart aber auch, daß in den kleinen mecklenburgischen Landstädten Bauern Mitglieder besonders derjenigen Gilden waren, denen die ärmeren Schichten angehörten. "Darinn is merglick vele volck, beide vth der Stadt vnnd dem lannde", schreibt Monnick von der Elendengilde Teterow.<sup>157</sup> Von Krakow heißt es: "Item inn dissem gilde synnt ock vele burhenn vann denn vmblyggendenn dorpen."<sup>158</sup> In Laage "synnt ock inn dissem gilde vngeferlick X ader XII par hußlude vann den vmblyggenden dorpen"<sup>159</sup>. Nach dem Bericht waren in Laage, Tessin, Neukalen, Teterow, Friedland, Krakow und Dömitz auch Bauern in teils beträchtlicher Anzahl in städtische Gilden aufgenommen worden.

Es läßt sich also für die Zeit vor der frühbürgerlichen Revolution erkennen, daß Bauern in die Gilden ihrer Nahmarktorte Eingang fanden und dort Formen städtischer Geselligkeit und Nachbarschaftshilfe kennenlernten. Die Probleme der Städter waren aber nicht die Probleme der Agrarproduzenten. Schon bei

152 Veröffentlicht von P. Groth, in: Mecklenburgische Jahrbücher, Nr. 57, 1892, S. 179 - 277.

153 Ebenda, S. 197, 212.

154 Dies und die folgenden Angaben in: ebenda, S. 249.

155 Ebenda, S. 197.

156 Vgl. Danmarks Gilde- og Lavsskraaer fra Middelalderen (Dänemarks Gilde- und Zunftordnungen des Mittelalters), hg. v. C. Nyrop, Bd. 1, Kopenhagen 1900, S. 193 - 213.

157 Mecklenburgische Jahrbücher, Nr. 57, 1892, S. 197.

158 Ebenda, S. 240.

159 Ebenda, S. 180.

der Mehrzahl der Termine des städtischen Gildegelages - im Monnickschen Bericht zählt man 22 - verbot sich für die Bauern aus Gründen des Feldbaus eine Teilnahme. Hinzu kam, daß die Dorfbewohner in der Stadt nicht als gleichberechtigt behandelt wurden. "Vor denn ingangk (in die Gilde - J. R.) I par lude inn der stadt 1/2 margk, vnnd vann denn dorpenn geuen icklick I margk vnnd 1/2 punt was", heißt es von Teterow.<sup>160</sup> So dürften sich die Bauern bald wieder von den Stadtgilden getrennt und eigene Gilden gebildet haben. Dies lag auch im Interesse der verschiedenen Feudalherrschaften, denen es beim Ausbau der Patrimonialgerichtsbarkeit in den Jahrzehnten nach dem Bauernkrieg angelegen sein mußte, die Bauern aus der Stadtgilde und damit aus der städtischen Gerichtsbarkeit herauszulösen.

Gilden wurden in der gesamten Feudalzeit durch verschiedene Klassen und Schichten gebildet. Jede Neugründung orientierte sich am Gruppeninteresse ihrer potentiellen Mitglieder; nur in den Organisationsformen knüpfte sie an vorhandene Muster an. Lujo Brentano sah in den Gilden Schutzorganisationen bedrängter Klassen<sup>161</sup>. Die geschichtliche Triebkraft für ihre Entstehung brachte er auf die kurze Formel: "Alle Arten von Gilden entstanden immer in Zeiten des Übergangs bei Auflösung einer alten Ordnung unter den durch die Desorganisation Leidenden."<sup>162</sup> So gesehen, waren die Bauerngilden weder eine Folge der Verlagerung gewerblicher Produktion von der Stadt auf das Land, die darin bestanden hätte, daß dann ja Handwerker gilden nur ins Dorf transponiert worden wären, noch bloße Zurschaustellung akkumulierten bäuerlichen Reichtums als Folge der Agrarjunktur des 16. Jahrhunderts, sondern Erscheinungsform der Markgenossenschaft im Zeitalter des seit der frühbürgerlichen Revolution in Auflösung befindlichen Feudalsystems.

Ulrich Bentzien und Hermann Strobach bemerken dazu: "Die Lebensweise der Bauern wurde durch die politische Niederlage von 1525 in anderer Weise nachhaltig beeinflußt. Am stärksten war die Grundform des sozialen Lebens im Dorf, die Gemeinde, davon betroffen. Ihre demokratischen Rechte und Kompetenzen, um die im Bauernkrieg gekämpft worden war, wurden von der Feudalklasse zunehmend liquidiert."<sup>163</sup> Reste bäuerlicher Rechtssprechung im Bereich der niederen Gerichtsbarkeit, im ostelbischen Gebiet von den Schulzengerichten wahrgenommen, mußten einer konsequent ausgeübten Patrimonialgerichtsbarkeit weichen. Der Schulze selbst wurde zum befehlsübermittelnden Organ der Feudalgehalt erniedrigt und wie die Bauern mit Diensten belastet. Gemeinderegistraturen wurden, soweit überhaupt vorhanden, aufgelöst und von der feudalen Herrschaft übernommen, um den Bauern schriftliche Belege für alte Rechtszustände zu entziehen. Die Feudalklasse nahm immer größere Teile der Allmende für sich in Anspruch. Trotz allem behielt die Landgemeinde bis zu den bürgerlichen Agrarreformen ihre Bedeutung bei, vor allem, was den landwirtschaftlichen Betrieb und das soziale Leben im Dorf betraf. Selbständig und ohne Beeinflussung durch die feudale Herrschaft betrieb die Gemeinde den Feldbau. Flur-

160 Ebenda, S. 197.

161 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die deutsche Historische Schule, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1981, S. 229.

162 Brentano, Lujo, Die Arbeitergilden der Gegenwart, Bd. 1: Zur Geschichte der englischen Gewerkschaften, Leipzig 1871, S. XVIII. - In der Einleitung zu einer Sammlung englischer Gildenstatuten hatte Brentano schon vorher festgestellt: "All the various kinds of Gilds ... always arose in times of transition." (Derselbe, On the History and Development of Gilds, in: English Gilds. The Original Ordinances of more than one hundred Early English Gilds, hg. v. Toulmin Smith, London 1870, S. LXXVII.)

163 Bentzien, Ulrich/Strobach, Hermann, Entwicklungstendenzen der bäuerlichen Kultur zur Zeit des deutschen Bauernkrieges, in: Der Bauer im Klassenkampf, hg. v. Gerhard Heitz, Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler, Berlin 1975, S. 275.



zwang bedeutete, genossenschaftliche und individuelle Interessen der Gemeindeglieder in Einklang zu bringen. Probleme der Rotation, Termine für die Feldarbeiten, Art und Weise der Kooperation legte der Schulze in Absprache mit der Bauernschaft fest. Genossenschaftlich wurde auch die Gemeindefeld für das Vieh genutzt. Dasselbe traf für die vielfältigen Formen der Allmendenutzung zu.

Zu diesen Arbeiten war die Dorfgenossenschaft nur in der Lage, wenn alle ihre Mitglieder ihren Verpflichtungen vollständig nachkommen konnten. Nicht umsonst treten uns in den Akten der Feudalherrschaft die Begriffe "Bauernschaft" oder "Nachbarschaft" so häufig entgegen. Bauernschaft und Nachbarschaft - das war die Gilde, die Genossenschaft der zur Mitnutzung der Gemeindefeldern und -liegenschaften Voll- oder Teilberechtigten. Fiel einer dieser Genossen durch Unglück und wirtschaftliche Notlage aus, so war die Leistungsfähigkeit aller beeinträchtigt. Der einzelne mußte durch genossenschaftliche Hilfe wieder in die Lage versetzt werden, mit dem kollektiven Arbeitsrhythmus der Gemeinde Schritt zu halten. Indem man dem Nachbarn half, half man sich selbst. Hilfe für den einzelnen bedeutete Sicherung der ganzen Gemeinschaft.

Die Bauerngilden waren, nach einer Definition von Ulrich Bentzien, "eine gleichsam zusätzlich oder ersatzweise institutionalisierte Form der tradierten Dorfgenossenschaft, die sich in der Phase verstärkter feudaler Dominierung der Gemeinde herausbilden".<sup>164</sup> Die Gemeinden bewiesen damit ihre "fast wunderbare Anpassungsfähigkeit" in der Zeit des Spätfudalismus. Helga Schultz sieht in der "Behauptung der genossenschaftlichen Organisationen (Landgemeinden und Zünfte), die den Volksmassen Rückhalt im Klassenkampf boten und während der Dauer der feudalen Gesellschaftsformation notwendige Entwicklungsform der einfachen Warenproduktion waren", geradezu eine der Kräfte, die den Refeudalisierungsbestrebungen der herrschenden Klasse entgegenwirkten.<sup>165</sup>

Auch außerhalb des niederdeutschen Gebietes, auf das sich ja die Gilden beschränkten, gab es als "Nachbarschaften" oder "Bruderschaften" ganz ähnliche dorfgemeinschaftliche Einrichtungen. Die Landgemeindeforschung sollte dem Problem der bäuerlichen Genossenschaften weiter nachgehen.

Folgende Merkmale bäuerlicher Gilden lassen sich zusammenfassen:

1. In der Zeit des Spätfudalismus, beginnend um die Mitte des 15. Jahrhunderts und verstärkt nach dem Bauernkrieg, erfolgte eine schrittweise politische Entmündigung der Dorfgemeinde durch die Feudalherren. Weistumsaufzeichnungen endeten um diese Zeit. Die Übernahme des Instrumentariums städtischer Gilden auf das Land bedeutete eine Verlagerung der politisch-rechtlichen Rolle der Dorfgemeinde in eine sozial-kulturelle.
2. Die Bauerngilden waren lockere oder durch fixierte Statuten gebundene Genossenschaften feudalahängiger Agrarproduzenten von Dörfern oder Kirchspielen Norddeutschlands. In der Regel gehörten ihnen nur die Voll- oder Teilberechtigten der Dorffeldmark an, die um Pfingsten zu einem Gelage zusammenkamen, um die Probleme der Feldgemeinschaft zu besprechen. Sie verwalteten dorfgemeinschaftliche Einrichtungen und Liegenschaften und entschieden über vielfältige Formen nachbarschaftlicher Hilfe für Gildegenossen.
3. Obwohl die Initiative zur Bildung von Gilden immer von den Bauern ausging, geschah das mit Wissen und Zustimmung der Feudalherrschaften. Deren Konsens erklärt sich daraus, daß sie daran interessiert sein mußten, die Bau-

<sup>164</sup> In einem Brief an mich v. 22. 4. 1981.

<sup>165</sup> Schultz, Helga, Zur Rolle der Volksmassen in den deutschen Territorien im Spätfudalismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 5/1981, S. 425 f.

ern zum Zwecke einer kontinuierlichen Rentenleistung wirtschaftlich intakt zu halten. Würden sich die Dorfgenossen in Notzeiten nicht nachbarschaftlich geholfen haben, hätte das der Feudalherr selbst tun müssen.

4. Die Gilde bedeutete auch eine Abgrenzung gegenüber den zur Nutzung der Gemeindevorrichtungen und -liegenschaften nicht Berechtigten. In der spätf feudalen Übergangsperiode zum Kapitalismus erfolgte eine immer stärkere Differenzierung der Dorfbevölkerung. Die Zahl der Landarmen und Landlosen wuchs. Diese verlangten, oft mit Unterstützung der Feudalherrschaft, Anteile an der Allmendenutzung, besonders der Weide. Andererseits dehnten die Gildengenossen ihre Beschlüsse auf alle in der Gemeinde lebenden Personen aus.

5. Der genossenschaftliche Zusammenhalt in der Gilde bewirkte auch ein entschiedeneres Auftreten gegenüber der Feudalherrschaft, die sich zunehmend die Allmende aneignete. Das oft nicht unbeträchtliche Vermögen der Gilde stellte eine wirtschaftliche Kraft dar, die es ermöglichte, städtische Schreiber und Advokaten zu bezahlen und die meist langwierigen Prozesse vor landesherrlichen Gerichten zu finanzieren. Immer trat die ganze Bauernschaft als Kläger auf.

6. Nicht durch landesherrliche Verbote, sondern durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen verschwanden die Dorfgilden allmählich im 18./19. Jahrhundert. Dazu zählten: die Vernichtung vieler Bauerndörfer im Dreißigjährigen Krieg und der verstärkte Aufbau von Gutswirtschaften, die ethnisch oft veränderte Bevölkerungszusammensetzung nach dem Krieg, das Bauernlegen in den ostelbischen Gebieten im 17./18. Jahrhundert, die allmähliche Auflösung der mittelalterlichen Feldgemeinschaft und vor allem die Separation und die Aufteilung der Allmende im Zuge der bürgerlichen Agrarreformen.

## Das 13. Jahrhundert in der tschechischen Geschichte

von Josef Žemlička

Das erste Dezennium des 13. Jahrhunderts erlebte den Machtaufstieg des tschechischen Staates, der sich sozusagen im Handumdrehen aus einem nicht allzu bekannten mitteleuropäischen Fürstentum zu einem starken und wirtschaftlich rasch aufstrebenden Königreich entwickelte, dessen Herrscher als willkommene Verbündete und gefürchtete Gegner ihrer Nachbarn galten. Unter Přemysl Otakar II. (1253 bis 1278) erstreckte sich das Přemyslidenreich vom Riesengebirge bis zur Adria; diesen ersten Anlauf zu einem Vielvölkerstaat im Donauraum vereitelte jedoch durch eine Ironie des Geschicks gerade der erste Habsburger auf dem römischen Thron. Das Land erholte sich dann nur schwer von den Krisenjahren nach dem Tode Přemysls, die bereits einmal begründete wirtschaftliche Macht des tschechischen Staates konnte nicht mehr eingedämmt werden, und so kam es bald darauf zu einem neuerlichen politischen Aufstieg, als die Přemysliden nach der Krone Polens (1300) und Ungarns (1301) griffen. Ein dauernder Erfolg stellte sich zwar nicht ein, und das Aussterben des Herrscher-geschlechtes (1306) bereitete vorderhand allen hochfliegenden Plänen ein Ende, die Entwicklung ließ sich aber nicht aufhalten, und das verlockende Erbe der Přemysliden traten alsbald die Luxemburger an.<sup>1</sup>

Das 13. Jahrhundert war hierbei nicht nur eine Periode regen politischen Aufschwungs des tschechischen Staates, das Land machte vielmehr gleichzeitig auch eine stürmische wirtschaftliche Entwicklung durch. Es darf daher nicht verwundern, wenn sich dieser dynamische Zeitraum des regen Interesses bei ganzen Generationen von Historikern erfreut und ihm sogar die Rolle eines bedeutsamen Meilensteins der älteren tschechischen Geschichte zuerkannt wird. So urteilte bereits der Begründer der modernen tschechischen Historiographie, František Palacký, und nach seiner Auffassung kam es im 13. Jahrhundert gerade dadurch zu einem entscheidenden Umbruch, daß die alten slawischen demokratischen Gebräuche durch deutsche Feudalordnungen ersetzt wurden. Palacký zollte hohe Anerkennung dem wirtschaftlichen Fortschritt des 13. Jahrhunderts, den er insbesondere dem deutschen Landesausbau in Böhmen und Mähren zuschrieb, wobei er aber darauf hinwies, daß gerade damals die Grundlagen für die künftige nationale Disharmonie in den böhmischen Ländern gelegt wurden.<sup>2</sup> An die Gedanken Palackýs über die Bedeutung der deutschen Siedlungsbewegung knüpfte sodann in extremer Form jener Zweig der einheimischen deutschen bürgerlichen Historiographie an, der schließlich auch aus politischen Gründen einen entscheidenden Anteil der deutschen Siedler am gesamten Aufstieg des Staates der letzten Přemysliden und der Luxemburger nachzuweisen bestrebt war. Diese deutschen Siedler wurden hierbei gewöhnlich des öfteren

1 Vgl. Spěvák, Jiří, Karl IV. Sein Leben und seine staatsmännische Leistung, Prag 1979, S. 11 - 19, wo auch andere Titel genannt sind.

2 Palacký, František, Dějiny národu českého v Čechách a v Moravě (Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren), Bd. 1,1, 3. Aufl. Prag 1876, S. 16 f.; Bd. 2,1, 2. Aufl. Prag 1877, S. 5 - 9, 14 - 20, 380 - 388.

als Träger einer "höheren" Kultur im zurückgebliebenen slawischen Milieu bezeichnet.<sup>3</sup> Diesbezüglich am weitesten ging Bertold Bretholz, dessen "Antikolonisierungstheorie"<sup>4</sup> von einer ununterbrochenen Kontinuität der germanischen Besiedlung in den böhmischen Ländern schon seit den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung sogar bei zahlreichen deutschen Forschern auf brüske Ablehnung stieß.<sup>5</sup> Die tschechische bürgerliche Historiographie trat dieser Offensive nicht erfolgreich entgegen und räumte im wesentlichen fremden Einflüssen Bedeutung ein, auch wenn sie solche Schlußfolgerungen in latenter Form präsentierte.<sup>6</sup>

Während die ältere deutsche und auch tschechische Forschung den Beitrag der deutschen Siedlungsbewegung im 13. Jahrhundert hervorhob, aus der angeblich die Kultivierung ausgedehnter Waldungen, die Aufwärtsentwicklung der Städte und des Bergbaues hervorgingen, wobei unter dem Einfluß westlicher Anregungen im tschechischen Milieu höherstehende rechtlich-organisatorische Lebensformen entstanden und sich ausgebreitet haben sollten, suchte die junge marxistische Historiographie nach dem zweiten Weltkrieg die Wurzeln des Aufstiegs des Staates der letzten Přemysliden eher in der älteren einheimischen Entwicklung und im massenweisen Übergang zur Geldform der Feudalrente. Lediglich einige äußerliche Formen sollten nach dieser Auffassung fremden Vorbildern entlehnt worden sein.<sup>7</sup> Wenngleich diese Schlußfolgerungen zweifellos eine positive Wende in den bisherigen Anschauungen bedeuteten, waren sie doch nicht von einer konsequenten analytischen Forschung untermauert und mancherorts sogar von einer gewissen Schematisierung gekennzeichnet. Erst die weiteren Anregungen, die sich aus Analysen des historischen Siedlungsstudiums, aus der Erkenntnis der Genesis und des Charakters des mittelalterlichen Landesausbaus, aus der Entstehung und den Anfängen der Städte, der landwirtschaftlichen Produktion und aus weiteren partiellen und weitergehenden Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ergaben, ebneten nach und nach den Weg zur Formulierung allgemein gültigerer und fundierterer Schlußfolgerungen.<sup>8</sup> Dabei darf nicht vergessen werden, daß die böhmischen Länder mit zum weitergefaßten mitteleuropäischen Territorium gehörten und daß wir ähnlichen, vor allem vom Landesausbau, der Entstehung und den An-

- 3 Vgl. Lippert, Julius, Social-Geschichte Böhmens in vorhussitischer Zeit, Bd. 2, Prag/Wien/Leipzig 1898; Bachmann, Adolf, Geschichte Böhmens, Bd. 1, Gotha 1899; Werunsky, Emil, Böhmens sozial-politische Entwicklung in vorhussitischer Zeit, in: Neue Jahrbücher für das klassische Altertum, Geschichte und deutsche Literatur, Nr. 4/1901, S. 433 - 452; Juritsch, Georg, Die Deutschen und ihre Rechte in Böhmen und Mähren im XIII. und XIV. Jahrhunderte, in: Programm des k. k. Staats-Ober-Gymnasiums in Mies 1904 - 1905, Mies 1905, S. 1 - 183.
- 4 Bretholz, Bertold, Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden 1306, München/Leipzig 1912; derselbe, Geschichte Böhmens und Mährens, Bd. 1, Reichenberg (1921).
- 5 Zur Bewertung der Diskussion vgl. Novotný, Václav, České dějiny (Böhmische Geschichte), Bd. 1,4, Prag 1937, S. 475 - 481.
- 6 Vgl. zum Beispiel Šusta, Josef, Poslední Přemyslovci a jejich dědictví 1300 - 1308 (Die letzten Přemysliden und ihre Erbschaft 1300 - 1308), Prag 1917; derselbe, České dějiny, Bd. 2,1, Prag 1935; Novotný, Václav, České dějiny, Bd. 1,3, Prag 1928; Bd. 1,4, Prag 1937; Šimák, Josef Vítězslav, České dějiny, Bd. 1,5, Prag 1938.
- 7 Vgl. Přehled československých dějin (Übersicht der tschechoslowakischen Geschichte), Bd. 1, Prag 1958, S. 107 - 117.
- 8 Vgl. Výběrová bibliografie historické geografie Čech za léta 1961 - 1970 (Ausgewählte Bibliographie der historischen Geographie Böhmens für die Jahre 1961 - 1970), in: Historická geografie, Nr. 7/1971, S. 85 - 182; Historiografie v Československu 1970 - 1980 (Historiographie in der Tschechoslowakei 1970 - 1980), Prag 1980, S. 71 - 86.



fängen der hochfeudalen Städte und vom Aufschwung des Tauschhandels getragenen Entwicklungsmerkmalen auch in den benachbarten und auf einer analogen ökonomischen, sozialen und vielfach auch ethnischen Basis beruhenden Besitzungen der Piasten, Wettiner, Arpaden und anderer begegnen.<sup>9</sup> Eine Herausarbeitung des Wesens der Veränderungen im tschechischen Staat der Přemysliden im 13. Jahrhundert ist so weitaus komplizierter, als es auf den ersten Blick scheinen könnte, und dabei ist ein neuerlicher Rückblick in die ältere Zeit unumgänglich.

Im frühfeudalen tschechischen Staat (im allgemeinen 10. bis 12. Jahrhundert) war, ähnlich wie in weiteren mitteleuropäischen Gebieten, sozusagen das gesamte Leben an die Agrarproduktion gebunden. Mit Landwirtschaft beschäftigte sich die übergroße Mehrheit der gesamten Bevölkerung, und eine fortgeschrittenere Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk hatte sich noch nicht herausgebildet. Die Erträge des Getreideanbaues waren niedrig, und die Ernährung konnte nur durch Viehzucht und Jagd und Sammeltätigkeit gesichert werden. Charakteristisch für Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiten waren einfache, vor allem an große, extensiv bestellte Flächen gebundene Produktionsarten. Die Besiedlung konzentrierte sich in fruchtbaren Gegenden an den großen Wasserläufen, besonders von Elbe, Moldau, Eger, Svatka, Thaya und March. Der damalige Stand der Landwirtschaft mit der Absorption der meisten Arbeitskräfte erlaubte noch nicht die Ausklammerung einer größeren Zahl von Menschen, die, von den Feldarbeiten freigestellt, sich einer spezialisierten Handwerksproduktion hätten widmen können. Wiederum war es der Mangel an gutem Gerät für Bodenbestellung und Waldrodung, der die Fortschritte in der Landwirtschaft beträchtlich hemmte. Die damalige Ökonomie bewegte sich so in einem Teufelskreis: Das niedrige Niveau der Landwirtschaft gestattete nicht die Absonderung einer größeren Zahl spezialisierter Handwerker, die eine massenhafte Produktion der erforderlichen Werkzeuge hätten sicherstellen können und so die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Produktion erweitert hätten.<sup>10</sup>

Eine gewisse Überproduktion schuf allerdings auch die frühfeudale Landwirtschaft. Diese Produkte beschlagnahmten jedoch die privilegierten Schichten der Gesellschaft: der Fürst mit seiner Gefolgschaft und die ständig steigende Zahl von Priestern und Mönchen. Ebenso muß mit einem gewissen Umfang einer spezialisierten Handwerksproduktion gerechnet werden, aber auch hier lag die Situation ähnlich. Die Handwerker und Dienstmänner des Fürsten, die die materiellen Bedürfnisse der herrschenden Klasse zu sichern hatten, waren hierbei in Siedlungen um die Burgen und Höfe ansässig oder lebten direkt auf den Burgen oder in den Vorburgen, wobei aber auch sie ihre Nahrungsmittel zum Großteil aus dem zugeteilten landwirtschaftlichen Boden beschaffen mußten. Ihre völlige Lösung von der Landwirtschaft war noch nicht möglich. Dabei hatten sie eine festgesetzte Zahl von Erzeugnissen abzuführen und sich an der Be-

9 Aus zahlreichen Titeln vgl. Polska w okresie rozdrobnienia feudalnego (Polen in der Zeit der Feudalsplitterung), unter d. Red. Henryk Łowmiański, Wrocław/Warszawa/Kraków/Gdańsk 1973; Wyrozumski, Jerzy, Historia Polski do roku 1505 (Geschichte Polens bis zum Jahre 1505), Warschau 1979; Töpfer, Bernhard/Engel, Evamaria, Vom staufischen Imperium zum Hausmachtkönigtum. Deutsche Geschichte vom Wormser Konkordat 1122 bis zur Doppelwahl 1314, Weimar 1976; Schmidt, Eberhard, Die Mark Brandenburg unter den Askaniern (1134 - 1320), Köln/Wien 1973; Hóman, Bálint, Geschichte des ungarischen Mittelalters, Bd. 1 - 2, Berlin 1943.

10 Zu einigen Fragen der frühfeudalen Produktion vgl. Krzemieńska, Barbara, in: Nový, Luboš/Kollektiv, Dějiny techniky v Československu do konce 18. století (Geschichte der Technik in der Tschechoslowakei bis zum Ende des 18. Jahrhunderts), Prag 1974, S. 63 - 68.

dienung des Herrschers und seiner "Getreuen" zu beteiligen; in der Literatur wurde für diese Form die Bezeichnung einer sogenannten Dienstleistungsorganisation üblich.<sup>11</sup> Angesichts dieser Situation konnten auch die Ware-Geld-Beziehungen keine weitergehende Geltung erlangen; auf dem Markt wurden vor derhand nur eher zeitweilige Überschüsse der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion ausgetauscht. Die Funktion des Geldes kam hauptsächlich im Fernhandel zur Geltung.<sup>12</sup>

Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts signalisierten jedoch einige Erscheinungen, daß die frühfeudale Naturalwirtschaft ihre ersten Risse bekommen hatte. Diese äußerten sich dann auch im gesellschaftlichen Bereich. Während früher die im Namen des Fürsten von den abhängigen Bauern und Handwerkern "eingehobenen" Bezüge und Abgaben unter den frühfeudalen Adligen zur Verteilung gelangten, deren Stärke noch nicht hauptsächlich in ihrem privaten Bodenbesitz beruhte, sondern vor allem in ihren Dienstleistungen für die Dynastie und in der Ausübung von Ämtern, und die Vorherrschaft dieser Klasse durch das einfache, aber wirksame sogenannte Burgensystem gesichert wurde,<sup>13</sup> trat nun ein Umschwung ein. Die einzelnen Großen und weitere Gefolgsleute lockerten allmählich ihre enge persönliche Abhängigkeit vom Herrscher, lösten sich vom ursprünglich fast "allumfassenden" Eigentum des Fürsten und erweiterten und festigten schließlich auf dessen Kosten ihren eigenen Grundbesitz. Einen ähnlichen Weg schlug auch die Kirche ein. Die Tätigkeit des Burgensystems erschlaffte so allmählich, verlor ihre Funktionsberechtigung und ging dann irgendwann in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts praktisch unter. Das eigentliche Wesen dieses Prozesses beruhte hierbei nicht im bloßen Streben der Großen und des Gefolges nach Umwandlung zu einem Erbadel, sondern wurde durch Veränderungen im Wirtschaftscharakter des damaligen Přemyslidenstaates ermöglicht, die bereits einen Übergang von den einfacheren frühfeudalen Formen der Klassenherrschaft zu entwickelteren erlaubten. Und der Zerfall des Burgensystems und der damit verknüpften sogenannten Dienstleistungsorganisation machte allmählich die hier gebundenen Produktionskapazitäten für die Marktproduktion frei.<sup>14</sup>

Die Ursachen solcher Veränderungen beruhten hauptsächlich im erreichten Ausmaß der landwirtschaftlichen Produktion. Die böhmischen Länder hatte zwar die Umstrukturierung der Landwirtschaft noch nicht unmittelbar erfaßt, die die höherentwickelten Gebiete Europas in der zweiten Hälfte des 11. und im 12. Jahrhundert betroffen hatte,<sup>15</sup> der ausgewogene Kreis, in dem sich die Ökonomie des Přemyslidenstaates lange Zeit hindurch bewegt hatte, wurde aber des-

11 Třeštlík, Dušan/Krzemieńska, Barbara, Zur Problematik der Dienstleute im frühmittelalterlichen Böhmen, in: Siedlung und Verfassung Böhmens in der Frühzeit, Wiesbaden 1967, S. 70 - 98.

12 Vgl. Tomas, Jindřich, Počátky města Litoměřic (Die Anfänge der Stadt Litoměřic), in: Sborník Severočeského musea, Společenské vědy - Historia, Nr. 5/1966, S. 15 - 64; Lalik, Tadeusz, Włość kanoników starobolesławskich w pierwszej połowie XI wieku (Der Besitz der Domherren von Starobolesław in der ersten Hälfte des 11. Jh.), in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, Nr. 19/1971, S. 399 - 429.

13 Zur sog. Burgverfassung vgl. Nový, Rostislav, Přemyslovský stát 11. a 12. století (Der Přemyslidenstaat im 11. und 12. Jh.), Prag 1972, S. 96 - 104, mit Literaturübersicht.

14 Vgl. Třeštlík, Dušan, K sociální struktuře přemyslovských Čech (Zur Sozialstruktur im Böhmen der Přemyslidenzeit), in: Československý časopis historický, Nr. 19/1971, S. 537 - 567; Žemlička, Josef, Přemyslovská hradská centra a počátky měst v Čechách (Die Burgzentren der Přemyslidenzeit und die Anfänge der Städte in Böhmen), in: ebenda, Nr. 26/1978, S. 559 - 586.

15 Zur sog. Agrarrevolution z. B. Le Goff, Jacques, Das Hochmittelalter = Fischer Weltgeschichte, Bd. 11, Frankfurt (Main) 1965, S. 39 - 45.

senungeachtet gerade im 12. Jahrhundert durchbrochen. Zunächst war dies noch der extensive Weg, der vor allem in einer ausgedehnten Siedlungstätigkeit bestand, denn bloß mit ihrer Hilfe konnte man angesichts des damaligen Standes der landwirtschaftlichen Produktion die Ernährung für die wachsende Bevölkerung sichern und den steigenden Anforderungen seitens der privilegierten Klasse genügen. Der slawische Landesausbau dauerte hier seit je an, gerade im 12. Jahrhundert läßt sich aber sein bedeutender Aufschwung verzeichnen. In die vordem bewaldeten, ab- und höhergelegenen Orte drangen aus dem alten Siedlungsgebiet Dutzende, Hunderte neuer Siedlungen vor, das Ausmaß kultivierten Bodens nahm ungemein zu, und das ganze Land konnte so Zehntausende weitere Menschen zusätzlich ernähren. Das Binnenland Böhmens und Mährens war praktisch besiedelt, nur einige Gebiete waren noch unberührt geblieben. Diese ganze Siedlungsbewegung, die in der Literatur oft auch als Binnenkolonisation bezeichnet wird, war dabei ausschließlich das Werk des einheimischen slawischen Ethnikums.<sup>16</sup> Vorderhand bleibt noch fraglich, inwieweit zu diesem Besiedlungsaufschwung die damaligen Zentren der Handwerksproduktion, des Handels und des Marktes beitrugen, die unter den Bedingungen der böhmischen Länder hauptsächlich bei wichtigen Fürstenburgen konzentriert waren.<sup>17</sup> Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion konnte, wenn gleich noch extensiv betrieben, dann nicht nur dem Bevölkerungszuwachs besser genügen, sondern auch die weitere Feudalisierung der Gesellschaft fördern, und schuf dazu noch die erforderlichen Voraussetzungen für eine Zunahme spezialisierter Handwerker. Schon lange vor dem Beginn des 13. Jahrhunderts und demnach vor der Einleitung des deutschen Landesausbaues tendierte so der Přemyslidenstaat aufgrund seiner eigenen internen Entwicklung allmählich zu einer höheren Form der bestehenden Gesellschaftsordnung: zum Hochfeudalismus, der im wirtschaftlichen Bereich durch eine fortgeschrittenere Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk, durch einen Aufschwung der Marktproduktion und eine nachhaltigere Anwendung des Geldes charakterisiert war.

In dieser Entwicklungsphase trat der tschechische Staat ins 13. Jahrhundert ein. Gleich zu Beginn zeichneten sich zahlreiche neue Elemente ab, erst im Vergleich mit dem Ende der Přemyslidenregierung (1306) treten jedoch jene großen Veränderungen hervor, die in relativ kurzer Zeit von hundert Jahren das Land durchgemacht hatte. Damals waren bereits jene Merkmale, die für die hochfeudale Gesellschaft charakteristisch sind, klar erkennbar: Die Arbeitsteilung erreichte ein höheres Niveau, wobei sich das Handwerk in den Städten konzentrierte. Zwischen diesem und der Landwirtschaft entwickelte sich ein reger Tauschhandel, ermöglicht durch das dichte Netz der städtischen Märkte. Wie aber kam es zu diesen Ergebnissen?

Die wichtigsten Impulse für die weitere Entwicklung lieferte wiederum der Bereich der landwirtschaftlichen Produktion, der gerade im 13. Jahrhundert tief-

16 Siehe Smilauer, Vladimír, *Osídlení Čech ve světle místních jmen* (Die Besiedlung Böhmens im Lichte der Ortsnamen), Prag 1960; Sláma, Jiří, *Příspěvek k vnitřní koloniaci raně středověkých Čech* (Ein Beitrag zur inländischen Besiedlung des frühmittelalterlichen Böhmens), in: *Archeologické rozhledy*, Nr. 19/1967, S. 433 - 445; Žemlička, Josef, *K charakteristice středověké kolonizace v Čechách* (Zur Charakteristik der mittelalterlichen Besiedlung in Böhmen), in: *Československý časopis historický*, Nr. 26/1978, S. 58 - 81; Klápště, Jan/Žemlička, Josef, *Studium dějin osídlení v Čechách a jeho další perspektivy* (Das Studium der Siedlungsgeschichte in Böhmen und seine weiteren Perspektiven), in: ebenda, Nr. 27/1979, S. 884 - 906.

17 Dazu vgl. Štěpánek, Miroslav, *Strukturální změny středověkého osídlení* (Die Strukturänderungen der mittelalterlichen Besiedlung), in: *Československý časopis historický*, Nr. 17/1969, S. 478.

greifende Wandlungen durchmachte. Sie beruhen nicht bloß auf der extensiven Ausweitung von Ackerland. Es nahm auch weiterhin in Anlehnung an die ältere slawische Siedlungsbewegung die Kultivierung neuer Flächen ihren Fortgang, woran zusammen mit der einheimischen Bevölkerung auch deutsche Siedler beteiligt waren. Diese Erscheinung, die mit zum Vordringen des deutschen Ethnikums nach Osten gehörte und durch die demographische, soziale und wirtschaftliche Situation in den älteren deutschen Siedlungsgebieten ausgelöst wurde,<sup>18</sup> wird gewöhnlich von der älteren Literatur als entscheidende Ursache für den Aufschwung der böhmischen Länder im 13. und 14. Jahrhundert bezeichnet.<sup>19</sup> Im Vergleich zum vorangegangenen Jahrhundert nahm in Wirklichkeit aber bereits im 13. Jahrhundert die Intensität des Siedlungsvorganges in den böhmischen Ländern ab; da das Binnenland bis auf nicht allzu große Ausnahmen bereits besiedelt war, erfolgte die Fortsetzung des Landesausbaues hauptsächlich in den weniger ergiebigen Grenzbereichen. Jene bereits angesprochenen qualitativen Veränderungen spielten sich aber auf dem alten Siedlungsterritorium ab, das vor allem von slawischer Bevölkerung bewohnt war. Die Notwendigkeit der Beschaffung der Lebensmittel für die wachsende Bevölkerung auch in den landwirtschaftlich nichtautarken Städten erzwang nämlich gewichtige Veränderungen in der Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiten. Wichtiger Impuls für den anbrechenden Aufstieg des Getreideanbaues, insbesondere für den Anbau des genügsameren Roggens,<sup>20</sup> wurden die zunehmenden Ware-Geld-Beziehungen. An den fruchtbaren Orten des alten Siedlungsgebietes, wo die Bedingungen für einen intensiven Getreideanbau am günstigsten waren, setzten sich daher etwa seit der Mitte des 13. Jahrhunderts allmählich progressivere Formen in der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion durch, und zwar unter Bevorzugung regulierter Mehrfeldersysteme, insbesondere der Dreifelderwirtschaft.<sup>21</sup> Die effektivere Ausnutzung der Vorzüge solcher Bestellungsarten erforderte gelegentlich auch eine Umstrukturierung der Fluren gewöhnlich in Form von Gewinn- oder Streifenfluren;<sup>22</sup> entsprechende Veränderungen machte dabei auch das hiesige Netz der Siedlungen durch. Das erforderliche tieferreichende Pflügen konnte nur ein großes und schweres Gerät mit asymmetrischer Schar leisten. Im 13. Jahrhundert tauchen immer öfter auch eine Egge mit Eisenzinken und weiteres unumgängliches Gerät auf. Diese landwirtschaftlichen Werkzeuge hatte schon die ältere Zeit gekannt, die Bedeutung des 13. Jahrhunderts beruhte aber in ihrer massenweisen Verbreitung und im Ausmaß des Einsatzes von Eisen.<sup>23</sup> Dies alles schlug sich dann in einer Erhöhung der Getreideerträge nieder. Ihren offensichtlichen Anteil an diesen Ergebnissen konnten bereits die neuen Zentren des spezialisierten Handwerks - die Städte - aufweisen.

18 Epperlein, Siegfried, Die bäuerliche Siedlung im 12. und 13. Jahrhundert, in: Die Slawen in Deutschland. Geschichte und Kultur der slawischen Stämme westlich von Oder und Neiße vom 6. bis 12. Jahrhundert. Ein Handbuch, hg. v. Joachim Herrmann, 2. Aufl. Berlin 1972, S. 344 - 348.

19 Vgl. Anm. 3 - 6.

20 Beranová, Magdalena, Zemědělská výroba v 11./14. století na území Československa (Die landwirtschaftliche Produktion im 11. - 14. Jh. auf dem Territorium der Tschechoslowakei), Prag 1975, S. 16 - 19.

21 Dazu allgemein vgl. Štěpánek, Miroslav, Plužina jako pramen dějin osídlení (Die Flur als Quelle der Siedlungsforschung), in: Československý časopis historický, Nr. 16/1968, S. 263 f.

22 Die Ergebnisse aus einem bestimmten Gebiet in Nordwestböhmen publizierte Žemlička, Josef, Vývoj osídlení dolního Poohří a Českého středohoří do 14. století (Die Entwicklung der Besiedlung des unteren Tales des Flusses Ohře und des Bömischen Mittelgebirges bis zum 14. Jh.), Prag 1980.

23 Vgl. Beranová, Magdalena, a. a. O., S. 11 - 16; Štěpánek, Miroslav, Strukturální změny ..., a. a. O., S. 477 - 480.



Die angeführten Veränderungen setzten sich allerdings nicht mit einem Schlag durch, und das Ende des 13. Jahrhunderts bedeutete noch nicht ihren Höhepunkt; es gab beachtliche regionale Unterschiede, und trotzdem kann zusammenfassend gesagt werden, daß das 13. Jahrhundert einen Umbruch in der bisherigen landwirtschaftlichen Praxis brachte. Und aus den Ergebnissen der Landwirtschaft konnten dann weitere Sphären, namentlich das Handwerk, Nutzen ziehen. Wie bereits gesagt, war in der frühfeudalen Periode das spezialisierte Handwerk vor allem bei den wichtigeren Fürstenburgen konzentriert. Der Handwerker arbeitete dort noch nicht für den Markt, sondern sicherte mit Lieferungen seiner Erzeugnisse die materiellen Bedürfnisse des Fürsten und seiner Gefolgschaft. Er hatte aber zugleich gute Bedingungen, sich hier technologische Neuheiten anzueignen und seine Erzeugnisse mit denen seiner Nachbarn und gegebenenfalls auch mit ausländischen zu vergleichen. Es gab nicht viele freie Handwerker. Gerade bei solchen Burgen mit Siedlungsagglomerationen, die zugleich Zentren des damaligen Handwerks, Marktes und Handels waren und zu denen zum Beispiel Prag, Hradec Králové, Žatec, Litoměřice, Stará Pizeň, Brno oder Olomouc gehörten, bot sich dem Produzenten gleichzeitig eine treffliche Absatzmöglichkeit. Erst der Zerfall des Burgensystems und der sogenannten Dienstleistungsorganisation befreite von den Fesseln der frühfeudalen autarken Wirtschaftsführung und bot qualitativ neue Perspektiven.<sup>24</sup> Der Handwerker verblieb jedoch noch immer im Hörigkeitsverhältnis, und seine Stellung unterschied sich nicht von jener des Bauern auf dem Lande. Und ähnlich wie für den Kapitalismus die "Befreiung" des künftigen Arbeiters von den Banden feudaler Abhängigkeit unerlässlich war, konnte sich auch jetzt erst die "freie" Handwerksproduktion zugunsten einer weiteren Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entfalten. Und diese notwendige Befreiung konnte die Handwerksproduktion in der gegebenen Entwicklungssituation erst durch ihre Emanzipation von den bisherigen gesellschaftlichen Bindungen, durch ihre Immunisierung, erlangen. So waren die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen für das Aufkommen der hochfeudalen Städte herangereift. Und ihre Anfänge und ihre Aufwärtsentwicklung zeitigen dann nicht nur tiefe Eingriffe in die alte Struktur der feudalen Hierarchie; die Entwicklung zielt auch auf eine räumliche Trennung der beiden wichtigsten Produktionsphären ab: Während die Landwirtschaft ihrem Wesen nach auf dem Lande verwurzelt ist, hat das Handwerk seine Zukunftschancen vor allem in den jetzt auf den Plan tretenden hochfeudalen Städten.

Die Anfänge dieser Städte können unter verschiedenen Aspekten betrachtet werden, halten wir uns aber an die ökonomischen Gesichtspunkte. Unter diesen wurden die böhmischen und mährischen Städte oft als Produkt des 13. Jahrhunderts, als Beitrag des deutschen Landesausbaues und als Ergebnis fremder Einflüsse im slawischen Milieu des Přemyslidenstaates bezeichnet; solche Gedankengänge gehörten übrigens zur umfassenderen Betrachtungsweise der Entstehung und der Anfänge der Städte bei den Westslawen.<sup>25</sup> Diese These entspricht allerdings nicht den historischen Tatsachen, denn die eigentlichen Voraussetzungen für die Entstehung der hochfeudalen böhmischen Städte waren im Laufe einer langen Entwicklung herangereift, und es war vor allem das 12. Jahrhundert, das diesbezüglich die notwendigen Grundlagen geschaffen hatte. Schon in den Vorburgen der Přemyslidenburgen finden wir so manche Merkmale, die auch den Städten des 13. Jahrhunderts zugeschrieben werden (Konzentration von Handwerksproduktion, Handel und Markt), und bereits diese Burgzentren

24 Vgl. Žemlička, Josef, Přemyslovská hradská centra ..., S. 559 - 586.

25 Die Literatur zu diesem Problem ist schon riesenhaft. Aus den tschechischen Übersichten kann man Mendl, Bedřich, Tak řečené norimberské právo v Čechách (Das sogenannte nürnbergische Recht in Böhmen), Prag 1938, S. 7 - 17, anführen, und neu, aber kurz, Žemlička, Josef, Přemyslovská hradská centra ..., a. a. O., S. 559 - 561.

waren von ihrem bäuerlichen Hinterland durch verschiedene ökonomische Interessen verbunden.<sup>26</sup> Dabei darf man allerdings diese Zentren nicht den hochfeudalen Städten gleichsetzen, denn diese hatte erst das 13. Jahrhundert in ihrer auskristallisierten Form hervorgebracht. Erst die Stadt dieser Epoche zeitigte die freie Arbeit des "freien" städtischen Handwerkers für den Markt. Dieser Handwerker konnte unter dem Schutz der Stadtordnung seine Kräfte nachhaltiger für die Marktproduktion freimachen, das heißt für städtische und ländliche Belange bestimmte Handwerkserzeugnisse, und er begann sogar alsbald, ein Produktionsmonopol gegenüber dem Bereich außerhalb der Stadt anzustreben.<sup>27</sup> Gegenwärtig gelangt so in der tschechischen Historiographie die Ansicht zur Geltung, der Rechtsakt der "Stadtgründung" sei nicht als primär anzusehen, sondern nur als Höhepunkt einer längeren vorausgehenden, von der ökonomischen Funktion und der Stellung der betreffenden Lokalität bedingten Entwicklung. Als bestimmende Merkmale, wodurch sich eine solche Stadt von den Zentren "vorstädtischen" Charakters unterscheidet, werden die Selbstverwaltung und die Bildung einer Gemeinde freier Bürger bezeichnet. In der Frage des Stadtrechtes wird dessen Übernahme von deutschen Nachbargebieten nicht bestritten, zugleich darauf hingewiesen, daß lediglich die einheimische wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Bedingungen bieten konnte, die seine Übernahme und weitergehende gesellschaftliche Anwendung erlaubten.<sup>28</sup> Und in diesem Zusammenhang ist gewiß die Erkenntnis nicht uninteressant, daß die ersten wirklichen, bereits vom zweiten und dritten Dezennium des 13. Jahrhunderts an entstehenden Stadtgemeinden in den böhmischen Ländern<sup>29</sup> durchweg unmittelbar an Siedlungsagglomerationen bei älteren bedeutenden Přemyslidenburgen anknüpften.<sup>30</sup> Seit Beginn nahm in diesen Stadtgemeinden die deutsche Bürgerschaft und insbesondere das reiche deutsche Patriziat eine wichtige Stellung ein, allerdings dürfen auch der Anteil und die gesellschaftliche Bedeutung der

26 Mit diesen Fragen beschäftigten sich in der Tschechoslowakei besonders die Mittelalter-Archäologen. Vgl. Richter, Miroslav, *České středověké město ve světle archeologických výzkumů* (Die böhmische mittelalterliche Stadt im Lichte der archäologischen Forschung), in: *Archeologické rozhledy*, Nr. 27/1975, S. 247 - 249; derselbe, *Archeologický výzkum českých měst 13. století* (Die archäologische Forschung der böhmischen Städte des 13. Jh.), in: *Hospodářské dějiny - Economic History*, Nr. 4/1979, S. 5 - 17.

27 Dazu vgl. Kűchler, Winfried, *Das Bannmeilenrecht. Ein Beitrag der mittelalterlichen Ostsiedlung zur wirtschaftlichen und rechtlichen Verschränkung von Stadt und Land*, Würzburg 1964.

28 Kejř, Jiřĩ, *Die Anfänge der Stadtverfassung und des Stadtrechts in den Böhmisches Ländern*, in: *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte = Vorträge und Forschungen*, Bd. 18, hg. v. Walter Schlesinger, Sigmaringen 1975, S. 439 - 470; derselbe, *Nad počátky našich měst (Über die Anfänge unserer Städte)*, in: *Československý časopis historický*, Nr. 24/1976, S. 377 - 401; derselbe, *Možnosti a meze právněhistorického bádání o počátcích měst (Möglichkeiten und Grenzen der rechtshistorischen Forschung über die Anfänge der Städte)*, in: *Právněhistorické studie*, Nr. 20/1977, S. 177 - 203; derselbe, *Městské zřĩzení v českém státě ve 13. století (Die Stadtverfassung im böhmischen Staat im 13. Jh.)*, in: *Československý časopis historický*, Nr. 27/1979, S. 226 - 252.

29 Eine Übersicht gab Kejř, Jiřĩ, *Zwei Studien über die Anfänge der Städteverfassung in den böhmischen Ländern*, in: *Historica*, Nr. 16/1969, S. 81 - 116.

30 Hejna, Antonĩn, *Slovanská hradistě a počátky měst v Čechách (Die slawischen Burgwalle und die Anfänge der Städte in Böhmen)*, in: *Památky archeologické*, Nr. 52/1961, S. 563 - 572; Žemlička, Josef, *Přemyslovská hradiská centra ...*, a. a. O., S. 563 - 584.

slawischen Bevölkerung nicht übergangs werden, die sich übrigens vor allem seit dem 14. Jahrhundert ständig erhöhte.<sup>31</sup>

Abgesehen vom Handwerk, hatten natürlich die hochfeudalen Städte auch weitere Attribute, und insbesondere Handel und Bergbau spielten bei der Konstituierung zahlreicher Stadtgemeinden eine wahrhaft hervorragende Rolle. Die Stadt löste sich aber von der Landwirtschaft nicht ganz, hauptsächlich die kleineren Städte wahrten während des ganzen Mittelalters ausgeprägt ländliche Merkmale.<sup>32</sup> Als Ganzes konnten sich die Städte allerdings nicht selbst mit landwirtschaftlichen Produkten versorgen, und die Sicherung der Ernährung der Stadtbevölkerung war vom Tauschhandel mit dem flachen Land abhängig. Was aber zwang die Landbevölkerung, die Stadt mit Getreide, Fleisch, Gemüse und verschiedenen Rohstoffen regelmäßig zu beliefern und damit eigentlich deren Existenz zu ermöglichen? Das leistungsfähigere städtische Handwerk konnte ihnen selbstverständlich Gegenleistungen in Form erforderlicher landwirtschaftlicher Werkzeuge, besserer Kleidung und weiterer Erzeugnisse anbieten, das Wesen der ganzen Erscheinung war allerdings komplizierter. Wir wissen, daß einige Städte bereits bei ihrer Konstituierung Bindungen administrativer Natur mit ihrem bäuerlichen Hinterland eingingen<sup>33</sup> oder daß Städte und Bürger schon bald auf dem Lande verschiedene Güter kauften und dort wie wahre Feudaloberigkeiten auftraten<sup>34</sup>; die tiefgehende Bindung der hochfeudalen Landbevölkerung an den Lokalmarkt und so ihre Verkettung mit den Städten war aber weitaus nachhaltiger.

Hand in Hand mit der Konstituierung der hochfeudalen Städte machte nämlich im 13. Jahrhundert auch das flache Land wichtige Veränderungen durch. Im Zusammenhang mit der Gründung neuangelegter ländlicher Siedlungen aufgrund "deutschen" Rechts und mit der Ausweitung des Erbrechts änderte sich allmählich die Stellung der Hörigen, und dieser Prozeß blieb nicht auf die von deutschen Siedlern bewohnten Gebiete beschränkt, sondern erfaßte auch die übrigen Landesteile mit vorwiegend slawischer Bevölkerung. Schon die ältere Zeit hatte offenbar einheimische Formen für die Gründung neuer Dörfer ausgearbeitet, die den herbeiströmenden Ansiedlern verschiedene Vergünstigungen gewährten,<sup>35</sup> die Institution des Erbrechts entsprach aber besser den wirklichen Erfordernissen der weiteren Entwicklung und dominierte schließlich. Als Gegenleistung für die günstigere persönliche Stellung und die Beseitigung älterer Fron- und Naturalverpflichtungen verstand sich der Hörige nun, seine Verpflichtungen weiterhin hauptsächlich in Geld abzuführen. Die Umwandlung der Frondienste und Naturalabgaben in Geldzins stimulierte in ihren Konsequenzen die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion; an ihrer Erhöhung

31 Vgl. Kavka, František, Die Städte Böhmens und Mährens zur Zeit des Přemysliden-Staats, in: Die Städte Mitteleuropas im 12. und 13. Jahrhundert, Linz 1963, S. 146 f.; Schwarz, Ernst, Volkstumsgeschichte der Sudetenländer, Bd. 1: Böhmen, München 1965, Bd. 2: Mähren-Schlesien, München 1966; derselbe, Beiträge zur Volkstumsgeschichte der Sudetenländer, in: Bohemia, Nr. 11/1970, S. 34 - 150; Kejř, Jiří, Možnosti a meze ..., a. a. O., S. 193 f.

32 Vgl. z. B. Nový, Rostislav, Poddanská města a městečka v předhusitských Čechách (Die abhängigen Städte und Kleinstädte im vorhussitischen Böhmen), in: Československý časopis historický, Nr. 21/1973, S. 73 - 109.

33 Z. B. die sogenannten Stadtdörfer. Vgl. Kuhn, Walter, Die Stadtdörfer der mittelalterlichen Ostsiedlung, in: Zeitschrift für Ostforschung, Nr. 20/1971, S. 1 - 69; Wedzki, Andrzej, Początki reformy miejskiej w Środkowej Europie do połowy XIII wieku (Die Anfänge der Städtereform in Mitteleuropa bis zur Hälfte des 13. Jh.), Warszawa/Poznań 1974, S. 211 - 213.

34 Vgl. Zycha, Adolf, Über den Ursprung der Städte in Böhmen und die Städtepolitik der Přemysliden, Prag 1914, S. 120 - 135.

35 Novotný, Václav, České dějiny, Bd. 1,4, a. a. O., S. 492 - 499.

war so der Hörige interessiert, der, um seine Zahlungsverbindlichkeiten erfüllen zu können, gezwungen war, einen Teil seiner Ernte oder verschiedene Rohstoffe auf den Markt zu bringen; schließlich bemühten sich auch die Feudalherren, von der landwirtschaftlichen Konjunktur zu profitieren. Dies alles führte zu einer tieferen Verbindung des flachen Landes mit dem lokalen Markt und demnach zu einer weiteren Stärkung der Städte und ihrer wirtschaftlichen Funktionen. Diese Wende trat verhältnismäßig rasch im 13. Jahrhundert ein; der ganze Prozeß zog sich jedoch bis tief ins 14. Jahrhundert hinein.<sup>36</sup> Das Ausmaß der Einschaltung des flachen Landes in die Ware-Geld-Beziehungen war hierbei lokal ziemlich verschieden. Relativ günstige Bindungen zwischen Stadt und Land entstanden vor allem in der Umgebung größerer Städte, wo wir gleichzeitig auf eine konsequentere Orientierung auf den Getreidebau, auf Veränderungen in der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion und demnach auch auf Strukturveränderungen der mittelalterlichen Besiedlung stoßen. An einigen Orten war die Nachfrage aus dem Ausland nach böhmischem Getreide stark wirksam. Festere Ware-Geld-Beziehungen gingen dabei größere und kompaktere Dominien eher ein als die kleinen Güter des niederen Adels, die an der konservativeren Naturalwirtschaft zäher festhielten.<sup>37</sup>

Der eigentliche Tauschhandel wurde durch Vermittlung der Märkte realisiert. Bereits aus der frühfeudalen Epoche haben sich Angaben über Märkte bei Fürstenburgen und an weiteren Orten erhalten,<sup>38</sup> aber erst die Entstehung und Entfaltung der hochfeudalen Städte gab den Märkten eine neue Qualität. So wie die Städte ihre spezialisierte Handwerksproduktion monopolisierten, erstrebten sie alsbald auch eine Monopolisierung des Marktrechtes. Das Netz der Märkte wurde so zu einem städtischen Netz; oft wurde dabei an die Märkte bei alten Fürstenburgen und weiteren Lokalitäten angeknüpft. Die Verlagerung der Markttransaktionen nach jenseits der Stadtmauern und die Beherrschung des Lokalmarktes durch die Stadt führte dann zu einer tatsächlichen Vorherrschaft der Stadt über das Land. Durch die Überführung seiner Verbindlichkeiten in Geldleistungen hatte zwar der Abhängige bis zu einem gewissen Maß seine persönliche Beziehung zum Feudalherrn lockern können, war aber dabei in Abhängigkeit vom städtischen Markt und von verschiedenen "Unternehmern" aus den Reihen des Patriziats und weiterer Schichten der Stadtbevölkerung geraten. Auch beeinflusste die sich vertiefende Disproportion zwischen den Preisen der städtischen Handwerkserzeugnisse und der landwirtschaftlichen Produkte, allerdings in größerem Umfang erst vom 14. Jahrhundert an, das Lebensniveau der Landbevölkerung.<sup>39</sup>

Der rege Ausbau der Kontakte zwischen Stadt und Land, in die sich mancherorts auch der Handel einschaltete, setzte allerdings Einheit und Stabilität der Tauschmittel voraus. Bereits in der frühfeudalen Epoche kannten die böhmischen Länder eine Silbermünze, aber die Situation im Münzwesen, das zu den wichtigen Regalien des Herrschers gehörte, war praktisch bis zur Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert höchst unerfreulich. Ständig kam es zu Änderungen

36 Die Hauptlinien auf dem Lande im 13. und 14. Jh. studierte Graus, František, *Dějiny venkovského lidu v Čechách v době předhusitské* (Geschichte der Landbevölkerung in Böhmen in vorhussitischer Zeit), Bd. 2, Prag 1957.

37 Zemlička, Josef, *K nerovnoměrnosti hospodářského vývoje v období vrcholného feudalismu* (Zur Disproportionalität der wirtschaftlichen Entwicklung in der Epoche des Hochfeudalismus), in: *Folia Historica Bohemica*, Nr. 2/1980, S. 175 - 187.

38 Die alten Marktplätze nennt Lippert, Julius, a. a. O., Bd. 1, Prag/Wien/Leipzig 1896, S. 89 - 100.

39 Vgl. Graus, František, *Dějiny venkovského lidu ...*, a. a. O.; Kejř, Jiří, *Možnosti a meze ...*, a. a. O., S. 186 - 189.



der Münze, das heißt zu ihrer Wertminderung.<sup>40</sup> Vom 12. Jahrhundert an begann aus praktischen Gründen der Bedarf an Münzen rasch anzusteigen, es erhöhten sich die Anforderungen an ihre Menge und Stabilität, aber der unbefriedigende Stand im Münzwesen erzwang allmählich und besonders im 13. Jahrhundert den Umlauf ungeprägten Silbers. Anschaulich charakterisiert diesen Zustand auch der Chronist: "Vom Uranfang des Landes Böhmen war die Benutzung von Geld unreguliert, wie es bislang in den böhmischen Ländern ist. Denn all diese Jahre hindurch änderte die Münze in den einzelnen Städten Böhmens und auch in den Gemeinden die Form des Denars ein- bis zweimal, so daß der Denar oft gestern und vorgestern gut und gültig war, nach kurzer Zeit von einigen Tagen aufhörte, gebrauchsfähig zu sein ... Denn niemand konnte also gewinnbringend auf der Suche nach Waren von einer in die andere Stadt kommen, seine Sachen verkaufen oder fremde Waren kaufen, da das Geldstück, das an einem Ort galt, anderswo nicht gängig war. Was also blieb übrig, als die Form des Denars zu beseitigen und ihn nicht ohne Schaden in Silber zu verwandeln, obwohl ihn kurz vorher jemand sogar mit materiellem Schaden schwerlich bei Geldwechslern im Austausch gegen Silber hatte erhalten können."<sup>41</sup> Nicht einmal die massenweise geprägten einfachen und einseitigen Brakteaten wurden zu einer guten und stabilen Münze, wenngleich der Ausbau der Tauschbeziehungen dies schon lange erforderte und auch der Silberreichtum der böhmischen Länder dazu anregte.<sup>42</sup>

Gerade im Laufe des 13. Jahrhunderts weitete sich in ungeahntem Maße die Förderung von Edelmetallen, namentlich von Silber, aus, die beinahe über Nacht das Königreich Böhmen zum bedeutendsten Produzenten in Europa machte. Schon früher stellte man mit verschiedener Intensität Grabungen an verschiedenen Orten des Landes an, aber erst die Grubenarbeiten in den Revieren von Jihlava, Nemečský Brod und im ausgehenden 13. Jahrhundert besonders im Bereich von Kutná Hora förderten allmählich die große Edelmetallmenge ans Tageslicht.<sup>43</sup> Die Gerüchte über den unerschöpflichen Reichtum der böhmischen Herrscher, insbesondere Přemysl Otakar II. (1253 bis 1278) und Wenzels II. (1283 bis 1305), und die Erwägungen hinsichtlich des Einflusses des böhmischen Silbers auf die Politik im Reich waren zwar gewöhnlich ziemlich übertrieben,<sup>44</sup> trotzdem liegt hier eine der Ursachen für den weiteren Aufstieg der Ökonomik des böhmischen Staates der Přemysliden und in Anlehnung daran auch der Luxemburger.

In den Fördergebieten, hauptsächlich im Grenzgebiet zwischen Böhmen und Mähren und später um Kutná Hora, konzentrierten sich in kurzer Zeit Hunderte und vielleicht Tausende von Bergleuten und Arbeitern anderer mit dem Bergbau verbundener Berufe, die oft sogar von weither, aus dem Ausland gekommen waren. Die Montankonjunktur brachte dabei auch zahlreiche Probleme mit sich, und anfänglich war es gewiß nicht so einfach, für die Siedlungen der Bergmänner die erforderliche Ernährung bereitzustellen. In den Vordergrund

40 Zuletzt zusammenfassend Nový, Rostislav, Organizace a vývoj českého mincovnictví v 13. století do měnové reformy Václava II. (Organisation und Entwicklung des böhmischen Münzwesens im 13. Jh. bis zur Währungsreform Wenzels II.), in: Sborník archivních prací, Nr. 24/1974, S. 366 - 372.

41 Petra Žitavského Kronika zbraslavská (Die Königsaller-Chronik Peters von Zittau), in: Fontes rerum bohemicarum, Bd. 4, hg. v. Josef Emler, Prag 1884, S. 80.

42 Vgl. Nový, Rostislav, Organizace a vývoj ..., a. a. O., S. 366 - 425; Janáček, Josef, Stříbro a ekonomika českých zemí ve 13. století (Das Silber und die Wirtschaft der böhmischen Länder im 13. Jh.), in: Československý časopis historický, Nr. 20/1972, S. 875 - 906.

43 Kořan, Jan, Přehledné dějiny československého hornictví (Übersichtliche Geschichte des tschechoslowakischen Bergbaues), Bd. 1, Prag 1955, S. 85 f.

44 Vgl. Janáček, Josef, a. a. O., S. 889 f.

trat allerdings schließlich das Positive: Die erhöhten Anforderungen stimulierten eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Marktproduktion, und zugleich ergaben sich für zahlreiche weitere Handwerker neue Aufträge. Der Aufstieg des Bergbaues sicherte also nicht nur eine ausreichende Menge des so sehr begehrten Silbers, sondern beschleunigte auch bedeutend die ökonomischen Prozesse im Lande. Zurückgeblieben war jedoch, wie bereits gesagt, das Münzwesen, und die Disproportion zwischen Qualität und Quantität der Münzen sowie den Anforderungen des Tauschhandels traten seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts immer mehr hervor. Die Situation im Münzwesen konnte auch nicht den immer zahlreicheren und komplizierteren Finanztransaktionen entsprechen, bei denen insbesondere das reichgewordene Prager Patriziat eine führende Rolle spielte, zu dessen Schuldnern der Herrscher und der Adel gehörten.<sup>45</sup> Diesen Zustand änderte erst die Münzreform Wenzels II. vom Jahre 1300, aus der der zwölfgeteilte Prager oder böhmische Silbergrotschen hervorging. Nach dem Vorbild reicher italienischer Städte, insbesondere von Florenz, beschloß Wenzel II. zugleich, die zahlreichen lokalen Münzstätten aufzuheben und eine einzige zentrale Münzstätte zu gründen, die eine wertvolle und dauernd in Geltung bleibende Münze prägen sollte. Dabei zog die königliche Kammer das Monopol für jeglichen Silberhandel im Lande an sich. Der Přemyslidenstaat erhielt so eine stabile, hochwertige und schwankungsfreie Münze, die als bald beliebtes Zahlungsmittel in ganz Mitteleuropa wurde.<sup>46</sup>

Die Einführung des Prager Groschens symbolisierte gewissermaßen den Höhepunkt und Abschluß jener weitreichenden Veränderungen, die die böhmischen Länder im 13. Jahrhundert durchgemacht hatten: Die einengenden Barrieren der frühfeudalen Ökonomik wurden durchbrochen, und die feudale Wirtschaft trat in eine höhere Phase ein, die durch die weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Marktproduktion und des Tauschhandels gekennzeichnet war. Die Voraussetzungen für diesen gewichtigen Wandel waren innerhalb der tschechischen Gesellschaft und ihrer ökonomischen Basis bereits lange vor dem Beginn des 13. Jahrhunderts entstanden, aber erst die Regierungszeit der letzten Přemysliden (von Premysl Otakar I. /1197 bis 1230/ bis Wenzel III. /1305 bis 1306/) bedeutete den Durchbruch neuer Entwicklungstrends in allgemeiner und offenkundiger Form. Was Hauptursache und was Konsequenz war, was die ganze Kette wechselseitig miteinander verknüpfter Erscheinungen in Bewegung brachte, kann nicht leicht bestimmt werden. Handelte es sich doch prinzipiell um einen ganzen ausgedehnten Komplex dialektisch miteinander verbundener und wechselseitig aufeinander einwirkender Ursachen und Konsequenzen. Wir verfolgten vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des tschechischen Staates im 13. Jahrhundert, einen dynamischen Prozeß machte aber gleichzeitig auch die tschechische Gesellschaft durch.

Vor allem sind wir Zeugen eines machtvollen Aufstiegs des hochfeudalen Erb- adels, der sich von seiner früheren engen Abhängigkeit vom Herrscher gelöst und fast als gleichberechtigter ständischer Partner ihm an die Seite gestellt hatte. Allerdings repräsentierte auch der Adel im 13. Jahrhundert keine monolithische Gesellschaftsschicht; es gab vielmehr neben wirklichen Hochadeligen als Eigentümern von Burgen, Dörfern und sogar Städten auch den zahlenmäßig stärkeren niederen Adel, der sich nur auf seine nicht allzu großen Güter stützen konnte und daher oft in den Dienst mächtiger Herren trat. Ihren Emanzipationskampf für wirtschaftliche und politische Postulate führte seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts auch die Kirche, die aber auch weiterhin die Zentralgewalt des Herrschers als Schutzschild ansah. Und zu einem völlig neuen

45 Vgl. die Angaben in Loserth, Johann, Das St. Pauler Formular. Briefe und Urkunden aus der Zeit König Wenzels II., Prag 1896.

46 Skalský, Gustav, Mincovní reforma Václava II. (Die Münzreform Wenzels II.), in: Český časopis historický, Nr. 40/1934, S. 12 - 32.

Element in der bisherigen Gesellschafts- und Klassenstruktur wurde in den hochfeudalen, insbesondere den königlichen Städten die Bürgerschaft, die im allgemeinen ebenfalls die Positionen der Krone unterstützte. Was die abhängige Bevölkerung anlangte, hörte ihre Ausbeutung seitens des Herrschers, des Adels, der Kirche und in vielen Fällen auch der Städte und der reichen Patrizier nicht auf; die allmähliche Ausbreitung des Erbrechts und die Einführung der Geldrente erleichterten einigermaßen die Lebensbedingungen und gaben Anstoß zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion besonders für den Markt. Im Vergleich zur frühfeudalen Zeit wurde die Gesellschaft differenzierter, die Klassen- und Sozialunterschiede kristallisierten sich schärfer aus, und das Streben des Adels nach Beteiligung an der politischen Macht im Lande führte zu allmählichen Änderungen in der Regierungsform.<sup>47</sup>

Grundsätzlich wäre dann zu sagen, daß das 13. Jahrhundert in den böhmischen Ländern von einer Symbiose zwischen der alten einheimischen Entwicklung und erst im Laufe dieses Jahrhunderts von außen eingebrachten Elementen geprägt wurde. Wir sahen, daß man bereits vor dem 13. Jahrhundert in der tschechischen Gesellschaft und in ihrer Wirtschaftsweise eine rege Bewegung beobachten kann, die eindeutig die Aufrichtung einer höheren Entwicklungsphase des Feudalismus bezweckte. Es war also nicht erst der deutsche Landesausbau, der den gesamten sozialökonomischen Mechanismus in Gang gebracht und auf eine höhere Stufe gehoben hätte; vielmehr ergaben sich bereits vor dem 13. Jahrhundert augenfällig jene Erscheinungen, aus denen dann die Veränderungen der folgenden Epoche resultierten. Wir können demnach die ältere einheimische Entwicklung als "Wesen" der Prozesse im 13. Jahrhundert bezeichnen, während sich die eigentliche "Form" unter äußeren Einflüssen, also insbesondere dem Erbrecht und der Stadtordnung, erst in diesem Jahrhundert herausbildete. Von den ersten Dezennien des 13. Jahrhunderts an kamen die böhmischen Länder mit der Welle deutscher Siedler in Berührung, die hier günstigere Lebensbedingungen suchten, und mit ihnen verbreiteten sich dann in Stadt und Land die bereits anderswo bewährten Organisationsformen, die im dafür reifen tschechischen Milieu erfolgreich und verhältnismäßig rasch Fuß faßten. Bei der Entstehung der Stadtgemeinden gelangte die Institution der Stadtordnung zur Durchsetzung, und auf dem Lande verlief der Prozeß des Einkaufens in eine Erbpacht, der sich bis tief ins 14. Jahrhundert hinzog und zuletzt mit älteren Gebräuchen und einheimischen Formen verschmolz. Die Kenntnis des römischen und des kanonischen Rechts drang in alle Lebensbereiche ein, die Kontakte Böhmens mit dem Ausland weiteten sich aus, und das Land gesellte sich so gerade im 13. Jahrhundert endgültig zu den entwickelten Feudalstaaten unseres Kontinents.

<sup>47</sup> Die neueste Darstellung der tschechischen Geschichte im 13. Jh. bietet Přehled dějin Československa (Übersicht zur Geschichte der Tschechoslowakei), Bd. 1,1, Prag 1980, S. 187 - 252; vgl. auch Folia Historica Bohemica Nr. 1/1979.

Zur Kontinuität der Vermögenseelite Athens  
vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.<sup>1</sup>

Die Entstehung großer Vermögen in Athen im 5./4. Jahrhundert v. u. Z.

von V. N. Andreev

1. Die Methoden der Reichtumsbildung
2. Der Immobilienbesitz und die Landwirtschaft
3. Das Handwerk und verwandte Wirtschaftszweige

Das hier zu analysierende Problem ist vor allem in rein praktischer Hinsicht nicht unbedeutend. In prosopographischen Arbeiten operiert man seit langem nur zu gern mit dem Begriff der reichen Familien, wobei davon ausgegangen wird, daß der Vermögensstatus von Vor- und Nachfahren (meist auch der Verwandten aus den Seitenlinien) mehr oder weniger homogen sei. Daher kommt es, daß in jedem Verwandten eines reichen athenischen Bürgers ipso facto zumindest ein wohlhabender Mann vermutet wird. Natürlich gibt es dafür auch einigen Grund. Es ist jedoch angebracht, mit den reichen I n d i v i d u e n solange vorsichtiger zu verfahren, bis ausreichende Belege ihres und ihrer Verwandten Wohlstands vorhanden sind.

Die möglichen Lösungen dieses Problems bringen vielleicht mit der Zeit auch die Antworten auf einige allgemeinere Fragen der athenischen Geschichte näher. Insbesondere beträfe dies natürlich die Frage der politischen Rolle der reichen Bevölkerungsschicht als Gesamtheit. Einiges erführe man auch über die Bedeutung der homines novi in der Wirtschaft und Politik Athens. Aufschlüsse ließen sich über die Kontinuität von Einfluß und Macht erzielen.

In gewissem Sinne gewinnt das Thema auch eine theoretische Bedeutung. Die Existenz von zwei Schichten der athenischen Bürgerschaft - der Reichen und der Armen - scheint unbestritten. Ebenso unbestritten ist auch ihre ständige Konfrontation. Eine Frage aber bleibt offen: Inwiefern stand diese Konfrontation mit jenen Widersprüchen im Einklang, die sich zwischen den Bürgern und Sklaven, den Eupatriden und dem Demos ebendieses Attikas der Frühzeit auf-taten? Innerhalb des Bürgerkollektivs von Athen erwiesen sich die sonst für die antike Welt so charakteristischen Ständeunterschiede als überwunden. Soll-

1 Die vorliegende Untersuchung will sich als Fortsetzung und Weiterentwicklung von Ideen verstanden wissen, die in ihren Anfängen bereits in zwei früheren Arbeiten veröffentlicht worden sind: Andreev, V. N., Kolebanija v raspredelenii imuščestva v Afinach klassičeskoj epochi, in: 20 Gercenovskie čtenija (istoričeskie nauki), Leningrad 1967, S. 73 - 75; derselbe, Some Aspects of Agrarian Conditions in Attica in the Fifth to Third Centuries B.C., in: Eirene, Nr. 12/1974, S. 23 - 25. - Die Untersuchung eröffnet zugleich eine viertellige Folge von Aufsätzen zur athenischen Vermögenseelite vom 5. bis 3. Jh. v. u. Z.



te dies nicht Anlaß genug gewesen sein, die Schranken zwischen den vermögenden Schichten fließender zu gestalten? In der modernen wissenschaftlichen Literatur gilt die Auffassung vom "Armen" und "Reichen" als von im Grunde feststehenden Gruppen mit unveränderten sozialökonomischen Interessen. Es ist dabei bedeutungslos, ob hier der Gedanke des Klassenkampfes oder des "Klassenfriedens" mitspielt bzw. die de facto vorhandene Überlegenheit der Reichen postuliert wird oder man einem Bedauern der Angriffe, denen die letzteren ausgesetzt waren, Ausdruck verleiht. Wesentlich ist etwas anderes: Inwiefern ist die bezeichnete Auffassung selbst berechtigt? Mit anderen Worten, sind in den reichen Bürgern des ausgehenden 1. Jahrhunderts v. u. Z. in erster Linie die Nachfahren der reichen Bürger des ausgehenden 5. Jahrhunderts v. u. Z. zu sehen, oder handelte es sich vorwiegend um andere Leute?

Findet sich nicht gerade hier der Schlüssel zum Verständnis des "Parteien"haders im 4. Jahrhundert v. u. Z., der sich einer ökonomischen Sicht so schwer erschließt? Ist nicht die Annahme einer innerhalb der vermögenden Klasse Athens vorhandenen Schicht, die sich durch gemeinsame Interessen und wirtschaftspolitische Positionen miteinander verbunden wußte, eher eine Fiktion der modernen Wissenschaft?

Sollte man nicht in dieser Sphäre eine der wichtigsten Ursachen für die erstaunliche politische Stabilität Athens unter dem Druck der Umwälzungen und Erschütterungen, die das 4. Jahrhundert v. u. Z. in reichlichem Maße bereit hielt, suchen können?

Ebenso müssen einige wesentliche Fragen der ökonomischen Struktur und Geschichte Athens und Griechenlands berührt werden: Über welche Art von Quellen der Akkumulation verfügten die athenischen Bürger, und wie gestalteten sie ihre Ausgaben? Wie setzte sich das "Kapital" zusammen, und - vor allem - wie wurde es angelegt? Schließlich steht auch die Kardinalfrage der Antike ins Haus: Inwiefern ist sie mit anderen gesellschaftlichen Systemen vergleichbar?

Ohne sich unmittelbar in das von uns formulierte Thema zu vertiefen, näherten sich indessen viele Gelehrte seiner Beantwortung. Selbstverständlich erwiesen sich dabei die theoretischen Grundauffassungen und die Sicht, aus der das interessierende Problem ins Visier genommen wurde, als ausschlaggebend. In einigen Arbeiten (so bei Victor Ehrenberg und A. H. M. Jones) betonte man die konservative Haltung der athenischen Demokratie zum Privateigentum, die Existenz einer Vielzahl von Mittelschichten, die Stabilität der privaten Wirtschaft und der Vermögensverhältnisse. In anderen Arbeiten wiederum - so in den Forschungen der deutschen Schule um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert - hob man den Kampf zwischen arm und reich hervor, schenkte dem System der Leiturgien und Konfiszierungen besondere Beachtung, untersuchte die Tätigkeit der Demagogen usw. Die Mobilität der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde bei weitem überschätzt, da man sie von typisch modernistischen Positionen her zu erklären suchte. Gleichwohl ist dieser Sicht der sozialökonomischen Geschichte Griechenlands gewissermaßen die Vorstellung von einer feststehenden gesellschaftlichen Schichtung in Arme und Reiche zu verdanken. Im Grunde genommen führte jede Untersuchung der Reichen als soziale Schicht zur Auffassung von einer gewissen Beständigkeit der Vermögenselite. Dieser Umstand machte sich in den Arbeiten von Johannes Sundwall und John Davies bemerkbar, in denen die Kontinuität des Reichstums entweder zum Postulat erhoben oder zum Forschungsgegenstand erkoren wurde.

Andererseits hat es in der wissenschaftlichen Literatur hinreichend Äußerungen gegeben, die von starken Vermögensschwankungen bei den athenischen

Bürgern ausgingen und davon sprachen, daß die einen dem Ruin entgegengingen, während die anderen aus einst Armen zu Reichen wurden.<sup>2</sup>

Hierbei handelte es sich jedoch nicht um zwei entgegengesetzte Konzepte, sondern eher um verschiedene Aspekte ein und desselben Problems, die die Vielfalt der Quellen und der historischen Wirklichkeit widerspiegeln. Wie in allem macht sich auch hier eine konkrete Untersuchung unter Einbeziehung eines möglichst breit gefächerten und vielfältigen Materials erforderlich.

Für die Möglichkeit der Verwirklichung dieses seit langem gehegten Gedankens bin ich Davies und seinem Buch in höchstem Maße verpflichtet.<sup>3</sup> Ich hatte bereits Gelegenheit, meine in einigen wesentlichen Punkten von Davies abweichenden Auffassungen von Methode und Struktur mitzuteilen.<sup>4</sup> Hinsichtlich seiner theoretischen Positionen liefert er mir kaum mehr als einen Ansatzpunkt zur Kritik. Doch bildet das umsichtig von ihm zusammengetragene umfangreiche Quellenmaterial jene natürliche Voraussetzung für meine eigenen Studien, die sonst noch um viele Jahre hätten aufgeschoben werden müssen. Im weiteren verweise ich in vielen Fällen einfach auf jene Stellen seiner Arbeit, die ausreichend präzise Informationen über die Vermögenslage dieser oder jener athenischen Bürger enthalten, so daß es weder weiterer Ergänzungen noch anderer Akzente bedarf.

Von vornherein sind allerdings einige Vorbehalte anzumelden. In seiner Rezension von Davies' Buch gibt sich David Asheri höchst optimistisch, wenn er dem "Register" (also dem Hauptteil des Buches) die Möglichkeit zuschreibt, Klassifizierungen der reichen Athener aufgrund der Zusammensetzung ihres Vermögens und ihrer wirtschaftlichen Interessen vornehmen zu können.<sup>5</sup> Dennoch sollte man hierin eine Perspektive für ein tieferes Verständnis des Charakters der Vermögensverhältnisse in Athen erkennen. So gibt es erstens über die meisten Reichen keine derartigen Nachrichten, denn die vorhandenen sind unvollständig und sehr unterschiedlich deutbar (mit nur sehr wenigen Ausnahmen). Zweitens weisen die Zusammenstellungen des Materials, vor allem aber die eigenen Überlegungen Davies', wie noch zu zeigen sein wird, gewisse tendenziöse Züge auf und verschaffen dem Leser eine nicht ausreichend objektive und vollständige Vorstellung vom Gegenstand der Untersuchung. Drittens aber enthält das "Register" streng genommen drei verschiedene Schichten von Eigentümern - wohlhabende, reiche und s e h r r e i c h e -, während die Parameter der letztgenannten Gruppe sich doch offensichtlich von denen der ersten beiden Gruppen unterscheiden. Schließlich bilden auch die Personalien - und damit komme ich zur Hauptsache - eine zu schmale Basis für die Untersuchung. Die athenische (wie überhaupt die antike) Literatur enthält eine Vielzahl von Äußerungen über den Reichtum und die Reichen als Schicht, ganz zu schweigen von den konkreten Beispielen literarischen Charakters, so daß nach Möglichkeit das g e s a m t e Material bei der Erforschung unseres Problems herangezogen werden muß.

2 Siehe Huber, Otto, Die wirtschaftlichen Verhältnisse Athens vom Ende des peloponnesischen Krieges bis zum Königsfrieden, Lettgerich i.W. 1939, S. 68; Bolkestein, Hendrik, Economic Life in Greece's Golden Age, Leiden 1958, S. 119 f.; Finley, Moses I., Studies in Land and Credit in Ancient Athens 500-200 B.C., New Brunswick 1952, S. 63; Gluskina, L. M., Problemy social'noëkonomičeskoj istorii Afin IV v. do n.é., Leningrad 1975, S. 133.

3 Davies, John K., Athenian Propertied Families 600-300 B.C., Oxford 1971.

4 Andreev, V. N., Rez. zu Davies (siehe Anm. 3), in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 17/1973, S. 208 - 216.

5 Asheri, David, La popolazione di Imera nel 5 secolo a.C. (Die Bevölkerung von Himera im 5. Jh. v. Chr.), in: Rivista di Filologia e di Istruzione Classica, Bd. 101, 1973, S. 116.

Im ökonomischen Denken der alten Griechen, eher noch in ihren Äußerungen zu ökonomischen Thesen, ist ein gewisser Widerspruch zu beobachten. Die Bewertungen der unterschiedlichen Vermögens- und Einkommensposten lassen in den meisten Fällen einerseits eine erstaunliche Stetigkeit erkennen,<sup>6</sup> andererseits ist der athenischen Literatur die Idee ständiger Schwankungen in der Vermögenslage sowohl einzelner athenischer Bürger als auch ganzer Bevölkerungsgruppen inhärent. Diese Vorstellung liegt auch den Empfehlungen Platons (Lg. 744 c)<sup>7</sup> und Aristoteles' (Pol. 1308 a 35 - b 6) zugrunde. Im Zusammenhang mit der Verarmung der einen und der Bereicherung der anderen sprechen sich beide für die Regelung des Zensus aus. Einen ähnlichen Gedanken bringt die Rede des Pseudo Demosthenes zum Ausdruck: Die Vermögenslage der meisten Bürger zeichnet sich nicht durch Beständigkeit aus (Ps.-D. 43, 4, vgl. 32). Diese Beobachtung nimmt hin und wieder moralisierende Formen an, insbesondere dann, wenn sie gegen politische Führer gerichtet ist (Ar., Pax. 644 - 647; Lys. 27, 9 f.; 28, 4; Isoc. 8, 124). Plutarch (Arist. 13, 1) projiziert sie in die Vergangenheit. Xenophon (Smp. 4, 35) meint, daß einer von zwei gleich große Erbanteile übernehmenden Brüdern ausreichend bedacht ist, während der andere darben muß: Diese Situation scheint ihm typisch.

Ob diese Mobilität der Vermögensverhältnisse in recht ungleichmäßiger Weise die unterschiedlichsten Schichten der athenischen Bürgerschaft traf, ist kaum zu beweisen, mag jedoch im Sinne einer Vermutung den wirklichen Verhältnissen ziemlich nahekommen. Die Masse der Bürger und in gewissem Sinne die gesellschaftspolitische Grundlage des Staates machten die Tausende attischer Bauern und Handwerker aus, die in ihren kleinen Wirtschaften mit Hilfe von einem, zwei oder drei Sklaven tätig waren und an und für sich einen sehr konservativen Lebensstil bevorzugten. Wenn es hinsichtlich dieser Klasse der kleinen freien Produzenten etwas zu vermerken gibt, so betrifft das wahrscheinlich am ehesten ihre langsam fortschreitende Verarmung im Verlauf des 4. Jahrhunderts v. u. Z. (obwohl ich an anderer Stelle versucht habe nachzuweisen, daß man zumindest in bezug auf die Bauernschaft das Tempo und die Resultate dieses Prozesses kaum überbewerten sollte).<sup>8</sup>

Es existierte eine relativ breite Schicht "wohlhabender" und gewissermaßen "mäßig reicher" Bürger, vorrangig Städter, die relativ große Ländereien, Häuser, Synoikien von etwa zehn Sklaven und ähnliches besaßen. Diese Bürger betrieben mit lebhafter Anteilnahme mancherlei "Unternehmungen" und bildeten (einer außerordentlich unglücklich gewählten Terminologie folgend) die "mittlere Bourgeoisie" der antiken Welt. Die Vermögensverhältnisse dieser Schicht gestalteten sich höchstwahrscheinlich weitaus "fließender" als diese Etikettierung es ahnen läßt, was mich veranlaßt, sie unter die Objekte der vorliegenden Untersuchung zu reihen. In der Hauptsache beschäftigt mich jedoch hier die reichste Schicht der athenischen Bürgerschaft, die athenische "Vermögenselite". Dazu rechne ich alle jene Athener, deren Vermögen 10 bis 15 Talente überstieg. Solche Leute will ich als "überreich" bezeichnen. In Zahlen läßt sich diese "Elite" nur schwer fassen: Möglicherweise gab es im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z. mehrere Hundert "überreicher" Bürger von 20 000 bis 30 000 Bürgern insgesamt (die "Dreihundert Reichsten" könnten eine annähernde, wenn auch etwas untertriebene Vorstellung vermitteln). Die Instabilität der Vermögen war gerade innerhalb dieser Schicht besonders groß, was sie einer besonderen Aufmerksamkeit im Grunde genommen erst würdig macht.

Umfang und Charakter dieser "Vermögensmobilität" können erst in dem Maße voll erfaßt werden, wie Reichtumsbildung und Verarmung in ihrer vielfältigen Gestalt nach den Quellen untersucht werden.

6 Finley, Moses I., *The Ancient Economy*, London 1973, S. 116.

7 Alle Quellenabkürzungen nach Liddell, Henry George/Scott, Robert, *A Greek - English Lexicon*, 9. Aufl., Oxford 1940.

8 Siehe Andreev, V. N., *Some Aspects ...*, a. a. O., S. 18 - 23.

# 1. Die Methoden der Rechtsymbildung

Aus bestimmter Sicht existieren zwei Kategorien von Eigentümern, wie sie Aristoteles (EN 1120 b 11 f.) deutlich zu unterscheiden weiß: nämlich diejenigen, die etwas selbst erwerben (κτησάμενοι), und diejenigen, die etwas erben (παραλαβόντες τὴν οὐσίαν; vgl. 1122 b 30 - 31; 1168 a 23). Denselben Gegensatz postuliert Lysias (19, 37), und möglicherweise bildete er auch in Kratins Komödie "Plutoi" einen diskussionswürdigen Denkansatz. Im platonischen "Staat" wendet sich Sokrates mit der Frage an Kephalos, ob er sein Vermögen größtenteils ererbt oder selbst erworben habe.

Selbstverständlich hat die athenische Literatur die Gestalt des "Neureichen", des reich gewordenen Emporkömmlings (νεόπλουτος) nicht ohne Vorbilder geschaffen. Das übliche Verhältnis zu solchen Leuten gestaltete sich verständlicherweise negativ (Ar., V. 1309 f.; Pl., R. 330 bc; Arist., Rh. 1387 a, 1391 a; vgl. D. 3, 29; Ps.-D. 17, 23). Die Komödie brachte in diesem Zusammenhang ein bemerkenswertes Derivat hervor: νεοπλουτοπονηροί ("neureiche Taugenichtse"; Cratin. 208 K.). Im übrigen konnte dieses Vorurteil sehr unterschiedlich, je nach den konkreten Umständen, ausfallen.

Das Pendant dazu bildeten die "Altreichen" (ἀρχαιοπλουτοί oder παλαιοπλουτοί; vgl. die Gegenüberstellung bei Lys. 19, 29 f., 49). Diese Kategorie von Reichen begegnete natürlich weitaus seltener einer ablehnenden Haltung (Lys. 27, 11) und wurde einer "vornehmen Abstammung" gleichgesetzt (Arist., Pol. 1294 a 22, 1301 b 2 f.). Doch betrachtete man offensichtlich selbst den "seit alters" bestehenden Reichtum als Erscheinung der jüngeren Vergangenheit. Der παλαιοπλουτος geht nach Aristoteles (Ath. 6, 2) auf die Zeiten Solons zurück. Vielleicht bezeichnete der von Platon (Th. 174 e) geprägte Begriff "sieben Generationen reicher Vorfahren" ein bestimmtes denkbares Maximum. Aus diesen Beobachtungen gewinnt man eher den Eindruck, daß man die Entstehung des Reichtums psychologisch in einem überschaubaren, nicht sehr fernen Zeitraum ansiedelte, nicht aber etwa von seiner Existenz "ab ovo" ausging (vgl. Pl., Th. 175 a).

In der Tat habe ich Grund genug zu der Annahme, daß die Vermögenselite in der Zeit vom 7. bis zum 4. Jahrhundert v. u. Z. eine vollständige Wandlung durchmachte. Die alte (vorwiegend grundbesitzende) Aristokratie, deren politische und wirtschaftliche Vormachtstellung durch den Kampf des Demos und die Solonischen Reformen gebrochen wurde, sah sich nicht nur vor den Verlust aller ihrer Positionen als reichste Klasse gestellt, sondern mußte angesichts der großen politischen Umwälzungen und Erschütterungen der folgenden Epoche mit ihrer physischen Vernichtung rechnen (Th. 1, 126, 11; Arist., Ath. Pol. 18, 4 f.; 19, 1, 3; Hdt. 5, 72; Arist., Ath. 26, 1; Plu., Arist. 13, 1; Cim. 17, 7; vgl. Per. 9, 3; Arist., Pol. 1303 a 8 - 10; Ath. 30, 4; Isoc. 8, 88 - zu einigen Ereignissen, die diesen Vernichtungsprozeß begünstigten). Die Schicht der reichen Bürger des 5./4. Jahrhunderts v. u. Z. setzte sich aus der Sicht ihrer Zeitgenossen und auch de facto infolgedessen vorwiegend aus Personen und Familien zusammen, die erst vor relativ kurzer Zeit zu ihrem Reichtum gelangt waren.

Woher aber stammte dieser Reichtum? Was sahen die Schöpfer und nächsten Erben der athenischen Kultur als Norm an, und inwiefern entsprach diese Normvorstellung den realen Zeitverhältnissen?

Mir scheint, daß nicht nur ich auf der Grundlage belletristischer Erfahrungen eine bestimmte, standardisierte Vorstellung vom Auftauchen der ersten amerikanischen Multimillionäre habe. Man stellt sich sofort einen Bürojungen vor, der sich durch hartnäckig-zähe Arbeit seinen Weg bahnt, Cent zu Cent und Dollar zu Dollar legt, ein kleines Kapital anhäuft, ein eigenes Unternehmen eröffnet und durch seinen Geschäftssinn, seine Wendigkeit und die Kunst, Ereignisse vorauszusehen, seine Konkurrenten aus dem Felde schlägt. So etwa stellt man sich das doch vor?! Ein "Sprungbrett" muß gefunden werden, von



aus die Reichtumsbildung im buchstäblichen Sinn des Wortes ihren Ausgang nimmt. Sparsamkeit, Selbstgenügsamkeit, Arbeitseifer sowie die ganze Skala jener Willenseigenschaften, die den "Geschäftsmann" ausmachen, sind erforderlich.

Es ist das Fragment einer attischen Komödie (wenn sie als solche überhaupt zu klassifizieren ist) erhalten, das eine annähernde Vorstellung liefert. Bezeichnend aber dürfte das Außergewöhnliche dieses Weges zum Reichtum sein. Eine nicht näher bekannte Person erklärt folgendes: "Ich erwarb dieses (Geld) nicht aus irgendwelchen trüben Quellen ..., sondern indem ich Obol zu Obol, Drachme zu Drachme legte" (Adesp. fr. 136 K.; vgl. den Ausdruck  $\kappa\alpha\tau' \acute{o}\beta\omicron\lambda\acute{o}\nu$  bei Alciphr. 3, 14; Ael., VH.4, 14; Archil. fr. 91 L.-B.; vgl. Antipho 2, 2, 12). Möglicherweise ist so auch diese Sentenz zu deuten: "Vielen ist durch Arbeit erworbener Reichtum peinlich" (Suid. e 178). Aristoteles (Pol. 1323 b 20 - 29) machte eine bemerkenswerte Beobachtung, wonach die materiellen Güter der Mensch zufällig gewinne, wie von selbst; die geistigen Eigenschaften müsse man in sich ausbilden. Ein Zeitgenosse von heute würde über diesen Gegenstand wahrscheinlich genau das Gegenteil behaupten.

Die Entstehung einiger großer Vermögen des 6./5. Jahrhunderts v. u. Z. spiegelt sich in verschiedenen Erzählungen wider, die damals in Umlauf waren. So berichtete man zum Beispiel von Alkmeon, daß ihm der lydische König Kroisos gestattet habe, dem königlichen Schatz soviel Gold zu entnehmen, wie er persönlich fortzutragen imstande sei. Als er die Schatzkammer verließ, konnte er sich kaum auf den Beinen halten. So gelangte Alkmeon zu großem Reichtum, erklärt Herodot (6, 125).

Der athenische Reformator Solon soll angeblich seinen Freunden von dem bevorstehenden Schuldenerlaß erzählt haben. Die geschäftstüchtigen Freunde nahmen hohe Darlehen auf, erwarben Grundbesitz, zahlten ihre Schulden nicht zurück und wurden schließlich reich. So tauchten jene auf, die man später als "Altreiche" zu bezeichnen pflegte (Arist., Ath. 6, 2; vgl. Plu., Sol. 15, 7 - 9).

Den Grund für den "Überreichtum" der Dynastie der Kallioi-Hipponikoi (im Verlauf mehrerer Jahrzehnte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. galten sie als die reichsten Leute in Griechenland - And. 1, 130; vgl. X., Smp. 4, 37; Lys. 19, 48) ist in verschiedenen Versionen überliefert worden. So soll Kallias nach der Schlacht bei Marathon in einer Grube persisches Gold gefunden haben (Plu., Arist. 5, 7 f.; vgl. Ath. 536 f - 537 b; Suid. 158).

Die Liste ähnlicher Fälle ließe sich beliebig fortführen (sie werden im Verlauf der Darstellung Erwähnung finden), doch dürften die Grundzüge auch so bereits deutlich geworden sein. Komponenten wie Arbeitseifer, Wirtschaftlichkeit, asketische Lebensweise fehlen völlig. Ich möchte sogar behaupten, daß gerade die entgegengesetzten Eigenschaften gefragt waren. Die Reichtumsbildung konnte praktisch "bei Null" beginnen und vollzog sich schnell und auf einen Schlag. Sie hatte schließlich auch nicht das geringste mit der Produktion, der Technik, also schlechthin der Ökonomie, gemein. Der glückliche Zufall und die Kunst, ihn zu nutzen, waren ausschlaggebend (eine gewisse Portion moralischer Gleichgültigkeit eingeschlossen).

Für die Sache selbst ist es kaum von Belang, daß die Glaubwürdigkeit solcher Episoden angezweifelt werden kann. Aristoteles sprach das bei einer passenden Gelegenheit - er erzählte eine ziemlich phantastische Geschichte von Sardana-pal - ungeschminkt und offen aus. Wenn dies auch in bezug auf Sardana-pal nicht wahr sein mag, so stimmt es doch für einen anderen (Arist., Pol. 1312 a 3 f.). Man darf sich diesen freundlichen Gedanken zu eigen machen und das als wesentlich akzeptieren, daß alle zitierten (und viele ähnlichen) Berichte aus griechischer Sicht durchaus als Wahrheit zu gelten hatten, gewissermaßen völlig natürliche und "normale" Informationen waren.

Allgemein bekannt ist die Vorliebe der Alten für Anekdoten. Möglicherweise ging es nicht einfach um soziale Psychologien oder literarische Schablonen?

Tritt hier nicht vielleicht die Eigentart ihrer Denkweise und damit auch ihrer Produktionsweise hervor? Ich halte nur eine positive Antwort auf diese Fragestellung für möglich. Man sieht sich hier mit einer der grundlegendsten Besonderheiten der griechischen Gesellschaft konfrontiert, die jeden Versuch, an das Altertum moderne ökonomische Maßstäbe anzulegen, von vornherein zum Scheitern bringt.

Welche Wirkungsbereiche haben also (in welchem Maße) den Nährboden für die Entstehung des "Überreichtums" gebildet? Das Quellenmaterial führt ins Uferlose, so daß Auslassungen und Lücken keineswegs auszuschließen sind. Die Aufgabe besteht also offenbar darin, jede einzelne Frage in einem möglichst breiten sozialökonomischen Kontext zu behandeln.

## 2. Der Immobilienbesitz und die Landwirtschaft

Die These von der besonderen ideologischen Aura, die den Ackerbau in Griechenland umgab, zählt bereits zu den Allgemeinplätzen der Wissenschaft. Grundstücke und Häuser galten in gewisser Hinsicht - jedenfalls bei der Mehrheit der Bürger - als die wesentlichste Art des Besitzes. Materieller Wohlstand äußerte sich jenen Vorstellungen zufolge in Immobilienbesitz, der beinahe die Rolle eines Symbols spielte. Landbesitz vermittelte dem Eigentümer offenbar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht das Gefühl von Solidität und Vollwertigkeit.

Unter normalen, friedlichen Bedingungen boten Grund und Boden sichere Existenzmittel, ja sogar für einige ländliche Schichten regelmäßige Einkünfte. Dennoch scheint es kaum wahrscheinlich, daß der Grundbesitz an sich den "Überreichtum" schaffen konnte, und noch weniger glaubhaft ist die Annahme, darin die Quelle der Schatzbildung zu sehen. Es gibt allerdings einige Quellenzeugnisse, in denen Reichtum mit Grundbesitz in Verbindung gebracht wird, doch sind sie alle in ihren Aussagen nicht präzise genug und beziehen sich auch nicht unbedingt auf attische Verhältnisse (Arist., Pol. 1318 b 20 f.; Philem. fr. 71 K.). In der Regel wird Landbesitz weitaus bescheidener eingestuft, höchstens als Grundlage eines gemäßigten Wohlstandes (X., Oec. 3, 5 f.; vgl. 1, 4; 15, 3; 20, 1; 2, 5; Mem. 3, 2, 4; Lys. 20, 12, 23, 33).

Höchstwahrscheinlich haben einige politische Führer aristokratischer Herkunft im 5. Jahrhundert v. u. Z. in Attika relativ große Ländereien geerbt. So Kimon, Perikles und Alkibiades. Jeder dieser Fälle ist so charakteristisch, daß er einzeln untersucht werden muß.

Der Landbesitz Komons scheint beachtlich gewesen zu sein (Nep., Cim. 4, 1). Allerdings ist von ihm nur im Zusammenhang mit Komons Großzügigkeit die Rede: Er umzäunte ihn weder, noch ließ er ihn bewachen, um den Mitbürgern und den Freunden Gelegenheit zu geben, sich seiner Früchte zu bedienen (Arist., Ath. 27, 3; Plut., Cim. 10, 1; 7; Ath. 533 a; Nep., Cim. 4, 1). Man kann sich kaum ein "unkommerzielleres" Verhältnis zur Landwirtschaft vorstellen. Hinsichtlich der Quellen, aus denen Komon seinen Reichtum bezog, gibt es eindeutige Zeugnisse aus seiner Biographie, Plutarch nennt sie direkt: Kimons Reichtum stammte von den Feinden (Plu., Cim. 10, 1).

Die Ländereien des Perikles werden in einem solchen Kontext erwähnt, daß an ihrem beträchtlichen Umfang kein Zweifel bestehen kann (Th. 2, 13, 1; Plu., Per. 33, 3; vgl. Polyaen. 1, 36, 2). Es heißt hier, Perikles beabsichtigte dieselben dem Staat zur Verfügung zu stellen: also auch das kaum ein Vorbild für den Typ des landwirtschaftlichen "Unternehmers". Darüber hinaus erzählt Plutarch (Per. 16, 3 - 6) von seiner Wirtschaftsführung, und ich vermag beim besten Willen in dieser erstaunlichen Beschreibung nicht schlechthin ein Erzeugnis seiner Phantasie zu erblicken: Perikles verkaufte, um sich alle weiteren Mühen damit zu ersparen, die gesamte Jahresernte und erwarb unter stren-

ger Buchführung über Einkünfte und Ausgaben alle nötigen Lebensmittel im Einzelhandel auf dem Markt. Die Lenkung und Leitung dieser wahrhaft "rationellen" Wirtschaft überließ er seinem vertrauten Sklaven Euangelos. Fügt man dem die durchaus glaubwürdige Nachricht hinzu, daß Perikles vielen armen Mitbürgern unter die Arme griff (Plu., Per. 16, 7), so leuchtet ein, warum das von ihm hinterlassene Vermögen dem aus dem Beginn seiner politischen Laufbahn nachstand (Isoc. 8, 126; vgl. Plu., Per. 15, 3).

Selbst wenn Alkibiades nur 300 Plethren Land besessen haben sollte (Pl., Alc. 1, 123 c; zu weiterem möglichen Landbesitz des Alkibiades Davies, S. 20, wo ein Hinweis auf Stele 1. Zeile 20 - 23 fehlt), machte ihn das unter attischen Bedingungen bereits zum Großgrundbesitzer. Angesichts des ereignisreichen, abenteuerlichen Lebens dieses Politikers spielte sein attischer Grundbesitz in seinen Vermögensverhältnissen offensichtlich überhaupt keine Rolle. Als viel wichtiger für ihn erwiesen sich jene befestigten Orte in Thrakien (X., HG. 1, 5, 17; Plu., Alc. 36, 3), an denen er wohl kaum den Pachtzins oder den Erlös der verkauften landwirtschaftlichen Produktion aufbewahrte.

Alle diese Leute hatten natürlich wenig mit dem Typ eines geschäftstüchtigen Unternehmers gemein, für den der Grund und Boden nichts anderes als eine Quelle der Bereicherung war. In der wissenschaftlichen Literatur jedenfalls verdanken sie ihre Erwähnung keineswegs Eigenschaften. Ich sehe in ihrer Haltung keinerlei Abweichung von der Norm und das war mir Grund genug, um auf ihre Verhältnisse einzugehen: Mir scheint, daß die Einstellung dieser drei zweifellos sehr reichen Männer zu ihrem Grundbesitz jene Spezifik zum Ausdruck bringt, die die Psychologie und das Verhalten einer bestimmten sozialen Gruppe, eigentlich der finanziell und politisch mächtigsten Schicht der athenischen Bürgerschaft reflektiert. Ländereien und andere Immobilien, ererbt oder in Anbetracht der Tradition übernommen sowie aus Gründen des Prestiges oder aus häuslicher Bequemlichkeit weitergeführt, spielten für diesen Typ Bürger in jenem großen Einsatz, den sie täglich in einer ungleich größeren Arena wagten, nur eine zweitrangige Rolle.

Unter den athenischen Bürgern gab es selbstverständlich auch erfolgreiche Landwirte. Einer von ihnen war des Sokrates Freund Kriton (Davies S. 336), aber auch Polystratos (Davies, S. 467), der in der Affäre der heiligen Oliven unter Anklage gestellt wurde (Lys. 7; Davies, S. 594). In dieselbe Rubrik gehören Leute, deren Vermögen Gegenstand der Reden des Isaios wurde (Euktemonos aus Kephysia - Davies, S. 562; Theophonos und Stratokles - Davies, S. 88; Kyron - Davies, S. 314). Gewöhnlich lebten sie - und das scheint typisch zu sein - in der Stadt und besaßen neben dem Boden noch verschiedene andere Arten von Eigentum, etwa in Gestalt von Mietshäusern, Handwerkssklaven, Wechseln auf bestimmte Geldsummen. Grundbesitz bildete nur einen Posten ihres Vermögens (obwohl häufig genug den wichtigsten). Ich denke, daß Xenophon (Vect. 4, 6) eben gerade diese Schicht der Landwirte meinte, als er von dem für den Ackerbau unvorteilhaften Zeitpunkt sprach: Er trat dann ein, wenn "viele" den Landbau einstellen und ihre Mittel in den Handel und das Kreditwesen stecken. Die Entwicklung des Grundbesitzes vollzog sich in Attika wahrscheinlich vor allem innerhalb dieser Schicht.

Die daraus bezogenen Einkünfte hielten sich im großen und ganzen in ziemlich bescheidenen Grenzen. Stratokles zum Beispiel, Besitzer einer für Attika großen Landfläche, konnte mit einem Pachtzins von 1200 Drachmen rechnen (das ist vielleicht etwas mehr als die Hälfte der bekannten Einkünfte von dort - Is. 11, 42). Um ein relativ großes (allerdings nicht das größtmögliche) Vermögen von 10 Talenten zu ersparen, hätte er etwa 50 Jahre lang nichts von dieser Summe ausgeben dürfen.

Bereits an anderer Stelle habe ich darzulegen versucht, daß sich, ausgehend von den geographischen, historischen, sozialen und politischen Voraussetzungen, (zumindest im 5./4. Jahrhundert v. u. Z.) in Attika ein wirklich g r o -

Der Grundbesitz nicht herauszubilden konnte.<sup>9</sup> Des Alkibiades Ländereien betrug insgesamt etwas mehr als 25 Hektar. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen "großen" Grundbesitzer sich in der Nähe dieser Kennziffer bewegten. Selbstverständlich vermag ich als obere Grenze keine exakte Zahl zu nennen, glaube aber doch zumindest den Rahmen bezeichnet zu haben, um den es sich hier handeln kann. Ländereien von 100 bis 200 Hektar, sollten sie überhaupt je existiert haben, bildeten in der klassischen Zeit eher die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Zu solchen Ausnahmen muß man etwa das Eigentum des Pasion rechnen, das auf 20 Talente beziffert wurde (ἔγγειος οὐσία - D. 36, 5). Sollten dazu außer dem Boden noch andere Immobilien gehört haben (Davies, S. 431), so wäre allein der Landbesitz des Pasion 15 Talente wert gewesen. Dies stimmte auch mit diesen Überlegungen überein und bestätigte sie meiner Ansicht nach auch. Der ehemalige Sklave und "Bankier" bildete schließlich selbst eine Ausnahme. Es ist leicht vorstellbar, daß sich einem Menschen, der sein ungeheures Vermögen in einer bestimmten Geschäftssphäre zusammenbringen und vermehren konnte, der Erwerb umfangreicher Ländereien als sehr wünschenswert darstellen konnte (und nicht allein seine wirtschaftlichen Interessen berührte). 15 Talente entsprachen maximal 150 bis 200 Hektar Boden.<sup>10</sup> Besitzungen von 1000 Hektar waren offenbar in klassischer Zeit einfach ausgeschlossen (vgl. Pl., Th. 174 e). Das jedenfalls scheint nicht jene Ebene gewesen zu sein, die den "Überreichtum" hervorbrachte.

Wir können unmöglich in diesem Zusammenhang einen Grundbesitz verschweigen, der vielleicht der größte bisher bekannte in Attika war. In der dem Demosthenes zugeschriebenen Rede (Ps.-D. 42; Davies, S. 553 f.) sind Nachrichten über die Ländereien des Phainippos erhalten. Der Kläger nennt die Einkünfte, die Phainippos aus seinem Landgut bezog. Wenn allen hier berichteten Informationen geglaubt werden soll, überstieg das Einkommen des Phainippos in seinen besten Jahren die Summe von 5 Talenten. Zweifellos stellten derartige Gelder bei regelmäßigem Zustrom ihren Nutznießer in eine Reihe mit den reichsten Athenern des gesamten von der Untersuchung betroffenen Zeitabschnitts. Allerdings macht die zitierte Rede keinen Hehl aus der tendenziösen Grundeinstellung ihres Verfassers: Es hat den Anschein, als ob die Zahlen einzig und allein die nachdrücklich vertretene These vom unverhältnismäßig großen Reichtum und dem weiter bestehenden materiellen Wohlstand des Phainippos rechtfertigen sollen (Ps.-D. 42, §§ 3, 20, 21, 31). Sein durchschnittliches Einkommen könnte sich selbst dann um etliches geringer erweisen, wenn man beträchtliche Übertreibungen bei den Zahlenangaben ausschließt. Bezeichnenderweise befand sich dieser anscheinend wohlhabende Landwirt großen Formats (für attische Verhältnisse) in gewissen materiellen Schwierigkeiten und hatte Schulden, was im Grunde selbst der Kläger zugeben mußte (Ps.-D. 42, §§ 27 - 29).

Besitz an Grund und Boden bildete somit in Attika selbst in seinen maximalen Ausdehnungen zweifellos nicht die Quelle erheblicher Reichtumsentstehung, galt eigentlich auch nicht als solche. "Kommerzieller" waren ihrem Charakter nach schon die Mietshäuser, vor allem aber die Herbergen (Pl., Lg. 918 d, 919 a; X., Vect. 3, 12 f.; vgl. 6, 49). Es versteht sich natürlich von selbst, daß die Einkünfte daraus zahlenmäßig nicht besonders hoch waren. Die ergötzliche Geschichte von den Bürgern Byzantions, die ihre Häuser vermieteten, um sich selber in den Kneipen zu vergnügen, zeigt, wie "geschäftsuntüchtig" sich eine im wesentlichen ähnliche Verfahrensweise auswirken kann (Ath. 442 cd; Ael., VH 3, 14).

<sup>9</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 15 - 17.



In der Historiographie ist eigenartigerweise die Auffassung von "Bodenspekulationen" verbreitet, die in Attika vor allem nach dem Peloponnesischen Krieg eine große Entfaltung erfahren haben sollen. M. I. Finley setzte sich mit diesen Meinungen bereits kritisch auseinander und verwies mit dem ihm eigenen Gefühl für Realität auf die wenig gesicherte diesbezügliche Argumentation.<sup>11</sup> Ich möchte seinen Überlegungen meine hinzufügen.

Das einzige ernstzunehmende Quellenzeugnis für den Nachweis einer "Bodenspekulation" bezieht sich auf die vielfach von den modernen Historikern zitierte Stelle bei Xenophon (Oec. 20, 22 - 28). Es geht, knapp umrissen, um folgendes: Der Landwirt Ischomachos, ein reicher Mann und ein sehr eigenwilliger "Theoretiker" der rechten Wirtschaftsführung, äußerte dem Sokrates gegenüber die Ansicht, daß sein Vater die Landwirtschaft, fleißig und behutsam ausgeübt, für das wirksamste Mittel zur Sicherung von Geldeinnahmen hielt (ἀντικωπιάτην χρημάτων). Ischomachos erwarb gemeinsam mit dem Vater brachliegendes und unbebautes Land. Sie vermehrten den Wert mancher Grundstücke um ein "Vielfaches", nachdem diese unter den Pflug kamen. Sokrates fragte, ob der Vater diese Grundstücke verkauft habe, wenn man ihm einen guten Preis dafür bot? Ja, erwiderte Ischomachos, er verkaufte auch (im Sinne von "auch das kam gelegentlich vor"), doch erwarb er aus Liebe zur Arbeit anstelle des veräußerten Landes neues, brachliegendes. Sokrates beendete das Gespräch mit einem ironischen Vergleich: Des Ischomachos Vater liebte die Landwirtschaft nicht minder als die Händler das Korn, das sie billiger kaufen wollen, um es teurer zu verkaufen. Ischomachos sieht darin nichts weiter als einen Scherz, der Vergleich ist ihm im Grunde wesensfremd.

Seinerzeit ließ ich es mit dem Hinweis bewenden, daß man diese Passage keinesfalls als Zeugnis für die Veräußerung von Land durch ruinierte Bauern betrachten darf. Zeitweise hielt ich die ganze Geschichte für ein literarisches Kunstmittel. Doch je mehr man sich in die Literatur der Alten hineinversetzt, um so besser versteht man, daß hier nichts ex nihilo entstand. Mir scheint, Xenophon schwebt irgendeine reale Situation der athenischen Wirklichkeit vor, unabhängig davon, inwieweit die Umstände und das Gespräch selbst Phantasiegebilde waren.

Davies (S. 265 - 268) hat das Material der athenischen Prosopographie zum Namen Ischomachos zusammengetragen. Sein Bestreben, die Zahl der Namensträger einzuengen, scheint gerechtfertigt: Der Name ist selten genug, um die Existenz von zwei reichen und bemerkenswerten Personen eben dieses Namens für denselben Zeitraum ausschließen zu dürfen.

In einem solchen Fall ließe sich die Tätigkeit, die Ischomachos und sein Vater bei Xenophon ausüben, in die Zeit vor dem Peloponnesischen Krieg oder - was weniger wahrscheinlich ist - in die Zeit des Nikiasfriedens datieren.

Für eine literarische Übertreibung halte ich die "vielfache Steigerung des Wertes" der Grundstücke als ein Ergebnis ihrer Urbarmachung. Durchaus denkbar wäre ein Wachstum auf das Vier-, Fünffache (vgl. Is. 9, 28). Ebenfalls eher rhetorisch wirkt der Hinweis, daß es "viele" solcher Grundstücke gegeben habe. Es ergeben sich folgende Beobachtungen, wenn man dem Autor in allem übrigen folgen will:

- Um einen "Überreichtum" zu schaffen, hätte der Vater des Ischomachos entweder 100 Jahre alt werden oder den An- und Verkauf so vieler Grundstücke realisieren müssen, daß eine Armee von Sklaven und Verwaltern erforderlich gewesen wäre.
- Diese Vermutung steht in krassem Widerspruch zum sonstigen Ton der Erzählung: Hervorgehoben wird nicht der mögliche Gewinn, sondern der Arbeitseifer und die Freude am vernünftigen Wirtschaften. Es entsteht so eher der Eindruck

<sup>11</sup> Finley, Moses I., Studies ..., a. a. O., S. 270, Anm. 96.

eines "Hobbys" als einer "unternehmerischen" Aktivität, die bestenfalls zweit-rangig gewesen zu sein scheint. Des Ischomachos Aufgabe im Verlauf dieses Gesprächs läßt sich auf folgenden bescheidenen Nenner bringen: Er hatte zu beweisen, daß der Ackerbau nur bei untüchtigen Landwirten von Einbußen betroffen ist. Wenn hier etwas dick aufgetragen wurde, so ist das nur natürlich. Auf dieser Grundlage eine angeblich breit entfaltete "Grundstücksspekulation" in Attika anzunehmen, hieße der Quelle eine Information zu entnehmen, die beim besten Willen nicht in ihr enthalten ist.

- Ich kann hierin schon deshalb keine Spur einer "Spekulation" finden, weil es nicht darum ging, Gewinne aus den unterschiedlichen Preisen zu schlagen. Sokrates' Analogie ist einfach trügerisch, und Ischomachos lehnt sie mit Fug und Recht ab: Hat doch der Vater den w a h r e n Wert des Bodens erhöht, als er seine Arbeitskraft in ihn steckte und für die anfallenden Kosten aufkam.

Ja, mehr noch! Ich halte jegliche wie auch immer geartete Bodenspekulation für das Attika des 5. und 4. Jahrhunderts v. u. Z. für völlig ausgeschlossen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hielten sich die Grundstückspreise in annehmbaren Grenzen und waren in viel geringerem Maße Schwankungen unterworfen als heute. Eine gewichtige Ursache dafür leitete sich aus dem Bodenmonopol der Bürger ab. Die Schwierigkeiten beim Grundstücksmonopol hören in dem Augenblick auf, wo Quellen zur Mobilität des Grundbesitzes bekannt werden. Der Eindruck, daß man Grund und Boden im allgemeinen leicht erwerben und veräußern konnte, verfestigt sich (wenn man nur die wirtschaftliche Seite des Ganzen ins Auge faßt), und bestimmte Schichten der städtischen Bevölkerung wechseln erstaunlich schnell und arglos die Beschaffenheit ihres Vermögens, indem sie Geld zu Immobilien und Immobilien zu Geld machen. Hierher gehört auch der staatliche Grundbesitz, der den Bürgern stets zur Verfügung stand.

Es ist zu bedenken, daß es in dieser Gesellschaft kein Bevölkerungswachstum, keine stete städtische Erweiterung, keine Industrie- und Transportbauten in ländlichen Gegenden, keine massenweise Abwanderung usw. gegeben hat. Es handelte sich um eine völlig a n d e r s geartete Gesellschaft, auf die keine einzige der Gegenwart entlehnten Analogien zutrifft.

Möglicherweise verdeutlicht eine bemerkenswerte Erzählung aus dem nichtathenischen Alltag das wahre Verhältnis zwischen Reichtum und Boden. "Wir, die wir von Geschenken reich geworden sind", sagt von sich und den anderen Gästen ein Teilnehmer am Hochzeitsmahl des Makedonen Karanos, "trachten nunmehr danach, etwas zu erwerben: dieser Häuser, jener Felder, ein anderer Sklaven" (Ath. 130 d).

Hier einige athenische Beispiele. Nachdem Pasion infolge einer glücklich verlaufenen Finanzmanipulation reich geworden war und das athenische Bürgerrecht erhalten hatte, schien er es mit dem Erwerb umfangreicher Ländereien sehr eilig zu haben. Aristophanes kaufte, nachdem er durch militärpolitische Unternehmungen im Ausland (sowohl eigener als auch der seines Vaters Nikothemos) große Reichtümer angehäuft hatte, mehr als 300 Plethren Land (Lys. 19, 28, 42). Philokrates aus Gagnunt, ein Politiker um die Mitte des 4. Jahrhunderts v. u. Z. (Prosopographia Attica /PA/ 14 599; von Davies nicht berücksichtigt), gehörte zu denjenigen, die durch ihre politische Karriere von Bettlern zu reichen "Geldsäcken" aufgestiegen waren (D. 3, 29 cum schol., vgl. D. 19, 146): Im Ausland machte man ihm große Ländereien zum Geschenk (D. 19, 145) und in Attika vermochte er, da er allem Anschein nach ein tüchtiger Mann war, einiges an Grundstücken, Häusern und Ergasterien zu erwerben. Das belegt eine Notiz aus dem Jahre 342/341 v. u. Z. (Hesperia 5, 1936, S. 394 - 413). Diese leider schlecht erhaltene Inschrift beinhaltet einen Rechenschaftsbericht der Politen über den Verkauf von konfisziertem Vermögen; in den Zeilen 10 bis 115 taucht des öfteren der Name des Philokrates auf: Ein bedeutender Teil der Immobilien hatte ihm vor der Konfiszierung gehört. Es steht zu vermuten, daß Demosthenes Leute dieser Art (wenn nicht sogar Philokrates persönlich) meinte, als er von jenen politischen Führern sprach, die sich herrliche Privatvillen

bauten und beträchtliche Ländereien aneigneten (D. 23, 208; vgl. Ps.-D. 13, 30).

Das alles ist auch ohne den etwas ungewöhnlichen Fall des Pasion offensichtlich weit entfernt von einem "Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft". Des Karanos Gäste sollten nichts als eine gelungene Karikatur auf den erfolgreichen Geschäftsmann sein, der bei seinen unternehmerischen Fischzügen auch den Grund und Boden einbezieht. Dieses Beispiel zeigt gleichzeitig die Unterschiedlichkeit des Personenkreises, der sich an der Oberfläche verschiedener sozialökonomischer Formationen zeigte. Die Karanos-Gäste bildeten keineswegs eine kuriose Ausnahme. Es sei zum Beispiel an den Koch des Demetrios von Phaleron, Moschion, erinnert, der sich am Tisch seines Herrn derartig bereicherte, daß er drei Mietshäuser kaufen konnte (Ath. 542 f.). Bezeichnenderweise verschwand dieser so plötzlich entstandene "Großgrundbesitz" auch ebenso schnell wie er gekommen war: Die Besitzungen des Aristophanes und des Philokratos sind allein aufgrund ihrer Einziehung und Veräußerung bekannt geworden.

Der Grundbesitz des 5. und 4. Jahrhunderts v. u. Z. hat also keine Reichtümer hervorgebracht. Eher verhielt es sich umgekehrt - der auf ganz anderen (meist außerökonomischen) Wegen zustande gekommene Reichtum schuf den "Großgrundbesitz. Dieser Prozeß aber wurde von Interessen bestimmt, die sich einer Definition durch moderne Terminologien nicht erschließen lassen. Der Besitz von Grundstücken erschien aus mancherlei Gründen wünschenswert: aus moralischen, politischen oder finanziellen (viele Inschriften über die Verpfändung von Immobilien belegen die Möglichkeit, ein Darlehen aufzunehmen). Ländereien bildeten zwar nicht den einträglichsten (eher war es umgekehrt), dafür jedoch den "respektabelsten" und sichersten Posten eines Vermögens (vgl. Lys. 32, 23, fr. 91 Thalh.; D. 38, 7 - über das Bestreben, das Vermögen der Waisen in Immobilien umzuwandeln). Loch waren sie kein Mittel zur Reichtumsbildung.

Die reichen Leute betrachteten ihre Grundstücke selbstverständlich als Grundlage eines bescheidenen, jedoch beständigen Einkommens. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, wie die athenischen Bürger mit Ländereien verfahren, die von anderen Privatbesitzern bzw. vom Staat oder von bestimmten Körperschaften erworben wurden. Wie nutzten sie Grundstücke, die sich in der Pacht gesellschaftlicher Vereinigungen befanden?

Es ist kaum etwas darüber bekannt. Die Bauern bearbeiteten natürlich ihre Parzellen selber. Ebenso verhielt es sich wohl mit der Mehrzahl der kleinen städtischen Landbesitzer. Hinsichtlich der wohlhabenden Eigentümer mit unterschiedlicher Vermögenszusammensetzung kann die Antwort lange nicht mehr so eindeutig lauten. Wir kennen einige Fälle der Verpachtung von großen Landparzellen. Wieweit sie Anwendung fand, entzieht sich unserer Kenntnis. Welcher Bevölkerungsschicht entstammte der Großteil der Pächter? Den Metroiten und vor allem den Freigelassenen, wie L. M. Gluskina annimmt?<sup>12</sup> Mir scheint (und das in erster Linie auf der Grundlage der Analogie zu den staatlichen Ländereien), daß als Pächter meist andere Bürger in Frage kamen. Eine bestimmte territoriale Differenzierung ist hierbei nicht auszuschließen. Die Pacht dürfte kaum die wichtigste Art der Landnutzung gewesen sein, selbst dort nicht, wo es um erworbene Grundstücke ging, gar nicht zu reden von dem seit alters bestehenden Grundbesitz. Die "großen" Grundbesitzer nutzten den gekauften Grund und Boden als Landbesitz, wohin sie zeitweilig mit ihren Familien übersiedelten (offenbar war ihnen das Streben zur Natur nicht fremd, obwohl erstaunlich selten davon gesprochen wird). Ich möchte annehmen, daß diese Parzellen in der Regel von ih-

<sup>12</sup> Gluskina, L. M., Studien zu den sozial-ökonomischen Verhältnissen in Attika im 4. Jh. v.u.Z., in: Eirene, Nr. 12/1974, S. 119.

ren Besitzern durch deren Sklaven und Tagelöhner bewirtschaftet wurden, wobei es nicht immer eine Kontrolle durch die Herren gegeben haben muß. Eine ähnliche Art der Nutzung gewinnt auch in bezug auf die Pachtgrundstücke an Wahrscheinlichkeit: Für Attika ist die Unterpacht nicht bezeugt und scheint auch den dortigen Gepflogenheiten nicht entsprochen zu haben. Ich bin mir des hypothetischen Charakters meiner Ausführungen voll bewußt und habe wenig Hoffnung, daß diese Fragen irgendwann einmal einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden können.

### 3. Das Handwerk und verwandte Wirtschaftszweige

Die Konzeption der "kapitalistischen" Entwicklung Griechenlands im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z., die ursprünglich von den deutschen Gelehrten um die Jahrhundertwende begründet wurde und die die moderne historische Forschung direkt oder indirekt in bedeutendem Maße beeinflußt hat, schuf auch die Vorstellung vom Wachstum der "Großproduktion" und dementsprechend von der Entstehung einer Klasse der reichen "Unternehmer" (wenn nicht gar "Kapitalisten"). Diese Vorstellung ist auch jetzt noch weit verbreitet, obwohl die modernistischen Auffassungen sowohl in theoretischer Hinsicht als auch durch konkrete historische Forschungen längst überwunden sind. Es ist wohl in diesem Zusammenhang nicht überflüssig, nochmals an die Gäste des Karanos zu erinnern, die auch hier die Rolle eines Warnsignals übernehmen ... Eine ähnliche Funktion könnte aber auch ein "Kapitalist" wie Leokrates ausüben, der eine Schmiede verkaufte, in der er sein ganzes Leben zugebracht hatte, um sich dann dem Handel zuzuwenden (Lycurg. 58).

Im Gegensatz zur Landwirtschaft wird das Handwerk in der athenischen Literatur als eine Reichumsquelle, die größere Sicherheiten bot, bezeichnet. So hielt es Platon (Lg. 743 d) beispielsweise für wünschenswert, daß der aus der handwerklichen Tätigkeit fließende große Gewinn eingeschränkt werden sollte. Zweimal taucht im "Staat" die Gestalt des reich gewordenen Handwerkers auf (Pl., R. 421 d, 495 e). Nach Aristoteles (Pol. 127 a 24 f.) werden viele Handwerker durch ihr Gewerbe reich. Noch deutlicher klingt dieser Gedanke bei Xenophon (Mem. 2, 7, 3 f.; 6) an: Er nennt die Namen von fünf Ergasterienbesitzern, die Sklavenarbeit ausnutzen und dabei gute Gewinne erzielen. Es gibt keinen Grund, die Historizität aller dieser Personen und Umstände in Zweifel zu ziehen.

Allerdings scheint es sich bei diesem aus dem Handwerk gewonnenen Reichtum um einen recht mäßigen, eher bescheidenen Wohlstand gehandelt zu haben. Besonders anschaulich dürfte das Beispiel des von Xenophon erwähnten Nausikides sein. Nur von ihm allein heißt es, daß er seinen Leiturgien für die Stadt nachkäme, während Xenophon über die anderen nichts dergleichen zu berichten weiß.

Dies konnte sich natürlich auch ganz zufällig so ergeben haben. Jedoch läßt allein der Umstand einer (sogar relativ "häufigen") Erfüllung der Leiturgieverpflichtungen im Grunde nur den Schluß zu, daß es sich doch um ein erhebliches Vermögen, gewissermaßen einen bescheidenen Reichtum gehandelt haben muß. Seine Heranziehung ist allerdings in diesem Zusammenhang kaum als zufällig zu bezeichnen, da er immerhin als bestes Anschauungsbeispiel und Kriterium für die Einträglichkeit des Handwerkes angeführt wird. Zurückhaltung fordert auch die Lexik Xenophons: "Er ernährt nicht nur sich allein, sondern auch (seine) Dienerschaft, darüber hinaus ebenfalls viele Schweine und Kühe und spart (περιποιεῖται - keineswegs der stärkste Ausdruck dafür) soviel, daß ..." (X., Mem. 2, 7, 6; vgl. § 3 über Keramon). Wenn dieser Nausikides (PA 10 567) tatsächlich mit dem aus Cholargos identisch ist (PA 10 571; Davies, S. 315), so erregt es Interesse, daß sein Sohn Nausimenes hinsichtlich seiner



Ähnlich dem Ackerbau ist auch das Handwerk bestenfalls als einträgliches Geschäft betrachtet worden, als sicheres Mittel für die Aufrechterhaltung eines bestimmten (mehr oder weniger hohen, jedoch keinesfalls luxuriösen) Lebensstandards (X. Mem. 3, 11, 4; Aeschin. 1, 97, 105). Ich bin gezwungen, hier eine andere, noch verbreitetere Ansicht über das Handwerk als Mittel zur Sicherung eines Lebensunterhaltsminimums beiseite zu lassen. Diese Auffassungen galten jener Klasse kleiner Handwerker, die unter Zuhilfenahme von nur wenigen Sklaven, oder gar ohne sie, persönlich am Produktionsprozeß teilnahmen. Das Handwerk galt auf dieser Ebene eher als schmähsch. Offenbar bildete die persönliche Teilnahme an der Handwerksarbeit die Grenze einer solchen von Verachtung geprägten Haltung. Der Besitz von Ergasterien an sich wurde wohl fast als normal aufgenommen.

Bleibe ich bei einigen Fällen, in denen die alten Schriftsteller oder auch die modernen Historiker eine Reichtumsbildung aufgrund der handwerklichen Produktion annehmen.

Ich beginne mit dem schwierigsten und wohl auch am meisten diskutierten Beispiel des Kleinetos, dem Vater des Demagogen Kleon. Davies (S. 318) folgt der allgemein vertretenen Gleichsetzung dieses Kleinetos mit dem Choregen aus der Phyle Pandionis des Jahres 460/459 (Inscriptiones Graecae /IG/ 2, 2318, Z. 34), da "the explicit statement of schol. Ar. Knights 44 that Kleon's father owned a workshop of slave tanners gives Kleinetos a source of wealth which makes the identification credible and acceptable". Hier fordert fast jedes Wort Widerspruch heraus. Vor allem interessiert die Identifizierung beider Kleinetoi, die bereits von Kirchner in PA 8460 begründet wurde. In prosopographischen Untersuchungen trifft man auf eine Besonderheit. Die modernen Forscher pflegen bei den Namen der athenischen Bürger des 4. Jahrhunderts v. u. Z. sehr vorsichtig zu sein. Für die Annahme einer verwandtschaftlichen Beziehung zwischen zwei Personen oder gar ihrer Gleichsetzung reicht die Übereinstimmung der Namen und der Phylenbezeichnung nicht mehr aus: Die Erfahrung lehrt, daß gleiche Namen in ganz verschiedenen Demeen begegnen können. Für das 5. Jahrhundert v. u. Z. vermisste ich geradezu diese Vorsicht: Hier scheint die Übereinstimmung (oder Ähnlichkeit) der Namen für eine Gleichsetzung oder Feststellung der Verwandtschaft ausreichend. Indessen lag die Zahl der Bürger in der attischen Bevölkerung des 5. Jahrhunderts v. u. Z. höher als im vierten, während es offenbar weniger Namen gab. Gerade dieser Umstand nun, der zu größerer Umsichtigkeit aufrufen sollte, verleitet zu einer überflüssigen Kühnheit. Es ist natürlich durchaus anzunehmen, daß der Kreis der politisch aktiven (und möglicherweise auch reichen) Bürger im 5. Jahrhundert v. u. Z. enger war als im vierten. Diese für die Bearbeitung der literarischen Quellen wichtige Überlegung kann im allgemeinen kaum Anwendung auf die Inschriften finden, wo man sich in erster Linie an die Gesetze der statistischen Wahrscheinlichkeit zu halten hat. Es ist selbstredend keineswegs unmöglich, daß Kleinetos in beiden Fällen wirklich ein und derselbe war. Richtiger allerdings wäre es, diese Gleichsetzung als verfrüht einzustufen.

Die athenischen Autoren Aristophanes, Thukydides, Aristoteles erwähnen nirgends auch nur mit einem Wort die Quelle der Bezüge oder auch die Art der Beschäftigung des Kleinetos. Lediglich in den Scholien zu Ar., Eq. 44 ist ein derartiger Hinweis enthalten: "Kleon ist Gerber (βυρσοδέφης), weil sein Vater ein Ergasterion mit Gerbersklaven besaß" (vgl. βυρσοδέφου πατρ - Suid. 725). Das ist ein spätes Zeugnis und erinnert eher an eine Schlußfolgerung, die sich auf Analogien aus der athenischen Literatur stützt. Der Scholiast scheint auch sonst schlecht unterrichtet gewesen zu sein, denn er verwechselt die Namen und nennt den Vater Kleons Kleonamos (vgl. Schol. Ar., Eq. 574).

Selbst wenn man alles übrige akzeptiert, bleibt unklar, ob das Ergasterion der Gerbersklaven ausreichte, um die Ausübung der Choregie zu garantieren; Kleons Karriere läßt darüber Zweifel aufkommen. Ich kann mich nur jenem gesun-

den Skeptizismus anschließen, den seinerzeit Karl Bücher in dieser Frage an den Tag legte.<sup>13</sup> Aristophanes nennt Kleon in der Tat überall einen βυρσοδέφης oder βυρσοπώλης ("Lederhändler" - Eq. 136, 139; Pax 270, 648) und bezieht ihn unter anderem der Gaunerei, er hätte den Bauern schlechtes Schuhwerk verkauft (Eq. 315 - 321). Das erweckt den Eindruck einer persönlichen Beteiligung an der Herstellung und am Vertrieb der Produkte sowie auch des geringen Umfangs des Kleonschen "Unternehmens". Natürlich gibt es keine sichere Quelle im vorliegenden Fall, doch verdiente die Behauptung des Kritias (Ael., VH. 10, 17), daß Kleon vor seiner politischen Karriere arm war (wörtlich: "er besaß nichts, was frei von Schulden war" - μηδὲν τῶν οἰκειῶν ἐλεύθερον), immerhin eine gewisse Glaubwürdigkeit; auf jeden Fall sollte sie mehr Beachtung finden als die durch nichts bewiesene Annahme seines vom Vater ererbten Reichtums. Wie Kleon selbst reich wurde, ist sehr genau bekannt.

Theodoros, der Vater des Redners Isokrates, erwarb nach Davies (S. 246) seinen Reichtum dank seinen Sklaven, die Flöten herstellen konnten. Eines der beiden grundlegenden Dokumente zu dieser Frage beweist, daß Theodoros zu den "mittleren Bürgern" (τῶν μετρίων πολιτῶν) gehörte und "seinen Lebensunterhalt mit der Herstellung von Flöten verdiente" (τὸν βίον ἀπὸ ταύτης ἔχοντος τῆς ἐργασίας - D.H., Isoc. 1, p. 534). Das erstere wird mit eben denselben Worten in den "Lebensbeschreibungen der zehn Redner" wiederholt, das andere leicht verschärft: "er hatte ein gutes Einkommen von diesen (Sklaven)" (εὐπορήσαντος ἀπὸ τούτων - Ps.-Plu., Moralia 836 e). Hier ist außerdem hinzugefügt, daß er eine gesellschaftliche Auflage erfüllte, die Choregie. Beide Autoren berichten darüber hinaus von der hervorragenden Ausbildung, die Isokrates erhielt, da er bei den berühmtesten Sophisten in die Schule ging. Alle diese Zeugnisse veranlaßten Davies, Theodoros zu den 400 reichsten Athenern der Jahre 430 bis 420 v. u. Z. zu rechnen. Mir scheint diese Argumentation nur ungenügend überzeugend. Im Moment kann man die strittige (aber nicht nutzlose) Frage beiseite lassen, ob Athen irgendwann einmal, besonders aber in der ersten Periode des Peloponnesischen Krieges einen ausreichenden Markt für den Absatz einer solchen Menge Flöten bot, daß ein Mensch davon reich werden konnte. Im Prinzip wurden die reichsten Bürger mit der Choregie beauftragt, doch glaube ich kaum, daß das Leiturgien-System so vorschriftsmäßig eingehalten wurde, wie man sich das heutzutage denkt. Selbst Davies nimmt hinsichtlich dieser Choregie an, daß die Behauptung des Pseudo-Plutarch "aus den Worten des Isokrates hergeleitet worden sein könnte, nach denen sein Vater ein für den Staat nützlicher Bürger gewesen ist" (Isoc. 15, 161). Viele Sophisten haben sich tatsächlich ihren Unterricht teuer bezahlen lassen. Doch muß man zum ersten berücksichtigen, daß die Praxis hier vielfältiger gewesen ist und von so vielen unbekanntem Faktoren abhing. Eine gute Ausbildung war zum anderen bei nicht zu überhöhten Forderungen auch wohlhabenden Leuten möglich. Davies befindet sich damit im direkten Widerspruch zu den Quellenbelegen und läßt eine hinreichende Argumentation seiner Auffassungen vermissen.

Der dritte vermutliche "Fabrikant" ist der bekannte Politiker Hyperbolos. Davies (S. 517) zufolge vermochte er sich am politischen Leben Athens dank seiner "erfolgreichen und einträglichen" (successful and profitable) Lampenherstellung beteiligen. Doch bietet auch diese Interpretation hinreichend Raum für Zweifel. Ich sehe keinen Grund, warum man die unzweideutige (und auch glaubwürdige) Anmerkung des Andokides (fr. 5) Hyperbolos sei sklavischer Herkunft gewesen, nur deswegen für falsch halten sollte, weil sein Vater nach kürzlich entdeckten Ostraka den "guten attischen Namen" Antiphanes führte. Ein gewisser Widerspruch ergibt sich schon daraus, doch ließe er sich leicht überwinden: Für die Erklärung dieses Umstandes böten sich mehrere Varianten-

13 Bjucher, Karl, Očerki èkonomičeskoj istorii Grecii, Leningrad 1924, S. 33 f.

ten. Ferner weiß man auch nicht exakt, ob nun des Hyperbolos Beschäftigung "successful and profitable" war. Jene nur bruchstückhaft erhaltenen Überlieferungen, auf die sich Davies und Kirchner berufen (PA 13 910), sprächen eher für eine Kleinproduktion. Es ist nicht einmal bekannt, ob Hyperbolos überhaupt Sklaven besaß. Dafür aber entsteht der Eindruck, daß er selber seine Lampen herstellte und verkaufte (vgl. Cratin. fr. 196 K.; Ar., Eq. 1315). Bei Aristophanes findet sich allerdings eine Stelle, die man, sollte man das beabsichtigen, als Beleg für die "Großproduktion" und die hohen Gewinne des Hyperbolos anführen könnte. Hier heißt es, daß Hyperbolos, "der sich mit Lampen abgibt" (oder: "der Lampenmacher" - οὐκ τῶν λύχνων), "dank seiner Schuftigkeit" (διὰ πονηρίαν) viele, viele Talente einstrich (πλεῖν ἢ τάλαντα πολλά). Bereits der Scholiast erklärte diese Stelle mit dem Hinweis auf das schlechte Material, dessen sich Hyperbolos bediente (dem Kupfer oder der Bronze (?)) mischte er Blei bei, um das Gewicht hinaufzutreiben) und somit den Käufer zum eigenen Vorteil betrog (Schol. Ar., Nu. 1065). In den früheren Handschriften fehlt diese Erklärung. Damit liegt ein typisches Beispiel für das "Hinzudichten" oder "Andichten" vor, ohne daß der Nachricht eine antike Quelle zugrunde läge. Sprachlich ist das ἐκ τῶν λύχνων bei Aristophanes attributiv zu Hyperbolos zu verstehen. Wichtiger erscheint die tatsächliche Seite des Geschehens. Fanden die Lampen aus Bronze in Athen wirklich einen ausreichenden Absatzmarkt? Vermutlich waren die Tonlampen Massenware, und Hyperbolos konnte dementsprechend als "Töpfer" angesprochen werden (κεραμεύς - Schol. Ar., Eq. 1304). Konnte man denn überhaupt im Athen der Jahre um 420 v. u. Z. (bzw. in jeder anderen beliebigen hypothetisch angenommenen Gesellschaft) davon reich werden, daß man Handwerkserzeugnisse ungenügender Qualität einem großen Verbraucherkreis verkaufte und dabei kein Monopol besaß?

Des Aristophanes Bemerkung kann indessen eine Erklärung in der politischen Karriere des Hyperbolos finden. Man muß ebenfalls berücksichtigen, daß er sich schon früh den Staatsangelegenheiten zugewandt hatte (Cratin. fr. 262 K.). Er verfügte seitdem wohl kaum (nicht anders als Kleon) über viel Zeit für seine "gewerbliche" Tätigkeit. Ebenso könnte man annehmen, Hyperbolos sei durch Wucher reich geworden, da Aristophanes (Th. 842 - 845) von seiner Mutter sagte, sie habe Geld gegen Zinsen verliehen.

Die folgende Kandidatur der reichen "Gewerbetreibenden" bestreitet Anytos (Davies, S. 41). Über ihn sagt der Scholist klar und deutlich aus, daß er "durch die Gerberei reich gewesen sei (πλούσιος ἐκ βυρσοδεψικῆς [σκυτοδεψικῆς] - Schol. Pl., Ap. 28 b; 23 e)". Für sich genommen hat diese Bemerkung noch keinen eigenständigen Wert, da sie wohl mehr eine Verallgemeinerung aller möglichen Anytos betreffenden Nachrichten darstellt. Bis zum gewissen Grade wird das durch eine Bemerkung Platons (Men. 90 b) über Anthemion, den Vater des Anytos, bekräftigt: Anthemion ist nicht zufällig reich geworden (οὐκ ἀπὸ τοῦ αὐτομάτου) und auch nicht, weil irgend jemand ihm den (Reichtum) gab - οὐδὲ δόντος τινός -, sondern durch seine eigene Weisheit und Strebsamkeit (ἀλλὰ τῇ αὐτοῦ σοφίᾳ κτησάμενος καὶ ἐπιμελείᾳ). Hier ist bereits die eigentliche Reihenfolge der Gedanken überaus typisch: Man stelle sich nur einen heutigen Milliardär vor, von dem es heißt, daß ihm irgend jemand sein Vermögen geschenkt hätte! Platons Äußerung über Anthemion könnte also möglicherweise auf die "gewerblichen" Einkünfte aus der Gerberei gezielt haben. Allerdings dürfte ebenso klar sein, daß eine solche Ausdeutung keineswegs zwangsläufig ist.

Eine Werkstatt mit 20 bis 30 Sklaven sicherte wohl durchaus ein beachtliches Einkommen, und bei einer gewissen Sparsamkeit und einer ständigen Aufsicht konnten sich wohl einige Ersparnisse ermöglichen lassen. Es geht darum zu ergründen, ob ein solcher Reichtum nur in begrenztem Umfang bestand und welche Rolle diese Art von Reichtumsbildung im sozialökonomischen Gefüge an sich spielte. Bedauerlicherweise kennt man weder die Größenordnung der geschäftlichen Unternehmungen des Anytos noch die Höhe seines Vermögens, aber auch

die Zusammensetzung seines Besitzes oder gar jene Veränderungen, die sich im Verlauf seines Lebens hier vollziehen konnten. Eigentlich ist nichts weiter bekannt, als daß er reich war und eine Gerberwerkstatt unterhielt, die einen entscheidenden Teil seines Vermögens und folglich auch seiner Tätigkeit ausmachte bzw. band. Alle Versuche, diese Tatsachen zu einem vollständigen, zusammenhängenden Bild zu fügen, ob sie nun dem Kopf des Scholiasten oder des modernen Historikers entsprangen, lassen sich keineswegs aus den Quellen ableiten, sondern spiegeln lediglich gewisse theoretische Positionen wider. Daher scheinen mir die Überlegungen von Davies, die beträchtlichen Geldeinbußen des Anytos während der Herrschaft der "Dreißig" mit der Annahme zu erklären, daß sich der größere Teil seines Vermögens aus Sklaven zusammensetzte und leicht zu konfiszieren war, zumindest aus der Luft gegriffen. Anytos konnte ebenso "Gerber" gewesen sein (unter Berücksichtigung seiner politischen Karriere ist das noch viel unwahrscheinlicher) wie der ältere Demosthenes "Messerhersteller".

Offensichtlich ist die bezüglich des Philonidas aus Melite ausgesprochene Vermutung, er hätte als Bewohner eines städtischen Demos aus der wirtschaftlichen Entwicklung Athens im 5. Jahrhundert v. u. Z. infolge seines Besitzes an Handwerkssklaven und Immobilien Gewinne erzielt (Davies, S. 422), eine für Davies (und viele andere Gelehrte) typische Denkweise. Warum ist es eigentlich so unvorstellbar, daß Philonidas oder irgend jemand von seinen Vorfahren ἀπὸ τοῦ αὐτομάτου oder δόντος τινός reich geworden sei?

Noch deutlicher treten solche Auffassungen im Fall des Antisthenes (PA 1196) aus Kythera hervor (Davies, S. 38 f.). Davies setzte ihn, der nach IG 2, 1138 das Choregenamt bekleidete, in Anlehnung an Kirchner und Lauffer mit jenem Antisthenes (PA 1184) gleich, den Xenophon (Mem. 3, 4, 3) erwähnte. Hier sind zwei Tatsachen wichtig, die Xenophon von diesem Antisthenes zu berichten weiß: Erstens kam er seinen Choregenpflichten vorbildlich nach, und zweitens galt er als ein Mensch, der nur eines verstand: Geld zu machen (χρήματα συλλέγειν).

Nach der xenophontischen Chronologie zu urteilen, lag zwischen beiden Personen dieses Namens ein Zeitraum von - wie man jetzt feststellen konnte - gut 40 Jahren. Davies ist geneigt, dies auf Xenophons chronologische Großzügigkeit (um des literarischen Porträts von Sokrates willen) zurückzuführen, wodurch Antisthenes des Sokrates Zeitgenosse wurde. Davies meinte, "to judge from contemporaries", Antisthenes erwarb Geld durch die Ausbeutung von Handwerkssklaven. Aber wie gering müssen solche Analogien der "contemporaries" eingestuft werden!

Mir scheint, daß man den betreffenden Antisthenes bei Xenophon mit einem anderen identifizieren könnte, nämlich dem Trapeziten ("Bankier") Antisthenes (PA 1186), der als ehemaliger Herr des "Bankiers" Pasion bekannt ist (D. 36, 43). Das würde einerseits die Mißverständnisse in der Chronologie beseitigen und gewissermaßen Xenophon rehabilitieren; andererseits paßte es aber auch vorzüglich in das Charakterbild des xenophontischen Antisthenes. Allerdings äußerte sich David Lewis, dem ich meine Annahme mitteilte, zurückhaltend darüber, ob ein "Bankier" zu dieser Zeit so reich werden konnte, daß er vielerlei Leiturgien auszuführen imstande war. Doch hat er folgenden Gedanken zum Ausdruck gebracht, der mir vollkommen richtig erscheint: Der "Bankier" Antisthenes hätte auch über andere Quellen der Reichtumbildung verfügen können. Ich hege die Hoffnung, daß es mir anhand konkreter Quellenbelege einmal möglich sein wird nachzuweisen, daß die athenische Gesellschaft auch in diesem Punkt der kapitalistischen entgegengesetzt war. Es gehörte eher zu den Ausnahmen als zu den Regeln, wenn man nur eine Art von Vermögen besaß und nur eine Einkommensquelle zur Verfügung hatte (jedenfalls dann, wenn es um sehr wohlhabende Personen ging). In diesem Sinne werden die reichen "Grundbesitzer", "Gewerbetreibenden", "Kaufleute" und "Finanziers", die im athenischen Staat besondere wirtschaftliche Interessen wahrnahmen und eine eigene



politische Linie verfolgten, in hohem Maße zu einer Illusion der modernen historischen Wissenschaften.

Ein gewisser Timomachos aus Acharnai erscheint im Jahre 409/408 v. u. Z. in einer Abrechnung über den Erechtheion-Bau als Zimmermann ( $\xi\upsilon\lambda\omicron\upsilon\rho\gamma\acute{o}\varsigma$ ). Davies schließt auf ein blühendes Familiengeschäft in der Folge, weil der gleichnamige Sohn oder Enkel des Timomachos in den Jahren um 360 v. u. Z. das Strategenamt bekleidete und mit der Familie des bedeutenden Politikers Kallistratos von Athen in verwandtschaftliche Beziehungen trat (Davies, S. 380).

Es sei hier nur ein Beispiel zitiert, das die Gefahren solcher Überlegungen eindringlich vor Augen führt. Zur Person des athenischen Politikers Pytheias, der in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts v. u. Z. wirkte (PA 12 342, fehlt bei Davies), hat sich nur eine sehr dünne Überlieferung erhalten. So wissen wir, daß er der Sohn eines Müllers war (Suid. 2, 3125), Reichtum besaß und ein ausschweifendes Leben führte (D., Ep. 3, 30). Wären allein diese Informationen zur Hand gewesen, so hätte man Pytheias, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, den übrigen "Unternehmern" hinzugesellt und für die Quelle seines Reichtums das "successful and profitable" Müllergewerbe gehalten. Beide Autoren wissen jedoch auch davon zu berichten, daß Pytheias einst, zu Beginn seiner Laufbahn, arm war, im Gefängnis saß und beinahe in die Sklaverei verkauft wurde ... Ebenso verdankte Iphikrates, Sohn eines Schuhmachers, seinen Aufstieg nicht etwa seinem Reichtum, sondern gerade dem Gegenteil (Davies, S. 248 - 251).

Die logischen Schlußfolgerungen von Davies sowie überhaupt der Arbeiten über die sozialökonomische Entwicklung der Antike beruhen letztlich auf dem Prinzip der Analogie. Die ökonomische Struktur der antiken Gesellschaft scheint der der kapitalistischen Epoche zu gleichen, und das Unbekannte wird aus dem Bekannten abgeleitet. Dort, wo nur eine fragmentarische Überlieferung zu Gebote steht, bietet diese Logik den Vorzug, Lücken schließen zu können. Ich meine aber, daß es besser wäre, wenn die Lücken blieben!

Ein letztes Beispiel für die Reichtumsbildung auf "gewerblicher" Grundlage, das Davies zu nennen weiß (ich schließe den Metroiten Lysias aus), bezieht sich auf den älteren Demosthenes (Davies, S. 121 f., 126 - 130). Davies stellt allerdings nicht die Frage nach der Art und Weise dieser Reichtumsanhäufung. Jedoch verlieh die Geschichte dem Vater Demosthenes den Beinamen "Messermacher" ( $\mu\alpha\chi\alpha\iota\rho\pi\omicron\iota\acute{o}\varsigma$ ), da er eine "große Werkstatt" besaß ( $\acute{\epsilon}\rho\gamma\alpha\sigma\tau\acute{\eta}\rho\iota\omicron\nu\ \acute{\epsilon}\chi\omega\nu\ \mu\acute{\epsilon}\gamma\alpha$ ), in der Sklaven Messer herstellten (Plu., Dem. 4, 1). In einer Hinsicht trägt dieser Fall typische Merkmale: Der Wert von 32 oder 33 in einem Ergasterion beschäftigten Sklaven lag etwas über 3 von 14 Talenten (14 Talente waren das Minimum; Davies, S. 130), auf die das Gesamtvermögen beziffert wurde. Selbst wenn man hierbei Rohprodukte und fertige Erzeugnisse mitrechnet, war das weniger als die Hälfte des gesamten Besitzes. Das Jahreseinkommen dieses "großen" Ergasterions betrug (ohne die Möglichkeit starker Übertreibungen erst ins Kalkül zu ziehen) 3000 Drachmen: gewissermaßen eine recht bescheidene Summe. Ebensoviele, wenn nicht sogar mehr Gewinn erzielte der ältere Demosthenes aus den Darlehen (das Einkommen aus einer anderen Werkstatt mitgerechnet, die er zur Abdeckung der Schulden hielt). Alle genannten Zahlen sind nun keineswegs präzise, doch wäre ihre wirkliche Höhe bekannt, könnte sich das Verhältnis noch weniger günstig für das Ergasterion gestalten. Die Unterhaltung eines Ergasterions sieht hier wie auch in anderen Fällen eher nach einer "Kapitalanlage" und einer Sicherung der stets gleich hoch bleibenden Ausgaben als nach einem Mittel zur Reichtumsbildung aus. Unklar bleibt bei dem Vater des Demosthenes die Bedeutung, die seine Verheiratung mit der Tochter des Gylon für die Herausbildung seines Wohlstands besaß.

In diesem Zusammenhang muß noch auf einen weiteren Umstand verwiesen werden. Der ältere Demosthenes ist antiker handschriftlicher Tradition zufolge "Messermacher" gewesen. Er hätte, wäre uns nicht der Umfang seines Vermögens durch den Prozeß seines Sohnes mit den Vormündern bekannt geworden, als typischer

Vertreter der "gewerbetreibenden Unternehmer" gegolten. Dürfte nicht dieser Umstand als warnendes Beispiel dienen? Könnte es nicht sein, daß auch viele andere "Töpfer", "Gerber" und "Schmiede" ebensowenig spezialisiert waren und über unterschiedliche Besitzungen verfügten, in deren Bestand das Ergasterion lediglich den charakteristischen Teil bildete?

In diese Liste gehörten noch die von Davies nicht berücksichtigten Dietrephes (PA 3755) und Kleophon (PA 8638). In den späten Quellen (Schol. Ar., Av. 798; Suid. 1054) heißt es, daß Dietrephes geflochtene Körbe oder Flaschen oder sowohl das eine als das andere herstellte. Im gleichen Atemzug kennzeichnet man ihn als geldgierigen Geschäftemacher und Neureichen (νεόπλουτος). Selbst wenn man alle sonstigen Zweifel beiseite läßt und dieser Version Glauben schenkt, bleibt der Zusammenhang der Reichtumsbildung mit der "Produktion" hinreichend nebulös. Noch verwirrender scheint eine Stelle bei Aristophanes (fr. 307 K.) zu sein, wo es um eine τράπεζα des Dietrephes geht. τράπεζα könnte hier nicht nur "Bank" bedeuten (wie Davies, Anm. auf S. 428, meint), sondern auch einfach "Tisch".

Kleophon, ὁ λυροποιός (And. 1, 146; Aeschin. 11; Arist., Ath. 28, 3), stellte offensichtlich Lampen her. Allerdings erwähnt Lysias (19, 48), der sich über den vermutlichen Reichtum Kleophons äußerte, mit keinem Wort die Lyren. Als Quelle seines Reichtums galt vielmehr, daß er jahrelang an der Spitze des Staates gestanden habe!

Der bedeutende Redner und Demagoge des 4. Jahrhunderts v. u. Z., Kephales, schließlich war möglicherweise Töpfer und Sohn eines Töpfers (Ar., Ec. 253 cum schol.). Mehr ist in dieser Hinsicht auch nicht bekannt. Angeblich soll Kephales Schmiergeld der Perser über Timokrates angenommen haben (Hell. Oxy. 7, 2, 2; Paus. 3, 9, 8). Dieser Umstand wird übrigens von Xenophon in gewissem Sinne bestritten (X., HG. 3, 5, 1).

Beim näheren Hinsehen löst sich somit "die Klasse der reichen Gewerbetreibenden" buchstäblich in ein Nichts auf. Sollte es vielleicht nur ein Trugbild, von den modernistischen Konzeptionen um die Jahrhundertwende heraufbeschworen, gewesen sein?

Schwer zu sagen ist, welche Bedeutung dem Umstand zugeschrieben werden muß, daß der größere Teil der angenommenen "Unternehmer" aus der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. stammt, nicht aber aus dem vierten, das im Prinzip ja weitaus besser bekannt ist. Nicht auszuschließen dürfte hier der Einfluß zweier Faktoren sein. Demagogen aus Handwerkerkreisen galten im 5. Jahrhundert v. u. Z. noch als relativ neu und ungewöhnlich, so daß man verständlicherweise ihren "gewerblichen" Interessen mehr Aufmerksamkeit als gewöhnlich schenkte. Zum anderen ist es durchaus möglich, daß Kleon, Hyperbolos, Anytos oder Kleophon persönlich mit der handwerklichen Produktion enger verbunden waren als die Politiker des 4. Jahrhunderts v. u. Z. Das läßt sich entweder mit der größeren Beliebigkeit und Vielfältigkeit im Vermögensbestand erklären oder durch den geringeren Umfang der "Unternehmen" der ersten Demagogen. Doch erhebt sich auch hier wieder die Frage, ob es überhaupt für weiterführende begründete Überlegungen ein ausreichendes Quellenmaterial gibt.

In jedem Fall vermochte das Handwerk im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z. offensichtlich keinen besonderen "Überreichtum" bzw. große Vermögen hervorzubringen. Man wurde nicht reich, weil man eine Werkstatt oder zwei Dutzend Handwerkerknechte besaß. Es verhielt sich eher umgekehrt: Leute mit Geld "legten" dasselbe in dem Kauf von Handwerkerknechten an und sicherten sich so eine zusätzliche Quelle ständiger (wenn auch nicht allzu hoher) Gewinne. Das Typische einer solchen Situation findet seine Bestätigung zwar in indirekten, jedoch hinreichend überzeugenden Überlieferungen, vor allem in der Analogie mit den Immobilien, aber auch durch die vielen Beispiele für einen verhältnismäßig unkomplizierten und "unmotivierten" Besitzerwechsel der Ergasterien.

Die Gründung neuer Unternehmen hat meiner Auffassung nach in größerem Umfang kaum stattgefunden. Richtiger wäre eine ziemlich gleichbleibende Zahl anzunehmen, die erst mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung und dem Zustrom der "Ausländer" etwas anwuchs (ausgenommen sind einige Produktionszweige, die weiter unten behandelt werden). Dies entspräche dem Charakter des athenischen Wirtschaftslebens in seiner ganzen Komplexität.

Der grundlegende Widerspruch zwischen der modernen und der athenischen Wirtschaft besteht, sieht man einmal von einigen Details ab, darin, daß die eine ständig im Wachstum begriffen ist, während die andere sich durch ihren Konservatismus auszeichnete. Die Bevölkerungszahlen der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. und während des gesamten 4. Jahrhunderts v. u. Z. blieben mehr oder weniger stabil, ja sanken eher, als daß sie stiegen. Die materiellen Bedürfnisse eines "mittleren" Bürgers veränderten sich ebenfalls nur wenig. Die Technik, sollte sie überhaupt eine Entwicklung erfahren, machte nur äußerst langsame Fortschritte, und das Problem ihres "moralischen Verschleißes" existierte als solches nicht. Damit fand auch der innere Absatzmarkt keinerlei spürbare Ausdehnung. Selbstverständlich begünstigte der Zustrom von "Ausländern" oder die Aufnahme neuer Handelsverbindungen zeitweilig die Konjunktur, doch kann ich dabei keine ständig steigende Tendenz erblicken, die eine unablässige Ausdehnung der Produktion ermöglichte. Bereits der Gedanke einer solchen Ausdehnung, ob nun auf einzelne "Unternehmen" oder die Gesellschaft als Ganzes bezogen, entspricht nicht dem Wesen der athenischen Literatur. Ganz im Gegenteil betrachtet man den Umfang der Ergasterien und ihre Gewinne als etwas Beständiges.

Hier ist wahrscheinlich die Wirkung noch eines weiteren Faktors in Betracht zu ziehen, der in den Quellen fehlt, aber vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes einfach auf der Hand liegt. Unter den Bedingungen einer auf Sklavenarbeit basierenden Gesellschaft, der die Maschinenteknik fehlte, während man an ihre Erzeugnisse ziemlich hohe Ansprüche stellte, mußte die Produktion notwendigerweise aufgesplittert und klein bleiben. Es ist sehr wohl möglich, daß kleinere Ergasterien mit nur wenigen Sklaven, in denen der Besitzer selbst als qualifizierter Fachmann mitarbeitete, in einer solchen Gesellschaft die höchste Rentabilität versprachen. Vielleicht hat es so etwas wie eine Größenbegrenzung der Unternehmen gegeben, bei deren Überschreitung das Ganze vom wirtschaftlichen Stand nicht mehr vertretbar war. Die antike Gesellschaft kannte eine natürliche Alternative dazu - die Gewährung einer gewissen wirtschaftlichen Selbständigkeit für die Sklaven. Vereinzelt, zufällig eingestreute Äußerungen der antiken Schriftsteller lassen vermuten, daß diese Form der Ausbeutung weitaus größere Anwendung gefunden hat, als man gemeinhin annimmt. Das große Ergasterion mündete auf seinem historischen Weg, im Gegensatz zur Manufaktur, in einer Sackgasse.

Somit gab es in der athenischen Gesellschaft weder die Konkurrenz der Besitzer noch irgendwelche Versuche zur Konzentration der Produktion. Übrigens ist es mir unmöglich, der Auffassung zuzustimmen, die "Fluchtafeln" seien Ausdruck einer Konkurrenz, wie das manchmal interpretiert wird. Ich kenne weder Belege für das Bemühen um technische Vervollkommnung noch für die Organisation der Reklame oder den Kampf um eine staatliche Schutzpolitik, die Tendenz zur Errichtung eines Monopols in der Produktion bzw. die Schaffung von Berufsvereinen.

Ich möchte diese negativen Feststellungen keineswegs verabsolutieren. Gewiß hat es einige, hier genannte und ungenannte Züge der modernen Gesellschaft in der Antike (in bescheidenen Anfängen, quasi "keimlingshaft") gegeben. Unbestritten aber bildeten sie keinesfalls einen beständigen und unabdingbaren Charakterzug bzw. eine Triebkraft der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung und bestimmten in keiner Weise die Gesetze ihrer Entwicklung. Sie traten sporadisch auf, vornehmlich in anderen Sphären und unter anderen Aspekten, oft in unerwarteter Form. In mancher Hinsicht übte zum Beispiel der athenische Staat ein bestimmtes Monopol aus und übernahm das Bürgerkollektiv als

einheitliches Ganzes eine solche Rolle. Die Staatsämter, Ehrenvorrechte und auch die reichen Erbschaften waren häufig genug die Ursache für die "Konkurrenz" der Bürger (so zeigen es auch deutlich die Quellen).

Die nur wenig voranschreitende Produktion läßt sich zum Teil aus dem Desinteresse der Sklaven an ihrer Arbeit ableiten. Doch wird damit lediglich eine Seite der Frage erfaßt. Zunächst verfügte man (und wandte sie auch an) über hinreichende Mittel, die Produktivität der Sklavenarbeit auf vielfältige Weise zu stimulieren. Dann schien es möglich, den Anteil der Lohnarbeit etwas zu erweitern. Schließlich gab es Wege für ein extensives Wachstum durch die Ausdehnung der Unternehmen bis an die natürlich gesetzten Grenzen, durch den Zusammenschluß und die Einbeziehung kleinerer Betriebe bzw. durch Kooperation usw. Selbst wenn es nur eine gewisse Tendenz in dieser Richtung gegeben hätte, müßten sich Spuren davon in den Quellen erhalten haben. Die antike Gesellschaft schöpfte möglicherweise alle ihre Potenzen nicht allein deshalb nicht in vollem Maße aus, weil sie es nicht konnte (wie wir gemeinhin annehmen), sondern weil sie es auch nicht wollte. Die nächstliegende Erklärung dafür scheint sich aus den sozialen Verhaltensweisen und der sozialen Psychologie zu ergeben, die sich ihrerseits wiederum aus dem Wesen der antiken Produktionsweise in ihrer Gesamtheit ableiten lassen.

Es hat in der Geschichte Athens wahrscheinlich auch Zeiten und Situationen gegeben, ebenso aber auch einzelne Wirtschaftszweige, bei denen sich das Bestreben nach der Erzielung höherer Gewinne bzw. nach einer entwickelten Warenproduktion deutlicher als sonst artikuliert. Wir können Aristophanes (Pax 1199 - 1202, 1205) durchaus folgen, wenn er dem Frieden nach einer längeren Kriegsphase auch insofern gute Seiten abgewinnt, daß Handel und Wandel sich belebten und die mit der Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten beschäftigten Handwerker größere Einkünfte erzielten. Die Waffenhersteller verfügten naturgemäß über einen größeren und dehnungsfähigeren Markt als die anderen Handwerkszweige, konnten demzufolge natürlich auch auf höhere Einkommen im Verlauf längerer Zeiträume rechnen (vgl. Ar., Pax 447 f., indirekt 545 f., 1200, 1212 f., 1250 - 1252). Bezeichnend in diesem Zusammenhang dürfte sein, daß die Werk tätigen zur Fertigung von Schilden in Athen die größten bekannten Betriebe waren. Aus der Sicht des hier behandelten engeren Themas erlangt dabei der Umstand Bedeutung, daß diese großen Ergasterien dem Metroiten Sysias (Davies, S. 589) und dem ehemaligen Sklaven Pasion gehörten (Davies, S. 431 - 434). Ebenfalls nichtattischer Herkunft konnte seinem Namen nach der von Xenophon erwähnte geschickte Panzerschmied Pistias (X., Mem. 3, 10, 9) sein; vgl. das Motiv des reich gewordenen Schmiedes bei Platon (R., 495 e).

Das kann meines Erachtens nicht alles auf einem Zufall beruhen. Die allgemein bekannte "Mißachtung der Handwerksarbeit" bezog sich natürlich nur auf die persönliche Einbeziehung in den Produktionsprozeß und hat wohl kaum die unteren Schichten der Bevölkerung berührt bzw. die Existenz einer großen Masse von Handwerkern ernstlich in Frage gestellt. Dennoch rekrutierte sich ein bedeutender, wenn nicht gar der größere Teil der Handwerker aus den selbständig arbeitenden Sklaven, Freigelassenen und "Ausländern". Das fand seinen Niederschlag in der Ideologie (Ps.-X., R. 1, 12; Pl., Lg. 84 a; X., Vect. 5, 4; Arist., Pol. 1278 a 7 - 8) und in den Dokumenten der Zeit wie den Rechenschaftslegungen über das Baugeschehen, den Weihinschriften und den "Fluchtafeln". Im Bereich des Handwerks waren die Metroiten den Bürgern völlig gleichgestellt, und wir kennen keinerlei Quellen, die uns auch nur den leisesten Hinweis auf Proteste aus der Bürgerschaft dagegen geben könnten. Symptomatisch scheint zu sein, daß Metroiten und Freigelassene ohne jegliche Einschränkungen an den gewinnbringendsten Produktionszweigen teilnehmen konnten. Neben der Waffenherstellung gehörte dazu die Erzeugung keramischer Gegenstände, die wohl den größten Absatz fanden, sowie die Parfümerie. In jedem Fall begegnen uns hier Bürger neben Metroiten und umgekehrt.

Oben legte ich dar, wie diese Verhältnisse am besten zu verstehen sind. Es gab



keine Konkurrenz zwischen Bürgern und Metoiken im Handwerk, weil es kein Mittel zur Reichtumsbildung war und auch nicht als solches galt. Sie verfügten über andere Möglichkeiten von größerer Verführungskraft. Daher ließen Bürger auch so einfach und ohne großes Kopfzerbrechen ihre angestammten Werkstätten im Stich bzw. lösten sich von ihren Handwerkersklaven, verkauften diese und fanden andere Anwendungsbereiche für ihr Geld. Möglicherweise schenkte die athenische Literatur im Gegensatz zum Ackerbau deshalb der technischen Seite der Produktion (die ohnehin in der Antike nicht sehr beachtet wurde und den technischen Konservatismus des Altertums kennzeichnet) bzw. ihre organisatorischen Probleme so wenig Beachtung. Daher kann man über die Organisation eines mittleren Handwerksbetriebes auch nur verschwindend wenig aussagen.

Die Lage der Freigelassenen, Metoiken und Ausländer gestaltete sich im Grunde genommen etwas anders. Für sie bildeten die Betriebe meistens die einzige, jedenfalls aber die hauptsächliche Quelle der Sicherung ihres Lebensunterhaltes bzw. eines Besitzes, und deshalb war die "Bindung" daran weitaus stärker als bei den wohlhabenden Athenern. Aus diesem Grunde schienen hier viel eher die Voraussetzungen für einen "Unternehmertyp" gegeben, dem es um die Erweiterung der Produktion zu tun war, die ohnehin nur in den engen Grenzen des bestehenden sozialökonomischen Systems vollzogen werden konnte.

(Übersetzt von Jelena Funck)

## Aufgaben und Ziele des "Griechischen Münzwerkes"<sup>1</sup>

von Edith Schönert-Geiß

Als auf Anregung Theodor Mommsens 1888 das akademische Münzkorpus ins Leben gerufen wurde, hatte es die Publikation aller antiken griechischen wie römischen Münzen zum Ziel. Bereits damals war dieser Plan illusorisch: Obwohl das bekannte Material nur einen geringen Teil dessen darstellte, was uns heute knapp hundert Jahre später zur Verfügung steht, so war es doch schon umfangreich genug, um von den wenigen mit ihm beschäftigten Mitarbeitern kaum bewältigt werden zu können.<sup>2</sup>

Die Arbeiten begannen mit der griechischen Münzprägung und hier wiederum mit der der nordgriechischen Provinzen Dakien, Mösien, Thrakien, Makedonien und Päonien.<sup>3</sup> Daß man gerade mit diesen Gebieten anfang, lag daran, daß zu ihnen bereits der vollständige Katalog der Londoner Sammlung<sup>4</sup> vorlag und der Druck des Berliner Katalogs<sup>5</sup> bevorstand. Damit waren zwei der damals größten Münzsammlungen zugänglich und konnten als Grundlage für die Korpusarbeit dienen; die ersten Bände erschienen dann auch unter dem Haupttitel "Die antiken Münzen Nordgriechenlands".<sup>6</sup>

Obwohl Mommsen mittels einer Spende von 28 000 Mark anlässlich seines fünfzigjährigen Doktorjubiläums 1894 die Arbeit auf das kleinasiatische Gebiet auszudehnen versuchte, um die Umsetzung seiner ursprünglichen Idee von einer Gesamt-

1 Über seine Geschichte wurde zuletzt berichtet bei Schönert, Edith, Zur Wiederaufnahme der Arbeiten am Corpus nummorum, in: *Klio*, Bd. 39, 1961, S. 321 - 324.

2 Die für das Unternehmen gewonnenen Mitarbeiter waren zudem noch ausschließlich freie Mitarbeiter. Erst 1901 wurde eine an die Berliner Akademie gebundene hauptamtliche Stelle eingerichtet.

3 Die griechische Münzprägung wird seit dem Wiener Numismatiker Joseph Hilarius Eckhel (1737 - 1798) nach den von den Römern eingeführten Provinzeinteilungen geordnet.

4 Poole, Reginald Stuart, *Catalogue of Greek coins in the British Museum. The Tauric Chersonese, Sarmatia, Dacia, Moesia, Thrace & c.*, London 1877; Head, Barclay Vincent, *Catalogue of Greek coins in the British Museum. Macedonia & c.*, London 1879. - Das Unternehmen konnte 1922 abgeschlossen werden; es umfaßt 29 Bände.

5 Sallet, Alfred von, *Beschreibung der antiken Münzen*, Bd. 1: Taurische Chersonesus, Sarmatien, Dacien, Pannonien, Moesien, Thracien, Thracische Könige, Berlin 1888; Bd. 2: Paeonien, Makedonien, die macedonischen Könige bis Perdiccas III., Berlin 1889. - Über einen dritten, Italien behandelten Band (erschienen 1894) ist dieses Unternehmen nicht hinausgekommen.

6 Pick, Behrendt, *Die antiken Münzen von Dacien und Moesien* (= Bd. I/1), Berlin 1898; Pick, Behrendt/Regling, Kurt, *Die antiken Münzen von Dacien und Moesien* (= Bd. I/2), Berlin 1910; Strack, Max L., *Die antiken Münzen von Thracien* (= Bd. II/1/1), Berlin 1912; Gaebler, Hugo, *Die antiken Münzen von Makedonia und Paionia* (= Bd. III/1, III/2), Berlin 1906, 1935.

Publikation der antiken Münzen voranzubringen, blieb das Unternehmen dann doch ein Torso.<sup>7</sup> Man beschränkte sich also weiterhin auf die Münzprägung Nordgriechenlands, um wenigstens dieses Gebiet komplett zu bearbeiten.

Von diesem Ziel ließ man sich auch 1956 bei dem Beschluß leiten, das Unternehmen fortzusetzen.<sup>8</sup> Von den fünf nordgriechischen Provinzen war nur Thrakien nicht völlig bearbeitet. Der 1912 erschienene Faszikel umfaßte die Münzprägung der Thraker und der Städte Abdera, Ainos und Anchialos. Weitere 24 städtische Münzprägungen auf dem Festland sowie die der thrakischen Chersones und der vier thrakischen Inseln Imbros, Lemnos, Samothrake und Thasos und schließlich die Münzprägung der thrakischen Könige harrten noch der Bearbeitung. Im Interesse einer zügigen Publikation entschloß man sich weiterhin, die alte Form der Faszikel aufzugeben und in Zukunft monographisch und unabhängig vom Alphabet vorzugehen, wobei nun unter dem neuen Leitittel "Griechisches Münzwerk" veröffentlicht wird.<sup>9</sup>

Das "Griechische Münzwerk" dient in erster Linie editorischen Aufgaben, das heißt, in jedem Korpusband sollen alle erreichbaren Münzen einer Polis oder Stadt publiziert werden. Je nach deren Geschichte kann das einen Zeitraum von der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. bis zur Mitte des 3. Jahrhunderts bedeuten. So emittierte zum Beispiel Byzanz zu allen Zeiten gleichmäßig viel Münzen, hingegen prägte Maroneia zwar die gesamte griechische Zeit hindurch, also bis zum 1. Jahrhundert v. u. Z., umfangreiche Serien, trat in römischer Zeit jedoch numismatisch kaum in Erscheinung. Von denjenigen Städten, die erst in römischer Zeit gegründet oder in den Status einer Stadt erhoben worden sind (Philippopolis, Serdica, Traianopolis usw.), kennen wir naturgemäß nur Münzen aus dieser Zeit.<sup>10</sup>

- 7 Erschienen ist nur Fritze, Hans von, Die antiken Münzen Mysiens, Bd. 1, Berlin 1913, wobei selbst diese Provinz nicht vollständig bearbeitet ist, denn der Band umfaßt nur (in alphabetischer Folge) die Städte Adramytion bis Kisthene.
- 8 Es ist heute fest verankert im Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR.
- 9 Da der größte Teil der noch zu bearbeitenden Festland-Städte auf heutigem bulgarischem Territorium liegt, ist eine Zusammenarbeit mit den bulgarischen Kollegen von größter Wichtigkeit. Dabei ist Jordanka Jurukova (Sofia) unsere tatkräftige Mitarbeiterin geworden. - Bisher sind erschienen: Schönert, Edith, Die Münzprägung von Perinthos (im folgenden: Perinthos), Berlin 1965; Schönert-Geiß, Edith, Die Münzprägung von Byzantion (im folgenden: Byzantion), T. 1: Autonome Zeit, Berlin/Amsterdam 1970; T. 2: Kaiserzeit, Berlin/Amsterdam 1972; Jurukova, Jordanka, Die Münzprägung von Deultum, Berlin 1973; Schönert-Geiß, Edith, Die Münzprägung von Bisanthe, Dikaia, Selymbria, Berlin 1975; Jurukova, Jordanka, Die Münzprägung von Bizye, Berlin 1981. - Die Münzprägung von Hadrianopolis bearbeitet zur Zeit Jurukova; das Manuskript zur Münzprägung von Maroneia konnte 1981 Schönert-Geiß abschließen und mit der Bearbeitung der Münzprägungen von Traianopolis und Augusta Trajana beginnen.
- 10 Es handelt sich hierbei um die sogenannte Provinzialprägung, eine zwar rein städtische Prägung, aber mit gewissen Konzessionen an den Kaiser: So trägt die Vorderseite stets das Porträt des regierenden Kaisers und nur die Rückseite auf die Stadt bezogene Bilder und den Namen des Prägeortes. Diese "Provinzialprägung" war gedacht als Ergänzung zu dem in Rom geprägten "reichsrömischen" Geld, da für das riesige Imperium die Kapazität Roms als der einzigen Münzstätte des Reiches viel zu gering war. Diese jedoch mehr oder weniger unkontrollierbaren Geldemissionen hatten an der im 3. Jh. beginnenden Inflation einen durchaus nennenswerten Anteil. Nicht ohne Grund begann deshalb Gallienus um die Mitte des 3. Jh., die Inflation damit zu bekämpfen, daß er als erstes alle provinzialen Münzstätten schließen ließ.

Die ersten Schritte, die für einen Korpusband zu unternehmen sind, gelten dem Erfassen aller vorhandenen Münzen aus allen bekannten öffentlichen Münzsammlungen Europas, der Türkei und den USA.<sup>11</sup> Das geschieht zum überwiegenden Teil auf postalischem Wege. Es ist immer wieder bewundernswert, mit welcher Geduld man auf unsere nicht immer sehr geringen Bitten um Gipsabdrücke oder Fotos eingeht. Nur diesem Entgegenkommen, dieser Unterstützung und Hilfsbereitschaft aller ausländischen Kollegen ist es zu verdanken, daß wir unsere Korpusarbeit überhaupt fortsetzen können. Daneben muß aber auch das in den Sammlungs- und Auktionskatalogen enthaltene, oft reiche Material zwecks Mitverarbeitung verzettelt werden.

Der Korpuskatalog weist nun folgende Kriterien auf:

1. Der Katalog enthält eine Beschreibung des Münzbildes. Hier finden Deutungs- und Interpretationsversuche bereits ihren Niederschlag. So kann zum Beispiel die richtige Identifizierung eines Götterkopfes oder einer Göttergestalt Aufschluß über bestimmte, für die betreffende Stadt charakteristische Züge ihres Kulturlebens geben. Oder: Das auf Silbermünzen von Byzanz aus dem 5./4. Jahrhundert v.u.Z. abgebildete Rind ist häufig als "Kuh" beschrieben und mit dem Io-Mythos in Verbindung gebracht worden. Ein genaues Studium dieses Münzbildes und Vergleiche mit anderen byzantinischen Münzbildern führten jedoch zu der Feststellung, daß es sich bei diesem Tier niemals um die in eine Kuh verwandelte Io handeln kann,<sup>12</sup> sondern als Symbol für die in Byzanz mit Erfolg betriebene und sonst nirgends bezeugte Viehwirtschaft zu werten ist. Die korrekte Bezeichnung im Katalog muß also "Rind" lauten. Zur exakten Beschreibung des Münzbildes gehört auch die Identifizierung von Beizeichen, die genaue Wiedergabe der Münzumschrift, von Monogrammen usw. - kurz, die Beschreibung muß das Münzbild in seiner Gesamtheit erfassen.

2. Der Katalog enthält Angaben über die einzelne Münze.

2.1. Durchmesser und Gewicht: Beides bildet die Grundlage für die Ermittlung des Währungssystems und des Münzwertes.

2.2. Sofern eine Münze gelocht oder eingekerbt ist, werden entsprechende Angaben gemacht, da beides zu einem Gewichtsverlust führt, der bei Fragen der Zuordnung zu einem bestimmten Münzwert berücksichtigt werden muß.

2.3. Gegenstempel: Man versteht darunter kleine Stempel, mit denen fertige Münzen eine zusätzliche Prägung erhielten. Gegenstempel trifft man häufig an. Sie dienten hauptsächlich der Verlängerung der Zirkulationsdauer oder der Ausdehnung der Zirkulationssphäre einzelner Münzen.

Beispiel 1: Schlecht geprägte oder stark abgenutzte Münzen wurden nicht eingezogen, sondern von der eigenen Münzstätte gegengestempelt, um auf diese Weise die Gültigkeit der betreffenden Münzen zu verlängern.<sup>13</sup>

Beispiel 2: Münzen anderer Staaten wurden gegengestempelt. So hat Byzanz um die Mitte des 3. Jahrhunderts v.u.Z. eine Reihe ptolemäischer Münzen gegengestempelt. Sie stammten, wie Dionysios von Byzanz (§ 41 /Wescher/) berichtet, aus einem Kredit Ptolemaios' II. an Byzanz, das damals infolge der Tributzah-

11 Wir haben zur Zeit Verbindungen mit etwa 50 Institutionen, die über nordgriechische Münzen verfügen.

12 Io, eine von Zeus' Geliebten, soll von der eifer- und rachsüchtigen Hera in eine Kuh verwandelt und von einer Bremse durch viele Länder gejagt worden sein. Am Keras (Horn) von Byzanz gebar sie ihre Tochter Keroessa: Schönert, Edith, Der Io-Mythos auf den Silbermünzen von Byzanz, in: Heliikon, Nr. 6/1966, S. 174 - 182.

13 Zu diesem Problem vgl. z. B. Gerasimov, Todor, Antični moneti s kontramarki ot Dolna Mizija i Trakija (Antike Münzen mit Gegenstempeln aus Nordmösien und Thrakien), in: Izvestija na Bălgarskija arheologičeski institut 15, 1946, S. 51 - 81.



lungen an das Keltenreich von Tyllis vor dem finanziellen Ruin stand.<sup>14</sup> Mit der Gegenstempelung galten diese Münzen auf dem byzantinischen Markt als byzantisches Geld.<sup>15</sup>

Beispiel 3: Ganz anderer Art ist der Gegenstempel auf Münzen von Perinth, deren Vorderseite Neros Porträt trägt. Hier ist ein von Neros Nachfolger Galba signierter Gegenstempel so in Neros Gesicht eingedrückt worden, daß es dabei völlig zerstört wurde. Das war ein bewußter Ausdruck der *damnatio memoriae*, der Nero nach seinem Tode verfallen war.<sup>16</sup>

2.4. Überprägung: Darunter versteht man die Verwendung einer alten Münze als Schrötling für die Prägung einer neuen. Dazu wurde das alte Münzbild durch Erhitzen gelöscht, was nicht immer ganz glückte, so daß hin und wieder mehr oder weniger deutliche Spuren des alten Unterprägung erhalten blieben. Dieses Verfahren pflegte man anzuwenden bei Mangel an Zeit oder notwendigem Metall zur Herstellung neuer Schrötlinge, aber auch, um einem Gegner wirtschaftlich bewußt zu schaden, indem man so seine finanziellen Mittel erheblich schmälerte oder ganz vernichtete. Für uns sind Überprägungen - sofern sich das alte Unterprägung noch identifizieren läßt - in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung.

Beispiel 1: Im 3. Jahrhundert v.u.Z. emittierte Byzanz eine Reihe umfangreicher Bronzeserien. Dabei sind Münzen der Demeter/Füllhorn-Serie auf Münzen der Poseidon/Dreizack-Serie übergeprägt worden. Für uns ergibt sich daraus die zeitliche Folge beider Serien, das heißt, die Poseidon/Dreizack-Serie muß vor der Demeter/Füllhorn-Serie entstanden sein.<sup>17</sup>

Beispiel 2: In hellenistischer Zeit prägte Maroneia eine große Tetradrachmen-Serie, für die wechselnde Monogramme als Emissionszeichen charakteristisch sind. Wir besitzen eine Tetradrachme, auf der noch deutlich der Name Aesillas zu lesen ist. Das Geldstück "gehörte" also ursprünglich Aesillas, der um 94 bis 88 v.u.Z. Quästor in Makedonien war und in seinem Namen diese Münzen prägen ließ. Für uns ist diese Überprägung wiederum ein Anhaltspunkt für die Datierung der betreffenden maroneischen Emission.

Beispiel 3: Es gibt zahlreiche Münzen des thrakischen Dynasten Seuthes III., für die Münzen des Lysimachos verwandt worden sind. War man lange Zeit der Meinung, Seuthes III. wäre sofort den Expansionsbestrebungen des Lysimachos zum Opfer gefallen, so mußte man - vor allem nach den Grabungen in Seuthopolis, die massenhaft derartige Überprägungen zutage gebracht haben<sup>18</sup> - diese Meinung gründlich revidieren: Offenbar hat Seuthes III. seinem weit mächtigeren Rivalen anfangs mit Erfolg Widerstand leisten und eine größere Menge lysimachischen Geldes erobern können.<sup>19</sup>

2.5. Aufbewahrungsort der Münze: Genannt werden nach Möglichkeit ihre Herkunft (viele öffentliche Sammlungen verdanken ihre Bestände weniger dem Ankauf von Einzelstücken als vielmehr dem großer Privatsammlungen) und ihre Inventar-Nummer.

14 Byzanz mit seiner Lage an den Meerengen war für Ägypten aus ökonomischen und politischen Gründen (gegen die seleukidische Expansionspolitik unter Antiochos II.) äußerst wichtig.

15 Schönert-Geiß, Edith, Byzantion, T. 1, a. a. O., S. 59 f.

16 Schönert, Edith, Perinthos, a. a. O., S. 36.

17 Schönert-Geiß, Edith, Byzantion, T. 1, a. a. O., S. 66.

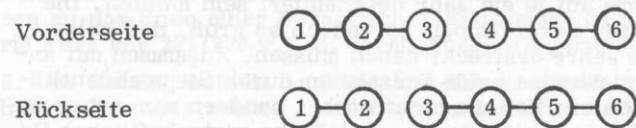
18 Vgl. dazu Dimitrov, Dimităr P./Čičikova, Marija, The Thracian City of Seuthopolis, Oxford 1978; Dimitrov, Dimităr P./Dimitrov, Kamen, Le monnayage de Seuthès III selon les données de Seuthopolis, in: Actes du IIe Congrès International de Thracologie (Bucarest, 4 - 10 septembre 1976), Bd. 2, Bukarest 1980, S. 165 - 169.

19 Ähnliches äußerte bereits Mušmov, Nikola A., Einige umgeprägte thrakische und makedonische Münzen, in: Numismatische Zeitschrift, Nr. 51/1918, S. 52 - 54.

2.6. Publikationen: Nicht selten werden Münzen in einer oder mehreren Publikationen zitiert, wobei die in Frage kommenden Darstellungen bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen können. Diese Zitate erscheinen im Katalog. Dazu müssen aber die aus der Literatur stammenden Beschreibungen mit der betreffenden Münze in Einklang gebracht werden. Nur so kann der Umfang einer Serie überblickt werden, denn es ergäbe ein völlig falsches Bild, wenn zum Beispiel eine im Berliner Münzkabinett aufbewahrte und eine bei Sallet (vgl. Anm. 5) beschriebene Münze getrennt aufgeführt würden, obwohl es sich um ein und dieselbe Münze handelt.

3. Der Katalog folgt der stempelvergleichenden Methode. Sie resultiert aus der Kenntnis der Technik des Prägens in der Antike. Zur Herstellung einer Münze benötigte man einen Unter- und einen Oberstempel, eine Zange, einen Hammer und selbstverständlich einen Schrötling. Der Unterstempel trug das negativ eingravierte Bild der Vorderseite der Münze. Er war auf einem Amboß oder Münztisch fest verankert. Der bewegliche Oberstempel trug das negative Rückseitenbild.<sup>20</sup> Zwischen beide Stempel wurde mit der Zange der gegossene heiße Schrötling gehalten, und durch einen Hammerschlag auf den Oberstempel prägten sich das Vorder- und das Rückseitenbild in den Schrötling ein, und damit war die Münze fertig.<sup>21</sup> Da bei diesem Verfahren der Oberstempel weit stärkeren Belastungen ausgesetzt war als der Unterstempel, nutzte er sich schneller ab und mußte öfter ausgewechselt werden. Hier setzt die stempelvergleichende Methode ein. Wir beginnen mit der fertigen Münze und versuchen, durch Vergleich die Stücke herauszufinden, die in ihrem Münzbild absolut identisch sind und somit nur mit ein und demselben Stempel geprägt worden sein können. Diese Methode ist mühsam, vor allem, wenn man von einer Serie sehr viele und vielleicht dazu noch stark abgenutzte Münzen besitzt, die nun alle - jede mit jeder - bis ins Detail miteinander verglichen werden müssen. Welchen Nutzen bringt diese Methode?

3.1. Die Tatsache, daß es neben Münzen, die in der Vorder- und Rückseite stempelgleich sind, auch solche gibt, die nur stempelgleich sind in der Vorder- oder Rückseite, ermöglicht uns, die relative Chronologie einer Münzserie zu fixieren.



<sup>20</sup> In den Anfängen der Münzprägung trug nur der Unterstempel ein figürliches Bild. Der Oberstempel hatte nur - um beim Prägen nicht abzurutschen - eine (manchmal auch zwei bis drei) rechteckige und angeraute Vertiefung, das sogenannte *Quadratum incusum*.

<sup>21</sup> Zum Prägevorgang vgl. auch (mit zeichnerischer Darstellung) *Lexikon der Antike*, 3. Aufl., Leipzig 1977, S. 192 unter "Gesenk". - Durch dieses Verfahren erhielt die antike Münze eine konkave und eine konvexe Seite, da der - meist größere - Schrötling sich beim Prägen am Rand leicht nach oben wölbte: für uns ein Kriterium, in Zweifelsfällen die Vorder- von der Rückseite unterscheiden zu können. So hat z. B. Korinth den Kopf der Athene auf der Rückseite und auf der Vorderseite den Pegasos, Syrakus den Kopf der Arethusa auf der Rückseite und auf der Vorderseite eine Quadriga. Erst später wechselte hier der Kopf auf die Vorder- und die Quadriga auf die Rückseite: vgl. *Head, Barclay Vincent, Historia nummorum*, 2. Aufl., Oxford 1911, S. 170 Fig. 90; S. 171 Fig. 91; S. 401 Fig. 221; *Sellnow, Irmgard/Kollektiv, Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus*, Berlin 1977, S. 364 Fig. 60 b (Korinth).

Das - sehr vereinfachte - Schema soll das etwas verdeutlichen helfen: Nr. 1 und Nr. 2 sind aus ein und demselben Stempelpaar geprägt. Nr. 3 muß auf beide folgen, da für ihre Vorderseite ebenfalls noch derselbe Stempel, für ihre Rückseite aber bereits ein neuer Stempel benutzt worden ist. Danach kommt Nr. 4 wegen des schon bei Nr. 3 verwandten Rückseitenstempels, aber nun neuen Vorderseitenstempels, usw. Nicht abgelesen werden kann darauf Anfang und Ende einer Serie, also ob die Serie tatsächlich mit Nr. 1 begonnen und mit Nr. 6 geendet hat oder umgekehrt, ob bei Nr. 6 der Anfang und bei Nr. 1 das Ende gelegen hat. Hier bedarf es anderer Kriterien wie Stilvergleich, Gewichtsreduzierung usw. Wir erhalten lediglich die zeitliche Verknüpfung in n e r - h a l b der Serie; sie kann jedoch bereits weiterreichende Erkenntnisse vermitteln.

Beispiel 1: In Abdera war es üblich, die Namen der eponymen Beamten auf die Münzen zu setzen. Darunter befindet sich ein Nymphodoros, der durch die Vermittlung eines Vertrages um 430 v.u.Z. zwischen dem Odrysenfürsten Sitalkes in Thrakien auf der einen und Athen auf der anderen Seite bekannt ist.<sup>22</sup> Für ihn besitzen wir also ein fixes Datum, mit dem wir nun - je nach der Position, die die mit seinem Namen signierten Münzen innerhalb des Ablaufschemas der Stempel einnehmen - die gesamte Serie bereits zeitlich näher bestimmen können.

Beispiel 2: In Perinth haben Münzen des Septimius Severus und seines Sohnes Geta stempelgleiche Rückseiten. Da Septimius Severus seinen Sohn im Jahre 209 zum Mitkaiser erhob, selbst aber im Jahre 211 starb, ergeben sich aufgrund der Stempelgleichheit beider Münzen für die Datierung die Jahre 209 bis 211.<sup>23</sup>

3.2. Mit Hilfe der stempelvergleichenden Methode läßt sich der Umfang einer Prägung genauer bestimmen. Es macht schon einen Unterschied, ob zum Beispiel für 20 Münzen 10 Vorder- und 15 Rückseitenstempel oder nur 2 Vorder- und 5 Rückseitenstempel zu erkennen sind. Erst die Relation zwischen vorhandenen Münzen und vorhandenen Stempeln läßt Rückschlüsse auf den Prägeumfang und damit auch auf finanzielle und ökonomische Hintergründe zu.

Beispiel 1: Zu der aus der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts v.u.Z. stammenden großen Serie kleiner maroneischer Bronzemünzen gehören zwei Emissionen, die aufgrund ihrer Monogramme auf je ein Jahr determiniert sein müßten. Die Anzahl von vorhandenen Münzen und Stempeln ist jedoch so groß, daß beide Emissionen sich über mehrere Jahre erstreckt haben müssen. Zusammen mit anderen Faktoren (so sind beispielsweise beide Emissionen durch Stempelidentitäten so eng miteinander verflochten, daß sie nicht nach-, sondern nur nebeneinander verlaufen sein können) lassen sich daraus eine Reihe wirtschaftlicher Besonderheiten der Polis ableiten.<sup>24</sup>

Beispiel 2: Für die von Maroneia seit Beginn des 2. Jahrhunderts v.u.Z. emittierte Tetradrachmen-Serie (vgl. 2.4. Beispiel 2) genügten anfangs wenige Stempel und Münzen, was den Bedürfnissen des lokalen Marktes entsprach. In der Mitte des 2. Jahrhunderts v.u.Z. stieg beides aber sprunghaft an und erhielt ein Volumen, das die lokalen Bedürfnisse bei weitem überstieg. Es war die Zeit, in der Makedonien römische Provinz geworden war und als solche seine Münzstätten hatte schließen müssen. Gemeinsam mit Thasos nutzte Maroneia nun die dadurch entstandene "Bedarfsücke" an Silbergeld auf dem Balkan. Die Zahl der Münzen und Stempel spiegelt deutlich wider, daß Maroneia nun nicht mehr

22 Strack, Max L., a. a. O., S. 11, 60 Nr. 62; vgl. auch die neuere Arbeit von May, John M. F., *The coinage of Abdera (540 - 345 B.C.)* (im folgenden: *Abdera*), London 1966, S. 149 f., 127 Nr. 140 - 141.

23 Schönert, Edith, *Perinthos*, a. a. O., S. 184 Nr. 525; S. 213 Nr. 663.

24 Zur Problematik dieser Prägung vgl. Schönert-Geiß, Edith, *Maroneia und seine Beziehungen zum Hinterland* (im Druck).

nur für den eigenen Markt, sondern bewußt und gezielt für das Hinterland produzierte,<sup>25</sup> was ein sehr einträgliches Geschäft gewesen sein dürfte.<sup>26</sup>

4. Der Katalog weist die absolute Datierung aus. Je exakter eine Münze datiert und in ihre historische Umwelt plaziert werden kann, um so sicherer sind die Erkenntnisse, die wir über die Finanz- und Wirtschaftslage einer Polis in einem bestimmten Zeitabschnitt gewinnen können. Für die absolute Datierung stehen uns unter anderen folgende Kriterien zur Verfügung:

4.1. Stiluntersuchungen und stilistische Vergleiche mit Münzserien anderer Poleis oder/und mit anderen archäologischen Denkmälern;

4.2. Eponyme Beamtennamen auf den Münzen (stets zu erkennen an der dem Namen vorangestellten Präposition  $\epsilon\pi\iota$ ): Da der Eponym in der Regel jährlich wechselte, läßt sich - rein rechnerisch - ein eponymer Name mit einem Prägejahr gleichsetzen.

4.3. Zusammensetzung von Münzfunden: Von besonderem Interesse für die Datierung sind die gemischten Funde, sofern diese auch zeitlich exakt festliegende Münzen enthalten, zum Beispiel Münzen des Aesillas mit seiner bekannten Amtszeit (vgl. 2.4. Beispiel 2) oder Münzen von Herrschern mit ebenso feststehender Regierungszeit, wie sie oft in balkanischen Funden des 2./1. Jahrhunderts v.u.Z. neben maroneischen Tetradrachmen auftreten. Mit ihrer Hilfe lassen sich wichtige Anhaltspunkte für die Datierung der maroneischen Tetradrachmen erbringen.

4.4. Historische Ereignisse:

Beispiel 1: Im ständig schwelenden kommerziellen Konkurrenzkampf zwischen Maroneia und Thasos um die alte thasische Handelsstation Stryme kam es 361/360 v.u.Z. zu offenen Feindseligkeiten. Zeugnis davon legt ein in Stryme entdeckter, aus 28 maroneischen Silbermünzen bestehender Fund ab.<sup>27</sup> Sein genaues Datum half entscheidend bei der Datierung der maroneischen Münzgemisungen bzw. der auf ihnen registrierten Beamtennamen: Alle in diesem Fund vertretenen Ausgaben können nur vor 361/360 v.u.Z. angeordnet worden sein.

Beispiel 2: In Byzanz kennen wir zwei Beamte - Olympiodoros und Hekatodoros - die 221/220 v.u.Z. in Rhodos als Unterhändler fungierten. Zuvor hatten sie das Amt des Eponym inne und als solche auch Münzen prägen lassen. Da diese Münzen an das Ende einer byzantischen Silberserie gehören, muß die gesamte Serie kurz vor 221/220 v.u.Z. ihren Abschluß gefunden haben.<sup>28</sup>

5. Der Katalog enthält Angaben zur Währung und zum Nominal. Die Grundlage bilden Frequenztabellen, in denen die Gewichte der einzelnen Münzen statistisch

25 Aus dieser Zeit häufen sich auch die Funde mit maroneischen Tetradrachmen auf dem Balkan.

26 Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß in der Antike die Münze niemals ihren Wert als potentieller Rohstoff eingebüßt hat. Der Silberhandel wurde nicht nur in Form von Barren, sondern auch in Form gemünzten Geldes abgewickelt, wie entsprechende Funde im silberarmen Ägypten und im persischen Binnenland lehren: vgl. dazu z. B. Dressel, Heinrich/Regling, Kurt, Zwei ägyptische Funde altgriechischer Silbermünzen, in: Zeitschrift für Numismatik, Nr. 37/1927, S. 23 f.; Robinson, Edward St. G., A "Silver-smith's hoard" from Mesopotamia, in: Iraq, Nr. 12/1950, S. 51; Schlumberger, Daniel, L'argent grec dans l'empire Achéménide, in: Curiel, Raoul/Schlumberger, Daniel, Trésors monétaires d'Afghanistan, Paris 1953, S. 3 - 64; May, John M. F., a. a. O., S. 16 f.

27 Schönert-Geiß, Edith, Zur Geschichte Maroneias von den Anfängen bis zum 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Klio, Bd. 61, 1979, S. 450.

28 Dieselbe, Byzantion, T. 1, a. a. O., S. 57 f., 135 - 137, Nr. 1015 - 1025, 1037 - 1040.



aufbereitet sind. Aus der Häufigkeit von Einzelgewichten wird eine "Grundnorm" ermittelt, da die einzelnen Münzen niemals exakt ausgebracht worden sind. Man prägte "al marco", das heißt, fixiert wurde nur eine bestimmte Quantität Metall, aus der eine festgelegte Anzahl von Münzen geprägt werden sollte. So mußte ein Talent Metall zum Beispiel 6 000 Drachmen ergeben, unabhängig davon, wie schwer das einzelne Drachmenstück dabei geraten konnte. Über die Ermittlung einer entsprechenden "Grundnorm" gelangt man zur Klassifizierung des Nominals und des entsprechenden Münzfußes, der teilweise sehr unterschiedlich sein konnte. So wiegt beispielsweise beim persischen Münzfuß die Drachme um 5,40 Gramm, beim attischen um 4,37 Gramm (später nur noch 4,19 Gramm), beim phönikischen um 3,63 Gramm usw. Über den Münzfuß erhalten wir häufig aufschlußreiche Informationen.

Beispiel 1: In den Tributlisten des Delisch-attischen Seebundes wurde in den dreißiger Jahren des 5. Jahrhunderts v.u.Z. Ainos ohne die - sonst übliche - festgesetzte Höhe der Zahlungen genannt. Zur gleichen Zeit begann die Polis, Kleingeld (Diobole) zu emittieren, dessen Umfang die Bedürfnisse des lokalen Marktes bei weitem überschritt. Beide Tatsachen veranlaßten zu der Vermutung, daß Athen Truppen in Ainos hatte stationieren lassen, die als Gegengewicht zur beginnenden Expansion des thrakischen Reiches der Odrysen dienen sollten. Diesen Truppen zahlte nicht Athen, sondern Ainos den Sold, der mit den Tributleistungen der Polis an den Bund verrechnet wurde.<sup>29</sup>

Beispiel 2: Im Verlauf des Peloponnesischen Krieges rebellierte 411/410 v.u.Z. der größte Teil der athenischen Bundesgenossen. Im Zusammenhang damit wechselte man an der thrakischen Küste der Ägäis vom heimischen thrako-makedonischen zum bis dahin in diesem Gebiet absolut ungewöhnlichen äginetischen Münzfuß über. Die Gründe dafür lagen in der Anwesenheit peloponnesischer Matrosen in den rebellierenden Küstenstädten, die man zu Hilfe gerufen hatte und nun bezahlen mußte, was - im Interesse dieser Matrosen - nur in der auf der Peloponnes üblichen und ihnen daher gewohnten äginetischen Währung geschehen konnte.<sup>30</sup> Auch Maroneia ging im gleichen Jahr zum äginetischen Münzfuß über - ein Ereignis, das als Beweis dafür dienen kann, daß auch diese Polis zu den Aufständischen gehörte, da Maroneias Abfall von Athen sonst nirgends bezeugt ist.

Beispiel 3: In der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts v.u.Z. übernahm Byzanz den phönikischen Münzfuß, obwohl in dieser Zeit längst der attische in der Ägäis dominierte. Die Ursache lag in der bereits erwähnten Finanzkrise der Polis. Der Wechsel von der attischen Tetradrachme von etwa 16,76 Gramm zur wesentlich leichteren, in Byzanz auf etwa 13,16 Gramm normierten phönikischen Tetradrachme bedeutete nämlich einen erheblichen Metallgewinn, da alle auf byzantisches Gebiet gelangenden attischen Tetradrachmen - und das waren bei der exponierten Stellung von Byzanz im Bosphorhandel nicht wenige - eingezogen wurden.<sup>31</sup>

Beispiel 4: Die Münzgewichte können auch zum Kriterium für die Datierung werden, da in der Regel bei Beginn einer Serie die Gewichte noch weitgehend der Norm entsprachen, dann aber geringer wurden.

Zum Katalogteil gehört in jedem Korpusband ein auswertender Textteil, in dem alle Informationen, die im Katalog stets nur in Form von Überschriften oder als knappe Notizen erscheinen, ausführlich dargelegt und begründet werden. Darüber hinaus wird jeder Textteil weitere Details beinhalten, die im Katalog na-

29 May, John M. F., Ainos. Its history and coinage 474 - 341 B.C., Oxford 1950, S. 82 ff.

30 Gardner, Percy, A history of ancient coinage, 700 - 300 B.C., Oxford 1918, S. 279; vgl. auch May, John M. F., Abdera, a. a. O., S. 182 f.

31 Schönert-Geiß, Edith, Byzantion, T. 1, a. a. O., S. 60 ff.

turgemäß nicht erwähnt werden können. So gilt es, Probleme der Geldzirkulation große Aufmerksamkeit zu schenken, wofür die Münzfunde und ihre geographische Verteilung die wichtigste Quelle sind. Die Interpretation der Münzbilder kann zu grundlegenden Aufschlüssen über ökonomische, politische, kulturelle, religiöse oder architektonische Gegebenheiten einer Stadt führen. Beispielsweise können Tempeldarstellungen auf Münzen bei der Rekonstruktion erhaltener (ausgegrabener) Gebäudereste mithelfen. Weit verbreitet war auch die Sitte, Statuen berühmter Bildhauer auf den Münzen abzubilden, so daß es oft schon möglich wurde, Torsi korrekt zu ergänzen. Andere Münzbilder sagen etwas über die wirtschaftlichen Ressourcen einer Polis aus. So lassen Widderkopf und Pferd auf Münzen Maroneias auf eine beachtliche Pferde- und Schafzucht schließen - als Ergänzung zum bereits seit homerischer Zeit berühmten maroneischen Wein, auf den Weintraube und Rebstock als Münzbild hinweisen.<sup>32</sup>

Text- und Katalogteil müssen eine Einheit bilden. Auch wenn - wie eingangs betont - das Korpus hauptsächlich editorischen Aufgaben dient, so soll darüber hinaus in jedem Band die historische Entwicklung einer Stadt so umfassend dargestellt werden, wie sie sich aus ihrer Münzprägung in all ihren Details rekonstruieren läßt.

1. Die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse ist niedergestellt. Sie enthalten qualitativ und/oder auch in wirtschaftlicher Perspektive die realisierenden Maßnahmen auf wirtschaftlicher und sozialpolitischer Ebene.

2. Die Perspektivplanung ist gleichzeitig Bestandteil der Wirtschaftspolitik, also nicht nur Ausdruck wirtschaftspolitischer Entscheidungen, sondern auch - zusammen mit der Beschäftigungs- und Investitionsplanung -

3. Entsprechend dem Maße des Perspektivplanes innerhalb der Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates haben die Historiker und Wirtschaftswissenschaftler der DDR der Darstellung und Diskussion von Perspektivplänen stets große Aufmerksamkeit geschenkt. So werden in der "Geschichte der DDR" sämtliche Ziele des Zweijährplanes, des ersten und zweiten Fünfjahresplanes, des Siebenjahrplanes, der Fünfjahrespläne 1971 bis 1975 und

4. Durch Quellenstudien ergab sich folgende Feststellung der auf dem ersten Interkontinentalen Industrie-Kongress der DDR im März 1961 vorgelegten Thesen. Vgl. auch den Konferenzbericht Kollberg, *Ergebnis Geschichtswissenschaftlicher Arbeit der sozialistischen Industrie der DDR*, im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, I, S. 219, 220.

1. Als Perspektivpläne werden im folgenden (entsprechend dem Verständnis der Historiker und Wirtschaftswissenschaftler) alle Mehrjahrespläne bezeichnet.

2. Diese nur vorläufige, aber gleichmaßen wesentliche Fassung der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse wie der Erzeugnisse steht bisher noch aus. (Vgl. *Handbuch Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 2, Bonn 1961, S. 1004.)

3. Diese Seite der Perspektivplanung hat ihren Niederschlag in den "Grundrissen der Planung" gefunden, die parallel zum Gesetz über den Fünfjahresplan verabschiedet wurden. Für den letzten hier behandelten Perspektivplan (1976 - 1980) vgl. Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR vom 21. 10. 1974 = Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (in folgendem: GR) I, Sonderdruck Nr. 284, und Anordnung über die Rahmenrichtlinien der Bereiche u. a. Komitee der Industrie und des Bergbaus vom 11. 11. 1975 = GR I, Sonderdruck Nr. 760, 1. Auf diese Seite der Perspektivplanung wird im Thema nicht weiter eingegangen.

32 Dieselbe, Zur Geschichte Maroneias, S. 437 f. mit Anm. 10.

DISKUSSIONEN

Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980

Inhaltliche und methodologische Probleme<sup>+</sup>

von Jörg Roesler

1. Perspektivpläne<sup>1</sup> zur Entwicklung der Volkswirtschaft gehören zu den wichtigsten Dokumenten der Wirtschaftspolitik der Arbeiterparteien und Regierungen der sozialistischen Länder. In ihnen sind die Hauptrichtungen der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse<sup>2</sup> niedergelegt. Sie enthalten quantifiziert und/oder verbal die wichtigsten im Perspektivzeitraum zu realisierenden Maßnahmen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet.
2. Die Perspektivplanung ist gleichzeitig Bestandteil des Wirtschaftsmechanismus, also nicht nur Ausdruck wirtschaftspolitischer Zielstellungen, sondern auch - zusammen mit der Jahresplanung - Instrument ihrer Verwirklichung.<sup>3</sup>
3. Entsprechend der Rolle des Perspektivplanes innerhalb der Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates haben die Historiker und Wirtschaftshistoriker der DDR der Darstellung und Diskussion von Perspektivplanzielen stets große Aufmerksamkeit gewidmet. So werden in der "Geschichte der SED" wesentliche Zielsetzungen des Zweijahrplanes, des ersten und zweiten Fünfjahrplanes, des Siebenjahrplanes, der Fünfjahrpläne 1971 bis 1975 und

+ Durch Quellenangaben ergänzte Fassung der auf dem zweiten Jenaer Kolloquium zur Industriegeschichte der DDR im März 1981 vorgelegten Thesen. Vgl. auch den Konferenzbericht Kolberg, Helmut, Geschichte der sozialistischen Industrie der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1982, T. 2, S. 225 - 229.

- 1 Als Perspektivpläne werden im folgenden (entsprechend dem Verständnis der Historiker und Wirtschaftshistoriker) alle Mehrjahrpläne bezeichnet.
- 2 Diese nur unvollständig. Eine gleichermaßen umfassende Planung der Entwicklung der Produktionsverhältnisse wie der Produktivkräfte steht bisher noch aus. (Vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, Berlin 1981, S. 1004.)
- 3 Diese Seite der Perspektivplanung hat ihren Niederschlag in den "Ordnungen der Planung" gefunden, die parallel zum Gesetz über den Fünfjahrplan verabschiedet wurden. Für den letzten hier behandelten Perspektivplanzeitraum (1976 - 1980) vgl. Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR vom 22. 10. 1974 = Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.), Sonderdruck Nr. 775 a, und Anordnung über die Rahmenrichtlinien der Betriebe und Kombinate der Industrie und des Bauwesens vom 28. 11. 1974 = GBl., Sonderdruck Nr. 780. - Auf diese Seite der Perspektivplanung wird in den Thesen nicht weiter eingegangen.

4. Weit weniger ausführlich und vor allem weniger auf die in den Perspektivplänen fixierten quantitativen Aufgaben bezogen sind Darstellung und Einschätzung des Erreichten am Ende der Perspektivplanperiode. Den unseres Wissens ersten Versuch einer Abrechnung der Erfüllung quantifizierter Kennziffern über mehrere Perspektivpläne hinweg hat - anhand der industriellen Bruttoproduktion - Stiemerling unternommen.<sup>7</sup> (Vgl. Anhang, Graphik 1.) Die Graphik läßt neben weitgehender Übereinstimmung von Soll und Ist auch erkennen, daß zeitweise zwischen beiden nicht unerhebliche Differenzen auftraten. Die Tendenz zur Annäherung von geplantem und tatsächlichem industriellem Wachstum im Verlaufe der letzten dreißig Jahre ist offensichtlich.
5. Bei der Interpretation der Graphik 1 ist jedoch zu berücksichtigen, daß eine derartige Auflistung und Abrechnung der Pläne nicht berücksichtigt, daß neben dem Gesetz auch die dem Gesetz zeitlich, in der Regel ein Jahr, zum Teil aber auch länger, vorangehende Direktive des Perspektivplanes für die Wirtschaft von Bedeutung war (vgl. Anhang, Übersicht 1) und nicht jedes Wirtschaftsjahr eine durch Gesetz geregelte Perspektivplanbindung hatte.<sup>8</sup> Dabei sind folgende, in ihrem Grad unterschiedliche Abschwächungen dieser Bindung feststellbar:
- Erstens war nicht jedes Wirtschaftsjahr ein Perspektivplanjahr.<sup>9</sup>
  - Zweitens galt für manches Wirtschaftsjahr nicht mehr der ursprüngliche, sondern ein stark modifizierter Plan.<sup>10</sup>
  - Drittens läßt sich nicht jedes Wirtschaftsjahr eindeutig nur einem Perspektivplan zuordnen.<sup>11</sup>

4 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 180 f., 241, 344, 390, 557 f., 652.

5 Baar, Lothar/u. Autorenkollektiv Wirtschaftsgeschichte. Ein Leitfaden, Berlin 1979, S. 185 ff., 191 ff., 196 ff., 238 f. - Nicht erwähnt wird darin die Ausarbeitung des Perspektivplanes 1976 - 1980. Behandelt werden über die Geschichte der SED hinaus die "Grundsätze für die Erarbeitung des Perspektivplanes bis 1970" (ebenda, S. 229).

6 Badstübner, Rolf/u. Autorenkollektiv, Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981, S. 99, 124 f., 128 f., 167, 199 f., 207, 274, 280, 302, 345, 352 f.

7 Vgl. Stiemerling, Karl-Heinz, 30 Jahre DDR - steigende Leistungskraft - Grundlage steigenden Lebensniveaus, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 9/1979, S. 1031. - Die Planerfüllungen für die Perspektivpläne 1959 - 1965 bzw. die Jahre 1976 - 1979 des gerade abgelaufenen Perspektivplanes wurden nach der von Stiemerling angewandten Methode berechnet und ergänzt.

8 Zu Ausmaß und Ursachen der Zeitdifferenz zwischen Beschlußfassung von Direktive und Gesetz sowie zu den qualitativen Unterschieden in deren Zielstellungen vgl. für den ersten Fünfjahrplan Schultze, Renate, Die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes der DDR 1951 bis 1955. Die Reaktion der Werktätigen und der Klassengegner auf seine Verkündung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 2, S. 27 ff.; für den zweiten Fünfjahrplan vgl. dazu Roesler, Jörg, Die Entwicklung der Perspektivplanung der DDR in der Übergangsperiode, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin 1976, S. 294 f., 316.

9 Vgl. Baar, Lothar, a. a. O., S. 228.

10 Vgl. Prokop, Siegfried, Grundzüge und Probleme des Abschlusses der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 9/1979, S. 849.

11 Das betrifft vor allem die Jahre 1950 und 1959. Zu ersterem vgl. Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 177.



6. Trennen wir sehr streng zwischen jenen Wirtschaftsjahren, für die Direktive<sup>12</sup> und Gesetz<sup>13</sup> vorlagen<sup>14</sup> - und zwar nicht wesentlich modifiziert -, und jenen, auf die diese Voraussetzungen nicht zutreffen (vgl. Anhang, Übersicht 2), so ergibt sich, daß zwischen 1949 und 1960 nur die Hälfte der Wirtschaftsjahre in aller Form an einen Perspektivplan gebunden war (vgl. Anhang, Übersicht 3).<sup>15</sup> Erkennbar ist aber auch eine positive Entwicklungstendenz: Nachdem die Perspektivplanbindung Anfang der sechziger gegenüber dem Beginn der fünfziger Jahre nachgelassen hatte, waren die siebziger Jahre das erste Jahrzehnt, in dem jedes Wirtschaftsjahr eindeutig einem Perspektivplan zugeordnet werden kann. Zu den Ursachen der in den ersten beiden Jahrzehnten der DDR-Wirtschaftsentwicklung vorhandenen zeitweisen Instabilität der Pläne ist - soweit dies die Übergangsperiode
- 12 Im Untersuchungszeitraum wurden von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands folgende Perspektivplan-Direktiven herausgegeben Der Wirtschaftsplan 1948 und der Zweijahrplan zur Wiederherstellung der Friedenswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Der deutsche Zweijahrplan für 1949 - 1950, o. O. o. J., S. 147 ff.; Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR (1951 - 1955), in: Ulbricht, Walter, Der Fünfjahrplan und die Perspektive der Volkswirtschaft, Berlin 1950, S. 98 ff.; Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1956 - 1960, Berlin 1956; Direktive des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 - 1975, in: Neues Deutschland (im folgenden: ND), Aug. B, 23.6.1971, Sonderbeilage; Direktive des IX. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976 - 1980, Berlin 1976.
- 13 Im Untersuchungszeitraum wurden folgende Perspektivplangesetze von der Volkskammer verabschiedet: Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955, in: Unser Fünfjahrplan, o.O. o.J.; Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1956 - 1960, in GBl. 1958, S. 43 ff.; Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1959 bis 1965, in: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes, Berlin 1959; Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970, in: Die Wirtschaft, Nr. 22/1967, Beilage, S. 8 ff.; Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1971 - 1975, in: ND (B), 21. 12. 1971; Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1976 - 1980, in: ND (B), 17. 12. 1976.
- 14 Das jeweils erste Jahr eines Perspektivplanes, im Verlaufe dessen in der DDR wie in den anderen europäischen sozialistischen Ländern üblicherweise der als Direktive vorliegende Perspektivplan als Gesetz beschlossen wird, muß als normales Perspektivplanjahr gezählt werden. (Vgl. Die planmäßige Leitung der Wirtschaft in sozialistischen Ländern, Berlin 1978; Kurskij, A. D., Naučnye osnovy sovetskich pjatiletok, Moskva 1974.)
- 15 Der in der "Geschichte der DDR" geäußerten Auffassung: "Faktisch ... wurde die Wirtschaft von 1956 bis 1965 vorwiegend operativ durch Jahrespläne geleitet" (Badstübner, Rolf, a. a. O., S. 207), kann demzufolge nur bedingt zugestimmt werden.

betrifft - bereits Stellung genommen worden.<sup>16</sup> Für die sechziger Jahre steht eine entsprechende Analyse noch aus.<sup>17</sup>

Generell läßt sich unzureichende Perspektivplanstabilität auf folgende Gründe zurückführen:

- Es mußten erst Erfahrungen bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, auch der Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftswachstums, gesammelt werden. Das galt insbesondere für das frühzeitige Sicheinstellen auf sich verändernde Wachstumsbedingungen.
- Der Perspektivplan erhielt planmethodisch erst seit Mitte der fünfziger Jahre seine spezifische Ausprägung.<sup>18</sup> Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erhielt er sukzessive eine zentrale Stellung im Wirtschaftsmechanismus.<sup>19</sup>
- Seine Verwirklichung wurde in der Übergangsperiode durch äußere und innere Einflüsse des kapitalistischen Wirtschaftssystems wie den Wirtschaftskrieg<sup>20</sup>, anfängliche Widerstände in den Blockparteien<sup>21</sup> sowie die Existenz eines kapitalistischen Sektors in Landwirtschaft<sup>22</sup> und Industrie<sup>23</sup> behindert.

7. Die Aussagen von Übersicht 2 und 3 werfen eine Reihe von Fragen auf:

Waren die "perspektivplanlosen" Jahre wirklich Jahre, in denen die Volkswirtschaft ohne langfristige Zielstellungen arbeitete?

Wurden nicht auch in dieser Zeit alte Produktionsstrukturen vervollkommen bzw. neue entwickelt?

Liefen Perspektivpläne in der Volkswirtschaft auch dann an, wenn das Gesetz (länger als ein Jahr) auf sich warten ließ?

Wenn und in welchem Maße wurden Perspektivpläne geändert?

Wann kam die "Präzisierung" einer faktischen Neufassung des Perspektivplanes gleich?

16 Vgl. Roesler, Jörg, Die Entwicklung der Perspektivplanung ..., a. a. O., S. 304 ff.

17 Auf die Notwendigkeit einer derartigen Analyse hat insbesondere Karl Reißig hingewiesen. Vgl. Reißig, Karl, Zur Geschichte der DDR von 1961 bis 1976, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 1/1977, S. 49, 55.

18 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. 187 ff.

19 Vgl. derselbe, Die Herausbildung und Entwicklung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 6/1978, S. 709 ff.

20 Vgl. Nakath, Detlef/Prokop, Siegfried, Der imperialistische Wirtschaftskrieg gegen die DDR 1947 bis Ende der sechziger Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4 (1981), S. 326 ff.

21 Vgl. u. a. Krubke, Erwin, Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen. Die Stellungnahme der CDU zur Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR in Gestalt des Zweijahresplanes 1949/50 und des ersten Fünfjahresplanes, o.O. 1977, S. 40 f.

22 Vgl. Klemm, Volker/u. Autorenkollektiv, Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 176 ff.

23 Mussler, Werner, Der kapitalistische Sektor der Industrie als Problem der Übergangsperiode, Berlin 1959, S. 33 ff.

Welchem Plan sind Jahre zuzurechnen, in denen ein Perspektivplan den anderen ablöste bzw. ein Perspektivplan bereits (über-)erfüllt war?

8. Die Fragen lassen sich vom augenblicklichen Forschungs- bzw. Publikationsstand aus noch nicht bzw. nur für bestimmte Zeiträume beantworten. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, daß gut bzw. ausreichend bekannt sind die Ausarbeitung des Zweijahrplanes, des ersten und zweiten Fünfjahrplanes sowie die Modifizierung des ersten Fünfjahrplanes durch den neuen Kurs. Nicht oder nur unzureichend bekannt sind dagegen der Abschluß des Zweijahrplanes, der Übergang vom zweiten Fünf- zum Siebenjahrplan (das heißt die Stellung des dritten Fünfjahrplanes), der Abschluß des Siebenjahrplanes, die Ausarbeitung des "Perspektivplanes bis 1970", die Modifizierung dieses Planes 1968 oder 1969, die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975, des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 usw.
  9. Die eine - und einzig erschöpfende - Möglichkeit, diese Fragen zu beantworten, besteht in der Auswertung der entsprechenden archivalischen Quellen. Nur so lassen sich letztlich der Ablauf der Perspektivpläne und die Ursachen ihres Verlaufs erschöpfend aufklären. Die Beantwortung der Fragen auf diesem Wege ist aber mit großem Aufwand verbunden, wird also noch etliche Jahre dauern - selbst wenn wir einmal davon absehen, daß zur Zeit noch nicht alle in Frage kommenden archivalischen Quellen zugänglich sind.
  10. Im folgenden wird eine Forschungsmethode zur Diskussion gestellt, mit der der Autor glaubt, einige wesentliche Fragen des realen Verlaufs, das heißt der Wirksamkeit der Perspektivpläne in der Volkswirtschaft der DDR während der fünfziger bis siebziger Jahre vergleichsweise rasch zu klären.<sup>24</sup> Die mit dieser Methode erzielbaren Resultate könnten aber auch dazu dienen, die breitere archivalische Forschung über die Perspektivpläne auf für den Ablauf der jeweiligen Planperiode besonders relevante Zeitpunkte zu lenken sowie erste Hinweise zu geben, in welcher Richtung archivalische Ursachenermittlung zu betreiben ist.
  11. Das Ziel dieser Methode besteht kurz gesagt darin, auf der Grundlage des allgemein zugänglichen statistischen Datenmaterials über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Investitionen Beginn und Ende der **W i r k - s a m k e i t** von Perspektivplänen in der Volkswirtschaft sowie eventuelle Modifizierungen größeren Ausmaßes während seiner Laufzeit historisch exakt zu markieren.
  12. Die Praktikabilität dieser Forschungsmethode beruht erstens auf der wohl unbestrittenen Tatsache, daß sich die perspektivischen Ziele der Wirtschaftspolitik in Investitionen (genauer: in charakteristischem Tempo, einer bestimmten Dynamik und Struktur der Investitionsentwicklung) mate-
- 24 Der Vorschlag will verstanden sein als ein Beitrag zur Verwirklichung des Forschungsprogramms der Gesellschaftswissenschaften für die Jahre 1981 bis 1985. (Vgl. Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1981 - 1985, in: Einheit, Nr. 12/1980, S. 1212 f.) In der Begründung der Aufgabenstellung der Historiker sagte Ernst Diehl: "Aber wie in der sozialistischen Gesellschaft überhaupt, kann es auch in der Entwicklung unserer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft kein Beharren auf dem Erreichten geben. ... Entsprechend den Erfordernissen der achtziger Jahre müssen zentrale Aufgaben der Geschichtswissenschaft der DDR solide, umfassend und auf hohem theoretischem Niveau weiter ausgearbeitet, bereits gegebene Antworten vertieft, teilweise recht fühlbare Lücken im Forschungsstand geschlossen bzw. schrittweise ausgefüllt werden." (Diehl, Ernst, Geschichtswissenschaft in der Klassenauseinandersetzung unserer Zeit, in: Einheit, Nr. 12/1980, S. 1264.)

realisieren müssen, sollen sie wirksam werden.

Zweitens beruht die Anwendbarkeit der Methode auf der Erkenntnis, daß die Dynamik des Investitionswachstums während eines Perspektivplanzeitraumes ganz bestimmten Regelmäßigkeiten unterliegt, die von mir im weiteren als "Investitionsrhythmus" bezeichnet werden.

Dieser kann kurz wie folgt charakterisiert und begründet werden: Zu Beginn der Perspektivplanperiode erfolgte ein Investitionsschub, der in den Folgejahren allmählich nachließ und von einem erneuten Investitionsschub - am Anfang der folgenden Perspektivplanperiode - abgelöst wurde. Dieser Rhythmus war ein Ausdruck der planmäßigen Lenkung der Investitions- und Wirtschaftsentwicklung. Zu Beginn einer Perspektivplanperiode wurden jene Investitionsobjekte in Angriff genommen, die als Hauptprojekte des Perspektivplanes die Richtung der Wirtschaftsentwicklung wesentlich mitbestimmten. In der Startphase erfolgte dadurch eine starke Anspannung der Investitionskapazität. Die geringere Beanspruchung der Kapazitäten in den Vorjahren ermöglichte die Konsolidierung und den Abschluß der begonnenen Projekte. Im letzten Vorjahr spielte bereits die unmittelbare Vorbereitung der neuen Investitionszeiträume durch Aufschließungsarbeiten eine gewisse Rolle. Viele kleinere Projekte, deren Notwendigkeit im Laufe eines Perspektivplanes erkannt wurde, blieben zunächst auf dem Papier, um die finanzielle und materielle Bilanziertheit der Investitionen nicht zu gefährden. Sie konnten erst im neuen Perspektivplan berücksichtigt werden. Aber auch mittlere und größere Projekte, die bei der letzten entscheidenden Überprüfung der Realisierbarkeit der Vorhaben aus dem laufenden Perspektivplan herausgestrichen werden mußten, wurden bereits für den kommenden vorgemerkt. Analysieren wir den in den Statistischen Jahrbüchern der DDR publizierten jährlichen Investitionszuwachs in der Volkswirtschaft der DDR unter dem Gesichtspunkt des perspektivplangebundenen Investitionsrhythmus, so lassen sich auf der Grundlage der tatsächlichen Investitionsentwicklung folgende empirisch nachweisbare Perspektivplanperioden erkennen: 1. 1949/1950; 2. 1951 bis 1955; 3. 1956 bis 1958; 4. 1959 bis 1963; 5. 1964 bis 1968; 6. 1969 bis 1972; 7. 1973 bis 1975; 8. 1976 bis 1980.

13. Ob die Zäsuren richtig gesetzt wurden, läßt sich überprüfen, indem wir das jährliche Wachstumstempo der Investitionen während der von uns markierten Perspektivplanperiode mit dem durchschnittlichen Investitionszuwachs vergleichen (vgl. Anhang, Graphik 2):  
In allen acht Fällen lag der Investitionszuwachs des ersten Jahres der Perspektivplanperiode über dem Durchschnitt. In fünf Fällen handelte es sich um den höchsten in der Perspektivplanperiode überhaupt erzielten Investitionszuwachs. In sechs von acht Fällen wuchsen die Investitionen im letzten (bzw. für 1976 bis 1980 im vorletzten) Perspektivplanjahr unterdurchschnittlich. Bei allen sieben vor 1980 abgeschlossenen Perspektivplanperioden lag ihr Wachstum im Endjahr unter dem des folgenden Jahres, des ersten Jahres der neuen Perspektivplanperiode.

Selbstverständlich ist jeder Fachkollege aufgerufen, die vorliegende Methode und die aus ihrer Anwendung gezogenen Schlußfolgerungen einer individuellen Probe zu unterziehen, das heißt nachzuprüfen, inwieweit die bisher publizierten bzw. seine noch nicht publizierten Forschungsergebnisse zur Wirksamkeit der Perspektivpläne in der Volkswirtschaft mit meinen empirisch zum Investitionsrhythmus ermittelten Angaben übereinstimmen bzw. ihnen widersprechen. Graphik 2 (vgl. Anhang) läßt nicht nur Übereinstimmungen des tatsächlichen Investitionsverlaufs mit dem skizzierten Investitionsrhythmus erkennen, sondern auch Abweichungen davon. Eine wesentliche Abweichung vom Investitionsrhythmus innerhalb der Perspektivplanzeiträume ist 1954 zu beobachten, während für die Jahre 1964 bis 1968 der Investitionsrhythmus nur sehr abgeschwächt auftrat. Es fehlte vor allem der kräftige einleitende Investitionsschub so gut wie ganz. Diese Abweichungen lassen sich meines Erachtens erklären. Die genannten Unregelmäßig-



Bigkeiten im Investitionsrhythmus sind Widerspiegelung von Unregelmäßigkeiten in der Perspektivplanung selbst:

- Etwa zur Halbzeit des zweiten Fünfjahrplanes wurden im Rahmen des auf der 15. Tagung des ZK der SED vom Juli 1953 verkündeten "neuen Kurses" erhebliche Änderungen am Perspektivplan vorgenommen, die wesentlichen Einfluß auf die Investitionsstruktur und den Investitionsrhythmus im Jahre 1954 hatten.<sup>25</sup>
- Zwischen 1963 und 1967 gab es eine ganze Reihe von Ansätzen zu einem neuen Perspektivplan, die von Vorstellungen über einen zweiten Siebenjahrplan (1964 bis 1970)<sup>26</sup> bis zu dem im Mai 1967 von der Volkskammer verabschiedeten "Perspektivplan bis 1970" reichten.<sup>27</sup>

14. Aus der empirischen Analyse des Investitionsrhythmus lassen sich meines Erachtens bereits folgende Antworten auf die eingangs aufgeworfenen Fragen geben (die sich auf die quellenmäßig noch nicht genügend erschlossenen Zeiträume beziehen):
- Der Zweijahrplan trug - ungeachtet der fehlenden Bindung der Wirtschaftsjahre 1948 und 1949 an den Perspektivplan durch ein entsprechendes Gesetz - Perspektivplancharakter. Das Jahr 1950 ist ihm und nicht dem ersten Fünfjahrplan zuzurechnen.
  - Mit der Realisierung des zweiten Fünfjahrplanes wurde - ungeachtet seiner erst 1958 erfolgenden gesetzlichen Fixierung - bereits 1956 begonnen.
  - Im volkswirtschaftlichen Maßstab wurden die Investitionen bereits 1959 durch den Siebenjahrplan bestimmt, ungeachtet dessen, daß er erst im Herbst des Jahres Gesetz wurde.
  - Der im Mai 1961 vollzogene Verzicht auf wesentliche (quantitative) Ziele des Siebenjahrplanes war - im Unterschied zu 1953 - nicht von einer wesentlichen Umgruppierung der Ziele und damit der Investitionen gekennzeichnet, sondern von einer stark abgeschwächten Fortsetzung des Investitionsrhythmus.
  - Die späte Fixierung des folgenden Perspektivplanes (des "Perspektivplanes bis 1970") machte, um neuen wirtschaftlichen Anforderungen (zum Beispiel der wissenschaftlich-technischen Revolution) zu begegnen, in Vorwegnahme des Perspektivplangesetzes eine Reihe von Investitionsschüben notwendig, die allerdings schwach und weniger konzentriert waren.
  - Die Veränderungen am laufenden "Perspektivplan bis 1970" hatten ein solches Ausmaß, daß sie de facto einen neuen Plan darstellten.
  - Die Folgen der nicht genügend bilanzierten Planänderungen reichten in den neuen Fünfjahrplan hinein und beeinflussten bis 1972 dessen Verlauf.
15. Noch wesentlicher als die neuen Erkenntnisse zu Einzelfragen des Perspektivplanablaufs sind meines Erachtens die Veränderungen am Gesamtbild von der Rolle der Perspektivpläne in der Wirtschaftsgeschichte der DDR, die sich bei einer Gegenüberstellung der formellen (rechtlichen) und der durch die vorgeführte Methode ermittelten tatsächlichen (auf dem Investitionssektor nachvollziehbaren) Entwicklungen ergeben: Die empirisch nachweisbaren

25 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1953, S. 105.

26 Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 100 ff.

27 Hinweise auf weitere Arbeiten am Perspektivplan zwischen 1963 und 1967 enthalten: Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK der SED und des Präsidiums des Ministerrates der DDR, in: ND (B), 5. 9. 1964; Kommuniqué der 2. Beratung der Kommission des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR zur Ausarbeitung des Perspektivplanes, in: ND (B), 11. 9. 1964.

Perspektivplanperioden folgten in der Regel kontinuierlich aufeinander. Auch während der Wirtschaftsjahre mit schwacher oder fehlender Perspektivplanbindung konnten in der Volkswirtschaft strukturelle und effektivitätssteigernde Aufgaben in Angriff genommen oder weitergeführt werden - wenn auch überwiegend mit geringerem Nachdruck als bei der Existenz eines Gesetzes über den Perspektivplan.

## Übersicht 1

Termine der Beschlußfassung zu den Perspektivplänen der Volkswirtschaft in der DDR 1948 bis 1976

Perspektivplan	Direktive	Gesetz
Zweijahrplan	Juni 1948 <sup>+</sup>	-
Erster Fünfjahrplan	August 1950	November 1951
Zweiter Fünfjahrplan	März 1956	Januar 1958
Siebenjahrplan	-	September 1959
Perspektivplan bis 1970	-	Mai 1967
Fünfjahrplan 1971 - 1975	Juni 1971	Dezember 1971
Fünfjahrplan 1976 - 1980	Mai 1976	Dezember 1976

+ Planvorschlag der SED, eingereicht zur Beratung und Beschlußfassung durch die Deutsche Wirtschaftskommission.

## Übersicht 2

Grad der formellen Perspektivplanbindung der Wirtschaftsjahre in der DDR  
1949 bis 1980 (Aufstellung nach Kalenderjahren)

Jahrfünfte	Gebundene Jahre	Teilweise oder nicht gebundene Jahre		
		ohne vollständige Perspektivplanbindung durch Gesetz	Bindung an einen stark modifizierten Perspektivplan	einem Perspektivplan nicht eindeutig zuzuordnen
1949 - 1950	-	1949, 1950	-	1950
1951 - 1955	1951, 1952	-	1953 <sup>+</sup> , 1954, 1955	-
1956 - 1960	1958, 1960	1956, 1957	-	1959
1961 - 1965	-	-	1961 <sup>++</sup> , 1962, 1963, 1964, 1965	-
1966 - 1970	1967 <sup>+++</sup> , 1968	1966	1969, 1970	-
1971 - 1975	1971 - 1975	-	-	-
1976 - 1980	1976 - 1980	-	-	-

+ Ab Juli 1953.

++ Ab Mai 1961.

+++ Ab Mai 1967.

## Übersicht 3

Grad der formellen Perspektivplanbindung der Wirtschaftsjahre in der DDR  
1949 bis 1980  
(numerische Zusammenfassung)

Zeitraum	Jahre insgesamt	davon: gebunden	davon: teilweise oder nicht gebunden
40er Jahre	2	-	2
50er Jahre	10	4	6
60er Jahre	10	2	8
70er Jahre	10	10	0
1949 - 1980	32	16	16



Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema "Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme"

von Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner

## 1. Ein notwendiges Unternehmen

Jörg Roesler, der sich um die wirtschaftshistorische Analyse des Leitungs- und Planungssystems der sozialistischen Volkswirtschaft, insbesondere der Industrie, sehr verdient gemacht hat, wendet sich in seinen Thesen der Frage zu, inwieweit sich die historische Literatur in der DDR mit den, wie die sozialistische Volkswirtschaftslehre es definiert, mittelfristigen Plänen der Volkswirtschaft befaßt hat. Es ist Roesler zuzustimmen, wenn er konstatiert, daß das wirtschaftspolitische Konzept, das den Plänen zugrunde lag, ebenso wie seine Widerspiegelung in den mittelfristigen Plänen von den Historikern schon aufgearbeitet wurde. Aber ebenso trifft zu, daß die Historiker den ins einzelne gehenden Vergleich zwischen den Wirtschaftsplänen und den im Verfolg dieser Pläne erzielten Ergebnissen noch nicht im erforderlichen Maße in den Mittelpunkt ihrer Forschungen gestellt haben.

Roesler macht in These 3 mit der Übersicht über die mittelfristigen Pläne der Volkswirtschaft, die zwischen 1949 und 1980 zum Tragen gekommen waren, und über die Formen, in die sie die sozialistische Gesellschaft brachte, deutlich, vor welchen Schwierigkeiten die Geschichtsschreibung steht, wenn sie sich der Aufgabe unterzieht, die tatsächliche qualitative und quantitative Wirkung der mittelfristigen Pläne auf den sozialistischen Reproduktionsprozeß festzustellen.

Roesler hat vollkommen recht, wenn er die vollständige Aufklärung über die strategische Anlage der mittelfristigen Pläne, über deren Modifizierung und über die Wirkung, die diese Pläne für die sozialistische Reproduktion im jeweiligen Zeitraum hatten, letztlich nur von einer eingehenden Beschäftigung mit dem gesamten Quellenmaterial, das dazu vorliegt, erwartet. Diesem Quellenstudium müssen sich die Historiker unterziehen, wenn sie nicht nur die Genesis des sozialistischen Planungssystems und den damit verbundenen Lernprozeß der sozialistischen Gesellschaft aufhellen, sondern vor allem die dialektische Einheit, die zwischen der sozialistischen Reproduktion und dem Planungssystem, das dem Charakter der sozialistischen Reproduktion entspringt, herausarbeiten wollen. Dabei ist zu beachten, daß die sozialistische Reproduktion einen Entwicklungsprozeß durchläuft, der von Reifestufen gekennzeichnet ist. Solche Stufen spiegeln sich im jeweiligen Planungssystem. Mit jedem Fortschritt, den der Reproduktionsprozeß vollzog, entstanden Widersprüche, auf die durch Veränderungen im Planungssystem reagiert wurde. Durch die Ausrichtung des Planungssystems auf die neuen Erfordernisse der sozialistischen Reproduktion wurden einerseits die Widersprüche aufgehoben und andererseits Bedingungen für das Ausreifen des Reproduktionsprozesses auf der neuen Entwicklungsstufe geschaffen. Roesler ist bestrebt, die Beziehungen zwischen Plan und Ergebnis der Planung aufzuklären.

Er sucht nach Wegen, die eine treffende, aber raschere Einsicht in die Wirksamkeit der mittelfristigen Pläne für die volkswirtschaftliche Entwicklung der DDR ermöglichen. Einen Weg geht er in den vorliegenden Thesen. Um seine Begeh-

barkeit zu unterstreichen, leitet Roesler in These 7 aus der Übersicht über den Verlauf der mittelfristigen Planung sechs Fragen ab. Die Antworten dazu werden dann in der These 14 gegeben.

Hinsichtlich der von Roesler verfolgten Absicht sind diese Fragen von sehr unterschiedlichem Charakter. Die drei ersten Fragen haben das Wesen der mittelfristigen Planung und ihre Einordnung in das Gesamtsystem der Volkswirtschaftsplanung zum Gegenstand. Sie suggerieren einen Gegensatz zwischen Wirtschaftsjahren, die von einem durch Volkskammergesetz autorisierten mittelfristigen Plan bestimmt sind, und solchen, für die ein derartiges Dokument nicht vorlag.

Durch die Art der ersten drei Fragen wird unseres Erachtens mehr auf die von Roesler praktizierte Methode als auf ein echtes Problem des Untersuchungsgegenstandes orientiert. Das wird deutlich, wenn die Fragen eingehender analysiert werden.

Roesler stellt die Frage, ob die "perspektivplanlosen" Jahre wirklich Jahre waren, in denen die Volkswirtschaft ohne langfristige Zielstellungen arbeitete.

Die Frage ignoriert, daß die sozialistische Reproduktion ein Prozeß ist, der kontinuierlich verläuft. Natürlich sind Abschnitte und Teilzyklen dieses Prozesses von einem zeitlich unterschiedlichen Ablauf gekennzeichnet. Dem objektiven Verlauf der sozialistischen Reproduktion wird die Volkswirtschaftsplanung durch Pläne, die unterschiedliche Zeithorizonte haben, gerecht. Mit der Einteilung in langfristige Pläne, in Fünfjahrpläne und Quartals- und Monatspläne wird der Zeitaspekt widergespiegelt. Ausgehend von dem Zusammenhang, der zwischen dem objektiv gegebenen Reproduktionsprozeß und den Plänen von unterschiedlichen Zeithorizonten gegeben ist, wird schon sichtbar, daß die Frage, ob "perspektivplanlose" Jahre tatsächlich Jahre sein konnten, in denen die Volkswirtschaft ohne eine langfristige Zielstellung war, zu verneinen ist. Dem sozialistischen Reproduktionsprozeß wohnt das "perspektivische" im Sinne der Roeslerschen Frage inne.

Ebenso verhält es sich mit der Frage nach der Vervollkommnung der alten Produktionsstrukturen bzw. nach der Neuentwicklung derartiger Strukturen in den Jahren, die nach der Diktion von Roesler "perspektivplangebunden" sind.

Um Veränderungen in der Produktionsstruktur von volkswirtschaftlichem Gewicht zu erreichen, sind längere Zeiträume erforderlich. Sie sind nicht in Jahresfrist zu bewerkstelligen. Wandlungen in den Produktionsstrukturen müssen in den vorausgehenden mittelfristigen Plänen bereits angelegt gewesen sein, wenn sie sich in den "perspektivplanlosen" Jahren vollziehen sollen. Inwiefern in solchen Jahren eine Strukturveränderung der Produktion eingeleitet wurde, hängt sicher von der Beschaffenheit der langfristigen Pläne ab, die den Rahmen der mittelfristigen Pläne vorzeichnen. Sie hängt aber auch von den aktuellen Entscheidungen ab, die damals getroffen werden mußten und die die Strukturveränderung einleiten, die dann im Verlauf des mittelfristigen Planes vollzogen werden konnte.

Die beiden ersten Fragen, die Roesler stellt, lassen schon erkennen, daß er die Existenz der mittelfristigen Pläne der Volkswirtschaft zu sehr an die Institution des von der Volkskammer der DDR beschlossenen Gesetzes bindet. Unter einer "perspektivplanlosen" Zeit versteht er, folgt man seinen Fragen, jene Zeit, in der die Entwicklung der sozialistischen Reproduktion nicht mit Hilfe eines Dokuments gelenkt wird, das eine staatsrechtliche Form hat.

Das zeigt sich auch in der Frage danach, ob Perspektivpläne in der Volkswirtschaft auch dann anliefen, wenn das Gesetz (länger als ein Jahr) auf sich warten ließ.

Dem Wesen der sozialistischen Reproduktion entspringt die Notwendigkeit von mittelfristigen Plänen.

Ihr wurde in der Wirtschaftspraxis durch die sozialistische Gesellschaft entspro-

chen. Die regelmäßig zusammenzutretenden Parteikonferenzen bzw. Parteikonferenzen der SED sowie die Plenartagungen des ZK der SED entsprechen mit ihren Direktiven und Beschlüssen den Erfordernissen der sozialistischen Reproduktion. Die Direktiven bilden die Grundlage für die Entwürfe der entsprechenden Wirtschaftspläne, deren Qualität ermöglicht, daß vom ersten Tage des Plenarzeitraumes an die Volkswirtschaft im Sinne des später von der Volkskammer beschlossenen Gesetzes über den jeweiligen mittelfristigen Plan geleitet wird.

So gesehen, kann in der Wirtschaftsgeschichte der DDR nicht von perspektivplanlosen Jahren gesprochen werden.

Roesler stellt in der These 7 aber auch drei Fragen, die unseres Erachtens einen produktiven Charakter für die wirtschaftshistorische Forschung haben. Besonders die Frage, wann - sinngemäß - die legitimen und erforderlichen Veränderungen in den mittelfristigen Plänen einen solchen Umfang angenommen haben, daß der ursprüngliche Ansatz eines Planes als aufgehoben betrachtet werden kann, zielt auf grundlegende theoretische und praktische Probleme der Volkswirtschaftsplanung.

## 2. Die Kennziffer Investition kann das Geforderte nicht leisten

In der These 10 kündigt Roesler die Forschungsmethode an, mit der er "einige wesentliche Fragen des realen Verlaufs, das heißt der Wirksamkeit der Perspektivpläne in der Volkswirtschaft der DDR während der fünfziger bis siebziger Jahre vergleichsweise rasch zu klären" glaubt. Roesler verfolgt mit dieser Methode das Ziel, "über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Investitionen Beginn und Ende der Wirksamkeit von Perspektivplänen in der Volkswirtschaft sowie eventuelle Modifizierungen größeren Ausmaßes während seiner Laufzeit historisch exakt zu markieren" (These 11).

Die Leistungsfähigkeit der Kennziffer Investition für sein Unternehmen leitet Roesler von der "wohl unbestrittenen Tatsache ab, daß sich die perspektivischen Ziele der Wirtschaftspolitik in Investitionen ... materialisieren müssen, sollen sie wirksam werden" (These 12). Roesler will also zunächst den Investitionsverlauf auf der Volkswirtschaftsebene als Beleg für die Existenz von Perspektivplanzeiträumen und für ihre Datierung nehmen.

Ist nun die gewählte Kennziffer tatsächlich imstande, diese Aufgabe zu lösen?

Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, muß zweierlei auseinandergelassen werden. Zum ersten ist zu bedenken, daß die "perspektivischen Ziele der Wirtschaftspolitik", die einen mittelfristigen Plan der Volkswirtschaft bestimmen, sich nicht unbedingt in dem Investitionsprogramm des Planes niederschlagen. Eine Reihe der den mittelfristigen Plan bestimmenden wirtschaftspolitischen Ziele sind nicht mit Investitionen verbunden. Inwieweit sie verfolgt wurden, spiegelt sich also nicht in der Kennziffer Investition wider.

Zweitens gibt es keine Übereinstimmung zwischen Vorbereitung und Durchführung volkswirtschaftlich tragender Investitionsobjekte sowie Beginn und Ende von mittelfristigen Plänen der Volkswirtschaft. Die großen Programme, nach denen die Entwicklung einzelner Industriebereiche bzw. -zweige erfolgte, waren oft von einer Dimension, daß sie nicht im Rahmen eines mittelfristigen Planes zu absolvieren waren. Häufig wurden solche Programme erst im Verlauf eines solchen Planes begonnen.

Für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre ist folgendes zu beobachten. Das Kohle- und Energieprogramm war das dominierende Programm des zweiten Fünfjahresplanes. Seine Realisierung begann 1957.

Ein Jahr später wurde es möglich, nach einem weitreichenden Programm die chemische Industrie strukturell umzugestalten. Das Chemieprogramm begann 1959,

zu einem Zeitpunkt also, zu dem das Kohle- und Energieprogramm bei weitem noch nicht abgeschlossen war.

Beide Programme bestimmten dann das Investitionsgeschehen im Siebenjahrplan. Die Reproduktionskraft der Volkswirtschaft reichte nicht hin, die beiden Programme im vorgesehenen Zeitraum abzuschließen. Die beiden Programme spielten auch in dem Plan, der für die Jahre 1966 bis 1970 festgelegt war, noch eine erhebliche Rolle. Die sich Ende 1959 und zu Beginn der sechziger Jahre zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen hatten die Reproduktionskraft unserer Volkswirtschaft erheblich beeinflußt.

Investitionssummen, die im Verlauf eines mittelfristigen Planes verwendet werden, geben also nicht in jedem Falle an, ob ein volkswirtschaftliches Ziel in Angriff genommen, verfolgt oder abgeschlossen wird. Damit ist auch gesagt, daß die jeweiligen mittelfristigen Pläne hinsichtlich der durch Investitionen repräsentierten perspektivischen Ziele der Wirtschaftspolitik nicht immer eine auslösende Funktion haben. Vielfach werden mit den mittelfristigen Plänen lediglich die finanztechnischen Grundlagen zur Weiterführung der Investitionsvorhaben geboten.

Schließlich muß bedacht werden, daß die eingesetzten Investitionen nichts darüber aussagen, inwieweit das mit den finanziellen Mitteln angestrebte Ziel tatsächlich erreicht wurde. Wir wissen, daß nicht jedes Investitionsunternehmen das ursprünglich beabsichtigte Volumen an industriellen Erzeugnissen erbrachte. Es gab auch die Erscheinung, daß in der Grundstoffindustrie größere Investitionsprojekte, die den Ausbau der Rohstoffe zum Ziel hatten, auf der Stufe eines Erkundungsvorhabens verblieben, weil sich die bei Beginn der Arbeiten angenommenen Vorkommen nicht bestätigten.

In der metallverarbeitenden Industrie wurde in den fünfziger Jahren investiert, um in der DDR eine Flugzeugindustrie aufzubauen. Die Umstände ließen es als zweckmäßig erscheinen, diesen Plan nicht weiter zu verfolgen. Die bereits beschafften Grundmittel wurden einem anderen Zweig der Metallverarbeitung zur Verfügung gestellt.

### 3. Eine Bewegung, die nicht rhythmisch verläuft

Roesler hat die Verteilung der Investitionen über die Jahre von 1949 und 1979 analysiert und die Abweichungen der jährlichen Wachstumsraten der Investitionen vom Durchschnitt der jeweiligen "Perspektivplanperiode", also den Zeitraum, in dem der mittelfristige Plan gültig war, festgestellt. Seine Beobachtung faßte er in eine Regel, sie wird in These 12 so formuliert:

"Zu Beginn der Perspektivplanperiode erfolgte ein Investitionsschub, der in den Folgejahren allmählich nachließ und von einem erneuten Investitionsschub - am Anfang der folgenden Perspektivplanperiode - abgelöst wurde."

Diese Regel bezeichnet Roesler als Investitionsrhythmus.

Betrachtet man die aus Graphik 2 ersichtlichen Angaben, dann ist in den Zeiträumen 1949/50, 1951/55, 1956/58 und 1959/63 eine heftige Bewegung um die Durchschnittsmarkierung zu erkennen. Die späten sechziger und die siebziger Jahre zeigen eine größere Gleichmäßigkeit.

Roesler erklärt diese Erscheinung damit, daß am Beginn der Laufzeit eines mittelfristigen Planes ein Investitionsschub durch die Inangriffnahme der Hauptprojekte des jeweiligen Planes entsteht. Die Zunahme der eingesetzten Investitionssummen gegen Ende des Planungszeitraumes wird mit der Vorbereitung des neuen mittelfristigen Planes begründet.

Diese Erklärung erfaßt aber doch wohl nur eine der möglichen Ursachen für die



beschriebene Erscheinung. Sie läßt das gesamte Ursachengefüge, das zu der beobachteten Bewegung führte, außer Betracht. Um die Ursachen für das Verhalten der Investitionskurve tatsächlich aufzuhellen, ist es erforderlich, sich mit dem Investitionsgeschehen in einem gegebenen mittelfristigen Planungszeitraum zu befassen und es mit dem anderer Zeiträume zu vergleichen. In einer solchen Analyse ist Verschiedenes zu berücksichtigen.

Zum ersten ist das Verhältnis von Gesamtinvestitionssumme zu dem Anteil, den die volkswirtschaftlichen Schwerpunktvorhaben erheischen, zu prüfen. Es macht einen Unterschied, ob wegen der geringen verfügbaren Akkumulationsmittel die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte den Löwenanteil der Investitionsmittel absorbieren oder ob ein Investitionsvolumen zur Verfügung steht, das es ermöglicht, neben den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten auch eine größere Anzahl von anderen Vorhaben zu realisieren. Aus diesem Unterschied ergeben sich ganz gewiß Folgen für den Verlauf der Investitionskurve in den verschiedenen Planungszeiträumen.

Zweitens ist für den Verlauf der Investitionstätigkeit von Gewicht, in welchem Reifegrad sich der Reproduktionsprozeß der sozialistischen Volkswirtschaft befindet. Das Investitionsgeschehen sieht in den Jahren, in denen der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß unter allen Umständen geschlossen werden muß, damit der Sozialismus zum Siege geführt und gegen alle Angriffe gesichert werden kann, anders aus, als in den Jahren, in denen die Vervollkommnung eines bereits relativ geschlossenen Reproduktionsprozesses erfolgt.

Des weiteren, das steht mit den ersten beiden Feststellungen im Zusammenhang, ist der Charakter der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte, denen die Investition gilt, aus der Sicht des Reproduktionsprozesses zu betrachten. Auch hier gibt es Unterschiede, die für den Verlauf von Investitionskurven von Gewicht sind.

Es hat im Untersuchungszeitraum einen Wandel in der Struktur der Investitionsobjekte gegeben, der einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Realisierungszeiträume der Investitionen und das damit erreichte Produktionswachstum hatte.

Während die fünfziger und die erste Hälfte der sechziger Jahre besonders durch den Auf- und Ausbau der Grundstoffindustrie geprägt waren, verlagerte sich der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in den Folgejahren auf die verarbeitende Industrie, besonders auf den Bereich des Maschinenbaus. Durch die Konzentration der Investitionstätigkeit in der erstgenannten Etappe auf die Grundstoffindustrie wurde die Investitionseffektivität ungünstig beeinflußt.

Investitionen im Bereich der Grundstoffindustrie bedingen aber auch immer einen wesentlich längeren Zeitraum für die Schaffung eines technologisch geschlossenen Produktionsbereiches, als in Bereichen der verarbeitenden Industrie dafür notwendig wäre. Das liegt nicht zuletzt darin begründet, daß die Bereiche der verarbeitenden Industrie einen weitgehend arbeitsteilig aufgegliederten Produktionsprozeß aufweisen. Die vertikal gegliederten Prozeßstufen stehen dabei weit weniger in einem direkten kombinatorischen Zwang zueinander, als das im Produktionsprozeß der Bereiche der Grundstoffindustrie der Fall ist.

In der verarbeitenden Industrie sind die einzelnen Prozeßstufen oftmals durch Zwischenlagerstufen und andere Speicherstrecken unterbrochen, oder sie fächern sich in ihren Zwischenprodukten auf mehrere aufeinanderfolgende Prozeßstufen auf. Es liegt in den meisten Fällen ein "offener" technologischer Fluß vor.

In den Bereichen der Grundstoffindustrie dagegen sind die einzelnen Prozeßstufen technologisch und nicht selten auch temporal unmittelbar aneinander gebunden. Es besteht ein weitgehend "geschlossener" technologischer Fluß. Das führte in den vergangenen Jahren dazu, daß in diesen Bereichen die Inbetriebnahme von Teilobjekten innerhalb von Investitionsgrößvorhaben nur be-

grenzt möglich war, während bei Investitionen in der verarbeitenden Industrie diese Verfahrensweise in großem Maße praktiziert und damit eine weitaus kontinuierlichere Eingliederung der Investitionsobjekte in den industriellen Produktionsprozeß erreicht wurde.

Ein weiterer Aspekt bestand darin, daß die volle volkswirtschaftliche Wirksamkeit von Investitionen in der Grundstoffindustrie erst dann erreicht werden konnte, wenn die verarbeitende Industrie ihrerseits Produktionsbedingungen geschaffen hatte, die ihr ermöglichten, das erweiterte Produktionsresultat der Grundstoffindustrie aufzunehmen und zu einem wert- und gebrauchswertmäßig erweiterten Volumen von Finalprodukten zu verarbeiten. Die Investitionen in der Grundstoffindustrie bildeten damit in erheblichen Maße auch materielle Vorleistungen für die künftige Schaffung erweiterter volkswirtschaftlicher Gesamtproduktionsbedingungen. Es sind aber nicht nur die gewissermaßen aus der sozialistischen Reproduktion resultierenden Ursachen, die den Investitionsverlauf in dem untersuchten Zeitraum mit diktieren. Wir müssen auch jene Einflüsse in Rechnung setzen, die aus der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung für die Reproduktion erwachsen. Sie können, gleichgültig, ob sie die Reproduktionsbedingungen unmittelbar oder mittelbar beeinflussen, maßgeblich auf das Investitionsgeschehen einwirken. Es soll nur auf Veränderungen, die sich auf dem Weltmarkt vollziehen, auf Folgen des imperialistischen Wirtschaftskrieges, auf die Zuspitzung der internationalen Klassenauseinandersetzungen usw. verwiesen werden. Diese Einflüsse können sich im Verlauf eines mittelfristigen Wirtschaftsplanes Geltung verschaffen und Reaktionen auf dem Gebiet der Investitionen nötig machen. Das drückt sich dann möglicherweise in der Investitionskurve aus. Wir wollen dafür ein charakteristisches Beispiel geben.

Im Verlauf der sechziger Jahre zeichnete sich die Revolution in den gesellschaftlichen Produktivkräften immer klarer ab. Das Monopolkapital nutzte die Ergebnisse dieser Umwälzung zur Stärkung seiner wirtschaftlichen Position im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Daraus entstand auch für die Volkswirtschaft der DDR eine Gefahr. Ihr mußte durch die Modernisierung der industriellen Erzeugnisstruktur und der materiell-technischen Basis der sozialistischen Industrie begegnet werden. Darum wurde in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, insbesondere aber gegen Ende des Jahrzehnts, die Akkumulationskraft außerordentlich angespannt. Das findet in den Investitionssummen jener Jahre seinen Niederschlag. Zur gleichen Zeit wurden in verschiedenen Bezirken der DDR im nichtproduktiven Bereich größere Projekte begonnen, die erhebliche Investitionsmittel beanspruchten. Die Folge war ein Aufschwung in der Investitionsbewegung, der, da er gegen Ende eines mittelfristigen Planes erfolgte, den von Roesler konstatierten Investitionsrhythmus zu bestätigen scheint, wenn die statistischen Aussagen isoliert betrachtet werden.

Die tatsächlichen Verhältnisse weichen jedoch von der Erklärung, die Roesler in der These 12 gibt, ab.

Die Erwägungen, die wir zu den Ursachen für das Verhalten der Investitionskurve vorgebracht haben, lassen schon erkennen, daß wir der Auffassung, es handele sich bei der von Roesler beobachteten Investitionsbewegung um einen Rhythmus, nicht folgen können. Immerhin wird unter einem Rhythmus ein gleichmäßiger, harmonischer, sich regelmäßig wiederholender, systemhaft gegliederter Bewegungsablauf verstanden, ein Ablauf also, dem eine Gesetzmäßigkeit innewohnt.

Von den verschiedenen Faktoren, die die Bewegung der Investitionen im volkswirtschaftlichen Maßstab bewirken oder beeinflussen, ist keiner so beschaffen, daß er den von Roesler konstatierten "Investitionsrhythmus" auslösen könnte. Wir glauben vielmehr, daß die Vielzahl der Faktoren dazu beitrug, das Bild, das uns Roesler gezeichnet hat, entstehen zu lassen. Dafür spricht nicht nur die Ausnahme von der Regel, die Roesler einräumen muß.

Wir haben einmal geprüft, wie sich die Investitionsbewegung in den wichtigsten Industriebereichen in den fünfziger Jahren verhalten hat.<sup>1</sup> Dabei mußten wir feststellen, daß sich die von Roesler aufgestellte Regel nicht ohne weiteres bestätigte. Der Investitionsschub, den er für das erste Jahr des ersten Fünfjahresplanes bemerkt, ist nur in der Metallurgie und im Maschinenbau zu beobachten. Für die Kohlenindustrie und für die chemische Industrie ist solch ein überdurchschnittliches Anwachsen der Investitionssumme erst 1952 zu registrieren. Die Energiewirtschaft weist einen kontinuierlichen Anstieg der Investitionssumme von 1951 bis 1954 aus.

Den starken Rückgang des Investitionswachstums im Jahre 1955 verzeichnen die betrachteten Bereiche mehr oder weniger alle. Die Ausnahme bildet die chemische Industrie. Sie investiert im Jahre 1955 erheblich mehr als in den beiden Vorjahren. Die für die Zeit des ersten Fünfjahresplanes skizzierte Bewegung ist in erster Linie durch die einzelnen Programme, die für die Bereiche aufgestellt und verfolgt wurden, verursacht. Der ständige Rückgang im jährlichen Zuwachs an Investitionsmitteln in der Metallurgie ist einerseits darauf zurückzuführen, daß der mit dem Zweijahrplan begonnene Wiederaufbau und Ausbau der schwarzmetallurgischen Basis in den ersten Jahren des Fünfjahresplanes ein Niveau erreicht hatte, das die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Volkswirtschaft nach metallurgischen Erzeugnissen ermöglichte. Andererseits zwang die wirtschaftliche und politische Gesamtsituation der DDR zu einer Veränderung der Investitionsschwerpunkte. 1955 kam es nochmals zu einem erheblichen Anstieg der Investitionen in der Metallurgie. Sie dienten offensichtlich dem Abschluß verschiedener Investitionsobjekte.

Die beträchtliche Zunahme der Investitionsmittel in der Energiewirtschaft und der Kohlenindustrie, die das Jahr 1954 gegenüber dem Vorjahr auszeichnet, hat ihre Ursache im Beginn des ersten Kohle- und Energieprogramms. Die Angaben über den Beginn des zweiten Fünfjahresplanes entsprechen schon eher der Roeslerschen Regel. Wir finden in allen Industriebereichen im Jahre 1956 einen entscheidenden Aufstieg der eingesetzten Investitionsmittel gegenüber 1955. Die chemische Industrie bildet eine Ausnahme. Sie bleibt 1956 leicht unter dem Wachstum des Vorjahres. 1957 setzten sich die Ausnahmen von der erwähnten Regel fort. Die Energiewirtschaft verzeichnet 1957 eine weit größere Menge an Investitionsmitteln als 1956, und sie bleibt 1958 nur wenig hinter dem Wachstum von 1957 zurück.

Es gab in der Energiewirtschaft auch eine ruhige Phase der Investitionsentwicklung. Sie trat aber erst 1959 ein, um bereits 1960 wieder von einem kräftigen Investitionswachstum abgelöst zu werden. Aber auch der Maschinenbau konnte 1958 über ein wesentlich größeres Investitionsvolumen als 1957 verfügen. 1959 ging der zweite Fünfjahrplan in den Siebenjahrplan über. Nach der Regel von Roesler müßte sich nun in den betrachteten Industriezweigen, die ja von volkswirtschaftlicher Dominanz sind, ein sprunghafter Anstieg der Investitionen zeigen. Der Zuwachs in der Energiewirtschaft ist jedoch erheblich niedriger als im Vorjahr. Das jährliche Wachstum der Investitionen in der Kohlenindustrie geht 1959 und 1960 zurück. Ebenso verhält es sich im Maschinenbau. Nur in der chemischen und in der metallurgischen Industrie ist das Wachstum 1959 gegenüber 1958 bemerkenswert. Mit einer leichten Abschwächung setzt sich diese Tendenz 1960 in der chemischen Industrie fort. Die Investitionen in der Metallurgie fallen 1960 stark ab. Diese Bewegung in der chemischen Industrie läßt sich auf den Beginn des Chemieprogramms zurückführen. Die nähere Betrachtung

<sup>1</sup> Zu den Angaben, die den folgenden Aussagen zugrunde liegen, vgl. Zentrales Staatsarchiv Potsdam, E 1, Nr. 1701, Bl. 200; ebenda, Nr. 14097, Bl. 5; Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1956, S. 297.

tung der Investitionsbewegung in der Industrie in den fünfziger Jahren und das Bild, das diese Bewegung in den sechziger und siebziger Jahren zeigt, lassen uns zu der Ansicht kommen, daß nicht eine Gesetzmäßigkeit zu einem "Investitionsrhythmus", sondern daß die Wirkung verschiedener kausal verbundener Faktoren zu der von Roesler beobachteten Erscheinung führt.

Damit ist aber auch unser Zweifel an der Richtigkeit der von Roesler vertretenen Auffassung, der "Investitionsrhythmus" sei "ein Ausdruck der planmäßigen Lenkung der Investitions- und Wirtschaftsentwicklung", angemeldet. Unser Zweifel gründet sich nicht nur auf die Einwände, die wir in bezug auf die Ursachen des Investitionsverhaltens in den verschiedenen Planungszeiträumen haben, sondern beruht auch auf den Folgen, die das Investitionsgeschehen für die Volkswirtschaft haben muß. Die Schwankungen in den jährlichen Investitionsumfängen schaffen, bezogen auf die gesamte Industrie, immer Widersprüche zur geplanten, weitgehend kontinuierlichen Entwicklung der Bruttoproduktion und des Nationaleinkommens der Volkswirtschaft. Aus den Schwankungen in den jährlichen Investitionsvolumina entstehen auch Widersprüche zu den Investitionsgüter herstellenden Zulieferbereichen und -zweigen, da diese ebenfalls eine kontinuierliche Planerfüllung und Steigerung ihrer Produktionsergebnisse anstreben.

Wir wollen unsere Ansicht am Beispiel des Investitionsgeschehens in der zweiten Hälfte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre verdeutlichen. Die Bemühungen zur Stabilisierung der energetischen Basis unserer Volkswirtschaft und der gleichzeitige Ausbau der chemischen Industrie auf der Grundlage der Petrochemie führten im genannten Zeitraum zu vermöglichen Investitionsschüben, denen die zur Verfügung stehende Leistungsvermögen der Investitionsgüterindustrie, aber auch der Projektierungsbetriebe nicht immer entsprechen konnte. Vielfach mußten die Rationalisierungszeiträume von Investitionen über den Planungszeitraum hinaus gestreckt bzw. Präzisierungen des ursprünglich geplanten Investitionsumfangs vorgenommen werden.

Weitere Einflüsse auf diesen Prozeß resultierten aus der bereits dargestellten Spezifik der Grundstoffindustrie. So waren beispielsweise Ende des Jahres 1958 im Investitionsgrößvorhaben Braunkohlenverarbeitungs-kombinat "Schwarze Pumpe" allein 450 Millionen Mark bereits eingesetzter Investitionsmittel gebunden, ohne daß daraus bis dahin bereits volkswirtschaftlicher Nutzen gezogen werden konnte.<sup>2</sup>

Wenn wir hier anzweifeln, daß der von Roesler dargestellte "Investitionsrhythmus" Ausdruck einer planmäßigen Lenkung der Investitions- und Wirtschaftsentwicklung ist, dann ignorieren wir keineswegs, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt des Investitionsunternehmens ein überproportional hoher Einsatz von Mitteln erforderlich sein kann, damit das Projekt zügig fertiggestellt wird. Es gibt eine Reihe von Projekten, deren Charakter geradezu die Verteilung der Investitionsmittel in der von Roesler geschilderten Weise verlangt. Das Investitionsgeschehen ist bei solchen Projekten dann als ein Zeichen von planmäßiger Lenkung der Investitionsentwicklung zu werten.

Abschließend soll nochmals darauf hingewiesen werden, daß das Verdienst Roeslers darin besteht, mit den vorgelegten Thesen die Wirtschaftshistoriker, die sich mit der sozialistischen Geschichtsperiode befassen, zu einer fruchtbaren Diskussion über methodologische Probleme herausgefordert zu haben. Ohne Zweifel ist der Gegenstand der Thesen diskussionswürdig. Aber der Wert der Thesen und der damit verbundene Meinungs-austausch erschöpfen sich nicht in der Erörterung des Zusammenhangs von "Perspektivplänen und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR". Vielmehr wird die Aufmerksamkeit der Wirtschaftshistoriker vor allem auf neue Wege bei der Analyse der Beziehungen zwischen den

2 Zentrales Staatsarchiv Potsdam, E 1, Nr. 14082, Bl. 130.



einzelnen Elementen der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf den Mechanismus des Zusammenspiels von ökonomischer Basis und gesellschaftlichem Überbau gerichtet. Solche Wege führen zu einer tieferen Einsicht in die Geschichte der sozialistischen Produktionsweise der DDR.

Ein-wissenschaftliche, sozialwissenschaftliche  
zur sozialpolitischen Regulierung des Sozialrechts

Wolfgang Ickert, Sozialpolitik

Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York, 1990

312 Seiten, 48 Tabellen, Preis: DM 5 57,-

von Herrn Ickert

Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die Sozialpolitik als Handlungsfeld der kapitalistischen Klassen (in Westdeutschland) herausgebildet.

1. durch Ausdehnung der Herrschaft der bürgerlichen Herrschaft (von dem ersten durch die Arbeiterschaft erlangten Maßnahmen zur sozialen Sicherung im 19. Jahrhundert über die Einführung in den Arbeitsmarkt, die Betriebsgesundheitsgesetz, in den Wohnungsbau und in die Familienplanung bis hin zur Familienhilfe, Bildungs- und Gesundheitspolitik);
2. durch Konzentration der Leistungen sozialpolitischer Handlungsfelder (verbunden mit der Ausdehnung der Entscheidungsbefugnisse bei sehr unterschiedlichen Institutionen wie Parlament und Regierung, bei in staatlicher Rahmenbedingungen Organisationsformen wie den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden und bei Hilfe der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine wie Arbeiterjugend, Arbeitervereine, Arbeitervereine der Arbeiter durch die Entwicklung internationaler und sozialistischer Einrichtungen).

In Verbindung mit der Verknüpfung der Sozialpolitik und Sozialpolitik als Handlungsfeld der Klassenpolitik als Erkenntnisgegenstand (insbesondere Wirtschaftspolitik) bereits und wurde Gegenstand einer eigenen Wissenschaft, der Lehre von der Sozialpolitik.

Wolfgang Ickert ist einer der bekanntesten Sozialpolitiker in der Wissenschaft. Er ist in der DDR seit 1964 Inhaber verschiedener Lehrstühle an verschiedenen Universitäten (seit 1973 in Augsburg), hat er die Lehrbuch geschrieben, das den Gegenstand entsprechend dem Lehrplan der sozialistischen Hochschulen in Deutschland geschichtlich darstellt. Der Stoff ist in drei Hauptteile gegliedert: 1. die Sozialpolitik, 2. die Sozialpolitik und 3. die Sozialpolitik und Sozialpolitik der Sozialpolitik.

Bei der Darstellung der historischen Entwicklung der Sozialpolitik in der DDR ist Ickert deutlich. Er bezeichnet sich als Anhänger der klassischen Nationaltheorie, der Theorie, die in die Ansichten bekannter bürgerlicher Theoretiker wie Karl Marx, Otto von Guericke und Hans Albert Schmitt einfließen. Das heißt, er weist sich als Vertreter einer Philosophie aus, die die Nation historisch über die Nation und die Nation reformistische Verbesserung der bürgerlichen Gesellschaften darstellt. Dabei hat Ickert ganz im Sinne der Sozialpolitik eingegriffen, die für die Wissenschaft der DDR von Ende der dreißiger Jahre den Namen der Sozialpolitik gegeben hat. Diese Konzeption macht Ickert, trotz der Inanspruchnahme der Sozialpolitik, die für Ickert ist, die Sozialpolitik, mit der die Sozialpolitik und die Sozialpolitik der Gesellschaft repariert werden sollen, so wie es Ickert Kopper fordert.

Von dieser Grundposition geht die historische Darstellung aus, Ickert zeigt

## LITERATURKRITIK

Ein sozialreformistisches Gesellschaftskonzept  
zur staatsmonopolistischen Regulierung des Sozialbereichs

Heinz Lampert, Sozialpolitik

Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 1980,  
519 Seiten, 49 Tabellen, Preis: US \$ 57,90

von Horst Handke

Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die Sozialpolitik als Handlungsfeld des kapitalistischen Staates in zwei Richtungen ausgeweitet:

1. durch Ausdehnung der Bereiche sozialpolitischen Handelns (von den ersten durch die Arbeiterklasse erkämpften Maßnahmen zur sozialen Sicherung im 19. Jahrhundert über Eingriffe in den Arbeitsmarkt, in die Betriebsverfassung, in den Wohnungsbau und in die Familienplanung bis hin zur Vermögens-, Bildungs- und Gesundheitspolitik);
2. durch Zunahme der Zahl der Träger sozialpolitischen Handelns (verbunden mit der Ausdehnung der Entscheidungsbefugnisse bei rein staatlichen Institutionen wie Parlament und Regierung, bei im staatlichen Rahmen fungierenden Organisationen wie den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden und mit Hilfe des Ausbaus halbstaatlicher Organe wie Arbeitsämtern, Berufsgenossenschaften usw. sowie durch die Entwicklung internationaler und supranationaler Einrichtungen).

In Verbindung mit der Vermehrung der Bereiche und Träger sozialpolitischen Handelns löste sich die Sozialpolitik als Erkenntnisobjekt immer mehr aus der Wirtschaftspolitik heraus und wurde Gegenstand einer eigenen Wissenschaft, der Lehre von der Sozialpolitik.

Heinz Lampert ist einer der bekanntesten Vertreter dieser Wissenschaftsdisziplin in der BRD. Seit 1964 Inhaber verschiedener Lehrstühle an westdeutschen Universitäten (seit 1973 in Augsburg), hat er ein Lehrbuch geschaffen, das den Gegenstand entsprechend dem Lehrprogramm an westdeutschen Hochschulen didaktisch geschickt aufarbeitet. Der Stoff ist in drei Hauptteile gegliedert: 1. die theoretische, programmatische und systematische Grundlegung, 2. die Geschichte der deutschen staatlichen Sozialpolitik und 3. die Bereiche und Träger der staatlichen Sozialpolitik.

Bei der Darstellung der theoretischen Grundlagen macht Lampert seinen Standort deutlich. Er bezeichnet sich als Anhänger des kritischen Rationalismus, dabei vor allem an die Ansichten bekannter bürgerlicher Philosophen wie Karl Raimund Popper und Hans Albert anknüpfend. Das heißt, er weist sich als Vertreter einer Philosophie aus, die das Wirken historischer Gesetze ablehnt und für eine reformerische Verbesserung der bestehenden kapitalistischen Ordnung eintritt. Damit hat Lampert genau jene Konzeption aufgegriffen, die für die politische Landschaft der BRD seit Ende der sechziger Jahre den passenden zeitgemäßen Rahmen liefert. Diese Konzeption bleibt allerdings trotz des theoretischen Anspruchs, den ihr Lampert gibt, bloße Sozialtechnologie, mit der die größten und dringendsten Übel der Gesellschaft repariert werden sollen, so wie es auch Popper fordert.

Von dieser Grundposition geht die historische Darstellung aus. Lampert sieht

die Geschichte der Sozialpolitik zwar im Zusammenhang mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umständen, doch er erkennt darin nicht die Objektivität historischer Prozesse, er sieht nicht die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als das bestimmende Moment an, das auch die soziale Frage, den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern, bestimmt, sondern er geht von der Vorstellung aus, daß die Entwicklung des "freiheitlichen Rechtsstaates", das Kampfziel der Bourgeoisie gegenüber der Feudalklasse, Ursache der sozialen Frage sei. Nach Lampert bestimmen nicht die ökonomischen Verhältnisse das Ziel, sondern umgekehrt (S. 54 f.). Die Geschichte erscheint dementsprechend nicht primär als Prozeß zur Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, sondern als Verwirklichung des "freiheitlichen Rechtsstaates" auch dies ganz im Sinne Poppers, nach dessen Auffassung der Staat nicht von der ökonomischen Basis beherrscht wird (die dem Wirken des Staates Ziel und Grenzen setzt), sondern für den der Staat als "Anwalt der Freiheit" basisgestaltende Kraft erhält.

In Lamperts Geschichtsverständnis spielen soziale Triebkräfte, die die Entwicklung der Sozialpolitik im Kapitalismus vorangebracht haben, eine wichtige Rolle. Er unterteilt sie in Einzelpersönlichkeiten und soziale Bewegungen. Beider Aktivitäten sieht er jedoch nicht von den Klassen- und Interessenlagen her, nicht als Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen, sondern als Ausdruck reformistischer bzw. revolutionärer Konzepte, in denen - bezeichnend für sein eigenes reformistisches Konzept - die revolutionären Konzepte ein retardierendes Moment darstellen (S. 95), und zwar weil sie bei den herrschenden Kräften so viel Furcht hervorrufen, daß sie angeblich die Durchsetzung reformistischer Konzepte verzögern. Die Tatsache, daß ohne den Kampf der revolutionären Kräfte auch nicht die kleinste Reform stattfinden würde, daß gerade diese Kräfte die Entwicklung vorantreiben, daß sie die reformistischen Kräfte nicht nur beeinflussen, sondern deren Wirken überhaupt erst ermöglichen, wird völlig übergangen.

Der theoretische Anspruch Lamperts gipfelt in der Behauptung, daß die heutige bürgerliche Sozialpolitik gegenüber dem 19. Jahrhundert einen Qualitätswandel vollzogen habe, daß sie über die Funktion der bloßen Verbesserung von Mißständen und der Systemerhaltung hinausgewachsen und zu einer "wirklich gesellschaftsgestaltenden Kraft" geworden sei. Diese "Gesellschaftsgestaltung" verbindet Lampert mit den Zielen "persönliche Freiheit", "soziale Gerechtigkeit" und "soziale Sicherheit" (S. 483). Er meint, daß die bürgerliche Sozialpolitik bereits einen beachtlichen Beitrag zur Annäherung an die Ideale der bürgerlichen Aufklärung, an die Ziele der "Freiheit" und "Gleichheit" geleistet habe (S. 485).

Diese Auffassung von der Sozialpolitik ist für ein reformistisches Konzept ideal. Sie beruht auf der doppelt falschen Vorstellung, daß sich erstens die bestehende Ordnung bereits transformiert habe, daß die Mängel, die elende Lage und die politische Rechtlosigkeit der unteren Volksschichten, die im vorigen Jahrhundert und zu Anfang dieses Jahrhunderts den gesellschaftlichen Zielvorstellungen im Wege gestanden hätten, bereits weitgehend überwunden wären, daß - vor allem durch die staatliche Sozialpolitik - eine "Bändigung" des Kapitalismus erreicht worden sei (S. 175) und daß zweitens in dieser neuen Gesellschaft, den "entwickelten Industriegesellschaften" (S. 5), nur noch Randgruppenprobleme existierten, wo es darum ginge, den Status der "sozial Schwachen" zu verbessern (S. 6) bzw. den "Kreis der Unterprivilegierten" zu verringern (S. 172). Damit aber wird von der unveränderten kapitalistischen Basis, von dem weiter bestehenden Grundgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, von der Herrschaft immer mächtigerer privater Monopole, weitgehend abstrahiert. Die Ursachen der ökonomischen und sozialen Krisen, der Widerspruch zwischen der Masse der Werktätigen und einer kleinen Oberschicht, die über den entscheidenden Teil des Produktivvermögens der Gesellschaft verfügt, werden nicht als solche erkannt, sondern zur bloßen Verteilungsfrage heruntergespielt, die ebenfalls auf reformistischem Wege für veränderbar gehalten wird (S. 435 ff.).

Derselbe Autor, der der marxistischen Wissenschaft vorwirft, klassegebunden zu sein (S. 12), macht durch seine Ausführungen deutlich, daß er weder weltanschaulich noch ideologisch oder politisch "frei" ist, wie er vorgibt (S. 9), sondern daß er genau das betreibt, wogegen er sich wendet: die Entwicklung eines geschlossenen Überzeugungssystems innerhalb industriegesellschaftlicher Vorstellungen. Die Bezeichnungen "demokratisch", "offen", "antiautoritär" und "aufgeklärt", die Lampert für dieses System verwendet (S. 9), können nicht über die Grenzen dieses Systems hinwegtäuschen, die durch die Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums, durch die Herrschaft des Monopolkapitals, gesetzt sind.

Das Lehrbuch ist ein Musterbeispiel für die Anwendung zeitgenössischer bürgerlicher Sozialphilosophie auf eine praktische Wissenschaft. Es enthält den Versuch, ein in sich geschlossenes, historisch begründetes sozialreformistisches Gesellschaftskonzept zur staatsmonopolistischen Regulierung des gefährdetsten Bereichs der entwickelten kapitalistischen Länder, des Sozialbereichs, zu entwerfen, und mündet in die Forderung, alle Politik, insbesondere die Wirtschaftspolitik, an dem gesellschaftlich anerkannten sozialpolitischen Zielsystem auszurichten (S. 499). Doch gerade hier zeigt sich das fehlende Verständnis des Verfassers für die ökonomischen Bedingtheiten des kapitalistischen Systems, die die Wirtschaftspolitik in ihrem tiefsten Wesen unsozial machen, die mit einer der Würde und der freien Entfaltung des Menschen dienenden Sozialpolitik unvereinbar sind. So bleibt bürgerliche Sozialpolitik am Ende das, was Lampert als überholt erscheint: staatliche Korrektur und Intervention, primär auf Hilfe für wirtschaftlich und sozial Schwache, auf Beseitigung der grössten sozialen Mißstände gerichtet, eine Politik, die nichts an den Grundübeln der Gesellschaft ändert, sondern die immer wieder in Frage gestellt und in eine Politik des Sozialabbaus umfunktioniert wird. Der historische Rückgriff Lamperts auf die Zeit der Weimarer Republik, wo seiner Meinung nach der Wandel von einer "schichtorientierten Schutz- und Unterhaltssicherungspolitik" zu einer allgemeinen "grundrechtsorientierten Ausgleichs- und Gesellschaftspolitik" (S. 175) begann, hätte ausreichend Gelegenheit gegeben, die engen Grenzen einer kapitalistisch orientierten Sozialpolitik genauer zu fassen und das ständige Wechselspiel von sozialen Verbesserungen und ihrer Rücknahme nachzuzeichnen. Statt dessen verfängt sich Lampert in den Widersprüchen zwischen seinem theoretischen Anspruch und den Tatsachen. Einerseits bemüht er sich, das "historische Verdienst" der SPD herauszustellen. Diese sei die Verfechterin eines "demokratisch-parlamentarischen Wohlfahrtsstaates" gewesen und habe in Zusammenarbeit mit der Obersten Eiereisleitung - dem Machtorgan der herrschenden Klasse - den kapitalistischen Staat, "die neue Republik" - wie Lampert schreibt -, stabilisiert (S. 141). Andererseits spricht er davon, daß gerade in dieser Republik die "denkbar ungünstigsten" ökonomischen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung einer staatlichen Sozialpolitik bestanden hätten und auch die politischen Begleitumstände "nicht viel günstiger" gewesen seien (S. 139). Aus seiner klassenmäßigen Sicht fälscht Lampert die Versuche der Arbeiterklasse, ihre sozialen Verhältnisse zu verbessern (die Novemberrevolution, die Generalstreiks und die Erhebungen in Bayern, Sachsen, Thüringen und Hamburg), in ungünstige Umstände für die Entwicklung einer Sozialpolitik um (S. 139). In dieser Weise negiert Lampert ständig die historische Wahrheit. Die sozialen Demontagen am Ende der Weimarer Republik, Lohnsenkungen und radikale Kürzungen der Sozialleistungen, bezeichnet er lediglich als "Gefahr einer sozialen Demontage" (S. 146). Die totale Entmündigung der Arbeiter unter dem Faschismus und der sehr verhüllt beschriebene Terror sind für ihn nur eine "staatspolitisch orientierte Zweckrationalität", und ganz im Sinne der faschistischen Propaganda sieht er die Sozialpolitik des Dritten Reichs der Maxime vom "gesunden Volk" untergeordnet (S. 156 f.). Die Geschichte der Bundesrepublik schließlich erscheint bei ihm zwar richtig als Restaurierung der sozialpolitischen Verhältnisse und Grundsätze der Weimarer Republik, die er jedoch gleichzeitig - ähnlich der Darstellung der Weimarer Republik - in eine lückenlose Erfolgs-



bilanz umdeutet (S. 164 f.), und das selbst angesichts der sozialen Demontage, die seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder vorherrschend wird.

Lamperts Auffassung von der Sozialpolitik ist in diejenigen staatsmonopolistischen Regulierungskonzeptionen einzuordnen, die sich in einer auf Reformen ausgerichteten Herrschaftsmethode - ganz besonders im sozialen Bereich - die besten Chancen für die Entwicklung des Kapitalismus versprechen. Hier sind zweifellos Berührungspunkte mit dem Kampf der werktätigen Massen um Verbesserung ihrer sozialen Lage gegeben. Zu diesen Regulierungskonzeptionen stehen bis zu einem gewissen Grad die Auffassungen jener Kreise im Widerspruch, die rücksichtslosen Sozialabbau, weitgehende Beseitigung staatlicher Einmischung in die Sozialpolitik im Interesse eines ungehemmteren, "freieren" Profitstrebens fordern.

Als für kapitalistische Bedingungen utopisch ist das von Lampert postulierte gesellschaftspolitische Endziel der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit anzusehen. 150 Jahre Geschichte kapitalistischer Sozialpolitik beweisen, daß jede soziale Er rungenschaft schwer erkämpft werden mußte. Diese Politik verlief auch nicht kontinuierlich, sondern Zeiten sozialer Zugeständnisse wechselten mit Zeiten sozialer Entrechtung und rapider Verschlechterung der sozialen Lage der werktätigen Massen. Die reformistische Zielsetzung im Sinne Lamperts führte stets nur zu teilweisen Verbesserungen und manchmal auch nur zur Wiedererlangung von verlorengegangenen Positionen. Freiheit für das kapitalistische Privateigentum bedeutet Unsicherheit und Ungerechtigkeit für die Nichteigentümer von Produktionsmitteln. Der heute und jetzt in allen kapitalistischen Ländern geführte Kampf um berufliche und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, um materielle Sicherstellung, um Sicherung des Arbeitsplatzes und bessere Gesundheitsfürsorge, gegen fortgesetzte Versuche der sozialen Demontage - das alles existiert bei Lampert nicht als Grundproblem heutiger kapitalistischer Gesellschaften. Für ihn hat die praktische Sozialpolitik nur noch "Zielverfehlungen" und "Mangelerscheinungen" abzudecken, liegen die dringlichsten "Defizite" der kapitalistischen Sozialpolitik in der Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen, insbesondere kinderreicher Familien, nichterwerbstätiger Mütter, körperlich und geistig Behinderter, psychisch Kranker und Obdachloser (S. 492 f.). Die von ihm postulierten sozialpolitischen Ziele glaubt er vor allem auf den Gebieten der Vermögens-, Familien- und Wohnungspolitik in geringerem Maße erreicht (S. 495). Dort sieht er Hauptbestätigungsfelder einer sozialpolitischen Regulierung. Wenn er schließlich fordert, alle Politik, insbesondere auch die Wirtschaftspolitik, an den sozialpolitischen Zielsetzungen auszurichten (S. 499), dann klingt in dieser Vorstellung etwas von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Doch da sich im Kapitalismus das wirtschaftliche Zielsystem, der private Profit, und das von Lampert aufgestellte Zielsystem, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, einander ausschließen, bleibt nur der Kampf um soziale Reformen bis hin zur Verwirklichung eines antimonopolistischen demokratischen Systems. Eine Sozialpolitik, wie Lampert sie sieht, die vornehmlich Randgruppenprobleme im Auge hat und durch Appelle an den Staat der Monopole mehr Gerechtigkeit durchsetzen will, kann keine entscheidende Frage der kapitalistischen Gesellschaft lösen. Sie ist lediglich ein Mittel zur Dämpfung immer wieder auftretender Krisen und unveröhnlicher Widersprüche.

Zwischen kapitalistischer Produktion und feudaler Lebensweise

Erwein H. Eltz, Die Modernisierung einer Standesherrschaft.  
Karl Egon III. und das Haus Fürstenberg in den Jahren  
nach 1848/49

Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1980, 268 Seiten,  
22 Abbildungen, 2 graphische Darstellungen, Preis: 38,- DM

von Horst Handke

Hinter dem Begriff "Modernisierung", einem viel gebrauchten Schlagwort der neueren bürgerlichen Historiographie, das der Autor als zentrale Kategorie verwendet, verbirgt sich ein vielschichtiger Prozeß: der Übergang von halbfeudalen Produktionsformen zu industriekapitalistischen. Wie sich dieser Prozeß im einzelnen und konkret durchgesetzt hat, ist auch für die marxistische Geschichtsforschung von großem Interesse. Erwein H. Eltz, der sich mit diesem Fragenkomplex in seinem Buch über eine der größten Standesherrschaften in Südwestdeutschland beschäftigt, geht methodisch sehr geschickt vor. Er führt das reiche Material aus dem Fürstlich Fürstenbergischen Archiv in Donaueschingen auf zwei Ebenen vor. Auf der einen läßt er den Fürsten agieren, verfolgt er den Lebensweg Karl Egons III. (geboren 1820), behandelt er in einem besonderen Kapitel dessen Jugend- und Studienjahre bis hin zur Einführung in die "Geschäfte" (1846) und stellt in zwei abschließenden Kapiteln die besonderen Aktivitäten des Fürsten auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft und in der Politik dar.

Auf der anderen Ebene geht er von den Veränderungen in den ökonomischen und sozialen Strukturen des Fürstentums aus und hat so die Möglichkeit, wichtige sozialökonomische Determinanten zu zeigen, die Haltung und Verhalten des Fürsten bestimmten. Dabei setzt sich Eltz keineswegs einen zeitlich so begrenzten Rahmen, wie dies der Untertitel seines Buches vermuten läßt. Obwohl der Zeitraum von 1850 bis 1870 Schwerpunkt seiner Darstellung ist, gibt er im einleitenden Kapitel einen Überblick über die Geschichte des Fürstentums, insbesondere seit der Mediatisierung (1806). In einem anderen Kapitel schildert er die revolutionären Ereignisse von 1848/49, allerdings in verengter Sicht auf Donaueschingen sowie auf die Monate März und April 1848. Offensichtlich gab die Flucht der Fürstenfamilie in den ersten Wochen der Revolution den Ausschlag für die verkürzte Perspektive.

In einem breit angelegten Kapitel, dem Hauptkapitel der Arbeit, wird in detaillierter Weise die wirtschaftliche Reorganisation der Standesherrschaft unter Karl Egon III., der nach dem Tode des Vaters (1854) die Regierung des Hauses übernahm, beschrieben. Faktenreich und gründlich wird der Leser mit dem Übergang von einer halbfeudalen Kollegialverwaltung zu einer kapitalistischen Managementverwaltung bekannt gemacht. So entsteht ein plastisches Bild von jenem Prozeß, in dessen Verlauf der Besitz eines der Spitzengeschlechter der alten Hohenaristokratie in das Industriezeitalter hinübergeführt wurde. Es wird zumindest erwähnt, daß die Kapitalakkumulation hauptsächlich auf Kosten der Bauern, mittels langer und qualvoller Ablösungszahlungen, erfolgte. Es wird auch gezeigt, wie die erpreßten Gelder vornehmlich in Waldkäufen angelegt wurden und wie vorteilhaft sich dabei die ökonomische Schwächung der Bauern

für das Fürstenhaus auswirkte. Am Ende war der Grundstock für vielfältige industrielle Unternehmungen geschaffen, insbesondere im Eisenbahnbau, aber auch in anderen Unternehmungen. 1854 bei der Übernahme der Fürstenbergischen Geschäfte durch Karl Egon III. bestand der Besitz im wesentlichen aus dem Forstärar, dem industriellen Komplex, zu dem Hütten- und Eisenwerke, eine Maschinenfabrik und zwei Brauereien sowie einige Beteiligungen gehörten, und aus den landwirtschaftlichen Gutsverwaltungen nebst Kunstmühlen, Köhlereien und Schäfereien (S. 75 f.)<sup>1</sup>.

Eltz macht keine Angaben über die Besitz- und Vermögensverhältnisse um 1870, die mit denen von 1854 vergleichbar wären. Doch immerhin bemerkt er in einer Fußnote, daß 1862 der Börsenpapierbestand 2,1 Millionen Gulden betragen habe und bis 1873 auf 4,3 Millionen Gulden angestiegen sei, davon für 2,7 Millionen Gulden Anteile an Eisenbahnen (S. 132 Anm. 274). Aufgrund der fortdauernden Expansion in nichtagrarische Bereiche - das sei hier angemerkt - verfügten die Fürstenbergs um die Jahrhundertwende über ein bedeutendes Konzerngebilde mit vielfältigen Interessen, die bis nach Übersee reichten.

Die offene Darlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse bereitet Eltz offenbar Schwierigkeiten. Einerseits möchte er nicht in plumpe Apologie der Fürstenbergischen Aktivitäten verfallen. Andererseits ist er dem Fürstenhaus für die Benutzung des Archivs und für die Unterstützung bei der Drucklegung des Buches zu Dank und Rücksichtnahme verpflichtet. So nimmt er insgesamt positive Wertungen vor, nur gelegentlich kritische Bemerkungen einschiebend. In der praktischen Darstellung stellt er dementsprechend eine positive Grundthese auf, zum Beispiel seien die Fürstenbergischen Geschäfte zwar nicht spekulativen Charakters gewesen, aber, so räumt er zwischendurch auch einmal ein, der "spekulative" Charakter war in der Erwerbung von großen Waldflächen kaum zu übersehen (S. 133).

Viel Raum nimmt Eltz' Darstellung des Fürsten Karl Egon III. als eines "der größten Mäzene unter den Standesherrn des 19. Jh." ein (S. 133), die er im vorletzten Kapitel bringt. Auch hier verwendet er eine positive Grundthese, den Nutzen für die Allgemeinheit, den die Förderung von künstlerischer und gelehrter Arbeit gebracht habe. Zwischendurch gesteht er dann, daß manches der Selbstdarstellung gedient haben mag (S. 192), "ad maiorem domus gloriam et splendorum" (S. 223). Den Blick auf die Person des Fürsten gerichtet, drängt sich ihm schließlich nicht zufällig ein Vergleich mit der Stifterschen Figur des Freiherrn v. Risach auf. So habe Karl Egon III. sich von der Bühne des öffentlichen Lebens zurückgezogen und, befreit von "vitaler Not", sich nach und nach in seiner Residenz eine Art "Nachsommerreich" geschaffen (S. 220).

Es soll hier nicht über die Rolle einzelner Fürstenhäuser bei der Entwicklung von Kunst und Wissenschaft diskutiert werden. Es wäre lediglich so viel an Einsicht zu erwarten, daß Moral und Tugend, daß die Entfaltung der Würde des Menschen speziell in Kunst und Wissenschaft allezeit an Besitz, Wohlhabenheit und Bildung gebunden war und zu den Privilegien der Herrschenden gehörte. Doch bei Eltz gerät diese soziale Bedingtheit jedweder Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft kaum ins Blickfeld, auch wenn er gelegentlich einräumt, daß die Motivation des Fürsten keineswegs bloße Sammelleidenschaft und Rückzug in einen "Elfenbeinturm" gewesen sei (S. 188). Neben dem Wunsch, dem eigenen Eaus und Namen neue Geltung zu verschaffen, werden dann auch ganz praktische Absichten deutlich, nämlich Kunst und Wissenschaft als Mittel der Beeinflussung, der Herausbildung eines nationalen Bewußtseins im Sinne der bestehenden Ordnung, zu benutzen. Hierbei stand die Geschichtswissenschaft, die sich "an Verstand, Gemüt und Phantasie" wandte (S. 188), im Vordergrund.

<sup>1</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Nabene vermittelt dieser Teil der Arbeit auch eine wichtige wirtschaftshistorische Erkenntnis. Die Einsetzung des Geheimen Referendars Prestinari als Direktor der Fürstlichen Gesamtverwaltung (1856) war nicht nur ein glücklicher Griff, der für die "Modernisierung" der Fürstenbergischen Unternehmen, für ihre Angleichung an das kapitalistische Industriezeitalter weitreichende Folgen hatte, sondern er ermöglichte auch eine Art Arbeitsteilung, bei der der "kapitalistische" Direktor die Mittel erwirtschaftete, die der "feudale" Fürst für seine standesgemäße Lebensweise verbrauchen konnte. Damit zeigte sich zugleich eine Diskrepanz zwischen ökonomischen und sozialen Strukturen. Der Fürstenbergische Besitz wurde nach 1848 voll und ganz auf die kapitalistische Profitwirtschaft ausgerichtet. Der Eigentümer und Nutznießer dieses Besitzes verblieb jedoch in einem Lebenskreis, der ihm eine Flucht aus der profanen kapitalistischen Produktionssphäre erleichterte und ihm gestattete, Lebensformen und Wertvorstellungen zu pflegen, die auf der Vorzugsstellung der Aristokratie und auf feudal-hierarchischen Rangordnungen beruhten. Die "Flucht" war zugleich ein Beharren auf gesellschaftlichen Zuständen, die - verbunden mit der ökonomisch und politisch abgesicherten Vormachtstellung des Adels - prägend auf das aufsteigende Bürgertum wirkten.

Eltz enthüllt wenig von den politischen Strukturen der Standesherrschaft und den politischen Vorstellungen des Fürsten. In dem letzten Kapitel "Fürst Karl Egon III. und die Politik" behandelt er schwerpunktmäßig die Tätigkeit des Fürsten als Präsident des Vereins der Deutschen Standesherrn (1863 bis 1892) und dessen Beteiligung an den Wahlen zum Zollparlament 1868 und zum Deutschen Reichstag 1871, bei denen jener übrigens beide Male erfolglos blieb. Die Sitze in den ersten Kammern von Baden und Württemberg und im preußischen Herrenhaus werden nur erwähnt.

Eltz geht von der Vorstellung aus, daß der Fürst kein Homo politicus gewesen sei (S. 193). An dieser Auffassung mag soviel richtig sein, daß Karl Egon III. keine nach außen besonders aktive Politik betrieben hat. Er entwickelte keine tragenden politischen Ideen und Konzepte und nahm keine führende Stellung in der öffentlichen Politik ein. Aus Eltz' Darstellung läßt sich entnehmen, daß eine der Ursachen dafür die Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus war, das sehr unaristokratische öffentliche Werben um Stimmen. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, wenn der Fürst die beiden Wahlen, zu denen er angetreten war, ausgerechnet gegen seinen Hofapotheker verlor.

Doch diese Aussagen lassen nicht den Schluß zu, daß der Fürst sich politisch nicht betätigt habe, und schon gar nicht, daß er politisch nirgends einzuordnen sei (S. 216 f.). Insgesamt entrollt sich ein Bild, das - wenn es auch aus Bruchstücken zusammengesetzt werden muß - einen Standesherrn mit klerikal-konservativer Gesinnung zeigt. Sicher ist er nicht dem Lager der Ultramontanen zuzuordnen, wie es eine Zeitlang in der Öffentlichkeit geschah; denn er gehörte nicht zu jenen militanten Katholiken, die gegen das preußisch-evangelische Element im neuen Reich kämpften. Erst recht nicht wurde er von liberalen oder gar bürgerlich-demokratischen Vorstellungen berührt. Soweit sich seine Vorstellungen mit bürgerlichen trafen, lagen sie im nationalen Bereich, in der Wiederherstellung eines großen und starken Reiches, wobei das für Karl Egon III. v. Fürstenberg auch Wiederherstellung von vergangenem Glanz und vergangener Größe des Adels bedeutete und ein Reich sein sollte, in dem die Standesherrn ihren alten führenden Platz einzunehmen hatten, wirtschaftlich angepaßt, sozial und politisch herausgehoben.

Fürstenbergs politische Vorstellungen sind nicht isoliert zu sehen. Sie entsprechen in den Grundzügen durchaus denen seiner Standesgenossen. Er galt als deren "kluger und gewissenhafter Sachwalter" (S. 194). Zu seinem engen Freundeskreis gehörten politisch aktive und einflußreiche Standesgenossen: die Brüder Hohenlohe (Chlodwig: bayerischer Ministerpräsident, Statthalter im Elsaß und später Reichskanzler; Konstantin: Obersthofmeister in Wien; Gustav: Kardinal in Rom) und sein Schwager Viktor Fürst v. Ratibor, Mitglied des



Reichstags und Mitbegründer der Freikonservativen Partei. Politisch eminent wichtig waren auch die persönlichen Beziehungen zum preußischen Königshaus. Karl Egon hatte bereits als Erbprinz während seines Studiums in Berlin (1841/42) in freundschaftlichem Verkehr mit den Hohenzollern, insbesondere mit dem damaligen Prinzen v. Preußen und späteren Kaiser Wilhelm I., gestanden. Es war gewiß auch kein Zufall, daß der Kaiser des öfteren auf dem Fürstenbergischen Sommersitz in Heiligenberg zu Gast war.

Zusammenfassend: Vor uns liegt ein flüssig geschriebenes Buch, in der sprachlichen Form durchdacht und ausgefeilt. Im Inhalt folgt der Verfasser jedoch weitgehend einer "Modernisierungs"-Konzeption, die die Haltung der Fürstenbergs zum Maßstab der Geschichte nimmt und dadurch zu einer konservativ-restaurativen Deutung führt.

Charakteristisch für die vorherrschende Tendenz des Buches sind Bemerkungen wie die, daß die geographische Nachbarschaft fortschrittlicher Länder (Frankreichs und der Schweiz) erschwerend gewirkt, Verhandlungen belastet und Konflikte unmittelbar verursacht habe (S. 40). Das heißt, Eltz erklärt den Einfluß bürgerlich fortgeschrittener Länder nicht als ein positives Faktum, das auf den Fortschritt im südwestdeutschen Raum begünstigend gewirkt hat, sondern als negatives.

Durch dieses den Fortschritt ins Negative umkehrende Verfahren läßt Eltz nicht die bürgerlich-liberalen oder gar radikaldemokratischen Kräfte im bürgerlichen Umwälzungsprozeß als die fortgeschrittensten erscheinen, sondern die fürstlichen Reformer.

Sehr oft bleibt Eltz an der Oberfläche einer täuschenden Idylle, die für das Leben der fürstlichen Familie zutreffen mochte, nicht aber für die standesherrschaftliche soziale Ordnung. Er schildert die Konservierung aristokratischer Lebens- und Denkweisen auf der einen Seite und den Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise auf der anderen, doch er sieht dies nur als persönlichen Konflikt der Fürstenbergs, nicht als gesellschaftlichen Konflikt zwischen ökonomischem Fortschritt und sozialer und politischer Reaktion. Der Klassenkampf von unten erscheint nicht als geschichtsbewegendes Moment, sondern als ein das Legimitätsprinzip der Standesherrschaft beeinträchtigender Störfaktor. Die Reformen von oben, durchaus als Anpassungsprozeß an kapitalistische Produktionsverhältnisse, als Übergang vom feudalaristokratischen Großgrundbesitz zum kapitalistisch wirtschaftenden Privatunternehmen erkannt, werden kaum in ihrer Objekt-Subjekt-Dialektik beschrieben. Der Anpassungsprozeß ist nach Eltz nicht die Durchsetzungsweise objektiver Gesetze, in die das Handeln von Personen und Personenkonstellationen eingebunden ist, sondern er ist die Folge des Handelns von Personen, die aus sich heraus, durch ihre Charaktereigenschaften, Neigungen und Zielstellungen wirken. Ob dabei der konservative Fürst Karl Egon III. mit seinem vergleichsweise liberalen Habitus oder der im Sinne des Liberalismus handelnde Domanendirektor PrestlnarI, von durchaus konservativer Gesinnung, im Blickpunkt stehen: Ihr Handeln ist das einseitige Maß des Fortschritts, das Eltz an die Geschichte anlegt.

Der Verfasser hat ein umfangreiches Aktenmaterial ausgegraben und auf übersichtliche Weise dargestellt. Besonders im ökonomischen Bereich vermittelt er viele detaillierte, aufschlußreiche Erkenntnisse über den Anpassungsprozeß des mediatisierten Adels an den Kapitalismus. Dadurch bleibt der Nutzen des Buches nicht auf die Leser beschränkt, die der idealisierenden und harmonisierenden Darstellung unkritisch zu folgen bereit sind.

## Feudale Spezialitäten

Precious Metals in the Age of Expansion. Papers of the XIVth International Congress of the Historical Sciences. Introduced and edited on behalf of the International Economic History Association by Hermann Kellenbenz = Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hermann Kellenbenz und Jürgen Schneider, Schriftleitung Norbert H. Schneeloch, Bd. 2

In Kommission bei Klett-Cotta, Stuttgart 1981, 364 Seiten

von Jürgen Kuczynski

Immer wieder ist man erstaunt über die Interessenkonzentrationen der Erforscher der Feudalzeit. Schier unübersehbar ist zum Beispiel die Literatur über den Ochsenhandel, und auf der 7. Internationalen Wirtschaftshistoriker-Tagung in Edinburgh 1978 wurde ihm eine ganze Session gewidmet, deren Protokoll auch speziell veröffentlicht wurde. Wenn wir nach einer Ware suchen, der heute eine ähnlich große Literatur gewidmet wird, dann ist nur das Erdöl zu nennen.

Den Feudalforschern steht aber eine mindestens so ausgedehnte Literatur für den Wein und die Produktion wie den Handel mit wertvollen Metallen zur Verfügung.

Von den letzteren handelt der vorliegende Band, dessen Meisterstück zweifellos die Schlußbemerkungen von Hermann Kellenbenz sind. Sie geben eine zusammenfassende Darstellung der Hauptresultate der gewaltigen Literatur der letzten Jahrzehnte, zugleich und speziell eine Synthese der Resultate der Edinburgher Tagung, die in gewisser Weise eine Fortsetzung von Diskussionen auf der Internationalen Historikerkonferenz von 1975 in San Francisco war.

In der kurzen Einleitung zu dem Band teilt uns Kellenbenz mit, daß eine der Hauptaufgaben der Zusammenkunft gewesen wäre, den Stand der Forschung zu überprüfen, zu untersuchen, wie weit man "über die klassischen Standardwerke" von Soetbeer, Nef, Hamilton, Chaunu, Spooner und Braudel sowie Boxers hinausgekommen wäre. Bedenkt man, daß Soetbeers Studien über die Edelmetallproduktion 1879 und Boxers über die Holländer in Brasilien 1973 erschienen sind, dann ersieht man aus der Fragestellung einerseits, wieviel solide und noch heute wichtige Fakten- und Gedankenarbeit in dem Jahrhundert, das die Standardwerke hervorgebracht hat, geleistet worden ist, und zugleich, wieviel in dem folgenden Jahrzehnt hinzugekommen ist, um eine solche Fragestellung sinnvoll erscheinen zu lassen. Und in der Tat war der Zufluß neuer Literatur so erstaunlich, daß es nicht verwundert, wenn an dem Tage, an dem ich von Kellenbenz den Band mit der Bitte um Besprechung erhielt, der Mai-Juni Band der "Annales" gleich einen neuen Beitrag brachte: Michel Cartier, Les importations de métaux monétaires en Chine.

Daß der neueste Beitrag zu dieser Thematik China behandelt, wird nicht verwundern, wenn man in den Schlußbemerkungen von Kellenbenz liest: "Beginnen wir mit Gold. Hier müssen wir bedauernd bemerken, daß die jüngsten Forschungen sich mehr mit den überseeischen Problemen Asiens, Afrikas und Amerikas beschäftigt haben, während die europäische Produktion und Marktlage

noch Raum für eine Fülle von Forschungsarbeit bietet, bevor eine befriedigende Synthese gegeben werden kann". (S. 307)

Zur Silberproduktion bemerkt Kellenbenz, daß Nef bereits die Statistiken von Soetbeer korrigiert hat, und fährt dann fort: "Inzwischen sind diese Angaben (von Nef) wieder ergänzt worden durch die Untersuchungen von Ekkehard Westermann für das Mansfelder Gebiet, durch die von Adolf Laube für Sachsen und die von Jan Kořan für Böhmen." (S. 316)

(Eine Zwischenbemerkung: Da gebildete Wirtschaftshistoriker ihre gegenseitigen Leistungen anerkennen, ist es nicht verwunderlich, daß Kellenbenz gleich einleitend je einen Forscher aus der BRD, der DDR und der ČSSR zitiert. Die Wirtschaftshistoriker in den Ländern des Kapitals sind im allgemeinen Materialisten in ihren Arbeiten, oft denken sie auch dialektisch und haben eine große Hochachtung vor fleißiger Faktenzusammenstellung. Viele von ihnen haben auch Marx, praktisch alle haben marxistische Schriften gelesen, ohne überzeugte Marxisten zu werden, jedoch auch ohne Anti-Marxisten zu sein. In dieser Beziehung besteht ein sehr großer Unterschied zwischen Wirtschaftshistorikern und politischen Historikern.)

Kellenbenz behandelt in dem Abschnitt über das Silber selbstverständlich auch die neueren Forschungen über das Verhältnis des Gold- und Silberpreises. Dabei macht er auf die interessanten Forschungen von Louis Dermigny (La Chine et l'Occident, le Commerce à Canton I) aufmerksam, der fand, "daß in Canton Silber gegen Gold wie 10 : 1 getauscht wurde, während es in Europa im Verhältnis 15 : 1 gehandelt wurde. So ergab sich ein Profit von 25 bis 50 Prozent. Darum war Goldspekulation eine der Hauptattraktionen des Chinahandels über Canton und Amoy während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts." (S. 325)

Anläßlich des Edinburgher Vortrages von Michel Morineau geht Kellenbenz mit Recht ausführlicher auf dessen Forschungen über die europäische Silbereinfuhr aus Amerika ein. Vielleicht ist keine der Standardforschungen der Vergangenheit in solchem Maße widerlegt worden wie die großartigen des Amerikaners Earl J. Hamilton, die vor einem halben Jahrhundert erschienen und mit Recht einen großen Eindruck in der wissenschaftlichen Welt hinterließen. Morineau hat das Glück gehabt, einige präzise Daten über den Silberschmuggel gefunden zu haben. "Morineau erwähnt das Beispiel der Flotte des Marquis de Villarubia, die 1659 aus Amerika zurückkam und fünfmal so viele Piastres an Bord hatte, als Hamilton für ein ganzes Jahr fünf angab." (S. 326) Das heißt, Hamiltons Statistiken behalten ihren Wert als offizielle Angaben der Silbereinfuhr, jedoch nicht als Statistiken der Einfuhr überhaupt.

Die beiden anderen Metalle von Bedeutung, die Kellenbenz in seiner Schlußbetrachtung behandelt, sind Kupfer und Blei. Dem Blei wird jedoch nur wenig Raum gewidmet.

Wenn wir die Schlußbemerkungen von Kellenbenz als ganze überblicken, gewinnen wir für die neueste Zeit den Eindruck einer nicht nur geographisch weit gefächerten Literatur, der jeder Eurozentrismus fern ist - obgleich er in der Terminologie etwa in dem Ausdruck überseeisch noch haftet -, sondern beobachten auch die Teilnahme einer wachsenden Anzahl von Gelehrten aus den Entwicklungsländern an der Forschung gerade zu der hier behandelten Thematik.

Natürlich bringt jeder der Beiträge auf der Konferenz neue Fakten und nicht selten auch neue Ideen, die zum Meinungsstreit anregen. Wenn wir den Beitrag von Kellenbenz hervorgehoben haben, so weil es wohl nur ganz wenige "Schlußbemerkungen" gibt, die eine so umfassende und zugleich ins einzelne gehende Bilanz des Forschungsstandes einer Wissenschaft geben. Man kann sie Standard-Schlußbemerkungen nennen, ein Beispiel für uns alle.

Zum Abschluß seien wenigstens noch die Titel der übrigen Beiträge gegeben:

Wolfgang von Stromer, Die Struktur von Produktion und Verteilung von Bunt- und Edelmetallen an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit und ihre bestimmenden Faktoren

Oszkár Paulinyi, The Crown Monopoly of the Refining Metallurgy of Precious Metals and the Technology of the Cameral Refineries in Hungary and Transylvania in the Period of Advanced and Late Feudalism (1325 - 1700) with Data and Output

Sima Cirković, The Production of Gold, Silver, and Copper in the Central Parts of the Balkans from the 13th to the 16th Century

Ekkehard Westermann, Tendencies in the European Copper Market in the 15th and 16th Centuries

Herman Van der Wee, World Production and Trade in Gold, Silver, and Copper in the Low Countries, 1450 - 1700

Ian Blanchard, England and the International Bullion Crisis of the 1550s

Eugenia W. Herbert, The West African Copper Trade in the 15th and 16th Centuries

Franz Binder, Die Goldeinfuhr von der Goldküste in die Vereinigten Provinzen 1655 - 1675

Adám Szászdi, Preliminary Estimate of Gold and Silver Production in America 1501 - 1610

Adon A. and Jeanne P. Gordus, Potosí Silver and Coinage of Early Modern Europe

Michel Morineau, Des Métaux précieux américains au XVIIIe siècle et de leur influence

Tsing Yuan, The Silver Trade between America and China, 1550 - 1700

Atsushi Kobata, Production and Trade in Gold, Silver, and Copper in Japan, 1450 - 1750

Kristof Glamann, Edelmetallströme und Welthandel vom 16. bis 18. Jahrhundert. Einige Gesichtspunkte

Dazu kommen noch Diskussionsbeiträge von Klaus Friedland (Kiel), Bemerkungen zum Vortrag von Ian Blanchard; István N. Kiss (Budapest), Das Problem des Rechnungsgeldes, Silberäquivalents und Kaufkraft; Zs. P. Pach (Budapest) und Ekkehard Westermann (Ettlingen).



## Abstraktionen der Wirtschafts- und Bewußtseinsprozesse als Gegenstand historischer Betrachtung

Rudolf Wolfgang Müller, Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte  
von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike

Campus Verlag, 2., durchgesehene Auflage Frankfurt am Main/  
New York 1981, 423 Seiten, Preis: 38,- DM

von Hermann Lehmann

Die von Rudolf Wolfgang Müller, Professor für Politische Wissenschaften an der Technischen Universität Hannover, untersuchte Frage nach der historischen Entstehung und Entwicklung der Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen sowie sozialen Beziehungen und den Formen des abstrakten Denkens sowie ihrem psychischen und logischen Fundament in der Form der Identität (diese als individuelles Bewußtsein der Identität der eigenen Person und ihm gegenüberstehend die Umwelt in der Gestalt abgegrenzter, mit sich selbst identischer Objekte, als soziale, klassenmäßig bestimmte Identität und schließlich als reines Bewußtsein der Identität oder "transzendentes Subjekt") berührt den Wirtschaftshistoriker auf doppelte Weise. Zum einen kann er einen Beitrag leisten zur Erhellung des Zusammenhangs der Abstraktionen des Denkens, Resultate eines nicht mehr sichtbaren genetischen Prozesses, mit der Herausbildung und Entfaltung der realen Abstraktionen des Wirtschaftslebens wie Wert, Geld, Kapital usw. Zum anderen ist das eigene Wissenschaftsverständnis angesprochen, wenn die Anwendbarkeit von Begriffen heutiger Fachsprache auf frühere, andersartige Vorgänge zur Diskussion steht; denn die politische Ökonomie vorkapitalistischer Produktionsweisen kann nicht lediglich als Vorform der politischen Ökonomie modernen Wirtschaftens angesehen werden, wenngleich, wie Marx schreibt, in der Anatomie des Menschen ein Schlüssel zur Anatomie des Affen ist. So zeigt die Herausbildung der Kategorie der Arbeit "schlagend, wie selbst die abstractesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit - eben wegen ihrer Abstraction - für alle Epochen, doch in der Bestimmtheit dieser Abstraction selbst ebenso sehr das Product historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen"<sup>1</sup>. Auf eine knappe Formel gebracht, geht es hier um die Bedeutung des Marxschen Ansatzes, wie er am bündigsten im Abschnitt "Die Methode der politischen Ökonomie" der "Ökonomischen Manuskripte 1857/58" dargelegt ist, für wirtschaftshistorische und interdisziplinäre Forschungen zur aufgeworfenen Thematik.

Den eigentlichen Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung bildet die Frage nach der Kontinuität des abstrakten Denkens, die sich gegen einen materialistischen Begründungsversuch zu sperren scheint. "Der Grund-Satz des dialektischen Materialismus 'Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein' scheint sich zumindest in diesen elementaren Formen des Bewußtseins nicht zu bewähren - das ist der herkömmliche Einwand, den man einigermaßen ernst nehmen sollte, denn zweifellos gibt es keine Kontinuität einer einheitlichen Produktions-

<sup>1</sup> Marx, Karl, Ökonomische Manuskripte 1857/58, in: Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), 2. Abt., Bd. 1, T. 1, Berlin 1976, S. 40.

weise von der Antike bis zur Neuzeit, ist die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Produktion erst in Europa nach dem Mittelalter entstanden. ... Nach diesem Einwand wären solche grundlegenden Formen der Bewußtseinstätigkeit, Kategorien wie Identität und Widerspruch, Zahl und Quantität, Raum und Zeit, als allgemeine Kategorien der rationalen Weltauffassung zu begreifen. Zwar wären sie als einmal entstanden zu denken (eine nicht von vornherein selbstverständliche Vorstellung), aber nicht aus einem bestimmten gesellschaftlichen Sein, sondern allgemein aus der Entstehung der Gattung des Homo sapiens überhaupt ... Und selbst wenn ... für die Herausbildung dieser Kategorien der menschlichen Vernunft ein Zusammenhang mit den Erfahrungen beim Umgang mit physischen Objekten bei der täglichen Lebenserhaltung oder sogar mit der gesellschaftlichen Arbeit angenommen wird, bliebe eine solche Annahme immer noch indifferent gegenüber der schärferen Fragestellung im Sinne des Grundsatzes vom gesellschaftlichen Sein, das das Bewußtsein bestimmt: insofern sich nämlich eine besondere, historisch-gesellschaftlich spezifische Gestalt der Lebenserhaltung durch Arbeit schon in den elementaren Formen des Bewußtseins niederschlägt; inwiefern die uns selbstverständlich als wissenschaftlich geltende Gestalt der Rationalität schon ihren einfachsten Voraussetzungen nach, wie der Vorstellung eines aufgrund eines kategorialen Apparats die Gegenstände seiner Umwelt begrifflich erkennenden Subjekts, das Produkt einer besonderen, historischen Gesellschaftsform ist und mit dieser zusammen zur 'Aufhebung' bestimmt ist; inwiefern also 'unsere' Vernunft mit ihren elementaren Formen eben nicht einfach die menschliche Vernunft ist." (S. 14 f.)<sup>2</sup> Es wäre "wenig aussichtsreich, so elementare Formen wie die der Identität oder der Quantität erst aus dem Zusammenhang des Auftretens der kapitalistischen Produktionsweise in Europa etwa seit dem 16. Jahrhundert entwickeln zu wollen. Der Hinweis wäre unausbleiblich, daß jedenfalls im Rahmen der traditionellen Logik und der darauf bauenden Seinserkenntnis der philosophischen Überlieferung schon viel früher Formen der uns selbstverständlichen Rationalität gebraucht wurden, daß insbesondere etwa die 'Kategorien der rationalen Weltauffassung' und ihre systematische Anwendung in der Neuen Welt bereits im antiken Griechenland bekannt waren ... Mit dieser frühen Geschichte des 'europäischen Geistes' hat die kapitalistische Gesellschaft nur eines gemeinsam: Die Zirkulation von Arbeitsprodukten als Waren. Nur in diesem sehr eingeschränkten, aber doch keineswegs bedeutungslosen Sinn hat das moderne, nämlich kapitalistische Europa mit wesentlichen Teilen der griechischen und der römischen Antike ... eine Gemeinsamkeit in der gesellschaftlichen Gestalt der materiellen Lebenserhaltung." (S. 15 f.) Müller will einen Beitrag zu der Frage leisten, "inwiefern bestimmte, uns selbstverständliche Grundformen des rationalen Erkennens, ja dieses Erkennens überhaupt als 'theoretisches' Erkennen, in der Sphäre der Zirkulation von Waren bzw. Geld begründet sind; einer Zirkulation, die sich einerseits gegenüber der Sphäre der eigentlichen Produktion neutral zeigt und gerade im Verhältnis zur kapitalistischen Produktion eine bloß 'abstrakte' Sphäre ist, andererseits als einfache Zirkulation doch Moment dieser Form der gesellschaftlichen Produktion ist. Gerade weil der Warenaustausch und die aus ihm erwachsenden Formen des Geldes ganz verschieden organisierten Produktionsweisen überlagert sein können, weil also an der Oberfläche die moderne und die antike bürgerliche Gesellschaft so frappant ähnlich sind, wird die Vorstellung von der 'Wiege des europäischen Geistes in Griechenland' einerseits einigermaßen begründet, andererseits in ihrem oberflächlichen Charakter einschätzbar. Wenn die grundlegenden Formen dieses reinen Geistes in der Zirkulations-sphäre begründet sind, dann muß auch begrifflich werden, weshalb diese Formen von ihrer Grundstruktur her für den gesellschaftlichen Produktionszusammenhang blind sein müssen." (S. 16)

<sup>2</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Aus diesem Anliegen ergibt sich der Gang der Darlegung. Im ersten Abschnitt "Die Genesis des bürgerlichen Subjekts aus der Zersetzung der naturwüchsigen Vergesellschaftung durch den zum Subjekt sich erhebenden Tauschwert" behandelt der Autor in enger Anlehnung an das dritte Kapitel über das Geld oder die Warenzirkulation im ersten Band des "Kapitals" die Entwicklung der Geldformen der Ware sowie die "Auflösung direkt vergesellschafteter Gemeinwesen durch das zum Selbstzweck entwickelte Geld und die Entstehung des theoretischen Bewußtseins". Der zweite Abschnitt "Individuelles Identitätsbewußtsein und Kategorien der Rationalität in ihrer Bezogenheit auf ein überempirisches Subjektbewußtsein" befaßt sich mit "Hume: die Identität von Objekt und Subjekt als Fiktion" sowie "Kant: Rekurs auf eine überempirische Begründung der Identität" und setzt sich kritisch mit Jean Piagets genetischer Begründung der Rationalität und ihres Subjekts sowie mit Theodor W. Adornos und Max Horkheimers Auffassung vom Transzendentalsubjekt als unbewußter Ausdruck gesellschaftlicher Arbeit auseinander. Der dritte Abschnitt "Vorstufe von individueller Identität und abstrakter Rationalität in vorbürgerlichen Gemeinwesen (Interpretationen)", mit dem jene Leser das Buch beginnen sollten, denen die vorausgehenden 200 Seiten abstrakter Darlegung zu ermüdend sind, beschreibt anregend "Identität und Rationalität in 'unterentwickelten' Gesellschaften" sowie die "Genesis der Identität in frühgriechischen Gemeinwesen" durch Gegenüberstellung der homerischen Epen und der Lyrik des Archilochos.

Das Problematische dieser Analyse liegt in dem Anspruch, Grundlegendes zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike auszusagen, also von Formen menschlichen Denkens und Handelns, die nicht, einmal entstanden, einfach weiterwirken auf der Grundlage der Zirkulationssphäre der Waren, sondern sich stets erneut reproduzieren in vorkapitalistischen Produktionsweisen, in der kapitalistischen und in der sozialistischen Produktionsweise, und zwar auf der Grundlage der realen Abstraktionen der Produktionsweise selbst und nicht nur einer ihrer abstrakten Sphären. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht die Rolle dieser Formen in der kapitalistischen Produktionsweise, obwohl, was Umfang und Konkretheit der Darlegung anbelangt, die vorkapitalistischen Produktionsweisen dominieren. Die Beleuchtung vorkapitalistischer Formen des Identitätsbewußtseins soll vor allem das Charakteristische der kapitalistischen Problematik hervortreten lassen. Das Denken und Handeln unter sozialistischen Bedingungen rückt der Autor wohl ins Blickfeld, um seine Suche nach Auswegen aus kapitalistisch bestimmter Rationalität zu dokumentieren. Am überzeugendsten ist dem Verfasser die Erklärung vorkapitalistischen abstrakten Denkens aus der Entwicklung von Ware und Geld gelungen. Da seine auf Marx gestützte ökonomische Argumentation jedoch mit der Erläuterung der Schatzbildung abbricht, bleibt die Erörterung der Grundprozesse der Wirtschafts- und Lebensweise im Kapitalismus in Andeutungen stecken. Völlig spekulativ sind die Vorstellungen über den Sozialismus.

Der entscheidende Mangel des Buches ergibt sich daraus, daß eine interdisziplinär angelegte Thematik von einem Autor aufgegriffen wird, der für ein solches Vorhaben wohl viele, aber nicht alle erforderlichen Voraussetzungen mitbringt. So belegt die Abhandlung die an sich bekannte Wahrheit, daß die Anfangsgründe der Marxschen politischen Ökonomie allein für ein derartiges Unternehmen keine tragfähige Basis abgeben. Marx' Bemerkung "In der That aber ist das Aufhäufen des Geldes um des Geldes willen die barbarische Form der Produktion um der Produktion willen, d. h. Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit hinaus über die Schranken herkömmlicher Bedürfnisse."<sup>3</sup> erklärt keineswegs die Abstraktionen der tatsächlichen kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte über die herkömmlichen Bedürfnisse hinaus; hier hätte die ganze marxistisch-leninistische politische Ökonomie be-

3 Marx, Karl, Ökonomische Manuskripte und Schriften 1858 - 1861, in: MEGA, 2. Abt., Bd. 2, Berlin 1980, S. 196.

rücksichtigt werden müssen. Zudem verschenkt der Autor, indem er Kant hervorhebt, Hegel aber beiseite läßt, die Möglichkeit, in der Hegelschen Dialektik einen Umschlag abstrakten Denkens darzustellen und die von ihm mit Recht, aber zurückhaltend zitierten Marxschen "Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844" für die vorliegende Problematik auszuschöpfen. Weiterhin sei angeführt, daß in einer Thematik mit einer Zeitspanne von reichlich zweieinhalb Jahrtausenden wirtschaftshistorische Forschungen nicht nur punktuell einzusetzen sind; gerade die interessanten Darlegungen zur Antike lassen das Fehlen ähnlicher konkreter Überlegungen für die spätere Zeit schmerzlicher empfinden. Nicht unerwähnt bleiben sollte der Umstand, daß die soziologische Forschung kaum präsent ist. Um aber eine monokausal ökonomische Ableitung von Bewußtseinserscheinungen zu vermeiden, hätte nachgerade auf die soziale Vermittlung - über die Identität des Individuums als Angehöriger einer Klasse und die Identität einer Klasse als gesellschaftliche Kraft - Wert gelegt werden müssen. Denn die Entwicklung der Abstraktionen, vornehmlich in bezug auf Wert und Geld - und nur ganz allgemein zum Kapital - betrachtet, geht nicht nur einher mit der "Auflösung direkt vergesellschafteter Gemeinwesen" sowie der Durchsetzung einer Vergesellschaftung über Geld und Markt; Abstraktionen sind auch Ausdruck sich neu konstituierender sozialer Identitäten, zum Beispiel der Bourgeoisie und des Proletariats im Industriekapitalismus. Am Rande klingt diese Einsicht an. Alles in allem wirft Müller eine wichtige Problematik auf und stößt daher auch auf Interesse, nur wäre hier eine weise Beschränkung angeraten gewesen.



### Eine neue regionalgeschichtliche Schriftenreihe

Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt, hg. v. Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, dem Staatsarchiv Dresden und der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt des Kulturbundes der DDR

Heft 1, Karl-Marx-Stadt 1979, 91 Seiten und Abbildungen, Preis: 4,- M; Heft 2, Karl-Marx-Stadt 1980, 81 Seiten und Abbildungen, Preis: 4,- M

von Dorle Zilch

Seit 1979 erscheint unter dem Titel "Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt" eine neue Reihe, die an die "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt"<sup>1</sup> anschließt. Ausgehend von den höheren Anforderungen an die regionalgeschichtliche Forschung, die sich aus der aktuellpolitischen Notwendigkeit des noch tieferen Eindringens in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sowie der weiteren Qualifizierung der Geschichtspropaganda ergeben, stellen sich die Herausgeber das Ziel, neue, den Bezirk betreffende sowie methodisch vorbildliche geschichtswissenschaftliche Forschungsergebnisse zu publizieren. Dabei sollen wesentliche ökonomische, soziale, politische und ideologische Erscheinungen und Entwicklungen berücksichtigt, neue Quellen erschlossen sowie durch historiographische Untersuchungen Grundlagen für eine intensive Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Heimatgeschichtsschreibung geschaffen werden (I, S. 5)<sup>2</sup>.

Dieses Grundanliegen ist vor allem insofern zu begrüßen, als es auf die Berücksichtigung aller Seiten des historischen Prozesses sowie auf die Popularisierung neuer heimatgeschichtlicher Erkenntnisse orientiert. Allerdings vermißt man konzeptionell eine klare Berücksichtigung des kulturellen Aspektes, dem - nicht nur in der Regionalgeschichte - im Rahmen der Komplexität gesellschaftlicher Erscheinungen besondere Bedeutung zukommt, zumal in den bisher erschienenen Heften bei weitem sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge sowie Studien zur politischen Entwicklung überwiegen. Obwohl die ersten beiden Hefte noch kein endgültiges Urteil erlauben, sollten die Herausgeber doch darauf bedacht sein, entsprechend der Forderung, auch in der Regionalgeschichte alle Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens bei der Ausarbei-

1 Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, hg. v. Rat der Stadt/ Stadtarchiv, H. 1 ff., 1952 ff.

2 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Hefte; die römische Zahl bezeichnet die Heftnummer.

des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes in ihrer Dialektik zu erfassen,<sup>3</sup> ihre Konzeption entsprechend zu erweitern.

Im Interesse der aktuellen wissenschaftspolitischen Anforderung, die Qualität der heimatgeschichtlichen Forschung und Propaganda zu erhöhen,<sup>4</sup> wäre es zu begrüßen, wenn die neue Reihe darüber hinaus methodologische Arbeiten zu wesentlichen Problemen der marxistischen Regionalgeschichte aufnehmen würde. Außerdem zeigt die Analyse, daß die offensive Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung bisher noch fast keinen Niederschlag fand, obwohl gerade regionale Untersuchungen konkret und anschaulich das Wirken der Volksmassen darstellen und Geschichtsfälschungen ad absurdum führen können.

Ungeachtet dieser Wünsche zeichnen sich die Beiträge der ersten Hefte sowohl im Hinblick auf die Gegenstände als auch auf die dabei behandelten Epochen durch eine erfreuliche Vielfalt und ein im allgemeinen gutes Niveau aus.

Zwei Aufsätze sind der Geschichte der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Agrargeschichte der DDR gewidmet, zwei Studien behandeln die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus, eine Arbeit ist von historiographischer Natur. In weiteren Aufsätzen werden Probleme der Agrargeschichte des 18. Jahrhunderts, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Zeit der frühbürgerlichen Revolution sowie der Stadtgeschichte des 12. und 13. Jahrhunderts untersucht.

Folgen wir der Chronologie, so steht an erster Stelle der anspruchsvolle Aufsatz von Manfred Koch "Zur Frühgeschichte Zwickaus. Bemerkungen zu Stadt und Vorstadt im 12. und 13. Jahrhundert" (II, S. 49 - 64). Auf der Basis einer ausführlichen quellenkritischen Betrachtung, wobei er auch internationale Literatur heranzieht, leitet der Autor für die frühstädtische Phase Zwickaus Grundlinien seiner Entwicklung ab (II, S. 61 - 64) und kommt dabei zu gewissen Verallgemeinerungen. Hervorzuheben sind methodische Hinweise zur weiteren Stadtgeschichtsforschung, besonders für die komplexe, teilweise interdisziplinäre Anwendung des diplomatisch-philologischen, archäologisch-topographischen, kirchen- und kunstgeschichtlichen Instrumentariums (II, S. 49).

Helmut Bräuer beschäftigt sich mit dem "Sozialen Platz der Lohnarbeiter in einigen westsächsischen Städten am Ausgang des 15. und im 16. Jahrhundert" (II, S. 29 - 48) und versucht dabei, die Differenziertheit in der Zusammensetzung der Lohnarbeiterschaft in sozialökonomisch-rechtlicher Hinsicht zu zeigen. Sein Untersuchungsfeld umfaßt jene Städte Westsachsens, deren Bevölkerung weitgehend vom Textilgewerbe, Handel und Ackerbau lebten. Um die einzelnen Gruppen von Lohnarbeitern am besten charakterisieren zu können, werden sie aus ihren "ökonomischen Wirkungsfeldern" heraus erfaßt: 1. Lohnarbeiter im Hammer- und Hüttenwesen; 2. Lohnarbeiter in der Textilproduktion; 3. Lohnarbeiter in Handel und Transport; 4. Stückwerker und Tagelöhner; 5. Knechte und Mägde. Bräuer versucht, Arbeitsverhältnisse, Entlohnung, Rechtsstellung sowie politische Mobilität dieser frühen Lohnarbeiterschaft zu erfassen.

3 Vgl. Barthel, Horst, Aufgaben und Probleme der regionalgeschichtlichen Forschung und Propaganda in der DDR, in: Aufgaben und Probleme der regionalgeschichtlichen Forschung und Propaganda in der DDR. Arbeitsmaterial für die Fachgruppen Heimatgeschichte/Ortschronik des Kulturbundes der DDR, Nr. 6/1979, S. 37 f.; Gutsche, Willibald, Geschichtsbewußtsein, Erbpflege und Heimatgeschichte - Prinzipien sozialistischer Kulturpolitik, in: Informationen, hg. v. Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Nr. 1/1981, S. 6.

4 Vgl. Gutsche, Willibald, Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR vor neuen Aufgaben. Rechenschaftsbericht auf der Ersten Zentralen Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR, in: ebenda, Nr. 2/1981.

Ein einigen Stellen seines seiner als Diskussionsbeitrag gekennzeichneten Veröffentlichung stellt er einen Vergleich der eigenen differenzierten Untersuchungsergebnisse mit allgemeinen Aussagen in der Literatur her. Die Arbeit zeichnet sich durch die Auswertung umfangreichen Materials sowie große Quellennähe bei der Darstellung aus.

Der Beitrag von Rudolph Strauß behandelt die "Bäuerlichen Klassenkämpfe in den Herrschaften Auerswalde und Lichtenwalde unter dem Grafen Watzdorf 1722 - 1764" (I, S. 52 - 72). Nach einem Überblick über die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland vom 14. bis 18. Jahrhundert, insbesondere der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (I, S. 52 - 55), beschreibt Strauß die Lage der Bauern unter den konkreten Bedingungen gutsherrlicher Verhältnisse in der Nähe von Chemnitz Mitte des 18. Jahrhunderts. Er weist nach, daß die verschärfte Ausbeutung zu einem wachsenden Widerstand der abhängigen Bauern führte, die bis zum Gericht gingen und in einem langwierigen, über Jahre geführten Prozeß den Sieg davontrugen. Strauß berichtet hier über erste Anfänge der Aufhebung der zweiten Leibeigenschaft unter aktiver Mitwirkung von Vertretern des Bürgertums, die erkannten, "daß die Verbesserung der Lage der bäuerlichen Produzenten Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung auch der Städte, also für die Wohlfahrt des gesamten Landes erforderlich sei" (I, S. 60). Mit seinen Ergebnissen belegt Strauß überzeugend bereits getroffene Verallgemeinerungen zur Entwicklung des bäuerlichen Klassenkampfes im Spätfeudalismus.

Der Geschichte der Regionalgeschichtsschreibung hat Helmut Bräuer seinen biographisch angelegten Aufsatz "Reinhard Zöllner, 1844 - 1877. Über progressive Ansätze und klassenmäßige Grenzen seines Geschichtsverständnisses" (I, S. 35 - 51) gewidmet. Es gelingt Bräuer, dem Leser das geschichtswissenschaftliche Werk des Chemnitzer Historikers Reinhard Zöllner nahezubringen. Der Autor zeigt einleitend, wie die politische und wirtschaftliche Situation in Chemnitz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das politisch-historische Denken bürgerlicher Intellektueller beeinflusste und gute Möglichkeiten zur Entfaltung der Lokalgeschichtsforschung bot. Bräuer stellt die Widersprüchlichkeit im Werk dieses bürgerlich-liberalen Historikers dar, dessen progressive Bestrebungen vor allem in seinen weitgehend materialistischen Ansätzen zu sehen sind. Als weitere Verdienste Zöllners werden insbesondere seine Erkenntnis über die Notwendigkeit der Behandlung der Geschichte der Arbeiter sowie seine methodischen Hinweise zur Qualifizierung der Stadtgeschichtsschreibung hervorgehoben. Die Forderung nach Quellennähe, um die Wissenschaftlichkeit der Aussagen und Wertungen zu erhöhen, ist auch heute noch aktuell. Dennoch, so weist Bräuer nach, setzte die bürgerliche Klassenposition Zöllner Grenzen, die sich vornehmlich in gewissen linksliberalen Illusionen über das Zusammengehen von Proletariat und Bourgeoisie sowie in dem Bestreben äußerten, Geschichtsschreibung und Politik streng voneinander zu trennen.

Mit der bisher wenig untersuchten Problematik des Verhältnisses von Möglichkeiten und Grenzen des Kampfes der Kommunisten im Rahmen der bürgerlichen Republik beschäftigt sich Gert Richter in seinem Beitrag "Zu verfassungsmäßigen Grundlagen der Kommunalpolitik der KPD im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, besonders in den Jahren von 1924 bis 1929" (I, S. 22 - 34). Deutlich stellt Richter die Kompliziertheit des Kampfes der Kommunisten im Stadtparlament, vor allem bei den Auseinandersetzungen mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften, dar. Richter ist es ebenfalls gelungen, die Abhängigkeit der Arbeit der KPD in dieser Region von der politischen Situation im Reich zu demonstrieren. Er zeigt, daß überregional gültige Rechtsvorschriften wie die Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen und die Verfassung des Deutschen Reiches großen Einfluß auf die Tätigkeit der proletarischen Partei in ihrem regionalen Wirkungsbereich hatten. Verschenkt hat der Autor Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Parlamentarismus, indem er ihn, auch Parallelen zur heutigen bürgerlichen Demokratie ziehend, als undemokratisch hätte entlarven können. Auf die mit seinem Thema eng zusammenhängenden,

höchst aktuellen Fragen der Strategie und Taktik demokratischer Kräfte im antiimperialistischen Kampf auf regionaler Ebene ist er ebenfalls nicht näher eingegangen.

Dem Kampf der Kommunisten, diesmal unter den Bedingungen des Faschismus, widmet sich auch Steffen Kranich mit seinem Beitrag "Das Ringen um die Einbeziehung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in den antifaschistischen Widerstandskampf - dargestellt am Beispiel von Chemnitzer Betrieben" (II, S. 21 - 28). Der Autor demonstriert am Beispiel von sieben Großbetrieben die unterschiedlichen Kampfbedingungen sowie die Schwierigkeiten des Kampfes der Kommunisten und anderer Antifaschisten bei der Arbeit mit ausländischen Arbeitskräften. Als wesentliche Formen des Zusammenwirkens werden materielle Hilfe, politisch-ideologische Arbeit - namentlich Erziehung zum proletarischen Internationalismus - und die Organisierung von Störaktionen genannt, deren ökonomische Auswirkungen sehr beachtlich waren. Darüber hinaus weist Kranich nach, daß verschiedene illegal wirkende antifaschistische Organisationen nicht nur in einem Betrieb oder einer Stadt tätig waren, sondern auch regional zusammenwirkten und gemeinsam mit jenen, die in den von Deutschland okkupierten Ländern bestanden, einen Beitrag zur militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg leisteten.

Von besonderem Interesse ist die Studie Hanns-Heinz Kaspers zur Agrargeschichte der DDR mit der Überschrift "Die Maschinen-Traktoren-Stationen - Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande und ihre Rolle bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft (Eine regionalgeschichtliche Untersuchung über den Beitrag der MAS der Kreise Zwickau und Stollberg zur sozialistischen Umgestaltung in den Jahren 1952 - 1955)" (II, S. 5 - 20). Im Vergleich mit der Situation in der gesamten sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR bezüglich des Maschinenparks und der Wirkungsweise der MAS/MTS schildert der Autor, wie diese immer besser ihren Aufgaben bei der politisch-ideologischen Hilfe für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes, bei der produktionstechnischen Betreuung und bei der Hilfeleistung auf wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und organisatorischem Gebiet gerecht wurden. Der Leser erhält ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, und über die Lösungswege zum Beispiel bei der Durchsetzung der Schichtarbeit zur besseren Auslastung der Maschinen, bei der Verringerung der Arbeitskräftefluktuation in den MAS/MTS, bei der Schaffung fester Stützpunkte für die MTS und hinsichtlich der Zusammenarbeit von LPG und MTS. Man erfährt auch, daß gerade die MTS der Hetze der bürgerlichen Massenmedien in der BRD ausgesetzt waren. Dieses Problem wird aber nicht in seiner vollen Tragweite dargestellt, denn die Auswirkungen dieser DDR-feindlichen Propaganda, wie die Republikflucht vieler Bauern, bleiben unberücksichtigt. Hervorzuheben ist, daß es dem Autor gelungen ist, die Dialektik von Politik und Ökonomie zu veranschaulichen.

Zu einigen "Aspekten der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Gedanken zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR" schreibt Hans-Joachim Schröter im ersten Beitrag des 1. Hefes (S. 6 - 21). Er will zeigen, wie es der SED, den staatlichen und gesellschaftlichen Organen und den Werktätigen gelungen ist, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Bezirk Karl-Marx-Stadt zu verwirklichen, welche Unterschiede es zum Durchschnitt der Entwicklung in der DDR gibt und welche besonderen Probleme der Bezirk hat. Dazu bringt Schröter auf der Basis der Bezirksstatistik und des Statistischen Jahrbuches der DDR eine Vielzahl von Daten. Die ökonomischen Leistungen werden anhand der Investitionen, der industriellen Bruttoproduktion, der Neuererbewegung und der Ergebnisse der Landwirtschaft dargestellt und die Sozialpolitik im wesentlichen mit Daten zum Wohnungsbauprogramm, zum Verkehrswesen, zu den Dienstleistungen und Reparaturen, Kindergärten und -krippen, dem Gesundheitswesen, der Volksbildung und Kultur belegt. Leider wird das Material zu wenig verarbeitet, so daß der Leser die **E i n h e i t** von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie in der Ziel-



stellung formuliert, kaum erkennen kann. Deshalb gelingt es dem Autor auch nicht, Entwicklungsprobleme des Bezirkes darzustellen.

Zu jedem Heft gehört ein ausführlicher Rezensionsteil. Hervorzuheben ist, daß in der ersten Nummer in einer längeren Besprechung eine Auswertung der bisher für den Bezirk Karl-Marx-Stadt vorliegenden Bände der Reihe "Werte unserer Heimat" vorgenommen wird (Ernst Barth, S. 73 - 77). Die neue Publikationsreihe verspricht, zu einem wichtigen Organ für die Regionalgeschichtsschreibung im Bezirk Karl-Marx-Stadt zu werden.

Paul-Rugenstein-Verlag, Köln 1967, 320 Seiten

Die bereits in den letzten vorangegangenen Bänden (vgl. Rezension 19. Jahrgang für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 4, S. 125 ff.) geht es der Gruppe von autoritativen DDR-Autoren - Historikern und Soziologen - im dritten Teil der "Sozialstrukturanalyse" um zwei Ziele, um die Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen Theorien der bürokratischen Ostforschung zur Entwicklung der DDR, umfassen und über Partei in der Sowjetunion und der BRD sowie um die Analyse von wesentlichen historischen Aspekten der politischen und sozialen Situation der Arbeiterklasse der DDR und der BRD.

Bei der sechs Studien sind der jeweiligen Wirtschaftse- und Sozialwissenschaft gewidmet. Die Autoren analysieren das Verhältnis zwischen Staat, Grundbesitz und Eigentümern in sozialistischen Politik. Während des letzten Jahrzehnts vor der GRD-Übernahme, die "Länge" der landwirtschaftlichen Produktion in Sowjetunion 1947 und die Sozialstruktur der BRD 1966 der westlichen Länder.

Die Beiträge zur DDR-Geschichte haben ihren aktuellen Ausgangspunkt in der "weiter ausbreitenden Arbeiterlosigkeit in der BRD". Die Frage, wie es um die DDR in ihrer historischen Entwicklung gelang, die Arbeiterlosigkeit zu verringern und diese negative Folge für die innere Struktur der Arbeiterklasse zu überwinden, steht sich wie ein zentraler Faden durch die Untersuchungen zur Struktur, zu den Arbeitsbedingungen und zur politischen Organisation der Arbeiterklasse in der DDR.

In diesem Zusammenhang scheint Rainer Hilbig in seinem Beitrag "Die Struktur der Arbeiterklasse der DDR" einem Problem besondere Aufmerksamkeit zu widmen, das bisher in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Literatur der DDR nur noch unzureichende Beachtung fand: der Bedeutung der Arbeiterlosigkeit und ihrer Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Arbeiterklasse. Hilbig orientiert sich vor zwei Folgeuntersuchungen der Abschaffung der Arbeiterlosigkeit.

1. Die Bedeutung der DDR als Arbeiterklasse in kapitalistischen Gesellschaften (Struktur- und Differenzierung in einem aktiv-erwerbsfähigen Teil und in einer "inaktiven Reservearmee").

2. Die Aufhebung der sich über die industrielle Revolutionen verhängenden "Verdinglichungsprozesse" (Abschiebeprozesse) und "Bismarck'scher" ökonomischer Gruppen (V. B. Kompartiment, Oberschicht, Landbesitzer, aber auch "realen, Arbeiter" (S. 20); Hilbig konstatiert Ergebnis seiner Analyse zu dem Schluss: "Die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit bedeutet daher nicht nur die die Bewältigung des zentralen Verdinglichungsprozesses sozialer Deklassierung- und Verdinglichungsprozesse." (S. 21)

Die Beiträge spiegeln die außerordentliche Reife der Autoren wider, zeigen sich durch eine detaillierte Kenntnis der Quellen für die Literatur und die Veröffentlichungen von DDR- bzw. westdeutscher Geschichtswissenschaften wurden sorgfältig durchgearbeitet. Die Auseinandersetzung mit bürokratischen Darstellungen und Problematik in allen Beiträgen beweist, die erlangt haben tiefen und sorgfältigen. Auf die Erhebung statistischer Quellen als

## ANNOTATIONEN

Beiträge zur Sozialismusanalyse III, hg. v. Peter Brokmeier und Rainer Rilling

Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1982, 220 Seiten

Wie bereits in den beiden vorangegangenen Bänden (vgl. Annotation in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 4, S. 135 f.) geht es der Gruppe progressiver BRD-Autoren - Historiker und Soziologen - im dritten Teil der "Sozialismusanalyse" um zwei Ziele: um die Auseinandersetzung mit den antikomunistischen Thesen der bürgerlichen Ostforschung zur Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Sowjetunion und der DDR sowie um die Analyse von wesentlichen historischen Aspekten der politischen und sozialen Situation der Arbeiterklasse der UdSSR und der DDR.

Drei der sechs Studien sind der sowjetischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte gewidmet. Die Autoren analysieren das Verhältnis zwischen Staat, Großgrundbesitz und Bourgeoisie im zaristischen Rußland während des letzten Jahrzehnts vor der Oktoberrevolution, die Tätigkeit der Leningrader Betriebskomitees im Revolutionsjahr 1917 und die Sozialstruktur der KPdSU Ende der zwanziger Jahre.

Die Beiträge zur DDR-Geschichte haben ihren aktuellen Ausgangspunkt in der weiter anschwellenden Arbeitslosigkeit in der BRD. Die Frage, wie es der DDR in ihrer historischen Entwicklung gelang, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und deren negative Folgen für die innere Struktur der Arbeiterklasse zu überwinden, zieht sich wie ein roter Faden durch die Untersuchungen zur Struktur, zu den Arbeitsbedingungen und zur politischen Organisation der Arbeiterklasse in der DDR.

In diesem Zusammenhang schenkt Rainer Rilling in seinem Beitrag "Die Sozialstruktur der Arbeiterklasse der DDR" einem Problem besondere Aufmerksamkeit, das bisher in der wirtschaftshistorischen Literatur der DDR unseres Erachtens noch unzureichende Beachtung fand: der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und ihrer Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Arbeiterklasse. Rilling konzentriert sich auf zwei Folgeerscheinungen der Abschaffung der Arbeitslosigkeit:

- "1. die Beseitigung der für die Arbeiterklasse im Kapitalismus konstitutiven Strukturdifferenzierung in einen aktiv erwerbstätigen Teil und in eine industrielle Reservearmee",
- "2. die Aufhebung der sich über die industrielle Reservearmee vermittelnden Verelendungstendenzen (Abstiegsprozesse) und 'klassischer' unterprivilegierter Gruppen (z. B. Lumpenproletariat, Obdachlose, Landproletariat, aber auch Frauen, Ausländer)" (S. 88). Rilling kommt im Ergebnis seiner Analyse zu dem Schluß: "Die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit bedeutet daher nichts anderes als die Beseitigung des zentralen Vermittlungsglieds sozialer Deklassierungs- und Verelendungsprozesse." (S. 89)

Alle Beiträge spiegeln die außerordentliche Belesenheit der Autoren wider, zeichnen sich durch eine detaillierte Kenntnis der Quellen und der Literatur aus. Veröffentlichungen von DDR- bzw. sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern wurden sorgfältig durchgearbeitet. Die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Darstellungen zur Problematik ist allen Beiträgen immanent. Sie erfolgt ebenso profund wie engagiert. Auf die Erschließung statistischer Quellen als

Beweismaterial legten die Autoren besonderen Wert. Das Ergebnis ist eine erfreulich sachbezogene und überzeugende Argumentation für den realen Sozialismus.

Jörg Roesler

O. W. A. Boonstra, Gecomputeriseerd Historisch Onderzoek.  
Stand van zaken - Perspectief (Historische Forschung mit Hilfe  
von Computern. Stand der Dinge - Perspektive)

Katholieke Universiteit

Nijmegen, Sectie Geschiedenis, September 1981, 110 Seiten,  
Preis: 10,- hfl

Auf den ersten vierzig Seiten dieser Broschüre gibt der Verfasser eine Einführung zur Anwendung von Computern in der Geschichtsschreibung, wobei er sich nicht nur auf Anwendungen in der numerischen Analyse beschränkt, sondern auch textologische Analysen berücksichtigt. Es wird eine Vielzahl praktischer Hinweise - bis hin zu finanziellen Fragen für den niederländischen Anwender gegeben. Die im Anhang A referierten verschiedenen Methoden werden mit Literaturverweisen auf gelungene historische Anwendungen gepaart, die Literaturübersicht (195 Titel) ist um Vielfalt bemüht (natürlich dominieren Veröffentlichungen aus den USA und den Niederlanden, aber auch die meisten anderen europäischen Länder sind mit mehreren Veröffentlichungen vertreten). Besonders nützlich für den Leser ist die im Anhang B gegebene Übersicht über 45 in den Niederlanden laufende Projekte zur Anwendung von Computern in der historischen Forschung.

Thomas Kuczynski

Gunnar Heinsohn/Rolf Knieper/Otto Steiger, Menschenproduktion.  
Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1979, 258 Seiten, Preis: 11,- DM

Kindervernachlässigung und rascher Geburtenrückgang in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere auch in der BRD, die seit Ende der siebziger Jahre als einziges Land der Erde eine Geburtenrate unter 10 Promille zu verzeichnen hat, bildeten für die Autoren des insgesamt lesenswerten Bandes den unmittelbaren Anlaß für ihre Untersuchungen zum Reproduktionsprozeß der Bevölkerung und seiner Interpretationsversuche durch verschiedene Bevölkerungstheorien.

Ausgehend von einem auf dem Gebiet der Geschichte der Bevölkerungspolitik wohl einmalig umfangreichen Literaturstudium und einer tiefgreifenden Erschließung historischer Quellen, wird versucht, Ursachen für die Bevölkerungsdynamik in verschiedenen Produktionsweisen, von der antiken bis zur sozialistischen, aufzudecken und die jeweils praktizierte Bevölkerungspolitik einer prinzipiellen Kritik zu unterziehen. In der Quellenerschließung und in der im wesentlichen zutreffenden Interpretation der Bevölkerungstheorien der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie von Adam Smith und David Ricardo bis hin zur Chicagoer Schule besteht zweifellos der unmittelbare Wert der Arbeit.

Andererseits ist auf eine Reihe prinzipieller Mängel hinzuweisen. Obwohl die

Autoren an und für sich richtig von der determinierenden Rolle ökonomischer Faktoren für die Fortpflanzung des Menschen ausgehen, kommt es bei der Betrachtung des Verhältnisses von Produktionsweise und Bevölkerungsentwicklung durchgehend zu einer Überbetonung der Rolle von Überbaufaktoren. Dadurch werden oftmals richtige Ansatzpunkte und einzelne Einflußfaktoren zu bevölkerungspolitischen Maßnahmen hochstilisiert, und es kommt zu unzulässigen Aussagen, wie: "Mit der Hexenverfolgung ... sollte eine Blüte der mittelalterlichen Naturwissenschaft, das physikalische und chemische Instrumentarium für die Geburtshilfe und vorrangig für die Schwangerschaftsverhütung ... zerstört werden." (S. 15), in denen dem Verhütungswissen, der Verhütungsfähigkeit bzw. bestimmten administrativen Maßnahmen eine entscheidende Rolle für die natürliche Bevölkerungsbewegung zugeschrieben wird.

So nimmt es nicht wunder, daß auch ein von Demographen und Historikern allgemein anerkanntes Modell der Bevölkerungsentwicklung, das der demographischen Transition, welches die Ursachen für ein verändertes Reproduktionsverhalten der Bevölkerung in revolutionären Umwälzungen ihrer materiellen Lebensgrundlage sieht und dadurch in der Lage ist, Ursachen und Mechanismus von 'historischen Bevölkerungsexplosionen' aus der zeitweiligen Zerstörung des Gleichgewichtes zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung zu erklären, von den Autoren in seinem Modellcharakter nicht erkannt und mittels der Führung von Einzelbeispielen als unzutreffend charakterisiert wird. Die Erklärung, daß sich in der industriellen Revolution "die Bevölkerungsexplosion ... nicht ... im medizinischen, hygienischen oder ökonomischen Fortschritt, sondern ... in der Zulassung bisher daran gehinderter sozialer Schichten zur Eheschließung (gründet)" (S. 89), scheint auch unter dem Aspekt der gegenwärtigen Bevölkerungsprobleme der Entwicklungsländer eine wenig befriedigende Erklärung zu sein.

Marx und Engels wird der Vorwurf gemacht, "die Produktion von Arbeitslosen zu erklären, aber diejenige von Kindern zu mystifizieren". (S. 116) Abgesehen von einigen eigenwilligen Zusammenstellungen und Interpretationen von Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die in einem jeweils konkreten Zusammenhang gemacht wurden, scheint den Autoren entgangen zu sein, daß sich Marx und Engels nicht die Ausarbeitung einer geschlossenen Bevölkerungstheorie zur Aufgabe gestellt haben. Sie sind lediglich im Zusammenhang mit ihren gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen auch mit der Bevölkerungsfrage, dem Vermehrungsprozeß des Menschen und anderen demographischen Problemen in Berührung gekommen. Wenn ihre Forschungen die Populationsprobleme tangierten, haben sie aber ihre Auffassungen dargestellt, und diese sind von prinzipieller Bedeutung und können heute als Aufgabe für die Entwicklung der Demographie zur Wissenschaft dienen.

Nicht zuletzt soll auf den unzulässigen Versuch verwiesen werden, aktuelle Probleme der Bevölkerungsentwicklung des Kapitalismus auf sozialistische Verhältnisse, insbesondere auf die Wertung bevölkerungs- und sozialpolitischer Maßnahmen in der DDR, zu übertragen. Der von den Autoren postulierte Trend zur Kinderlosigkeit mag auf die bürgerliche Gesellschaft zutreffen. Dagegen ist der Wunsch, sich in Kindern verwirklicht zu sehen, immanenter Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung, entspricht dem humanistischen Grundanliegen des Sozialismus und wird umfassend gefördert - im Interesse des einzelnen wie der Gesellschaft.

Dieter Vogeley



Wirtschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und weitgehender Verzicht der traditionellen bürgerlichen politischen Ökonomie auf eine Untersuchung sozialökonomischer Grundprozesse führten dazu, daß ein erheblicher Wirklichkeitsbereich in der bürgerlichen ökonomischen Theorie unreflektiert geblieben wäre, hätte sich nicht in führenden kapitalistischen Ländern eine "radikale" oder "linksradikale", den üblichen Rahmen ökonomischer Handlungsanalyse überschreitende Betrachtungsweise etabliert. Zur Einschätzung der Realitätsnähe der bürgerlichen ökonomischen Vorstellungswelt gehört daher heute die Einbeziehung dieser die bisherigen Betrachtungsweisen ergänzenden, "radikalen" Sicht. Der Umstand, daß es sich hier um eine *Sichtweise* auf zuvor weniger wahrgenommene sozialökonomische Widersprüche des Imperialismus und Probleme sozialistischen Wirtschaftens handelt, unterstellt keine in sich geschlossene theoretische Interpretation oder einheitliche Position "radikaler" Ökonomen, sondern zeitigt im Gegenteil die unterschiedlichsten Erklärungsversuche, die vornehmlich darin übereinstimmen, daß sie an einzelne Überlegungen der marxistisch-leninistischen Klassiker anknüpfen.

Klaus O. W. Müller sieht seine Aufgabe in dem Nachweis, "daß der Anspruch dieser Ökonomen auf Erbe und Fortsetzung der Lehren von Marx, Engels und Lenin unberechtigt ist. Dies dokumentiert nicht nur ihre verfehlt oberflächliche Analyse des heutigen Kapitalismus, dies wird vor allem auch durch ihre antisozialistische und speziell antisowjetische Haltung unterstrichen. Den linksradikalen Ökonomen soll damit keineswegs ihre Fähigkeit zur realistischen Einschätzung dieser oder jener Detailscheinung abgesprochen werden, so wie dies in ihrer kritischen Position zum Ausdruck kommt. Nur steht dieser Beitrag, z. B. bei der Aufhellung von Fäulniserscheinungen des imperialistischen Systems, beim Nachweis der räuberischen Monopolpraktiken im Inland und bei der Ausraubung der jungen Nationalstaaten, oder aber der Verweis darauf, daß es in der politischen Ökonomie des Sozialismus noch offene Probleme gibt, in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die Ideologie und Politik des Linksradikalismus auf die antiimperialistische Bewegung insgesamt ausübt." (S. 144 f.) Der Verfasser verteidigt den Marxismus-Leninismus gegen solche ideologischen Vorstöße, wobei ein defensiver Zug, verbunden mit entschiedener verbaler Angriffslust, nicht zu übersehen ist.

Der Autor leitet die Rolle der behandelten Theorien nicht aus den Entwicklungsbedingungen der bürgerlichen politischen Ökonomie in ihrer klassenmäßigen Einheit ab, sondern untersucht den scheinbaren Gegensatz zur traditionellen bürgerlichen politischen Ökonomie. "Die Attacken der linksradikalen Ökonomen gegen die offizielle bürgerliche Wirtschaftstheorie stellen sich in ihrer Ernsthaftigkeit dadurch in Frage, daß die Linksradikalen bei der bürgerlichen Vulgärökonomie geistige Anleihen aufnehmen und mit ihr in vielen prinzipiellen Fragen übereinstimmen." (S. 83) Dadurch versäumt es Müller, die grundsätzliche weltanschauliche und methodologische Übereinstimmung in der bürgerlichen Position tiefer auszuloten.

Nach einem einführenden Kapitel zum Wesen der politökonomischen Auffassungen der heutigen Linksradikalen setzt sich der Verfasser in zwei größeren Kapiteln "mit linksradikalen Positionen zu Grundfragen des gegenwärtigen Kapitalismus und zur modernen bürgerlichen politischen Ökonomie" sowie "mit den Angriffen linksradikaler Ökonomen auf den realen Sozialismus" auseinander. Einige Schlußfolgerungen, nach denen "die heutigen Linksradikalen - einschließlich ihrer politökonomischen Ideologen - keine Bundesgenossen sind" (S. 143), beschließen die Untersuchung. Insgesamt werden dem Leser wichtige Einblicke in die Argumentationen und Positionen linksradikaler Theoretiker gewährt, die

zum Verständnis der gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzungen unerläßlich sind.

Hermann Lehmann

Alfred Bönisch/Jan Iša, Keynes oder Friedman? Wirtschafts-  
theorie und -praxis im Kapitalismus

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 202 Seiten, Preis: 8,- M

Die sich während der letzten zehn bis fünfzehn Jahre verstärkenden, vielfältigen Krisenerscheinungen im Kapitalismus führten zu einer tieferen Differenzierung bürgerlicher ökonomischer Theorien über die Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft und über die Grundlinien der Wirtschaftspolitik. Alfred Bönisch und Jan Iša untersuchen in ihrem Buch, das innerhalb der internationalen Reihe "Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie und des Revisionismus" erschienen ist, wie sich in den USA und in der BRD im engen Zusammenhang mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und ihrer zunehmenden Verflechtung mit ökonomischen Krisen dieser Differenzierungsprozeß vollzogen hat. Sie weisen nach, daß es sich dabei gleichzeitig um einen Anpassungsprozeß an die fortschreitende Monopolisierung und an den höheren Grad der Vergesellschaftung der Produktion innerhalb kapitalistischer Eigentums- und Aneignungsverhältnisse handelt und daß damit zugleich den veränderten internationalen Bedingungen Rechnung getragen werden soll.

Die Autoren gehen davon aus, daß im Monopolkapitalismus die Regulierung auf privatmonopolistischer und staatsmonopolistischer Ebene erfolgt und daß zwischen beiden Regulierungsebenen trotz der Unterschiede vielfältige Verflechtungen und Wechselwirkungen bestehen. Im ersten Kapitel stellen sie dar, wie bürgerliche Wirtschaftstheorie und staatliche Wirtschaftspolitik von der allgemeinen Krise geprägt werden. Im zweiten Kapitel analysieren sie die Strategie und die Leitung kapitalistischer Konzerne. Sie zeigen, daß der höhere Vergesellschaftungsgrad, die Internationalisierung, die wissenschaftliche und technische Entwicklung, Erfordernisse der Finanzierung sowie wechselnde Verwertungsbedingungen zu veränderten Leitungsmethoden führen. In den folgenden drei Kapiteln werden die Beziehungen zwischen Wirtschaftstheorie und -politik untersucht. So umfaßt das dritte Kapitel die Etappen der Theoriebildung in den USA seit den dreißiger Jahren. Die Verfasser schildern, wie die Auffassungen von Keynes, der reale Widersprüche des Kapitalismus anerkannte und zu ihrer Lösung staatliche Eingriffe empfahl, ohne jedoch die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten, zur theoretischen Basis der offiziellen Wirtschaftsdoktrin wurden. Die Verfasser weisen nach, daß sich in den Wirtschaftsprogrammen und in entsprechenden Gesetzen der Klassenkampf und die Interessengegensätze innerhalb der Bourgeoisie widerspiegeln. Die Krise von 1968 und die fortschreitende Inflation zeigten deutlich die Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung. Das war die Hauptursache dafür, daß in der bürgerlichen Ökonomie eine Richtung an Boden gewann, welche der bisher praktizierten staatlichen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Finanzpolitik, die Schwierigkeiten zuschrieb und die auf die Stabilisierung des sogenannten Marktsystems, die Förderung der Konkurrenz und den Abbau staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft orientiert. Statt dessen wird als Lenkungsinstrument die Regulierung der Geldmenge durch die Zentralbank hervorgehoben. Die Autoren zeigen die Widersprüche dieser vor allem von Friedman propagierten Theorie, welche die dominierende Rolle des Monopolkapitals negiert und deshalb scheitern muß.

Im vierten und fünften Kapitel werden Wirtschaftstheorie und -politik in der BRD, ihre Gemeinsamkeiten mit der der USA, aber auch eigenständige Linien

untersucht. Der zeitliche Rahmen reicht von den siebziger bis zu den siebziger Jahren, also vom Neoliberalismus bis zur Krise der staatsmonopolistischen Programmierung und ihrer Theorie. Vor allem im fünften Kapitel setzen sich die Autoren mit der bürgerlichen Markttheorie auseinander, die am Monopolisierungsprozeß und der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vorbegeht.

Die Kontroverse unter bürgerlichen Ökonomen über die Frage, welche Rolle der Staat zu spielen habe, ist auch heute noch nicht beendet. Die Effizienz beider Varianten läßt sich anhand der realen Prozesse nachprüfen. Konzentrierter Ausdruck für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist die Arbeitslosigkeit. Sie nahm sowohl in Frankreich zu, wo eine an den Lehren von Keynes orientierte Wirtschaftspolitik betrieben wird, als auch in den USA und in Großbritannien, wo die monetaristische Theorie Friedmans zur Grundlage einer konservativen, ausgesprochen sozialreaktionären Wirtschaftspolitik wurde. Das Buch von Bö-nisch und Iša hilft, die aktuelle Wirtschaftspolitik imperialistischer Staaten richtig einzuschätzen, was in Anbetracht von Überrüstung und Sozialabbau eine erstrangige Aufgabe ist.

Karin Lehmann

Martin Breetzmann/Helmut Faulwetter/Joachim Garscha/Peter Stier, Industrie und Industrieplanung in Entwicklungsländern

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 279 Seiten, Preis: 19,50 M

In der Reihe "Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika" ist als Band 35 eine Arbeit erschienen, die sich mit Fragen der Industrie und Industrieplanung in Entwicklungsländern beschäftigt. Die Monographie wird im Vorwort als eine an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin gefertigte Gemeinschaftsarbeit ausgewiesen. Ihre Autoren unternehmen den Versuch, Erfahrungen, Probleme und Aufgaben bei Industrialisierungsvorhaben und deren Durchführung in afro-asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern darzustellen. Sie gliedern ihre Ausarbeitung in fünf Kapitel.

Die ersten drei Kapitel behandeln die industrielle Entwicklung dieser Länder bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre, Konzeptionen und Strategien der Industrialisierung sowie die in der Praxis anzutreffenden Methoden und Institutionen der dortigen Industrieplanung. Bei der Begrenztheit des ihnen zur Verfügung stehenden Raumes spannen die Autoren einen erstaunlich großen Bogen, der bei der Begründung der Notwendigkeit der Industrialisierung und ihrer Planung beginnt, unter anderem solche Aspekte wie die Importsubstitution, exportorientierte Industrialisierung, "self-reliance", Abkopplung und Befriedigung der "basic needs" als Industrialisierungskonzeptionen berührt und bis zu den Elementen von Industrieplänen, Kennziffern, Bilanzen, Zeithorizonten sowie den verschiedenen Planungsebenen und -behörden reicht.

Daß dieses Vorgehen dem Leser auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für die industrielle Entwicklung eines konkreten Entwicklungslandes Schwierigkeiten bereiten würde, spürten offenbar die Autoren, wie die Anlage des vierten und des fünften Kapitels vermuten läßt.

Das vierte Kapitel vermittelt Erfahrungen der DDR auf dem Gebiet der Leitung und Planung in staatlichen Industriebetrieben. Die Darlegung solcher Erfahrungen ist ein begrüßenswertes Bemühen, weiß man doch, daß Planungsexperten aus vielen Entwicklungsländern immer wieder ihr Interesse bekunden, das System der Volkswirtschaftsplanung der DDR besonders auch unter dem Aspekt seiner historischen Entwicklung kennenzulernen. Allerdings hat in einer Ausarbeitung, die die Industrieplanung in Entwicklungsländern behandelt, dieses Kapitel für den Leser den Charakter eines Exkurses.

Das fünfte, abschließende Kapitel enthält Gedanken über Möglichkeiten zur Verbesserung der Planung der staatlichen Industrie in Entwicklungsländern. Diese Ausführungen sind als Anregungen dafür gedacht, auf welche Weise bestimmte gegenwärtige Probleme auf dem Gebiet der Industrieplanung in Entwicklungsländern einer Lösung zugeführt werden könnten.

Die Studie enthält ferner im Anhang eine Übersicht über die Entwicklung der Kennziffernstruktur für die Planung der zentralgeleiteten Industrie der DDR (!) sowie eine Auswahlbiographie zu Fragen der Industrieplanung in Entwicklungsländern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Studie einen Schritt zur Erschließung von wissenschaftlichem Neuland auf dem Gebiet der Ökonomik der Entwicklungsländer darstellt. Es ist den Autoren zu bestätigen, daß sie ein Thema aufgegriffen haben, das in der einschlägigen Fachliteratur der DDR noch wenig behandelt worden ist. Sowohl die gebotene Bestandsaufnahme als auch die gegebenen Anregungen können Planern in Entwicklungsländern nützlich sein. Leider ist es eine Tatsache, daß die mögliche Praxiswirksamkeit solcher Studien wie der vorliegenden beträchtlich eingeschränkt ist, wenn sie nur in deutscher Sprache herausgegeben werden.

Rolf Theuring

Structural Changes in the Economies of the European Socialist Countries after the Second World War. Collected Papers: Acta Oeconomica Pragensia, Bd. 45

State Pedagogical Publishing House, Prag 1981, 157 Seiten,  
Preis: 22,- Kčs

"Eine der wesentlichsten Aufgaben der Wirtschaftsgeschichte ist es, die langfristigen Tendenzen in der Struktur der Wirtschaften darzustellen und sie international zu vergleichen" (S. 3), schreiben einleitend die Herausgeber des vorliegenden Bandes. Sie haben damit zweifellos recht und leisteten mit der Veröffentlichung von acht Beiträgen zum Problem struktureller Veränderungen in den europäischen RGW-Staaten einen gewichtigen Beitrag zur weiteren Qualifizierung der wirtschaftshistorischen Forschungen sozialistischer Länder.

Zwölf Autoren aus der Tschechoslowakei, Polen, der Sowjetunion, Ungarn und der DDR nahmen Längsschnittvergleiche der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung, der Veränderungen der Produktionsverhältnisse und der Entwicklung der Produzenten vor. Ihre Untersuchungen reichen - was aus dem Titel nicht unbedingt ersichtlich ist - bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre. Die Autoren analysieren dabei Strukturentwicklungen stets in engen Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum.

Der Leser findet wesentliche Thesen der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung über Entwicklungsproportionen von produktivem und nichtproduktivem Sektor, Industrie und Landwirtschaft, Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie durch aufschlußreiche Statistiken über einen Zeitraum von zwanzig und mehr Jahren bestätigt (vgl. S. 63 f.). Die Sorgfalt beim Umgang mit dem statistischen Material - bezüglich Homogenität und Kontinuität stets ein Sorgenkind des internationalen Vergleichs - verdient Beachtung (vgl. z. B. S. 4 f., 69 f., 111 f.); ebenso der bewußte Verzicht darauf, alle Entwicklungen erläutern oder begründen zu wollen.

Nicht ganz ohne Vorbehalt kann allerdings die von den Herausgebern nachdrücklich verteidigte Auffassung (S. 5 f.) hingenommen werden, daß die Strukturveränderungen am besten auf der Grundlage der "lebendigen Arbeit", konkret: der



Beschäftigtenzahlen, zu messen sind. Sicherlich ist ein derartiges Herangehen für die Untersuchung der vierziger und fünfziger Jahre effektiv. Für die sechziger und siebziger Jahre, die durch einen hohen Einsatz von Grundmitteln bei immer geringer werdendem Spielraum für die Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials gekennzeichnet sind, müssen unseres Erachtens zumindest für den produktiven Bereich stärker andere Meßkriterien, wie zum Beispiel die Verteilung der Investitionen bzw. der Grundfonds herangezogen werden.

Neben der Abrundung und Absicherung von vorhandenem Wissen bietet der vorliegende Band auch neue Einsichten und bemerkenswerte Denkansätze. Dazu gehört die von mehreren Autoren getroffene Einschätzung, daß trotz stürmischer Entwicklung der Produktivkräfte in allen europäischen RGW-Ländern und trotz vorrangigem Wachstum der unter dem Kapitalismus ökonomisch rückständigsten Staaten die "historischen" Rangfolgen zwischen ihnen über die Wiederherstellungsperiode (S. 19) hinaus bis an die Schwelle der siebziger Jahre erhalten geblieben sind (S. 44, 101). Dazu gehört auch das Nachdenken über den Zusammenhang zwischen Strukturveränderungen, die für bestimmte Jahre gleichzeitig in allen sozialistischen Ländern auftreten, und (welt-)politischen Ereignissen (z. B. S. 90).

Aus der Vielzahl von Beiträgen mit hoher Qualität seien die Aufsätze von Landau/Tomaszewski und Kalinova hervorgehoben. Der erstgenannte Beitrag gibt einen Überblick über die ökonomische Vorkriegs- und Nachkriegssituation der mittel- und südosteuropäischen Länder (unter Einschluß Jugoslawiens und Albaniens). Auf knappstem Raum wird die ökonomische Leistungskraft der behandelten Staaten einprägsam charakterisiert. Der zweite an dieser Stelle hervorgehobene Beitrag behandelt ein wirtschaftshistorisches bisher kaum aufbereitetes Thema - den Zusammenhang zwischen strukturellen Wandlungen der industriellen Basis und Veränderungen der Ausbildung bzw. des Qualifikationsniveaus der Werk tätigen in den europäischen RGW-Ländern.

Jörg Roesler

Zeitschrift für Sozialforschung, hg. v. Max Horkheimer, Jahrgang 1 - 9 / 1932 - 1941 (photomechanischer Nachdruck)

Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1980, insges. 4 840 Seiten,  
Preis: 128,- DM

Über die Rolle der "Frankfurter Schule" und ihrer "kritischen Theorie" in der ideologischen Auseinandersetzung veröffentlichten DDR-Verlage in den siebziger Jahren nicht wenige philosophisch-ideologiekritische Untersuchungen. Als wertvolle Ergänzung aus literaturhistorischer Sicht sind die Bände "Exil in den USA" und "Exil in Frankreich" (Leipzig 1979 und 1981) des von Werner Mittenzwei herausgegebenen Kollektivwerks "Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933 - 1945" zu nennen.

Max Horkheimer hatte 1930 die Leitung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung übernommen. 1932 erschienen in Leipzig die ersten Hefte der "Zeitschrift für Sozialforschung"; ab Heft 2/1933 mußte die Zeitschrift in Paris herausgebracht werden; die letzten vier Hefte kamen schließlich in New York unter dem Titel "Studies in Philosophy and Social Science" heraus. 1970 hatte der Kösel-Verlag München bereits eine Gesamtausgabe als Reprint vorgelegt, die nun der Deutsche Taschenbuch Verlag übernommen hat.

Die für das Studium der Geschichte linksbürgerlicher Kapitalismus- und Faschismuskritik aufschlußreiche Zeitschrift enthält in der Mehrzahl philosophische und kulturkritische Aufsätze und einen ausführlichen Rezensionsteil, der, mit Ausnahme der beiden letzten Jahrgänge, 40 bis 50 Prozent des Seitenumfanges aus-

macht. Etwa 90 Prozent der Aufsätze widmen sich Fragen der Philosophie, Kultur-, Ideologie- und Theoriekritik; den Rest bilden Artikel zu psychologischen, ökonomischen sowie politischen Themen und schließlich auch zu Problemen sozialer Grundprozesse. Unter den Verfassern der theoretischen Beiträge steht der Herausgeber mit 22 Studien an der Spitze. Seine dort dargelegte Position einer moralisierend-anthropologischen Kapitalismuskritik, von der er meint, sie stütze sich auf Marx' Kritik der politischen Ökonomie, offenbart eine verblüffend oberflächliche Kenntnis sowohl der Marxschen ökonomischen Theorie als auch der ökonomischen Struktur des Monopolkapitalismus. Mit je 7 Aufsätzen folgen Herbert Marcuse, der mit Horkheimer im wesentlichen übereinstimmt, und Theodor W. Adorno, der vornehmlich musiktheoretische Themen behandelt. Nach Leo Löwenthals literaturhistorischen Reflexionen und Erich Fromms psychologischen Studien sind vor allem Walter Benjamins Aufsätze hervorzuheben, die sich mit dem gesellschaftlichen Standort des französischen Schriftstellers, Problemen der Sprachsoziologie, dem Kunstwerk im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit, Eduard Fuchs und Baudelaire befassen. Karl August Wittfogel äußert sich zur chinesischen Wirtschaftsgeschichte und zur Theorie der orientalischen Gesellschaft. Interessant sind Friedrich Pollocks Untersuchungen zur Wirtschaftskrise und Wirtschaftsregulierung.

Informationen und Anregungen birgt insbesondere der Besprechungsteil, der über 3 500 Titel überwiegend aus den dreißiger Jahren ausweist. Etwa ein Viertel der besprochenen Bücher wird der Soziologie zugerechnet. An zweiter Stelle ist die ökonomische Literatur mit fast 500 Titeln vertreten. Ihr folgt die Literatur zur Geschichte sowie zur sozialen Bewegung und Sozialpolitik. Die Psychologie nimmt noch verhältnismäßig viel Platz ein. Entgegen den Proportionen im Aufsatzteil steht die philosophische Literatur von der Anzahl der Titel her an letzter Stelle. Nützlich sind besonders die Literaturübersichten und großen Sammelbesprechungen - oft mit international vergleichendem Ansatz - zu Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsplanung, New Deal, Rüstungswirtschaft und auch zur sowjetischen gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion und Forschung. Einen Gewinn bedeutet der erhebliche Anteil englisch- und französischsprachiger Titel, die schon im zweiten Jahrgang fast die Hälfte beanspruchen, wobei die britische und US-amerikanische Literatur den ersten Rang einnimmt.

Hermann Lehmann

Hansjoachim Henning, Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860 = Sammlung Schöningh zur deutschen Geschichte und Gegenwart

Ferdinand Schöningh, Paderborn 1977, 208 Seiten, Preis: 16,80 M

Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland von 1815 bis 1860, hg. v. Hansjoachim Henning = Sammlung Schöningh zur deutschen Geschichte und Gegenwart

Ferdinand Schöningh, Paderborn 1977, 160 Seiten, Preis: 14,80 M

Der Autor setzt sich das Ziel, die Entwicklungsbedingungen, das Beharren und den Wandel aller erkennbaren sozialen Gruppen beim Übergang von der Ständezur bürgerlichen Gesellschaft anhand "gruppenkonstitutiver Verhaltensweisen" zu beschreiben und durch beigefügte Quellen zu veranschaulichen (S. 9, 11 f. - alle Seitenangaben beziehen sich auf den Darstellungsband), um die Ergebnisse weit verstreuter Forschung Studenten, Lehrern und Oberschülern nutzbar zu machen. Mit dem Leserkreis wird der Verzicht auf einen wissenschaftlichen Apparat begründet.

Hansjochim Hennings Bemühungen, die "Umrisse einer deutschen Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert stärker als bisher üblich von den ökonomischen Abläufen getrennt darzustellen" (S. 9), reihen sich in die bürgerliche Sozialgeschichtsschreibung konservativer Observanz ein. Von dieser Position aus werden die von der ökonomischen Grundlage bestimmten Entwicklungs- und Wandlungsprozesse gesellschaftlicher Schichten und Gruppen vordergründig auf die Einwirkungen des Staates zurückgeführt. Diese Konzeption bestimmt die Arbeit.

Im ersten Hauptabschnitt werden die sozialen Reformen in Kapiteln über "Freisetzung des Individuums" und "Erhaltung ständischer Gliederungen" abgehandelt. Der Autor erklärt die Freisetzung der Untertanen von feudalen Bindungen aus dem Willen des Obrigkeitsstaates und dessen Absicht, damit "den Weg in die Staatsbürgergesellschaft um seiner selbst willen freizugeben" (S. 49). Seine Auffassung vom Entstehen einer klassenneutralen "Staatsbürgergesellschaft" durch einen von der gesellschaftlichen Grundlage losgelösten Staat versperrt jedoch jegliches Verständnis für die in den ökonomischen Verhältnissen wurzelnde Dialektik von Reform und Revolution, von Staat und Gesellschaft. Aus der Sicht des Autors ist der Wille des Staates, unabhängig von den Klassenbeziehungen und Klassenkämpfen, allein ausschlaggebend, Reformen durchzusetzen, Widersprüche zu schaffen und zu lösen, wie im Falle des Widerspruchs zwischen der "Freisetzung des Individuums" und dem staatlichen Bestreben, die "ständischen Gliederungen" durch die Übernahme fixierter Standesrechte und Privilegierung des Adels zu erhalten.

Die Darstellung der Verhaltensweisen im zweiten Hauptabschnitt fügt sich in diese Konzeption ein. Dem Adel, vom Staat zur obersten Gesellschaftsschicht bestimmt, stellt Henning ein durch das "Bewußtsein von der Gemeinsamkeit im Leistungsprinzip" zusammengeschlossenes Bürgertum in "Kontra-Position" zu den erbten Adelsprivilegien gegenüber (S. 67). Darunter versteht er die Schicht des wirtschaftlich selbständigen "Mittelstands", die er aufgrund der gleichrangig bewerteten Kriterien von Besitz und Bildung in folgende soziale Gruppen der Rangfolge nach so untergliedert: akademisch gebildete Beamte, selbständige Akademiker, Unternehmer, Handwerksmeister, nicht-akademisch gebildete Beamte und schließlich die bürgerlichen Landwirte, die er unabhängig von ihrer Differenzierung nach dem Besitz als eine Gruppe behandelt, weil sie "durch ihr soziales Verhalten noch Standescharakter bewahrte" (S. 156). Von dieser bürgerlichen Schicht des besitzenden "Mittelstands" unterscheidet er die wirtschaftlich unselbständigen Gruppen der Angestellten, der gewerblichen Arbeiterschaft und der Landarbeiter, die ohne das Merkmal von Besitz und privilegierender Bildung vom Ertrag ihrer Hände Arbeit leben und über kein Zusammengehörigkeitsgefühl verfügen.

Da Henning die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln und der Stellung in der Produktion als Kriterium sozialer Schichtung gar nicht stellt, kann er aus dem Differenzierungsprozeß des Adels keine neuen Einsichten gewinnen. Die Nichtbeachtung dieser Kriterien verhindert es auch, die schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnenden Verflechtungsprozesse zwischen Adel und Bourgeoisie zu erkennen, die gerade in der höheren Beamtenschaft einen sichtbaren Niederschlag finden. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß die ausschließlich auf der Auswertung von vorliegenden Forschungsergebnissen basierende Darstellung der nichtbesitzenden Gruppen in keinem Verhältnis zu der Bedeutung steht, die ihnen beim Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise zukommt. Hier wäre eine stärkere Kenntnisnahme der Ergebnisse von DDR-Autoren ein Gewinn gewesen.

Dennoch sind die empirischen Arbeitsergebnisse von wissenschaftlichem Interesse, da Henning von den genannten Klassen und Schichten Herkunft, Konnubium und Bildungswege sowie die soziale Stellung und Lage untersucht. Hier handelt es sich um soziale Bereiche, die von der bürgerlichen wie von der marxistischen Forschung bisher nicht in gebührendem Maße beachtet worden sind.

Bei den statistischen Daten, die sich auf eine Zufallsstichprobe aus den Angaben der wichtigsten biographischen Nachschlagewerke (Allgemeine Deutsche Biographie, Neue Deutsche Biographie, Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, Deutsches Geschlechterbuch/Neue Reihe) stützen und sich infolgedessen auf herrschende bzw. bourgeoise Schichten beschränken, ist allerdings der vom Autor selbst betonte Vorbehalt hinsichtlich der Repräsentation in bezug auf die Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen (S. 14). Eine bessere Nutzung der ausgewählten biographischen Nachschlagewerke hätte die Aussagekraft durchaus erhöhen können. Unerklärlicherweise wurde die Alte Reihe des Deutschen Geschlechterbuchs, die zur Thematik wesentlich mehr und aussagekräftigere Angaben als die Neue Reihe enthält, nicht benutzt. Leider fehlen auch die den Prozentsätzen zugrunde liegenden absoluten Zahlen, so daß der Leser vom Umfang der Zufallsstichprobe keine Vorstellung hat.

Der Quellenband, der in sehr begrenztem Umfang eine Auswahl gedruckter Materialien enthält, folgt den konzeptionellen Intentionen der Darstellung und besitzt deshalb für die Forschung nur geringe Aussagekraft. Orientierung auf den Adel und die bürgerlichen Schichten vermittelt letztlich eine nur einseitige Information.

Helga Berndt

Õislennost' i klassovj sostav naselenija Rossii i SSSR.  
XIV - XX vv., hg. v. Akademie der Wissenschaften der  
Estnischen SSR

Tallinn 1979, 162 Seiten, Preis: 1,90 Rubel

Der vorgelegte Sammelband ordnet sich ein in eine Reihe von Veröffentlichungen, die im Ergebnis von Allunionsseminaren zu Fragen der historischen Demographie erscheinen.

Er ist Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern der AdW der UdSSR und der Kommission für historische Demographie sowie des Instituts für Geschichte der AdW der Estnischen SSR. Die im Buch zusammengefaßten 19, zum Teil sehr verschiedenartigen Beiträge ordnen sich dem Ziel unter, aus der Sicht der Geschichtsforschung einen Beitrag zur bisher sehr unzureichend erforschten Geschichte der Bevölkerungsentwicklung zu leisten.

Sowohl die Diskussion theoretischer Standpunkte als auch die Darstellung empirischer Untersuchungsergebnisse zu sozialdemographischen Prozessen - vorwiegend für das 18. bis 20. Jahrhundert sowie ausgewählte Territorien - lassen das gewachsene Interesse sowjetischer Historiker an demographischen Vorgängen deutlich werden. Inhaltliche Schwerpunkte der im Sammelband vereinten Arbeiten bilden Betrachtungen zur Rolle des demographischen Faktors in der Geschichte sowie zu den Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerungsentwicklung, Untersuchungen zu demographischen Größen, sozialen und ethnischen Strukturen der Bevölkerung, zur territorialen Verteilung und räumlichen Bewegung, historisch-demographische Probleme der Klassenentwicklung sowie der Herausbildung der Stadtbevölkerung und nicht zuletzt auch Fragen, die die Methodik der Erschließung der Quellen der historischen Demographie betreffen.

Besondere Beachtung sollte der Beitrag von V. I. Kozlov "Zur Rolle der demographischen Faktoren in der Geschichte" finden. Ausgehend von der relativ selbständigen Entstehung und Entwicklung demographischer Prozesse und Erscheinungen, hebt Kozlov die große Bedeutung der Kenntnis der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der demographischen Entwicklung auch für die Arbeit des Historikers hervor. So werden Fragen zur inhaltlichen Charakteristik der ökonomischen Bevölkerungsgesetze und zum Wirken demographischer Gesetz-



mäßigkeiten angesprochen, die auch für die entsprechende Diskussion in der DDR von sehr aktueller Bedeutung sind.

Gleiches trifft auch auf Aspekte der Kooperation von historischer Demographie und demographischer Geschichte zu.

Weiter hervorzuheben sind Beiträge zu den "demographischen Explosionen in der Geschichte" (S. I. Bruk), empirische Untersuchungen zur Transition oder zur Differenzierung der Sozialstruktur nach Generationen.

Ausgehend vom Anliegen der historischen Demographie als gesellschaftswissenschaftlicher Disziplin, stellt die Veröffentlichung insgesamt einen lesenswerten Beitrag dar. Sie kann zur Belebung des in der DDR noch unzureichend entwickelten Interesses an demographischen Vorgängen in der Geschichte dienen. Empfohlen sei sie Spezialisten, die auf den Gebieten Geschichte, Demographie, Ökonomie, Soziologie und Geographie arbeiten.

Wolfram Ledenig

Wilhelm Abel, Strukturen und Krisen der spätmittelalterlichen Wirtschaft  
= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 32

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1980, 134 Seiten,  
Preis: 36,- DM

Mit dem 14. und 15. Jahrhundert befaßte sich Wilhelm Abel in seinen Büchern und Aufsätzen unter unterschiedlichen Aspekten: partielle und totale Wüstungen, Land- und Ernährungswirtschaft sowie lang- und kurzfristige Trends des ökonomischen Wachstums. Zu diesen Themenkomplexen sichtete er eine umfangreiche Literatur aus vielen europäischen Ländern und erwies sich als ein profunder Kenner wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse. Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten und unter Heranziehung weiterer Monographien versucht er in seinem neuesten Buch zu einer Gesamtschau der Wirtschaft des 14. und 15. Jahrhunderts im "mittleren Europa" (von Norwegen bis Oberitalien und von England und Frankreich bis Polen) vorzustoßen und die Eigenständigkeit des Spätmittelalters als Wirtschaftsepoche zu erfassen. Bei dem lückenhaften Forschungsstand und den divergierenden Meinungen der Forscher - ein keinesfalls einfaches Unternehmen. Das von Abel gelieferte Bild erscheint in seinen Grundzügen überzeugend, besticht durch seine innere Logik und ruft doch zum Widerspruch heraus. Die spätmittelalterliche Wirtschaft wird auf zwei Erkenntnisebenen vorgeführt. Im ersten Teil des in drei Teile gelieferten Buches werden die Strukturen untersucht. Hier wird die überragende Rolle der Landwirtschaft als Rohstoff- und Nahrungsmittellieferant gewürdigt, hinter der der Anteil der städtischen Wirtschaft am Sozialprodukt erheblich zurückstand. Während aber die Landwirtschaft sich in einer hundertjährigen Krise befand, die hier Abel erstmalig und wohl treffender als "Agrardepression" bezeichnete, nahm die städtische Wirtschaft, besser: der außerlandwirtschaftliche Bereich, einen kontinuierlichen Aufschwung. Durch die Agrardepression ging das absolute Sozialprodukt zurück, während durch den Bevölkerungsrückgang das relative Sozialprodukt stieg (= absolutes Sozialprodukt, bezogen auf die Bevölkerungszahl).

Im dritten Teil des Buches analysiert der Verfasser die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung, vor allem den Abschwung der Landwirtschaft, anhand von langen Reihen der Getreidepreise, die in Beziehung zu Preisen für gewerbliche Produkte und Leistungen gesetzt wurden. Immer wieder bildeten sich Preisschere, die zuungunsten der Landwirtschaft wirkten und zu den wesentlichen Indikatoren der Instabilität der spätmittelalterlichen Wirtschaft gehörten. Das Ende der Agrardepression setzte Abel in die letzten Jahrzeh-

te des 15. Jahrhunderts, wobei als Hauptbeweis die landwirtschaftliche Produktion stärker als die Preise herangezogen wurde. Es begann eine Periode des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs.

Als Beweis für die Richtigkeit der These vom Ansteigen des relativen Sozialprodukts wurde ein zweiter Teil über das Essen und Trinken im Spätmittelalter eingefügt, der vor allem auf den Ergebnissen von bisher weniger bekannten Dissertationen aus der Abelschen Schule fußt. Natürlich wäre es besser gewesen, einen Abschnitt über den Konsum bzw. den Lebensstandard der Bevölkerung des mittleren Europas zu schreiben, doch dafür fehlt es noch an verlässlichen Angaben. Die ausführlichen Nachrichten über das reichliche Essen von Bauern und Knechten, von Bürgern und Handwerkern, von einem hohen Fleischverzehr und gewaltigen Biermengen sind mehr als bloße Information, besonders wenn sie mittel- und süddeutsche Bauern in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und die vielen Fleischspeisen, die den frondienstleistenden Bauern zu reichen waren, betreffen. Irgendwie reibt sich hier die Agrarkrise, die mit sinkenden Agrareinkommen korrelierte - sogar die Feudalrente soll rückläufig gewesen sein -, mit dem hohen Eß- und Trinkkonsum, dem bestimmenden Faktor des Lebensstandards. Eine Krise dieser Art dürfte für die Bauern durchaus erträglich gewesen sein.

Zu diesem Problem gesellt sich für den aufmerksamen Leser noch ein zweites. Es betrifft die Übertragbarkeit der Erkenntnisse aus dem Erscheinungsbild der spätmittelalterlichen Wirtschaft im mittleren Europa auf die Situation in den einzelnen Ländern, hier speziell auf Deutschland. Die Zunahme der sozialen Spannungen in den Dörfern West- und Süddeutschlands in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, die zu den bekannten Vorläufern des Bauernkrieges führte und in ihm gipfelte, läßt sich außerordentlich schwer aus dem allgemeinen Erscheinungsbild erklären. Eine langfristige sinkende Feudalrente und ein ausreichender, wenn nicht überreichlicher Konsum an Nahrungsmitteln sind keine Gründe für soziale Bewegungen feudal ausgebeuteter Bauern.

So interessant das von Abel gezeichnete Bild der spätmittelalterlichen Wirtschaft in seiner inneren Logik auch ist, gibt es doch noch nicht in allen grundlegenden Fragen, speziell zu ökonomisch determinierten Vorgängen im sozialen Bereich, eine ausreichende Antwort. Weitere Forschungen sind vonnöten, für die das vorliegende Buch eine wertvolle Ausgangsbasis darstellt.

Rudolf Berthold

Artur Attman, *The Bullion Flow between Europe and the East 1000 - 1750 = Acta regiae societatis scientiarum et litterarum Gothoburgensis. Humaniora*, Bd. 20

Kungl. Vetenskaps - och Vitterhets-Samhället,  
Göteborg 1981, 149 Seiten, Preis: 70,- skr

Der Autor bietet eine handelsgeschichtliche Synthese des Edelmetallumschlages zwischen Okzident und Orient in fünf großen Wirtschaftseinheiten bzw. Handelszonen: dem Mittelmeerraum, der Kaproute, dem baltischen und dem südosteuropäischen Kommerz sowie den Kontakten Rußlands mit asiatischen Märkten. Ein beeindruckendes Literaturverzeichnis (S. 129 - 147) beschließt den Band. Der Wert des Buches liegt weniger in der Darbietung neuer Forschungsergebnisse als vielmehr in der Zusammenfassung von bereits Bekanntem, wobei auf größere Zusammenhänge Wert gelegt ist, die bei Einzelstudien oft zu kurz kommen. Im ersten Kapitel über die Mittelmeerländer stellt Artur Attmann vor allem das Vor-

dringen der Italiener, in Sonderheit der Venezianer, in die Levante dar und zeigt anhand von Export- und Importzahlen, daß die Handelsbilanz sowohl vor als auch nach der osmanischen Expansion passiv war und daß ein permanenter Edelmetallabfluß nach Asien erfolgte, den die Italiener durch Transitgewinne ausgleichen, so daß die transalpinen Staaten das Defizit de facto begleichen mußten. Interessant ist in dieser Hinsicht die geringe Auswirkung des portugiesischen Vordringens nach Indien und der Umschiffung des Kaps der Guten Hoffnung auf den venezianischen Gewürzhandel und auf die Vermittlerrolle der Markusrepublik bei der Verteilung von Orientprodukten. Desgleichen führte das portugiesische Modell zu keinem Ausgleich der passiven Zahlungsbilanz, sondern es blieb dem mittelmeerischen Typ verhaftet. Das wird im zweiten Abschnitt an Statistiken erhärtet. Enorm war der Bedarf an Pfeffer. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts betrug die Pfefferproduktion in den portugiesischen Kolonien und deren Hinterland jährlich 7000 Tonnen, hundert Jahre später schon 18 000 Tonnen. Das Gewürz wurde in Antwerpen seit 1585 vertrieben. Auch die Holländer veränderten das gewohnte Bild nicht, sieht man vom Tee- und Kaffeexport im 18. Jahrhundert ab. Die englische Ostindien-Kompagnie verlegte sich demgegenüber hundert Jahre früher auf handgewebte indische Baumwollstoffe, von denen sie pro Jahr 10 Millionen Meter aufkaufte. 1720 verfrachtete sie in Mocha im Jemen 500 Tonnen Kaffee und streckte gleichzeitig ihre Fühler nach chinesischer Seide und chinesischem Porzellan aus. Für diese begehrten Artikel mußte sie zwei Drittel des Preises in Gold und Silber begleichen, da bis ins 18. Jahrhundert in Asien wenig Bedarf an europäischen Waren bestand. Etwas anders lagen anfangs die Verhältnisse im Baltikum. Hier floß aus dem Kalifat zwischen 800 und 1000 Gold nach dem Norden. Das gleiche traf bis ins 18. Jahrhundert für Rußland zu, allerdings mit dem Unterschied, daß Westeuropa die Edelmetalle nach dem Osten transferierte, um Wachs, Pelze und Holz zu erhalten. Südosteuropa befand sich in einer ähnlichen Situation. Die Osmanen hatten im 16. Jahrhundert die Orientmärkte (Brussa) neu belebt, die Verbindungen zu Lemberg (L'vov) und Lublin durch Armenier und Juden aufnahmen und Geld nach Konstantinopel leiteten. Siebenbürgen und Ungarn beteiligten sich an dem Transfer, der schließlich das türkische Währungssystem beeinflusste, so daß im 17. Jahrhundert der Silberkurs (Groschen) zur Leitwährung aufrückte. Die christlichen Balkanländer verschafften sich durch Viehexporte nach dem Westen (Österreich, Süddeutschland) die nötigen flüssigen Mittel zum Einkauf von Rohstoffen und handwerklichen Produkten. Was endlich Rußland und die fernöstlichen Märkte angeht, so dominierte auch hier das westöstliche Gefälle, das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die sieben Jahrhunderte bestimmte. So ergibt sich insgesamt ein recht buntes und plastisches Bild der Zirkulationssphäre, das überraschende Einblicke in Handelspraktiken und Handelsvolumen gewährt. Natürlich bleiben bei einem so weitgefächerten Panorama Fragen offen. Man denke etwa an die angelsächsischen Goldminen und -prägungen im 10. Jahrhundert, die nichts mit importierten Dinaren zu tun hatten (Lewis, Archibald R., *The Northern Seas. Shipping and commerce in northern Europe A.D. 300 - 1100*, Princeton 1958, S. 326 f.), oder an die Auswirkung der Preisrevolution im 16. Jahrhundert auf Handel und Gewerbe im Osmanenreich, die den Levantehandel zu einem Kolonialhandel und die Türkei zu einem Klienten des europäischen Frühkapitalismus machte, was zu einer merklichen Stagnation der Volkswirtschaft führte. Aus Zu- und Abstrom von Edelmetallen sind also nicht ökonomische Prosperität und ökonomischer Stillstand ableitbar. Vielmehr sollte man für die Zeit seit dem 16. Jahrhundert die beginnende internationale gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Verwandlung der orientalischen Länder in eine Agrar-Rohstoff-Peripherie im Blickpunkt behalten (Wallerstein, Immanuel, *The Modern World-System. Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the 16th century*, New York/London 1974). Die Einschätzungen über die italienische Szenerie nach 1453 stimmen grosso modo mit denen von Freddy Thiriet und V. I. Rutenburg überein, ohne daß die Arbeiten der beiden Gelehrten in der Darstellung eine gebührende Berücksichtigung gefunden hätten. Was jedoch unbeachtet blieb, ist die Oszilla-

tion bei Luxus- und Massenerzeugnissen im Fernhandel, charakteristisch für Genua, kaum für Venedig und Florenz, auf die Rutenburg hinwies. Genua rückte im 16. Jahrhundert zu einem Verteiler von Edelmetallen in einer europäischen Effektenbörse auf, die das italienische Wirtschaftsleben nachhaltig stimulierte (Rutenburg, V. I., *Italija i Evropa nakanune novogo vremena*, Leningrad 1974, S. 36, 46, 55 - 57). Das sind nur zwei bis drei Beispiele für den Fragenkatalog, den der aufmerksame Leser nach der Lektüre des Buches hat. Er weiß aber dem Autor Dank für die fundierte und anregende Synthese eines wichtigen Teilaspekts der eurasischen Handelsgeschichte, die zugleich eine Kulturgeschichte darstellt.

von Gerd Gops

Ernst Werner

Erst man heute mehr den Platz der Bildung in der Weltgeschichte, so geht es nicht so sehr darum, wie das schon Kantons in der Vorrede zum *„Lehrbuch der Pädagogik“* (1774) sagte, welche Formen und Methoden sich dabei bewährt haben, sondern vor allem darum, wie die Arbeiterklasse Produktion und Bildung in den Betrieben bei ihrer Tätigkeit zusammenführt hat. Aus dieser Sicht ist die Betrachtung der Bildung in den Betrieben ein zentraler sozialer Vorgang. Je gründlicher wir in ihn eindringen, um so besser können wir verstehen, weshalb sich die eigene schöpferische Leistung aufbaut und so die Wurzeln heutiger Erfindungen liegen.

Gerade die Betriebsverhältnisse kann durch ihre vielfältigere Zugänglichkeit die Frage mit Beantworten helfen, wie in den Betrieben vorgegangen ist, wie von Ungelernten zu Facharbeitern wurden, die zum Studium gingen oder heute als Lehrfacharbeiter Lehrlinge betreuen. Wie haben sich mit der gewachsenen Bildung- und Qualifikationsniveau die Ansprüche an die Arbeit verändert? Wie verändern und gestalten Arbeiter Bildungsanforderungen die Anforderungen an den eigenen Leistungsvermögen? Wie haben die Wertungen in der Arbeiterklasse zur Bildung zugenommen und wie mit der Geschichte, mit den großen historischen Veränderungen in unserem Lande verknüpft. Jeder Entwicklungsprozess, und das gilt auch für die Bildung, kennt Schwierigkeiten und Widerstände, indem wir aufzeigen, wie sie überwunden werden, werden wir feststellen, wie sich mit dem Lernen der Arbeiterklasse die Befreiung der Arbeiterklasse die Möglichkeiten des schöpferischen veränderten Handelns der Arbeiterklasse erweitern.

Die Revolution in Bildungswesen gehört zu jenen neuen Bedingungen, mit denen die Arbeiterklasse der Geschichte ihren Stempel aufgedrückt hat. Das schließt ein, daß die meisten Anforderungen der Bildung von dem objektiven Bedürfnis abhängen, unter denen Wissen und Können abgelesen werden. Mit der Überwindung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse wurde das bürgerliche Produktionsverhältnis gebrochen, entstanden die Voraussetzungen für die kulturelle Entwicklung des ganzen Volkes, aber zugleich auch die ersten Anforderungen an die Bildung. Diese menschlich verändert sich die Stellung des Betreibers in diesem Prozess. Der sozialistische Betrieb wird selbst zu einer Bildungsstätte, hier werden Bildungsgänge eingeleitet, eingeleitet und auch durchgeführt.

Wenn Voltaire Fleck der Bildung stets als eine der wichtigsten Bedingungen des politischen Aufbaus bezeichnet hat, so hat der SPD-Vizeparteivorsitz Schlegel-Wechsungen 1913 sagte: „Über die Bildungsveranstaltungen sind die Arbeiter

„Überarbeiten: Planung des Rates auf der 3. Konferenz der Parteikonferenz zur Geschichte der Arbeiter-Gesellschaft der DDR von 1. bis 6. November 1981 in Dresden.“



## BETRIEBSGESCHICHTE

### Die Darstellung der Entwicklung der Bildung in der Betriebsgeschichte<sup>+</sup>

von Gerda Opitz

Fragt man heute nach dem Platz der Bildung in der Betriebsgeschichte, so geht es nicht so sehr darum, wie und welche Kenntnisse in der Vergangenheit angeeignet wurden, welche Formen und Methoden sich dabei bewährt haben, sondern vor allem darum, wie die Arbeiterklasse Produktion und Bildung in den Betrieben durch ihre Tätigkeit zusammengeführt hat. Aus dieser Sicht ist die Entwicklung der Bildung in den Betrieben ein zutiefst sozialer Vorgang. Je gründlicher wir in ihn eindringen, um so besser können wir verstehen, worauf sich die eigene schöpferische Leistung aufbaut und wo die Wurzeln heutiger Entwicklungen liegen.

Gerade die Betriebsgeschichte kann durch ihre unmittelbare Zugänglichkeit die Frage mit beantworten helfen, was in den Menschen vorgegangen ist, die von Ungelernten zu Facharbeitern wurden, die zum Studium gingen oder heute als Lehrfacharbeiter Lehrlinge betreuen. Wie haben sich mit dem gewachsenen Bildungs- und Qualifikationsniveau die Ansprüche an die Arbeit verändert? Wie verstanden und verstehen Arbeiter Bildungsanforderungen als Anforderungen an das eigene Leistungsvermögen? Wir müssen die Wandlungen in der Einstellung zur Bildung aufdecken und sie mit der Geschichte, mit den großen historischen Veränderungen in unserem Lande verknüpfen. Jeder Entwicklungsprozeß, und das gilt auch für die Bildung, kennt Schwierigkeiten und Widersprüche. Indem wir aufspüren, wie sie gemeistert wurden, werden wir feststellen, wie sich mit dem Lernen als einer Massenbewegung der befreiten Arbeiterklasse die Möglichkeiten des schöpferischen verändernden Handelns des einzelnen erweitern.

Die Revolution im Bildungswesen gehört zu jenen neuen Bedingungen, mit denen die Arbeiterklasse der Geschichte ihren Stempel aufgedrückt hat. Das schließt ein, daß die sozialen Auswirkungen der Bildung von den objektiven Bedingungen abhängen, unter denen Wissen und Können eingesetzt werden. Mit der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse wurde das bürgerliche Bildungsprivileg gebrochen, entstanden die Voraussetzungen für die kulturelle Entwicklung des ganzen Volkes, aber zugleich auch objektiv höhere Anforderungen an die Bildung. Ganz offensichtlich verändert sich die Stellung des Betriebes in diesem Prozeß. Der sozialistische Betrieb wird selbst zu einer Bildungsstätte, hier werden Bildungsgänge angeregt, eingeleitet und auch durchgeführt.

Wenn Wilhelm Pieck, der Bildung stets als eine der wichtigsten Bedingungen des proletarischen Aufstiegs bezeichnet hat, auf dem SPD-Bezirksparteitag Schleswig-Holstein 1913 sagte: "Unsere Bildungsveranstaltungen sind die Werk-

<sup>+</sup> Überarbeitete Fassung des Referats auf der 8. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR vom 4. bis 6. November 1981 in Dresden.

stätten, in denen unser Sieg geschmiedet werden soll",<sup>1</sup> so wurde damit eine wichtige Erfahrung des revolutionären Kampfes vermittelt. In Bildungsprozessen geht es um die Vorbereitung des Künftigen. Es ist durchaus kein Zufall, daß die Bildungsreform zu den ersten revolutionären Maßnahmen der vereinigten Arbeiterklasse nach 1945 gehörte. Mit ihr wurden die sozialen Barrieren für die geistige Entwicklung der Massen beseitigt, große kulturelle Bedürfnisse geweckt und hohe Ansprüche an Aktivität und Schöpferertum freigesetzt.

In Stadt und Land, in den Betrieben und Genossenschaften wurden Schritt für Schritt vielfältige Bildungseinrichtungen und ein die ganze Bevölkerung, die Jüngsten und die Ältesten, alle Klassen und Schichten erfassendes einheitliches Bildungssystem geschaffen. Gemeinsam ist allen Einrichtungen das gleiche Ziel: die allseitige Entwicklung des Menschen. Wenn in der Betriebsgeschichte dargestellt werden soll, wie sich im jeweiligen Kollektiv der Bildungsanstieg vollzogen hat, so gilt es auch aufzuspüren, wie das von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Vereinigungsparteitag aufgestellte Ziel: "Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahrhaften Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung von Kirche und Schule ..." <sup>2</sup> im jeweiligen Bereich verwirklicht wurde.

In historisch kurzer Frist wurde durch die heute lebenden Generationen die Qualifikationsstruktur völlig umgewandelt. Waren noch 1949 rund drei Viertel aller Werktätigen Un- oder Angelehrte, so verfügten 1980 rund 80 Prozent aller Werktätigen über eine abgeschlossene fachliche Ausbildung. Diese Veränderung hat in allen Betrieben ihre Spuren hinterlassen. Das Lernen gehört zu den wichtigsten prägenden Lebenserfahrungen unseres Volkes.

Die Zahlen sprechen für sich, jedoch hat sich diese Entwicklung nicht ohne Konflikte oder gar im Selbstlauf vollzogen. Bildungsprozesse sind Prozesse komplexer Art, die soziale Wirkungen, fördernde und hemmende Einflüsse, Vorurteile und individuelle Probleme zu berücksichtigen haben. Wenn Arbeiter davon berichten, wie sie anfangen zu lernen, dann erzählen sie von schwerer Arbeit, von harten Anstrengungen und wie sie sich selbst überwunden haben, wie aber auch ihre Kräfte beim Lernen gewachsen sind. "Lernen ist wie Neuland umbrechen", sagte eine junge Apoldaer Arbeiterin, als sie ihren Bildungsgang in den siebziger Jahren schilderte, wie schwer ihr eigentlich die Oberschule fiel, die Berufsausbildung, schließlich das Meisterstudium. "Aber man muß hindurch, sonst bewältigt man die Arbeit nicht. Und man ist danach auch ein anderer."

Die Struktur neuer technischer Entwicklungen kann nur von denjenigen voll beherrscht werden, die eine Vorstellung von ihren Zusammenhängen haben. Bildungsfragen treten stets in Einheit mit technischen, ökonomischen und sozialen Prozessen auf. Der X. Parteitag der SED hat die Aufmerksamkeit gerade darauf gelenkt und den hohen Rang der Bildungsfragen für die Lösung künftiger Aufgaben betont: "Beim weiteren Voranschreiten unserer sozialistischen Gesellschaft wächst der Stellenwert der Bildung, durchdringen doch Wissenschaft und Bildung immer tiefer das Leben in allen Bereichen der Gesellschaft. Als eine vorrangige Aufgabe betrachten wir, das zunehmende Bildungspotential für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für die Leistungssteigerung in allen Bereichen der Volkswirtschaft, für eine wirksame politisch-ideologische Arbeit und ein inhaltsreiches, kulturvolles Leben aller Bürger zu nutzen."<sup>3</sup>

1 Pieck, Wilhelm, Zur Bildungspolitik der Arbeiterbewegung, Berlin 1981, S. 122.

2 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 204 f.

3 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker (im folgenden: Bericht X. Parteitag), Berlin 1981, S. 97 f.

Gerade vom Gesichtspunkt der neuen höheren Anforderungen in den achtziger Jahren wird die Geschichte der revolutionären Entwicklung der Bildung in den sozialistischen Betrieben wichtig, trotz der qualitativ anderen Stufe der heute zu bewältigenden Aufgaben. Es genügt nicht festzustellen, daß in der Vergangenheit eine hohe Bildung insgesamt erreicht worden ist. Wie hat sich die Einstellung zum Beruf verändert? Wie ist es gelungen, das Qualifikationsniveau der Frauen in so grundsätzlicher Weise zu heben? Es gilt, den Weg bewußt zu machen, den die Werktätigen in der DDR gegangen sind, nachzuspüren, worin ihre Siege und worin Niederlagen begründet sind, wie die notwendige Beschleunigung des Leistungsanstiegs durch schöpferisches Handeln der Massen erreicht werden konnte. Bildungsziele werden aus gesellschaftlichen Bezügen und nicht allein aus technischen Erfordernissen abgeleitet und verändern sich dementsprechend. Sie haben jedoch großen Einfluß auf den einzelnen. Oft wird erst aus den späteren Leistungen deutlich, was zunächst lediglich wie eine äußere Forderung nach Qualifikation erschien. Wie sehen Arbeiter ihre Entwicklung selbst?

Für Herbert Gahlen, Stahlschmelzer im VEB Stahl- und Walzwerk "Wilhelm Florin", Hennigsdorf, verbindet sich in diesem Sinn sein Bildungsgang mit der größeren Wirkungsmöglichkeit und der Ausprägung des Selbstbewußtseins. "Den Facharbeiterbrief hatte ich 1953 in der Abendschule erworben. Später delegierte mich der Betrieb auf die Meisterschule. Geschafft habe ich sie mit der Note 'gut'. Von dem soliden politischen und fachlichen Wissen, das uns dort geboten wurde, habe ich länge zehren können. Wirtschaftliche Zusammenhänge im richtigen Licht zu sehen, sozusagen durchs Werktor durch, den Blick für das Ganze zu kriegen, das ist schon wichtig. Manches wurde mir so auch im eigenen Betrieb klarer. Nichts ist schlimmer, als nur die eigene Nasenspitze zu sehen und keine Vorstellung zu haben, wie eigentlich alles funktioniert."<sup>4</sup>

Diese für viele andere Arbeiter ebenfalls zutreffende Aussage geht weit über den statistisch nachweisbaren Abschluß als Facharbeiter und Meister in der Erwachsenenbildung hinaus. Jedoch gilt der hier erkennbare Zusammenhang von gewachsenem geistigen Potential und neuem Selbstbewußtsein keinesfalls nur für den einzelnen Arbeiter. Soziale Gruppen und Schichten, die in einer bestimmten Eigenschaft in revolutionäre Veränderungen einbezogen werden und dabei ihr Bildungsniveau erhöhen und neue Einsichten gewinnen, verändern im Verlaufe der sozialistischen Revolution ihr Antlitz, ihre Verhaltensweisen, ihre Ansprüche.

Die Formierung der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein der eigenen historischen Situation. So läßt sich an der Entwicklung des VEB Thüringer Obertrikotagen Apolda zu einem leistungsfähigen sozialistischen Großbetrieb nachweisen, wie sich die Menschen wandeln, wenn sie in neue soziale Beziehungen eintreten, die ihr schöpferisches Verhalten herausfordern.

Die Dynamik des sozialen und kulturellen Fortschritts ist besonders groß in solchen Gebieten, wo sich rasche technische und ökonomische Wandlungen vollziehen. Die Trikotagenindustrie hat im Raum Apolda eine weit zurückreichende Tradition. Das wirkt sich bis heute in einem hohen Anteil kleiner Betriebe mit einer Vielzahl von Produktionsstätten aus.

Zu den Besonderheiten dieses Industriezweiges gehört seit seinen Anfängen der hohe Beschäftigungsgrad von Frauen. Die Beziehung von geringer technischer Ausstattung und geringer Konzentration der Produktion, niedriger Qualifikation der Arbeiter und mangelnder Organisation schien bis in die sechziger Jah-

<sup>4</sup> Schöpfer der Gesellschaft. Die Arbeiterklasse der DDR in Aktion, hg. v. der Parteihochschule "Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1981, S. 11.

re hinein sicksalhaft gegeben und unüberwindlich. Vorurteile zementierten zudem den bestehenden Zustand. Noch in den fünfziger Jahren sagten Arbeiterinnen, sie gingen zur Arbeit "ins Geschäft", nicht in einen Betrieb. "Für die Wolle langt es" - mit dieser Redewendung wurden die niedrigen Qualifikationsanforderungen in der öffentlichen Meinung gewertet.

Bis zum Jahre 1972 arbeitete die Mehrheit aller Apoldaer Werkstätigen in Betrieben mit staatlicher Beteiligung und in industriell produzierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde zu diesem Zeitpunkt von "gewissen Erscheinungen der Rekapitalisierung" gesprochen.<sup>5</sup> Sie behinderten den sozialen Fortschritt im Raum Apolda entscheidend, der bestehende volkseigene Betrieb konnte seine Leistungspotenzen nicht voll entfalten. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse bahnte den Weg für die Entwicklung der Produktivkräfte, sie stellte hohe Anforderungen an das Schöpfertum und an die Entwicklung der Arbeiter.

Von entscheidender Bedeutung war dabei die Hebung des Niveaus der allgemeinen und fachlichen Bildung. Das erste Objekt, das im VEB Thüringer Obertrikotagen Apolda nach der Umgestaltung rekonstruiert und erweitert wurde, war die Betriebsberufsschule. Die Belegschaft wuchs von 1973 bis 1979 um mehr als eintausend Werkstätige, zunächst vor allem über die verstärkte Zuführung von Lehrlingen. Das erforderte, im Territorium die öffentliche Meinung über den Textilfacharbeiter zu verändern und Schüler nach Abschluß der zehnten Klasse für eine Berufsausbildung zu gewinnen.

Aus anderen Gebieten der DDR wurden außerdem Arbeitskräfte für Apolda gewonnen, denen es meist zunächst um eine Wohnung ging. Dafür waren sie bereit, alles zu tun. Die Arbeit interessierte zunächst noch wenig. Für die Weiterbildung entstanden daraus sehr komplizierte Fragen. Es genügte nicht, einfach auf eine neue Tätigkeit vorzubereiten, entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln und zur Arbeit überzugehen. Entscheidend war, wie neue Einsichten und Verhaltensweisen in Beziehung zu der sich verändernden sozialen und kulturellen Wirklichkeit geformt, unterschiedliche Qualifikationen und Erfahrungen zusammengeführt wurden und sich die Arbeiter mit "ihrem" Betrieb verbanden.

Eine außerordentlich wichtige Erfahrung bestätigte sich in diesem Prozeß: Wissen wird nur über Erfahrung zum Können. Eine Stammebelegschaft formierte sich in der Bewährung. Sollte das in der kürzest möglichen Zeit erfolgen, so stellte das nicht nur höchste Anforderungen an die Ansiedler, sondern auch an die Facharbeiter, die ihre "Lehrer" waren. "Ich mußte manchmal weggehen, weil ich die Quälerei nicht ertragen konnte", erzählte eine junge Arbeiterin über das Lernen ihrer Schützlinge. Die gaben nicht auf, ebensowenig wie die erfahrenen Textilarbeiter, die immer wieder zu den Anlernlingen zurückkehrten. Die Neuen brachten Erfahrungen aus anderen Arbeitsbereichen ein, nahmen neue Normen des Zusammenlebens auf, forderten sie geradezu heraus, überwandten alte Gewohnheiten.

Es genügt nicht, lediglich zu vermerken, daß in wenigen Monaten mehrere hundert Werkstätige für ihre Tätigkeit zunächst angelernt und schließlich zum Facharbeiter qualifiziert wurden. Das ist nur die eine Seite. Ein Kollektiv formte sich, indem die Arbeiter voneinander lernten, sich gegenseitig unterstützten, die Erfahrungen der Besten aufnahmen.

Der Bildungsprozeß war zugleich ein Klärungsprozeß, der dazu beitrug, mit alten Traditionen und Gewohnheiten zu brechen, neue arbeitsteilige Beziehungen mußten begriffen und gemeistert werden.

<sup>5</sup> Vgl. Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED. Berichterstatter: Genosse Gerhard Grüneberg, Berlin 1972, S. 9.



Mit der Einbeziehung neuer Gruppen in die Gestaltung der Produktion - das betraf auch die Arbeiter, die ihre Arbeitsplätze verändern mußten - entwickelten sich neue soziale Beziehungen, wurden neue Verhaltensweisen ausgeprägt und wuchs der Organisationsgrad.

Man kann diesen gesellschaftlichen Vorgang keinesfalls auf Bildung allein zurückführen, aber durch die Qualifikationsanforderung wurde die technische und die gesellschaftliche Anforderung für den einzelnen zwingend und unumgänglich.

Die Betriebsakademie war 1959 gegründet worden, ihre tatsächliche Bewährungsprobe mußte sie in den siebziger Jahren bestehen, als von ihr abhing, wie schnell sich das neue Betriebskollektiv entwickelt. Außer in vierzehntägigen Intensivkursen für Ansiedler, für die die Arbeit völlig neu war, mußten andere Werkstätige für die Bedienung neuer Maschinen umqualifiziert, Meister zur Leitung der neuen Arbeitskollektive befähigt, Facharbeiter auf das Fachschulstudium vorbereitet, die Allgemeinbildung erhöht, gute Erfahrungen durch Schulungen am Arbeitsplatz für Werkstätige, die die Norm nicht erfüllten, vermittelt werden.

Von den rund 2 000 Beschäftigten des Betriebes nahm 1970 bis 1978 eine große Zahl an der Erwachsenenbildung teil:

T a b e l l e 1

Teilnehmer an der Erwachsenenbildung im VEB Thüringer Obertrikotagen Apolda<sup>+</sup>

	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78
Gesamt	711	536	888	1 193	1 940	1 255	1 237	1 451
Darunter weiblich	419	306	561	736	1 261	734	775	826

+ Die statistischen Angaben stellte die Betriebsschule des VEB Thüringer Obertrikotagen Apolda freundlicherweise zur Verfügung.

So beeindruckend die Zahlen jedoch sind, sie allein genügen nicht. Wie viele hervorragende Arbeiter erhielten auf solchen Lehrgängen einen ersten Anstoß zu ihrer Entwicklung! Am 7. Oktober 1979 wurde Waltraud Hahn, die mit größtem persönlichem Einsatz viele Arbeiter für die neuen Produktionsstätten qualifiziert und die Einbeziehung aller Werkstätigen in den sozialistischen Wettbewerb mit durchgesetzt hat, als "Held der Arbeit" ausgezeichnet. Hier wurde die Leistung einer Meisterin in einem Bildungsprozeß gewürdigt, der vor allem ein sozialer Prozeß war. Bildung im Betrieb ist nicht vergleichbar mit dem Lernen in der Schule und kann auch nicht auf die gleiche Weise dargestellt werden. In unmittelbarer Weise beruhen die schöpferischen Möglichkeiten des einzelnen auf den Bedingungen seiner Arbeit und seinen sozialen Beziehungen. Nachweisbar werden die Ergebnisse der Bildung an der gewachsenen Disponibilität und beruflichen Flexibilität, an der größeren Arbeitszufriedenheit.

Die Komplexität des Anspruchs an die Lernenden, die zugleich Arbeitende sind, gilt es aufzudecken, wenn man die Wirkung von Bildungsmaßnahmen erfassen will. Das gilt nicht nur für das hier beschriebene Apoldaer Beispiel. An anderen Orten haben sich ähnliche Vorgänge vollzogen. Nach 1945 gab es "Umschüler" zu Tausenden. Durch Krieg und Faschismus sozial Entwurzelte wurden zu Arbeitern, ehemalige Bauern wechselten über in die Industrie. Stets war der Formierungsprozeß der Arbeiterklasse mit Bildung verknüpft.

Doch so unumgänglich die fachliche Qualifizierung im einzelnen war, ihre Möglichkeiten entfalteteten und entfalten sich erst auf der Grundlage einer umfassenden politischen Bildung. Die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft forderte die Arbeiterklasse und alle Werktätigen geradezu heraus, tiefer in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung einzudringen und den Einfluß der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu verstärken. Die systematische marxistisch-leninistische Bildung des ganzen Volkes gehört zu den Wesenszügen der sozialistischen Gesellschaft oder, anders gesagt, man kann über die Hebung des Bildungsniveaus in unserem Lande nicht sprechen, wenn man nicht den großen Einfluß der heute faktisch alle Werktätigen einbeziehenden politischen Bildung berücksichtigt.

Bereits im Mai 1946 hatte der SED-Parteivorstand den Aufbau eines einheitlichen Schulungssystems beschlossen.<sup>6</sup> Seit 1950 gibt es das Parteilehrjahr als die alle Parteimitglieder erfassende, unmittelbar in den Betrieben wirkende Bildungsform, die wesentlichen Einfluß auf die ideologische Geschlossenheit, die Hebung des marxistisch-leninistischen Niveaus der Kommunisten und auf die Formierung der Partei hat. In den Betrieben existiert heute unter Verantwortung der Betriebsparteiorganisationen ein umfassendes System für die Verbreitung und das Studium des Marxismus-Leninismus, das Parteilehrjahr, die Betriebsschulen des Marxismus-Leninismus, die von den Bildungsstätten der Partei organisierten Vorträge und Diskussionen zu Problemen und Fragen, die die Belegschaft bewegen, hierher gehören auch die Traditionskabinette, die Ausarbeitung und Verbreitung der Betriebsgeschichte und die bildende und organisierende Funktion der Betriebszeitung. Für die Erziehung und Bildung der Arbeiterjugend spielt das FDJ-Studienjahr eine zunehmend größere Rolle. 1950 hatte sich der 3. FDGB-Kongreß zum Marxismus-Leninismus bekannt und wichtige Schritte für die Entwicklung des innergewerkschaftlichen Lebens und für die Formierung neuer, sozialistischer Arbeitskollektive eingeleitet.<sup>7</sup> Mit der Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" wuchs vor allem seit Ende der fünfziger Jahre das Streben nach weltanschaulicher, politischer und ökonomischer Bildung rasch. Im Jahre 1970 studierten viele Arbeitskollektive anläßlich des Leninjahres Lenins Schriften, besonders "Die große Initiative" und "Wie soll man den Wettbewerb organisieren?". Dieses Studium leitete faktisch eine Massenbewegung neuer Qualität ein, die sich besonders nach dem VIII. Parteitag der SED breit entfaltete und organisierte Formen fand.

Seit 1972 bestehen die "Schulen der sozialistischen Arbeit", eine wirksame Form gewerkschaftlicher Bildungsarbeit mit spezifischen, besonders durch das vertrauensvolle Gespräch bestimmten Methoden. Sie haben einen besonders starken Aufschwung nach dem IX. Parteitag genommen und erfassen gegenwärtig mehr als zwei Millionen parteilose Gewerkschaftsmitglieder. Einen großen Raum nimmt in den "Schulen der sozialistischen Arbeit" die Erläuterung der wirtschaftlichen Strategie der Partei ein.

Wer die Wirkung der politischen Bildungsarbeit zu erfassen versucht, stößt auf den engen Zusammenhang von theoretischer Arbeit der Partei, die sich in den Beschlüssen niederschlägt, vom Eindringen in diese Beschlüsse und der damit verbundenen Einsicht in ökonomische, politische und soziale Gesetzmäßigkeiten und der Aktivität der Werktätigen. An Wettbewerbsinitiativen und -leistungen läßt sich nachweisen, wie mit der wachsenden Aufnahme der marxistisch-leninistischen Weltanschauung durch die Werktätigen ihre Identifizierung mit gesellschaftlichen Zielstellungen zunahm. Die Entwicklung aller Teilbereiche des ein-

6 Der Aufbau des Schulungssystems in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1948, S. 39 - 41.

7 Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 250 f.

heitlichen sozialistischen Bildungssysteme kann man wiederum nur auf dieser Grundlage voll verstehen. Alle Bildungsprozesse gewinnen ihre dem Sozialismus eigene Qualität aus der Einheit von politischer und fachlicher Bildung.

So geht es auch bei der Darstellung der Berufsausbildung in der Betriebsgeschichte von Anfang an um mehr als die Geschichte einer Bildungsstätte oder eines Berufszweiges. Mit der Berufsausbildung wird dem Nachwuchs der Arbeiterklasse der Weg gebahnt, wird über seine fachlichen Fähigkeiten und politischen Haltungen weitgehend entschieden. Im Verlauf der sozialistischen Revolution hat daher die Berufsausbildung für die Formierung der Arbeiterklasse unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen zunehmend an Bedeutung gewonnen, das Verhältnis von Arbeit und Ausbildung hat sich in diesem Prozeß verändert, und es sind neue Beziehungen zwischen der lernenden Jugend und den Arbeitern in der Produktion entstanden. Welche Spannweite gesellschaftlicher Wandlungen damit berührt wird, läßt sich ermeszen, wenn man die programmatische Feststellung Erich Honeckers auf dem Zeitzer Jungaktivistenkongreß 1948: "Mögen alle erkennen, daß die Zukunft unseres Volkes in den Betrieben entschieden wird"<sup>8</sup> mit der Wertung der Berufsausbildung auf dem X. Parteitag der SED vergleicht: "Hohe Fachkenntnisse und Fähigkeiten, Schöpfertum, Initiative, Leistungsbereitschaft und eine bewußte Arbeitsdisziplin sind unerläßliche Voraussetzung für die Bewältigung der modernen Technik und Technologien. Der Grundstein dafür wird in einer Berufsausbildung gelegt, die den gegenwärtigen und künftigen Erfordernissen entspricht ...

Für die Lösung der Aufgaben zur Bildung und Erziehung des Nachwuchses der Arbeiterklasse sind die Vorzüge und Möglichkeiten der Kombinate in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Staatsorganen umfassend zu nutzen."<sup>9</sup>

Fachliches Können, die Einstellung zum Beruf und soziale Verhaltensweisen prägen sich in der Lehrzeit, in der die junge Generation systematisch und organisiert an die Aufgaben und Arbeitstraditionen des Betriebes herangeführt wird und sich die Normen und die Disziplin der Arbeiterklasse aneignen kann. Daraus erklärt sich nicht zuletzt die ständige große Aufmerksamkeit der SED für die Berufsausbildung.

Das Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule (Juni 1946) bestimmte die Berufsschule als organischen Bestandteil der demokratischen Einheitsschule,<sup>10</sup> damit wurde ein wichtiges bildungspolitisches Ziel der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung erstmals gesetzlich fixiert. Nicht wenige Arbeiter verwirklichten, indem sie Lehrer wurden, dieses Gesetz unmittelbar. Wer die junge Generation bildet und erzieht, das ist bis in die Gegenwart hinein eine Machtfrage. "Nach einem Bericht der Zentralverwaltung für Volksbildung blieben in Thüringen zehn, in Mecklenburg sogar nur vier ausgebildete Berufsschullehrer übrig, als man die faschistischen Lehrkräfte entfernte. Eine andere Angabe besagt, daß im ganzen etwa 90 Prozent der Berufsschullehrer entlassen werden mußten."<sup>11</sup>

Schritt für Schritt wurde in den Jahren nach 1945 die Berufsausbildung in den Betrieben konzentriert und auf diese Weise ihre neue Qualität erreicht. Diese weit in die Zukunft gerichtete Aufgabe stellte hohe Anforderungen an die sich gerade erst herausbildenden volkseigenen Betriebe und an die Arbeiterklasse insgesamt und war zugleich eine große Bewährungsprobe für die Arbeiterjugend. In den Ende Dezember 1946 vom Zentralsekretariat der SED beschlosse-

<sup>8</sup> Honecker, Erich, Zur Jugendpolitik der SED, Berlin 1977, S. 93.

<sup>9</sup> Bericht X. Parteitag, a. a. O., S. 103.

<sup>10</sup> Das Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule, in: Quellen zur Geschichte der Erziehung, Berlin 1975, S. 494.

<sup>11</sup> Uhlig, Gottfried, Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945 - 1946, in: Monumenta Paedagogica, Bd. 2, Berlin 1965, S. 79.

nen "Sozialpolitischen Richtlinien" wurde die Neuordnung der Ausbildung gefordert, die Errichtung von Lehrwerkstätten in größeren Betrieben und die Bereitstellung von Lehrmitteln durch die Betriebe.<sup>12</sup> Am 11. April 1948 riefen junge Arbeiterinnen und Arbeiter volkseigener Betriebe von ihrem Kongreß in Zeitz aus die deutsche Arbeiterjugend auf: "Wacht über die Durchführung der Berufsausbildungsverordnung!" Diese Richtlinien waren als Anlage zum Befehl Nr. 234 der SMAD über die Ausbildung von Industriearbeitern in Berufsschulen am 3. November 1947 veröffentlicht worden und stellten die erste grundsätzliche Anordnung über die Berufsausbildung nach 1945 dar. "Unsere Friedenswirtschaft braucht den hochqualifizierten Facharbeiter wie das tägliche Brot", erklärten die Jungaktivisten. "Tretet ein für die Erweiterung und den Ausbau der Lehrwerkstätten und Berufsschulen in den volkseigenen Betrieben, für die Verbesserung der theoretischen und praktischen Berufsausbildung sowie der materiellen Lage der Lehrlinge."<sup>13</sup>

Im "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung" vom 8. Februar 1950 wird in diesem Sinne auf die allseitige Unterstützung der Berufsausbildung orientiert und bestimmt: "Einheitliche Berufsbilder, vor allem für die technische Ausbildung, sind auszuarbeiten und die Herausgabe der den Berufsbildern entsprechenden Lehrbücher ist zu sichern. Bei der Ausarbeitung der Berufsbilder und der Zusammenstellung der Lehrbücher muß von den Grundsätzen der Einheitlichkeit von theoretischer und praktischer Berufsausbildung der Schüler, vor allem für die technischen Berufsschulen, ausgegangen werden ...

Die Schüler der Betriebs- und Berufsschulen sind versorgungsmäßig den Arbeitern der entsprechenden Industriebetriebe und die Lehrer dieser Schulen der technischen Intelligenz dieser Betriebe gleichzustellen."<sup>14</sup> Auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED im Januar 1951 wurden Maßnahmen zur Entwicklung aller Bereiche des Bildungswesens beschlossen und im Zusammenhang damit gefordert, ein qualitativ neues System der Berufsausbildung zu konzipieren.<sup>15</sup> Hier wurde faktisch der Übergang zur sozialistischen Berufsausbildung eingeleitet.

Ausgehend von den Vorschlägen der 25. Tagung des SED-Zentralkomitees und der III. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, faßte der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 28. Juni 1956 einen "Beschluß über die Berufsausbildung der Lehrlinge in der sozialistischen Wirtschaft", mit dem die gesetzlichen Bedingungen für die Ausbildung des gesamten Nachwuchses der Arbeiterklasse entsprechend den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen geschaffen wurden. Den sozialistischen Betrieben wurde eine größere Verantwortung für die Berufsausbildung der Lehrlinge übertragen. "Die Leiter der sozialistischen Betriebe haben dafür Sorge zu tragen, daß die ihnen anvertrauten Lehrlinge nach den verbindlichen Lehrplänen, auf der Grundlage der neuen Technik und im Sinne der Arbeiter-und-Bauern-Macht berufstechnisch, geistig, kulturell und sportlich erzogen werden. Die Lehrlinge sind mit grundlegendem berufspraktischem Können und wissenschaftlichen Kenntnissen und Erkenntnissen auszurüsten, die für die Arbeit in der Produktion, für das Verständnis und für die aktive Mitgestaltung des gesellschaftli-

12 Sozialpolitische Richtlinien, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1948, S. 131 f.

13 Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. 1, Berlin 1960, S. 136.

14 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.), Nr. 15, 21. 2. 1950, S. 97.

15 Zur Verbesserung der Berufsausbildung, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1952, S. 345 - 352.



chen Lebens erforderlich sind." Die in den Betrieben existierenden Lehrwerkstätten wurden mit den Räten der Kreise bisher unterstehenden Betriebsberufsschulen und den Lehrlingswohnheimen unter Verantwortung der Werkleiter zu einheitlichen "Betriebsberufsschulen" zusammengefaßt.<sup>16</sup>

Im Mai 1959 beriet das Zentralkomitee der SED auf seiner 5. Tagung im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Rekonstruktion der Betriebe Vorschläge über die kurz- und mittelfristige Qualifizierung der Werktätigen und zur Entwicklung der Berufsausbildung und unterbreitete sie zur öffentlichen Diskussion durch alle Werktätigen.<sup>17</sup> 1960 wurde, davon ausgehend, mit der breiten Grundausbildung und der darauf aufbauenden speziellen Ausbildung begonnen. Mit dem am 12. Februar 1965 von der Volkskammer beschlossenen "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem" wurde erstmals in der deutschen Geschichte die Gesamtheit aller staatlichen und gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen und -bestrebungen als Einheit konzipiert.<sup>18</sup> Angesichts der sich anbahnenden Erhöhung der Allgemeinbildung bei der heranwachsenden Generation und der Entwicklungstendenz der Arbeitsteilung wurden dann im Lehr- und Ausbildungsjahr 1968/69 erstmals Grundberufe und Grundlagenfächer eingeführt. Ein neuer Typ von Ausbildungsberufen bildete sich allmählich heraus und setzte sich in den siebziger Jahren durch. Rund 60 Prozent der in der sozialistischen Volkswirtschaft Beschäftigten sind nach der Gründung der DDR unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen ausgebildet worden.

Die Berufsausbildung hat sich mit der Dynamik der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung weiterentwickelt. Mitte der fünfziger Jahre gab es in der DDR 972 Ausbildungsberufe, darunter 28 Grundberufe, ab 1980 waren 318 Ausbildungsberufe mit annähernd 630 Spezialisierungsrichtungen von den Ministerien in Absprache mit den Gewerkschaften bestätigt worden. Allein diese Zahlen lassen schon erkennen, daß sich hier in einem historisch kurzen Zeitraum grundlegende Veränderungen des Inhalts der Berufe vollzogen haben, die sich in allen Betrieben auswirken. Das Profil der Berufe hat sich erweitert, um den wachsenden Anforderungen an Disponibilität und Spezialisierung der Facharbeiter in den achtziger und neunziger Jahren besser zu entsprechen. Frühzeitig muß sich die lernende Jugend als bewußt handelnder Nachwuchs der Arbeiterklasse bewähren. Auf die Art und Weise, wie gelernt wird, übt die Dynamik sozialer Beziehungen entscheidenden Einfluß aus. Dabei geht es nicht um die Phase der Berufsausbildung allein, bereits die richtige Berufswahl und das reale Bild der beruflichen und betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten wirken sich später in starkem Maße auf die Betriebsverbundenheit, auf die Einstellung zum erlernten Beruf und auf das moralische Selbstbewußtsein aus. Viel hängt ebenso vom Übergang von der Berufsausbildung zur beruflichen Tätigkeit ab. Für die Komplexität von berufspraktischer und theoretischer Ausbildung und kommunistischer Erziehung hat der gemeinsame Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR, des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralrates der FDJ vom 7. Dezember 1976 "Für ein hohes Niveau bei der Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitagess der SED auf dem Gebiet der Berufsausbildung" die wesentliche, langfristige Orien-

16 GBl., T. I, Nr. 63, Zl. 7. 1956, S. 568.

17 Durch sozialistische Rekonstruktion und Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Erfüllung des Siebenjahrplans, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 7, Berlin 1961, S. 652 - 663; Kommunique der 5. Tagung des Zentralkomitees, in: ebenda, S. 664 f.

18 Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse, hg. v. Kanzlei des Staatsrates 1965, H. 5 (4. Wahlperiode): Unser Bildungssystem - wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation, S. 88 f.

tiierung gegeben.<sup>19</sup> Mit der Berufsausbildung wird der Nachwuchs der Arbeiterklasse an die Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts herangeführt. Das schließt ein, bei der Organisation des Bildungs- und Erziehungsprozesses stets zu beachten, welche qualitativen Prozesse sich in der Gesellschaft und in der Entwicklung der Produktivkräfte vollziehen, was sich verändert, mit welcher Konsequenz und von wem das gesellschaftliche Neue verwirklicht wird und was unter diesen Bedingungen Teilnahme am Kampf der Arbeiterklasse bedeutet. Das Gefühl und die Einsicht, an einem großen schöpferischen Prozeß beteiligt zu sein, formen sich unter dem Einfluß anderer Menschen.

Die Arbeiterklasse hat in ihrer Hinwendung zu den Problemen und Aufgaben der jungen Generation neue Züge ausgeprägt und neue kollektive Verhaltensweisen entwickelt. Lehrfacharbeiter stehen den Lehrlingen zur Seite, wenn es um die Aneignung höchsten beruflichen Könnens geht. Die letzte Phase der Berufsausbildung, die sich unmittelbar im künftigen Arbeitskollektiv vollzieht, ist eine Herausforderung sowohl an den Lehrling, sich in ein bestehendes Leistungsniveau einzufügen und den erfahrenen Facharbeitern nachzueifern, wie auch an die älteren Arbeiter, eigene, in Jahren gesammelte Erfahrungen uneigennützig weiterzugeben. Eine Fülle von Fragen des kameradschaftlichen Zusammenlebens der Generationen in der sozialistischen Gesellschaft ist damit aufgeworfen. Die Erfahrungen in den Betrieben zeigen, daß ganz offensichtlich mit den hohen Leistungsanforderungen in den Arbeitskollektiven neue Normen des Umgangs, der Disziplin und der Autorität entstehen. Die tatsächlichen Bewährungsfelder des Menschen - und das schließt seine fachliche Qualifikation ein - liegen im Alltag. Im Alltag zeigt sich, wie die Menschen miteinander umgehen, von welchen moralischen Grundsätzen sie sich im Verhältnis untereinander leiten lassen und welchen Einfluß hohe Zielstellungen auf das Arbeitsverhalten ausüben. Fähigkeit und Bereitschaft zur schöpferischen Arbeit ergeben sich aber nicht von allein. Tatsächlich muß sich die junge Generation, indem ihr Vertrauen entgegengebracht wird und sie Verantwortung ausüben kann, auf größere Verantwortung vorbereiten. Aus dieser Sicht ist die Erfahrung aufschlußreich, die eine junge Arbeiterin aus dem VEB Thüringer Obertrikotagen Apolda in einer Diskussion zu Fragen der Weiterbildung über die Einbeziehung von Lehrlingen in das Arbeitskollektiv vermittelte: Dem anderen Vertrauen schenken heißt auch, ihm etwas zutrauen. "Einmal sind diese jungen Menschen unsere Kaderreserve und zum anderen auch unsere 'ökonomische Reserve'. Je besser wir ihnen unsere Kniffe, Erfahrungen und Arbeitsmethoden vermitteln, um so schneller werden sie in die Lage versetzt, die Vielfalt der Produktion zu beherrschen und damit zur Leistungssteigerung unserer Brigade beizutragen. Es gibt kein hier Junge und dort Alte, sondern wo ein Schwerpunkt entsteht, sei es in der Normerfüllung, der Qualitätsarbeit, da setzt der gegenseitige Erfahrungsaustausch ein ..."

Die Lehrlinge machen eine beachtliche Gruppe der Arbeiterjugend aus, für ihre Entwicklung und für das Begreifen ihrer sozialen Position ist offensichtlich die berufliche Spezialisierung in Arbeitskollektiven ein entscheidender Lebensabschnitt als die gesellschaftlichen Bedingungen, das Umfeld, das "soziale Milieu", in dem Anforderungen gestellt und angenommen werden. Die größten Wirkungen werden dort erreicht, wo den Lehrlingen konkrete anspruchsvolle Aufgaben gestellt und die produktive Tätigkeit und die politisch-ideologische Arbeit als einheitlicher Prozeß gestaltet werden.

<sup>19</sup> Für ein hohes Niveau bei der Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Berufsausbildung. Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR, des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralrates der FDJ vom 7. Dezember 1976, in: Berufsbildung, Nr. 2/1977, S. 49 - 52.

In der sozialistischen Gesellschaft entscheidet die Einstellung zur Arbeit gleichsam darüber, was einer ist. Die entscheidenden Veränderungen, die sich in der Berufsausbildung seit 1945 vollzogen haben und sie zu einem wichtigen Bewährungsfeld ganzer Betriebskollektive werden ließ, machen sichtbar, wie sich die Entwicklung von Arbeiterpersönlichkeiten, das Streben nach hohen Leistungen und nach gesellschaftlicher Anerkennung mit der Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verbindet. Vor allem in den Jugendbrigaden sind hierfür neue Möglichkeiten und Voraussetzungen entstanden. Wie die Lehrlinge in einer Jugendbrigade fachlich und politisch zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung befähigt werden, vermittelte der Arbeiter Wolfgang Kirnich aus der Jugendbrigade "Sigmund Jähn" im VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht": "Es besteht oftmals noch die falsche Auffassung, daß Jugendbrigaden gerade deshalb so ökonomisch leistungsfähig und erzieherisch wirksam sind, weil dort von vornherein die besten jungen Arbeiter konzentriert werden. Die Zusammensetzung der Brigade ist immer nur die eine Seite, das Wirken der Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Gruppe als politischer Kraft sowie die konkrete Arbeit mit den Jugendlichen die andere Seite. Musterbrigaden stehen nicht selten in Außenseiterpositionen und werden als Vorbild von anderen Brigaden nicht akzeptiert.

Wir haben im Jugendkollektiv 'Sigmund Jähn' unsere Lehrlinge unter folgenden Normen in unser Kollektiv eingegliedert:

1. Wir nehmen sie in die FDJ- und Gewerkschaftsgruppe als vollwertige Mitglieder auf und beziehen sie damit in die politisch-ideologische Arbeit unseres Kollektivs ein.
2. Wir gliedern sie in das Zweischichtsystem ein und übertragen erfahrenen Genossen unseres Kollektivs in Verbindung mit dem Lehrfacharbeiter die Patenschaft über die neuen Mitglieder.
3. Wir führen mit diesen Jugendfreunden regelmäßig persönliche und kollektive Gespräche und nehmen Einfluß darauf, sie langfristig als Mitglieder für unsere Partei vorzubereiten und natürlich auch als Kandidat aufzunehmen.
4. Die besten dieser Lehrlinge und unseres Kollektivs delegieren wir zum Studium und werden so insgesamt unserer Funktion als 'Kaderschmiede' gerecht.

Daraus resultierend, erreichten wir nicht nur einen guten persönlichen Kontakt, sondern einen hohen Grad persönlicher Verantwortung bei der Erfüllung unserer volkswirtschaftlich bedeutsamen Aufgaben und somit die Einheit von Berufswettbewerb und Wettbewerb der Jugendbrigade. Auch das Verhältnis von 2 : 1 zwischen jüngeren und älteren Kollegen hat sich bei uns in der Praxis bewährt. "20

Die Erwachsenenbildung mit ihren vielfältigen Möglichkeiten, Ansprüchen und Bedingungen gehört heute bereits zu den Erfahrungen der meisten Werktätigen. In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Erwachsenenbildung organischer Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems. Im gemeinsamen Beschluß des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB vom 21. Juni 1979 ist festgelegt: "Die Einrichtungen in der Erwachsenenbildung haben sich verstärkt auf die Verwirklichung der Bildungspolitik des sozialistischen Staates zu konzentrieren. Im Rahmen der planmäßig bereitgestellten Fonds sind die Betriebsakademien und Betriebsschulen mit ihren Abteilungen Aus- und Weiterbildung der Werktätigen und die Volkshochschulen als staatliche Bildungseinrichtungen zu leistungsfähigen Zentren der Erwachsenenbildung weiterzuentwickeln. In den Betriebsakademien und Betriebsschu-

len sind der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen die Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik sowie die Erfahrungen bei deren praktischer Anwendung zu vermitteln."<sup>21</sup>

Bevor solche bedeutenden Aufgaben gestellt werden konnten, hat die Erwachsenenbildung einen großen Funktionswandel im Verlaufe der sozialistischen Revolution erfahren. Ihre Entwicklung und ihre Stellung in den Betrieben und im gesamten gesellschaftlichen Leben ist unmittelbar verknüpft mit der Entwicklung der Arbeiterklasse und der Erhöhung ihres Bildungs- und Qualifikationsniveaus. Zur Aufnahme der Produktion war es unumgänglich, notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten an die Arbeiter zu vermitteln. Vielfach war das zunächst als Anlernen organisiert, als gegenseitige Unterweisung und Weitergabe von Erfahrungen, vielfach auch als Umschulung aus anderen Berufen. Bereits die erste Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik sicherte, verbunden mit dem Recht auf Bildung, das Recht auf Weiterbildung zu.<sup>22</sup>

Bemerkenswert ist, daß sich die Erwachsenenbildung zu keinem Zeitpunkt, auch nicht angesichts großer materieller Not und eines geringen Produktionsniveaus, allein auf fachliche Bildungsmaßnahmen reduzierte. Für die Überwindung der faschistischen Ideologie, die Formung eines wissenschaftlichen Weltbildes und die allmähliche Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war die enge Verbindung zwischen der Weiterbildung in den Betrieben und der Neugründung der Volkshochschulen als Schulen der Arbeiterklasse äußerst bedeutsam. Auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD verwies Walter Bartel auf die sowjetische Unterstützung für diese das Bildungswesen insgesamt im Interesse der Arbeiterklasse revolutionierenden Bildungsstätten: "Durch den Erlaß des Marschalls Shukow über die Eröffnung der Volkshochschulen in der sowjetischen Besatzungszone ist die Frage der Volkshochschule, ihre Aufgabe, ihre Bedeutung und ihre Struktur in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Es ist symptomatisch, daß ausgerechnet die Vertretung jener Macht und jenes Landes, das durch den Nazikrieg am schwersten gelitten hat, die Bedeutung der Volkshochschulen so hoch einschätzt wie das im Erlaß zum Ausdruck kommt. Zum erstenmal nach jahrzehntelanger Entwicklung der Volkshochschulbewegung in Deutschland erfährt die Volkshochschule nicht nur eine gönnerhafte Förderung, ist sie nicht mehr nur geduldet, sondern wird eine staatliche Institution, die in das gesamte Schulsystem eingegliedert ist. Die Volkshochschule verliert damit in der sowjetischen Zone ihre armselige Rolle als Aschenbrödel der gesamten Bildungsinstitution und wird nunmehr staatlich anerkannte Bildungsstätte für die Erwachsenen."<sup>23</sup> Im Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung hat die Volkshochschule vielen jungen Werktätigen die Möglichkeit gegeben, den Abschluß der 10. oder 12. Klasse zu erwerben oder sich auf ein Studium vorzubereiten.

Mit der planmäßigen Gestaltung der Produktion standen die Betriebe vor der Aufgabe, die Arbeitskräfte zielstrebig auf die neuen, anspruchsvolleren Aufgaben vorzubereiten. Unterstützt wurden diese Bestrebungen durch zunehmend detaillierter werdende staatliche Bestimmungen und Festlegungen über die Aus- und Weiterbildung in den Betrieben. Ausgehend von den Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1951, bestimmte die "Anweisung über Maßnahmen zur fachlichen Qualifizierung der Arbeitskräfte in der volkseigenen Wirtschaft" vom 10. Mai 1951, daß Fortbildungskurse einzurichten sind, in denen

21 Für eine weitere Erhöhung des Niveaus der Erwachsenenbildung. Gemeinsamer Beschluß des Ministerrats der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB vom 21. Juni 1979, in: Berufsbildung, Nr. 9/1979.

22 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, 1949, Artikel 35.

23 Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946 in Berlin (Stenographische Niederschrift), Berlin 1946, S. 70.



- "a) Ungelernte sich eine berufliche Qualifikation aneignen, um in die Gruppe der Angelernten aufzurücken,
- b) Angelernte zu Facharbeitern herangebildet werden,
- c) Facharbeiter ihre Kenntnisse erweitern, damit sie auf das Niveau der technischen Intelligenz kommen.

Der Schwerpunkt der Fortbildung ist auf die weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte zu legen."<sup>24</sup>

Auffallend ist die zwingende Orientierung auf die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, mit der eine Entwicklung eingeleitet wurde, die zur Veränderung der gesamten Arbeiterklasse und zur Überwindung von Differenzierungen beitrug, die aus der kapitalistischen Vergangenheit herrührten. Bedeutsam war, daß in der Folge die staatlichen Lehrpläne für die Berufsausbildung auf die Facharbeiterausbildung Werkstätiger angewandt wurden. 1952 begannen die ersten systematischen Meisterlehrgänge, ausgehend von der "Verordnung über Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben."<sup>25</sup>

Das trug wesentlich zur Ausprägung eines der sozialistischen Wirtschaft gemäßen Typs von Leitern in der unmittelbaren Produktion bei.

Die "Verordnung über die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben"<sup>26</sup> vom 5. März 1953 war ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Allgemeinbildung und systematischen Weiterbildung der Arbeiter, besonders zur Erhöhung ihres technischen und kulturellen Niveaus. Besondere Bedeutung für die Leitung und Organisation der Bildungsprozesse erlangten in der Folgezeit die von dieser Verordnung geforderte Einrichtung von technischen Betriebsschulen und die Umwandlung der Betriebsvolkshochschulen.

Die betriebliche Ausbildung und Qualifizierung der Werkstätigen erfolgte stets in enger Beziehung zwischen Produktion und Qualifikation. Vor allem seit den sechziger Jahren war sie verstärkt auf die Aus- und Weiterbildung von Frauen und die dafür zu schaffenden besonderen Bedingungen orientiert.

Insgesamt wurden auf diese Weise von Jahr zu Jahr zunehmend mehr Werkstätige über die Erwachsenenbildung zum Abschluß als Facharbeiter geführt; 1960 waren es 30 110, darunter 12 455 Frauen, 1970 sogar 101 127, darunter 53 642 Frauen,<sup>27</sup> die höchste Zahl innerhalb eines Jahres in der bisherigen Entwicklung überhaupt. In den siebziger Jahren gewannen, ausgehend von dem auf dem VIII. Parteitag der SED gewiesenen Weg zur Intensivierung der Produktion, die Weiterbildung im Beruf und der Erwerb zusätzlicher Kenntnisse und Fähigkeiten zunehmend an Bedeutung.

Die Weiterbildung ist ein äußerst flexibler Prozeß, in dem auf der Grundlage neuester Erkenntnisse auch für die in Zukunft zu bewältigenden Aufgaben Maßnahmen zur Formung des geistigen Profils eines Betriebskollektivs festgelegt werden müssen, die es für neue Lösungen bereit machen. Der wesentliche Ausgangspunkt ist die Beherrschung des gesamten Reproduktionsprozesses. Dafür genügen heute konventionelle Lösungen vielfach nicht mehr; zunehmendes Gewicht gewinnen die Ausprägung von Haltungen und Verhaltensweisen. Besonders seit dem X. Parteitag der SED muß die Weiterbildung verstärkt zum dynamischen Leistungsanstieg der Volkswirtschaft, zu einem höheren Niveau der Produktivität und verbunden damit zur allseitigen Entwicklung der Persönlich-

<sup>24</sup> GBl., Nr. 61, 25. 5. 1951, S. 483.

<sup>25</sup> GBl., Nr. 84, 2. 7. 1952, S. 504 ff.

<sup>26</sup> GBl., Nr. 33, 12. 3. 1953, S. 406 ff.

<sup>27</sup> Statistisches Jahrbuch 1974 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 358.

keit beitragen. Die Weiterbildung gewinnt immer mehr berufsausgestaltenden Charakter, die qualitativen Seiten der Bildungsanforderungen treten in den Vordergrund, es kommt darauf an, sich im eigenen Beruf ständig zu vervollkommen.

In der sozialistischen Gesellschaft bilden sich neue Formen des Zusammenwirkens von Wissenschaft und Produktion heraus, die nicht allein auf Bildungsinstitutionen beschränkt sind. Die Beherrschung eines ganzen Komplexes von Tätigkeiten und Arbeitsoperationen erfordert geradezu die Zusammenarbeit mit Werktätigen, die für andere Gebiete spezialisiert sind und dementsprechend über eine andere Qualifikation und Erfahrung verfügen. Die Notwendigkeit, die gemeinsame Arbeitsgrundlage zu verstehen und zu beherrschen, hat wiederum Bildungskonsequenzen.

Das schöpferische Zusammenwirken von Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz bei der Lösung der verschiedensten Aufgaben ist begründet in der politischen Macht der Arbeiterklasse, im sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und in der Entwicklung einer Intelligenz, die in ihren Zielen und in ihrer Weltanschauung eng mit der Arbeiterklasse verbunden ist.

Am 1. Oktober 1949 wurden die Vorstudienanstalten, die seit 1946 junge Werktätige auf das Studium vorbereiteten, zu Arbeiter- und Bauern-Fakultäten umgebildet. Damit war eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer mit der Arbeiterklasse verbundenen Intelligenz entstanden; die Arbeiterklasse formte aus sich selbst heraus unter ungeheuren materiellen und ideologischen Schwierigkeiten der Arbeiter- und Bauernstudenten eine Intelligenz und ermöglichte damit die Veränderung der gesamten Intelligenz. Mühevoll war für viele der Weg von der Werkbank zum Studium und von dort zu leitenden Funktionen. Seit 1950 haben rund 1,4 Millionen Absolventen die Hoch- und Fachschulen unseres Landes verlassen.

Im September 1959 begannen die ersten Klassen, die Berufsausbildung und Abitur gleichzeitig erreichten. Seitdem erhalten jährlich rund 10 000 Jugendliche eine derartige dreijährige Ausbildung. Allein in den zwei Jahrzehnten von 1960 bis 1980 hat sich der Bestand an hochqualifizierten Kadern verdreifacht (1961 betrug der Anteil der Hoch- und Fachschulkader an den Beschäftigten 6 Prozent, 1980 machte er 18,7 Prozent aus).<sup>28</sup> Dieser Prozeß wirkt sich auf die Struktur aller Betriebskollektive aus. In den sozialistischen Betrieben arbeiten verschiedene Generationen der Intelligenz zusammen, viele haben ihren Weg über einen Arbeiterberuf genommen oder sind Kinder von Arbeitern. Gegenwärtig sind 56 Prozent aller Studenten Kinder von Arbeitern oder Bauern. Auch das wirkt auf die Betriebe zurück. Viele Wirtschaftsleiter der Generation, die unsere volkseigenen Betriebe aufgebaut haben, waren selbst Arbeiter und haben ihre wissenschaftliche Qualifikation später als "lernende Leiter" erworben. Damit wurden neue Ansprüche an Studium und Produktion durchgesetzt. Die sozialistische Kulturrevolution hat ihre Spuren in den Biographien Tausender Ingenieure und Wissenschaftler hinterlassen, die heute in den Betrieben eine große Verantwortung tragen.

Dieser Prozeß war verbunden mit tiefgreifenden politischen und ideologischen Wandlungen der ehemals bürgerlichen Intelligenz, ihrer Einbeziehung in den Neuaufbau und mit der Ausprägung kameradschaftlicher Beziehungen zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz.<sup>29</sup>

<sup>28</sup> Ebenda, S. 66; ebenda 1981, Berlin 1981, S. 105.

<sup>29</sup> Vgl. Über die Verbesserung der Lage der Intelligenz. Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 25. 4. 1951, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1952, S. 479.

Zwar haben sich die Bedingungen, der allgemeine Bildungsstand und die Methoden der Weiterbildung verändert, aber noch längst gehören nicht alle der damals aufgetretenen Probleme der Vergangenheit an. Bis heute bereitet die Gewinnung von hervorragenden Arbeitern für das Studium Schwierigkeiten. Die betriebsgeschichtlichen Darstellungen müssen solche Probleme aufgreifen, müssen zeigen, wie diese gesellschaftliche Aufgabe, die Delegation der besten Facharbeiter, besonders aus Jugendbrigaden, zum Studium als Anliegen des ganzen Betriebes verstanden und durchgesetzt wird. Es ist notwendig zu zeigen, wie die Betriebe auf die Tatsache reagieren, daß seit mehreren Jahren die Zulassung zu den technischen Disziplinen an den Hoch- und Fachschulen nicht erfüllt wird; welche öffentliche Meinung in den Arbeitskollektiven zum Studium herrscht; wie die Betriebe Kontakt zu "ihren" Studenten halten.

Forschung und Ausbildung an den Hochschulen sind in unserer Gesellschaft eng mit dem volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß verbunden, das zeigt sich auch an der zunehmend enger werdenden Beziehung der Hoch- und Fachschulen zu den Betrieben; sie schließen Verträge miteinander ab und lösen gemeinsam Forschungsaufgaben. Die zunehmende Verflechtung und Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Einrichtungen und Betrieben, beginnend bei der Themenfindung, stellt das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz auf eine neue Stufe. 80 Prozent der in der Forschung beschäftigten Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker arbeiten in Forschungseinrichtungen der Kombinate. Die Anforderungen an die Sachkenntnis, an die Berufsstruktur, die Organisiertheit und Bewußtheit der wissenschaftlichen Kader wachsen weiter, und das bedeutet zugleich eine höhere Anforderung an die führende Arbeiterklasse. Es geht um hohen Erkenntnisgewinn verbunden mit dem konsequenten Einsatz für die ökonomische Verwertung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in den Betrieben. Zunehmende Bedeutung gewinnt damit die subjektive Seite des Wissenschaftspotentials; fachliche Qualifikation und sozialistisch bewußtes Handeln sind zu entscheidenden Bedingungen der Entwicklung geworden. Die vom X. Parteitag gestellte Aufgabe, das wissenschaftlich-technische Potential auf Schwerpunkte zu richten, insbesondere auf die Erhöhung des technisch-technologischen Niveaus der Produktion, die rationelle Nutzung der Energie- und Rohstoffressourcen und die Erhöhung des Arbeitsvermögens, gibt der Aktivität der wissenschaftlichen Kader Richtung und Maßstab und beeinflusst maßgeblich die Tiefe der Problemsicht, die Erschließung größerer Zusammenhänge für die eigene Arbeit. Zugleich machte der Parteitag darauf aufmerksam, daß die Frage nach hohen wissenschaftlichen Leistungen "weitgehend mit der Auswahl und zielstrebigen Entwicklung junger Kader verbunden (ist), die fähig sind, den Anforderungen der wissenschaftlichen Arbeit zu entsprechen."<sup>30</sup> Die Einbeziehung der Studenten in das gesellschaftliche Leben, ihr ausbildungs- und qualifikationsgerechter Einsatz ist zugleich der Weg, um neueste wissenschaftliche Erkenntnisse durch die Absolventen in die Produktion zu übertragen. Dieser Verantwortung müssen sich der Betrieb und der Absolvent bewußt sein, daraus erwachsen Anforderungen an die Bedingungen, in die die Absolventen gestellt werden, und an ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Funktionen auszuüben, sich hartnäckig für das Neue einzusetzen und es gegen den Widerstand alter Gewohnheiten durchzusetzen. Unter neuen historischen Bedingungen gilt es, die Frage zu beantworten, wie sich heute Leiterformen und wie neue wissenschaftlich-technische Leistungen verwirklicht werden.

Der sozialistische Betrieb wirkt als Konzentrationspunkt der Arbeiterklasse auf alle anderen gesellschaftlichen Bereiche ein und damit auch auf die schulische Bildung der Jugend. Man kann sagen, daß ohne sozialistisches Eigentum an den Produktionsmitteln die allgemeinbildende polytechnische Oberschule undenkbar wäre. Die polytechnische Bildung und Erziehung verbindet die Ausbildung mit

<sup>30</sup> Bericht X. Parteitag, a. a. O., S. 89.

dem Leben und sichert, daß die produktive Arbeit zur Grundlage des Erziehungsprozesses wird. Die Jugend kann sich die sozialistische Wirklichkeit, in der sie aufwächst, um so gründlicher aneignen, je fester die Erziehung mit den realen Lebensprozessen verknüpft ist. 1953 fand die erste Konferenz zur polytechnischen Bildung in der DDR statt, und am 1. September 1958 wurde der polytechnische Unterricht für die Schüler der damaligen Oberstufe eingeführt und damit der Charakter der allgemeinbildenden Schule grundsätzlich verändert. Die traditionell gesetzten Grenzen der Schule wurden durchbrochen. Sie öffnete sich der Produktion. Doch damit entstanden auch viele neue Fragen für die sozialistischen Betriebe.

Das Lernen der jungen Generation verbindet sich mit dem Hineinwachsen in neue soziale Beziehungen, die Schüler gehen mit Erwartungen in den Betrieb, mit moralischen Ansprüchen: Wie sind die Arbeiter wirklich? Wie stehen sie zu Leistungsforderungen? Wie gehen sie miteinander um? Die Schüler lernen ihren Wettbewerb in der produktiven Arbeit zu organisieren. Der polytechnische Unterricht geht weit über die unmittelbaren Produktionsaufgaben hinaus und bedeutet für die Betriebe einen großen materiellen und personellen Aufwand. Viele Werktätige haben als Betreuer oder auf andere Weise Kontakte zu den Schülern, 8 000 haupt- und 22 000 ehrenamtliche Betreuer arbeiten mit an der Erfüllung des Lehrplanes der sozialistischen Schule. In oder bei den Betrieben existieren Schülerproduktionsabteilungen, wurden 1 400 polytechnische Zentren und 3 400 Unterrichtsräume für sozialistische Produktion in den Betrieben der Industrie, des Bauwesens und der Landwirtschaft eingerichtet. Hinzu kommen vielfältige Patenschaftsbeziehungen zwischen Schüler- und Arbeitskollektiven, die seit Mitte der fünfziger Jahre vertraglich begründet sind und hohe moralische Anforderungen an beide Seiten stellen.

Das Aufnehmen der Arbeits- und Kampftraditionen des Betriebes durch die Schuljugend ist Ausdruck der Verbindung der Generationen, der Kontinuität und des Wissens um die Leistung der älteren Generation und der sich daraus ergebenden Verantwortung. So alt wie die Jugendbrigade "Sigmund Jähn" im Magdeburger VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" ist auch ihre Patenschaft über eine jetzt sechste Klasse. Die Schüler kennen die Planaufgaben ihrer Brigade. Sie sollen gleichzeitig erfahren, was Integration mit der Sowjetunion bedeutet und wie sie verwirklicht wird. Im Patenschaftsvertrag ist festgehalten: Gemeinsam mit den Lehrern will die Jugendbrigade die Schüler zur Achtung vor der Arbeit erziehen und helfen, eine aktive Lernhaltung zu entwickeln, "sie zu gewissenhafter Arbeit anhalten und zur Erkenntnis führen, daß ein fester Klassenstandpunkt, Disziplin und Ordnung, Wissen und Können jedes einzelnen für das Leben in der sozialistischen Gesellschaft notwendig sind." Gern besuchen die Kinder ihre Paten am Arbeitsplatz, wo "sie sich alles sehr genau ansehen" und "alles genau wissen wollen". Aber es gibt auch Veranstaltungen, Gespräche und Spiele in der Pioniergruppe, an denen Vertreter der Brigade teilnehmen. Im Tagebuch der Brigade schreibt Gabriele Bernhard über eine andere wichtige Beziehung, die die Jugendbrigade zu der alten, kampferfahrenen Kommunistin Dora Jaworek angeknüpft hat: "Als Patin ist Dora für uns das, was wir für unsere Patenklasse sind". Das Gefühl der eigenen Verantwortung für die sozialistische Revolution charakterisiert auch die Beziehung zwischen der arbeitenden und der lernenden Generation: die Verbindung von politischer, von Arbeits- und Lebenserfahrung und Entwicklungspotenz.

Heute haben die Betriebskollektive bereits eine lange, mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft fest verbundene Geschichte. Das Interesse an ihr ist getragen von Selbstwertgefühl der heute Lebenden, die erfahren möchten, wie sich heutige Verhältnisse, Einrichtungen, Verhaltensweisen entwickelt haben und wo ihre Anfänge zu suchen sind. In der Tätigkeit heutiger Arbeitergenerationen entscheidet sich, was aus der Vergangenheit fruchtbar gemacht werden kann und was untauglich ist für die Gegenwart. Das gilt auch für die Bildung. Daraus ergibt sich, daß die alleinige Orientierung auf betriebliche



Ereignisse und Einrichtungen nicht mehr ausreicht. Wir müssen die Sicht weiten, die Geschehnisse im Betrieb konkret beweisend in Beziehung zu anderen nationalen und internationalen Entwicklungen setzen und Einsichten vermitteln, nicht nur Wissen. In diesem Sinne trägt die Darstellung der Entwicklung der Bildung in der Betriebsgeschichte dazu bei, die gesellschaftlichen Vorgänge als Prozeß zu verstehen, auf den man selbst Einfluß nehmen kann. Es geht nicht einfach um die Kenntnis von Ereignissen, von Namen, sondern um das Beteiligtsein, darum, sich als Zeitgenosse und Teilnehmer an den Ereignissen zu begreifen, die Wendepunkte der Geschichte und des eigenen Lebens sind.

(24. bis 28. April 1977 in Leipzig)

Es wird bereits auf festen Regeln abgewandert. Jahreskongress verabschiedete die Sachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR im Jahre 1962 ihre Konferenz. Die Teilnahme von insgesamt 120 Personen spricht von der großen Bedeutung, die den Kreisen aller an der Betriebsgeschichte zentralen Mitarbeiter zum Betriebsgeschichtswissenschaften, Lehrer, von Traditionen, Praktiken, Aufgaben. Mitglieder von Komitees, von der Erziehung der Geschichtswissenschaften der Arbeiterbewegung sowie der Fachhistoriker.

Im Auftrag des Politbüros der Historiker-Gesellschaft der DDR beauftragt Erwin Albin, die Sachverständigen, er hat die Ergebnisse der Arbeit der Sachkommission unter der begünstigten Leitung von Hans Redant, der Unterstützung der Betriebsgeschichtswissenschaften in der DDR und der Erfüllung der wissenschaftlichen Verpflichtungen der Historiker-Gesellschaft, der DDR, Vorsitzender des Komitees zur Verlebendigung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Bezirksleitung Leipzig, sprach als Vertreter der gesamten Gesellschaft. Er informierte über einige aktuelle wissenschaftliche Aufgaben und Zielsetzungen im Bereich Leipzig und gab einen Überblick über die Fortschritte der Betriebsgeschichtswissenschaften im Bezirk seit dem Herbstjahr 1976/77.

Das Komitee hat die Sachverständigen (Liedmann), im Auftrag der Vorgeschichte geben eine wissenschaftliche Übersicht über die Entwicklung und Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten zweihundert Jahren. Er politisierte er seitdem gegen eine von Redant im Jahre 1950 erlassenen Anforderungsschrift vorgeschriebene Einordnung der Produktivkräfte. Der Referent vertrat die Auffassung, daß auf der marxistischen Methodologie und dem Katalog der wichtigsten Materialien zu beruhen sollte, in der Entwicklung von Produktivkräften und Produktivkräften, die Produktivkräfte sind zu beschreiben, da sie die bestimmenden Elemente in der Entwicklung der Produktivkräfte sind. Eine eingehende Charakteristik der Systeme der Produktivkräfte, die den Fortschritt der Betriebsgeschichtswissenschaften Anregungen gegeben hätte, nicht zu erwarten.

Er ist vornehmlich vorzuziehen, jedoch nur für den Bereich der historischen Prozesse voll erfüllbar - gelte Schenken einen Überblick über die Entwicklung der Produktivkräfte in der industriellen Revolution von der industriellen Revolution des 18. bis 19. Jahrhunderts bis zur gegenwärtigen wissenschaftlichen technischen Revolution. Für die spezifischen Bedürfnisse des Teilnehmenden zu voll erfüllend, wurde eine Charakteristik der Hauptkräfte und Hauptprozesse der industriellen Revolution gegeben, wobei die Entwicklung der Hauptkräfte der Werkzeuge durch Maschinen als Kernprozess bezeichnet wurde. Die mit dieser revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte und Hauptprozesse verbundenen Veränderungen der Entwicklung von Energie und Arbeitskraft, wobei die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie für die Entwicklung der industriellen Revolution in der wissenschaftlichen Entwicklung nachvollzogen werden sollte.

In einem zweiten Frontbereich liegt der Referent den Vorgängen des deutschen

## Die Darstellung der Produktivkraftentwicklung in der Betriebsgeschichte

9. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte  
(27. bis 29. April 1982 in Leipzig)

In dem bereits zur festen Regel gewordenen Jahreszyklus veranstaltete die Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR im Jahre 1982 ihre Konferenz. Die Teilnahme von insgesamt 230 Personen spricht für die große Resonanz in den Kreisen aller an der Betriebsgeschichte arbeitenden Mitglieder von Betriebsgeschichtskommissionen, Leiter von Traditionskabinetten, Archivare, Mitglieder von Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung sowie der Fachhistoriker.

Im Auftrage des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft der DDR begrüßte Ewald Bibow die Konferenzteilnehmer. Er hob die Kontinuität der Arbeit der Fachkommission unter der bewährten Leitung von Hans Radandt zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung hervor und sah darin eine Erfüllung der gesellschaftlichen Verpflichtung der Historiker-Gesellschaft. Gunter Wassmann, Vorsitzender der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig, sprach als Vertreter der gastgebenden Stadt. Er informierte über einige aktuelle ökonomische Aufgaben und Zielsetzungen im Bezirk Leipzig und gab einen Überblick über die Fortschritte der Betriebsgeschichtsarbeit im Bezirk seit dem Beschluß vom 7. Juni 1977.

Das Hauptreferat hielt R o l f S o n n e m a n n (Dresden). In engagierter Vortragsweise gab er eine problemträchtige Übersicht über Rolle und Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte in den letzten zweihundert Jahren. Er polemisierte einleitend gegen eine von Radandt in einer 1980 erschienenen Anleitungsschrift vorgenommene Einordnung der Produktivkräfte. Der Referent vertrat die Auffassung, daß es der marxistischen Methodologie und dem Kategoriengefüge des historischen Materialismus besser entspreche, im Bezugssystem von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen die Produktivkräfte zuerst zu berücksichtigen, da sie als determinierendes Element im wechselseitigen Verhältnis wirksam werden. Eine einleitende Charakteristik des Systems der Produktivkräfte, die den Vertretern der Betriebsgeschichtskommissionen Anregungen gegeben hätte, blieb ausgespart.

In außerordentlich anregender Weise - jedoch nur für den Kenner der konkreten Prozesse voll erschließbar - gab Sonnemann einen Überblick über die Entwicklung der Produktivkräfte im Bereich der Industrie von der industriellen Revolution des 18./19. Jahrhunderts bis zur gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution. Für die spezifischen Bedürfnisse des Teilnehmerkreises zu weit ausholend, wurde eine Charakteristik der Hauptinhalte und Hauptprozesse der industriellen Revolution gegeben, wobei die Ersetzung der handgeführten Werkzeuge durch Maschinen als Kernprozeß herausgehoben wurde. Die mit diesen revolutionären Wandlungen der Produktivkräfte verbundenen sozialen Prozesse führten zur Herausbildung von Bourgeoisie und Proletariat, wobei die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie für die Entwicklung der Produktivkräfte in der vormonopolistischen Entwicklung nachhaltig hervorgehoben wurde.

In einem zweiten Problemkreis legte der Referent dar, wie es den deutschen

Kapitalisten im Verlaufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang, England im Entwicklungsstand der Produktivkräfte einzuholen bzw. zu überholen. Abgesehen von den Hinweisen auf die bekannte Geburtshelferrolle englischer Technik und englischer Techniker in den Anfangsjahren, wurde vor allem herausgearbeitet, welche Rolle die Qualifizierung der Produzenten und welche die Wissenschaften in diesem Prozeß spielten. Ohne zu verkennen, daß die deutsche Volksschule vor allem den politischen Auftrag hatte, Untertanen zu erziehen, müsse stärker gewürdigt werden, daß sie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einen wirkungsvollen Beitrag zur besseren Grundbildung der Arbeiter geleistet habe. Für die deutsche Industrie stellte das nach Sonnemann einen bedeutenden Gewinn an Produktivkraftentwicklung dar.

Das verstärkte Wirksamwerden der deutschen Wissenschaft für die Industrie im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts hing mit der Entwicklung des technischen Bildungswesens und der Schaffung einer Schicht qualifizierter Ingenieure zusammen. Dafür gab es in England keine vergleichbare Entwicklung.

So vollzog sich in Deutschland dank der Qualifikation der Facharbeiter und der Nutzung der Wissenschaften Ende des 19. Jahrhunderts ein erheblicher Aufschwung der Produktivkräfte, in dessen Gefolge "deutsche Wertarbeit" englische Erzeugnisse auf vielen Märkten verdrängen konnte. Nicht wenige Unternehmer hatten als "Erfinder" direkten Anteil daran. Sonnemann forderte daher, bei der Bewertung dieser Personen genau zwischen ihrem Wirken als Techniker und Konstrukteur bzw. als Kapitaleigentümer und Ausbeuter zu differenzieren, alle hervorragenden Leistungen zu würdigen und mit mehr Mut an die konkrete Erschließung unseres Erbes heranzugehen.

Für die Entwicklungsprozesse im 20. Jahrhundert faßte sich der Referent wesentlich kürzer. Er verwies unter anderem auf das Aufkommen austauschbarer Massenprodukte in den USA und die Tendenzen zur Militarisierung der Wirtschaft im Imperialismus. Die Wissenschaftsfeindlichkeit des Faschismus und deren Auswirkungen auf die Produktivkräfte wurden exemplarisch dargelegt. Gleichfalls sehr cursorisch wurde im Referat die Entwicklung der Produktivkräfte seit 1945 behandelt, was im Hinblick auf die Geschichtsschreibung über die sozialistischen Betriebe bedauert werden muß. Der Referent wertete abschließend die bewußte Nutzung der Potenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution als großen historischen Ansatz, in der sozialistischen Gesellschaft den sich gegenwärtig vollziehenden Umbruch der Produktivkräfte zum Nutzen der ganzen Menschheit zu vollziehen.

Der brillante Vortrag bot - so eigenwillig auch die Akzente des Themas gesetzt waren - in verschiedener Hinsicht Denkanstöße, die es umzusetzen gilt. Dazu ist der Versuch einer Aufwertung der Bedeutung der Produktivkraftentwicklung für die Betriebsgeschichtsschreibung zu zählen, das Sichtbarmachen der politisch-ideologischen und weltanschaulichen Potenzen, die Betonung des Beitrages zum Fortschritt der Produktivkraftentwicklung durch die sich entfaltende junge kapitalistische Industrie und das durchgängige Einordnen der Entwicklung der Produktivkräfte in den internationalen Prozeß. Wenn im Zusammenhang damit eine Reihe von vorliegenden Betriebsgeschichten auf ihre mögliche Vorbildwirkung konkret analysiert worden wäre, hätte das sicher weiteren Gewinn gebracht.

In der sich anschließenden Diskussion stand die Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Betrieben der DDR stärker im Mittelpunkt. Zuerst vermittelte Wilhelm Wehling (Leipzig) einige Erfahrungen, die eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern der Karl-Marx-Universität bei der Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung gesammelt hatte. Gegenwärtig bestünde noch ein Widerspruch zwischen der Bedeutung der Produktivkraftentwicklung und dem Stand der Forschung. Da sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der sozialistischen Wirtschaft nicht im Selbstlauf durchsetzt, komme es darauf an, ihn im Zusammenhang mit der Wissenschafts-

politik der Partei darzustellen. Bei der Darlegung der Entscheidungsfindung in den zuständigen Leitungsorganen sollten auch mögliche Alternativen sichtbar gemacht werden. Die Rolle der Menschen bei der Entwicklung der Produktivkräfte dürfe nicht durch abstrakte Darstellungen aus dem Blickfeld rücken. Dabei seien auch die aufgetretenen Widersprüche zu berücksichtigen. Das Schöpferium der Arbeiterklasse seiner Bedeutung gemäß darzustellen verlange große Anstrengungen. Es sei auch im kapitalistischen Betrieb - wengleich deformiert - wirksam gewesen. Die Leistungen von Vertretern der herrschenden Klasse fielen für die kapitalistische Gesellschaft vor allem in deren Aufstiegsperiode. In der sozialistischen Gesellschaft zeichne sich das Schöpferium der Arbeiterklasse dadurch aus, daß es von der Partei geführt und als planmäßiger Prozeß bewußt vollzogen werde.

**E r w i n K ö n n e m a n n** (Halle) wies unter Bezugnahme auf das Referat darauf hin, daß die Betriebe sowohl Stätten der Produktion als auch Zentren der Arbeiterklasse sind. Daraus leite sich für die Betriebsgeschichtsschreibung die Notwendigkeit einer richtigen Relation zwischen Fragen der Ökonomie und der Politik ab. An exemplarischen Beispielen hob er die ideologischen Potenzen hervor, die mit der Darstellung der Entwicklung der Produktivkräfte im einzelnen Betrieb verbunden sind. Für die richtige historische Einordnung sei es im Forschungsprozeß notwendig, sich hinreichend mit der technischen Seite vertraut zu machen. Wogegen technische Details weniger in die Darstellung einfließen sollten, soweit es sich nicht um separate Studien zur Geschichte der Technik handelt. Auch durch die Auswahl der Abbildungen müsse die Entwicklung der Produktivkräfte sichtbar gemacht werden. Im Ergebnis einer Anfrage kam es zu einem Meinungsaustausch darüber, wie die Wirkung der neuen Entwicklungsbedingungen der achtziger Jahre auf die Entwicklung der Produktivkräfte dargestellt werden kann. Es wurde der Standpunkt erarbeitet, notwendige neue Entwicklungstendenzen und Korrekturen vorgesehener Entwicklungen konkret-historisch aus den jeweiligen Bedingungen abzuleiten.

**R u t h K r e t s c h m e r** (Schkopau) zeigte am Beispiel der Entwicklung des Kombines VEB Chemische Werke Buna, wie seit der Enteignung der Konzernherren um höhere Produktivität und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gerungen wurde. In der betriebsgeschichtlichen Darstellung komme es vor allem darauf an, die Rolle der Karbochemie und der Petrochemie richtig in die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einzuordnen.

**W o l f g a n g D i c k** (Berlin) ordnete das Bemühen um die Erschließung von Traditionen des wissenschaftlichen Schöpferiums in das Suchen von Antworten zu unseren gegenwärtigen Aufgaben ein. Der Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt sei unmittelbarer Bestandteil der revolutionären Traditionslinie. Die Betriebsgeschichten müssen sichtbar machen, durch welche Kraft und auf welche Weise der Fortschritt jeweils vollzogen wurde. Dabei müsse sowohl der Anteil der Arbeiterklasse als produzierender Klasse als auch der Beitrag einzelner Erfinder herausgearbeitet werden. Er betonte, daß die Entwicklung der Produktivkräfte eng mit der Machtfrage verbunden ist. Besondere Aufmerksamkeit verdiene auch in dieser Hinsicht die Zeit seit dem VIII. Parteitag der SED.

**R. W e n k e l** (Thale) legte dar, wie bisher mit den bereits vorliegenden Teilen der Betriebsgeschichte des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale gearbeitet worden ist. Bis 1986 soll eine geschlossene Darstellung der technischen und technologischen Entwicklung im Werk vorliegen. Das Bedürfnis dazu erwuchs aus der Notwendigkeit grundlegender Umstellungen in der Technologie. Die dafür erforderliche Aufklärungsarbeit soll mit dem Blick auf die eigene Geschichte konkreter und überzeugender geführt werden. Beispielsweise können Impulse für die Diskussion über das Verhältnis zwischen Mensch und Technik gegeben oder die unterschiedlichen Zielsetzungen bei der Einführung neuer Technik im Kapitalismus und im Sozialismus aus dem eigenen Erlebnisbereich angeführt werden.



W. Lorenz (Böhlen) erläuterte, wie die 3. Geschichtskonferenz seines Betriebes einen geschichtspropagandistischen Beitrag für die Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts geleistet hat. Dabei konnten wesentliche Lehren für die Weiterführung des Automatisierungsprozesses gezogen werden.

Walter Löscher (Dresden) griff Beispiele aus der Entwicklung der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden auf und legte dar, wie es in diesem Betrieb seinerzeit gelang, eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte ohne grundlegende Investitionen durchzusetzen. In den Darstellungen sollte, so forderte Löscher, stets deutlich werden, wie unter Führung der Partei die Mehrheit der Werktätigen dafür gewonnen wurde, die Zielsetzungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu unterstützen.

Klaus Germann (Leuna) stellte ein Kreisjugendobjekt aus dem VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht" vor: die Entwicklung einer Hochdruckpolyäthylen-Anlage gemeinsam mit sowjetischen Genossen. Für die Darstellung in der Betriebsgeschichte ergeben sich daraus vielfältige Anforderungen. Besonders wichtig sei dabei die Darlegung der ideologischen Aspekte, die es im Prozeß dieser Entwicklung zu lösen galt, aber auch die Erfassung der Aufgaben, die die Kader bei dieser internationalen Aufgabe zu bewältigen hatten.

Hans Otto Gericke (Magdeburg) ging davon aus, daß in der Politik der Partei Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts seit der Mitte der fünfziger Jahre eine immer stärkere Rolle spielen. Im Maschinenbau und anderen Zweigen der Volkswirtschaft war das stets mit einem doppelten Aspekt verbunden, nämlich Durchsetzung moderner Technologien bei der Fertigung und Produktion hochleistungsfähiger Erzeugnisse. Dann legte Gericke an verschiedenen Beispielen aus der Zeit der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren dar, daß die Bewältigung der neuen Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nur im Zusammenhang mit einer systematischen ideologischen Arbeit in den Betrieben lösbar war.

Als letzter Diskussionsredner sprach Willi Pieper (Berlin) über Besonderheiten der Entwicklung moderner Produktivkräfte in der Bauindustrie. Zunächst sei bei deren Charakterisierung immer der enge Bezug von Baustoffentwicklung und Baukonstruktion zu beachten. Die sozialistische Industrialisierung des Bauens habe erst Mitte der fünfziger Jahre eingesetzt. Erst zu diesem Zeitpunkt bestanden notwendige gesellschaftliche Voraussetzungen zur Überwindung der Handwerkelei. Weil die Betriebsgeschichte der meisten sozialistischen Baubetriebe erst später einsetzt, sei es erforderlich, auch die Entwicklung der Vorläuferbetriebe mit zu erfassen.

Die "Information über neue Forschungsergebnisse" leitete Irmtraud Dalchow (Halle) mit einem Überblick über neu erschienene betriebsgeschichtliche Publikationen ein. Dann sprachen die Autoren einiger Dissertationen, deren Thema engen Bezug zur Betriebsgeschichte hatte. Peter Welker (Berlin), der Untersuchungen über die Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in den Arbeitskollektiven angestellt hatte, legte einige Gesichtspunkte für eine effektive Arbeit der Betriebsgeschichtskommission dar. Aus der Sicht seiner Untersuchungen hob er die Potenzen der Arbeitskollektive hervor und verwies darauf, daß ihre Tätigkeit in erster Linie geschichtsgestaltend ist und jedes Kollektiv im Entwicklungsprozeß des Betriebes eine eigene Geschichte hat, die für die Betriebsgeschichte zu nutzen ist.

Die sozialistische Rationalisierung im Werkzeugmaschinenbau war der Ausgangspunkt der Darlegungen von Klaus Wiesner (Jena). Er sprach über die Veränderungen im Bereich der gegenständlichen Produktivkräfte und ihre sozialen Wirkungen. Anfang der fünfziger Jahre stand der quantitative Ausbau im Vordergrund, im Prozeß der Rekonstruktion setzte dann verstärkt auch eine Orientierung auf qualitative Faktoren ein.

Ulrich Hartmann (Jena), der die Entwicklung eines Produktionskollektivs untersucht hatte, legte einen wertvollen, speziell erarbeiteten Beitrag über die ersten ökonomischen Konferenzen Mitte der fünfziger Jahre vor. Er wies überzeugend nach, wie mit Hilfe dieser Konferenzen die ökonomische Politik der SED bewußter in den Betrieben umgesetzt wurde. Betriebsgeschichtliche Darlegungen sollten dabei seiner Meinung nach von der ökonomischen Situation im Betrieb 1954/55 ausgehen und die Vorbereitung der Konferenzen durch die Parteiorganisation verfolgen.

Eine Abrundung erfuhr die Konferenz durch verschiedene Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches über praktische Fragen der Betriebsgeschichtsarbeit. Nachdem schon am Anreisetag wahlweise eins der Leipziger Traditionskabinette teilnehmen konnte und der traditionelle Erfahrungsaustausch für Erstteilnehmer über die Quellen zur Betriebsgeschichte sowie über die Arbeit mit den Traditionskabinetten stattgefunden hatte, schloß die Konferenz wiederum mit einem allgemeinen Erfahrungsaustausch ab. Die gestellten Anfragen zur Gestaltung und Arbeit der Traditionskabinette, zur Vorbereitung betriebsgeschichtlicher Publikationen, zur Situation hinsichtlich der Industriezweiggeschichten, zur Bedeutung der "Chronik" für die Betriebsgeschichtsarbeit und zu weiteren Problemkreisen konnten durchweg gehaltvoll und überzeugend beantwortet werden.

### Hans Otto Gericke

Geographischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandel in Ostdeutschland (1945 - 1954): Untersuchung der Entwicklung in verschiedenen ethnischen Gruppen; (Die Baren; Die Jakobs; Die Kälber); Die Kolonisation; Die Natur; Die Basis (Demographie, Strömungen und Naturwissenschaften, Bodenbesitz und Bodenbau, Bevölkerung und Wirtschaft, Handel, Sozialstruktur)

Zeit der Transitionen und kritischen Völkerbundmandates (1945 - 1949): Entwicklung der Industrie, Tendenzen der sozialökonomischen Entwicklung während der Zeit des britischen und französischen Völkerbundmandates (1945 - 1949)

Abstrakt unter UNO-Treuhanderschaft 1945 bis 1949: Sozialstruktur, die Entwicklung in "Montagsgelände". Die Entwicklung der menschlichen Kräfte, Warenproduktion, einige Aspekte der sozialökonomischen und ethnisch-kulturellen Entwicklung in Ostdeutschland. Sozialökonomische und ethnisch-kulturelle Entwicklungstendenzen nach der Erreichung der Unabhängigkeit

### Kirsti Ahnecht

Kritische Analyse der theoretischen Grundlagen der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre, dargestellt an Beispielen von Erich Gutenberg "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre"

Dissertation A (18. V. 1950)

Wilhelm-Busch-Universität Rostock

1. Die Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre in Deutschland: Einige Aspekte zur Kritik der bürgerlichen "Geschichte der Betriebswirtschaftslehre". Historischer Abriss der Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1945

2. Kritik an Analyse der theoretischen Grundlagen der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre. Die Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre in der zweiten Hälfte der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Erich Gutenberg "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre"

3. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre. Zur Notwendigkeit ihrer Anpassung an die veränderten Bedingungen der

## BIBLIOGRAPHIE

### Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Karola Ahmed

Die Entwicklung der sozialökonomischen und ethnisch-kulturellen Verhältnisse der Bevölkerung Westkameruns von der deutschen Kolonialzeit bis zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit

Dissertation A (23. 7. 1980)

Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Geographischer, ethnischer und historischer Überblick
3. Deutsche Kolonialzeit (1884 - 1914): Quelleneinschätzung. Analyse des Materials zu einigen ethnischen Gruppen; (Die Basa; Die Bakoko; Die Bakosi; Die Banyang; Die Bakwiri; Die Duala (Demographie, Siedlungs- und Wohnweise, Bodenbesitz und Bodenbau, Hausgewerbe und Handwerk, Handel Sozialstruktur)
4. Zeit des französischen und britischen Völkerbundmandates (1920 - 1945): Einschätzung der Literatur. Tendenzen der sozialökonomischen Entwicklung während der Zeit des britischen und französischen Völkerbundmandates über Kamerun
5. Kamerun unter UNO-Treuhandschaft 1945 bis 1960/61: Quellensituation. Die Entwicklung im Plantagegebiet. Die Entwicklung der bäuerlichen kleinen Warenproduktion. Einige Aspekte der sozialökonomischen und ethnisch-kulturellen Entwicklung in Duala. Sozialökonomische und ethnisch-kulturelle Entwicklungstendenzen nach der Erlangung der Unabhängigkeit

Kirsti Albrecht

Kritische Analyse der theoretischen Grundlagen der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre, dargestellt an Beispielen von Erich Gutenbergs "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre"

Dissertation A (16. 7. 1980)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Die Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre in Deutschland: Einige Aspekte zur Kritik der bürgerlichen "Geschichte der Betriebswirtschaftslehre". Historischer Abriß der Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1945
2. Kritische Analyse der theoretischen Grundlagen der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre: Zur Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Erich Gutenbergs "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre"
3. Aktuelle Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre: Zur Notwendigkeit ihrer Anpassung an die veränderten Bedingungen der

## Jürgen Bätge

Zur Entwicklung der Technik im Walzwerkswesen von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts

Dissertation B (19. 5. 1981)

Technische Hochschule Otto von Guericke Magdeburg

2. Allgemeine Betrachtungen zu Fragen der technischen Entwicklung: (Begriff, Charakter, Gesetzmäßigkeiten, Besonderheiten, Periodisierung); Periodisierung der technischen Entwicklung des Walzwerkswesens
3. Allgemeines zum Walzprozeß
4. Das Walzwerk als Handwerkszeug (Definition, Einsatz in der Antike und im Feudalismus, nachweisbares erstes Auftreten)
5. Das Walzwerk als Maschine. Begriff. Das erste Auftreten der Walzwerke in der Manufakturperiode. Die Verlagerung des technischen Fortschritts nach England. Die Weiterentwicklung der Walzwerke vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts
6. Das Walzwerk als Maschinensystem: Der Beginn der industriellen Revolution in England. Die Ausbreitung der englischen Walzwerkstechnik als Folge der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Puddeleisenwalzwerk zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Vervollkommnung der Walzwerkstechnik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Walzwerkstechnik bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts
7. Der Einfluß der technischen Wissenschaften auf die technische Entwicklung der Walzwerke: Grundsätzliche Fragen. Der Zeitabschnitt bis zur technischen Revolution. Nach der technischen Revolution bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts
8. Schlußfolgerungen und Ausblick: Moderne Walzwerkskonstruktionen als Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses. Der gegenwärtige Stand und Entwicklungstendenzen der Walzwerkstechnik

## Otto Bittmann

Die Elektrifizierung der deutschen Volkswirtschaft bis zum Jahre 1945 in ihren Grundzügen

Dissertation B (27. 4. 1981)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Weltanschauliche und methodologische Fragen der vorliegenden Untersuchung
2. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Elektroenergie
3. Die energiewirtschaftliche Ausgangssituation und ihre Veränderungen im Untersuchungszeitraum
4. Die Etappen der Elektrifizierung der deutschen Volkswirtschaft: Die technischen Grundlagen der Elektrifizierung. Die Entwicklung der Elektroenergieversorgung 1884 bis 1914, 1914 bis 1918, 1918 bis 1932, 1933 bis 1945. Die Entwicklung des Verbrauchs und die Anwendung der Elektroenergie (Industrie und Handwerk, Landwirtschaft, Haushaltungen, sonstige)
5. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Elektrifizierung der deutschen Volkswirtschaft



Dagmar Bley

Zur Herausbildung und Verbreitung des modernen Monetarismus als Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche im Imperialismus und die Umsetzungsversuche seiner Grundthesen, dargestellt am Beispiel der BRD

Dissertation A (10. 10. 1980)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die Herausbildung des Monetarismus innerhalb der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie als Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche im Kapitalismus und seine gesellschaftspolitische Funktion: Die monetaristischen Grundthesen als "Alternative" zum Keynesianismus und ihr klassenmäßiger Inhalt. Zu den historischen und theoretisch-methodologischen Ausgangspunkten der Geldmengentheorie als Widerspiegelung der Nichtanerkennung der objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten durch die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft
2. Die Widerspiegelung der monetaristischen These von der Geldmengensteuerung über die monetäre Basis in geldmengentheoretischen Modellansätzen und ihre kritische Wertung: Zum Wesen moderner geldmengentheoretischer Modelle. Die formalen Bestimmungsfaktoren der Geldbasiskonzepte in geldmengentheoretischen Modellen und ihre Entwicklung in der BRD. Die bürgerlichen Auffassungen zum Wesen des Geldes und ihre Widerspiegelung in den angewandten Geldmengeneinteilungen. Die Analyse der Bestimmungsfaktoren des Geldmultiplikators der monetären Basis und ihre Entwicklung in der BRD
3. Die Umsetzungsversuche geldmengentheoretischer Konzepte im staatsmonopolistischen Kapitalismus als Ausdruck der Verschärfung der Widersprüche, dargestellt am Beispiel der BRD: Das Scheitern der Liquiditätspolitik als Ausdruck der weiteren Verschärfung der Widersprüche nach der Krise im Jahre 1966/67. Die Umsetzung der monetaristischen These von der Geldmengensteuerung über die monetäre Basis in der BRD in Gestalt der Zentralbankgeldmengensteuerung und eine kritische Wertung der erreichten Ergebnisse. Time lag - Wesen und Erscheinung und die Mystifizierung durch die modernen Monetaristen

Hannelore Breitenstein

Die führende Rolle und die Aufgaben der SED-Bezirksorganisation bei der Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft des Bezirkes Leipzig 1961 - 1965

Dissertation A (29. Mai 1980)

Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin" Leipzig

1. Die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und beim umfassenden Aufbau des Sozialismus auf dem Lande: Marx, Engels und Lenin zu den Agrarverhältnissen beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die schöpferische Anwendung des Leninischen Genossenschaftsplanes und das Ringen der SED-Bezirksorganisation um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft des Bezirkes Leipzig. Die Ergebnisse der sozialistischen Umgestaltung und der Entwicklungsstand im Jahre 1960
2. Die Durchführung des Produktionsaufgebotes 1961/62 und seine Ergebnisse in der Landwirtschaft des Bezirkes Leipzig: Das Produktionsaufgebot und seine Bedeutung für die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande. Zur Durchführung des Produktionsaufgebotes in der Landwirtschaft des Bezirkes Leipzig. Der VII. Deutsche Bauernkongreß und

seine Bedeutung für die Weiterführung des Produktionsaufgebotes im Jahre 1962. Die Ergebnisse

3. Der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Januar 1963 und seine agrarpolitischen Aufgaben: Die Vorbereitung des Parteitages in der Landwirtschaft des Bezirkes Leipzig. Der VI. Parteitag der SED und seine wirtschaftspolitischen Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Der Kampf der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern um die Erfüllung der Beschlüsse des VI. Parteitages der SED im Bezirk Leipzig
4. Der VIII. Deutsche Bauernkongreß im Februar 1964: Die Vorbereitung des Bauernkongresses im Bezirk Leipzig. Die Beschlüsse des Bauernkongresses für die weitere Festigung der sozialistischen Errungenschaften in der Landwirtschaft der DDR. Das Ringen der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern sowie aller Beschäftigten der sozialistischen Landwirtschaft um die Erfüllung der neuen Aufgaben im Bezirk Leipzig

Elke Brosow

Neue Momente in der Qualifikationsentwicklung der Arbeitskräfte im Kapitalismus unter dem Einfluß der Internationalisierung des Kapitals  
(dargestellt am Beispiel der Industrie der BRD)

Dissertation A (20. 6. 1980)  
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die widersprüchliche Qualifikationsentwicklung der Arbeitskräfte im Kapitalismus: Objektive Ursachen. Grundzüge der kapitalistischen Qualifikationsstruktur; Manufaktur; Große Industrie; Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus; Staatsmonopolistischer Kapitalismus (Wissenschaftlich-technische Revolution, Staatsmonopolistische Regulierung)
2. Neue Momente in der widersprüchlichen Qualifikationsentwicklung der Arbeitskräfte in der BRD-Industrie unter dem Einfluß der Internationalisierung des Kapitals: Internationale Aspekte in der Polarisierung des Qualifikationsniveaus; Ausländische Arbeitskräfte (Berufsstruktur, Qualifikationsniveau, Mobilität, Qualifikationsentwicklung); Auslandsbeschäftigte des BRD-Monopolkapitals. Zu objektiven Ursachen der internationalen Aspekte in der Polarisierung des Qualifikationsniveaus (Kapitalverwertung, Ausbeutung, Rolle der ausländischen Arbeitskräfte im Reproduktionsmechanismus, Vermittlungsmechanismen einer internationalen Polarisierung des Qualifikationsniveaus)
3. Die neuen Momente in der Qualifikationsentwicklung der Arbeitskräfte im Kapitalismus und die Klassenkampfbedingungen der Arbeiterklasse

Thomas Büttner

Demografische Gesetze und ihre Wirkungsbedingungen in sozialistischen Ländern

Dissertation A (8. 11. 1979)  
Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die Bevölkerung und ihre demografische Reproduktion als Gegenstand der Demografie: Zum Begriff der Bevölkerung. Die demografische Bevölkerungsreproduktion. Wesen und Inhalt demografischer Verhältnisse (Familienverhältnisse, Fruchtbarkeitsverhältnisse, Sterblichkeitsverhältnisse)

2. Demografische Gesetze und Gesetzmäßigkeiten: Die gesellschaftliche Determination der demografischen Verhältnisse. Theoretische Konzeption demografischer Gesetze. Historische Gesetze und Gesetzmäßigkeiten der demografischen Bevölkerungsreproduktion; Periodisierung; Bürgerliche Konzeptionen. Abriß der Geschichte der demografischen Bevölkerungsreproduktion; Urgesellschaft; Sklavenhaltergesellschaft; Feudalismus; Kapitalismus
3. Demografische Gesetzmäßigkeiten der entwickelten sozialistischen Gesellschaft: Zur neuen Qualität demografischer Verhältnisse (UdSSR, CSSR, DDR), Allgemeine Gesetzmäßigkeiten der demografischen Reproduktion in der sozialistischen Gesellschaft. Der Reproduktionstyp der Bevölkerung in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Zur Erkenntnis spezifischer Gesetzmäßigkeiten der demografischen Reproduktion in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Schlußfolgerungen für die sozialistische Bevölkerungspolitik

Walter Demmler

Die Rolle der MAK (Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüter) - Bilanzierung im Verlauf der Entwicklung des Systems der Leitung der Volkswirtschaft und wesentliche Aspekte ihrer Vervollkommnung

Dissertation A (11. 12. 1980)

Handelshochschule Leipzig

1. Die Angleichung der Systeme der Leitung und Planung der RGW-Länder: Objektive Gesetzmäßigkeiten des Annäherungsprozesses. Die Notwendigkeit des Prozesses der Angleichung der Systeme der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und seine planmäßige bewußte Gestaltung
2. Bilanzierung als Hauptinstrument der Planung des sozialistischen Reproduktionsprozesses: System der Leitung der Volkswirtschaft; Das Planungssystem als Teilsystem des Leitungssystems; Das Bilanzierungssystem. Entwicklung des Systems der MAK-Bilanzierung; Das System der materiellen Bilanzierung als Teilsystem des Planungssystems der UdSSR; Das ungarische Bilanzierungssystem als Teil des Planungssystems; Das System der MAK-Bilanzierung in der DDR (Vor 1963, zwischen 1963 und 1971)
3. Die MAK-Bilanzierung in der DDR nach dem VIII. Parteitag der SED und Vorstellungen hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung im Rahmen der Angleichung der Bilanzsysteme: Die Wirtschaftspolitik nach dem VIII. Parteitag - ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspraxis und deren Leitung und Planung; Bilanzverantwortung; Anforderung an die Konsumgüterbilanzierung durch die stärkere Betonung der qualitativen Seite des Bedarfs; Neuorientierung auf dem Gebiet der Verflechtungsbilanzierung und die hieraus entstehenden Konsequenzen für die Weiterentwicklung der MAK-Bilanzierung. Bedeutung des Standes und der Entwicklung des sowjetischen und des ungarischen Systems der materiellen Bilanzierung für die weitere Vervollkommnung der MAK-Bilanzierung in der DDR; Erzeugnisbilanzierung; Rolle der Materialverbrauchsnormen

Zu einigen theoretischen Problemen der Entwicklung der gesellschaftlichen Form der Arbeit im entwickelten Sozialismus

Dissertation A (26. 11. 1980)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Einige methodische und theoretische Ausgangspunkte der Untersuchung der gesellschaftlichen Form der Arbeit im Sozialismus
2. Zum Wesen der gesellschaftlichen Form der Arbeit und ihrer Entwicklung in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation: Der Zusammenhang von gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln und der gesellschaftlichen Form der Arbeit. Zu einigen Problemen der Theorie von den zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation
3. Probleme der Entfaltung des Wesens der gesellschaftlichen Form der Arbeit im System der sozialistischen Produktionsverhältnisse: Die gesellschaftliche Form der Arbeit und die allmähliche Aufhebung der alten Arbeitsteilung. Zu einigen Aspekten des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Form der Arbeit und Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus

Thomas Friedländer

Der Kapitalexport in die Entwicklungsländer während der 70er Jahre unter besonderer Berücksichtigung des BRD-Imperialismus

Dissertation A (21. 11. 1980)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

1. Grundzüge des Kapitalexports in die Entwicklungsländer: Umfang, Dynamik und Struktur des Kapitalexports in die Entwicklungsländer. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, "technologischer" Neokolonialismus und Kapitalexport. Positionsverschiebungen zwischen den imperialistischen Hauptkapitalexporturen. Haupttendenzen des Kapitalexports der BRD in die Entwicklungsländer
2. Die Investitionspolitik der internationalen Monopole gegenüber den Entwicklungsländern: Die Ziele der Investitionspolitik. Investitionspolitik und neokoloniale Industrialisierung. Umfang und Bedeutung der direkten Auslandsinvestitionen. Sektorale Strukturverschiebungen der Direktinvestitionen. Geographische Richtungen der Direktinvestitionen. Beteiligungspolitik und Finanzierung von Auslandsfilialen. Spezifische Züge der Expansion der BRD-Monopole in die Entwicklungsländer
3. Die Finanzoperationen der internationalen Monopole und Banken gegenüber den Entwicklungsländern: Leihkapitalexport und Auslandsverschuldung. Methoden der Investitionsfinanzierung. Staatsmonopolistische Exportkredite. Eurokredite und -anleihen
4. Die "Entwicklungshilfe" imperialistischer Staaten: Die "Entwicklungshilfe" als Instrument des Neokolonialismus. Quantitative, strukturelle und regionale Veränderungen der "Entwicklungshilfe" imperialistischer Staaten. Die Hauptzüge der BRD-"Entwicklungshilfe"



Jutta Funkner

Zur Entwicklung der internationalen Produktionsbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse der DDR und der UdSSR in der ersten Hälfte der siebziger Jahre

Dissertation A (18. 12. 1980)  
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Stand der internationalen Produktionsbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse der DDR und der UdSSR am Beginn der 70er Jahre und die Widerspiegelung ihrer Entwicklung in der Geschichtsschreibung
2. Ökonomische und sozialpolitische Grundlagen für die Entfaltung der Produktionsbeziehungen im Fünfjahrplan 1971 - 1975: Neue Anforderungen an internationalen Produktionsbeziehungen bei der beginnenden Verwirklichung des Komplexprogramms des RGW für die sozialistische ökonomische Integration. Grundzüge der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs im Jahrfünft 1971 - 1975 (in der UdSSR, in der DDR, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialistischen Masseninitiative der DDR und der UdSSR)
3. Die Entfaltung von Hauptformen der Produktionsbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse der DDR und der UdSSR in den Jahren 1971 - 1975: Der Kampf der Arbeiterklasse der DDR um die termin- und qualitätsgerechte Erfüllung der Exportverpflichtungen zu Beginn der 70er Jahre. Der bilaterale Erfahrungsaustausch, seine Bedeutung, Organisierung und Führung. Die Anwendung sowjetischer Arbeitsmethoden in der Wirtschaft der DDR. Der Arbeiteraustausch. Das Zusammenwirken von Arbeitern der DDR und der UdSSR bei der gemeinsamen Errichtung von Industrieobjekten, der Entwicklung neuer Erzeugnisse und der Rationalisierung der Produktion. Der internationale sozialistische Wettbewerb. Gedanken zur Rolle der internationalen Produktionsbeziehungen im Prozeß der Annäherung der nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse und der Völker der sozialistischen Gemeinschaft

Abdel Fattah Haikal

Stand und Probleme der ökonomischen und sozialen Struktur der Landwirtschaft in der Phase der sozialistischen Orientierung von 1961 - 1971 in Ägypten

Dissertation B (26. 2. 1981)  
Karl-Marx-Universität Leipzig

0. Einige Probleme der sozialistischen Orientierung in der Landwirtschaft. Ursachen für die sozialistische Orientierung in Ägypten, insbesondere im Agrarsektor
1. Die Wirtschaftsstruktur auf dem Lande: Die Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte ökonomische Entwicklung. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in Ägypten von 1961 bis 1971 (Investitionen, Anteil am Nationaleinkommen, Beschäftigung, Probleme der Entwicklung von Baumwolle, Getreide, Reis und Zuckerrohr, Gemüse und Obst). Tierische Produktion und Fischfang. Das Ernährungsproblem und der Import von Nahrungsmitteln. Die Parzellierung des landwirtschaftlichen Bodens. Einige Fragen der Mechanisierung auf dem Lande. Landgewinnung und staatlicher Sektor in der Landwirtschaft. Der Hochstaudamm von Assuan und seine Bedeutung für die Umgestaltung der Landwirtschaftsstruktur. Die ökonomische Struktur der Landwirtschaft nach 1971
2. Die Bodenreform und die Pachtbeziehungen von 1961 bis 1971: Die Notwendigkeit der Agrarreform. Stand der Durchführung der Bodenreform und die Aufteilung des Bodens von 1961 bis 1971. Veränderungen in der Struktur des Bo-

- deneigentums auf dem Lande. Geld und Produkterrente - Pachtbeziehungen
- Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre Rolle auf dem Lande 1961 bis 1971: Die Notwendigkeit der Gründung von Genossenschaften. Die genossenschaftlichen Gesetze in Ägypten, besonders in der Phase der sozialistischen Orientierung. Die Struktur der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Bildung der Genossenschaften, ihre Tätigkeit und Aufgaben, Die genossenschaftliche Kreditierung. Die genossenschaftliche Vermarktung. Perspektive der Entwicklung nach 1971. Einige Probleme der Genossenschaftsbewegung in Ägypten
  - Die Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Landwirtschaft auf die Lebensbedingungen der Agrarbevölkerung: Die Veränderungen der Klassenstruktur auf dem Lande in der Phase der sozialistischen Orientierung (1961 - 1971); Agrararistokratie und Großgrundbesitzer; Dorfbourgeoisie und reiche Bauern; Mittelbauern; Kleine und arme Bauern, landlose Pächter (weniger als 5 Feddan); Landarbeiter. Auswirkung der Veränderung der Klassenstruktur auf die sozialen Verhältnisse; Wohnverhältnisse, Gesundheitliche Betreuung, Problem des Analphabetismus. Der Anteil der Bauernschaft am Nationaleinkommen. Klassenstruktur und soziale Verhältnisse ab 1971. Schlußbetrachtung: Die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft und der Organisierung der Bauern

Ulrich Hartmann

Zur Entwicklung des Produktionskollektivs im VEB Maxhütte Unterwellenborn unter der politischen Führung der SED-Betriebsparteiorganisation in den Jahren 1951 bis 1961. Ein Beitrag zur Betriebsgeschichte

Dissertation A (6. 1. 1981)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Der Beitrag der Werktätigen des VEB Maxhütte zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus: Die volkswirtschaftliche Bedeutung des VEB Maxhütte für die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Beschlüsse des III. Parteitagess der SED vom Juli 1950. Die Werktätigen des Betriebes beginnen unter Führung der Betriebsparteiorganisation die neuen Aufgaben zu erfüllen. Die Aktivistenpläne werden zu einem wichtigen Instrument für die Vervollkommnung des Produktionsprozesses. Der Betriebskollektivvertrag für das Jahr 1951 - ein Dokument zur Förderung der sozialistischen Demokratie im Betrieb. Die Betriebsparteiorganisation orientiert auf die weitere Herausbildung des Bündnisses mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und die Unterstützung der werktätigen Bauern auf ihrem Weg in die sozialistische Landwirtschaft
- Das Maxhüttenkollektiv im Kampf um die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes: Die Neuererbewegung im Betrieb. Das Umsetzen der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 legt das Fundament für die weitere Herausbildung des sozialistischen Wettbewerbes im Betrieb, Die Betriebsparteiorganisation richtet die Aufmerksamkeit des Betriebskollektivs stärker auf eine höhere Effektivität der Produktion. Die Maxhüttenkumpel antworten mit hohen Leistungen in der Produktion auf die Provokationen des Klassenfeindes im zweiten Halbjahr 1953. Die kontinuierliche und plangerechte Produktion - Kampfziel der Betriebsparteiorganisation für jedes Werkkollektiv. Die ökonomischen Konferenzen werden in der Maxhütte zu Kampfberatungen der Werktätigen über die bessere Beherrschung des betrieblichen Reproduktionsprozesses. Das "Wilhelm-Pieck-Aufgebot" wird auch für die Maxhüttenkumpel zur Aktion für den erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplanes
- Der Kampf der Werktätigen des Betriebes zur Erfüllung der Aufgaben des

- zweiten Fünfjahresplanes: Die 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 und die Aufgaben des Maxhüttenkollektivs im zweiten Fünfjahrplan. Die Auswertung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED stimuliert die Bereitschaft der Kumpel, die neuen Aufgaben mit großem Einsatz zu beginnen. Die Werktätigen kämpfen um die Erfüllung der Pläne, die höhere Rentabilität und die Erzeugnisqualität. Die Vorbereitung und Auswertung des V. Parteitages der SED verleihen den Anstrengungen der Maxhüttenkollektive neue Impulse
4. Der Beitrag des Betriebskollektivs zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. Die Werktätigen des Betriebes entwickeln ein höheres Niveau sozialistischer Kollektivität. Die Kumpel ringen um sortimentgerechte Produktion, Rentabilität und Sparsamkeit in ihrem Betrieb. Die Anstrengungen der Betriebskollektive zur weiteren Durchsetzung der sozialistischen Rekonstruktion. Mit dem Wettbewerb "Mehr Stahl für unsere Republik" leisten die Maxhüttenkumpel einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der DDR. Der Beitrag der Werktätigen des Betriebes zur weiteren ökonomischen Stärkung und zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften
  5. Zusammenfassende Bemerkungen über den subjektiven Reifeprozess des Kollektivs der Maxhütte als Geschichtssubjekt

Manfred Reinhard Heirler

Die Entwicklung einiger Grundzüge der materiellen und kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen als ein wesentlicher Faktor für das weitere Wachstum der Arbeiterklasse der DDR in den Jahren 1958 bis 1965

Dissertation A (27. 4. 1979)  
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Entwicklungsstand der materiellen und kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse der DDR im Jahre 1958. Dargestellt in einer Querschnittsanalyse wesentlicher Grundzüge: Die Abschaffung der Reste der Rationierung im Mai 1958 und die Bedeutung der damit verbundenen Sozialmaßnahmen für die Verbesserung der materiellen und kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse der DDR (Familieneinkommen, Verbrauch ausgewählter Nahrungsmittel, Ausgabenstruktur, Monatseinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte). Die Bedeutung der aus dem V. Parteitag der SED beschlossenen Aufgaben für die weitere Erhöhung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse der DDR. Einige Aspekte der Wirkung der materiellen Arbeitsbedingungen im Jahre 1958 (Stand der technischen Entwicklung, zeitliche Arbeitsbedingungen). Der Stand der Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten und die Struktur der Ausgaben in den Arbeiterfamilien Ende 1958. Der Stand der Wohnbedingungen der Arbeiterklasse der DDR im Jahre 1958
2. Die Entwicklung einiger Seiten der Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse der DDR in den Jahren 1958 bis 1965: Einige Auswirkungen der technischen Entwicklung. Zu einigen Problemen bei der Verbesserung der materiellen Arbeitsbedingungen und deren Ursachen. Die Entwicklung der Qualifikations- und Lohngruppenstruktur der Produktionsarbeiter in den Jahren 1958 bis 1964. Die Entwicklung der zeitlichen Arbeitsbedingungen in den Jahren von 1958 bis 1965. Zur Entwicklung der effektiven Arbeitszeit in den Jahren 1959 bis 1965 unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten beeinflussbarer und nicht beeinflussbarer Ausfallzeiten sowie der Überstunden
3. Die Steigerung des individuellen Arbeitseinkommens - Hauptform zur Erhöhung der Konsumtion materieller und kultureller Güter und Leistungen durch die Arbeiterklasse der DDR in den Jahren 1958 bis 1965: Zur Entwicklung der Verhältnisse zwischen Nationaleinkommen, Arbeitsproduktivität

tät und Durchschnittslohn. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Durchschnittslohnes der Produktionsarbeiter der sozialistischen Industrie. Die Entwicklung der individuellen Einkommen in den verschiedenen Klassen und Schichten der DDR. Zur Entwicklung des Anteils der Tariflöhne und Leistungslöhne am Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten. Zur Entwicklung der unteren Einkommen. Zur Entlohnung der berufstätigen Frauen. Zur strukturellen Veränderung des Arbeitseinkommens der Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Industrie in den Jahren 1960 bis 1970. Das Wachstum der Einkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte der DDR in den Jahren 1958 bis 1965. Zur Entwicklung der Ausgaben und Ausgabenstruktur und einiger anderer Merkmale der Haushalte der Arbeiter und Angestellten in den Jahren 1958 bis 1965. Tendenzen der Entwicklung der Ausgabenstruktur und des Ausstattungsgrades mit industriellen Konsumgütern in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR von 1958 bis 1968. Die Entwicklung der Wohnbedingungen in den Jahren 1958 bis 1965

Peter Hoffmann

Rußland im Zeitalter des Absolutismus

Dissertation B (6. 3. 1981)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Auf dem Wege zum Absolutismus: Gesellschaft und Staat in der Mitte des 17. Jh. Der Moskauer Aufstand 1648 - Das Uloženie von 1649. Spätfeudale Wirtschaft, erste Manufakturen, Ansätze kapitalistischer Lohnarbeit. Die Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland. Kirchenreform und kulturelle Entwicklung. Zuspitzung der sozialen Gegensätze, Stadtaufstände und Bauernkrieg unter der Führung Stepan Razins. Sibirien und der Ferne Osten im 17. Jh. Das vorpetrinische Rußland in der Sicht des westlichen Auslandes
2. Die petrinischen Reformen: Regentschaftsregierungen. Große Gesandtschaft und erste Reformen. Der Beginn des Nordischen Krieges. Soziale Auseinandersetzungen - Astrachaner Aufstand - Bauernkrieg unter der Führung Bulavins - Baschkiren-Aufstände - reaktionäre Opposition. Poltava. Rußland im Konzert der europäischen Großmächte - Der Frieden von Nystadt. Neue sozialökonomische Tendenzen und Refeudalisierung. Reformen des Staatsapparates, der Kirche und des Militärwesens. Petrinische Kulturpolitik. Zar Peter und seine Reformen im Urteil der Zeitgenossen und der Nachwelt
3. Das "veränderte Rußland" setzt sich durch: Thronwechsel - Palastrevolten. Manufaktur, Handwerk, Handel zwischen Feudalismus und kapitalistischer Entwicklung. Gutswirtschaft und Leibeigenschaft - Klassenkämpfe der Bauern. Die russische Frühaufklärung. Die Außenpolitik unter den Nachfolgern Peters I.
4. Der aufgeklärte Absolutismus: Anfänge einer aufgeklärt-absolutistischen Politik. Rußlands Eingreifen in den Siebenjährigen Krieg. Katharina II. - Werdegang, Kampf um den Thron. Palastrevolte - Erste Regierungsmaßnahmen. Katharinas Wirken im Sinne der Aufklärung - Gesetzeskommission - Freie Ökonomische Gesellschaft. Russische Wirklichkeit - Bauernfrage. Polnische Probleme und Russisch-Türkischer Krieg. Der Bauernkrieg unter der Führung Pugačëvs. Das nachpetrinische Rußland in der Sicht des Auslands
5. Das Adelsimperium: Irreversible kapitalistische Entwicklung in Manufaktur, Handwerk, Handel. Reformen zur Stärkung der konservativen Kräfte. Aufklärung im Adelsimperium - Bildungswesen, Wissenschaft, Kultur. Sibirien und der Nordpazifikraum im 18. Jahrhundert. Das Rußlandbild der siebz-



6. Rußland als internationale Schiedsmacht. Bayrische Erbfolge. Bewaffnete Neutralität. Krim, Krieg mit der Türkei und mit Schweden
7. Rußland und die Anfänge der französischen Revolution
8. Von der Aufklärung zur revolutionären Ideologie - A. N. Radiščev

Hans-Joachim Konrad/Christian Reinhold

Der Meister als Leiter eines Arbeitskollektivs in der sozialistischen Industrie, insbesondere unter dem Blickwinkel der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion in dem vom VIII. Parteitag der SED eingeleiteten Abschnitt der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Die Entwicklung entscheidender, das Niveau seiner Leitungstätigkeit beeinflussender Bedingungen. Zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Rolle des Meisters im VEB Meßgerätewerk Zwönitz

Dissertation A (17. 10. 1980)

Bergakademie Freiberg

1. Die Rolle und die Funktionen des Meisters in der sozialistischen Industrie und die grundlegenden Anforderungen an seine Leitungstätigkeit, insbesondere aus der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion als Wesensmerkmal der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
2. Zur Entwicklung entscheidender, das Niveau der Leitungstätigkeit des Meisters beeinflussender Bedingungen
3. Zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Rolle des Meisters im VEB Meßgerätewerk Zwönitz im gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt sowie daraus abzuleitende Schlußfolgerungen

Wolfgang Kretzschmar

Zur Institutionalisierung der naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung und ihrer gesellschaftlichen Determiniertheit in Deutschland während des 18. Jahrhunderts

Dissertation A (4. 10. 1980)

Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam

1. Die Bildung kapitalistischer Elemente in Basis und Überbau der feudalen Gesellschaftsformation in Deutschland während des 18. Jahrhunderts erforderte auch die Anwendung mathematischer, naturwissenschaftlicher sowie technischer und technologischer Kenntnisse und deren verstärkte Vermittlung: Zu einigen Besonderheiten des Absolutismus in Deutschland. Die Entwicklung moderner Produktivkräfte beeinflusste in zunehmendem Maße die Bildungsforderungen zugunsten der Aufnahme der Realienbildung. (Zur Produktivkraftentwicklung in der gewerblichen Produktion, in Bergbau und Hüttenwesen, in der Landwirtschaft)
2. Zur Institutionalisierung mathematisch-naturwissenschaftlicher und technisch-technologischer Bildung in Deutschland im 18. Jahrhundert: Zur Rezeption naturwissenschaftlicher Bildungsinhalte an Universitäten unter dem Einfluß der Aufklärung. Die Verbindung von Wissenschaft und Praxis in der Freiberger Lehrtradition. Die Verwirklichung bürgerlicher Bildungsforderungen durch die Realschulentwicklung
3. Zu Form und Inhalt des Unterrichts in den Realien, den Naturwissenschaften

4. Zur Gründung und Entwicklung erster Lehrerbildungseinrichtungen für das niedere Schulwesen in Preußen und ihre Einbeziehung in die staatliche Bildungspolitik

Petra Leuschner

Charakteristische Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens vom Ende des 2. Weltkrieges bis Mitte der 60er Jahre unter besonderer Berücksichtigung der Seeschifffahrt

Dissertation A (11. 11. 1980)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden

1. Einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens von 1945 bis Mitte der 60er Jahre: Die Auswirkungen des 2. Weltkrieges auf die Wirtschaft Großbritanniens. Die Auswirkungen des Zerfalls des Kolonialreichs auf die wirtschaftliche Situation Großbritanniens nach dem 2. Weltkrieg. Die Veränderung der Stellung Großbritanniens im System der kapitalistischen Weltwirtschaft. Typische Entwicklungstendenzen außenhandelsorientierter Industriezweige in Großbritannien; Die britische Industrieproduktion; Die Nationalisierungen in der englischen Industrie; Der britische Schiffbau von 1945 bis Mitte der 60er Jahre. Die Entwicklung der englischen Außenhandels- und Zahlungsbilanz; Die Struktur und quantitative Entwicklung des britischen Außenhandels; Die Krise der britischen Zahlungsbilanz
2. Die Entwicklung der materiell-technischen Basis in der britischen Seeschifffahrt: Allgemeine Entwicklungstendenzen in der Weltseeschifffahrt. Die Situation der britischen Seeschifffahrt in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Entwicklung der britischen Handelsflotte (Trockenfrachtflotte, Tankschifffahrt, Passagierschifffahrt)
3. Die Schifffahrtspolitik Großbritanniens: Allgemeine Grundzüge der Schifffahrtspolitik imperialistischer Länder. Die Stellung der Seeschifffahrt innerhalb der Wirtschaft Großbritanniens. Die Bedeutung des Linienkonferenzsystems für die Schifffahrt Großbritanniens. Großbritannien und der Schifffahrtsprotektionismus. Einige Aspekte der britischen Haltung zu den "billigen Flaggen"

Wolfgang Liebernicketl

Internationale Produzentenvereinigungen der Entwicklungsländer auf dem Rohstoffsektor - Das Beispiel des "Zwischenstaatlichen Rates Kupfer exportierender Länder"

Dissertation A (12. 2. 1981)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Hauptinhalt, Charakter und Tendenzen des Kampfes der Entwicklungsländer um nationale Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen
2. Die Bedeutung internationaler Produzentenvereinigungen für die Entwicklungsländer (Zielstellungen bei der Teilnahme, Wesen, Hauptkriterien für die Beurteilung von Produzentenvereinigungen)
3. Wirkungsbedingungen und Wirkungsgrad des "Zwischenstaatlichen Rates Kupfer exportierender Länder": Der Rohstoff Kupfer im Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Weltwirtschaft; Natürliche Verteilung der Kupferressourcen und imperialistische Interessen; Produktion und Handel in der

internationalen kapitalistischen Kupferwirtschaft - Ausdruck der neokolonialistischen Arbeitsteilung; Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Produktions- und Zirkulationssphäre der kapitalistischen Kupferwirtschaft. Bedeutung des Kupfers für die ökonomische Entwicklung der Mitgliedsländer des CIPEC und Aspekte der Nationalisierungspolitik. Inhalt und Charakter der Zielstellungen des CIPEC - Das CIPEC-Abkommen. Einschätzung der Wirksamkeit des CIPEC; Beitrag des CIPEC im Prozeß der Herausbildung einer nationalen Kupferpolitik der Mitgliedsländer und ihrer zwischenstaatlichen Koordinierung; Versuche des CIPEC zur Beeinflussung des internationalen Kupfermarktes; Bewertung der Bedingungen und Einflußfaktoren im Prozeß der bisherigen Tätigkeit des CIPEC

4. Einige Überlegungen zur möglichen weiteren Entwicklung der Produzentenvereinigungen, insbesondere des CIPEC

Uwe Malich

Konjunktur und Krise in der deutschen Maschinenbauindustrie  
1914 - 1923

Dissertation A (16. 9. 1981)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

2. Die Kriegskonjunktur in der deutschen Maschinenbauindustrie 1914 bis 1918: (Die Nachfrage auf dem Markt der Maschinenbauindustrie. Die Produktion, der Export, die Preise, die Profite, die Lage der Arbeiter der Maschinenbauindustrie)
3. Die Inflationskonjunktur der deutschen Maschinenbauindustrie von 1919 bis 1923: (Nachfrage, Produktion, Export, Preise, Profite, Lage der Arbeiter)

Lutz Marz

Die Konzentration des produktiven Kapitals in Westberlin  
von 1950 bis 1974. Versuch einer Langzeitanalyse

Dissertation A (10. 10. 1980)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Wesentliche Aspekte der marxistisch-leninistischen Analyse
2. Wesen und Formen der Konzentration des produktiven Kapitals
3. Die Untersuchungsmethodik
4. Ausgewählte Probleme der Entwicklung der Industrie und der Konzentration des produktiven Kapitals in Westberlin von 1950 bis 1974: Ausgewählte Probleme der Entwicklung der Westberliner Industrie; Die Entwicklung des Verhältnisses von Industrie zur Wirtschaft insgesamt; Die Entwicklung einiger charakteristischer Kennziffern (Betriebe, Beschäftigte, Umsatz, Export, Zweigstruktur, Entwicklung ausgewählter Zweige: Elektrotechnik, Chemie, Maschinenbau, EBM-Waren, Stahlbau, Feinmechanik/Optik, Papiererzeugung und -verarbeitung, Holzverarbeitung, Kunststoff, Druckerei, Textil, Bekleidung, Ernährung, Tabak); Die Entwicklung der Beschäftigtengrößenklassen. Der Konzentrationsprozeß des produktiven Kapitals in der Westberliner Industrie. Die Kapitalabwanderung aus der Westberliner Industrie

Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 - 1947

Dissertation A (24. 6. 1980)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Ausgangsbedingungen und Zielstellungen für die Herausbildung der zentralen Organe der revolutionär-demokratischen deutschen Staatsmacht
2. Die Entstehung der Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihre Entwicklungsetappen bis zur Gründung der DDR
3. Die Herausbildung der Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispolitik in den Zentralverwaltungen
4. Die organisierende Tätigkeit der Zentralverwaltungen in der revolutionär-demokratischen Umwälzung 1945 und 1946: Die zunehmende Eigenverantwortung der Zentralverwaltungen bei der Ausübung ihrer Beratungs-, Koordinierungs- und Lenkungsfunktionen für das sowjetische Besatzungsgebiet. Die Zusammenarbeit der Zentralverwaltungen mit den Landes- und Provinzialverwaltungen/-regierungen. Der Anteil der Zentralverwaltungen an der Zerschlagung und revolutionären Umwandlung des alten bürgerlichen Staatsapparates. Die koordinierende Tätigkeit der Zentralverwaltungen bei der sozial-ökonomischen Umwälzung und der Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens. Die Vorbereitung der Koordinierungsvereinbarung zwischen den Landes- und Provinzialregierungen und den Zentralverwaltungen für Industrie, Brennstoffindustrie sowie Handel und Versorgung vom 10. Februar 1947

Frank E. Merzdorf

Kapitalistische Sparkassenzentralbanken als Repräsentanten staatlichen Eigentums - Eine Analyse des staatlichen Eigentums im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der "Landesbanken-Girozentralen" der BRD

Dissertation A (19. 9. 1980)

Handelshochschule Leipzig

1. Zum Wesen und zur Funktion des staatlichen Eigentums im staatsmonopolistischen Kapitalismus
2. Analyse der Landesbanken-Girozentralen, Anstalten bzw. Körperschaften des öffentlichen Rechts: Das öffentlich-rechtliche Eigentum im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Landesbanken-Girozentralen als Elemente der Sparkassenorganisation (Struktur der Sparkassenorganisation, arbeitsteilige Aufgaben, Geschäftstätigkeit). Die Kapital- und Organisationsstruktur der Landesbanken-Girozentralen (Herkunft des Eigenkapitals und Haftungsbedingungen, Verwendung der Jahresüberschüsse, Leitungsaufbau). Die Demagogie der "sozialen" Funktion der Landesbanken-Girozentralen
3. Die Sparkassenzentralinstitute anderer kapitalistischer und Entwicklungsländer sowie die Internationalisierung im Sparwesen: Die Zentralisierung von Spareinlagen in entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Rolle und Formen der Spargeldzentralisierung in Entwicklungsländern. Die Internationalisierung des kapitalistischen Sparkassenwesens
4. Geschichtliches zum Sparkassenwesen und den Sparkassenzentralinstituten der BRD: Die Entwicklung des öffentlichen Sparkassenwesens im kapitalistischen Deutschland. Die Entwicklung der Landesbanken-Girozentralen als Integrationsebene zwischen den kommunalen und regionalen öffentlichen Banken



Ulrike Moheit

José Antonio Saco und seine Haltung zur annexionistischen Bewegung auf Kuba von 1845 bis 1855

Dissertation A (17. 10. 1980)  
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Grundzüge der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Kubas: Kennzeichen und Merkmale des sozialökonomischen Prozesses von 1820 bis 1868; Die kubanische Sklavenhaltergesellschaft - der bürgerliche Umwälzungsprozeß - die industrielle Revolution; Ökonomische Folgen des Imports von Technik; Soziale Auswirkungen der Mechanisierung der Zuckerherstellung auf die Klassenstruktur Kubas. Auswirkungen der kontinentalen Unabhängigkeitsrevolution Lateinamerikas auf Kuba. Zum Charakter der spanischen Kolonialpolitik auf der Insel Kuba. Politisch-ideologische Konsequenzen des sozialökonomischen Entwicklungsprozesses Kubas - politische Strömungen zwischen 1820 und 1868
2. Der Annexionismus und sein Platz in der Geschichte Kubas im 19. Jahrhundert: Ursachen für die Herausbildung des Annexionismus. Gruppierungen innerhalb der Bewegung des Annexionismus. Verlauf und Etappen der annexionistischen Bewegung von 1845 bis 1855. Charakter und historischer Platz des Annexionismus
3. Hauptstreitpunkte zwischen José Antonio Saco und den kubanischen Annexionisten in bezug auf die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Insel (Seine politisch-ideologische Entwicklung 1797 - 1847, seine Motive für die Bekämpfung des Annexionismus 1848 - 1853, Sacos Programm zur Reformierung der kolonialen Verhältnisse)
4. José Antonio Saco in der Bewertung der Geschichtsschreibung und historischer Ort seines Reformprogramms

Georg Moll

"Preußischer Weg" und bürgerliche Umwälzung in Deutschland.  
Studien zur kapitalistischen Bauernbefreiung

Dissertation B (24. 6. 1981)  
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Probleme der kapitalistischen Bauernbefreiung in der ostelbischen Landwirtschaft: Zur Begründung der territorialen Eingrenzung. Zu den Ursachen für die Einleitung der Agrarreform. Zur Rolle des Staates und der Gesetzgebung. Zur realen Entwicklung der kapitalistischen Bauernbefreiung. Zur Periodisierung des "preußischen Weges"
2. Der "preußische Weg" in der westelbischen Landwirtschaft: Zur Frage: "Preußischer Weg" und grundherrschaftlich geprägte Agrarverhältnisse westlich der Elbe. Zur Einleitung der kapitalistischen Bauernbefreiung unter französischer Herrschaft. Zur Entwicklung in der nachnapoleonischen Ära. Zur kapitalistischen Bauernbefreiung in den süddeutschen Mittelstaaten
3. Schlußbemerkungen: "Preußischer Weg" der kapitalistischen Agrarrevolution und reformerischer Typ der bürgerlichen Umgestaltung in der deutschen Geschichte

Dissertation B (25. 4. 1980)  
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zum Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und gesellschaftlichen Verhältnissen
2. Die Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Westberlin 1950 bis in die Gegenwart: Gesamtübersicht. Altersstruktur. Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung. Zu einigen Konsequenzen des Bevölkerungsrückganges. Staatsmonopolistische Regulierungsversuche zur Bevölkerungsentwicklung im Interesse der Monopole
3. Zur inneren Struktur der Erwerbstätigen und der Arbeiterklasse in Westberlin: Zu theoretischen und statistischen Ausgangspositionen. Entwicklung und Struktur der Erwerbstätigen in Westberlin. Zur Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse

Ernst Münch

Studien zu den bäuerlich-feudalherrlichen Beziehungen und ihrer Entwicklung in der Epoche der vollen Entfaltung des Feudalismus insbesondere im südostdeutschen Raum (12. - 14. Jahrhundert)

Dissertation A (20. 11. 1980)  
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Einige allgemeine Aspekte der Grundherrschaft und der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse im Lichte mittel- und westeuropäischer Entwicklungen unter den Bedingungen des vollentfalteten Feudalismus: Villicus - Fronhof - Meier - Zum Fronhofsystem und seiner Entwicklung seit dem 11. Jahrhundert in südostdeutschen Gebieten. Differenzierung und Differenziertheit der Bauernschaft im Zusammenhang mit der Veränderung grundherrschaftlicher Strukturen
2. Verbesserungen in der rechtlichen und sozialen Lage der feudalabhängigen Bauernschaft - die "Befreiung" von Unfreien und das Problem der Zensualen: Die Entwicklung der Zensualität als Teilprozeß der Strukturveränderungen innerhalb der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse. Der Charakter der "Freiheit" und des Zinses der Zensualen. Die Realität des Zensualenstatus und die Resistenz von Zensualen gegen ihre "Schutzherren"
3. Zu den feudalherrlich-bäuerlichen Gegensätzen - bäuerliche Lasten und bäuerlicher Widerstand: Bauern und Feudalherren im Kampf um das bäuerliche Mehrprodukt. Probleme des Abzugs und der Landflucht feudalabhängiger Bauern. Genossenschaftliche Elemente innerhalb der Bauernschaft zwischen bäuerlichem Widerstand und feudaler Ausbeutung

Untersuchungen zur Organisation des Handwerks in Mesopotamien  
zur Zeit der III. Dynastie von Ur

Dissertation A (3. 10. 1980)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Bemerkungen zum Untersuchungsgegenstand. Das Handwerk der Ur III-Zeit in der wissenschaftlichen Literatur
2. Die Organisation des Handwerks im Rahmen der Palast- und Tempelwirtschaft: Ur; Die Organisation des Handwerks im Rahmen eines "Handwerkerhauses" (Das Verwaltungspersonal, Die Einlieferung der Rohstoffe und Materialien, ihre Verteilung an die Handwerker, Kontrolle der Produktion, Auslieferung der Endprodukte, Arbeitskräfte und Entlohnung); Zeugnisse einer frühen Handwerksorganisation; Die Organisation des Schmiedehandwerks. Die Organisation des Lederhandwerks; Zeugnisse eines an einzelne Gebäudekomplexe gebundenen Handwerks. Lagaä; Bemerkungen zur Organisationsstruktur der handwerklichen Produktion; Die Organisation des Schmiedehandwerks; Bemerkungen zum leder-, holz- und rohrverarbeitenden Handwerk; Die Entlohnung der Handwerker. Umma; Die Organisation des Schmiedehandwerks; Die Organisation des Goldschmiedehandwerks, Die Organisation des Lederhandwerks; Die Organisation des holz- und rohrverarbeitenden Handwerks: Die Entlohnung. Nippur. Puzriš-Degān
3. Die handwerkliche Produktion außerhalb der Palast- und Tempelwirtschaft: Das private Handwerk. Die soziale Stellung der Handwerker nach Gerichts- und privaten Rechtsurkunden

Nguyen-danh-Son

Zum Rohstoffproblem und seinen Zusammenhängen zur Produktionsstruktur und zum Akkumulationsprozeß im Auf- und Ausbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus

Dissertation A (12. 1. 1981)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Rohstoffbasis und Produktionsstruktur: Rohstoffgewinnung und Sicherung der Rohstoffbasis. Das Rohstoffproblem und die Strukturentwicklung. Zur Nutzung der einheimischen Rohstoffe. Zur Rolle der Sekundärrohstoffe in der Entwicklung der Produktionsstruktur. Die Landwirtschaft als Agrarrohstoffbasis
2. Rohstoffverarbeitung: Grundstoffindustrie. Zur Proportion zwischen den stoffverarbeitenden Zweigen. Materialökonomie und Entwicklung der Arbeitsmittel. Zur proportionalen Entwicklung der stoffgewinnenden und der stoffverarbeitenden Zweige bei der Gestaltung der Rohstoffbasis
3. Rohstoffsicherung durch den Außenhandel
4. Akkumulation und Rohstoffbasis: Zur Stellung und Rolle der Akkumulation im Prozeß des Auf- und Ausbaus der Rohstoffbasis. Faktoren, die die Investitionsrichtung für die Entwicklung der Rohstoffbasis beeinflussen. Zusammenhänge zwischen der Akkumulation und der Entwicklung der Rohstoffbasis
5. Zum Rohstoffproblem in Vietnam und einige Schlußfolgerungen über Richtungen seiner Lösung: Zu den vordringlichen Aufgaben des Auf- und Ausbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus in Vietnam. Zu Besonderheiten des Rohstoffproblems in Vietnam. Einige Gedanken über die Richtung des Auf- und Ausbaus der Rohstoffbasis in der neuen Etappe der Wirtschaftsentwicklung in Vietnam im Zusammenhang mit der Strukturentwicklung und dem Akkumulationsprozeß

Dissertation A (7. 4. 1981)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Die Analyse der Etappen und Tendenzen der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik" als Aufgabe der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie des Sozialismus: Die Bedeutung der Periodisierung und der Feststellung von Tendenzen der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik" für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Imperialismus. Die Periodisierung und die Analyse von Tendenzen der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik" in der marxistisch-leninistischen Literatur - Voraussetzung weiterer wissenschaftlicher Arbeit zur ideologischen Auseinandersetzung
2. Gegenwärtige Tendenzen in der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik": Tendenzen in der Ausgestaltung der antikommunistischen Theorien; Zur Tendenz der Erhöhung des scheinbaren Wahrheitsgehalts und des zunehmenden Realismus der antikommunistischen Theorien; Tendenzen der "Entideologisierung" und "Reideologisierung" in der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik"; Zur Differenzierungs- und Integrationstendenz. Zur Beharrungs- und Reaktivierungstendenz. Zur Tendenz der Konzentration der bürgerlichen Angriffe auf die Grundzüge der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die Intensivierung der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik" als Ausdruck der zunehmenden Rolle der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in der Gegenwart
3. Die Angriffe auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Sozialismus - ein Hauptfeld der bürgerlichen ökonomischen "Sozialismuskritik". Die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sozialismus und ihre antikommunistischen Widersacher. Die Konstruktion eines Interessenantagonismus als allgemeine methodologische Grundlage der bürgerlichen Angriffe auf die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sozialismus. Die Methode des "Systemvergleichs" als Instrument der Entstellung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sozialismus

Inge Paulukat

Der Prozeß der Metropolisierung in den nichtsozialistischen Ländern Lateinamerikas

Dissertation B (27. 2. 1980)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Stadtentwicklung - Urbanisierung - Metropolisierung - Einführung und Begriffsbestimmung
3. Der Prozeß der Metropolisierung in Lateinamerika: Die Entwicklung der Metropolen in der Kolonialzeit, nach Erringung der staatlichen Souveränität, in der Gegenwart; Metropolisierung und Verstädterung; Metropolisierung und Agrarstruktur; Metropolisierung und Industrialisierung. Die Auswirkungen der Metropolisierung auf die Territorialstruktur der Gesellschaft. Der Prozeß der Metropolisierung in Lateinamerika - zusammenfassende Wertung



Zur Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in der Agrargeschichte - Eine klimetrische Studie zur Geschichte der deutschen Landwirtschaft in der Zeit des Faschismus, dargestellt anhand von ökonomischen Daten der Struktur und Entwicklung landwirtschaftlicher Großbetriebe im Kreis Güstrow/Mecklenburg (1936 - 1943/44), mit einem Kapitel zur mehrdimensionalen statistischen Methode "Faktoranalyse"

Dissertation B (9. 12. 1981)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Landwirtschaftliche Produktion - Agrarökonomische und agrarpolitische Grundlagen: Staatsmonopolistische Regulierung der Land- und Ernährungswirtschaft. Hofkarten des Reichsnährstandes - Quellenwert, Gegenstand, Gruppierung der Betriebe. Kennzahlen der Hofkarten (Bodennutzungsarten, Einheitswert und Bodenschätzung, Arbeitskräfte, Maschinen und technische Einrichtungen, Sonderleistungen der Betriebe, Pflanzliche Produktion, Tierische Produktion, Marktleistungen und Eigenverbrauch, Gesamtproduktion). Ergebnisse und Zusammenfassung
2. Modelle zur Entwicklung und zur Struktur landwirtschaftlicher Großbetriebe in Güstrow auf der Grundlage von Regressions-, Korrelations- und Faktoranalysen: Modell der Entwicklung - eine univariate Analyse. Zusammenhangsanalyse mit agrarökonomischen Zeitreihen und Querschnittsdaten (einfache Regression). Lineare multiple Zusammenhangsanalyse der Bruttoproduktion. Nichtlineare Produktionsfunktionen für die betriebswirtschaftliche Analyse. Agrarökonomische Indikatoren in einer mehrdimensionalen Systembetrachtung
3. Faktoranalyse - ein multivariates statistisches Verfahren: Das Modell der Faktoranalyse. Zu Bedingungskriterien für die Anwendung der Faktoranalyse. Faktoranalyse und ihre Techniken. Mathematisch-statistische Darstellung der Faktoranalyse - Das Basismodell. Maximum-Likelihood-Methode in der Faktoranalyse. Weiterführende Probleme in der Faktoranalyse

Hainer Plaul

Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert. Eine volkskundliche Untersuchung über die Veränderungen in der Lebensweise der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Tendenzen und Triebkräfte

Dissertation A (12. 5. 1981)

Akademie der Wissenschaften der DDR

Teil I

1. Das Untersuchungsgebiet: Eingrenzung; Begriff; orographische Gegebenheiten; Bodenverhältnisse; Klima. Handelslage; Verkehrsverhältnisse; ökonomisch-geographische Verhältnisse. Historisch-politische Entwicklung. Konfessionelle Verhältnisse
2. Die sozialökonomische Entwicklung im Untersuchungsgebiet und die Entstehung der einheimischen Landarbeiterschaft: Bäuerliche besitz- und erbrechtliche Verhältnisse; Verlauf und Inhalt der Agrargesetzgebung. Landwirtschaftliche Gesamtnutzfläche; Verteilung des Grundbesitzes und Klassenverhältnisse; Verlauf und Ergebnis der Agrarreform; Herausbildung agrarkapitalistischer Verhältnisse im Untersuchungsgebiet - eine Variante des "Preussischen Weges" in der Entwicklung der Landwirtschaft. Erweiterung der

agrarischen Produktion; Verbesserung der Produktionsmethoden; Ausdehnung und Konsolidierung der agrarkapitalistischen Verhältnisse; Beginn des kapitalistischen Differenzierungsprozesses der Bauernschaft. Zum Begriff "Landarbeiter"; Die Entstehung der Landarbeiterschaft als Bestandteil des Prozesses der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft; Rolle und Bedeutung der Agrarreformen für die Herausbildung der Landarbeiterschaft im Untersuchungsgebiet; Die verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der einheimischen Landarbeiterschaft

## Teil II

1. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen der bäuerlichen Klasse und Landarbeiterschaft sowie innerhalb des einheimischen Landproletariats unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft: Die Herausbildung des Klassenantagonismus zwischen Landarbeiterschaft und bäuerlicher Klasse; Auflösung des patriarchalischen Gesindeverhältnisses; Veränderungen im sozialen Status des Deputatlandarbeiters (Auflösung des alten Drescherverhältnisses); Beginn des kapitalistischen Unifizierungsprozesses der Landarbeiterschaft im Untersuchungsgebiet. Sozialkommunikative Folgen der Gemeinschaftsteilung und Separation; Über das dialektische Verhältnis von Kontraktion und Expansion der gesellschaftlichen Kommunikationsverbindungen unter den Bedingungen der Herausbildung und Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse: Ausweitung und Intensivierung der Land-Stadt-Beziehungen; Verdichtung des sozialen Austausches innerhalb des Agrarproletariats sowie Beginn der Fluktuation zwischen Landarbeiterschaft und nichtagrarischen proletarischen Sozialgruppen. Besonderheiten in den gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Agrarproletariat und der Klasse der großen und mittleren ländlichen Grundbesitzer: Gesinde-Ordnung, Dienstatteste, Gesindebücher, Dienstbotenverbesserungsvereine, Kontrakte, Dienstpfllichtverletzungsgesetze, Zur Frage der Beteiligung von Landarbeitern an der Gemeindeverwaltung
2. Über die Veränderungen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen des einheimischen Landproletariats im Verlauf der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Auswirkungen der Gemeinschaftsteilung und Separation auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse; Wandlungen im Bereich der Arbeitszeit-Freizeit; Zur Frage der Sonntagsarbeit; Einführung neuer Lohnsysteme und Übergang zur Anwendung intensiver Mittel der Ausbeutung. Existenzminimum und Arbeitsverdienst der einheimischen Landarbeiterschaft im Untersuchungszeitraum: Belastung durch restfeudale Abgabe- und Dienstverpflichtungen; Familienhilfe und Familienverhältnisse unter Berücksichtigung der Frauen- und Kinderarbeit; Über die Wirksamkeit außerfamiliärer Formen ökonomischer und sozialer Hilfeleistung; Kinderbewahranstalten; Unterstützungs-, Kranken- und Altersversorgungskassen, Sparkassen. Über die Veränderungen in der Wohn-, Ernährungs- und Bekleidungsweise; Gesundheitsverhältnisse; Zum Problem der Moralität des einheimischen Agrarproletariats; Alkoholkonsum und Temperenzvereine; Zur Frage der Kirchlichkeit; Einfluß der Freien Gemeinden; Formen des Kampfes der Landarbeiter im Untersuchungsgebiet für die unmittelbare Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse

## Teil III

Entwicklungstendenzen und Triebkräfte der Veränderungen in der Lebensweise der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft

zur Entwicklung der Gemüseproduktion in Deutschland (1878 bis 1933/34)  
unter besonderer Berücksichtigung der Zeit der Weimarer Republik

Dissertation A (20. 4. 1981)  
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Stellung des Gemüses in der Ernährungswirtschaft: Klassenabhängigkeit der Gemüseversorgung. Gemüse als Ersatz für andere Nahrungsmittel. Gesamt- und Pro-Kopf-Verbrauch an Gemüse
2. Anbauflächen und Betriebsformen des deutschen Gemüsebaues von 1878 bis 1933/34: Daten zum Gemüsebau in der Statistik des Deutschen Reichs. Anbaufläche für Gemüse und ihre Struktur. Gemüseanbauende Betriebe und ihre Charakterisierung. Standorte der Gemüseproduktion
3. Entwicklung des Gemüseanbaues in den 20er Jahren bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise: Gesellschaftliche Bedingtheit der Entwicklung; Wirtschaftspolitische und organisatorische Stärkung der Großgärtnereien; Widersprüchliche Interessen an der Entwicklung des Gemüsebaues (Export, Import und Gemüsezölle, Steuern und Pacht, Kreditpolitik). Intensivierung im Gemüsebau: Materiell-technische Basis; Chemisierung; Versuchswesen; Saatgutproduktion und Züchtung; Qualifizierung der Arbeitskräfte

Thomas Reuter

Ökonomische Zusammenhänge zwischen der individuellen Konsumtion  
der Bevölkerung und den natürlichen Umweltbedingungen

Dissertation A (21. 11. 1980)  
Akademie der Wissenschaften

1. Die Konsumtion im Gesamtprozeß der Reproduktion
2. Beziehungen zwischen Naturbedingungen, Stoffwirtschaft und den Phasen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses: Stoffwirtschaftliche Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion. Zur Rolle der Konsumtion in der komplexen Stoffwirtschaft. Stoffwirtschaftlicher Gesamtprozeß und natürliche Umweltbedingungen. Zu einigen stoffwirtschaftlichen Grundtendenzen der gesellschaftlichen Produktion in der DDR
3. Der konsumtive Verbrauch der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik als strukturbeeinflussender Faktor und Stoffänderungsprozeß in seinen Auswirkungen auf die natürlichen Umweltbedingungen: Verteilungsproportionen der materiellen Produktion für Bedarfsgruppen (Bedürfniskomplexe) des konsumtiven Verbrauchs und die daraus resultierende Umweltbelastung. Das Wachstum des konsumtiven Verbrauchs in der DDR. Einige grundlegende Strukturwandlungen in der Konsumtion der DDR. Die Entwicklung der Bestände an langlebigen Konsumgütern und ihr Einfluß auf die Stoffwirtschaft. Der Energieverbrauch in der Konsumtionssphäre. Die Nutzung der natürlichen Ressourcen Wasser und Fläche. Abproduktesituation und Rezirkulation im konsumtiven Bereich
4. Ökonomische Aspekte der Umweltbelastung: Zur Wirkung der Umweltbelastungen auf den Gesamtprozeß der Bedürfnisbefriedigung. Kurze Charakterisierung der Umweltbelastung in der DDR. Die Wirkungen von Umweltbelastungen (Luft- und Wasserverunreinigungen) auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen. Die Wirkungen von Umweltbelastungen auf natürliche Ressourcen, ihre ökonomische Nutzung und ausgewählte Bereiche der Volkswirtschaft

Barbara Richter

Die historisch-materialistischen Grundlagen der sozialistischen Lebensweise

Dissertation A (27. 6. 1980)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Spezifik der menschlichen Lebensweise: Die Lebensweise als Produkt der Menschheitsgeschichte; Die Abhängigkeit der Lebensweise von der Produktionsweise; Die Vermittlerrolle der Bedürfnisse und Interessen im Verhältnis Produktionsweise - Lebensweise. Die relative Selbständigkeit der Lebensweise. Die Lebensweise als konkret-historische Einheit der Lebenstätigkeit mit ihren Bedingungen; Die Produktionsweise und die ihr entsprechende Lebensweise. Der Einfluß antagonistischer Klassenverhältnisse auf den Charakter der Lebensweise. Zur Rolle der Überbaubeziehungen für die konkret-historische Ausprägung der Lebensweise
2. Zur Charakteristik der sozialistischen Lebensweise: Die sozialistische Lebensweise als Einheit von materieller und geistiger Lebenstätigkeit sozialistischer Persönlichkeiten. Der Prozeßcharakter der sozialistischen Lebensweise; Zum Zusammenhang zwischen der Ausprägung der sozialistischen Produktionsweise und der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise. Das Klassenwesen der sozialistischen Lebensweise: Sozialistische Überbaubeziehungen in ihrer Bedeutung für die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise. Die sozialistische Persönlichkeit als Träger der sozialistischen Lebensweise. Sozialistische Bedürfnisbefriedigung als Voraussetzung und Ausdruck sozialistischer Persönlichkeitsentwicklung; Arbeits- und Lebensbedingungen als Faktor der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten; Einige Aspekte des Einflusses geistig-kultureller Lebensbedingungen auf die Entwicklung typischer Formen der Lebenstätigkeit sozialistischer Persönlichkeiten

Burkhard Rode

Zur Dialektik von sozialökonomischen Verhältnissen und Rechtskodifizierung bei den Franken anhand des Pactus legis Salicae

Dissertation A (1. 11. 1979)

Akademie der Wissenschaften der DDR

2. Zur Eigentumsproblematik: Das Eigentum an Haus und Hof. Das Eigentum an Grund und Boden. Das Eigentum an Vieh
3. Zur sozialen Struktur im Frankenreich: Die freien Franken. Der frühfeudale Adel. Die Romani. Die servi. Die liti
4. Eigentum und Revolution
5. Der Entstehungsprozeß des frühfränkischen Staates: Das Königtum. Der thunginus. Der grafio. Der sacebaron
6. Das frühfränkische Recht



Bambang Roseno

Der Einfluß des Kapitalexports auf den Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer Südostasiens (dargestellt am Beispiel der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Hauptländern der EWG und den ASEAN-Staaten)

Dissertation A (1980)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die Entwicklung der ökonomischen Politik des westeuropäischen Kapitals gegenüber den ASEAN-Ländern, ihre Motivation, Hauptformen und Funktionen
2. Der Umfang der wirtschaftlichen Expansionen von Kapital aus der EWG in den ASEAN-Ländern: der bi- und multilaterale staatliche Kapitalexport der EWG. Der Umfang der privaten Direktinvestitionen aus der EWG (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand). Die wachsenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Machtzentren
3. Der Einfluß des Monopolkapitals aus der EWG auf die industrielle Entwicklung der ASEAN-Länder: Die Bedingungen für die "Zusammenarbeit" zwischen dem Monopolkapital der EWG und der ASEAN-Bourgeoisie. Anlageformen der EWG-Direktinvestitionen in der Wirtschaft, insbesondere im industriellen Sektor. Die wachsende Abhängigkeit der industriellen Entwicklung der ASEAN-Länder von den Monopolen aus der EWG und anderen imperialistischen Ländern; Die Struktur der ausländischen Direktinvestitionen; Struktur und Dynamik der Akkumulation; Die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes; Wachstum und Struktur der verarbeitenden Industrie und die Beschäftigtenentwicklung; Die Widerspiegelung des Industrialisierungsprozesses in der Entwicklung des Außenhandels
4. Die Alternative einer progressiven Industrialisierung in den ASEAN-Ländern

Siegfried Sabottke

Strukturveränderungen in der Energie- und Brennstoffindustrie der EWG - Ursachen, Erscheinungsformen und räumliche Auswirkungen

Dissertation B (2. 7. 1980)

Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam

1. Kritische Betrachtung des Standes der geographischen Erfassung energie-wirtschaftlicher Sachverhalte der EWG. Problemstellung. Arbeitsmethoden
2. Veränderungen der Strukturpolitik in der EWG: Herausbildung integrativer Vorgänge. Veränderungen und Widersprüche der Strategie nationaler und internationaler Konzerne in der Energie- und Brennstoffindustrie. Veränderungen und Widersprüche integrativer staatsmonopolistischer Regulierungsversuche in der Energie- und Brennstoffindustrie
3. Veränderungen in der Stellung der Energie- und Brennstoffindustrie innerhalb der EWG: Bedeutung der Energie- und Brennstoffindustrie. Entwicklung der Energieintensität in den Mitgliedsländern
4. Strukturelle Veränderungen in der Energiebilanz der EWG: Veränderung des Anteiles der Primärenergieträger. Strukturelle Veränderungen der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung und ihre Auswirkungen auf die Energiebilanz. Veränderungen in der Investitionsstruktur
5. Veränderungen in der Kohlenindustrie der EWG (Lagerstätten, Veränderte Nutzung, Konzentrationsprozeß des Kapitals, Produktionsentwicklung und Standortverteilung der Veredlung, Veränderung der Export-Import-Strukturen)
6. Veränderungen in der Mineralölindustrie der EWG
7. Veränderungen in der Gasindustrie der EWG (Naturgas, Produktionsgas)

8. Veränderungen in der Elektroenergieindustrie der EWG (Hydroenergie, Erdwärme, Kernenergie, herkömmliche Wärmekraftwerke) Eigentums- und Betriebsgrößenstruktur, Verbundsystem und Elektroenergieaustausch
9. Veränderungen in der Wärmeenergieindustrie der EWG
10. Veränderungen in der Abhängigkeit der EWG-Länder von Energieimporten
11. Theoretische Fragen der zukünftigen Nutzung von Energiequellen im EWG-Raum

Norbert Schwaldt

Der Monopolisierungsprozeß in der Bauwirtschaft der BRD unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus - untersucht an den fünf größten Baukonzernen der BRD

Dissertation A (Januar 1981)  
Technische Hochschule Leipzig

1. Die Stellung der Bauwirtschaft in der Wirtschaft der BRD und ihre Besonderheiten. Die Eigentumsverhältnisse in der Bauwirtschaft der DDR und die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Besonderheiten des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses in der Bauwirtschaft der BRD
2. Die Rolle der fünf größten Baukonzerne der BRD in der Wirtschaft der BRD insgesamt sowie speziell in der Bauwirtschaft (Anteil an der Produktion, Einfluß auf die anderen Unternehmen der Bauwirtschaft, Rolle im Auslandsbau, Rolle im Unternehmerverband), Kurzbiographien (Die Hochtief AG, Essen; Die Philipp Holzmann AG, Frankfurt/Main; Die Bilfinger & Berger AG, Mannheim; Die Strabag Bau-AG, Köln-Deutz; Die Dyckerhoff & Widmann AG, München). Gemeinsamkeiten in der Produktionsstruktur der fünf größten Baukonzerne der BRD sowie in den Kapitalverhältnissen
3. Die Besonderheiten der Baukonzerne und der Monopolherrschaft in der Bauwirtschaft der BRD

Günter Seidel

Die Entwicklung der Nationalisierungskonzeption der britischen Labour Party nach dem zweiten Weltkrieg

Dissertation B (20. 5. 1980)  
Bergakademie Freiberg

1. Die Periode der dritten und vierten Labourregierung bis zur Konferenz von Dorking (Mai 1950): Theoretische und praktische Grundlagen der Nationalisierungskonzeption der Labour Party vor dem 2. Weltkrieg. Zur Herausbildung des Nationalisierungsprogramms von 1945. Zum Wahlmanifest von 1945. Die Nationalisierungsmaßnahmen der dritten Labourregierung. Die Auseinandersetzung um die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie. Die Public Corporation als Leitungsform der nationalisierten Wirtschaftsbereiche. Die Weiterentwicklung der Nationalisierungskonzeption der Labour Party bis Ende der 40er Jahre
2. Von Dorking (Mai 1950 nach Scarborough (Oktober 1960): Der sogenannte Revisionismus in der Labourbewegung; Seine theoretische Fundierung: Der Einfluß der Revisionisten auf die Nationalisierungskonzeption der Labour Party. Die Parteiprogramme "Industry and Society" und "Plan for Progress". Die Auseinandersetzungen um den Abschnitt 4 des Parteistatuts

3. Der Bankrott des "Revisionismus": Das neue "Image" der Labour Party. Zur Wirtschaftspolitik der fünften und sechsten Labourregierung. Zur Politik der Labourregierung gegenüber einigen Bereichen der Wirtschaft und den nationalisierten Betrieben (Stahlindustrie, Brennstoff- und Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Flugzeugbau, Schiffsbau, Häfen). Zur Diskussion um die "betriebliche Demokratie". Bilanz der Regierung und der Labour Party in der Nationalisierungsfrage
4. Die siebziger Jahre: Der Generalangriff der Konservativen Regierung auf die Lage der Werktätigen. Labour's Programme for Britain. Die Erweiterung des öffentlichen Wirtschaftssektors nach 1974; Das neue Industriegesetz vom 12. November 1975. Die staatliche Beteiligung am Erdöl der Nordsee. Die Nationalisierung des Schiffbaus, der Flugzeugindustrie). Zur Wirtschaftspolitik der Labourregierung nach 1974 und die erneute Verschärfung der Auseinandersetzung in der Labourbewegung

Khalid Mahmood Siddiqi

Ergebnisse und Probleme bei der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit in Pakistan im Zuge der Industrialisierung

Dissertation A (30. 12. 1980)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

0. Bedeutung und Dimensionen der Arbeitslosigkeit in ökonomisch schwach entwickelten Ländern
1. Beschäftigung, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in Pakistan: Bevölkerung, Arbeitskräfte und Arbeitslosigkeit. Produktionsverhältnisse und das Migrationsproblem. Technischer Fortschritt und Beschäftigung. Arbeitslosigkeit und Arbeitskräfteexport aus Pakistan. Internationale historische Erfahrungen mit der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit. Umfang der Arbeitslosigkeit
2. Ergebnisse und Probleme des industriellen Wachstums in Pakistan: Hauptlinien des Industriewachstums; Veränderungen in der Industrialisierungspolitik. Arbeitsverhältnisse in der Industrie. Quellen und Faktoren des industriellen Wachstums. Veränderungen in der regionalen Verteilung der Industrie. Der Beitrag der Kleinindustrie zur Industrialisierung. Die Auswirkung der Industrialisierung auf die Beschäftigung
3. Möglichkeiten für die Reduzierung des Beschäftigungsproblems: Die nach außen oder nach innen gerichtete Strategie - eine Alternative? Kritische Analyse des 5. Fünfjahrplanes (1978 - 1983). Bereiche und Methoden zur Absorption von Arbeitskräften

Jutta Stamms

Ursache, Wesen und Tendenzen der Vervollkommnung der Planung unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration - politökonomische Untersuchung - unter besonderer Berücksichtigung der Planungszusammenarbeit der RGW-Staaten

Dissertation A (20. 6. 1979)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

0. Sozialistische ökonomische Integration - ein Merkmal der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und Anforderungen an die Planung
1. Die internationale sozialistische Vergesellschaftung als eine materielle Grundlage für die Vervollkommnung der Planung im Sozialismus

2. Die internationale Entfaltung von Planmäßigkeit und Bewußtheit im Sozialismus
3. Die bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze in der Planung und durch die Planung - das Problem der Vervollkommnung der Planung unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration
4. Haupttendenzen der Vervollkommnung der Planung unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration

Magdalena Stoof

Untersuchungen zur Bevorratung und Lagerung von Getreide im alten Ägypten

Dissertation A (3. 11. 1980)  
 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Vorratswirtschaft: Allgemeine Bedingung der Vorratsbildung (Objektive Notwendigkeit, Arten der Vorratsbildung, Mittel für die Vorratsbildung, Arten des Vorrats, Der ökonomische Begriff des Vorrats, Vorrätige Produktionsmittel und Konsumtionsmittel, Auf dem Transport befindliche Vorräte, Reserven und ihre Bedeutung)
3. Lager: Lagerhaltung (Verfahren zum Haltbarmachen von Getreide, Allgemeine Bauformen von Getreidebehältern). Silos und Speicherhöfe (Speicher der vordynastischen Zeit, Korbähnliche Behälter, Behälter aus Nilschlamm); Speicher von der Frühzeit bis zum Neuen Reich in Abbildungen und Modellen (Kurzfristige Lagerung von Getreide ohne bauliche Anlagen, Einzelne Speicher und Speichergruppen, Speicherhöfe); Archäologische Reste von Speichern (Speicher in Wohnhäusern und Siedlungen, Speicher in Tempel und Residenz, Speicher in Festungen, Großsilos). Vorrats- und Transportbehälter (für Garben und Halme, für Körner)
4. Lagerwirtschaft: Aufgaben der Lagerhaltung. Arbeiten im und am Speicher; Bau der Lager; Ein- und Auslagerung; Transport zu Tenne und Speicher; Überwachung; Produktionsaufgaben

Thomas Thilo

Das Bild der Sklaverei in der chinesischen Erzählliteratur der Tang-Zeit

Dissertation B (26. 3. 1981)  
 Akademie der Wissenschaften der DDR

2. Zur Terminologie der Sklaven
3. Die soziale Stellung der Sklaven
4. Die Arbeit der Sklaven
5. Die Sklavenhalter und ihre soziale Stellung
6. Die Lebensumstände der Sklaven und das Verhältnis zwischen Herrschaft und Sklaven
7. Die Wertung der Sklaverei



Ferdinand Vollmer

Tendenzen und Probleme der neokolonialistischen Expansion  
des BRD-Imperialismus in Lateinamerika

Dissertation B (20. 2. 1980)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

2. Zu theoretischen Grundfragen der Entwicklung des Neokolonialismus (Ziel, inhaltliche Bestimmung)
3. Modifizierungen in der Lateinamerikapolitik der BRD seit Beginn der 70er Jahre
4. Haupttendenzen der ökonomischen Expansion des BRD-Imperialismus unter dem Aspekt ihres neokolonialistischen Charakters: Der private Kapitalexport der BRD nach Lateinamerika und seine neokolonialistischen Besonderheiten. Tendenzen des staatlichen Kapitalexports. Entwicklungstendenzen der wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der BRD und den Ländern Lateinamerikas. Zu einigen Entwicklungstendenzen des Außenhandels
5. Die ökonomische Expansion des BRD-Imperialismus in Lateinamerika im Wirkungsfeld der zwischenimperialistischen Konkurrenz
6. Zu einigen Auswirkungen der ökonomischen Expansion des BRD-Imperialismus auf die Länder Lateinamerikas
7. Schlußfolgerungen für die Charakterisierung des Neokolonialismus

Vu Tuán Anh

Zu einigen ausgewählten Problemen der Zweigstruktur der Volkswirtschaft in der sozialistischen Industrialisierung

Dissertation A (23. 2. 1981)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Einige grundlegende theoretische Probleme
2. Zu den wichtigsten Einflußfaktoren für die Gestaltung der Volkswirtschaftsstruktur: Zur Rolle der natürlich-geographischen Faktoren. Zu einigen inneren sozialökonomischen strukturbestimmenden Faktoren; Arbeitskräfte und Bevölkerung; Das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die volkswirtschaftliche Sozialstruktur. Außenwirtschaft und Struktur der nationalen Wirtschaften
3. Zu einigen Bedingungen und Aufgaben der Industrialisierung in Vietnam: Die spezifischen Bedingungen der Volkswirtschaft Vietnams und einige aktuelle ökonomische Probleme. Einige ökonomische Aufgaben und mit ihnen verbundene Strukturprobleme in der Industrialisierungsperiode in Vietnam

Klaus Weissgerber

Zur Entwicklung und zum System der Auffassungen von Karl Marx  
über die ursprünglichen Gemeinwesen und ihre Auflösung (1845 - 1867)

Dissertation A (16. 12. 1980)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zum Prozeß der Entstehung und Entwicklung der Marxschen Auffassung über den naturwüchsigen Kommunismus: Zur Bedeutung der Fragestellung. Zu den Quellen der frühesten Marxschen Auffassungen über die Ur- und Frühgeschichte. Zur Bedeutung des Begriffes "Patriarchalismus" in den

Widersprüche der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie durch deren dialektische Negation. Die Aufdeckung des gesetzmäßigen Prozesses der Entwicklung der bürgerlichen Politischen Ökonomie zur Vulgärökonomie; Das Aufzeigen des inneren Widerspruchs zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und vulgärem Element innerhalb der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie; Die Darlegung der Notwendigkeit der Veräußerung des inneren Widerspruchs der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie durch die Entwicklung der bürgerlichen Politischen Ökonomie zur Vulgärökonomie

3. Die Aktualität der von Marx angewendeten Prinzipien theoriengeschichtlicher Untersuchungen für die Geschichte der Politischen Ökonomie in Lehre und Forschung

Dietrich Zühlke

Erscheinungsformen und Strukturelemente in den Städten der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt in historisch-geographischer Betrachtung

Dissertation A (12. 3. 1981)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Geographische und historische Stadtforschung. Der geschichtliche Hintergrund. Zielstellung
2. Historisch-geographische Inventarisierung zur Frühzeit der Städte: Die Rolle der Städte im Rahmen der Regionalgeschichte. Entstehungsperioden. Siedlungsformen als Dokumente der Stadtentstehung. Lagebeziehungen
3. Differenzierung städtischer Siedlungen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts: Stadtgrößen. Verkehrslagen. Differenzierung nach Einwohnerzahl und Verkehrslage. Der soziogeographische Faktor. Vorstädte
4. Bedeutungswandel der historischen Stadt nach sozialökonomischen Gefügemerkmalen: Siedlungen mit vorübergehend städtischen Privilegien. Privilegierte Städte. Nachbarschaftsbeziehungen
5. Zur Entwicklung sächsischer Städte im 19. Jahrhundert: Eisenbahnnetz und Städteentwicklung. Berufsstruktur. Städtische Dörfer. Differenzierung nach Wachstumsquoten und Größenrangordnung. Versuch zur Typisierung. Markt- und Handelsfunktionen
6. Historisch-geographische Interpretation der Städteentwicklung bis zum 19. Jahrhundert: Die sächsischen Städte im Feudalismus, im Kapitalismus
7. Der historisch-geographische Faktor bei der Einschätzung der Stellung der Städte im gegenwärtigen Siedlungssystem: Zur Entwicklung der Einwohnerzahlen im 20. Jahrhundert. Aspekte der Zentralität der Städte in ihrer historischen Bedingtheit. Städtische Merkmale in Gemeinden über 2000 Einwohner. Historisch-geographische Bewertung gegenwärtiger Veränderungen der Einwohnerzahlen in den Städten des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Zur Siedlungsplanung im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Veränderungen der städtischen Wohnbevölkerung in den Bezirken Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt im Vergleich

Frühschriften von Marx und Engels. Zu den Briefen und Artikeln von Marx über die altindischen Dorfgemeinden. Von der "asiatischen Produktionsweise" zum "naturwüchsigen Kommunismus". Zur Entwicklung der Marxschen Auffassungen von 1853 bis 1867

2. Zu einigen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung (unter besonderer Berücksichtigung der urgeschichtlichen Problematik): Zum Problem des dialektischen Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur. Zur Bedeutung und zum Wesen der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Zur Dialektik von Subjekt und Objekt. Zum Wesen der Produktivkräfte. Zum Wesen der Produktionsverhältnisse. Zu Problemen der Kooperation und Arbeitsteilung. Zur Problematik der Gesellschaftsformation
3. Zum Wesen und zu den Gesetzmäßigkeiten des naturwüchsigen Kommunismus. Der naturwüchsige Kommunismus als Gesellschaftsformation. Zum ökonomischen Grundgesetz des naturwüchsigen Kommunismus. Die Urformen des Gemeinwesens. Zur Dialektik von Eigentum und Besitz. Die Funktionäre des ursprünglichen Gemeinwesens. Die Beziehungen zwischen den ursprünglichen Gemeinwesen
4. Zur Problematik der Auflösung des naturwüchsigen Kommunismus: Die Bedeutung dieser Problematik in den Frühschriften von Marx und Engels. Zur Bedeutung der "agrarischen Revolution" und der gesellschaftlichen Teilungen der Arbeit. Zum Wesen der entstehenden sekundären Gesellschaftsformation. Grundprozesse der Auflösung des naturwüchsigen Kommunismus. Zur antiken Entwicklung. Zur Diskussion über die konkreten Auflösungsformen der Gemeinwesen. Zur Dialektik von Gemeinwesen und Ausbeutung in der sekundären Gesellschaftsformation

Karin Wetzig

Die theoriengeschichtlichen Lehren aus Karl Marx' "Theorien über den Mehrwert" für die Geschichte der Politischen Ökonomie

Dissertation A (12. 9. 1980)  
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Stellung des Marxschen Werkes "Theorien über den Mehrwert" in der Geschichte der Politischen Ökonomie: Zur Einordnung des Werkes in die Entstehungsgeschichte des "Kapitals". Die Einheit von Theorie und Geschichte - ein Grundprinzip der Entstehung und Entwicklung der marxistischen Politischen Ökonomie. Zur logischen Struktur der "Theorien über den Mehrwert"
2. Die Marxschen Prinzipien der Aufdeckung des gesetzmäßigen Prozesses der Entwicklung der bürgerlichen Mehrwerttheorien: Die Marxsche Darstellung des Prozesses der Herausbildung der bürgerlichen Mehrwerttheorien als Widerspiegelung der Entwicklung des bürgerlichen ökonomischen Denkens vom Konkreten zum Abstrakten; Das allmähliche Bewußtwerden des objektiven Ziels der kapitalistischen Produktionsweise in den Anfängen der bürgerlichen Mehrwerttheorien; Die noch unvollkommene Reflexion des Eintretens des Kapitalverhältnisses in die gesellschaftliche Produktion durch die französischen Physiokraten; Die Dialektik der Entwicklung zu den Smithschen Mehrwertauffassungen unter den Bedingungen der sich herausbildenden Totalität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die Erforschung des Prozesses der Vervollkommnung der klassischen bürgerlichen Mehrwerttheorie durch Ricardo als Widerspiegelung des notwendigen, aber unvollkommenen Aufstiegs der bürgerlichen politökonomischen Erkenntnis vom Abstrakten zum Konkreten; Die von Marx aufgedeckten Merkmale der Klassizität der Mehrwerttheorie Ricardos; Das Aufzeigen der erkenntnistheoretischen Schranken in der Ricardoschen Mehrwerttheorie; Die Grundzüge der Marxschen Lösung der

Zum Wachstum der politischen Aktivität der Arbeiterklasse der DDR zwischen der 2. Parteikonferenz und dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1952 bis 1958).  
Unter Berücksichtigung des Bezirkes Leipzig

Dissertation A (18. 12. 1980)  
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Grad der politischen Machtausübung der Arbeiterklasse 1952: Zur Einstellung der SED auf die neuen politisch-ideologischen und organisatorischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus. Zur verstärkten Einbeziehung von Arbeitern in die Ausübung der politischen Macht. Die Erhöhung der politischen Aktivität der Arbeiterklasse im Bereich der materiellen Produktion. Neue Erfordernisse und Möglichkeiten für die Ausübung der politischen Macht im Zusammenhang mit dem genossenschaftlichen Zusammenschluß in der Landwirtschaft
2. Die Hebung der politischen Aktivität der Arbeiterklasse in den Jahren 1956 bis 1958. Zur Einstellung der SED auf die gestiegenen politisch-ideologischen und organisatorischen Aufgaben der neuen Periode. Zur stärkeren Einbeziehung von Arbeitern in die politische Machtausübung. Die Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der materiellen Produktion. Die Rolle der Arbeiterklasse bei der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft



- Andreev, V. N., Kandidat der historischen Wissenschaften, Dozent am Lehrstuhl für allgemeine Geschichte, Staatliches Pädagogisches Institut A. I. Herzen, Leningrad.
- Gericke, Hans Otto, Dr. sc. phil., Dozent, Sektion Geschichte, Pädagogische Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Hermann, Dr. rer. oec. habil., Chefredakteur des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Opitz, Gerda, Dr., Prof. im Lehrstuhl Kulturpolitik der SED, Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin.
- Richter, Jochen, Aspirant, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.
- Roesler, Jörg, Dr. sc. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schädlich, Karlheinz, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schönert-Geiß, Edith, Dr. phil. habil., wissenschaftlicher Unternehmensleiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Telle, Walter, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Werner, Lutz, Diplomhistoriker, Forschungsstudent, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Wießner, Klaus, Dr. oec., planmäßiger B-Aspirant, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Žemlička, Josef, Dr. PhDr., CSc., Leiter der Abt. der älteren tschechoslowakischen Geschichte, Institut der tschechoslowakischen und Weltgeschichte, Akademie der Wissenschaften der ČSSR, Prag.
- Zilch, Dorle, Diplomökonom, wissenschaftlicher Sekretär, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Юрген Кучинский, Маркс и Шекспир  
 Вальтер Телле, Практический опыт применения показателя чистой продукции при оценке производительности предприятий и комбинатов (объединений) в европейских странах СЭВ
- Карлхайнц Шедлих, Государственный аппарат и военная экономика Великобритании (с 1914 по 1918 г.)
- Лутц Вернер, Развитие образцового имени Тюнена в Теллове (Мекленбург) с 1810 по 1850 год. Выдающийся пример капиталистической интенсификации немецкого сельского хозяйства в первой половине 19-ого столетия
- Йохен Рихтер, Позднефеодальные крестьянские гильдии в Мекленбурге
- Йозеф Жемличка, 13-ое столетие в чешкой истории
- В. Н. Андреев, О преемственности состоятельной элиты Афин с 5-ого по 3-ье столетие д. н. э.
- Эдит Шенерт-Гайз, Задачи и цели "греческого монетного дела"
- Йорг Рёслер, Перспективные планы и инвестиционный ритм в народном хозяйстве ГДР с 1949 по 1980 год. Проблемы содержания и методологии
- Вольфганг Мюльфридель/Клаус Визнер, Три замечания по поводу пятнадцати тезисов Йорга Рёслера к теме "Перспективные планы и инвестиционный ритм в народном хозяйстве ГДР с 1949 по 1980 г. Проблемы содержания и методологии"
- Хорст Хандке, Социал-реформистская концепция развития общества с целью государственно-монополистического регулирования социальной сферы
- Хорст Хандке, Между капиталистическим производством и феодальным образом жизни
- Юрген Кучинский, Феодальные специальности
- Херманн Леманн, Абстракции хозяйственных процессов и процессов сознания как предмет исторического исследования
- Дорле Цильх, Новое периодическое издание по региональной истории
- Аннотации
- Герда Опитц, Представление развития образования в истории предприятия
- Ханс Отто Герике, Представление развития производительной силы в истории предприятия. 9-ая конференция комиссии по истории предприятия (с 27 по 29 апреля 1982 года в Лейпциге)
- Работы высших школ по экономической истории (Ренате Гюнтер)

- Jürgen Kuczynski, Marx and Shakespeare
- Walter Telle, Practical experience in the application of the indicator "net production" to the evaluation of the performance of enterprises and combines (association of enterprises) in the European socialist countries
- Karlheinz Schädlich, Government authorities and wartime economy in Great Britain (1914 - 1918)
- Lutz Werner, The development of the Thünen model farm in Tellow (Mecklenburg) between 1810 and 1850. An outstanding example of capitalistic intensification of German agriculture during the first half of the 19th century
- Jochen Richter, Mecklenburg farmers' guilds in late feudalism
- Josef Žemlička, The 13th century in Czech history
- V.N. Andreev, On the continuity of the property elite of Athens between the 5th and the 3rd centuries B.C. The rise of large-scale property in Athens in the 5th and 4th centuries B.C.
- Edith Schönert-Geiß, Tasks and objectives of the "Griechisches Münzwerk" (Greek coinage)
- Jörg Roesler, Long-term plans and investment rhythm in the national economy of the GDR between 1949 and 1980. Some aspects of contents and methodology
- Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Three remarks on the 15 propositions of Jörg Roesler on the theme "Long-term plans and investment rhythm in the national economy of the GDR between 1949 and 1980. Some aspects of contents and methodology."
- Horst Handke, A socio-reformistic concept of society towards state-monopolistic regulation of social policy
- Horst Handke, Between capitalistic production and feudal life
- Jürgen Kuczynski, Feudal specialities
- Hermann Lehmann, Abstractions of economy and consciousness processes as subject of historic examination
- Dorle Zilch, A new series of papers on regional history
- List of new publications
- Gerda Opitz, The representation of the development of education in enterprise history
- Hans Otto Gericke, The representation of the development of productive forces in enterprise history 9th Conference of the Advisory Committee "Enterprise History" (April 27 - 29, 1982, Leipzig)
- University and College papers on economic history (Renate Günther)

- Jürgen Kuczynski, Marx et Shakespeare
- Walter Telle, Expériences pratiques en appliquant le chiffre-indice de production nette dans le domaine de l'évaluation de rendement des entreprises et des groupements d'entreprises (combinats) dans les pays européens du Conseil d'entraide économique
- Karlheinz Schädlich, L'appareil d'Etat et économie de guerre en Grande-Bretagne (de 1914 à 1918)
- Lutz Werner, Le développement du domaine modèle de Thünen à Tellow (Mecklembourg) dans les années de 1810 à 1850. Un exemple préminent de l'intensification capitaliste de l'agriculture allemande dans la première moitié du 19<sup>e</sup> siècle
- Jochen Richter, Des coopérations paysannes à l'époque du féodalisme tardif au Mecklembourg
- Josef Žemlička, Le 13<sup>e</sup> siècle dans l'histoire tchèque
- V.N. Andreev, Sur la continuité de l'élite fortunée à Athènes du 5<sup>e</sup> au 3<sup>e</sup> siècles avant notre ère. La formation de grandes fortunes à Athènes au 5<sup>e</sup> et 4<sup>e</sup> siècles avant notre ère.
- Edith Schönert-Geiß, Tâches et buts de "l'oeuvre monétaire grecque" (de la "Monnaie grecque")
- Jörg Roesler, Plans perspectifs et rythme d'investissement dans l'économie nationale de la R.D.A. de 1949 à 1980. Problèmes substantiels et méthodologiques
- Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Trois réflexions sur les quinze thèses de Jörg Roesler sur le thème "plans perspectifs et rythme d'investissement dans l'économie de la R.D.A. de 1949 à 1980. Problèmes substantiels et méthodologiques."
- Horst Handke, Une conception de société d'une réforme sociale sur la régulation monopoliste d'Etat du domaine social
- Horst Handke, Entre production capitaliste et mode de vie féodal
- Jürgen Kuczynski, Spécialités féodales
- Hermann Lehmann, Abstractions des processus d'économie et de conscience en tant que sujet de recherches historiques
- Dorle Zilch, Une nouvelle série de publications sur l'histoire régionale
- Annotations
- Gerda Opitz, La représentation du développement de l'éducation dans l'histoire d'entreprise
- Eans Otto Gericke, La représentation du développement des forces productrices dans l'histoire d'entreprise. 9<sup>e</sup> conférence de la commission spécialisée d'histoire d'entreprise (du 27 au 29 avril 1982 à Leipzig)
- Traités universitaires sur l'histoire économique (Renate Günther)



- Jürgen Kuczynski, Marx y Shakespeare
- Walter Telle, Experiencias prácticas a la aplicación del índice de la producción neta en el terreno de la valoración de rendimiento de las empresas y combinados (asociaciones) en los países europeos del CAME
- Karlheinz Schädlich, El aparato de Estado y la economía de guerra en Gran Bretaña (desde 1914 hasta 1918)
- Lutz Werner, El desarrollo de la propiedad rural modelo Thünen de Tellow (Mecklemburgo) durante los años desde 1810 hasta 1850. Un ejemplo destacado de la intensificación capitalista de la agricultura alemana en la primera mitad del siglo XIX
- Jochen Richter, Gremios de campesinos durante el feudalismo tardío en Mecklemburgo
- Josef Žemlička, El siglo XIII en la historia checa
- V.N. Andreev, Acerca de la continuidad de la élite de bienes de Atenas desde el siglo V hasta el siglo III antes de nuestra época. El origen de los grandes bienes en Atenas en el siglo V/IV antes de nuestra época
- Edith Schönert-Geiß, Tareas y fines de la "Casa de Moneda griega"
- Jörg Roesler, Los planes de perspectiva y el ritmo de inversiones en la economía nacional de la RDA desde 1949 hasta 1980. Problemas en cuanto al contenido y a la metodología
- Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Tres observaciones acerca de las quince tesis de Joerg Roesler en cuanto al tema "Planes de perspectiva y el ritmo de inversiones en la economía nacional de la RDA desde 1949 hasta 1980. Problemas en cuanto al contenido y a la metodología"
- Horst Handke, Un concepto social socialreformista acerca de la regulación monopolio-estatal de la esfera social
- Horst Handke, Entre producción capitalista y modo de vivir feudal
- Jürgen Kuczynski, Especialidades feudales
- Hermann Lehmann, Abstracciones de los procesos económicos y de la conciencia como objeto de contemplación histórica
- Dorle Zilch, Una nueva serie de tratados de historia regional
- Anuncios
- Gerda Opitz, La descripción del desarrollo de la educación en la historia de fábricas
- Hans Otto Gericke, La descripción del desarrollo de las fuerzas productivas. Conferencia novena de la comisión especial de la historia de fábricas (desde el 27 hasta el 29 de abril de 1982 en Leipzig)
- Tratados universitarios acerca de historia económica (Renate Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Lothar Baar

Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren

Gerd Neumann

Die Ablösung der kolonialen Produktionsverhältnisse in der Volksrepublik Angola

Bärbel Dacke

Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion

Otfried Wagenbreth

Technische Denkmale als Sachzeugen der Wirtschaftsgeschichte

Hans-Jürgen Creutz

Die Herausbildung des Erfindungsschutzes in Sachsen im 15. und 16. Jahrhundert

Dimitâr Draganov

Zu den Handelsbeziehungen der thrakischen Stadt Kabyle vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.

Jürgen Kuczynski

Alltag unten in der Partei (Hans-Joachim Althaus u. a., Da ist nirgends nichts gewesen außer hier)

Wolfgang Jacobeit

Beiträge zur Freizeitforschung (Sozialgeschichte der Freizeit)

Wolfgang Wilhelmus

Grenzen der Autarkie (Klaus Wittmann, Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933 bis 1945)

Erika Uitz

Die Frau im Wirtschaftsleben der spätmittelalterlichen Stadt (Margret Wensky, Die Stellung der Frau in der stadtkölnischen Wirtschaft im Spätmittelalter)

Peter Donat

Eine neue Untersuchung zur Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen im Merowingerreich (Waltraut Bleiber, Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen zwischen Somme und Loire während des 7. Jahrhunderts)

Gert Audring

Begriffsgeschichte im Dienste der Erforschung sozialer Verhältnisse (Soziale Typenbegriffe im alten Griechenland und ihr Fortleben in den Sprachen der Welt, Bd. 4 und Bd. 5)

Wolfgang Mühlfriedel

Eine konzeptionelle Erwägung zur Betriebsgeschichtsschreibung

VIII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker

(16. bis 20. August 1982 in Budapest)

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 22. Lieferung